

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Frühjahrs-Session — 1935 — Session de printemps

16. Tagung der 29. Amtsdauer — 16^e session de la 29^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet, im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.
Bezug ausschliesslich durch die Expedition Verbandsdruckerei A.-G. Bern.

Abonnements: Un fan: Suisse, 12^{frs.}, port compris. Union postale, 16 frs.

On s'abonne exclusivement auprès de l'Imprimerie fédérative S. A., à Berne, qui est chargée de l'expédition.

Vormittagssitzung vom 26. März 1935.

Séance du 26 mars 1935, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. Schüpbach.

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 6. März 1935 (Bundesblatt I, 277). — Message et projet d'arrêté du 6 mars 1935 (Feuille fédérale I, 273).

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Minderheit

(Bratschi, Graber, Kamber, Nobs, Oprecht, Reinhard):

Dem Volke und den Ständen wird Annahme der Initiative empfohlen.

Propositions de la commission.

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Minorité:

(MM. Bratschi, Graber, Kamber, Nobs, Oprecht, Reinhard):

Recommander au peuple et aux cantons l'adoption de l'initiative.

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Abt, Berichterstatter der Mehrheit: 334,940 Referendumsbürger haben dem schweizerischen Bundesrat ein Volksbegehren eingereicht zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not, und dessen

Forderungen in einem neuen Verfassungsartikel zusammengefasst. Der Wortlaut ist Ihnen bekannt. Der Bundesrat hat über dieses Volksbegehren der Bundesversammlung am 6. März d. J. Bericht erstattet und beantragt den eidgenössischen Räten, dem Volke und den Ständen dessen Verwerfung. Die Kommission des Nationalrates hat in ihrer Sitzung vom 12. und 13. März die Vorlage beraten und mit 15 gegen 6 Stimmen dem Antrage des Bundesrates zugestimmt. Die Mehrheit Ihrer Kommission hat sich dabei in allen wesentlichen Punkten den Argumenten der Botschaft angeschlossen, die vom derzeitigen Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, Herrn Bundesrat Schulthess, in verdienstlicher Weise verfasst wurde, einer grossangelegten, wissenschaftlich und praktisch wohlfundierten Arbeit eines erfahrenen Staatsmannes, dessen gewaltige Arbeit und grosse Erfolge hohe Achtung und aufrichtigen Dank verdienen.

Die Kriseninitiative ist eine Ausgeburt der Krisennot. Sie will durch einen fünfjährigen Versuch, einen Fünfjahresplan gewissermassen, der für eine gleiche Frist verlängert werden könnte, eine goldene Brücke bauen hinüber in eine neue bessere Zeit. Vom politischen Standpunkt aus betrachtet, erweist sich die Initiative als Ganzes und in ihrem Geist als ein planwirtschaftliches Experiment, das sozialistischem Gedankengut entstammt und dem Staat für eine vorläufig beschränkte Versuchszeit gewissermassen die Wirtschaftsführung nach bestimmten vorgeschlagenen Richtlinien anvertraut und ihm damit auch die nötigen Eingriffe in die Privatwirtschaft gestatten will. Dabei ist jener Exponent des Staates nicht wie gewöhnlich die Exekutive, sondern das Parlament, das als Wirtschafts-Diktator seines Amtes walten soll. Würde das Experiment gelingen, so läge seine Fortsetzung und Erweiterung auf das gesamte Wirtschaftsleben der Schweiz nicht nur nahe, sondern würde sich förmlich aufdrängen.

Wirtschaftlich besehen, qualifiziert sich die Initiative nicht nur als eine Aenderung des bis-

herigen privatwirtschaftlichen Systems, sondern auch als eine gewisse Loslösung unseres Landes aus dem europäischen, ja universalen Wirtschaftskomplex mit allen seinen Bindungen und Zusammenhängen und als eine wirtschaftliche Isolierung der Schweiz, die bisher mit dem Blutkreislauf der Weltwirtschaft verbunden war. Wenn sie bis jetzt aus dieser Verbindung Kraft geschöpft hat, so muss deren Abschnürung für sie eine lebensgefährliche wirtschaftliche Anämie zur Folge haben.

In Ziffer 1 der Initiative dokumentiert sich gleich der Geist, der in ihr lebt, indem hier dem Staat die Pflicht auferlegt wird, für das Wohl des Einzelnen zu sorgen, dafür zu sorgen, dass der Einzelne eine ausreichende Existenz hat. Hierin liegt der grundsätzliche Unterschied zum bisherigen Wirtschaftssystem, in dem bis jetzt die Sorge für seine Existenz primär die Sache des Einzelnen war, und erst sekundär der Staat, wo die Kräfte des Einzelnen nicht ausreichten, in die Lücke zu treten hatte. Wenn nun nach der Initiative der Staat primär für eine ausreichende Existenz jedes Einzelnen seiner Bürger zu sorgen hat, so würden damit die Unternehmungslust und Selbstverantwortung des Einzelnen, die doch der Ausgangspunkt der gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und Blütezeit des schweizerischen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert waren, gelähmt und es würde eine Art wirtschaftlicher Indifferentismus gezüchtet, dessen moralische Schäden nicht abzusehen sind. Die neue Situation aber wird vor allem von gewissenlosen und unverantwortlichen Elementen lukriert werden. Die Pflicht des Einzelnen, Arbeit zu suchen und für seine Familie zu sorgen, wird verdrängt durch die verfassungsmässige Pflicht des Staates, sich um die Existenz des Einzelnen zu kümmern. Die Schweiz wird damit gewissermassen zu einem Schlaraffenland für alle energielosen Elemente, für die grosse Zahl der Taugenichtse, die getrost warten, bis der Staat ihnen die gebratenen Tauben oder doch wenigstens ein frugales Mahl serviert.

Dabei gebe ich ohne weiteres zu, dass der Begriff des ausreichenden Auskommens ausserordentlich dehnbar ist und durch das Parlament bestimmt wird. Mir scheint aber auf der Hand zu liegen, dass beispielsweise ein Parlament des Linksblocks, in dem selbstverständlich die schärfere und aktivere Richtung das Gesetz des Handelns bestimmt, diese ausreichende Existenz so interpretieren würde, dass der bürgerliche Staat unter den dadurch oder daraus entstehenden Lasten zusammenbrechen müsste. Jedenfalls ist diese Fürsorge keineswegs zu identifizieren mit der in Art. 2 der Bundesverfassung enthaltenen Zweckbestimmung des Bundes auf Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt der Eidgenossen. Dafür hat der Bund bis jetzt im Rahmen des Möglichen alles getan. Es ist doch bezeichnend, dass das Begehren auf Uebernahme der Fürsorge für die Existenz des Einzelnen gerade in der Schweiz auftritt, in dem Lande, das für das Wohl seiner Bürger wie bis jetzt kein anderes Land der Erde gesorgt hat. In diesem Moment, in dem die Fürsorge für das öffentliche Wohl die Grenze des für die Staatsfinanzen und die Währung Tragbaren zu erreichen beginnt und der gute Wille der verantwortlichen Regierung und des Parlamentes

in dieser Richtung alles zu tun gewillt ist, was ein nüchterner und wohlwollender, auch objektiv abwägender Bürger verantworten kann!

Die Mittel und Wege, die zur Erreichung des Zieles führen, werden nun in Ziffer 2 des Verfassungsartikels näher umschrieben. Die allgemeine Grundlage der neuen Wirtschaftspolitik der Initianten bildet die Erhaltung der Konsumkraft der Bevölkerung. Sie basiert also auf der Kaufkrafttheorie, die nicht nur umstritten ist, sondern von den meisten bürgerlichen Nationalökonomien abgelehnt wird. Die Botschaft selbst rechnet mit dieser Theorie entscheidend ab und der Praktiker des schweizerischen Wirtschaftslebens findet sie insofern als irrtümlich, weil er in den letzten Jahren die Beobachtung machte, dass trotz der Erhaltung der Löhne und der Beamtenbesoldungen die Preise für die landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkte ständig zurückgingen. Nun hat gerade die bisherige Wirtschaftspolitik des Bundesrates nichts anderes erstrebt als die Erhaltung des bisherigen Lohn- und Preisniveaus, und es ist ihr trotz allem nicht gelungen, und zwar trotz Aufwendung gewaltiger Mittel, den Preiszerfall aufzuhalten. Darin liegt schon einer der verschiedenen Widersprüche der Initianten, dass sie das Evangelium einer neuen Wirtschaftspolitik verkünden und dabei in wesentlichen Punkten nichts anderes tun oder nichts anderes vorzuschlagen vermögen als eine ungesunde Uebertreibung der bisher verfolgten Wirtschaftsmaximen, deren teilweises Ungenügen sich erwiesen hat. Der Bundesrat und mit ihm die Gegner der Kriseninitiative wollen ja ihre alten Götter auch nicht verbrennen. Aber in der Erkenntnis, dass die bisherige Wirtschaftspolitik der Preisstützung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gewisse Grenzen habe, wollen sie diese hinüberleiten in eine gesunde Aera der Anpassung bisher noch überhöhter Löhne und Preise, soweit dies ohne allzu grosse Härten tragbar und möglich ist. Die verdankenswerte Botschaft des Bundesrates vom 18. März dieses Jahres über die Preiskontrolle macht darüber interessante Feststellungen und ebnet den Weg zu positiven Vorschlägen.

Die Initiative proklamiert nun unter a als erstes Mittel zur Erhaltung der Konsumkraft die Bekämpfung des Lohnabbaues und denkt dabei in erster Linie und gemäss den Intentionen des Herrn Bratschi, des Präsidenten des Initiativkomitees, an die Erhaltung der Löhne aller Fixbesoldeten, vor allem der Beamten des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der angeschlossenen Betriebe. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, dass dieser Wunsch der Vater des Gedankens der ganzen Kriseninitiative ist (Heiterkeit) und dass viele andere Forderungen nur der Verbrämung dieses grossen Zieles dienen; denn was soll beispielsweise der landwirtschaftliche und gewerbliche Preisschutz in der Kriseninitiative, nachdem die Besoldungen mit Ausnahme eines bescheidenen Abbaues von durchschnittlich 5% bei den Bundesbeamten bis jetzt hochgehalten wurden, während die landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktenpreise bis auf ein kaum mehr tragbares Minimum gesunken sind? Was will man der Landwirtschaft bieten mit der individuellen und generellen Entschuldungshilfe der Krisen-

initiative, da wir die Bauernhilfskasse haben und nachdem ihnen eine weitere und stärkere Dotierung zugesagt ist und die grosszügigen Entschuldungsprojekte und ihre Durchführung durchaus in der Richtung der heutigen mehrheitlich bürgerlichen Wirtschaftsmentalität liegt? Rennt man da nicht offene Türen ein, um das Interesse von den geschlossenen, die auch geschlossen bleiben sollen, abzuwenden?

Es ist wahr, dass unsere Beamtenbesoldungen verhältnismässig hoch sind, und dass vor allem die Beamten des Bundes noch ein namhaftes Opfer bringen könnten, um dem Staat mit den dadurch gemachten Ersparnissen die Verlängerung der Krisenmassnahmen zu ermöglichen. Aber Herr Bratschi hat in der Kommission erklärt, dass nicht nur ein weiterer Lohnabbau verhindert werden müsse, sondern dass auch der bisher erfolgte Lohnabbau wieder aufzuheben sei. Wir wissen dabei nicht, ob Herr Bratschi auch an die Verhältnisse in Zürich und in Genf gedacht hat, wo seine eigenen Parteifreunde, sicherlich der Not gehorchend und nicht dem eigenen Triebe, die Besoldungen der Staats- und Kommunalbeamten abgebaut haben und trotzdem in Genf die Mittel kaum aufgebracht werden zur Erhaltung der stolzen Republik. (Heiterkeit.) Man darf sich da die weitere Frage erlauben, ob für Zürich und Genf die Kaufkrafttheorie keine Geltung habe oder ob der dort durchgeführte Lohnabbau vielleicht auf wesentlichem Irrtum beruhe und darum korrigiert werden könne (Heiterkeit). Wenn die Initianten im gleichen Atemzug mit der Verhinderung des staatlichen Lohnabbaues auch die Verhütung des Preisabbaues der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkte verlangen, so scheint das ja praktisch nichts anderes zu sein als dass diese hohen Löhne der Beamten stabilisiert werden sollen, und die niedrigen Produktpreise der Landwirtschaft und des Gewerbes. Die landwirtschaftlichen Produktpreise ertragen einen weiteren Preisabbau nicht mehr. Das hat man an allerhöchster Stelle erkannt, beispielsweise in der Aarauer-Rede des Herrn Bundesrat Schulthess. Man hat dort auch anerkannt, dass es notwendig ist, der Landwirtschaft, wenn immer möglich, weitere Erleichterungen für ihre Existenz zu gewähren. Der Abbau kann hier bei der Landwirtschaft sowohl wie beim Gewerbe nur noch in einer Korrektur eventuell überhöhter Zwischenhandelsgewinne bestehen, in einer Rationalisierung der Güterverteilung, mehr aber kann auch die Kriseninitiative weder der Landwirtschaft noch dem Gewerbe bieten. Sie enthält ja auch nicht irgendwo eine Bestimmung über Aufwertung der gewerblichen oder der landwirtschaftlichen Produktpreise und sie würde ja auch nicht zur Popularisierung der Initiative beitragen.

Wie gross und klaffend der Gegensatz zwischen den noch hohen Besoldungen der Beamten und den abgebauten Preisen und damit den Löhnen der Landwirtschaft ist, mögen kurz folgende Darlegungen beweisen: Die Personalausgaben des Bundes für die Verwaltung und die Bundesbahnen betragen im Jahr 1933 423,4 Millionen Franken, oder 39 % von rund 1100 Millionen Franken Gesamtausgaben. Dabei betrug der Personalbestand des Bundes und der Bundesbahnen im Jahre 1933

63,826 Personen. Der durch das Finanzprogramm durchgeführte Abbau für die Besoldungen betrug im Jahre 1934 durchschnittlich $4\frac{1}{2}$ %, d. h. die Durchschnittsbesoldung eines Bundesbeamten ging von 5395 Fr. auf 5167 Fr. zurück. Das neue Besoldungsgesetz ist im Jahre 1927 unter Zustimmung des Personals zustande gekommen. Damals stand der Lebenskostenindex auf 160, währenddem er im Januar 1935 auf 128 stand. Der Rückgang der Lebenskosten betrug also seit 1927 rund 20 %, während der Besoldungsabbau im Durchschnitt nur $4\frac{1}{2}$ % ausmacht, was für den Bund eine Ersparnis von rund 8 Millionen Franken bringt. Um die übrigen $15\frac{1}{2}$ % stellen sich heute die Beamten besser als im Jahre 1927 bei Erlass des Besoldungsgesetzes. Die Krise bringt ihnen also den Vorteil einer um rund 15 % besseren Lebenshaltung. Wenn man die Beamten gleichstellen wollte wie im Jahre 1927, so müssten ihre Saläre und Löhne um rund 20 % abgebaut werden, was für den Bund eine Minderausgabe von vielleicht 34 bis 35 Millionen Franken ausmachte oder gegenüber der heutigen durch das Finanzprogramm geschaffenen Situation, also gegenüber dem Abzug von $4\frac{1}{2}$ % noch eine Ersparnis von 26—27 Millionen. Vergleichen wir damit einmal die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Das landwirtschaftliche Einkommen je Betrieb betrug in den Jahren 1928—1930 5768 Fr. und im Jahre 1933 noch 3051 Fr. Das landwirtschaftliche Einkommen je ha betrug in den Jahren 1928—1930 387 Fr. und im Jahr 1933 noch 212 Fr. Der Reinertrag je ha Fläche betrug 1928—1930 228 Fr., im Jahre 1933 noch 99 Fr. Der Arbeitsverdienst je Männerarbeitstag betrug in den Jahren 1928—1930 5.14 Fr. und im Jahr 1933 noch 1.63 Fr. Das Jahr 1934 ist ungefähr gleich wie das Jahr 1933. Ich meine, dass diese Zahlen eine deutliche Sprache sprechen.

Der Abschnitt *b* der Kriseninitiative bezieht sich auf das industrielle Gebiet und bespricht den Preis- und Lohnschutz zur Sicherung eines genügenden Arbeitseinkommens. Wir dürfen wohl annehmen, dass sich die Garantie des Preisschutzes nur insofern auf den Unternehmer bezieht, als der Preisschutz für ihn nötig ist, damit er seinen Angestellten und Arbeitern einen Lohn bezahlen kann, der ihnen eine ausreichende Existenz ermöglicht. Der Unternehmer ist ja in seinem Betrieb auch noch mit Kapital beteiligt, das die Kriseninitianten nicht oder nur in negativem Sinne interessiert. Unsere ganze Wirtschaftspolitik war bis jetzt auf dieses Ziel gerichtet und suchte es zu erreichen durch Erhöhung des Zollschatzes, Schaffung von Einfuhrbeschränkungen, Abhaltung fremder Arbeitskräfte, und wo das nicht genügte, durch verschiedene Hilfsaktionen und Subventionen und schliesslich durch die Arbeitslosenfürsorge. Bei der Exportindustrie hat man eingegriffen durch die produktive Arbeitslosenfürsorge und durch die Garantie von Exportkrediten. Leider ist der Erfolg kein durchschlagender gewesen. Immerhin ist aber die Arbeitslosenfürsorge in die Lücke getreten. Die Initiative will weitergehen, sie will den Lohn des Einzelnen schützen. Zwar ist nach ihrer Vorschrift das nur indirekt möglich, indem der Staat nur die Möglichkeit hat, bei Lohnkonflikten einzugreifen

zugunsten der Lohnempfänger. Ich weiss nicht, ob absichtlich oder unabsichtlich die Aufstellung einer Vorschrift zum direkten Eingreifen des Staates in die Privatwirtschaft in der Lohnfrage unterlassen wurde. Praktisch kommt es auf das Gleiche heraus, denn der Geist der Kriseninitiative geht dahin, den Lohn zu halten. Ihr Zweck ist die Aufrechterhaltung des Lohnes, und wer den Zweck will, muss auch die Mittel wollen. Ich bin überzeugt, dass ein der Kriseninitiative geneigtes Parlament ohne weiteres den Weg finden wird, um in die Privatwirtschaft so einzugreifen, dass die Löhne durch den Staat bestimmt werden. Dadurch wird der Industrielle bis zu einem gewissen Grade zu einem Staatsfunktionär, dem der Staat die Löhne vorschreibt und ihn unter Umständen auch zu einer Defizitwirtschaft zwingt und dazu zwingt, sein ganzes Vermögen sukzessive zu verfabrizieren. Nehmen wir an, dass die neuen Männer, die dazu bestimmt sind, die Kriseninitiative zur Anwendung zu bringen, sehr rücksichtsvoll seien, dann werden sie bei der Inlandindustrie die Möglichkeit haben, wenn sie die hohen Löhne bestimmen, auch die Preise so anzusetzen, dass der Fabrikant bestehen kann. Anders aber bei der Exportindustrie. Bei der Exportindustrie kann der Staat die Löhne festsetzen, aber Seine Majestät der Weltmarkt bestimmt die Preise. Wenn diese Preise entsprechend tief sind, dann hört für die Exportindustrie nicht nur die Gemütlichkeit, sondern auch das Geschäft auf. Nun wäre es ja denkbar, dass die Arbeiter der Exportindustrie sich mit geringeren Löhnen zufrieden gäben als die Arbeiter der Inlandindustrie. Aber das ist bei der allgemein menschlichen Veranlagung kaum zu denken, weshalb anzunehmen ist, dass hier ein grosses Loch entstünde und dass, wenn zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Exportes die Löhne gesenkt werden müssen, und zwar erheblich, der Staat in die Lücke zu treten und diese ganze Differenz nachzuschliessen hätte. Das wäre aber eine derartige Summe, dass dadurch masslose Steuern notwendig würden. Oder wüssten etwa die Herren Kriseninitianten einen andern Weg, um mit der schweizerischen Wirtschaft 4 Millionen Menschen zu erhalten, von denen 1 Million durch die Exportindustrie durchgehalten, d. h. ernährt werden soll? Im Text der Kriseninitiative ist ein solcher Weg weder vorgezeichnet noch auch nur angedeutet. Wir müssen aber hier auch fragen, wie sich diese Einkommensgarantie für jedermann gegenüber den tüchtigeren Elementen in der Arbeiter- und Angestelltenschaft auswirken würde, ob sie nicht grosse demoralisierende Folgen hätte. Weiter müssen wir fragen, wie sich dieser Schutz und Eingriff in die Privatwirtschaft vereinbaren liesse mit den Grundsätzen des demokratischen Staatswesens, mit dem vielgerühmten Ideal der Schweizer Freiheit, die ja gerade bei den Vätern der Kriseninitiative gewissermassen hemmungslose Verteidiger findet.

Die Kriseninitiative verlangt unter dem Abschnitt c die planmässige Beschaffung von Arbeit und die zweckmässige Ordnung des Arbeitsnachweises. Die Botschaft hat nun zum grossen Aerger der Freunde der Kriseninitiative die Forderung nach planmässiger Beschaffung von Arbeit in

Zusammenhang gebracht mit dem „Plan der Arbeit“ des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste, welcher Plan der Arbeit von der sozialdemokratischen Partei akzeptiert und sanktioniert worden ist. Es ist nun schon so, dass dieser Plan der Arbeit vom Komitee der Kriseninitiative wohl nicht ohne Absicht demonstrativ abgelehnt wurde: noch ehe der Hahn zum drittenmal krähte, haben sie ihn zweimal verleugnet, und auch die Gewerkschaften haben in ihrer Organisation diesen Plan der Arbeit demonstrativ abgelehnt, um ihn dann in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei doch wieder akzeptieren zu müssen. Es ist zu sagen, dass dieser Plan der Arbeit mit der Kriseninitiative, die ja nach der Aeusserung von Herrn Nationalrat Schneider aus Basel ein sozialdemokratischer Vorstoss ist, verhängnisvoll gleichzeitig ist, und dass er in der Umschreibung seiner Ziele ganz ähnlich klingt wie eine Ausführungsverordnung zur Kriseninitiative; heisst es doch in diesem Plan der Arbeit, der vom sozialdemokratischen Januarparteitag 1935 ausdrücklich genehmigt wurde, sein Ziel sei eine wirtschaftliche und soziale Neugestaltung der Schweiz mit dem unmittelbaren Zwecke, dem gesamten Schweizervolk eine auskömmliche Existenz zu sichern. Und es wird ja von hervorragenden Parteiführern die Kriseninitiative als Vorstoss für den Plan der Arbeit betrachtet und der Plan der Arbeit seinerseits wieder als Schrittmacher für die Eroberung der politischen Macht durch die Sozialdemokratie. Nachdem wir diese Ideen kennen gelernt haben, können Sie es uns nicht übel nehmen, wenn wir dagegen auftreten, denn wir wissen ja, was die Eroberung der politischen Macht durch die Sozialdemokratie für uns zu bedeuten hat.

Was der Plan der Arbeit weiter für Absichten hat, ergibt sich daraus, dass er zur Durchführung einer planmässigen Industriepolitik die Verstaatlichung gewisser Industrien, allerdings nur Industrien von quasi Monopolcharakter, in Aussicht genommen hat, zur Hebung des Wohnstandards, — das ist wahrscheinlich das Nötigste für die Schweiz — die Lockerung der Grenzen der Baugrundstücke, ferner die gesamte Verstaatlichung der Verkehrsanstalten und die Verstaatlichung einer ganzen Anzahl von Hotels und — hier kommt der Pferdefuss — einen Ausgleich der Unterschiede bezüglich der Einkommen und Vermögen usw. Kurzum, dieser Plan der Arbeit verspricht eine Verbesserung der Verhältnisse auf der ganzen Linie, die, verglichen mit der heutigen prekären Situation, geradezu paradiesisch zu nennen wäre; und er schweigt sich, wie die Kriseninitiative, über die Mittel aus, mit denen das alles geschaffen werden soll, und findet sich vermutlich wie diese, auch wieder im Ausgleich der Vermögen und Einkommen, zu deutsch in der Expropriation der Besitzenden. Dabei spielt es für mich gar keine Rolle, ob das auf dem Wege der Wegsteuerung des Vermögens oder durch direkte Wegnahme erfolgt; «je n'envisage que le résultat».

Es ist begreiflich, dass dieser Plan der Arbeit den Verfasser der Botschaft zu Analogien gereizt hat, die tatsächlich auch vom objektiven Beur-

teiler dieser Sachlage nicht von der Hand gewiesen werden können.

Der Bundesrat hat nun in seiner Botschaft vom 9. Oktober 1934 nach Konsultierung des Gutachtens Rothpletz-Grimm Vorschläge über die Arbeitsbeschaffung gemacht und sich über den Arbeitsnachweis auch ausgesprochen, der übrigens im Entwurf über den neuen Wirtschaftsartikelschon enthalten ist. Aber der Bundesrat will nicht ohne Not eingreifen in die Privatwirtschaft; er will nicht die Arbeit zwischen den einzelnen Landesgegenden verteilen, zwischen den einzelnen Fabriken, er will den einzelnen Fabriken nichts vorschreiben; und das Schweizervolk hat früher das auch nicht gewollt, sonst hätte es nicht zu Beginn der 90er Jahre das Volksbegehren auf verfassungsmässige Garantie des Rechtes auf Arbeit mit 300,000 gegen 75,000 Stimmen verworfen. Dieser Eingriff des Staates in die Privatwirtschaftssphäre würde einen übertriebenen Ausbau der Verwaltung und der Kontrolle und eine Reglementierung der einzelnen Betriebe zur Folge haben, und dadurch würde die Unternehmungslust der einzelnen selbständigen Unternehmer zu Boden gedrückt.

Ich muss an dieser Stelle noch darauf verweisen, dass es irreführend und geradezu verwerflich von den Initianten ist, wenn sie nun die Kriseninitiative lediglich als ein Kampfinstrument gegen die bundesrätliche Abbaupolitik, die übrigens gar noch nicht begonnen hat, was man immer übersieht, deklarieren, und wenn die Gegner der Kriseninitiative ohne weiteres als Abbaufreunde diskriminiert werden. Man kann ein ehrlicher Freund der Erhaltung des bisherigen Lohn- und Preisniveaus sein und ein Feind der Abbautendenzen — ich nenne als berühmtes Exemplar Prof. Laur — und man kann doch das missgestaltete Teufelswerk der Kriseninitiative mit Abscheu verwerfen. Denn sein Grundzug ist der der Sozialisierung, und sein Enderfolg ist der finanzielle und wirtschaftliche Ruin des bürgerlichen Staates. Die Verfechtung solcher Ideen und das Anstreben dieser Ziele kann ein bürgerlicher Schweizer, auch wenn er noch so abbaufindlich ist, niemals über sich bringen. Es ist denn auch wahrscheinlich, dass Zehntausende von Schweizerbürgern, die die Kriseninitiative unterzeichnet haben, als man ihnen die Frage vorlegte: Bist du für oder gegen den Lohnabbau? diese Unterschrift nicht vorgenommen hätten, wenn man ihnen nicht verschwiegen hätte, dass der Kern der Initiative die Einführung des Staatssozialismus im Schweizerlande ist. Dieser Einsatz wäre für manchen Eidgenossen sicherlich, umso mehr als es sich nur um eine fiktive Aufrechterhaltung von Preisen und Lohn handelt, viel zu gross gewesen. Ich weiss, dass die Herren von links es als eine Beleidigung empfinden, wenn man die Initiative als ein sozialistisches Machwerk bezeichnet; aber sie werden sich gerade in der Diskussion in dieser Beziehung noch auf die Produzierung von Dokumenten gefasst machen müssen. Es kommt hier indessen nicht auf den Namen an. Nennen Sie die Kriseninitiative sozialistisch oder nennen Sie sie anders. Sicher ist, dass nach ihrer Annahme im Schatten dieser Initiative und im Schatten des aus ihr geborenen

Verfassungsartikels die Sozialdemokraten und die ihr Affilierten Orgien feiern werden.

Mit dem Begehren auf Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien auf ihren Heimwesen durch Entlastung überschuldeter Betriebe und Erleichterung des Zinsendienstes, mit dem weiteren Begehren um Entlastung unverschuldet in Not geratener Betriebe und Gewerbe, verlangt die Kriseninitiative auch wieder etwas, das sich die heutige bürgerliche Regierungsmehrheit längst zum Ziele gesetzt hat. Aber es gilt auch hier, was schon beim landwirtschaftlichen und auch beim gewerblichen Preisschutz gegolten hat, dass das sozialdemokratische Gros der Freunde der Kriseninitiative erst ihr landwirtschaft- und gewerbefreundliches Herz in den letzten Jahren zu entdecken begann und in seiner ganzen Grösse überhaupt erst im letzten Jahre entdeckt hat, während sie vorher jahrzehntelang einer Politik der billigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände gehuldigt haben, diese Politik konsequent verfochten wurde und aus ihrem Geist heraus die Bauern als Lebensmittelwucherer in alle HölLEN verbannt wurden und man ihren Grund und Boden verstaatlichen wollte. Darum wird es uns noch heute schwer, an die Aufrichtigkeit dieser Total-Umkehr, die Verwandlung von Hass in Liebe auf die Dauer zu glauben (Heiterkeit) und darauf ein neues Wirtschaftssystem zu fundieren und verfassungsmässig zu verankern.

Die Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien und der gewerblichen Existenz ist das Ziel der Bauern- und der Gewerbeverbände und ihrer Preispolitik gewesen und diese Bestrebungen sind auch von der offiziellen schweizerischen Wirtschaftspolitik unterstützt worden. Aber mit Rücksicht auf die Konsumenten und die Lohnempfänger waren dieser Politik immer gewisse Grenzen gesetzt. Ich erinnere nur an die Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte in der Kriegszeit. Als dann diese Preisstützungen mit Rücksicht auf die internationalen Konkurrenzverhältnisse nicht ausreichten, da hat die individuelle Krisenhilfe für die Bauern eingesetzt mit dem Bundesbeschluss vom 30. September 1932. Sie hat nun schon ganz erhebliche Resultate gezeitigt, und es sind laut Botschaft schon über 30 Millionen Franken in diesem Sinne ausgegeben worden. Ich habe mich bereits an anderer Stelle darüber geäussert.

Unterdessen ist aber die Not der Landwirtschaft noch grösser geworden, und es wird eine grosszügige, umfassende Entschuldungshilfe nötig. Dafür haben wir aber bei den Führern der Wirtschaft, auch beim Bundesrate, und ich behaupte: auch in diesem Parlament, volles Verständnis. Wir warten nur auf den Moment, wo die Mittel da sind, damit dieses Projekt verwirklicht wird, das sich bereits in einem ernsthaften Studium befindet. Die schweizerische Landwirtschaft hat das Vertrauen in die offizielle Wirtschaftsführung der Schweiz, dass auch ihr grösstes Postulat durchgeführt werde und beitrage zur Rettung der Existenz des bedrohten Bauernstandes.

Es steht mit dieser Entschuldungsaktion im Zusammenhange die Frage des Abbaues des Zinses, auf dessen Erfüllung unsere Landwirtschaft nicht verzichten kann, welcher Abbau auch eine Ent-

lastung für die übrige Wirtschaft bedeutet. Bereits ist ein halbes Dutzend von Kantonalbanken darin vorangegangen. Sie haben den Zins für erste Hypotheken auf 4% und für zweite Hypotheken auf 4½% festgesetzt. Aber das reicht nicht aus. Wir müssen weitergehen, wir müssen einen Zinsfuss von 3¾ bis 3½% für erste Hypotheken erstreben. So sehr die internationalen Zusammenhänge des Geldmarktes diese Aktion erschweren, wird sie doch erstrebt und durchgeführt werden müssen, und dann wird auch das Kapital das Opfer zu Gunsten der staatserhaltenden und notleidenden Landwirtschaft bringen. Von allen Seiten, und insbesondere von den Herren Kriseninitianten, wird das ja immer wieder verlangt, wobei aber gesagt werden muss, dass die Kapitalverluste als Folgen der Krise ungeheuerlich sind und dass weitere Abstriche in den Kreisen des kleinen kapitalistischen Bürgertums schwer zu tragen wären. Doch hoffe ich, dass das schweizerische Kapital, wenn man an den abgeschlossenen öffentlichen und privaten Anleiheverträgen nicht rüttelt, eine weitere gerechte und billige Konzession an die Notleidenden des arbeitenden Volkes nicht ablehnen wird. Da könnte ich mir vorstellen, dass eine Erhöhung der Couponsteuer, deren Kompetenz in das Gesetzgebungsrecht des Bundes gelegt ist und deren Erträge ausschliesslich für Verbilligung der ländlichen Hypothekenzinsen verwendet würden, nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit läge. Ähnlich verhält es sich mit dem Gewerbe, das auch immer mehr von der Krise betroffen wird. Der Bundesrat hat in seinem Beschlusse vom 21. Dezember 1934 bereits Grundlagen geschaffen, um auch dem Gewerbe zu helfen und vorerst Beiträge zu geben an die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften und ähnliche Einrichtungen. Auch diese Hilfe muss fortgesetzt und erweitert werden. Der gute Wille dazu ist vorhanden.

Alle diese Gesetze und Entwürfe für die Zinsreduktion können aber scheitern, nämlich dann, wenn unser Landeskredit schon durch die Propaganda für die Kriseninitiative derart herabgesetzt und geschädigt wird, dass der Zinsfuss zu steigen beginnt. Wir sind bereits in dieser Lage. Nehmen Sie die Börsenberichte zur Hand. Die ausländischen Kapitalisten, die ausländischen Besitzer schweizerischer Bundesbahntitel werfen sie bereits auf den Markt, weil sie Angst haben. Wenn das so weiter geht, wird alles, was wir für den Zinsabbau tun, nichts nützen.

In lit. f) des Volksbegehrens wird die Gewährleistung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe verlangt. Der Sinn dieser Bestimmung lässt sich zweifellos nur unter Beizug von Ziffer 1, Alinea 2 des Volksbegehrens erkennen, das den Staat verpflichtet, für eine ausreichende Existenz jedes Schweizerbürgers zu sorgen. Damit will die Bestimmung doch auch für eine „ausreichende Existenz“ des Arbeitslosen sorgen. Mit andern Worten, der Nichtarbeitende soll nicht nur gleich viel und gleich gut essen wie der Arbeitende, sondern er soll auch gleich wohnen. Er soll auch sonst den gleichen Lebensunterhalt geniessen, wie der Arbeitende. Das heisst praktisch, dass die Arbeit ihren Reiz zu verlieren beginnt,

indem von manchen Menschen doch das Privatisieren noch als die angenehmere Beschäftigung empfunden wird als das Arbeiten. Man kommt somit unter dem Regime der Kriseninitiative dazu, ein Heer von Staatspensionären und Rentnern zu züchten, das bei späterer Arbeitsgelegenheit nur sehr schwer von seinem Rentnerberufe abzubringen wäre.

Wir gelangten damit glücklich auf den Boden des „panem et circenses“ des alten Rom, das sich gelegentlich seine Mittel zu dieser Politik durch Proskriptionen verschaffte, indem seine Machthaber ein paar tausend der begütertesten Optimaten einfach niedermachen liessen und ihre Güter einzogen. Die Kriseninitiative nennt zwar diese Finanzquelle nicht, aber wenn man ihre Finanzgrundlagen zu Ende denkt, kommt man zum mindesten ohne Beschlagnahmung oder Wegsteuerung der privaten Vermögen nicht aus. Die durch die Kriseninitiative sich aufdrängenden Arbeitslosenbeiträge und ihre Ausrichtung in Permanenz kann natürlich nicht ohne Zustimmung der Kantone durchgeführt werden, wenn nicht der Bund die ganzen Mehrkosten übernehmen will. Die Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung ist ja grundsätzlich Sache der Kantone, und der Bund leistet daran nur Beiträge. Sie haben im Jahre 1934 19,84 Millionen Fr. betragen. Es kommt noch dazu die ausserordentliche Krisenhilfe des Bundes gemäss Bundesbeschluss vom 23. Dezember 1931 für die Arbeitslosen einiger Krisenindustrien. Diese Beiträge machten im Jahre 1934 ebenfalls 7,3 Millionen Franken aus, so dass die Gesamtleistungen von Bund, Kantonen, Gemeinden und Kassen an die Arbeitslosen- und Krisenunterstützten zusammen in den Jahren 1933 und 1934 84,5 und 72,2 Millionen Franken ausmachten, welche Summen sich gewiss sehen lassen dürfen und kein schlechtes Zeichen der Fürsorge für die allgemeine Wohlfahrt der Eidgenossen sind.

Im Abschnitt g und h des Volksbegehrens verlangt man dann wörtlich die Ausnützung der Kaufkraft und der Kapitalkraft des Landes zur Förderung des industriellen und landwirtschaftlichen Exportes, sowie des Fremdenverkehrs, Regulierung des Kapitalexportes und Kontrolle des Kapitalexportes. Es ist in dieser Beziehung im allgemeinen schon mehr getan worden in unserem Lande, als man gemeinhin annimmt. Vor allem ist der Bundesrat schon sehr frühzeitig vom Grundsatz der Meistbegünstigung abgewichen zu Gunsten des Grundsatzes der Reziprozität, d. h. er hat unsere Bedarfsartikel aus den Ländern bezogen, die uns umgekehrt auch wieder Waren abkaufen. Das geschah durch das Mittel der Kontingente, des Kompensationsverkehrs und der Verrechnungsabkommen. Der Bundesrat hat schon im Jahre 1932 über seine bezüglichen, im Jahre 1931 getroffenen Massnahmen uns Bericht erstattet. Aber alles ist mit dem Kompensationsverkehr auch nicht zu machen. Er hat auch seine Schattenseiten. Sie bestehen vor allem darin, dass er die Wirtschaft in Fesseln legt und darum die wirtschaftliche Tätigkeit lähmt. Wenn dann mit einem solchen Kompensationsverkehr noch ein Clearingverkehr verbunden ist und der ausländische Exporteur in die Schweiz für seine Waren keine guten Schweizer Franken erhält,

dann entsteht bei ihm etwas, das man in Deutschland als Exportfaulheit bezeichnet. Er hat kein Interesse mehr am Export in die Schweiz und hält damit zurück. Man will in Deutschland sogar von Gesetzes wegen gegen diese Krankheit einschreiten. Jedenfalls ist das eine zu konstatieren, dass unser Import aus Deutschland um 10 Millionen im Monat zurückgegangen ist und dass wir dadurch die Bestimmungen unseres Abkommens nicht mehr erfüllen können, so dass es zu unserem schweren Nachteil ausschlägt.

Der Laie stellt sich natürlich die schweizerische Handelspolitik viel leichter vor. Es ist ja überhaupt die Eigenart des schweizerischen Referendumsbürgers, dass er sich über jede Haupt- und Staatsaktion auf allen Gebieten sein besonderes und unfehlbares Urteil erlaubt und sich infolgedessen auch das Recht der Kritik anmassiert. Die Regierung zu kritisieren und über sie in allen Tonarten zu schimpfen, ist längst nicht mehr Appenzeller Recht, es ist vielmehr das gemeine Recht für die ganze Schweiz geworden. Heute weiss doch jeder Biertischpolitiker, wie unsere Handelspolitik geführt werden sollte und massiert sich das Recht an, das in Bern darin Geleistete zu kritisieren und auch dem Bundesrat Ratschläge zu erteilen. Das gilt insbesondere auch bezüglich des Kapitalexportes, über den heute jedermann urteilt und wo jedermann die begangenen Fehler verdammt, trotzdem jeder im gleichen entscheidenden Momente an derselben Stelle auch die gleichen Fehler begangen hätte. Es ist ja wahr, dass im schweizerischen Kapitalexport ungeheuerliche Fehlleitungen vorgekommen sind, weil man die Entwertung der ausländischen Währungen und den wirtschaftlichen Zusammenbruch der uns umgebenden und auch der weiter abgelegenen Länder nicht voraussehen konnte. Ich weiss nicht, wer den vorausgesehen hätte, aber man hat ihn an massgebender Stelle nicht vorausgesehen und wollte auf der anderen Seite den schweizerischen Geldüberfluss zinsbringend anlegen. Aber wenn man nun glaubt, dass heute die Möglichkeit bestehe, durch Kapitalexport unseren Warenexport in erheblichem Masse zu beleben, so befindet man sich im wesentlichen im Irrtum, denn die Mittel der Schweiz sind zu einem schönen Teil festgelegt, teilweise festgefroren. Und Kapitalexport in der jetzigen Zeit hat überhaupt nur geringes Interesse; er ist sehr riskiert. Es ist also nur in bescheidenem Grade möglich, damit unsern Warenexport zu befruchten. Was die Kontrolle des Kapitalexportes anbetrifft, so ist sie durch das neue Bankengesetz einigermaßen gesichert.

Die Botschaft hat übrigens hier einen typischen Fall erwähnt, aus dem ja die Ideen hervorgehen, mit denen gewisse Kreise diese Dinge behandeln und beurteilen. Keine geringeren als die schweizerischen Angestelltenverbände verlangen in einer Eingabe vom 28. Januar 1935 vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement die Zentralisation des Warenexportes und die Zentralisation des Kapitalexportes, also eine staatliche Warenexportstelle und eine staatliche Kapitalexportbank. Sie vergessen dabei, dass durch die Verstaatlichung des Exportes, des Aussenhandels und des Kapitalexportes und die damit verbundene Bürokratisierung diese nur in Freiheit lebensfähigen Be-

triebe in kürzester Zeit ruiniert würden. Die Botschaft sagt mit vollem Recht, dass von der Monopolisierung der Exporte der Waren und Kapitalien bis zur Sozialisierung der Banken und der gesamten Wirtschaft nur noch ein Schritt sei.

Noch ein kurzes Wort über das Begehren betreffs die Kontrolle der Kartelle und Trusts. Die Kartelle und Trusts sind bekanntlich private Preis-Konventionen, die zum Zwecke haben, ihre Mitglieder zu verpflichten, festgesetzte Verkaufspreise innezuhalten. Man kann sie nicht schlechthin verurteilen; es kommt darauf an, ob sie ihre Macht gegenüber der Allgemeinheit ausnützen. Wo das der Fall ist, kann man die Kontrolle nur begrüssen. Ich will aber in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass die Milchverbände, die Gewerbeverbände auch Kartelle sind und keinen andern Zweck haben, als den Preis zu erreichen, der die Gesteungskosten decken soll, was leider nicht einmal möglich ist, weshalb der Staat im Rahmen seiner Mittel auch eingreifen muss. Damit aber Missbräuche, die eventuell vorkommen, beseitigt werden können, hat der Bund in seinem Gesetzesentwurf über die Kontrolle der Preise vom 18. März dieses Jahres in Art. 1, Al. 2, auch eine Kontrolle der Kartelle vorgesehen. Damit ist auch dieser Wunsch der Initianten erfüllt. Ueber die Notwendigkeit der Kontrolle der Trusts will ich mich nicht äussern. Schweizerische Trusts von Bedeutung haben wir keine, aber ausländische, die bei uns schöne Steuern zahlen. Wir können sie kontrollieren; dann werden sie sagen: Danke schön, und auswandern. Aber daran haben wir wohl auch kein Interesse.

Abs. 3 des gleichen Artikels bestimmt, dass der Bund zur Durchführung der Kriseninitiative die Kantone und die Wirtschaftsverbände heranziehen könne. Hinter dieser scheinbar harmlosen Bestimmung verbirgt sich eine wichtige Kompetenz, nämlich die der Ausschaltung der Kantone beim Vollzug der Kriseninitiative. Das bedeutet eine nicht zu unterschätzende Gefahr, indem über alle föderalistischen Bedenken hinweg der Einfluss der kantonalen Eigenart bei Vollzug der Kriseninitiative beseitigt werden kann. Es wäre demnach möglich, dass der Bergbauer von Uri oder Wallis unter Umständen gleich behandelt würde wie der Asphalttrotter aus Zürich, und da bestehen doch sicherlich bedeutende Unterschiede auch im Bedarf nach auskömmlicher Existenz usw. Ich will aber nur das eine sagen: Jedenfalls besteht hier Grund zu Misstrauen und Vorsicht.

Art. 4 des Volksbegehrens sagt, dass der Bund, soweit es die Durchführung dieser Massnahmen erfordert, vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit abweichen könne. Es ist nun eine altbekannte Tatsache, dass Art. 31 der Bundesverfassung nicht mehr genügt, dass er schon oft durchlöchert werden musste, und dass das Volkswirtschaftsdepartement an seiner Revision schon lange arbeitet. Als man aber mit diesen Vorarbeiten herauskam, hat sich herausgestellt, dass grosse Opposition besteht, namentlich in der romanischen Schweiz. Darum hat man noch stipuliert, dass die Abweichung nur ausnahmsweise und nur dann ermöglicht werden solle, wenn die Allgemeininteressen unserer Wirtschaft oder gewisser Zweige davon es

erfordern. Die Fassung des Art. 4 der Kriseninitiative geht nun aber viel weiter und erteilt dem Parlament gewissermassen Blankovollmacht zur Beschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, zum Zwecke der Durchführung der Kriseninitiative. Damit werden weite Kreise der Bevölkerung unseres Landes nicht einverstanden sein, insbesondere aber auch nicht jene 567,131 Unterzeichner der Petition betreffend den Schutz des Genossenschaftswesens, die ausdrücklich verlangt haben, dass durch den neuen Wirtschaftsartikel die Aktionsfreiheit der Genossenschaften, die auf Selbsthilfe beruhen, nicht beeinträchtigt werden dürfe.

Schliesslich befasst sich Art. 5 des Volksbegehrens — ich komme allmählich zum Schluss — mit der Finanzierung. Er stellt fest, dass die nötigen Mittel beschafft werden sollen durch Prämienobligationen, durch öffentliche Anleihen und durch die laufenden Einnahmen. Zweifellos ist die Kriseninitiative ein grosszügiger Versuch, aber eben nur ein Versuch, für dessen Gelingen ein günstiger Präzedenzfall nicht vorliegt. Ob gerade unser Land und Volk hier als Versuchsobjekt gut genug sein soll, ist wiederum eine Frage. Sicher ist das Risiko gross und der Einsatz gewaltig, besteht er doch in dem ganzen wirtschaftlichen Wohlstand der Schweiz. Schon die Forderung von umfassenden Massnahmen zur Krisenbekämpfung zeigt, dass man etwas wagen will. Aber was die Sicherung der ausreichenden Existenz für jeden Schweizerbürger kosten soll, das lässt sich schlechterdings nicht absehen; wieviel die Aufrechterhaltung der Saläre der Angestellten der öffentlichen Verwaltungen und der staatlichen Unternehmungen und Betriebe in Bund, Kantonen und Gemeinden kostet, was für den landwirtschaftlichen, den gewerblichen und industriellen Preisschutz, für die Arbeitsbeschaffung, für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungen und für die landwirtschaftlichen und gewerblichen Entschuldungsaktionen aufgewendet werden muss, das kann kein Sterblicher ermessen. Dazu kommt, dass durch die Dokumentation des ungehemmten Unterstützungswillens des Staates die Anforderungen sicherlich nicht kleiner werden, heisst es doch im Sprichwort: „Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt, kriegt augenblicklich Junge.“

So stehen wir tatsächlich vor nicht abzuschätzenden Ausgaben, denen unsere Staatsfinanzen nicht gewachsen sein werden. Nur Optimisten — und ich rechne natürlich die sämtlichen Kriseninitianten dazu — die heute noch an das Phantom des baldigen Krisenendes glauben, können einen solchen Versuch wagen, oder dann Abenteurer, denen der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und Staatsfinanzen entweder gleichgültig ist oder in den Rahmen ihrer Pläne passt.

Solchen Ausgaben gegenüber nehmen sich die vorgesehenen Deckungsmöglichkeiten ärmlich — ich darf nicht sagen erbärmlich — aus. Die Botschaft hat recht, wenn sie sagt, dass der bezügliche Passus der Initiative versucht, das Volk über die finanzielle Tragweite der Kriseninitiative hinwegzutäuschen.

Nun die einzelnen Finanzquellen. Die Prämienobligationen sind ein beliebtes Finanzierungsmittel für Staaten, die sich in schlechter Finanzlage befinden und ergeben keine grossartigen Resultate,

speziell wenn sie nicht beliebt sind, wie das bei uns der Fall ist. Für öffentliche Anleihen gibt es eine gesunde, durch den wirtschaftlichen Reichtum des Landes bestimmte Grenze. Unsere Finanzreserven werden aber gemeinhin überschätzt und insbesondere wird bei ihrer Beurteilung von den Kriseninitianten masslos übertrieben. Wer Einblick in die Wirtschaft hat, weiss, dass die schweizerischen Vermögensverluste ungeheuer sind, weil das Schweizerkapital je und je im Auslande verankert war und dort jahrzehntelang seine grossen Verdienste eingeheimst und damit beigetragen hat zum Wohlstand unseres Landes und zur Verbesserung unserer Handelsbilanz. Als es aber im Ausland schlecht zu werden begann, war das Kapital draussen, es war durch Verträge gebunden und konnte nicht einfach per Telephon heimgeholt werden, sondern es musste, wie es vorher an der Blüte des Auslandes teilgenommen hatte, auch teilnehmen an den Finanzkatastrophen, die das Ausland betroffen haben. Das sollte für jeden vernünftigen Menschen verständlich sein. Unsere Kapitalisten haben aber auch in der Schweiz schwere Verluste erlitten durch den Zusammenbruch der Exportindustrien, der sich in einzelnen Portefeuilles verheerend ausgewirkt hat. Und wenn man nun heute noch damit zu argumentieren und zu renomieren versucht, dass man sagt, die Anleihen werden schlank untergebracht — es war übrigens mit der Konversion des letzten 200 Millionenanleihe nicht so glänzend — so ist dann doch zu sagen, dass das gerade ein Zeichen der Wirtschaftsschrumpfung ist, die zwangsläufig Gelder freimacht, die nach neuen Anlagemöglichkeiten suchen. Die gewohnte Anleihezeichnung beruht nur auf den Ersparnissen der einheimischen Bevölkerung, auf den Ersparnissen aus Kapitalertrag und Arbeit. Und diese beiden sind ganz gewaltig zurückgegangen, wie sich am besten aus der rückläufigen Bewegung der Sparkasseneinlagen und der Kassenobligationen der Banken ergibt. Der vermehrte Bedarf eines Staates an Anleihen aber erhöht den Zinsfuss; das gleiche tut die zunehmende Verschuldung, und sie hat auch den Rückgang der ausländischen Guthaben und vermehrte Thesaurierung von Gold und erhöhte ausländische Auslagen zur Folge. Die jährlichen Felhbeträge unserer öffentlichen Körperschaften haben schon 1933 über 200 Millionen betragen und sind im Jahre 1934 nicht zurückgegangen. Mit andern Worten: der Bedarf der Anleihen würde durch die Kriseninitiative ins Unermessliche erhöht; er müsste unsern Landeskredit einfach ruinieren und den Zinsfuss auf eine Höhe treiben, die wir ruhig schwindelhaft nennen dürfen.

Endlich will die Krise ihren Geldbedarf aus den laufenden Einnahmen decken. Dabei übersieht sie, ob mit Absicht oder nicht, bleibt dahingestellt, dass schon die bisherige Krisenbekämpfung mit den laufenden Mitteln nicht auskommt und dass die hier vorgesehenen Einnahmen aus der Erhöhung des Getreidezolles, des Benzin- und Oelzolles und der Einführung der Zuckersteuer, soweit sie überhaupt tragbar sind, gerade dazu ausreichen werden, um die Gelder zu verschaffen, die es braucht zur Vermehrung der Krisenhilfe mit Einschluss der Entschuldung der Landwirtschaft.

Woher sollen aber weitere Mittel kommen? Zweifellos aus Steuererhöhungen, obschon die Initiative das in Abrede stellt. Wahrscheinlich aber aus den, die seinerzeit beabsichtigte Vermögensabgabe in ihrem Effekt weit übertreffenden Zugriffen auf privates Vermögen und Einkommen, welche Zugriffe dann aber nicht beim sogenannten Grosskapitalisten Halt machen können, sondern sich auf den Mittelstand und auch auf den kleinen Sparer ausdehnen müssen. Derweilen ist die Steuerschraube schon genug angezogen worden im Schweizerlande. Sind wir doch von 268 Millionen Steuerertrag in der Vorkriegszeit auf über eine Milliarde Franken gestiegen. Wenn wir wesentlich weiter gehen, dann wird die Kapitalflucht einsetzen, die gerade in unserem Lande leichter zu bewerkstelligen ist als in irgend einem anderen, weil gerade die Schweiz grosse Kapitalanlagen schon im Ausland hat und weil im übrigen auch alle Massnahmen gegen die Kapitalflucht den weitläufigen und gemüthlichen Gang unserer demokratischen Gesetzgebung und der Verwaltungsapparate zu passieren hätten. Mit vollem Recht hat die Botschaft diesbezüglich gesagt, dass weitere Zugriffe auf Kapital und Vermögen unsere ohnehin kranke Wirtschaft in den Abgrund führen müssten. Ist aber ein solches abenteuerliches Wirtschaftsexperiment diesen Einsatz wert, wo doch alle wissenschaftlichen und praktischen Ueberlegungen dagegen sprechen und wir es als eine wirtschaftspolitische Pfuscherei qualifizieren müssen? Darüber hat wohl der alte Goethe in seinen Gesprächen mit Eckermann das richtige Wort gefunden, als er sagte: „Ich hasse alle Pfuscherei wie die Sünde, besonders aber die Pfuscherei in Staatsangelegenheiten, woraus für Tausende und Millionen nichts als Unheil hervorgeht!“

Ich komme zum Schluss und rekapituliere meine Ausführungen dahin, dass die bestehende Krise mit den jetzigen Mitteln nun einmal nicht aus der Welt geschafft werden kann, sondern dass höchstens deren Wirkungen zu mildern sind. Wenn wir dekretieren könnten, dass die Krise auf dem Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschafft wäre, dann würde das der Bundesrat längst getan haben. Wir sind aber mit der Weltwirtschaft schicksalverbunden und zwar inniger als manches andere Land, und können uns aus diesem Konnex nicht lösen. Der Bundesrat hat aber an seiner Stelle sein Bestes getan — unfehlbar ist leider niemand, auch nicht die Gevatter der Kriseninitiative — um die Krisenfolgen zu mildern und das Verhängnis von unserem Lande abzuwenden. Wir haben das Vertrauen in ihn, dass er auf diesem Wege weiterschreiten und insbesondere auch nach Möglichkeiten suchen wird, eine Verteilung der Krisenlasten anzustreben, die für alle Bevölkerungskreise tragbar ist. Wenn dann alle Gutgesinnten sein Werk unterstützen und gewisse demagogische Einflüsse, die weniger das Wohl des Landes als persönliche Fischzüge in den trüben Wassern der Volksverhetzung erstreben, wieder etwas zurücktreten, so ist uns um die Zukunft der Eidgenossenschaft auch jetzt nicht bange.

Ich habe geschlossen (Beifall).

M. Berthoud, rapporteur de la majorité: Les temps troublés que nous vivons placent le Parlement et le peuple devant des problèmes d'une importance extrême. A peine l'un d'eux a-t-il reçu sa solution qu'un autre sollicite l'attention générale du pays.

Hier, c'est sur la défense militaire que le corps électoral avait à se prononcer. Aujourd'hui, c'est de sa défense économique qu'il s'agit.

Faisant délibérément abstraction de tout ce que les pouvoirs publics ont fait et entrepris pour parer aux effets de la crise, un comité s'est constitué aux fins d'assigner aux conseils de la nation, par d'impératives dispositions constitutionnelles, une ligne de conduite sévère à laquelle ils auraient à se conformer désormais. Ainsi est née l'initiative de crise qu'une commission, au nom de laquelle j'ai l'honneur de rapporter, a été chargée d'examiner en vue de vous en proposer soit l'acceptation soit le rejet.

Pour les motifs que je vais m'efforcer d'exposer aussi succinctement que possible, la commission, d'accord avec le Conseil fédéral, s'est prononcée par 15 voix contre 6 dans le sens du rejet.

Je pense pouvoir me dispenser de vous donner lecture du texte de l'initiative. Vous l'avez sous les yeux en première page du rapport du Conseil fédéral. Et j'entre directement dans le vif du sujet, qu'après le rapport si complet du président, vous me permettez de considérer du point de vue général plutôt que dans ses détails.

Une première question d'ordre juridique s'est posée à la commission. L'initiative tombe-t-elle sous le coup de l'alinéa 3 de l'article 121 de la Constitution fédérale, disant que si, par la voie de l'initiative populaire, plusieurs dispositions différentes sont présentées pour être révisées ou pour être introduites dans la Constitution fédérale, chacune d'elles doit former l'objet d'une demande d'initiative distincte?

Se référant à l'avis des plus hautes compétences en matière de droit public, le Conseil fédéral a admis qu'il s'agit ici d'une initiative à but unique et que les neuf propositions énumérées sous chiffre 2, bien que différentes si on les considère pour elles-mêmes, forment en tant que mesures d'exécution, un tout avec le chiffre 1^{er} visant à assurer des conditions d'existence suffisantes à tous les citoyens suisses. A cette considération d'ordre juridique, à laquelle aucun membre de la commission n'a fait objection, on peut ajouter que, du point de vue pratique, la disjonction du vote serait sans avantage, car elle pourrait conduire à un résultat d'où la netteté et la clarté seraient exclues. Il est préférable de voir l'initiative acceptée ou rejetée en bloc, plutôt que d'aboutir à la confusion qui résulterait de l'acceptation de certaines de ses dispositions et du rejet d'autres.

Mais, ne nous arrêtons pas plus longtemps à cette question de procédure et abordons le fond du problème.

Le but que se proposent les initiants est défini par le chiffre 1^{er}: Charger la Confédération de prendre les mesures nécessaires pour combattre la crise et pour assurer des conditions d'existence suffisantes à tous les citoyens suisses.

Considéré d'un point de vue théorique, ce but n'a rien que de séduisant. N'est-ce pas ce à quoi tendent les efforts de tous les groupes et de tous les parlementaires, que de chercher à assurer à chacun des conditions d'existence suffisantes? Mais est-il loyal d'introduire dans la Constitution une disposition qui donne à croire que la Confédération est à même d'assurer à tous les citoyens ces conditions d'existence suffisantes? N'est-il pas plus honnête de continuer à dire, comme fait l'article 2 de la Constitution, que la Confédération a, entre autres buts, celui d'accroître la prospérité commune des Confédérés? Faire au peuple, par le moyen de dispositions constitutionnelles, des promesses que l'on n'est pas sûr de pouvoir tenir, c'est faire œuvre mauvaise. A ce titre déjà, l'initiative apparaît comme néfaste.

Mais elle n'est pas que néfaste; elle est nettement dangereuse. Il suffirait, en effet, d'invoquer la petite phrase en question — que ses auteurs ont cherché à faire paraître inoffensive, mais qui ne l'est pas du tout — pour rendre illusoire les garanties les plus sacrées de notre charte fondamentale.

Autonomie des cantons, liberté de commerce et d'industrie, liberté tout court, tout cela pourra être subordonné au souci d'assurer des conditions d'existence suffisantes à tous les citoyens suisses. Et, comme le remarque avec infiniment de raison le Conseil fédéral, c'est la porte grande ouverte à la socialisation, à l'intrusion de l'Etat dans tous les domaines de l'activité économique.

Mais pour juger plus sûrement du but de l'initiative, il convient d'examiner avec soin les moyens proposés pour y atteindre, et ce n'est pas plus rassurant.

La Confédération se verrait chargée, entre autres, de pourvoir au maintien du pouvoir de consommation, de protéger les salaires et les prix, de réglementer le marché financier, toutes fonctions de caractère socialiste évident. A côté de cela, toujours afin de combattre la crise économique et d'assurer des conditions d'existence suffisantes à tous les citoyens, la Confédération aurait pour tâche de maintenir et amplifier les actions de secours et de soutien déjà existantes, de dégrever les entreprises agricoles et artisanales surendettées, de garantir une assurance-chômage et une aide de crise suffisante, ce qui veut dire que ce que l'on a fait jusqu'à présent, dans ce domaine, n'est pas suffisant.

Ces mesures-là, si elles ne mènent pas nécessairement au socialisme, ne manqueraient pas de conduire le pays à la ruine financière et, par voie de conséquence, à la dévaluation monétaire, si ce n'est même à l'inflation pure et simple. Je sais que, sur ce point, les défenseurs de l'initiative émettent une opinion diamétralement opposée à la nôtre. A les entendre, ce seraient les mesures d'adaptation réclamées par l'industrie et le commerce qui devraient nous conduire à des aventures monétaires. Ils se bornent à l'affirmer, se gardant bien de tenter le moindre essai de démonstration.

Quant à nous, nous nous en référons à l'expérience de pays qui, comme nous y engage l'initiative de crise, ont cru qu'il suffisait de répandre à pleines mains la manne de l'Etat par tout le

pays pour le rendre prospère. Sous un ministère socialiste, l'Angleterre a tenté cet essai. On en connaît le résultat. La livre sterling, qui pourtant avait résisté victorieusement à la tourmente de la guerre, a dû s'incliner devant les dégâts causés par une politique économique et financière infiniment moins téméraire que celle que voudrait instituer l'initiative de crise. Cette monnaie, réputée jusqu'alors inébranlable, a perdu aujourd'hui plus de 40 % de sa valeur. Et l'on voudrait faire croire que le franc suisse pourrait résister à l'épreuve dont on menace notre pays!

Considérée dans ses conséquences financières tout aussi bien que dans sa tendance politique, l'initiative de crise ne peut être que préjudiciable au pays. Mais, apporterait-elle au moins, si ce n'est à tous les citoyens — car ce n'est pas possible — du moins à la majorité d'entre eux, les satisfactions matérielles qu'on fait miroiter à leurs yeux?

Ces satisfactions, c'est par la vertu magique du pouvoir d'achat qu'on prétend les dispenser à chacun. Maintenir à tout prix des salaires aussi élevés que possible, les augmenter au besoin, sans jamais les diminuer, tel est le credo économique des promoteurs de l'initiative. Peu importe que la hausse des salaires entraîne à sa suite un renchérissement général. A les croire, le pouvoir d'achat n'en sera que fortifié.

Les 334.699 signataires de l'initiative se sont-ils rendu compte, en apposant leur nom sur les listes qui leur ont été présentées, de la portée réelle du projet qu'on leur recommandait? Cela ne paraît pas possible. Il ne saurait y avoir en Suisse des gens en si grand nombre qui s'imaginent que notre pays puisse s'isoler du reste du monde pour échapper aux conséquences d'une crise universelle. Aucun Etat moins que le nôtre, ne peut courir le risque d'une expérience du genre de celle qui nous est proposée. Si quelque part, la théorie du pouvoir d'achat peut avoir quelque chance d'être corroborée par les faits, ce n'est certes pas en Suisse. Car plus que tout autre pays, le nôtre doit, sur le terrain économique, compter avec l'étranger. Chacun sait que notre sol n'est à même d'assurer la subsistance que de la moitié à peu près de notre population. L'autre moitié ne peut vivre qu'à la faveur de nos échanges commerciaux avec le dehors.

L'insuffisance de notre production agricole, l'absence presque complète de richesses naturelles minérales ne peuvent être compensées que par des exportations massives jointes à une activité soutenue de l'industrie hôtelière et touristique. Or, la première condition à remplir pour avoir quelque chance de vaincre, sur les marchés extérieurs, une concurrence toujours plus âpre et agissante, c'est de pouvoir lutter à armes égales.

Pour cela, nous ne pouvons nous permettre de pratiquer une politique indépendante de salaires et de prix. Nous devons, non seulement nous garder de renchérir le coût de la vie, mais nous employer à le diminuer, à le ramener à un niveau qui supporte la comparaison avec les pays où se recrutent nos concurrents. Contre cette froide réalité, les plus belles théories demeurent impuissantes, celle du pouvoir d'achat comme tout autre. Aurait-on oublié chez les partisans de l'initiative, qu'une nation riche et puissante entre toutes, dotée

de tous les dons de la nature, au sol et au sous-sol d'une générosité sans pareille, a fait déjà, à une échelle proportionnée à sa taille, une vaste expérience basée sur la théorie du pouvoir d'achat? Pendant plus d'un quart de siècle, l'industrie et le commerce des Etats-Unis n'ont cessé de pratiquer une politique de hauts salaires, à la faveur desquels on espérait amener le pays tout entier à un degré de prospérité jamais connu dans l'histoire. Cela marcha bien aussi longtemps que les besoins de la consommation dépassaient les possibilités de production; mais, comme toute chose a une fin, il arriva fatalement ce qui devait se produire. La production finit par dépasser les limites possibles de la capacité de consommation, même stimulée par les plus hauts salaires. Et ce fut le début de la crise qui alla s'aggravant mois après mois, semaine après semaine, jour après jour, à une allure telle qu'à un moment donné, on ne trouva moyen d'enrayer ses progrès qu'en recourant à une dévalorisation du dollar équivalant, à l'heure qu'il est, à une baisse des salaires de plus de 40 %.

Voilà le résultat de la mise en pratique de la théorie du pouvoir d'achat dans un pays aux possibilités quasi illimitées, qui pourrait, s'il le fallait, ignorer le reste du monde et se suffire à lui-même. Et l'on pense que notre Suisse, le pays le plus dépendant des autres, économiquement parlant, pourrait, sans courir au désastre, s'offrir le luxe d'une expérience pareille!

Oh! je sais bien: les partisans de l'initiative disent qu'ils ont prévu l'objection et qu'ils apportent le moyen de faire jouer leur théorie, même dans un pays ayant la structure économique du nôtre. L'article proposé ne contient-il pas sous la lettre *h* une disposition aux termes de laquelle la Confédération veille à utiliser le pouvoir d'achat et la puissance financière du pays pour développer l'exportation des produits industriels et agricoles ainsi que le tourisme?

Laissons de côté la puissance financière du pays, car elle risque bien de n'être plus qu'un souvenir si jamais elle doit subir l'épreuve de la mise en vigueur de l'initiative de crise. Reste le pouvoir d'achat, étant bien entendu qu'il s'agit ici de celui du pays considéré dans son ensemble et non pas des habitants pris isolément.

Sur le papier, il est peut-être facile d'utiliser le pouvoir d'achat pour maintenir et développer nos exportations; mais, dans la pratique, les choses ne sont point si aisées. Et les services du département de l'économie publique qui sont appelés à négocier ce genre de transactions connaissent mieux que quiconque les difficultés auxquelles on se heurte dans ce domaine, les impossibilités auxquelles on aboutit parfois.

Ici encore, les initiants commettent l'erreur de croire que la Suisse peut adopter une politique séparée. Ils croient ou cherchent à faire croire qu'elle serait assez forte pour dicter sa volonté à ses co-contractants. Mais, s'ils prennent la peine de serrer de près le problème, ils s'apercevront qu'il n'est guère possible de faire dans ce domaine plus qu'on ne fait aujourd'hui. Ils se rendent compte qu'ici comme ailleurs les possibilités sont limitées, entre autres par le fait que les pays producteurs des denrées et matières les plus indispensables à

notre économie ne sont malheureusement en mesure d'absorber qu'une part minime de nos propres produits. Le trafic de compensation auquel notre pays s'est vu obligé de recourir, doit demeurer ce qu'il est aujourd'hui: un moyen de défense économique. Vouloir le destiner à maintenir un niveau de prix et un standard de vie supérieurs à celui des autres pays, c'est aller de propos délibéré au devant des plus amères désillusions.

On le voit, aucune des mesures prévues par l'initiative ne saurait conduire au but qu'on se propose: assurer des conditions d'existence suffisantes à tous les citoyens. Car, pour que ce but puisse être atteint, il faudrait, non pas accentuer le déséquilibre des finances publiques, mais au contraire restaurer celles-ci, faire rentrer le budget des dépenses dans des limites normales et se garder d'épuiser le pays par une fiscalité redoublée. Quant à croire qu'une fois tarées les sources de contributions et d'impôts, il sera encore possible de se procurer par la voie d'emprunts, ordinaires ou à primes, les sommes nécessaires pour couvrir les frais énormes occasionnés par les mesures dispendieuses que prescrit l'initiative, c'est encore une de ces illusions que des hommes réellement soucieux de l'intérêt supérieur de leur pays devraient s'interdire d'entretenir dans le peuple.

Mais, ce n'est pas seulement parce que le but qu'elle poursuit est irréalisable; parce que sa mise à exécution aurait pour effet d'aggraver la situation de notre industrie, de ruiner les finances de l'Etat, d'entraîner l'effondrement de notre monnaie, que l'initiative de crise doit être repoussée. C'est aussi parce qu'elle constitue la menace la plus grave qui ait jamais été dirigée contre nos institutions démocratiques.

Le chiffre 6 dispose en effet:

«L'Assemblée fédérale édicte définitivement et sans retard après l'adoption du présent article, les prescriptions nécessaires à son application.»

Les rédacteurs du projet auraient pu dire:

«L'Assemblée fédérale «peut» édicter définitivement, etc...»

S'ils ne l'ont pas fait, c'est qu'ils veulent que tous les arrêtés, toutes les lois d'exécution de l'article nouveau soient, sans exception aucune, soustraits à la ratification du peuple.

Jamais, jusqu'à ce jour, aucun parti, aucun comité, n'avait osé porter pareille atteinte aux droits du citoyen.

Et c'est ici qu'est le nœud de la question. Après avoir promis à chacun sa part du gâteau fédéral — aux chômeurs, des allocations et des secours garantis; aux ouvriers, de meilleures conditions de travail; aux agriculteurs et aux artisans, l'affranchissement d'une bonne partie de leur dette; aux négociants, la protection des prix de vente — on demande à tous ces bénéficiaires d'avantages hypothétiques de retirer purement et simplement au peuple souverain le droit d'exercer par le referendum son contrôle sur les décisions du Parlement, et cela pour une durée de cinq ans, que les Chambres auront la faculté de doubler si elles le jugent à propos, sans que, de nouveau, le peuple ait le moindre mot à dire.

Donc, aux termes de cette disposition stupéfiante, l'Assemblée fédérale aura non pas le droit,

mais l'obligation de prendre souverainement toutes décisions quelconques ayant pour effet d'assurer l'exécution du nouvel article constitutionnel. Le but de celui-ci étant de combattre la crise économique et ses conséquences, ainsi que d'assurer des conditions d'existence suffisantes à tous les citoyens suisses, il ne serait pas une seule mesure d'ordre économique dont on ne serait fondé à dire qu'elle tend à ce but.

Le chiffre 6 consacre ainsi la suppression pure et simple du referendum pour toutes les décisions de caractère économique que le législateur prendrait pendant la durée de validité de l'article.

Mais ce n'est pas tout. Il en serait de même des décisions d'ordre financier. Le chiffre 5 stipule, en effet, que la Confédération met à disposition les sommes nécessaires pour financer les mesures de crise et qu'elle se procure ces fonds par l'émission d'obligations à prime, d'emprunts et par prélèvements sur ses recettes courantes. Il suffirait d'invoquer cet alinéa pour décréter sans appel au peuple, tous les impôts nouveaux et toutes les aggravations d'impôts qu'il pourrait plaire au Parlement de décréter pour financer les mesures de crise.

Que reste-t-il, après cela, des professions solennelles d'attachement à l'idéal démocratique, que les plus fermes soutiens de l'initiative ne cessent de prodiguer lorsqu'il s'agit d'insérer la clause d'urgence dans des arrêtés infiniment moins lourds de conséquences que ceux découlant de l'initiative de crise ?

Pas plus que les droits populaires, ceux des cantons ne semblent inspirer grand respect aux initiants. Tandis que la possibilité du referendum est écartée par un texte impératif, la collaboration des cantons n'est prévue qu'à titre facultatif. Alors que l'alinéa 6 précise « l'Assemblée fédérale édicte définitivement » et non « peut édicter », on s'est contenté de dire sous chiffre 3 « La Confédération peut faire appel aux cantons » et non pas « fait appel aux cantons » pour l'accomplissement des tâches nées de l'initiative.

Ici encore, c'est à dessein que l'on s'est exprimé ainsi, car les cantons pourraient être aussi gênants que le peuple souverain. Mais on ne pouvait cependant pas les ignorer tout à fait. On a alors introduit ce petit membre de phrase pour sauver tout au moins l'apparence.

Qu'on la considère du point de vue économique, financier, social ou politique, l'initiative de crise constitue pour le pays et ses institutions, un immense danger qu'on ne saurait trop redouter. Aussi bien, la commission en plein accord avec le Conseil fédéral, n'a-t-elle pas hésité à décider, par 15 voix contre 6, d'en proposer nettement et catégoriquement le rejet.

Ce préavis de rejet doit-il être accompagné ou non de la présentation d'un contre-projet ? Les avis des commissaires sont partagés sur ce point. La grande majorité s'est rangée à l'opinion du Conseil fédéral, estimant avec lui qu'un contre-projet n'aurait de sens que s'il était de nature à amener une entente.

Mais, il est une autre manière d'envisager la question du contre-projet. C'est d'opposer au système de mesures que propose l'initiative et qui

sont pour nous inadmissibles, des moyens conformes à nos tendances, à nos conceptions, ainsi qu'aux principes qui, selon nous, doivent demeurer à la base de notre législation. L'idée d'un contre-projet inspiré de cette manière de voir, n'a pas été retenue par la commission. Et pourtant, il faut reconnaître qu'elle était fort soutenable, car parmi les mesures prises pour parer aux conséquences de la crise, il en est qui, aux yeux de beaucoup, paraissent d'une constitutionnalité discutable. Et il ne serait pas sans utilité de leur donner, ainsi qu'à celles qui sont encore à prendre, une base plus solide que celle fort précaire du « droit de nécessité ».

Les opposants au contre-projet ont fait valoir, en revanche, que l'initiative pose un problème qui, par sa nature et par son importance, demande à être résolu aussitôt que possible. Or, l'élaboration et la discussion d'un contre-projet ne manqueraient pas d'exiger un temps assez long. Pendant que s'écoulerait ce délai, nombre de questions pourraient se poser aux Conseils de la Confédération, qu'il serait malaisé de résoudre, soit dans le sens de l'initiative, soit dans le sens contraire, sans soulever dans un camp ou dans l'autre, une opposition, des dissonances violentes qu'il est préférable d'éviter. On a fait observer, d'autre part, que le mieux est de mettre l'électeur en face d'une situation aussi claire et aussi simple que possible.

Toutefois, en exprimant le désir de ne pas retarder inutilement la consultation du peuple et des cantons, plusieurs membres de la commission se sont demandé si la date du 2 juin envisagée par le Conseil fédéral n'est pas trop rapprochée de celle fixée pour la votation sur la loi de partage du trafic. Un intervalle d'un mois seulement entre ces deux votations ne paraît pas suffisant. Sans vouloir s'immiscer dans une affaire qui est de la compétence du gouvernement, nombre de membres de la commission pensent qu'il conviendrait de tenir compte de cette observation.

Pour échapper au reproche qui pourrait lui être fait de n'opposer à l'initiative qu'une solution négative, le Conseil fédéral a tenu à grouper en une sorte de programme les mesures qu'il entend prendre ou proposer pour continuer de combattre la crise et ses conséquences.

Si, d'une manière générale, ce programme a reçu l'approbation de la majorité des membres de la commission, certains d'entre eux auraient désiré cependant le voir compléter par l'affirmation de la volonté du gouvernement de rechercher sans plus attendre les moyens de substituer au système des subventions, allocations ou subsides de tous genres, des méthodes moins onéreuses pour les finances publiques et moins entachées d'étatisme.

Dans son rapport, le Conseil fédéral exprime du reste cette opinion que l'action entreprise sous la forme d'intervention économique de l'Etat doit être limitée dans sa durée. Et il ajoute fort justement « qu'à la longue une économie réduite dans ses ressources et travaillant à perte ne saurait être maintenue par l'Etat; qu'aucun régime, quel que soit le désir qu'il en ait, ne peut opérer ce prodige que l'économie produise au delà de ce qu'elle reçoit. » « L'Etat, poursuit le Conseil fédéral, peut accorder son aide à des particuliers ou à l'ensemble d'une catégorie sociale, en tant qu'il

dispose lui-même des ressources nécessaires ou que l'économie, dans sa généralité, est en mesure d'en assurer l'apport; mais notre devoir est de nous habituer à l'idée que les circonstances contraindront notre pays, lui aussi, à procéder à un aménagement dans le sens restrictif.»

De ces considérations si judicieuses, il est regrettable qu'on ne retrouve pas trace dans le programme du Conseil fédéral. La lecture de ce document laisse au contraire l'impression qu'à part les mesures de restrictions d'importation et l'interdiction d'ouvrir de grands magasins, on n'envisage pas, pour le moment, d'autre moyen que le subventionnement pour venir en aide aux branches souffrantes de notre économie.

Or, le phénomène économique auquel nous assistons, auquel nous participons et que nous appelons la crise, risque bien de se prolonger longtemps encore et d'aboutir à un état de fait économique fort différent de celui que nous avons connu précédemment.

Il y a nécessité de nous préparer sans plus attendre à une adaptation à ce nouvel état de fait. Un réajustement économique deviendra nécessaire. Il ne saurait être réalisé dans le cadre étatisant et socialisant de l'initiative de crise. Il ne peut pas l'être non plus sur la base d'un libéralisme économique faussé par les abus qu'on commet en son nom et qui a dégénéré en une guerre sans pitié que se livrent, sous prétexte de libre concurrence, des gens qui devraient collaborer et non s'entre-déchirer.

Qu'on se décide, et au plus tôt, à donner aux groupements professionnels la possibilité de s'organiser, le droit de prendre des décisions obligatoires. Le principe de liberté de commerce et d'industrie ne sera pas entamé pour autant. Il sera plutôt fortifié. Car, suivant l'expression heureuse d'un de nos conseillers fédéraux, «il ne peut y avoir une liberté égale pour le bien et pour le mal». Seule la liberté pour le bien est respectable, elle doit être protégée contre la liberté pour le mal.

Créer un statut de la profession est une des tâches les plus urgentes à accomplir. Combien d'œuvres d'assainissement, de redressement, de restauration pourraient être réalisées par les associations professionnelles, sans que les finances publiques soient mises à contribution, si la loi leur donnait le pouvoir d'agir, de prendre des décisions opérantes.

Mais, une autre tâche, non moins urgente, nous attend. C'est d'adapter notre économie aux exigences actuelles. Nous produisons trop cher pour pouvoir lutter avec succès contre des producteurs étrangers. Notre niveau de vie, comparé à celui des autres pays, est trop élevé. Il y a deux moyens (et il n'y en a que deux) de le ramener à l'étiage voulu. L'abaissement général des prix et la dévaluation monétaire. L'initiative conduira à coup sûr à la dévaluation, si ce n'est à l'inflation catastrophique. Le but qu'elle se propose ne sera donc pas atteint, bien au contraire. La baisse de salaires par voie de dépréciation monétaire s'est révélée partout des plus sévères pour ceux qui ont à la subir. Si nous voulons de deux maux choisir le moindre, c'est à l'adaptation des prix, sur la base d'une monnaie saine, que doit aller notre préfé-

rence. Mais il serait vain de se le dissimuler: la tâche à entreprendre est énorme. Il s'attache à la valeur nominale des salaires un véritable fétichisme. Le culte voué à la fallacieuse théorie du pouvoir d'achat a faussé à ce point les esprits qu'un grand nombre de salariés et un nombre plus grand encore de leurs conseillers préféreront voir maintenir sans changement tous les prix et salaires, plutôt que de consentir à une baisse quelconque de salaire, même si elle est liée à une réduction plus forte de tous les autres prix.

Cela étant, il faut se persuader que, pour aboutir, une action efficace d'adaptation ou de déflation doit nécessairement avoir une portée générale. Il ne faut pas songer à la limiter aux salaires seulement. Elle doit pouvoir s'étendre aux autres éléments constitutifs du prix de production. C'est dire que si la main-d'œuvre doit être appelée à y participer, le capital devra y contribuer aussi.

Salaires et charges financières étant ainsi diminués, les prix de toutes choses pourront et devront être abaissés, à l'exception toutefois des produits importés. L'idée d'un réajustement des dettes ou des charges qui en résultent doit faire l'objet d'une étude particulièrement attentive, car elle pose un problème des plus ardues. Nous savons que le Conseil fédéral s'en occupe activement. Sans doute se rend-il compte que de la solution qui sera donnée à ce problème dépend le maintien ou l'abandon de la parité or de notre franc.

Ce serait une grande erreur de croire, comme le laisse entendre l'initiative, que seuls l'artisanat et l'agriculture sont chargés de dettes excessives. En réalité, il en va de même dans toutes les autres branches de l'économie; industrie, commerce, propriété immobilière sont dans une situation pareille. L'action de désendettement à entreprendre est ainsi beaucoup plus vaste qu'on ne le croit généralement et il est impossible de la concevoir sous la forme proposée par l'initiative. L'intervention financière des pouvoirs publics dans ce domaine exigerait des sommes d'une telle importance qu'aucun budget n'y pourrait résister, quels que puissent être les condiments fiscaux dont on chercherait à l'assaisonner.

Quelle que soit la face sous laquelle on considère l'article constitutionnel de crise, on aboutit fatalement soit à une impossibilité, soit à la faillite. Sans doute, les nombreux signataires de l'initiative se sont-ils laissés éblouir par toutes les félicités que l'on promettait à chacun. A la lumière de la réflexion et de la discussion, ils ne tarderont pas à se rendre compte qu'on les a fait s'égarer dans le pays des illusions. Revenus de leur rêve, ils se verront de nouveau devant la froide réalité. Ils se persuaderont que l'existence des hommes, comme celle de tous les êtres qui peuplent la terre, est exposée parfois à des épreuves aussi dures qu'imméritées, que ces épreuves, on ne peut les surmonter qu'à force d'énergie et de persévérance et non pas au moyen d'artifices. Et lorsque sera venu le moment de voter, ils sauront distinguer entre des avantages personnels mal compris et l'intérêt supérieur du pays.

C'est au nom de cet intérêt supérieur, Monsieur le Président et Messieurs, que la commission vous

propose, avec le Conseil fédéral, de recommander au peuple le rejet de l'initiative de crise.

Bratschi, Berichterstatter der Minderheit: Ich beantrage Ihnen namens der Minderheit der Kommission, dem Volke die Initiative mit dem Antrage auf Annahme zu unterbreiten.

Ich begrüsse es, dass alle vorberatenden Behörden den Standpunkt eingenommen haben, die Initiative rasch zu behandeln. Ich stelle mit Genugtuung fest, dass sich der Bundesrat in seiner Botschaft auf diesen Boden stellt und dass beide parlamentarischen Kommissionen sich ebenfalls einstimmig oder mit grosser Mehrheit auf den Boden stellen, dass die Initiative rasch zur Abstimmung gebracht werden solle.

Die Initiative ist für unser Land, für das Wohl unseres Volkes, für den Kurs unserer Wirtschaftspolitik von so überragender Bedeutung, dass das Volk rasch Gelegenheit erhalten soll, sich dazu auszusprechen. Es darf keine Massnahme von irgendwelcher Bedeutung und Tragweite auf wirtschaftspolitischem Gebiete beschlossen werden, bevor das Volk Gelegenheit hatte, sich über die Initiative auszusprechen. Ich kann darauf hinweisen, dass sich der Bundesrat selber frühzeitig auf diesen Standpunkt gestellt hat. Das Komitee zu Gunsten der Kriseninitiative hatte am 6. Februar eine Besprechung mit einer Delegation des Bundesrates. Der Bundesrat hat uns damals die Erklärung abgegeben, dass er davon Abstand nehmen werde, allgemeine Abbaumassnahmen oder Abbaumassnahmen von grösserer Bedeutung vorzuschlagen, bevor das Volk Gelegenheit gehabt habe, sich zur Initiative auszusprechen. Ich möchte nur wünschen, dass diese Erklärung des Bundesrates nicht nur Geltung habe für den Bundesrat selbst, sondern auch für die grossen eidgenössischen Betriebe, und ich stelle sofort fest, dass sich die Bundesbahnen vielleicht nicht so ganz an die Erklärungen des Bundesrates gebunden fühlen. Ich möchte auch hier wieder wie schon in der Kommission den Wunsch aussprechen, der Bundesrat möge darüber wachen, dass seine Erklärung für die ganze Bundesverwaltung Geltung habe. Dazu gehören vorläufig auch noch die Bundesbahnen.

Ich begrüsse im weitern, dass die Botschaft gewissen Gedankengängen rein juristischer Beanstandungen der Initiative nicht folgt, sondern dass sich der Bundesrat auf den Boden gestellt hat, die Initiative sei so, wie sie eingereicht worden ist, dem Volke auch zur Abstimmung vorzulegen. Ich bin auch überzeugt, dass die Schwierigkeiten formeller Natur nicht zum Ziele geführt hätten, obschon gewisse Gegner glaubten, die Initiative könnte auf diesem Wege auf bequeme Art erledigt werden.

Ich anerkenne, dass die Botschaft eine verdienstliche Arbeit darstellt, soweit sie die Entwicklung unserer Wirtschaftslage beschlägt; sie vermittelt uns in dieser Richtung wertvolles Material. Dagegen bedaure ich, dass der Bundesrat diese gleiche sachliche Linie nicht eingehalten hat, als es sich darum handelte, zu den eigentlichen Problemen, die durch die Kriseninitiative aufgeworfen werden, und über die sich Parlament und Volk auszusprechen haben, Stellung zu nehmen. Ich bedaure insbe-

sondere, dass der Bundesrat sich mit keinem Wort zu der Eingabe des Initiativkomitees geäussert hat. Wir haben uns die Mühe genommen, dem Bundesrat noch rechtzeitig, d. h. am 25. Februar abhin, unsern Standpunkt in einer Eingabe bekannt zu geben. Wir erlaubten uns dem Parlament diese Eingabe auch zuzustellen. Wir hofften, der Bundesrat werde in seiner Botschaft sich materiell mit unserer Eingabe auseinandersetzen. Leider ist das nicht geschehen. Die wichtigsten Fragen, die in der Eingabe aufgerollt worden sind, haben in der Botschaft keine Beantwortung und keine Würdigung gefunden, trotzdem wie gesagt die Zeit dazu vorhanden gewesen wäre. Wie es scheint, hat es der Bundesrat für zweckmässiger gehalten, auf diese sachliche Erörterung zu verzichten.

Die Botschaft lässt in der Auseinandersetzung mit den Initianten leider weitgehend Ruhe und Sachlichkeit vermissen, was ich lebhaft bedaure. Ich glaube, es wäre im Interesse der Sache gewesen, wenn die bundesrätliche Botschaft sich darauf beschränkt hätte, die sachlichen Einwände, die vom Standpunkt des Bundesrates aus zu machen sind, gegen die Initiative zur Geltung zu bringen und sich nicht auf den Boden der Polemik zu begeben. Die Botschaft ist damit zu einer Streit- und Parteischrift geworden, die offenbar einfach Plattform für den Abstimmungskampf werden soll und die lebhaft an gewisse andere Streitschriften, insbesondere in Wahlzeiten erinnert. Ich will die schönen Titel dieser Schriften nicht in Erinnerung zurückrufen, sie sind Ihnen von frühern Nationalratswahlen sicher bekannt.

Der Bundesrat hat sich gewissermassen als Gegenkomitee konstituiert und nimmt einfach den Kampf gegen die Initiative auf, wobei er seine Stellung als Landesregierung, von der sonst immer so viel die Rede ist, völlig vergessen zu haben scheint. Der Bundesrat treibt in dieser ersten Stunde reine Parteipolitik. Er schwingt das rote Tuch kräftig und sucht damit Eindruck zu machen, indem er die Initiative als sozialistisch abstempeln will, weil er hofft, auf diesem Wege am besten den Sieg davonzutragen. Man hofft dadurch, einen vermehrten Widerstand im Volk hervorzurufen. Diese Spekulation scheint mir nicht unbedingt richtig zu sein. Das Volk wird nicht mehr so rasch stutzig vor dem Wort „sozialistisch“, das Volk wird einfach prüfen, ob ihm die Vorschläge, die in der Initiative enthalten sind, geeignet erscheinen, über die Schwierigkeiten, in denen es sich befindet, hinwegzukommen. Man bringt die Initiative mit der gleichen Tendenz, mit Dingen in Verbindung, die mit ihr nichts zu tun haben. Es sind in der Botschaft ganze Kapitel über den Plan der Arbeit zu lesen. Man hat sogar gefunden, dass über den Plan der Arbeit im Ausland Konferenzen stattgefunden hätten und dass der Plan der Arbeit ausländisches Gewächs sei, als ob etwa die Abbaupolitik, die von den Gegnern der Initiative empfohlen wird, schweizerisches Produkt wäre und nicht den Staaten im Ausland abgesehen wäre, als ob nicht in der Botschaft selber und auch in der Rede des Herrn Kommissionsreferenten Dr. Abt nachdrücklich gesagt würde, dass die Schweiz keine andere Wirtschaftspolitik betreiben könne als die umliegenden Staaten. Der Bundesrat weiss ganz

genau, dass das Komitee der Kriseninitiative mit dem Plan der Arbeit nichts zu tun hat, er weiss genau, dass dieser von einer politischen Partei angenommen worden ist und von ihr vertreten wird, dass die Kriseninitiative aber nicht nur von einer Partei unterstützt wird, dass sie überhaupt von keiner Partei lanciert ist. Dies alles ist dem Bundesrat bekannt; trotzdem schreibt er mehr über den Plan der Arbeit als über das, worüber geschrieben werden sollte. Warum? Um die Bevölkerung abzulenken und ihr wenn möglich den Bolschewiki-Teufel an die Wand zu malen und auf diese Weise die Initiative zur Ablehnung zu bringen. Man überschüttet das Komitee mit Vorwürfen. Man zeigt es in der Botschaft der Ueberheblichkeit und lässt durchblicken, dass wir nichts verstehen, man redet von unserer Unkenntnis und sogar von Unwahrhaftigkeit. Ich denke, wer seiner Sache sicher ist, wer eine gute Sache zu vertreten hat, braucht nicht mit solchen Mitteln zu kämpfen. Insbesondere aber sollte eine Behörde, die so hoch steht wie der Bundesrat, das nicht tun.

Die Initiative sei sozialistisch? Dies ist der Hauptvorwurf, der gegen die Initiative erhoben wird, um sie zur Ablehnung zu empfehlen. Wir wollen keinen sozialistischen Staat mitten in diesem kapitalistischen Europa! Wenn die Initiative sozialistisch wäre, so wäre das keine Schande. Ich bin Sozialist und bin stolz darauf. Aber ist die Initiative wirklich sozialistisch? Ist sie es nach ihrem Zustandekommen? Das Komitee besteht aus Vertretern der verschiedensten Parteien. Es sitzen darin Mitglieder der freisinnig-demokratischen Partei, Mitglieder der Bauernpartei, wir haben darin Sozialisten und auch Mitglieder, die keiner politischen Partei angehören. Die Initiative wird nicht von politischen Parteien, sondern sie wird von wichtigen Wirtschaftsorganisationen getragen. Die wichtigsten Organisationen, die sich zusammengetan haben, um sie zu lancieren, sind die Bauern-Heimatsbewegung, die Angestelltenbewegung und die Gewerkschaften. Von diesen drei grossen Gruppen wird die Initiative vertreten. Es haben sich weitere Gruppen angeschlossen. Nun kommt der politische Kampf und die politischen Parteien haben sich zu entschliessen, was sie in diesem Kampf tun wollen, ob sie die Initiative unterstützen oder ob sie sie ablehnen. Es gibt politische Parteien, die sie unterstützen, und wir begrüssen es natürlich, wenn sie von möglichst vielen politischen Parteien unterstützt wird. Zu den unterstützenden Parteien gehört die sozialdemokratische Partei.

Ist die Initiative sozialistisch nach Massgabe der Zusammensetzung der Unterschriften? Wir haben uns die Mühe genommen festzustellen, woher die Unterschriften stammen, unter Berücksichtigung der ländlichen und städtischen Verhältnisse. In den Ortschaften bis zu 2000 Einwohnern sind 107,000 Unterschriften gesammelt worden. Das ist das flache Land, wo die rein bäuerliche Bevölkerung im Vordergrund steht. In den Ortschaften von 2000 bis 5000 Einwohnern sind 72,500 Unterschriften, in denen von 5000 bis 50,000 77,800 Unterschriften gesammelt worden, und in den grösseren Städten mit über 50,000 Einwohnern 77,400, also nicht ganz 25 %. In

den Ortschaften bis zu 5000 Einwohnern, also den kleineren Ortschaften, sind 54 % aller Unterschriften aufgebracht worden, und nur 46 % kamen aus den grösseren Ortschaften, deren Einwohnerzahl 5000 überschreitet, die grossen Städte inbegriffen. Es ist klar, dass die Initiative von einer sehr grossen Zahl von bürgerlich denkenden Schweizerbürgern unterschrieben worden ist, auch solchen, die in bürgerlichen Parteien organisiert sind. Das wird man auch nicht bestreiten können. In der Kommission hat man uns allerdings entgegengehalten, dass die bürgerlichen Herren im Komitee eben nicht gemerkt hätten, dass es um den Sozialismus gehe und sich um sozialistische Ziele handle. Es sind verschiedene Herren hier im Nationalrat, die auch im Komitee sitzen; sie werden Ihnen mitteilen können, was sie von der Initiative halten und ob sie entdeckt haben, was damit geplant. Aber Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, dass jene, die die Initiative unterschrieben haben, nicht wüssten, was sie wollen. Sie wissen genau, was sie wollen. Denn das Problem steht im Grunde genommen furchtbar einfach, es geht einfach um die Frage, ob das Volk die Abbaupolitik weiter haben will oder nicht. Das Volk will sie aber nicht, und jene, die die Initiative unterschrieben haben, haben damit zum Ausdruck gebracht, dass sie gegen den Abbau sind. Das ist einfach und deutlich und kann mit einem einfachen Ja oder Nein zum Ausdruck gebracht werden. Die Mehrheit des Volkes will diese Politik nicht. Diejenigen, die diese Initiative unterschrieben haben, wissen genau, dass es gegen die Abbaupolitik geht, und deshalb haben sie unterschrieben. Sie haben nicht gefragt, ob das nach einer sozialistischen oder irgend einer anderen Parteirichtung gehe, sondern sie fragten sich: Wer ist für und wer ist gegen den Abbau? und haben geantwortet: Wir sind dort, wo man den Abbau bekämpft. Das ist die einfache Frage und die einfache Antwort, die das Volk darauf gegeben hat. Wenn die Rede von Herrn Bundesrat Schulthess in Aarau drei Monate früher gehalten worden wäre und der Handels- und Industrieverein uns den Gefallen getan hätte, seine Eingabe an den Bundesrat schon im Herbst einzureichen und zu publizieren, hätten wir nicht 330,00, dann hätten wir 500,000 Unterschriften.

Die Initiative ist herausgewachsen aus der Abbauwelle 1933/34, als der Bundesrat zum Abbau schritt, als Folge davon die Metallindustrie auf breiter Grundlage, dann das Baugewerbe usw. Da ist das Volk aufgestanden und hat sich auf den Boden gestellt: Diese Abbauwelle muss gestoppt werden.

Die Initiative ist also weder nach ihrem Ursprung noch nach den Beweggründen noch nach der Zusammensetzung der Initianten im Komitee und in den Organisationen, die sich angeschlossen haben, sozialistisch. Frage: Ist sie in ihren Zielen sozialistisch? Herr Abt hat uns bereits das Ziel bekanntgegeben. Sie kennen es auch aus dem Wortlaut der Initiative. Wir sagen: Der Bund trifft umfassende Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen. Diese Massnahmen haben zum Ziel die Sicherung einer ausreichenden Existenz aller Schweizerbürger, und dieses Ziel soll sozialistisch sein? Wir haben in

der Öffentlichkeit und in der Kommission bereits auf den Art. 2 der Bundesverfassung hingewiesen und werden das auch weiter tun. Die Bundesverfassung schreibt in ihrem Art. 2 vor, dass der Bund die Unabhängigkeit des Landes sichert, dass er für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern sorgt, ferner für den Schutz der Freiheiten und Rechte der Eidgenossen und für die Förderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt. Es gibt nun „Patrioten“, die anfangen, sich in Presse und Rede über diesen Artikel lustig zu machen. So sei es nicht gemeint, dass der Bund sich damit befassen müsse, wie es dem einzelnen Staatsbürger geht. Wir meinen, dass es zur Wohlfahrt des Menschen gehört, dass er zu essen hat, dass er sich kleiden kann, dass er irgendwo anständig wohnen kann. Wir meinen sogar, dass seien die ersten Voraussetzungen der menschlichen Wohlfahrt, und erst wenn diese ersten, elementarsten und primitivsten Voraussetzungen erfüllt seien, könne sich der Staat um weitere Fragen, um die Förderung kultureller Bedürfnisse usw. kümmern. Und wenn die Verfassung davon spricht, dass der Staat die Wohlfahrt seiner Bürger zu fördern habe, so kann er nicht sagen: Diese Dinge, wie der Bürger sich kleidet, wie er isst und wohnt, das geht mich nichts an. Es gibt ja tatsächlich viele, die meinen, der Staat habe alles getan, was ihm möglich sei. Der Herr Kommissionspräsident hat in diesem Sinne gesprochen. Das kann er von seinem Standpunkte aus. Er wird finden, der Staat habe viel getan. Aber nicht alle Bürger können das sagen; sonst gehen Sie heute aufs Land hinaus zu den Schuldenbauern, oder in eine Versammlung der Arbeitslosen, die seit Wochen und Monaten auf Arbeit warten, und fragen Sie diese, ob der Staat wirklich alles getan habe, und ob alle Voraussetzungen erfüllt seien in bezug auf die Förderung der Wohlfahrt der Volksgenossen. Wir sind der Meinung, dass schon dieser Verfassungsartikel ernst genommen werden muss, und dass er nicht nur für Schützenfestreden, sondern für den täglichen Gebrauch und die tägliche Arbeit gemacht sei. Und wenn bis heute auf diesem Gebiete Ungenügendes geleistet worden ist, dann muss es eben nachgeholt werden. Die Botschaft aber geht hinter die Verfassung zurück, sie stellt sich auf den Standpunkt, dass das Wohlergehen Privatangelegenheit jedes Einzelnen sei, und wenn einer keine Arbeit hat, dann solle er eben sehen, dass er welche erhält, und wenn einer Schulden hat, dann solle er sehen, wie sie bezahlt werden; das sei seine Privatangelegenheit. Die Botschaft meint, wenn der Staat sich hier einmischen würde, dann würde das Verantwortlichkeitsgefühl der Bürger untergraben.

Herr Bundesrat Schulthess weiss, dass unsere Verfassung in verschiedener Hinsicht remedurbedürftig ist. Er war vielleicht der Erste, der nach dieser Richtung konkrete Vorschläge gemacht hat. Ich habe hier einen seiner Vorschläge vor mir. „Der Bund fördert Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Gewerbe und Handel. Er schützt die Arbeit“, so heisst es hier. Das ist eine Fassung, der man auch die Zustimmung geben kann. Wenn der Bund die Arbeit schützt, was gibt es daran zu schützen, doch sicherlich die Rechte. Das wichtigste Recht der Arbeit ist der Lohn. Wenn der Bund

die Arbeit schützen will, wird er nicht darum herumkommen, sich mit der Lohnfrage zu befassen. Wenn er die neue Verfassungsbestimmung wieder so auslegen will, dass ihn die Lohnfrage nichts angeht, dass das in die private Sphäre gehöre, wenn der Lohn wiederum dem Spiel der Machtverhältnisse überlassen werden will, dann hätte eine solche Bestimmung überhaupt keinen Sinn. Wenn das Recht der Arbeit geschützt werden soll, dann muss sich der Bund damit abfinden, sich auch mit der Lohnfrage zu befassen. In der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Gewerbe ist der Lohn der Preis. Dort hat er sich mit den Preisfragen zu befassen.

Wir gehen mit der Kriseninitiative in dieser Hinsicht einen Schritt weiter. Wir sind konkreter. Wir geben das ohne weiteres zu. Dieser weitere Schritt ist von uns durchaus gewollt und beabsichtigt. Wir können aber nicht zugeben, dass das, was wir vorschlagen, grundsätzlich von dem abweicht, was in der Verfassung schon heute steht oder was Herr Bundesrat Schulthess vorgeschlagen, leider bis heute aber nicht verwirklicht hat. Unser Ziel ist so wenig sozialistisch wie die erwähnten Bestimmungen der Verfassung und die Vorschläge von Herrn Bundesrat Schulthess.

Sind die Mittel, die wir für die Erreichung des Zieles vorschlagen, sozialistisch? Die Erhaltung der Kaufkraft, Preis- und Lohnschutz, das ist das Kernstück der Initiative. Ueber die andern Punkte brauchen wir hier nicht viel Worte zu verlieren; denn wir haben schon aus den Worten des Bundesrates gehört, dass man über die andern Punkte durchaus sprechen könne. In der Kommission hat Herr Bundesrat Schulthess erklärt, bei den meisten andern Punkten handle es sich nur um eine Frage des Masses, um die Frage, wie weit man gehen wolle. Das Kernstück ist aber die Frage des Preis- und Lohnschutzes, die Erhaltung der Kaufkraft. Ist das nun sozialistisch? Sind diejenigen, die für einen, sagen wir hohen Lohn, für einen angemessenen Lohn, für einen gerechten Lohn kämpfen, zwangsläufig Sozialisten? Bei allen Gewerkschaften, gleich welcher Richtung sie sind, spielt der Kampf um den Lohn die Hauptrolle. Das ist heute so, und das wird auch lange Zeit noch so bleiben. Ist es denn anders beim Preis? Sind nicht die wichtigsten Wirtschaftsorganisationen bürgerlicher Observanz, der Gewerbeverband, der Bauernverband, wohl auch der Handels- und Industrieverein, derartige Organisationen? Kämpfen sie nicht im Grunde genommen um den Preis ihrer Produkte? Haben sie sich nicht die Aufgabe gestellt, für ihre Mitglieder einen möglichst hohen Preis des Produktes zu erzielen? Sind sie aber deshalb Sozialisten? Kein Mensch wird so etwas behaupten.

Herr Bundesrat Schulthess hat erklärt, der Bund habe es bis jetzt als seine Aufgabe angesehen, die Preise und die Löhne nach Möglichkeit zu halten. Man habe möglichst wenig Lohnabbau und Preisabbau gemacht. So habe ich wenigstens seine Ausführungen in der Kommission verstanden. Er hat also dasjenige, was wir fordern, nach seiner Ansicht bereits getan. Er war aber bisher nicht Sozialist. Er fordert mit einer neuen Vorlage Kompetenzen für die Preiskontrolle. Er will sich in

Zukunft noch intensiver mit den Preisfragen befassen. Wird er deshalb in Zukunft Sozialist sein? Seine Absicht ist das offenbar nicht. Wir alle wissen, dass es sich hier nicht um sozialistische Massnahmen handelt. Das Merkwürdigste an allem ist aber, dass in der Botschaft bewiesen wird, dass die Kriseninitiative unmarxistisch als möglich sei. Die wirklichen Marxisten seien der Auffassung, dass die Kaufkrafttheorie Unsinn sei. Wenn das, was in der Botschaft steht, schon wahr ist, warum unterschiebt man der Initiative Marxismus und Sozialismus? Fast habe ich den Eindruck, dass die Botschaft von verschiedenen Seiten geschrieben und zusammengestellt worden sei; sonst könnte ich mir solche Widersprüche nicht erklären.

Die Initiative ist weder spezifisch sozialistisch, noch spezifisch bürgerlich. Sie will das auch nicht sein. Sie ist entstanden aus der Not, aus dem Wunsche, über die Krisennot hinwegzukommen. Sie will nichts anderes, als die Schwierigkeiten, in denen sich unser Volk und unser Land befindet, überbrücken. Sie will nicht einmal durchaus originell sein, wir sind nicht so anspruchsvoll. Wir geben zu, dass die bisher angewandten Mittel weiter angewendet werden sollen, dass wir diesen bereits erfolgreich angewendeten Mitteln, neue beifügen wollen und dass diese Mittel vielleicht etwas konsequenter und planmässiger angewendet werden sollen, wenn man dieses Wort noch brauchen darf!

Dann geben wir allerdings zu, dass wir wünschen, der Staat solle auf die Löhne und Preise in entgegengesetzter Richtung einwirken als bisher. Statt dass der Staat Lohn und Preise drückt, soll er sie zu halten suchen. Das Ziel soll die Erhaltung der Kaufkraft sein. Der Kampf gegen Lohn- und Preisabbau gehen. Die Initiative kämpft gegen diese deflationistische Abbaupolitik, wobei ich den Ausdruck „deflationistisch“ im jetzt landläufig gewordenen und nicht im wissenschaftlichen Sinne gebrauche. Die Politik der sog. Anpassung soll bekämpft werden. Wir haben in der Eingabe vom 25. Februar darauf hingewiesen, was auf diesem Gebiete in der Schweiz bereits geschehen ist. Das hat uns einen schweren Vorwurf eingetragen. Auf Seite 65 der Botschaft ist zu lesen, dass die im Eingang der Eingabe „eines schweizerischen Aktionskomitees“ zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise vom 25. Februar dieses Jahres an den Bundesrat aufgestellte Behauptung, wonach „Abbau der Löhne, Abbau der Preise, Abbau der Lebenshaltung aller Berufsgruppen“ bisher das Rezept zur Ueberwindung der Krise gewesen sei, besonders angesichts des Standes der Preise und Löhne, eine ungeheuerliche Entstellung der Tatsachen sei. Das wirft der Bundesrat unserm Komitee deshalb vor, weil wir darauf hinweisen, dass bisher die Krise mit den Mitteln des Abbaues der Preise und Löhne habe bekämpft werden wollen.

Ist dieser Vorwurf gerechtfertigt? Ist es wirklich so, dass bis dahin kein Preis- und Lohnabbau stattgefunden hat und dass keine Absichten bestehen, diese Abbaupolitik in der Zukunft zu machen. Ich habe hier den Bericht der Schweizerischen Nationalbank vor mir. Hier ist auf Seite 16 u. a. folgender Satz zu lesen: „Die Löhne haben fast durchwegs eine Herabsetzung erfahren und zwar sowohl in der Privatwirtschaft wie besonders

in der Exportindustrie, als auch beim Personal des Bundes, der Kantone und der Gemeinden.“ Das sagt die Schweizerische Nationalbank über die bisherige Lohnpolitik, also sicher eine Zeuge, der weder vom Bundesrat, noch von irgend einem Gegner der Kriseninitiative in Zweifel gezogen werden kann.

Am 29. November letzten Jahres hat Herr Bundesrat Schulthess in Aarau eine Rede gehalten, die grosses Aufsehen erregte. Hier liegt vor mir ein schönes Buch, das Jahrbuch der Eidg. Räte, mit sehr schönen Bildern und interessantem Text und da ist auf Seite 269 zu lesen unter dem Titel „Wirtschaftspolitik“. 29. November: „Der Chef des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, Herr Bundesrat Schulthess, spricht in Aarau über die Wirtschaftslage der Schweiz und bezeichnet als einzigen möglichen Ausweg aus der Krise die Anpassung der Produktionsbedingungen an die Verhältnisse auf dem Weltmarkt durch einen 20 %igen Preis- und Lohnabbau.“ Das ist zu lesen im Jahrbuch der Eidg. Räte für 1935, also zufällig nicht in einem sozialistischen Buch. (Heiterkeit.) Aber auch wenn das nicht wäre, ist es denn nicht wahr, dass wir im Herbst 1933 hier im Parlament einen Lohnabbau beschlossen haben, nachdem das Volk den Lohnabbau abgelehnt hatte? Man hat mir schon gesagt, auch wir hätten beigestimmt, also handle es sich um eine Verständigung. Man weiss ja wie die Situation war. Wir hatten gar keine Möglichkeit mehr, an das Volk zu gelangen, wir mussten suchen, den Abbau, den die Mehrheit dieses Rates und des Ständerates unter allen Umständen beschliessen wollte, für das Personal, für das wir eintreten, so erträglich als möglich zu gestalten. Ich frage weiter: Hat denn im Metallgewerbe kein Lohnabbau stattgefunden, hatten wir keinen Lohnabbau im Baugewerbe, hat nicht der Bundesrat interveniert und Schiedsrichter bestellt für diese beiden grossen Aktionen des letzten Jahres? Sind davon nicht Arbeiter und Angestellte in diesen grossen Wirtschaftszweigen betroffen und Zehntausende vom Lohnabbau heimgesucht worden? Was sagt der Schweizerische Handels- und Industrieverein, eine Organisation, die doch in Wirtschaftsfragen in unserem Lande noch etwas mitzureden hat? In der bekannten Eingabe vom 28. Januar dieses Jahres ist zu lesen: „Der Bundesrat hat ja erfreulicherweise selbst dieser Ueberzeugung in einem öffentlichen Aufruf und bei andern Anlässen verschiedentlich Ausdruck gegeben, zuletzt durch die von Herrn Bundesrat Schulthess in Aarau gehaltene Rede. Dieser Abbau müsste zunächst einmal 20 % betragen. Damit wäre ein Schritt in der Richtung der Anpassung erfolgt.“ Also Herr Bundesrat Schulthess sprach von 20% überhaupt, und der Handels- und Industrieverein nimmt diese 20 % sofort auf, aber nicht als Ziel, sondern als bescheidenen Anfang, von dem dann weiter zu gehen sei auf 30, 35 und 40 % usw. Das wäre die Absicht dieser Kreise. Der Bundesrat hat sich seither zwar etwas davon distanziert, vielleicht bis die Kriseninitiative verworfen wäre, und dann würde er sagen, so war es gemeint: Zunächst einmal 20 % Abbau und nachher wollen wir weiter sehen. Es gibt andere Kundgebungen in der gleichen Richtung. Lesen Sie etwa die Kundge-

bungen des Komitees zur Entstaatlichung der Bundesbahnen: Herr Kollega Gelpke hat in der Wintersession hier ein Postulat begründet und hat darin erklärt, dass im Sinne eines besondern Entgegenkommens an das Personal der Bundesbahnen vorläufig nur 15 % weiteren Lohnabbaues zu machen sei. Wir haben aber auch die Praxis, wir haben nicht nur die Theorie. Am 20. Dezember letzten Jahres hat das Parlament den dringlichen Bundesbeschluss über die Bundesbahnen gefasst. Die wenigsten der Herren, die dem Beschluss zugestimmt haben, oder ich nehme an, wenigstens nicht alle, die ihm zustimmten, erwarteten von ihm die Konsequenzen, die sich jetzt schon geltend machen. Seither hat die Generaldirektion ein provisorisches Reglement in Kraft gesetzt, dass für neu eintretende Arbeiter gegenüber denjenigen, die vor dem 1. Januar 1935 im Dienste sind, einen Lohnabbau von 15 bis 30 % vorsieht. Das steht heute in Kraft, ohne dass irgendwelche Verhandlungen mit dem Personal, die versprochen gewesen sind, stattgefunden hätten. Das ist eine der ersten Konsequenzen des dringlichen Bundesbeschlusses vom 20. Dezember 1934.

Wir haben also in unserer Eingabe nichts entstellt. Wir haben einfach Tatsachen festgestellt, Tatsachen, die für viele unserer Bürger ausserordentlich unangenehm sind, die Tatsache des Lohn- und Preisabbaues. Die Anhänger der Initiative wollen diese Politik bekämpfen.

Herr Abt hat in seinem Votum heute morgen gesagt, es sei wahr, dass die Bundesbeamten noch einen weitem Lohnabbau ertragen würden. Ich sage Ihnen, Herr Kollega Abt, es ist ebenso wahr, dass das Schweizervolk am 28. Mai 1933 den Lohnabbau abgelehnt hat, es ist ebenso wahr, dass das Parlament entgegen diesem Volkswillen seither die Löhne doch abbaute. Ich sage, es ist wahr, dass heute bei den Bundesbahnen Leute mit Fr. 6.80 Taglohn angestellt werden, 21-, 22jährige junge Männer, die sich allen möglichen Untersuchungen unterziehen müssen, bis sie eine Stelle erhalten. Und dies als Folge dieser Halbdiktatur, die mit dem dringlichen Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1934 eingeführt worden ist. (Abt: Sie brauchen sich ja gar nicht anstellen zu lassen.) Sie haben gut reden, Herr Dr. Abt! Die Leute haben die Wahl zwischen dem Verhungern oder sich für Arbeit umzusehen. Vor diese Wahl gestellt, nimmt der Arbeiter eben auch eine Stelle mit 6.80 Fr. an. Das ist eine billige Ausrede, für jemand, der in der Wolle sitzt. (Abt: Sie haben ja die Arbeitslosenunterstützung.) Betrachten Sie das als einen Idealzustand, Herr Abt, wenn die Arbeiter sagten, wir nehmen keine Arbeit an, wir wollen Arbeitslosenunterstützung durch den Bund? Aber sie würden ja diese Arbeitslosenunterstützung nach den bestehenden Bestimmungen gar nicht erhalten. Aber ich frage Sie weiter, Herr Abt, ist es wahr, dass unverantwortliche Spekulanten hunderte von Millionen Schweizerfranken im Auslande verspekulierten? Ist es wahr, dass es Patrioten gibt mit sechsstelligem Einkommen in unserem Lande, die dem armen Bürger und dem kleinen Mann den Lohn, der vielleicht 3000 und 2500 Fr. beträgt, noch weiter abbauen wollen? Es ist wahr, Herr Abt, dass bei den grossen Bank-

krachen der Bund hunderte von Millionen bereitstellen musste, ohne Volksbefragung, ohne Ueberlegung, mit dringlichem Bundesbeschluss, mit Kompetenzen, die sich das Parlament einfach genommen hat, und ohne Deckungsklausel. Man hat nicht lange gefragt, woher das Geld genommen werden konnte. Es ist wahr, Herr Dr. Abt, dass die Arbeiter unseres Landes für die Erhaltung vernünftiger Preise in der Landwirtschaft viel mehr Verständnis haben als gewisse Landwirtschaftsvertreter.

Es ist nicht zu bestreiten, der Abbau ist da und die Abbaupolitik ist da, und soll und will nach Absicht der Gegner der Kriseninitiative noch weiter geführt werden. Wir kennen die Wirkungen der Abbaupolitik, wir haben sie im Auslande gesehen, und mussten feststellen: Je schärfer der Abbau durchgeführt worden ist, je ungehemmter er durchgeführt werden konnte dank der politischen Systeme die in gewissen Ländern vorhanden sind, dank z. B. der Diktatur in Deutschland und in Italien, desto schlimmer ist die Wirtschaftslage der betreffenden Länder geworden. Es trifft nicht zu, dass durch diesen Abbau der Export gefördert wurde oder dass die Arbeitslosigkeit zurückgegangen wäre. Die Arbeitslosigkeit hat im Gegenteil zugenommen und die Staaten haben sich Schritt für Schritt der Katastrophè genähert, bis sie schliesslich eingetreten ist. Es ist wahr, dass die Ansicht in der Welt durchsetzt, dass der Abbau kein geeignetes Mittel ist, weil man die Wirkungen der Abbaupolitik mehr und mehr einzusehen lernte. Es ist auch wahr, dass Regierungen stolpern an der Abbaupolitik. Sehen Sie nach Belgien und Norwegen. Die Wirkungen der Abbaupolitik lassen sich auch daraus deutlich erkennen. Aber alle diese Tatsachen können nicht aus der Welt geschaffen werden. Es ist auch wahr, dass Lohn-differenzen bestanden und zwar so lange eine internationale Konkurrenz besteht. Man kann mit keinem Wort die Tatsachen bestreiten, die unser Komitee in bezug auf die Löhne des Jahres 1926 feststellte, dass die Lohndifferenzen im Jahre 1926 und den folgenden zwischen der Schweiz und vielen andern Ländern nicht kleiner gewesen sind, als heute, ja dass sie zum Teil sogar grösser waren und dass trotzdem eine glänzende Konjunktur möglich gewesen ist. 1924 hat man uns gesagt, die Arbeitszeit müsse verlängert werden, und nur durch eine Arbeitszeitverlängerung sei wieder eine bessere Konjunktur in der Schweiz möglich. Die Tatsachen haben uns vom Gegenteil überzeugt. Das Volk hat die Arbeitszeitsverlängerung abgelehnt, unter Führung ungefähr der gleichen Koalition die Befürworter der Kriseninitiative, und es ist eine Konjunktur eingetreten, wie wir ihrer wenige gesehen haben. Wir bestreiten natürlich nicht, dass in einzelnen Fällen der Preis eine Rolle spielen kann; so kurzfristig sind wir nicht; wir sind nur der Meinung, dass es unsinnig sei, wegen einzelner Fälle einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen, allgemein in der Exportindustrie und sogar auch in der Inlandwirtschaft, wovon 80—90 % unserer Bürger leben müssen.

In der Rede von Herrn Bundesrat Schulthess in Aarau ist u. a. der Satz zu lesen: „Der Rückgang des Volksvermögens vermindert die Nachfrage.“ Das ist wahr. Das wissen wir. Er mindert

nicht nur die Nachfrage, er mindert auch den Konsum und damit die Produktionsmöglichkeiten und steigert die Not und die Arbeitslosigkeit. Das sind die weiteren Konsequenzen, die in Aarau nicht ausgeführt worden sind. Sie rufen aber dem Abbau und lassen die Schlüsselstellung unberücksichtigt. Oder wenigstens wollen Sie die Schlüsselstellung nicht gleich anpacken, wie das bei den andern Positionen geschieht. Das ist das Kapital. In der Kommission hat Herr Bundesrat Schulthess mit Recht ausgeführt, dass die Bestrebungen in der Richtung des Abbaues überall an den Faktor Kapital stossen. Das ist richtig: Sie wollen die Mieten abbauen — aber die Hypotheken unverändert lassen — und wo Sie etwas in bezug auf das Kapital unternehmen, sieht es mehr nach Scheinmassnahmen als nach Wirklichkeit aus. Wie ist es mit dem neuen $3\frac{1}{2}$ %igen Bundesbahnanleihen? In Wirklichkeit kostet das Geld die Bundesbahnen $4\frac{1}{4}$ %. Was soll das Volk da denken, wenn man ihm vormacht, man plaziert das Geld zu $3\frac{1}{2}$ % und in Wirklichkeit kostet es $4\frac{1}{4}$ %? Und wenn von den schweren Opfern, die das schweizerische Kapital schon gebracht habe, gesprochen wird, so weise ich auf die Publikation des Bauernsekretariates über den Kapitalertrag der letzten Jahre hin, die sich auf die öffentlichen Obligationen, Bank-Guthaben und Industripapiere stützt. Wenn man diese Arbeit konsultiert, stellt man fest, dass es mit den Opfern noch nicht so schlimm bestellt ist. Das Bauernsekretariat hat folgenden Kapitalertrag festgestellt: im Jahre 1924 949 Millionen, 1928 1239 Millionen, 1933 982 Millionen, also immer noch bedeutend mehr als 1924. Und das Bauernsekretariat hat mit Recht auch den Realwert dieses Kapitaleinkommens im Jahre 1933 berechnet; denn man rechnet uns auch immer den Realwert der Löhne vor und nicht nur den Nominalwert. Es kommt zum Resultat, dass dieser Realwert gemessen am seither eingetretenen Preisabbau 1207 Millionen ausmache und nicht 982, also fast so viel wie in der Zeit der höchsten Konjunktur 1928/29. Wenn nun das Volk fragt: Wo sind die Opfer des Kapitals? dann ist diese Frage zu verstehen. Besonders weil ja seitens des Kapitals geltend gemacht wird, dass die hohen Gewinne in der guten Konjunktur deshalb nötig seien, dass das Kapital nachher in schlechten Zeiten mit Verlusten rechnen müsse. Der Arbeiter hat diese Ausgleichsmöglichkeit nicht. Die Löhne sind in der Hochkonjunktur nicht entsprechend höher. Die hohen Gewinne des Kapitals waren zwar da, die Verluste sind trotz Krise glücklicherweise noch nicht eingetreten. Dort wo solche Verluste aber eingetreten sind, ist weniger das schweizerische Geschäft schuld, als die ausländischen Nie-lassungen gewisser Grossbetriebe.

Man wirft uns vor, wir seien Bankrotteure, und gewisse Zeitungen, die vornehmsten des Landes natürlich, reden nur noch von der Bankrottinitiative. Warum? Wir hätten nichts vorgesehen für die Finanzierung. Man hat uns das auch in der Kommission gesagt. Der Vorwurf ist vollständig unbegründet. Die erste Frage, die wir uns gestellt haben, als wir die Initiative diskutierten, war: Wie viele neue Mittel wird der Bund nötig haben, um die von uns geforderte

Politik durchführen zu können, und woher können diese Mittel genommen werden? Das war für uns immer das Elementarste bei der ganzen Diskussion. Wir haben versucht, Berechnungen anzustellen, wie viel zusätzliche Mittel wir brauchen, und sind zu Ziffern gekommen bis auf ein Maximum von 100 Millionen im Jahre. Rechnen wir einmal mit diesen 100 Millionen für Bauernschuldung, für den Gewerbe-, Preis- und Lohnschutz, für die Arbeitsbeschaffung, die der Bundesrat ohnehin beabsichtigt, und womit das Parlament einverstanden ist, dann macht das für die ganze Gültigkeitsdauer der Verfassungsbestimmung, sofern sie vom Volke angenommen wird, rund eine halbe Milliarde aus. Wir haben vorgesehen, dass diese Mittel durch Anleihen beschafft werden sollen, wobei auch Prämienobligationen in Frage kommen können. Ich glaube, dass das durchaus in Betracht fallen darf. Ich habe letzthin in einer Finanzzeitung gelesen, dass die französischen Prämienobligationen ausserordentlich hoch im Kurse stehen, und dass man bei dieser Art der Kapitalbeschaffung mit einem Zins von ungefähr 3% rechnen kann, also bedeutend günstiger als die neuesten Anleihen des Bundes. Die Frage ist, ob diese Mittel beschafft werden können. Wenn morgen ein Krieg ausbräche, würde man sich da fragen, ob 100 oder 200 oder 500 Millionen vorhanden seien, um die Verteidigung des Landes zu organisieren? Hier handelt es sich aber um die wirtschaftliche Verteidigung des Landes, die nicht weniger wichtig ist als die militärische, und für die die notwendigen Mittel auch aufgebracht werden müssen und aufgebracht werden können, um so mehr als wir zum voraus für die Deckung gesorgt haben. Der Kriseninitiative ist die Krisensteuerinitiative vorausgegangen. Man hat sie zunächst verdächtigt, fast schlimmer als die Kriseninitiative. Ich mache darauf aufmerksam, dass im Radio ein ehemaliger Bundesrat erklärt hat, das sei ein bolschewistisches Machwerk — am 25. Mai 1933 war das, und am 29. Mai hat der gleiche ehemalige Bundesrat eine Krisenabgabe in das Finanzprogramm aufgenommen, die nicht viel anderes war als eine Kopie der Krisensteuerinitiative, als dices „bolschewistische Machwerk“. Ich stelle fest, dass diese Krisenabgabe eine der wichtigsten Stützen in der Finanzpolitik des Bundesrates geworden ist. Vielleicht ist das, abgesehen vom Lohnabbau, der einzige Punkt des Finanzprogrammes von 1933, der unverändert stehen geblieben ist. Wir haben bei der Krisensteuer total mit einer Einnahme von 50 Millionen pro Jahr gerechnet; die Krisenabgabe, die weniger weit geht, bringt 42,5 Millionen. Also war unsere Rechnung der Wirklichkeit nahe. Die Krisensteuerinitiative ist noch anhängig. Es sind 235,000 Unterschriften dafür eingereicht worden, die wohlversorgt im Bundeshause ruhen; und das Volk wird sich gelegentlich darüber aussprechen müssen. Nach unserem Vorschlag sollen diese Einnahmen zur Amortisation der Krisenlasten, die durch die Kriseninitiative entstehen, verwendet werden. Wenn man meint, die Amortisationsfrist werde zu lange, dann lese man die Botschaft zur Vermögensabgabe des Bundesrates von 1922. Dort hat der Bundesrat der Vermögensabgabe

ein Finanzprogramm gegenübergestellt, das ganz ähnlich lautet wie das Finanzprogramm, das wir für den Kampf gegen die Kreise aufstellen. Zu dieser Botschaft ist folgender Satz zu lesen: „Unter der Voraussetzung, dass die Rückzahlung auf etwa 50 Jahre verteilt wird, was eine sehr annehmbare Lösung ist, sind wir imstande, die Tilgung auf normalem Wege zu erreichen.“ Also damals hat der Bundesrat in Aussicht genommen, mit Hilfe von Sondersteuern die Kriegsschuld auf 50 Jahre zu verteilen. Ich bin überzeugt, dass wir die Lasten, die durch die Kriseninitiative entstehen würden, nicht auf 50 Jahre zu verteilen brauchten, 10 bis 15 Jahre würden genügen. Wir brauchen nur die Krisensteuerinitiative anzunehmen. Wenn wir die Krisensteuerinitiative diskutieren, wird sich zeigen, wo die wirklichen Bankrotteure sind und wer bereit ist, dem Staate zu geben, was ihm gehört und was er nötig hat, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Die Finanzierung und Deckung der Initiative ist klar. Wir haben gesagt, wie wir uns das vorstellen. Aber der Bundesrat und die Gegner der Initiative sind uns noch die Antwort schuldig darauf, wie ihre Abbaupolitik finanziert werden soll. Denn auch sie wird Opfer erfordern. Die Arbeitslosigkeit wächst. Man kann das Gegenteil behaupten, solange man will. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Als Folge davon die Lasten des Bundes, der Kantone und Gemeinden. Dazu kommt die Aufwertung der Schuld. Ich hätte mich speziell gefreut, wenn man uns in der Botschaft gesagt hätte, wie man um die neuen Schwierigkeiten der Aufwertung der Schulden herumkommt, zunächst der Schulden des Bundes selber. Der Bund hat nicht ganz 2 Milliarden Schulden, die Bundesbahnen mehr als 3 Milliarden, und dann kommen die Kantone und Gemeinden dazu, das sind insgesamt 8—8½ Milliarden Franken. 20% Abbau der Preise bedeuten nichts anderes als eine entsprechende Aufwertung der Schulden. Das macht für den Bund allein etwa 500 Millionen Franken aus. Mit dem Betrag der Aufwertung der Bundesschulden — ohne Bundesbahnen — allein könnte die Kriseninitiative finanziert werden. Dann kommt noch die Aufwertung der Schulden der Bundesbahnen, der Kantone und Gemeinden mit einigen Milliarden. Dann haben wir auch noch Hypotheken im Lande. Es handelt sich nach Schätzungen um 12—16 Milliarden, bei denen sich die gleiche Entwicklung geltend machen wird. Fragen Sie die Bauern und Gewerbetreibenden, wie sie nachher mit den aufgewerteten Schulden fertig werden wollen, wenn ihre Preise und Löhne abgebaut werden. Das ist vollständig unmöglich. Wie man über diese ungeheuren Schwierigkeiten hinwegkommen will, sagt die Botschaft kein Wort. Ich habe geglaubt, wir würden heute die Antwort erhalten. Der Kommissionspräsident hat über alles mögliche andere gesprochen. Darauf aber haben wir keine Antwort erhalten. Vielleicht kommt er mit einem Schlusswort auf die Sache zu sprechen.

In den Versammlungen fragt das Volk immer wieder: Was soll mit den Schulden geschehen? Wir antworteten darauf: Die Antwort ist zu geben von den Anhängern der Abbaupolitik. Auch wir

warten immer noch auf diese Antwort. Wenn Sie die Antwort in überzeugender Weise dem Volke geben können, dann verbessern Sie ihre Aussichten im Kampfe gegen die Initiative. Also beeilen Sie sich und geben Sie die Antwort!

Die Inflationsgefahr. Wenn sie besteht, besteht sie im Zusammenhang mit der Aufwertung der Schulden, bei einer Verminderung der Steuerkraft des Volkes, die zwangsläufig eintreten wird als Folge der ganzen Abbaupolitik. Nicht deshalb, weil unsere öffentliche Schuld von 8 auf 8½ Milliarden erhöht wird, besteht irgendwelche Gefahr für den Franken, sondern wegen der Unterminierung der ganzen schweizerischen Wirtschaft, wie sie durch die Abbaupolitik unweigerlich kommen muss. Vielleicht spielt auch eine gewisse Zeitungsschreiberei in ausländischen Zeitungen eine verhängnisvolle Rolle. Ich habe vor einigen Tagen einen Artikel in der wichtigsten französischen Zeitung, im « Temps » gelesen. Er war von einem schweizerischen Korrespondenten geschrieben. Dieser Korrespondent hat den französischen Lesern mitgeteilt, dass die Kriseninitiative von den Kommunisten lanciert sei, von den Sozialisten übernommen wurde, und dann hätten auch andere mitgemacht. (Heiterkeit.)

Hier ist die schweizerische Handelszeitung. Sie reproduziert eine amerikanische Stimme zur Kriseninitiative. Wir haben sie schon vorher gekannt, weil wir zufällig letzte Woche mit einem bekannten Finanzmann gesprochen haben, einem Herrn, der unmittelbar aus Amerika zurückkehrte. Er hat uns mitteilen können, jetzt werde in verschiedenen amerikanischen Finanzblättern publiziert, dass das Schweizervolk nächstens über die Abwertung des Frankens abzustimmen habe. Halten Sie uns für so schlecht informiert, dass wir nicht wüssten, dass diese Korrespondenten in der Schweiz selbst sitzen? Vielleicht sitzen die Verfasser in den hochpatriotischen Pressebureaus, die den Kampf gegen die Initiative führen werden. (Acht Beweise!) Der Artikel des „Temps“ ist Beweis genug. Dort verbreitet der schweizerische Korrespondent diese infamen Lügen. So geht es wohl auch mit den andern Zeitungen. Wir werden das Volk vorbereiten und ihm sagen, wie diese Pressestimmen gemacht werden und wie man das Ausland informiert. Das sind die Gefahren für den Schweizerfranken. Diese Leute muss man am Wickel nehmen. Wir wissen durchaus, wie die Kriseninitiative finanziert werden soll. Wir haben darüber nie Unklarheit gelassen. Aber wir wissen nicht von Ihnen, was Sie zu tun gedenken, wenn die Abbaupolitik wirklich durchgeführt werden sollte. Ich spreche jetzt nur von den wirtschaftlichen, nicht von den politischen Schwierigkeiten, die unabsehbar sind. Denn die Katastrophe wird da sein, bevor Sie mit Ihrem Abbau auf der Ebene sind, auf der Sie die Anpassung an das internationale Niveau zu erreichen glauben.

Ich habe hier einige Punkte herausgegriffen in der Meinung, dass ich von andern Herren ergänzt werde. Ich bin über die Einstellung der Mehrheit des Rates vollständig im klaren und gebe mich keinen Illusionen hin. Ich weiss, wie der Entscheid in diesem Rat fallen wird, dass der Rat mit grosser Mehrheit die Kriseninitiative ver-

wirft. Wir sind nicht unglücklich darüber, wir können nur von einem Gesichtspunkt aus unglücklich sein, nämlich, dass wir feststellen müssen, dass sich das Parlament immer mehr vom Volke entfremdet. Der 28. Mai 1933, der 11. März 1934 und der 24. Februar 1935 sind deutliche Fingerzeige! Da hätten Sie etwas lernen und sehen sollen. Aber man hat absichtlich beide Augen geschlossen. Wären Sie gestern abend ins Kasino gekommen. Dort wäre Gelegenheit gewesen, die Ansicht des Volkes kennen zu lernen und Ihren Standpunkt zu vertreten. Nicht jeden Tag sind so viele Leute im Kasino. Wir haben die Interessenten des Abbaues eingeladen, wir haben ihnen Gelegenheit gegeben, sie sollen kommen und ihren Standpunkt vertreten, das Volk sei jetzt da. Es ist niemand gekommen, kein Mensch hat sich für diesen Standpunkt einsetzen wollen. Wenn Herr Dr. Abt sich damit tröstet, dass in den 90er Jahren das Schweizervolk mit 300,000, oder was weiss ich mit wieviel Stimmen das Recht auf Arbeit abgelehnt habe, und nun meint, es komme wieder gleich heraus, so vergisst er dabei, dass seither einige Jährchen ins Land gegangen sind und verschiedenes passierte, und dass das Volk in derartigen Fragen die Dinge etwas anders betrachtet als in den 90er Jahren. Wenn Herr Dr. Abt sagt, dass kein bürgerlicher Schweizer zustimmen könne und zustimmen werde, so täuscht er sich darin, denn hunderttausende, mit einer sicher ebenso gut bürgerlichen Gesinnung wie diejenige des Herrn Dr. Abt, werden der Initiative zustimmen. Das kann und wird er noch erleben.

Ich bin mir darüber im klaren, dass das Parlament die Initiative ablehnt. Wir wissen, dass ein unerhörter Druck ausgeübt werden wird, besonders auf Angestellte und Arbeiter. (Zuruf: Radio.) Das Radio ist eine der Institutionen, die missbraucht wird, aber es gibt noch gefährlichere Mittel. Das ist vor allem der Druck, der von Arbeitgebern auf die Arbeitnehmer ausgeübt wird und der bereits eingesetzt hat. Man wird im bevorstehenden Kampf nichts hören von den schlechten Zeiten, man wird auch nichts hören vom Rückgang der Einnahmen und nichts merken von Verlusten, wenn die Propaganda gegen die Krise einsetzt. Was für Geld zu haben ist, das werden die Gegner der Kriseninitiative besitzen und einsetzen können. Wir wissen, dass der Kampf ein harter sein wird, dass die Anhänger der Kriseninitiative allen möglichen Besudelungen und Verleumdungen ausgesetzt sein werden. Aber wir werden den Kampf führen, denn wir wissen, das Volk will den Abbau nicht, das Volk will die Verarmung nicht, das Volk will die Katastrophe nicht, das Volk will die Krise und die Not überwinden; das Volk wird daher auch die Kriseninitiative annehmen!

Walter-Olten: Ich möchte mich nicht auf eine Besprechung der einzelnen Postulate der Kriseninitiative einlassen, sondern mich auf einen Punkt beschränken, auf einen Beitrag zur allgemeinen Charakterisierung der Kriseninitiative.

Als ich den Text der Kriseninitiative gelesen habe, ist es mir vorgekommen, als werde die Welt auf einmal wunderschön, als hänge der Himmel

voller Bassgeigen, jetzt werde allen, allen von Staats wegen geholfen werden. Mir scheint der Text der Kriseninitiative viel zu lang zu sein, ich hätte ihn viel einfacher und kürzer, etwa wie folgt, formuliert: 1. Der Bundesrat schafft die Krise ab. 2. Die Arbeitslosigkeit wird aufgehoben. 3. Jedermann wird Arbeit und Verdienst garantiert. Die Kosten trägt der Staat.“

Unsere Mütter können sich ja freuen: in Zukunft werden unsere Kinder keine Sorgen mehr haben; in Zukunft wird unsern Kindern, weil wir nach Annahme der Kriseninitiative gewissermassen alle Bundesangestellte werden, ein Freibillet für die Fahrt durch das Leben in die Wiege gelegt. Es hat einer einst eine sehr schöne Braut gehabt, und er hat sich dann hingesezt und das Lied komponiert: „Du bist zu schön, um treu zu sein.“ Als ich die Initiative las, habe ich in Anlehnung daran umgedichtet: „Du bist zu schön, um wahr zu sein“.

Meine Herren! Wer in der Wirtschaft drin steht und wer die praktischen Dinge noch etwas kennt, muss sich sagen, dass diese Kriseninitiative eine glatte Unmöglichkeit ist. Auch wenn sie angenommen wird, so könnte sie niemals durchgeführt werden, das ist meine feste Ueberzeugung. Im übrigen ist diese Kriseninitiative gar nicht eine Verfassungsbestimmung, sie ist vielmehr ein sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm. Mit einem solchen Wirtschaftsprogramm hätten wir schliesslich auch aufrücken können. Wir hätten z. B. als Gegenvorschlag das „Wirtschafts- und Sozialprogramm der schweizerischen Katholiken“ in Vorschlag bringen können, mit der Forderung, es als eine Bestimmung in die Bundesverfassung hinüber zu nehmen. Ich zweifle nicht daran, dass auch die freisinnig-demokratische Partei ein ähnliches schönes Programm zur Verfügung hätte.

Die Kriseninitiative und deren Annahme, das steht für mich ausser Zweifel, würde die Pleite unseres Staates, den Staatsbankrott und den Sturz des Schweizerfrankens ins Uferlose bedeuten. Ich weiss wohl, dass es Leute gibt, die sagen, man sollte den Schweizerfranken um 25 % auf 75 % abwerten. Das ist alles sehr schön, nur gilt auch für die Währungen der alte physikalische Grundsatz: Man weiss nicht, wo es endigt und: „wer rutscht, der rutscht“. Herr Kollega Bratschi hat sich nicht bloss in der Kommission, sondern auch heute wieder ausserordentlich Mühe gegeben, zu beweisen, dass diese Kriseninitiative mit der sozialdemokratischen Partei absolut nichts zu tun hat. Aber die ganze Kriseninitiative ist, was wohl offenkundig ist, aus dem sozialdemokratischen Gedankengut herausgewachsen; und hinter der Kriseninitiative stehen der Gewerkschaftsbund und der eidg. Förderativverband. Natürlich sagt Herr Bratschi: Wir haben in unserm Komitee bürgerliche Mitglieder. Ich glaube, Herr Gadiant gehört dazu. Da ist allerdings zu bemerken, dass diese Herren kaum als 100 %ig bürgerliche Vertreter angesprochen werden dürfen. Und Sie berufen sich darauf, dass über 100,000 bürgerliche Unterschriften auf den Bogen stehen. Das mag wahr sein, aber ich wage zu behaupten: wenn diese bürgerlichen Unterzeichner gewusst hätten, um was es geht, hätten sie diese Initiative niemals

unterschieden. Und am Abstimmungstage werden sie niemals bei Ihnen sein. Es gibt aber noch andere Beweise für die sozialistische Herkunft der Initiative. Schon Ziffer 1 der Initiative ist einer: ein rein sozialdemokratisches Programm. Wir stehen als „Bourgeois“ auf dem Standpunkt, dass der Einzelne dafür verantwortlich sein soll, wie er sich durch das Leben bringt, und dass er es seiner eigenen Initiative und Tatkraft zu verdanken habe, wie er sein Schicksal meistert. Hier wird alles dem Staate übergeben. Aber das hat mit bürgerlicher Wirtschaftsauffassung weiss Gott nichts mehr zu tun.

Einzelne Postulate umschreiben das schärfer. Mir ist vor allem unerfindlich, wie es dem Staate möglich sein soll, für die private Industrie die notwendigen Aufträge hereinzubringen. Als ich das las, war ich im ersten Augenblick entzückt und sagte mir: Um meine 200 Arbeiter zu beschäftigen, brauche ich künftig nicht mehr für ungefähr 4 Millionen Franken Aufträge hereinzubringen; ich brauche mich um nichts mehr zu kümmern, das besorgt fortan der Staat; ich kaufe mir eine Yacht und fahre im Mittelmeer spazieren.

Aber hinter der Kriseninitiative steht ja der „Plan der Arbeit“. Das mag abgestritten werden, so viel es will, wahr ist es doch. Und dieser „Plan der Arbeit“, den habe ich hier vor mir; ich habe ihn mit Interesse durchgelesen und gesehen, dass er gar nichts anderes ist als die Kopie ähnlicher Bestrebungen in Deutschland und Oesterreich. Herr Oprecht hat in der Kommission auch zugegeben, dass dieser „Plan der Arbeit“ in Verbindung mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes geschaffen worden ist. Herr Dr. Abt hat in seinem vorzüglichen Referat bereits darauf hingewiesen, was der „Plan der Arbeit“ eigentlich will: Nationalisierung gewisser Industrien, der Verkehrsanstalten, der Banken, des Kreditwesens, gewisser Hotelbetriebe usw. Das ist sozialdemokratische Wirtschaftsauffassung und nicht bürgerliche. Und der „Plan der Arbeit“ ist nicht so nebenbei hereingerutscht bei der schweizerischen Sozialdemokratie; sie hat an ihrem Parteitag vom 27. Januar 1935 in Luzern ausdrücklich folgende Resolution gefasst: „Der Plan der Arbeit wird vom Parteitag gutgeheissen. Er bildet eine Plattform dafür, um eine Volksbewegung ins Leben zu rufen, die, getragen von den Arbeitern, Angestellten, Bauern, den kleinen Leuten in Industrie, Gewerbe und Handel und den Intellektuellen bezweckt, eine Volksmehrheit auf antikapitalistischer Grundlage zu schaffen, deren Aufgabe es ist, eine Aenderung der machtpolitischen Verhältnisse im Bunde herbeizuführen. Der Plan der Arbeit ist das Regierungsprogramm der neuen Volksmehrheit. Die Parteileitung wird verpflichtet, mit allen Kräften und allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, der Politik des Planes der Arbeit zum Durchbruch zu verhelfen.“ Für mich bedeutet die Kriseninitiative nichts anderes als ein Sprungbrett zur Sozialisierung der Wirtschaft und zur Ergreifung der politischen Macht. Was 1918 auf dem Wege des Generalstreiks oder, wie Herr Greulich gesagt hat, des „Generalunsinns“ nicht gelungen ist, soll hier auf quasi verfassungsmässigem Wege erreicht werden: eine sozialdemo-

kratische Regierungsmehrheit. Wenn einer noch bezweifeln sollte, dass dem so ist, so haben wir glücklicherweise die Ausführungen einzelner hervorragender Sozialdemokraten, die aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht haben. Eine dieser sozialdemokratischen Grössen ist Dr. Willi Spühler, der im Juliheft 1934 der „Roten Revue“ einen Artikel schrieb, in dem der Zusammenhang zwischen dem Plan der Arbeit und Kriseninitiative schonungslos aufgedeckt wird. Ich weiss nicht, ob er des Glaubens war, dass andere als Sozialdemokraten die „Rote Revue“ nicht lesen: „Was die Kriseninitiative will, das will auch der „Plan der Arbeit“. Aber er will noch mehr, er will vor allem Klarheit schaffen, wo die ökonomische Lösung der Probleme zu suchen ist, die auch von der Kriseninitiative gestellt werden. Die Initiative verhält sich zum Plan wie das Eisenskelett eines Hauses zum fertigen Gebäude. Was in der Initiative nur Andeutung, ist im Plan Vollendung. So wird die Initiative der eigentliche Auftakt zum Kampf um den Plan. Darin liegt ein tiefer politischer Sinn. Durch ihren Inhalt richtet sich die Initiative an alle von Krisennot bedrückten, werktätigen Schichten des Volkes, an die Arbeiter und Angestellten, an die Kleinbauern und Handwerker. Alte, erstarrte Formeln beginnen zu wanken, neue sind zu bilden. Der politische Graben zieht sich mitten durch Gebiete, die sonst geschlossen gegen die Arbeiterschaft sind. Die Initiative liegt auf dem Wege zum „Plan der Arbeit“. Wer für sie eintritt, muss auch den Plan wollen.“

Ich freue mich, dass das so deutlich gesagt wird. Aber noch viel deutlicher sagt das ein anderer Sozialdemokrat, nicht bloss ein Dr. Willi Spühler, sondern ein 100 %iger, ich möchte fast sagen ein 200 %iger Sozialdemokrat, sofern es das gibt. Wenn man aber Herrn Ernst Reinhard ansieht, so glaubt man an diese Möglichkeit. Herr Ernst Reinhard, der Präsident der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, hat nämlich nach einem Bericht in der „Neuen Zürcher Zeitung“, der nicht widersprochen wurde, in einer Rede und wörtlich die folgende lapidare Weisheit vorgebracht: „Die Initiative ist eine Vorstufe des „Planes der Arbeit“, wie der „Plan der Arbeit“ eine Vorstufe der Eroberung der politischen Macht ist!“ Ich freue mich darüber, dass die christlich-soziale Arbeiterschaft es abgelehnt hat, in dieser Sache die „Rolle eines Steigbügelhalters“ für den Sozialismus zu spielen. Ich hoffe be stimmt, dass am Abstimmungstage auch die grosse Mehrheit des Schweizervolkes es ablehnen wird, durch Unterstützung der Kriseninitiative die Rolle eines Steigbügelhalters für den Sozialismus zu spielen!

Oprecht: Ich habe natürlich keine Veranlassung, zu leugnen, dass ich Mitglied der sozialdemokratischen Partei der Schweiz bin und als solches für ihr Programm eintrete. Es scheint mir naiv zu sein, zu verlangen, dass man als Sozialdemokrat, weil man für die Kriseninitiative eintritt, daneben nicht mehr auch sozialdemokratische Forderungen vertreten dürfe. Ich weiss nicht, wieso behauptet werden kann, Herr Walter hat das vorhin getan und Herr Abt hat als Kommissionspräsident heute vormittag das gleiche gesagt, die Anhänger der

Kriseninitiative seien Sozialisten. Ich will hier keine bürgerlichen Namen anführen von Mitgliedern, die für die Kriseninitiative eintreten. Ich erkläre aber in aller Offenheit, dass ich als Anhänger der Kriseninitiative in keiner Weise damit vom Plan der Arbeit abrücke. Es ist mein gutes Recht, die Auffassung zu vertreten, dass die Kriseninitiative ein Mittel und ein Weg sei, um Abhilfe zu schaffen, dass dieser Weg begangen werden müsse, dass aber aus der wirtschaftlichen Entwicklung heraus wir ganz bald gezwungen sein werden, planwirtschaftliche Massnahmen zu treffen.

Deswegen die Kriseninitiative als sozialistisch hinzustellen, ist mindestens sonderbar. Es scheint, dass man die Geschehnisse der letzten Zeit nicht verstehen will.

Herr Walter hat darauf hingewiesen, dass die christlich-sozialen Arbeiter nicht für die Kriseninitiative stimmen werden. Das wird die Abstimmung erweisen. Er hätte heute eine Meldung der Depeschagentur aus Belgien lesen können, wonach der neue Ministerpräsident, der Vizedirektor der belgischen Nationalbank, van Zeeland, ein Ministerium zusammen mit den Sozialdemokraten gebildet hat. Er wird vielleicht in den nächsten Wochen aus dem, was in Belgien vorgeht, noch einiges lernen müssen. Der neue belgische Ministerpräsident hat als guter Katholik sich mit den Sozialdemokraten verständigt, um den belgischen Franken zu halten und um planwirtschaftliche Massnahmen durchzuführen. Herr Walter wird vielleicht auch in dieser Beziehung umlernen müssen. Er wird vielleicht in einiger Zeit einsehen, dass nur die Planwirtschaft noch Hilfe bringen kann. (Zwischenruf **Schneider**: Diese Hoffnung habe ich aufgegeben.) (Heiterkeit.) Ich bin jünger als Kollega Schneider und will diese Hoffnung noch mit mir herumtragen. Vielleicht werde ich im spätern Lebensalter auch anders denken. Wir müssen dem Bundesrat und allen denen, die die Kriseninitiative als sozialistisches Machwerk bekämpfen, dankbar dafür sein, dass sie solche Propaganda für die sozialdemokratische Partei treiben. Denn wenn der Abstimmungsbürger damit schliesslich einsieht, dass das, was die Kriseninitiative fordert, Sozialismus ist, wird er sich sagen, mit diesem Sozialismus bin ich selbstverständlich einverstanden, der dafür sorgt, dass Löhne und Preise gestützt werden, dass man Arbeit beschafft, dass man eine Kontrolle der Kartelle und Trusts verlangt usw. Dann wird die grosse Mehrheit des Schweizervolkes bald sozialistisch sein. Dazu hat uns dann Herr Bundesrat Schulthess verholfen.

Ich bin der Meinung, dass dann auch Herr Ingenieur Rothpletz Sozialist ist. Ich weiss zwar nicht, ob er schon in die sozialdemokratische Partei der Schweiz eingetreten ist. Nach dem Gutachten, das im Auftrag von Herrn Bundesrat Schulthess erstattet worden ist, tritt Herr Rothpletz für eine mit dem Wortlaut der Initiative übereinstimmende Wirtschaftspolitik ein. Wenigstens als Diskussionsgrundlage. Er schlägt im Gutachten dazu vor: „Der Bund trifft entsprechende Massnahmen zur Bekämpfung von Wirtschaftskrisen und ihrer Folgen. Diese Massnahmen bilden den Schutz einer ausreichenden Existenz des Schweizerbürgers. Der

Bund sorgt zu diesem Zwecke für planmässige Beschaffung von Arbeit, Ausnützung der Kaufkraft und Kapitalkraft des Landes, Kontrolle der Kartelle und Trusts usw.“

Was Herr Rothpletz postuliert, damit sind wir einverstanden. Aber nach unserer Auffassung handelt es sich dabei nicht um Sozialismus. Wir geben als Anhänger der Initiative den Sozialismus nicht auf, wir sind aber der Meinung, dass damit Massnahmen vorgeschlagen werden, die erfolgreicher wären als die bisherigen. Merkwürdig ist, dass nicht nur Herr Rothpletz, sondern auch Herr Ingenieur Käch, Ehrendoktor der Universität Bern und Erbauer der Grimselwerke, nach der Auffassung des Herrn Bundesrat Schulthess sozialistische Gedanken geäussert habe. Er hat nämlich in seinem Gutachten noch viel radikalere Vorschläge gemacht, als Grimm/Rothpletz. Vielleicht ist deswegen sein Gutachten nicht veröffentlicht worden, weil es dem Bundesrat zu gefährlich erschien. Ich hatte Gelegenheit, Einsicht in das Gutachten zu nehmen und bin sehr erfreut darüber, was Herr Käch vorgeschlagen hat. Ich zitiere: „Wenn die Fabriken auf dem Weltmarkt wieder zur frühern Geltung kommen sollen, so müssen sie vor allem die gegenseitige Bekämpfung unterlassen. Ein Ausbau der Ordnung mit Regelung der Produktion erscheint unumgänglich.“ Herr Ingenieur Käch hat in seinem Gutachten noch viel deutlicher gesprochen. Ich zitiere: „Wollen wir dem Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und einer Verelendung weiter Volksschichten vorbeugen, so müssen neben grössten Anstrengungen auf handelspolitischem Gebiete — ich meine gegenüber Russland — ausserordentliche Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung getroffen werden.“ Ausserordentliche Massnahmen verlangt Herr Käch! Ich habe leider bisher nicht viel davon gehört, dass solche Massnahmen von Seiten des Bundes geplant sind.

Schliesslich glaubt der Bundesrat den Beweis für den sozialistischen Charakter der Initiative damit leisten zu können, dass er sie als einen Bestandteil des Planes der Arbeit erklärt. Wir müssen dankbar solche Propaganda ablehnen. Herr Dr. Abt hat heute morgen ebenfalls zugunsten des Planes der Arbeit gesprochen. Spricht nicht daraus, dass der Bundesrat und der Kommissionspräsident und andere die Kriseninitiative mit dem Schreckgespenst des Sozialismus, mit dem Plan der Arbeit bekämpfen wollen, die Angst, der biedere Eidgenosse des Herrn Abt könnte eventuell vor diesem Sozialismus nicht derart zurückschrecken, wie er es bisher unter dem Einfluss einer gewissen Presse und politischer Bearbeitung getan hat. Die Abstimmung über die Kriseninitiative wird darüber Aufschluss geben. Vielleicht hat die Abstimmung vom 24. Februar doch da und dort einigen Herren die Augen geöffnet. Der wackere Eidgenosse des Herrn Abt versteht eben nicht, dass gegen die Verstaatlichung der Wirtschaft von bürgerlicher Seite her immer polemisiert und dabei ständig durch die wirtschaftspolitischen Massnahmen des Staates die Wirtschaft durchstaatlicht wird, ja dass es so weit kommt, dass die Wirtschaft nur noch durch die staatlichen Massnahmen gehalten werden kann. Wir werden vielleicht in ganz kurzer Zeit, möglicher-

weise schon in ganz wenigen Tagen — ich weiss es nicht — gezwungen sein, zu neuen Bankstützungen Stellung zu beziehen. Da muss dann der Staat die Banken wiederum halten, die Banken, die heute so gut fundiert sein sollen! Und dabei hat man noch Angst vor der Sozialisierung der Banken, die im Grunde schon längst sozialisiert wurden dadurch, dass der Staat ihre Schulden bezahlen musste. Ich zweifle nicht daran, dass durch die Konzentration und die Monopolisierung des Bankwesens in der Schweiz auf eine oder zwei Grossbanken und die damit in Verbindung stehende moralische Staatsgarantie naturnotwendig schliesslich der Staat diese Banken übernehmen muss. Ich bin der Meinung, dass die Entwicklung uns dazu zwingen wird, diesen Weg zu gehen. Es wird dem Kampf gegen die Kriseninitiative nichts nützen, diese Entwicklung hemmen zu wollen.

Schliesslich hat der Bundesrat und vorhin auch wieder Herr Walter darauf hingewiesen, dass der „Plan der Arbeit“ eine auf internationalem Boden gewachsene Ideologie darstelle. Und die berufsständische Ordnung unseres Kollegen Wick, ist das keine Ideologie, die auf internationalem Boden gewachsen ist? Ich brauche dazu nur auf die Enzyklika quadregesimo anno hinzuweisen. Und wie steht es mit dem Liberalismus des Herrn Bundesrates Schulthess? Kam er nicht von England her zu uns? Es scheint mir nichts Anstössiges zu sein, dass solche Fragen, die in allen Ländern zur Diskussion stehen, gemeinsam international besprochen werden, damit man daraus national für das einzelne Land die entsprechenden Folgerungen ziehe. Es handelt sich doch darum, einen Ausweg aus Krise und Not für unser Volk zu finden. Wir müssen daher den Mut aufbringen, zu erklären, dass die bisherigen Massnahmen nicht mehr genügen. Wir müssen irgendwie versuchen, neue Wege zu beschreiten. Wenn es nicht gelingt, vor allem unserer Jugend Arbeit zu verschaffen und den Arbeitslosen Brot zu geben, dann werden die Arbeitslosen und die Jungen an unserer Demokratie zu zweifeln beginnen und dann wird es um den Staat und um die Demokratie geschehen sein. Darum müssen wir von Staates wegen den Versuch unternehmen, die Wirtschaftskrise durch entscheidende Massnahmen zu überwinden, so wie sie durch die Kriseninitiative vorgesehen werden. Dazu braucht es allerdings, wie ich schon gesagt habe, Mut und Kühnheit, denn die bisherigen Wege der Bekämpfung der Krisen genügen nicht mehr. Alle Theorien darüber, dass wir abbauen müssen, nützen nichts, wenn in der Praxis der staatlichen Politik das Gegenteil von dem gemacht wird, was wir theoretisch in Vorträgen verkünden. Herr Bundesrat Schulthess ist in dieser Beziehung der glänzendste Opportunist. Er verkündet in seiner Aarauerrrede, die sozusagen den Dolchstoss für die Kriseninitiative bedeuten sollte, das Lob des Abbaues. Wenige Wochen nach dieser Aarauerrrede beschloss auf seinen Antrag der Bundesrat die Fortführung der Preisstützungsaktion für die Milch. Kann da noch jemand ernsthaft daran glauben, dass der Bundesrat im Sinne habe, eine wirkliche Preissenkung durchzuführen? Die Botschaft des Bundesrates zur Preiskontrolle ist mit

Recht dahin charakterisiert worden, dass der Berg ein Mäuslein geboren habe. Dabei bildet nach meinem Dafürhalten die bundesrätliche Handelspolitik die Ursache dafür, dass heute eine grosse Zahl von Krisengewinnlern in der Schweiz existiert. Hier hätte es der Bundesrat schon lange in der Hand gehabt, mit dem Preisabbau ernst zu machen. Aber die Beziehungen gewisser Parlamentarier zum Volkswirtschaftsdepartement haben wahrscheinlich verhindert, dass solche Eingriffe in die Preisbildung erfolgt sind. Wir werden darüber noch zu sprechen haben, wenn die Interpellation über die Oel- und Fettpreisfrage zur Diskussion steht. Auch die Herren Käse- und Kohlenbarone haben natürlich entsprechenden Einfluss auf die Politik des Volkswirtschaftsdepartementes ausüben können. Deshalb hat man es bisher abgelehnt, die Preisbildung zu beeinflussen, trotzdem handelspolitisch die Möglichkeit dazu vorgelegen hätte.

Einmal allerdings, gerade vor einem Jahre, hat Herr Bundesrat Schulthess selber die Erkenntnis vertreten, dass die bisherigen Wege nicht mehr genügen, um die Krise erfolgreich zu bekämpfen. Er sagte damals: „Jedermann ist sich klar, dass die Wirtschaftskrise nur auf Wegen gelöst werden kann, die vollständig neu sind.“ Das führte Herr Bundesrat Schulthess hier im Rate vor einem Jahr aus. Welches sind die neuen Wege, die in der Zwischenzeit von Herrn Bundesrat Schulthess begangen wurden? Etwa die des Programmes des Bundesrates, das der Botschaft zur Kriseninitiative am Schlusse angehängt ist und wobei immer wieder davon gesprochen wird: Wir werden — wir werden — wir werden dies uns jenes tun, ungefähr so, wie vor den Wahlen alles versprochen wird? Ich habe die neuen Wege, die der Bundesrat gegangen sein soll, seitdem Herr Bundesrat Schulthess sie in Aussicht gestellt hat, nirgends gefunden. Das gilt beispielsweise besonders in bezug auf die Kontrolle der Kartelle und Trusts. Noch im Juni 1933 hat Herr Bundesrat Schulthess es abgelehnt, beim Postulat Reinhard Massnahmen gegenüber Kartellen und Trusts zu ergreifen. Er erklärte damals: „Man kann gewiss viel gegenüber Monopolbestrebungen und gegen Kartelle sagen, aber Herr Reinhard mag sich damit trösten, dass die Truste und die Monopole in der Regel zusammengebrochen sind. Oder kann mir jemand im Rate ein Land nennen, wo die Kartell- und Trustbestrebungen einen Erfolg gehabt hätten?“ Allerdings in der letzten Session, im Dezember 1934, da hat es seitens des Herrn Schulthess anders geklungen. Wir haben seit 1933 fleissig Kartelle gebildet, es sind über 1000 neue Kartelle entstanden, — wobei es nach Schulthess sicher sehr interessant wäre, einmal mit dem elektrischen Licht hinter die Kulissen leuchten zu dürfen, um zu sehen, ob nicht die Lage der Mitbürger ausgebeutet wird. Diese Schulthesser Feststellungen hätten schon 1933 gemacht werden können, damit man daraus die entsprechenden politischen Konsequenzen ziehen könnte. Leider ist das nicht geschehen. Dabei weiss Herr Bundesrat Schulthess, dass es kartellierte Industrien und Gewerbe gibt, die ihr Preismonopol rücksichtslos auf Kosten der Konsumenten ausnützen und durch ihre Preispolitik geradezu schuld daran sind, dass wir ein so hohes Preisniveau in der Schweiz haben. Herr Bundesrat Schulthess ist für diese

Politik mitverantwortlich. Er hat es allerdings immer abgelehnt, die entsprechenden Konsequenzen in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu ziehen. Er hat es immer abgelehnt, systematisch und planmässig die Krise zu bekämpfen, so wie es beispielsweise Herr Ingenieur Rothpletz im Gutachten Grimm-Rothpletz empfiehlt. Das System Schulthess ist die Improvisation. Herr Bundesrat Schulthess hat sich schon einmal gegen diesen Vorwurf gewehrt und behauptet, dass von Anfang an mit System die Krisenbekämpfung geschehen sei. In einer schwachen Stunde hat Herr Bundesrat Schulthess die Gründe dafür angegeben, warum er seine Wirtschaftspolitik vom System der Improvisationen leiten liess. Beim Voranschlag der Eidgenossenschaft 1933 ist über die Frage der Subventionen gesprochen worden. Damals ist grundsätzlich die Frage der Subventionspolitik zur Diskussion gestellt worden. Damals hat Herr Bundesrat Schulthess erklärt: Ja, meine Herren, es gibt Dinge in der Welt, die man nach freiem Ermessen und nach gesundem Menschenverstand und nach Massgabe der Verhältnisse löst und behandelt. Wenn man aber nach dem Grundsatz fragt, ist man „am Hag“. Und ich muss offen gestehen: Grundsätze hat der Bundesrat, glaube ich, noch nie gehabt, wenn er diese Subventionen an Verbände und Vereine festsetzte. Da spielt naturgemäss das freie Ermessen eine Rolle, aber auch die Intervention des Parlamentes. Man hat uns nach und nach heraufgedrückt. Es ist nicht nur von unserer Seite auf diese Seite der Politik des Volkswirtschaftsdepartementes hingewiesen worden. Ich könnte gut bürgerliche Zeitungen zitieren, die in der gleichen Weise die Politik des Volkswirtschaftsdepartementes charakterisiert haben. Die Kriseninitiative wendet sich gegen das System der Improvisationen in der Wirtschaftspolitik. Sie will systematisch und planmässig die Wirtschaftskrise bekämpfen. Sie macht damit nicht, wie behauptet wird, in Utopien. Sie schlägt gangbare Wege vor, die auch in andern Staaten von bürgerlichen Staatsmännern begangen werden. Ich verweise auf die Tschechoslowakei, auf Frankreich, auf die Vereinigten Staaten, auf Belgien. Ich kann dazu beispielsweise die Neue Zürcher Zeitung zitieren, die über die korporativen Versuche in Frankreich berichtet und schreibt:

„Man verfolgt in Frankreich mit gespanntem Interesse das belgische Plansystem de Man, wie man den Experimenten Roosevelts gegenüber die anfängliche kritische Verurteilung aufgegeben hat. Statt der gefürchteten diktatorischen Entwicklung erkennt man in ihnen einen ehrlichen Versuch, die wirtschaftlichen Interessen mit den demokratischen Freiheiten zu versöhnen — einen Versuch, wie ihn jedes moderne Volk gemäss seiner psychologischen Mentalität und seinen politischen Traditionen unternehmen muss und für den es eine allgemein gültige Schablone nicht gibt.“

Ich könnte Ihnen aus den sehr interessanten Artikeln von Professor Keller über Japan ähnliche Zitate bringen. Ich will das alles nicht tun und nicht noch einmal auf Rothpletz und Käch hinweisen, sondern nur einen Kronzeugen noch anführen, vor dem Sie hoffentlich nicht erschrecken werden, zum mindesten die Garantie haben, dass er nicht Sozialist ist. In der „Neuen Schweizer Rundschau“

untersucht Oberst i. G. Herr Steinemann die kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen der Schweiz und äussert sich in diesem Aufsatz dahin, dass wir gezwungen seien, unsere wirtschaftlichen Massnahmen in eine planmässige Ordnung zu bringen, um erfolgreich die Landesverteidigung zu organisieren. „Der Weltwirtschaftskrieg, den wir heute miterleben und erdulden, gibt uns einen besonders günstigen Einblick in die Kapazität des eigenen Landes. Es sind die Chancen erleichterter Feststellung unsere Fähigkeiten auszunützen und die Grundzahlen zu liefern, auf die die wirtschaftlichen Mobilmachungspläne aufgebaut und ausgearbeitet werden können. Erst wenn auch diese Pläne (Finanz-, Finanzkredit-, Anbau-, Einfuhr-, Fabrikations-, Verteilungs- und Verpflegungsplan) wohlgeordnet und stetig nachgeführt, neben den militärischen ruhen, dürfen wir uns vor unserem eigenen Gewissen zugestehen, dass wir für eine ausdauernde Landesverteidigung so gut gerüstet sind, als es von einem Lande unserer besonderen geographischen und politischen Eigenart erwartet werden kann.“

Wir sind der Auffassung, dass wir uns nicht fatalistisch gegenüber dem Wirtschaftsgeschehen einstellen dürfen, sondern von Staates wegen in die Wirtschaft eingreifen müssen, um jedem Arbeit und Brot zu verschaffen. Wir wehren uns damit gegen die Auffassung, dass die Krise der Ausfluss einer unabänderlichen Gesetzmässigkeit sei. Herr Bundesrat Schulthess ist „Marxist“ geworden nach seinen Feststellungen sowohl in der Botschaft wie in der Aarauer Rede, wenn er davon spricht, dass die Wirtschaft von einer höheren Macht geleitet werde. Vielleicht sagt er uns auch einmal, wer diese höhere Macht ist: vielleicht die Herren von der Kreditanstalt oder vom Schweizerischen Bankverein? Sollen wir dieser höheren Macht gegenüber fatalistisch die Hände in den Schoss legen und abwarten, was sie gütigst uns alles zumutet? Aber was ist dann mit der Selbstverantwortung des einzelnen Menschen? In welchen Widerspruch begibt sich damit die Botschaft, wenn sie, nachdem sie die höhere Macht angerufen hat, von der Verantwortung des einzelnen Menschen spricht! Wie kann der Einzelne primär für seine Existenz sorgen, wenn die höhere Macht, die Notwendigkeit oder Gesetzmässigkeit, nach Spitteler Ananke, unser Wirtschaftsleben leitet? Entweder gilt die höhere Macht oder die Verantwortung des Einzelnen.

Der Präsident des Direktoriums der Nationalbank hat kürzlich an der Generalversammlung der Aktionäre eine Rede gehalten und darin offen zugegeben, worum es in der Tat bei der Bestimmung des Wirtschaftskurses in unserem Lande geht: „Schon jetzt bestehen zwischen den einzelnen Wirtschaftsgruppen und Interessentenkreisen in jedem einzelnen Lande Spannungen. Da aber eine internationale Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn die Vertragspartner sich gegenseitig Konzessionen einräumen, werden durch solche Konzessionen die Gegensätze im Inlande unter Umständen verschärft. Die wirtschaftliche Annäherung der Goldblockländer ist deshalb nicht nur ein internationales, sondern in ebenso hohem Masse ein nationales Problem. Namentlich in der Schweiz, deren Wirtschaftspolitik die Resultante aus dem Kräftespiel der politischen Parteien und der Wirtschaftsverbände darstellt,

wobei infolge des demokratischen Grundprinzips das Mitspracherecht und die Einflussnahme des Einzelnen sich auswirkt, prallen die Gegensätze hart aufeinander. Es wird keine leichte Aufgabe für die Landesbehörden sein, eine diese verschiedenen Begehren berücksichtigende Lösung zu finden.“

Der Bundesrat hat durch die Botschaft zur Kriseninitiative in diesem Interessenkampfe Stellung genommen. Er steht auf der Seite der Freunde des Abbaues. Er hat damit die Unterstützung der Neuen Zürcher Zeitung, der Basler Nachrichten, der Herren von der Bank und der Grossindustrie gefunden. Das Volk ist aber anderer Meinung als der Bundesrat. Darum fürchtet Herr Bundesrat Schulthess die Volksabstimmungen in Wirtschaftsfragen. Er hat das in seiner Aarauer Rede offen zugegeben. „Wir haben aus Notrecht gehandelt, das bestehen muss und sollten wir es aus den Sternen holen müssen. Jedermann anerkennt schliesslich diese Notwendigkeit und Sie werden auch verstehen, dass in diesen erregten Zeiten Volksabstimmungen über solche Dinge kaum Platz finden.“ Die Kriseninitiative gibt dem Volke Gelegenheit, die Wirtschaftspolitik unseres Landes weitgehend zu bestimmen. Das Volk wird seinen Entscheid eindeutig fällen, wird damit zugleich aber auch erklären, dass in Bern andere ans Steuerruder der Regierung kommen müssen, die den Mut und Willen besitzen, dem Schweizervolk wieder Arbeit und Brot zu sichern.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 27. März 1935 Séance du 27 mars 1935, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. Schüpbach.

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 1 hiavor. — Voir page 1 ci-devant.

Gegenvorschlag

(Saxer, Bürki, Flückiger, Hardmeier, Hunziker, Joss, Meyer-Pratteln, Muheim, Pfister-St. Gallen, Scherer-Basel, Schirmer, Tschudy, Tschumi)

vom 25. März 1935:

Art. 3 (neu).

Dem Volke und den Ständen wird die Annahme des nachstehenden Gegenvorschlages beantragt:

A. Der Bundesverfassung wird folgender Artikel beigefügt:

1. Der Bund trifft die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrisis notwendigen Massnahmen.

Diese Massnahmen haben zum Ziel, die notleidenden Volksschichten und Wirtschaftsgruppen vor den Folgen der Wirtschaftskrisis zu schützen.

2. Der Bund sorgt zu diesem Zwecke insbesondere für:

- a) Förderung des Gewerbes mit dem Ziel, die Vernichtung mittelständischer Schichten zu verhindern; Schutz vor Preiszerfall.
- b) Förderung der Landwirtschaft mit dem Ziel der Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien auf ihren Heimwesen; Schutz landwirtschaftlicher Betriebe vor unverschuldeter Not und Schutz vor Preiszerfall.
- c) Schutz der Arbeit mit dem Ziel der Erhaltung eines tüchtigen Arbeitnehmerstandes; Schutz vor dem Zerfall der Löhne; Schutz der Heimarbeit; Förderung der Arbeitsbeschaffung; Ordnung des Arbeitsnachweises; einheitliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe.
- d) Förderung der Exportwirtschaft; Stützung notleidender Industrien; Förderung der Einführung neuer Industrien.
- e) Schaffung einer Preiskontrolle und einer staatlichen Aufsicht über Kartelle und Trusts.

3. Der Bund wird zur Erfüllung dieser Aufgaben die Wirtschaftsverbände heranziehen. Die Bundesgesetzgebung bestimmt Umfang und Form dieser Mitwirkung sowie die der Kantone beim Vollzug.

Der Bund schafft einen Wirtschaftsrat, dessen Bildung und Befugnisse durch die Gesetzgebung bestimmt werden.

4. Der Grundsatz der Handels- und Gewerbe-freiheit wird durch die Bundesgesetzgebung inso- weit beschränkt, als es zur Durchführung dieser Massnahmen erforderlich ist.

5. Dem Bundesrat werden zur Durchführung dieser Massnahmen die notwendigen Kredite durch die Bundesversammlung zur Verfügung gestellt.

6. Der Bundesrat erstattet der Bundesver- sammlung jährlich einen Bericht über die getrof- fenen Massnahmen.

B. Dieser Verfassungsartikel bleibt während der Zeit von fünf Jahren vom Tage seiner Annahme hinweg in Kraft. Die Gültigkeitsdauer kann durch Beschluss der Bundesversammlung höchstens um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Contre-projet

(Saxer, Bürki, Flückiger, Hardmeier, Hunziker, Joss, Meyer-Pratteln, Muheim, Pfister-St. Gallen, Scherer-Basel, Schirmer, Tschudy, Tschumi)

du 25 mars 1935:

Art. 3 (nouveau).

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux Etats l'adoption du contre-projet suivant:

A. La constitution fédérale est complétée par l'article suivant:

1. La Confédération prend les mesures néces- saires pour combattre la crise.

Ces mesures ont pour but de protéger contre les conséquences de la crise les classes de la popu- lation et les groupes économiques en difficulté.

2. A cet effet la Confédération veille:

- a) à encourager les arts et métiers en vue d'em- pêcher l'écrasement des classes moyennes; à empêcher l'effondrement des prix;

Kriseninitiative. Begutachtung.

Initiative de crise. Préavis.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	3223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.03.1935
Date	
Data	
Seite	1-26
Page	
Pagina	
Ref. No	20 031 821

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

wobei infolge des demokratischen Grundprinzips das Mitspracherecht und die Einflussnahme des Einzelnen sich auswirkt, prallen die Gegensätze hart aufeinander. Es wird keine leichte Aufgabe für die Landesbehörden sein, eine diese verschiedenen Begehren berücksichtigende Lösung zu finden.“

Der Bundesrat hat durch die Botschaft zur Kriseninitiative in diesem Interessenkampfe Stellung genommen. Er steht auf der Seite der Freunde des Abbaues. Er hat damit die Unterstützung der Neuen Zürcher Zeitung, der Basler Nachrichten, der Herren von der Bank und der Grossindustrie gefunden. Das Volk ist aber anderer Meinung als der Bundesrat. Darum fürchtet Herr Bundesrat Schulthess die Volksabstimmungen in Wirtschaftsfragen. Er hat das in seiner Aarauer Rede offen zugegeben. „Wir haben aus Notrecht gehandelt, das bestehen muss und sollten wir es aus den Sternen holen müssen. Jedermann anerkennt schliesslich diese Notwendigkeit und Sie werden auch verstehen, dass in diesen erregten Zeiten Volksabstimmungen über solche Dinge kaum Platz finden.“ Die Kriseninitiative gibt dem Volke Gelegenheit, die Wirtschaftspolitik unseres Landes weitgehend zu bestimmen. Das Volk wird seinen Entscheid eindeutig fällen, wird damit zugleich aber auch erklären, dass in Bern andere ans Steuerruder der Regierung kommen müssen, die den Mut und Willen besitzen, dem Schweizervolk wieder Arbeit und Brot zu sichern.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 27. März 1935 Séance du 27 mars 1935, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. Schüpbach.

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 1 hiavor. — Voir page 1 ci-devant.

Gegenvorschlag

(Saxer, Bürki, Flückiger, Hardmeier, Hunziker, Joss, Meyer-Pratteln, Muheim, Pfister-St. Gallen, Scherer-Basel, Schirmer, Tschudy, Tschumi)

vom 25. März 1935:

Art. 3 (neu).

Dem Volke und den Ständen wird die Annahme des nachstehenden Gegenvorschlages beantragt:

A. Der Bundesverfassung wird folgender Artikel beigefügt:

1. Der Bund trifft die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrisis notwendigen Massnahmen.

Diese Massnahmen haben zum Ziel, die notleidenden Volksschichten und Wirtschaftsgruppen vor den Folgen der Wirtschaftskrisis zu schützen.

2. Der Bund sorgt zu diesem Zwecke insbesondere für:

- a) Förderung des Gewerbes mit dem Ziel, die Vernichtung mittelständischer Schichten zu verhindern; Schutz vor Preiszerfall.
- b) Förderung der Landwirtschaft mit dem Ziel der Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien auf ihren Heimwesen; Schutz landwirtschaftlicher Betriebe vor unverschuldeter Not und Schutz vor Preiszerfall.
- c) Schutz der Arbeit mit dem Ziel der Erhaltung eines tüchtigen Arbeitnehmerstandes; Schutz vor dem Zerfall der Löhne; Schutz der Heimarbeit; Förderung der Arbeitsbeschaffung; Ordnung des Arbeitsnachweises; einheitliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe.
- d) Förderung der Exportwirtschaft; Stützung notleidender Industrien; Förderung der Einführung neuer Industrien.
- e) Schaffung einer Preiskontrolle und einer staatlichen Aufsicht über Kartelle und Trusts.

3. Der Bund wird zur Erfüllung dieser Aufgaben die Wirtschaftsverbände heranziehen. Die Bundesgesetzgebung bestimmt Umfang und Form dieser Mitwirkung sowie die der Kantone beim Vollzug.

Der Bund schafft einen Wirtschaftsrat, dessen Bildung und Befugnisse durch die Gesetzgebung bestimmt werden.

4. Der Grundsatz der Handels- und Gewerbe-freiheit wird durch die Bundesgesetzgebung inso- weit beschränkt, als es zur Durchführung dieser Massnahmen erforderlich ist.

5. Dem Bundesrat werden zur Durchführung dieser Massnahmen die notwendigen Kredite durch die Bundesversammlung zur Verfügung gestellt.

6. Der Bundesrat erstattet der Bundesver- sammlung jährlich einen Bericht über die getrof- fenen Massnahmen.

B. Dieser Verfassungsartikel bleibt während der Zeit von fünf Jahren vom Tage seiner Annahme hinweg in Kraft. Die Gültigkeitsdauer kann durch Beschluss der Bundesversammlung höchstens um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Contre-projet

(Saxer, Bürki, Flückiger, Hardmeier, Hunziker, Joss, Meyer-Pratteln, Muheim, Pfister-St. Gallen, Scherer-Basel, Schirmer, Tschudy, Tschumi)

du 25 mars 1935:

Art. 3 (nouveau).

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux Etats l'adoption du contre-projet suivant:

A. La constitution fédérale est complétée par l'article suivant:

1. La Confédération prend les mesures néces- saires pour combattre la crise.

Ces mesures ont pour but de protéger contre les conséquences de la crise les classes de la popu- lation et les groupes économiques en difficulté.

2. A cet effet la Confédération veille:

- a) à encourager les arts et métiers en vue d'em- pêcher l'écrasement des classes moyennes; à empêcher l'effondrement des prix;

- b) à encourager l'agriculture en vue de maintenir sur leur domaine les familles capables de paysans et de fermiers; à protéger les exploitations agricoles contre la détresse involontaire et contre l'effondrement des prix;
- c) à protéger le travail en vue de conserver une classe ouvrière capable; à empêcher l'effondrement des salaires; à protéger le travail à domicile; à encourager la création de possibilités de travail; à régler le service de placement; à régler d'une manière uniforme l'assurance-chômage et l'aide de crise.
- d) à encourager l'exportation; à fortifier les industries en difficulté; à favoriser l'introduction de nouvelles industries;
- e) à instituer un contrôle des prix et une surveillance officielle des cartels et des trusts.

3. En vue de l'exécution de ces tâches, la Confédération consultera les associations économiques. La législation fédérale détermine l'étendue et la forme de la collaboration de ces dernières, ainsi que de celle des cantons, aux mesures d'exécution.

La Confédération crée un conseil économique, dont la constitution et les attributions seront déterminées par la législation.

4. La liberté du commerce et de l'industrie est restreinte par la législation fédérale dans la mesure où l'exige l'exécution des mesures susmentionnées.

5. L'Assemblée fédérale met à la disposition du Conseil fédéral les crédits nécessaires à l'exécution de ces mesures.

6. Le Conseil fédéral fait rapport chaque année à l'Assemblée fédérale sur les mesures prises.

B. Le présent article est valable pour une période de cinq ans à partir du jour de son adoption. La durée de validité peut être prolongée d'une nouvelle période de cinq ans au plus par un arrêté de l'Assemblée fédérale.

Saxer: Als in der Märzsession 1894 im Nationalrat die Volksinitiative betreffend das Recht auf Arbeit besprochen wurde, sagte der damalige Referent der nationalrätlichen Kommission, Herr Stockmar, folgendes: „En tout cas, lorsque 50.000 citoyens proposent une modification constitutionnelle, l'Assemblée fédérale ne peut pas traiter cette manifestation à la légère. Quel que soit son sentiment sur l'objet de la proposition, et alors même qu'elle le considère comme utopique et irréalisable, on peut même dire que plus une proposition d'initiative est chimérique plus elle mérite d'être étudiée attentivement, car elle est l'indice d'un courant d'opinion qu'il faut suivre de près pour éviter les surprises.“

Das Initiativbegehren, mit dem wir es heute zu tun haben, ist nicht von 50,000, sondern von 375,000 stimmberechtigten Bürgern unterzeichnet worden, ein Umstand, der unserem Rat eindrucklich dartun sollte, dass wir es hier nicht mit einer kleinen Sache, sondern mit einer bedeutungsvollen Aktion zu tun haben, oder um mit den Worten des Herrn Stockmar zu reden, mit einem „courant d'opinion qu'il faut suivre de près pour éviter les surprises“. Die Analogie der heute zur Diskussion stehenden Initiative mit derjenigen vom Jahre 1894 ist frappant. Die beiden Initiativen gleichen sich nicht nur geistig, sondern die Analogie geht

bis zum Wortlaut des Initiativbegehrens. Im Jahre 1894 verlangte die Initiative „das Recht auf ausreichende lohnende Arbeit“, das jedem Schweizerbürger gewährleistet sein sollte. Als praktische Postulate führte damals das Initiativbegehren folgende an: „Insbesondere sollen Bestimmungen getroffen werden: a. zum Zwecke genügender Fürsorge für Arbeitslosigkeit, namentlich durch eine auf möglichst viele Gewerbe und Berufe sich erstreckende Verkürzung der Arbeitszeit; b. für wirksamen und unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweis gestützt auf die Fachorganisationen der Arbeiter; c. für Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen ungerechtfertigte Entlassung und Arbeitsentziehung; d. für sichere und ausreichende Unterstützung unverschuldet ganz oder teilweise Arbeitsloser, sei es auf dem Wege der öffentlichen Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, sei es durch die Unterstützung privater Versicherungsinstitutionen der Arbeiter aus öffentlichen Mitteln; e. für praktischen Schutz der Vereinsfreiheit, insbesondere für ungehinderte Bildung von Arbeiterverbänden zur Wahrung der Interessen der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für ungehinderten Beitritt zu solchen Verbänden, und endlich f. für Begründung und Sicherung einer öffentlichen Rechtstellung der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für demokratische Organisation der Arbeit in den Fabriken und ähnlichen Geschäften, vorab des Staates und der Gemeinden.“

Wir sehen, wir haben es hier zum Teil wörtlich mit den gleichen Postulaten zu tun. Ist somit der Unterschied zwischen den beiden Initiativbegehren grundsätzlich und praktisch kein grosser, so ist leider der Unterschied hinsichtlich der volkswirtschaftlichen und sozialen Lage von heute und vor 40 Jahren ein ganz gewaltiger. Drei volle Tage dauerte im Jahre 1894 die Debatte über die Initiative in bezug auf das Recht der Arbeit, und dort sucht man bezeichnenderweise in jenen vielen Reden vergeblich nach einlässlichen Angaben und Erörterungen über das Problem der Arbeitslosigkeit. Die Beispiele wurden zum Teil sogar aus dem Auslande geholt. Einzig der damalige St. Galler Abgeordnete, Herr Scherrer-Fülleemann, sprach in allgemeiner Form davon, „dass die Arbeitslosigkeit bei uns, namentlich in den Städten und in den grösseren Industriebezirken, immer stärkere Ausdehnung annimmt und naturgemäss annehmen muss.“

Waren die Erörterungen im Jahre 1894 auf einen mehr akademischen Ton gestimmt, so müssen wir die Diskussion über die neue Initiative in bezug auf das Recht auf Arbeit, wie ich die Kriseninitiative nennen möchte, in einer Zeit führen, deren Signatur geradezu das Problem der Arbeitslosigkeit ist, einer Zeit, von der der bekannte Konjunkturforscher, Prof. Wagemann, sagt, dass „seit dem Dreissigjährigen Krieg in Europa nicht so schwere Verwüstungen angerichtet worden sind wie durch diese Krise, die mitten im Frieden bei überreichen Ernten und bei höchstentfalteten technischen Leistungen Armut und Elend über das ganze Erdenrund gebracht hat.“ Und wenn das Volksbegehren im Jahre 1894, wie dies der Herr Referent der Kommission erwähnt hat, nur 74,880 annehmende gegenüber 308,298 verwerfenden Stim-

men aufwies, so dürften sich allerdings auf Grund der heute grundlegend veränderten Situation für dieses Initiativbegehren ganz andere Zahlen ergeben. Es ist klar, dass einem Initiativbegehren wie dem vorliegenden unter den heutigen Verhältnissen eine ungleich grössere Bedeutung zukommt. Zehntausende von Arbeitslosen mit ihren Familien erwarten von ihm mehr Arbeit. Zehntausende von bedrängten Bauern und Gewerbetreibenden erwarten von ihm Erleichterung ihrer Lage. Ganze Landesgegenden, die seit Jahren unter einer zermürbenden Krise zu leiden haben, erwarten von ihr wenigstens ein Aufhalten dieses weitern Schrumpfungprozesses. Schuldnerkreise, deren Lasten unerträglich zu werden drohen, erwarten Erleichterung oder wenigstens Erträglichermachung ihrer Lage. Es ist klar, dass unter solchen äussern Umständen der Art der Behandlung eines Initiativbegehrens wie des vorliegenden eine sehr grosse, ja sogar entscheidende Bedeutung zukommt. Namentlich sind in diesem Zusammenhang nicht nur rein rationale und volkswirtschaftliche, sondern vor allem auch volkpsychologische Gründe mit in Berücksichtigung zu ziehen.

Der Bundesrat kommt nun auf Grund seiner über 70 Seiten starken Botschaft zum lapidaren Schluss: „Dem Volke und den Ständen wird die Verwerfung des Initiativbegehrens beantragt.“ Ist diese Stellungnahme richtig? Das ist die Frage, die wir zu beantworten haben. Der Bundesrat geht in seiner ablehnenden Stellungnahme vorab aus von grundsätzlichen Erwägungen über das Verhältnis von Individuum und Staat. Die Verwirklichung der Initiative führe, so sagt er, zu einer „sozialistischen Gestaltung der Wirtschaft“. Das Volksbegehren wolle „dem Einzelnen durch den Staat die Sicherung einer ausreichenden Existenz bieten, die Funktion des Staates trete also grundsätzlich an die Stelle des individuellen Strebens und schwäche dadurch dieses sowohl als das Verantwortungsbewusstsein des einzelnen Menschen.“ Daher charakterisiere sich, so sagt der Bundesrat, das Initiativbegehren als rein sozialistisch. Es handle sich, sagt er, bei dieser Abstimmung „um einen grundsätzlichen Entscheid des Schweizervolkes von grösster Tragweite, weshalb auch der Bundesrat mit aller Klarheit, ohne einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, auf dem Boden einer entschiedenen Ablehnung steht.“ Ist es richtig, sich auf diesen grundsätzlichen Boden zu stellen, und von hier aus alles abzulehnen? Wir glauben kaum. Wer sind die Unterzeichner der Initiative? Sind wirklich alles Sozialisten? Ich halte dafür, dass wahrscheinlich nicht viel mehr als die starke Hälfte zu dieser Richtung gehören, die übrigen sind gute Bürgerliche, notleidende Bauern, Gewerbetreibende, Arbeiter, Angestellte, aus allen bürgerlichen Lagern. Schon dieser eine Umstand muss uns zu denken geben und sollte uns nachdenklich stimmen und uns sagen, dass wir es offenbar mit einer Stimmung zu tun haben, die in weite bürgerliche Kreise hineingeht. Dies zu verkennen oder auf die leichte Achsel nehmen, wäre meines Erachtens ein geradezu verhängnisvoller Fehler. So wichtig an sich grundsätzliche Ueberlegungen sind, so wenig kann man in typischen Notzeiten, die zugleich alle Anzeichen von

Sturm und Drang in sich tragen, gegen vielleicht unklar empfundene, aber nichtsdestoweniger unheimlich reale praktische Bedürfnisse und Forderungen aufkommen. Nichts ist deshalb gefährlicher, als in solchen Zeiten einem so umfassenden Volksbegehren mit einer glatten Ablehnung gegenüberstehen zu wollen. Ich gebe die Gefühle weiter Kreise, die dem Initiativbegehren bei seiner Entscheidung ferngestanden haben, wieder, wenn ich sage, dass die glatte Ablehnung desselben einfach nicht befriedigen kann. Auch wenn man der Ansicht des Bundesrates beipflichtet, dass die Initiative in ihrer vorliegenden Fassung eine gewisse sozialistische Tendenz enthält oder wenigstens nach dieser Richtung führen kann, versteht man die Logik nicht, dass deshalb auch auf einen Gegenvorschlag verzichtet wird. Ist es auch an sich verständlich, dass der Bundesrat gegenüber einzelnen Bestimmungen grundsätzliche Bedenken erhebt, so ist es nicht verständlich, dass er überhaupt keinen Gegenvorschlag macht, der die gerügten grundsätzlichen Bedenken nicht enthält. Ich hatte in der letzten Zeit Gelegenheit, mit ganz verschiedenen Gruppen politischer Kreise und Erneuerungsbewegungen über die Kriseninitiative zu sprechen und überall war ein grosses Unbehagen über die unbefriedigende Situation in der Frage der Kriseninitiative festzustellen und wo immer die Frage des Gegenvorschlages angetönt wurde, erklärte man mir, es würde wie eine Erlösung wirken, wenn eine tragbare Formel gefunden werden könnte.

Einen typischen Ausdruck haben diese Gefühle jüngst auch gefunden im christlich-sozialen „Gewerkschafter“, in welchem der Leiter des christlich-sozialen Gewerkschaftsbundes der Schweiz bezeichnenderweise schrieb: „Es gibt Kreise, die stellen sich die ganze Abstimmungsaktion sehr einfach vor. Sie glauben, es genüge, wenn man die Parole zum Nein-Stimmen ausbebe und die betreffenden Kreise und deren Organe genügend Druckerschwärze aufwenden. So einfach sind aber diesmal die Dinge nicht. Alle jene Unzähligen, die heute in irgend einer Weise in einer wirtschaftlichen Notlage sich befinden, und das sind sehr viele im Bauernstande, im Gewerbebestande, dann bei den Arbeitern und Angestellten, und denen die Kriseninitiative Hilfe in Aussicht stellt, die werden die Gegner fragen: Ja, was bietet ihr uns denn? Mit einer rein negativen, verneinenden Parole wird diese Schlacht nicht gewonnen.“ Sehr beachtenswert ist nach dieser Richtung auch ein Satz einer Eingabe der Erneuerungsbewegung „Neue Schweiz“, die unserem Rat gestern zugegangen ist. In dieser Eingabe heisst es: „Wir bedauern ausserordentlich, feststellen zu müssen, dass nach den Beschlüssen der Kommissionen Ihrer Räte die Abstimmung über die Kriseninitiative sich zu einer gewaltigen Machtprobe auszuwachsen droht. Dies ist deswegen in jedem Fall, wie auch der Entscheid ausfallen möge, für unser Land verhängnisvoll, weil es dasselbe in zwei grosse feindliche Lager aufspaltet, währenddem die Schwierigkeiten unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage nur durch Einigkeit eines starken und opferwilligen Volkes überwunden werden können. Die in weiten Kreisen unseres Volkes wachsende Notlage wird im Abstimmungskampf grosse Teile des

Gewerbes, der Landwirtschaft, der national gesinnten Arbeiter und Angestellten dazu führen, sich trotz der ablehnenden Haltung der Bundesbehörden für die Kriseninitiative zu entscheiden, wenn dieser kein positiver Gegenvorschlag entgegengestellt wird.“

Ich darf wohl noch zum Schlusse die Stimmung aus unseren eigenen Verbandskreisen anführen. Ich habe am letzten Samstag in unserer Sektion St. Gallen des Freien Arbeiterverbandes über die Kriseninitiative gesprochen und dabei ihre grundsätzlichen und volkswirtschaftlichen Gefahren eindringlich dargelegt. Trotzdem war es geradezu erstaunlich, dass in diesem, im Gegensatz zum Sozialismus gewachsenen Verbände eine deutliche Stimmung zu Gunsten der Kriseninitiative vorhanden war. Neuestens hat sich auch, wie Sie der Presse entnehmen können, die jungliberale Bewegung der Schweiz zu Gunsten eines Gegenvorschlages ausgesprochen. So deuten alle Anzeichen dafür, dass die Aufstellung eines Gegenvorschlages eine unumgängliche staatspolitische Notwendigkeit ist, wenn wir nicht weite Kreise unseres bürgerlichen Volkes geradezu zwingen wollen, die Initiative trotz ihrer grundsätzlichen, formellen und materiellen Mängel zu unterstützen. Es ist meine vollendete Ueberzeugung, dass weite Kreise unseres Volkes, auch wenn angesehene politische Führer die Initiative bekämpfen werden, diesen die Gefolgschaft versagen werden. Dies gilt namentlich für jene Teile unseres Landes, die seit Jahren unter einer schweren Krise zu leiden haben und die jedes Mittel begrüßen, um aus diesem zermürbenden Absterbeprozess herauszukommen. Ich habe es aus allen diesen Gründen als meine moralische und politische Pflicht betrachtet, einen Gegenvorschlag aufzustellen, um damit den letzten Versuch zu unternehmen, weite Kreise unseres stimmberechtigten Volkes aus einem schweren Gewissenskonflikt zu befreien. Es muss ja offen zugegeben werden, dass diese Initiative, so wie sie vorliegt, unbestreitbare Mängel aufweist. Es haftet ihr deutlich der Stempel der Improvisation an. Dazu kommt, dass die Initiative ein eigentümliches Gemisch von Krisenforderungen und solchen Postulaten enthält, die nur einen Sinn haben, sofern sie ausführbar sind, wenn ihnen Dauercharakter gegeben würde. Einzelne Forderungen sind offensichtlich utopischer Natur und können offenbar aus finanziellen oder volkswirtschaftlichen Gründen gar nicht ausgeführt werden. Gegenüber einzelnen Sätzen der Initiative kann man das sagen, was Herr Scherrer-Füllemann im Jahre 1894 gegenüber der Initiative in bezug auf das Recht auf Arbeit ausführte. „Wenn“, sagte er damals, „wider Erwarten diese Initiative durchdringen würde, so hätten wir nachher nach meiner Ueberzeugung lediglich eine Phrase mehr in der Bundesverfassung, aber weiter nichts.“

Die Initiative hat aber auch einen schweren verfassungsrechtlichen Mangel. Sie schafft eine Wirtschaftsdiktatur des Parlamentes. Ich könnte mich nicht entschliessen, einer solchen zuzustimmen und halte auch dafür, dass eine solche in der heutigen Situation keinem praktischen Bedürfnis entspricht. Wir müssen uns gerade in der heutigen Zeit streng davor hüten, in irgend einer Form den

Weg der Diktatur zu beschreiten. Schon die grosse Zahl dringlicher Bundesbeschlüsse, die wir zu fassen gezwungen waren, sind ein notwendiges Uebel. Gerade von der Linken ist nach dieser Richtung, zu einem Teil nicht mit Unrecht, heftige Kritik geübt worden. So kühn die Initiative im allgemeinen zu Werke geht, so unzulänglich und einseitig ist sie in ihrem Krisenbekämpfungsprogramm. Sie stellt ganz einseitig das Preis- und Lohnproblem in den Mittelpunkt und vernachlässigt dabei wichtige Gebiete der Krisenpolitik. So kamen verfassungsrechtliche Bestimmungen zustande, die durchaus unzulänglich und zum Teil zu eng sind. Die Kritik, die die bundesrätliche Botschaft nach dieser Richtung am Initiativbegehren übt, muss als durchaus berechtigt bezeichnet werden.

So führten mich nicht nur allgemein politische Erwägungen zur Aufstellung eines Gegenvorschlages, sondern auch verschiedene offensichtliche Mängel der Initiative selbst. Damit war der Weg zur Aufstellung eines Gegenvorschlages klar aufgezeichnet: Ausscheiden aller offensichtlich zu weitgehenden oder ganz utopischen Forderungen, Aufnahme derselben in einer tragbaren und volkswirtschaftlich durchführbaren Form; dagegen Ergänzung und Erweiterung des Textes dort, wo die Initiative zu eng oder zu wenig weitgehend formuliert hatte; ferner Aufnahme aller praktischen Postulate der Initiative, soweit sie nicht inzwischen durch andere Gesetze als überholt bezeichnet werden können, wie z. B. das Postulat betreffend Kontrolle des Kapitalexportes, das durch das schweizerische Bankengesetz zur Zufriedenheit geregelt worden ist. So will der Gegenvorschlag ein Werk der Verständigung sein, das an das Realisierbare, auf jeden Fall Verantwortbare anknüpft.

Gestatten Sie mir einige Ausführungen zum Text des Gegenvorschlages.

Dabei bin ich mir voll und ganz bewusst, dass, wenn der Gedanke des Gegenvorschlages prinzipiell durchdringt, über die Formulierung im einzelnen noch gesprochen werden muss. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel hat ebenfalls im Prinzip den Charakter eines Krisenartikels. Dieser Charakter geht aus dem Punkte 1 des Gegenvorschlages hervor. Auch die beschränkte Gültigkeitsdauer weist darauf hin. Es scheint mir mit den Initianten richtig zu sein, in dieser etwas unabgeklärten Zeit nicht dauerndes Verfassungsrecht zu schaffen. Es sollte möglich sein, dass in einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren die Frage der Partial- oder Totalrevision unserer Bundesverfassung so weit abgeklärt ist, dass dannzumal das Brauchbare des Krisenrechtes in dauerndes Verfassungsrecht übergeleitet werden kann. Wir schaffen auf diese Weise eine reichliche Probefrist, in welcher sich das Brauchbare vom Unbrauchbaren von selber wird ausscheiden lassen.

In der Formulierung der einzelnen Punkte wurde Sorge dafür getragen, dass alle Massnahmen, die bisher auf den einzelnen Gebieten in Verletzung der Verfassung durchgeführt wurden, ihre verfassungsrechtliche Grundlage erhalten. Dieses Vorgehen findet wohl seine stärkste Stütze in der bundesrätlichen Botschaft selbst. Es ist uns beim Studium derselben geradezu aufge-

fallen, an wie zahlreichen Stellen der Bundesrat selbst die Schaffung einer verfassungsmässigen Grundlage als wünschenswert, ja als notwendig bezeichnet. Immer wieder fragten wir uns, warum der Bundesrat die Konsequenz nicht ziehe, selbst einen tragbaren Gegenvorschlag auf Grund seiner eigenen Erkenntnis zahlreicher verfassungsrechtlicher Lücken auszuarbeiten! Zum Belege dieser Behauptung nur einige Beweise: Auf Seite 39 der Botschaft erklärt der Bundesrat, dass es wünschbar wäre, eine verfassungsrechtliche Bestimmung betreffend den Arbeitsnachweis zu schaffen. Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement habe deshalb im Entwurf zu einem neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung die Nennung des Arbeitsnachweises vorgesehen und einheitliche Vorschriften auf diesem Gebiete ins Auge gefasst. Auf Seite 41 der Botschaft wird darauf hingewiesen, dass die Schaffung einer verfassungsmässigen Grundlage für die Kredithilfe für notleidende Bauern erwünscht wäre. Für die Bundeshilfe zu Gunsten der Landwirtschaft, sagt die Botschaft, fehle allgemein eine verfassungsmässige Grundlage. Der Bundesrat erklärt aber mit Recht, dass hiefür die Fassung der Initiative zu eng sei. Es wäre dagegen angebracht, sagt er, einen Artikel, welcher die „Förderung der Landwirtschaft“ allgemein vorsieht, in die Verfassung aufzunehmen. Auf Seite 42/43 erklärt der Bundesrat hinsichtlich des Gewerbes folgendes: „Eine Ergänzung der Bundesverfassung, welche „die Förderung des Gewerbes“, unter dem wir Gewerbe und Kleinhandel verstehen, vorsieht, wäre übrigens wie für die Landwirtschaft und die übrigen Wirtschaftszweige wünschenswert.“ Der Bundesrat kritisiert auch hier mit Recht die zu enge Fassung der Initiative, die lediglich „die Entlastung unverschuldet in Not geratener Betriebe“ vorsieht. Der Bundesrat verlangt auch hier mit Recht, dass eine weitere Fassung gesucht werden müsse, um auch weitere Massnahmen zu ermöglichen. Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung erklärt der Bundesrat auf Seite 44 der Botschaft: „Man kann sicherlich der Ansicht sein, dass die Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung verstärkt und dass der Bund ermächtigt werden sollte, nicht nur ein Gesetz zur Unterstützung der Arbeitslosenversicherungskassen zu erlassen, sondern diese ganze Materie insbesondere auch hinsichtlich der Beiträge und der Aufbringung der Mittel und der Höhe der Unterstützungen, einheitlich zu regeln.“ Auf Seite 52 erklärt der Bundesrat, dass er den Gedanken einer vernünftigen Kartellkontrolle nicht ablehne. Auf Seite 53 sagt er hinsichtlich des Grundsatzes der Handels- und Gewerbefreiheit: „Grundsätzlich und für sich allein betrachtet wäre auch eine Bestimmung, wie sie die zitierte Ziffer 1 enthält, unseres Erachtens gerechtfertigt.“ „Der Bund kann ja“, so heisst es weiter, „Art. 31 der Bundesverfassung nicht mehr restlos respektieren.“ Alle diese Punkte drängen einem den Gedanken des Gegenvorschlages geradezu auf. Warum nicht, so fragt man sich, wenn in weiten Volkskreisen der Ruf nach einer verfassungsrechtlichen Verankerung der Krisenmassnahmen ertönt, diesem Rufe folgen und eine tragbare

Lösung suchen? Dieser Gedanke wird noch wesentlich verstärkt, wenn man die 12 Postulate am Schlusse der Botschaft des Bundesrates durchgeht. Dort wird die Fortführung und teilweise sogar der Ausbau von Massnahmen angeregt, für die nach den eigenen Worten des Bundesrates die verfassungsrechtliche Grundlage fehlt. So beruht der Gegenvorschlag, den ich mir erlaubt habe, Ihnen zu unterbreiten, auf folgenden Grundlagen:

1. Uebernahme der brauchbaren Teile der Initiative;
2. Schaffung der verfassungsmässigen Grundlage für die Krisenmassnahmen und die Wirtschaftspolitik des Bundesrates;
3. Ausbau des Initiativtextes, wo er sich als zu eng erweist;
4. Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für das am Schluss der Botschaft erwähnte Krisenprogramm des Bundesrates.

Auf dieser Grundlage ist der Text des Gegenvorschlages aufgebaut. Die Initianten werden wahrscheinlich an demselben bemängeln, dass die umfassenden Forderungen nach allgemeiner Existenzsicherung und Garantierung des Preis- und Lohnniveaus darin nicht enthalten sind. An Stelle dieser allgemeinen Formulierung ist der Schutz der Schwachen und Notleidenden getreten. Bei näherem Zusehen werden die Initianten jedoch merken, dass der Gedanke des Schutzes im Gegenvorschlag sehr stark verankert worden ist. Von Bedeutung wird in diesem Zusammenhang namentlich für die Gewerkschafter unter ihnen sein, dass der Gedanke des Schutzes der Arbeit gegenüber dem Initiativtext ganz bedeutend erweitert worden ist. Wenn wir wirklich praktische Arbeit leisten und mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit stehen wollen, so muss man zur Auffassung kommen, dass der Text des Gegenvorschlages vielleicht nüchterner, dafür aber praktisch brauchbarer ist. Der Text des Gegenvorschlages gibt in seinem ersten Punkte dem Bunde die Kompetenz, die für die Krisis notwendigen Massnahmen zu treffen. Diesen Massnahmen wird zum Ziel gesetzt, notleidenden Volksschichten und Wirtschaftsgruppen vor den Folgen der Krise zu schützen. Dieser zweite Absatz baut viel logischer auf dem ersten auf, als die Forderungen im Initiativtexte, der die Sicherung einer ausreichenden Existenz für alle Schweizerbürger fordert, eine Forderung, die, wenn sie überhaupt realisierbar ist, weit über ein blosses Krisenprogramm hinausgeht. Hinsichtlich der einzelnen Massnahmen enthält der Initiativtext abschliessende Normen, während der Gegenvorschlag durch die Formulierung „insbesondere“ die Möglichkeit bieten will, weitere Massnahmen zu treffen.

Bei der Aufzählung einzelner Postulate scheint der Text der Initiative zu wenig streng logisch aufgebaut zu sein. Die Forderungen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen gehen etwas durcheinander. Ich hielt dem gegenüber dafür, dass eine klare Ausscheidung und damit eine bessere und im Sinne der bundesrätlichen Botschaft allgemeinere Formulierung das Richtige sei. So enthält der Gegenvorschlag einen klaren, über den Text der Initiative hinausgehenden Gewerbe-

artikel, in welchem bereits alle getroffenen, weiter auszubauenden, oder neu zu ergreifenden Massnahmen ihre verfassungsrechtliche Stütze finden. Der Gegenvorschlag enthält in gleicher Weise einen klaren Landwirtschaftsartikel, der ebenfalls über den Text der Initiative hinausgeht und im Sinne der bundesrätlichen Botschaft die „Forderung der Landwirtschaft“ allgemein vorsieht. Ganz besonders umfassend ist im Gegenvorschlag der Schutz der Arbeit geregelt. Während sich der Initiativtext auf den Lohnschutz, die Arbeitsbeschaffung, die Ordnung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung beschränkt, geht der Gegenentwurf darüber hinaus und fordert ganz allgemein den Schutz der Arbeit, währenddem die Postulate der Initiative vollinhaltlich, ergänzt durch den Schutz der Heimarbeit, aufgenommen sind. Ein besonderer Mangel im Initiativtext ist sodann der, dass er keine Bestimmungen enthält, die die Exportindustrie betreffen. Diese wird im Initiativtext vielmehr nur in lit. g indirekt erwähnt. Ich halte demgegenüber dafür, dass in einem Krisenartikel die Exportwirtschaft ausdrücklich erwähnt werden muss. Es liegt diese auch in der Linie des bundesrätlichen Krisenprogramms selbst. Ein besonderer Punkt erwähnt sodann im Gegenentwurf die Preiskontrolle und in Anlehnung an den Initiativtext die Aufsicht über Kartelle und Trusts.

Grundsätzliche Unterschiede zum Initiativtext finden sich sodann bei Punkt 3. Nach dem Text der Initiative „kann“ der Bundesrat, sofern er dies will, die Kantone und Wirtschaftsverbände heranziehen. Die bundesrätliche Botschaft kritisiert dieses Fakultativum mit Recht. In unserm Staatswesen, wo die Kantone eine grosse Bedeutung haben und die Wirtschaftsverbände sehr stark ausgebaut sind, können bei einem so wichtigen Verfassungsartikel weder die Kantone noch die Wirtschaftsverbände übergangen werden. Ganz neu ist im Gegenvorschlag die Schaffung des Wirtschaftsrates. Dieses Postulat wird von so vielen Kreisen vertreten, dass es mir richtig scheint, es in den Text des Gegenvorschlages aufzunehmen. Diese Vorschrift betrifft zwar eine Materie, die ihrer Natur nach Dauercharakter haben sollte, ich hielt es aber trotzdem für möglich und wünschbar, den Gedanken des Wirtschaftsrates im Rahmen eines Krisenartikels zu verwirklichen, in der Meinung, dass die Geltungsdauer des Verfassungsartikels hinreichen werde, um hinsichtlich dieser Materie die nötigen Erfahrungen zu sammeln, um sie dann vielleicht bei Anlass der Revision der Bundesverfassung praktisch verwerten zu können. Im Entwurf des Gegenvorschlages wurde sodann die Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit etwas schärfer gefasst. Materiell deckt sich die Bestimmung mit dem Vorschlag der Initiative.

Hinsichtlich der Finanzierung weicht der Gegenvorschlag vom Initiativtext ab, indem er die Finanzierung auf den normalen Weg verweist, währenddem der Initiativtext den missverständlichen Ausdruck der „zusätzlichen Kredite“ und die umstrittenen Prämienobligationen erwähnt. Es scheint mir richtig, keine besondern Finanzierungsvorschriften in den Verfassungstext aufzu-

nehmen, dies um so mehr, als eine grosse Reihe von Punkten bereits in Durchführung begriffen sind. Uebrigens wäre die im Initiativtext zur Finanzierung der Initiative vorgeschlagenen und speziell erwähnten Finanzierungsmassnahmen offenbar ungenügend. Die Berichterstattung an die Bundesversammlung, die der Initiativtext vorsieht, auf jede Session wäre dann nötig, wenn wirklich die Wirtschaftsdiktatur des Parlamentes in Punkt 6 der Initiative angenommen würde. Ueber letztere Bestimmung habe ich mich bereits in ablehnendem Sinne ausgesprochen. Sie ist denn auch im Gegenvorschlag gänzlich fallen gelassen worden.

Präsident: Ich muss den Redner darauf aufmerksam machen, dass die 30 Minuten abgelaufen sind.

Saxer: Ich bin in 5 Minuten fertig.

Präsident: Sie werden einverstanden sein, Herr Saxer die Redezeit zu verlängern, namentlich mit Rücksicht darauf, dass er einen Gegenvorschlag zu begründen hat.

Saxer: Die Gültigkeitsdauer des Verfassungsartikels ist auch im Gegenentwurf genau so nominiert worden wie im Initiativtext.

Soweit nun die Begründung und der wesentliche Inhalt des Gegenvorschlages. Jeder unvoreingenommene Betrachter dieses Problems wird zugeben müssen, dass gewichtige Gründe für die Aufstellung eines tragbaren Gegenvorschlages sprechen. Ich bin fest überzeugt, dass das Volk in dieser hochwichtigen Frage eine positive Einstellung des Parlamentes erwartet. Was wäre die Folge, wenn kein Gegenvorschlag aufgestellt wird? Ich habe bereits einleitend bemerkt, in welcher heiklen Lage viele gut bürgerliche Kreise damit gebracht würden. Ich will nicht weiter darauf eintreten, aber auf eines möchte ich noch hinweisen: wollen wir in dieser schweren Zeit einen Kampf heraufbeschwören, wie wir ihn noch nie erlebt haben, wollen wir das ganze Volk auseinanderreißen, anstatt es durch eine vermittelnde Lösung zusammenzuführen, zu einigen im Kampfe gegen die Krise? Der Entscheid des Volkes in der Kriseninitiative kann ausfallen, wie er will, so ist der Kampf, den diese Abstimmung mit sich bringen wird, für die ganze politische Entwicklung verhängnisvoll und ein ungeheurer Schaden für unser Land. Wenn wir die Lage in der Welt betrachten, so muss uns diese mit grosser Besorgnis erfüllen. Die Lage ist so, dass wir alle Ursache haben, innenpolitisch den Frieden zu bewahren. Ich glaube, dass unsere Landesregierung in erster Linie die gefahrdrohende Lage kennt, in der sich ganz Europa befindet, ich glaube auch, dass sie in dieser Situation nicht anders handeln kann, als die Hand zur Verständigung zu bieten. Ich bin überzeugt, dass auch die Initianten selbst bei näherer Betrachtung der Dinge die Notwendigkeit einer Mittellösung einsehen werden. Man hat wirtschaftliche Fragen noch nie mit doktrinären Formulierungen lösen können, nie wird es möglich sein, wirtschaftliche Schwierigkeiten mit Abstim-

mungen zu beseitigen. Schon dieser eine Punkt wird alle, die mit hinlänglichem Wirklichkeitssinn und gutem Willen ausgestattet sind, veranlassen, gemeinsam einen gesunden Mittelweg zu gehen. Ich schliesse meine Ausführungen mit den Worten, die Herr Bundesrat Schulthess in einem Vortrag über die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der nächsten Jahre, den er im Jahr 1929 gehalten hat, gesprochen hat: „Wir müssen auf dem Boden der Entwicklung Hand bieten zu begründeten Neuerungen und wir können nicht genug warnen vor einer Politik, die in vorübergehendem Verneinen Siege erblickt, die zur Entfremdung grosser Volksteile führen und zu blutigen Niederlagen werden müssen. Ausgleich, Versöhnung, Friede, positive Arbeit im Dienste des ganzen Volkes, die Ablehnung des Klassenkampfes sei unsere Lösung. Die Erhaltung und der Ausbau des fortschrittlichen bürgerlichen Staatswesens sei unser Ziel.“ Ich könnte keine besseren und schöneren Worte zur Begründung meines Gegenvorschlages finden und bitte Sie, diese wahrhaft staatsmännischen Worte durch Annahme des Antrages auf Schaffung eines Gegenvorschlages in die Tat umzusetzen!

Reinhard: Man hat gestern die Kanonen etwas abgedeckt und uns gezeigt, mit was für Argumenten man die Kriseninitiative in Grund und Boden schmettern will. In der Botschaft des Bundesrates wurde schon schüchtern auf den sozialistischen Charakter der Initiative hingewiesen. Herr Abt, der ein ganz besonderer Kenner der sozialdemokratischen Gedankenwelt ist, hat noch einmal den Versuch gemacht, den Nachweis dafür zu liefern, und Herr Walter-Olten hat ungefähr im Ton der Grossmutter, die ihren Kindern das Gruseln beibringen muss durch ihre Märchen vom bösen Wolf und vom Rotkäppchen, dem Rat nachgewiesen, dass wir hier vor einem marxistischen Machwerk, kat' exochen, stehen. Es fällt mir nicht ein, irgendwie zu verschleiern, was wahr, zu bestreiten, was Tatsache ist. Auf die Frage: Ist die Initiative sozialistisch oder nicht, könnte ich nicht glatt Ja oder glatt Nein antworten. Sie ist sicherlich nicht sozialistisch in dem, was sie als materielles Endziel aufstellt. Und wäre es auf uns angekommen, das gestehe ich ganz offen, so wären verschiedene Dinge in der Initiative schärfer gefasst, etliche Sachen noch stärker im Sinne einer kollektiven, planvollen Wirtschaft ausgestaltet worden. Aber wir haben dabei ja nicht mitzureden gehabt. Die Sache war ganz und gar diejenige der Wirtschaftsverbände; ich betrachte es als kein Unglück, dass es so gegangen ist. Aber wenn ich hier betone, sie sei in ihrem Endziel nicht sozialistisch, so will ich Herrn Abt zugestehen, sie ist in der Grundhaltung sozialistisch. Sie ist sozialistisch dort, wo sie den Geist der Brüderlichkeit und der Solidarität wachhält, wo sie die gegenseitige Hilfsbereitschaft des Volkes organisieren will, wo sie sich abkehrt vom brutalen Wirtschaftsegoismus, von der wilden Wirtschafts-anarchie, wo sie eine Ordnung einführen will, wo sie einen Plan in die Wirtschaft hineinbringen will, auch wenn es nicht der Plan der Arbeit ist, über den wir noch einiges zu reden haben werden. Aber wenn das sozialistisch ist, so wage ich zu behaupten, dann sind auch die alten schweizerischen Bundesbriefe sozialistisch ge-

wesen und wenn das sozialistisch ist — das möge sich Herr Walter-Olten merken — dann ist auch das Christentum sozialistisch. Ich bin gar nicht unglücklich, wenn Sie in dieser Situation dem Volke sagen, die Kriseninitiative sei sozialistisch, denn dann werden sich Hunderttausende, die heute nicht Sozialisten sind, für Annahme entscheiden. Wenn schliesslich alles, was vernünftig, gut, gross ist, was in dieser Zeit auch kühn ist, sozialistisch ist, dann wollen wir lieber aufbauend sozialistisch sein, als zusammenbrechend mit Herrn Abt kapitalistisch. Ich danke Ihnen für die unfreiwillige Reklame, die Sie uns machen. Ich bitte Sie: Fahren Sie damit weiter. Sie werden die Erfahrungen schon machen, wie das Volk auf derart alte, abgedroschene Argumente antwortet. Es wird sich davon nicht einfangen lassen, sondern eine Antwort geben, die Ihnen auf der Haut brennen wird.

Das zweite Hauptargument, das Herr Abt vorgebracht hat, war dasjenige, dass wir mit der Initiative in das Abenteuer der Inflation und der Zerrüttung des Staatskredites hineinrutschen. Ich habe auf diese Argumentation gewartet. Ich habe auch darauf gewartet, dass man jene Pressemeldung zitiert, wonach an der letzten Mittwochbörse, also heute vor 8 Tagen, in Zürich bereits vom Ausland schweizerische Obligationen zum Verkaufe angeboten sein sollen. Als diese Katastrophenmeldung sogar im Handelsteil einer grossen Zeitung kam, die sich sonst für die Kriseninitiative einsetzt, habe ich sofort die Kurszettel nachstudiert. Ich habe also das ausnahmsweise getan, was Herr Abt täglich tut. Ich habe dabei festgestellt, dass die ganze Meldung mit einer einzigen Ausnahme ein aufgelegter Schwindel ist. Was ist passiert? Tiefstverzinsliche 3- und 3½ prozentige Bundesanleihen haben 1 bis 1¼ Punkt verloren, viele nur ¼ Punkt, sind also von 90,75 auf 90,50 heruntergerutscht. Hochverzinsliche Bundesanleihen haben ebensoviel gewonnen. Als ich mich erkundigte, wie es eigentlich mit diesem Misstrauen der Staatspapiere auf dem Auslandsmarkt stehe, fand ich das gleiche Bild wie immer an deutschen Börsen. Das tiefstverzinsliche Anleihen von 3½ % wurde in Deutschland ungefähr zum doppelten Kurs gehandelt, zu dem man 6 %ige Anleihen in Deutschland selbst bezahlt. Das ist das Misstrauen! Wenn von einer gewissen Seite her der Angriff auf den Franken organisiert werden soll, dann muss es schon etwas klüger geschehen. Wir machen uns darauf gefasst, dass jene hauchdünne Oberschicht in unserem Lande, welche die wirtschaftlichen Kräfte kontrolliert, im entscheidenden Augenblick nicht davor zurückschrecken wird, dem Volke mit der Entwertung des Frankens einen Schrecken in die Knochen zu jagen. Jene Stimmung, die Sie bei der Vermögensabgabe erzeugt haben, kann vielleicht auch hier wieder zu schaffen versucht werden. Es wird vielleicht auch wieder geschehen, dass die Nationalbank mit 100 oder 200 Millionen Fr. Interventionsfonds einspringen muss, um den Franken zu stützen, aber täuschen Sie sich nicht. Das Volk wird sich diesmal nicht irreführen lassen, weil es rechtzeitig erkannt hat, dass die Organisatoren dieser Kampagne gegen den Franken hier in der Schweiz sitzen, in jenen Kreisen zu finden sind, die die Initiative zu Fall bringen wollen. Ich gebe ja zu, dass seit jener Mittwochbörse sich ge-

wisse Kursstürze ereigneten, die allerdings zum Aufsehen mahnen. Wenn heute die Basler Handelsbank Kurse von 75 aufweist, wenn die Eidgenössische Bank 145 Tiefstand zeigt, wenn der Bankverein, der einem unsrer illustren Mitglieder nicht so ganz fremd ist, 360 aufweist, wenn sogar die Kreditanstalt 450 notieren muss, ist daran etwa die Kriseninitiative schuld? Wollen Sie wirklich die Keckheit haben, für den Tiefstand dieser Aktienkurse die Kriseninitiative und ihre Autoren verantwortlich zu machen? Wo sind die Ursachen dieses Zerfalls der Grossbankaktien zu suchen? Sind sie nicht darin zu suchen, dass allein die vier schweizerischen Grossbanken: Bankgesellschaft, Eidgenössische Bank, Bankverein und Kreditanstalt, die zusammen ein Aktienkapital von 450 Millionen Fr. haben, im Ausland eingefrorenes Kapital von 581 Millionen Fr. besitzen, 41 Millionen Fr. mehr in Gefahr sehen, als ihr ganzes Aktienkapital beträgt? Als ich Herrn Dr. Abt den Initianten vorwerfen hörte, sie betrieben Abenteuerpolitik, die ganze Initiative sei ein finanzielles Abenteuer, da habe ich mich gefragt, wo ausgerechnet Herr Abt den Mut hernimmt, eine solche Anschuldigung gegen die Initianten aufzustellen. Was hat er denn getan, um das schlimmste Abenteuer, das wir in den letzten Jahren erlebt haben, zu verunmöglichen, jenes Reislaufen des Schweizerkapitals ins Ausland, gelockt von hohen Zinsen, von hohen Dividendensätzen, von hohen Emissionskursen, rücksichtslos nur darauf ausgehend, ohne sich zu kümmern, ob wirklich eine Gefahr bestehe oder, was wir verlangt haben, ob eine Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit im Ausland beschafft werden könnte? Wir haben seit einem Jahrzehnt gewarnt vor diesem unkontrollierten, wilden, spekulativen Kapitalexport. Man hat uns damals vor 10 Jahren genau so geantwortet wie Herr Dr. Abt heute: Ihr seid inkompetent, darüber zu reden. Was versteht Ihr von Bankpapieren! Ich gebe zu, wir verstehen nicht so viel davon wie der Bauernvertreter Dr. Abt mit seinen vielen Verwaltungsräten. Es ist uns nicht möglich, so viele Bankpapiere täglich allein kontrollieren zu können, damit man davon erntet, ohne gearbeitet zu haben, damit man Arbeitslose, die nicht stempeln gehen müssen, aber die in Villen wohnen, aus diesen Bankpapieren unterstützen kann, jene reichen Arbeitslosen, von denen es schon in der Bibel heisst: „Sie säen nicht, sie ernten nicht, und der himmlische Vater ernähret sie doch“. Wo nimmt man die Keckheit her — nachdem man nichts getan hat, um dieses Abenteuer des Kapitalismus zu verunmöglichen, nachdem man selbst mitten drin gesteckt hat in diesem Abenteuer — denjenigen, die von diesem Abenteuer endlich genug haben, die nichts mehr zu tun haben wollen mit jener wilden Anarchie der Wirtschaft, die an Stelle des Egoismus den Zusammenhalt setzen wollen, an Stelle der wilden, unkontrollierbaren Spekulation, diesen Vorwurf zu machen? Herr Dr. Abt täuscht sich über Verschiedenes. Er täuscht sich über die Volksstimmung der Initiative gegenüber. Vorhin hat Herr Dr. Saxer, der vielleicht doch, weil er mit Arbeitenden in Beziehung kommt und nicht nur mit Bearbeiteten, darauf hingewiesen: „Ja, es krächt halt doch im Gebälk bei uns. Und wenn wir so ganz mit leeren Händen der Kriseninitiative gegenüber treten, geht die Sache schief aus.“ Herr Dr. Abt wird einmal mehr

als der glorreich Geschlagene auf dem Felde zurückbleiben. Es wird noch einmal eine Abstimmung geben wie seinerzeit jene über die Motion Abt. Herr Dr. Abt täuscht sich auch über die Rolle, die er hier spielt. Er glaubt, er könne der Initiative gegenüber als Ankläger auftreten, ihr Vorwürfe ins Gesicht schleudern. Wer so in der Abenteuerpolitik gestanden hat wie diejenigen, die sich gegen die Kriseninitiative wenden, steht heute vor dem Volke als Angeklagter da und hat sich zu verantworten. Wir haben nun lange genug der schlechten Verwaltung des schweizerischen Volksvermögens zugehört. Man berufe sich heute nicht auf die Kompetenzen derjenigen, welche dieses Vermögen verwalten und auf die Inkompetenz derjenigen, die die Verluste zu tragen haben. Was hat man denn für Kompetenzkapazität, bewiesen? Ich will mich auf ein bürgerliches Urteil stützen. Ein bürgerlicher Luzerner hat alle Emissionen in der letzten Zeit zusammengerechnet. Gleich bei der ersten stossen wir auf einen Ausgabekurs von 108,5%. Vier Jahre später betrug der Kurs noch 0,00%. Zu 429% wird von diesen Kompetenten eine Kreuger & Toll-Aktie emittiert und 4 Jahre später? Sie fällt 4 Jahre später auf null; und trotzdem sind sie empfohlen worden von diesen sog. Kompetenten: so bei der letzten Aktienemission vom Schweizerischen Bankverein, von der Schweizerischen Kreditanstalt, der Union Financière, der Basler Handelsbank, der A.-G. Leu & Cie., Zürich, der Schweizerischen Bankgesellschaft, der Schweizerischen Volksbank usw. Das waren die Kompetenten, von denen heute schon drei oder vier an ihrer Kompetenz zugrunde gegangen sind: die Diskontbank, die Union Financière, die Schweizerische Volksbank, um nur drei Leichensteine auf dem Wege jener Kompetenten zu nennen, die uns in die glorreiche liberale Wirtschaft hineingeführt haben. Man komme uns heute nicht, nachdem man mitschuldig geworden ist, und berufe sich darauf, dass das Volk nicht fähig sei, sich hierin irgendein Urteil zu bilden. So grosse Dummheiten, wie die Kompetenten sie gemacht haben, hätte das Volk gewiss Mühe, in der gleichen Zeit zu begehen. Wenn, was die Bankaktienkurse zeigen, dieses Barometer, das auf Sturm zeigt, richtig ist, dann werden wir vielleicht in den nächsten 14 Tagen Dinge erleben, die dann wirklich den Franken ins Schwanken bringen können. Die Basler Handelsbank weist einen Kurs von 75 auf. Was heisst das? Ich will es nicht aussprechen. Jeder weiss es. Jeder weiss aber auch, was für ein Zeichen es ist, wenn die Kreditanstalt auf 450 steht. Das ist ein Sturmzeichen. Da kommt nun die Kriseninitiative, um noch mehr Sturm zu blasen, so heisst es. Nein, sie kommt im Gegenteil, weil sie Halt gebieten, weil sie die Vermögensverwaltung im Interesse des Volkes anders gestalten will. Aber wenn Sie den bisherigen Kurs weiter befolgen wollen, dann rutschen Sie in die Inflation hinein, dann ist der Franken in Gefahr.

Da hat man uns nun bei der Kriseninitiative vorgeworfen, dass wir ja die Inflation selber herbeiführten. Herr Bundesrat Schulthess hat in seiner Botschaft von der Inflation nichts gesagt. Mein Kollege, Herr Bratschi, hat ihm in der Kommission dafür gedankt, aber mit dem Erfolg, dass Herr Bundesrat Schulthess in der Replik mit der Inflationsgefahr gekommen ist. Man kann den Franken auf-

werten durch Deflation, man kann ihn stabilisieren, man kann ihn auch abwerten durch Inflation oder Devaluation. Ich sage kein Wort über die Deflation mit all ihrem Fluch. Aber lassen Sie mich offen sagen, dass der grösste Teil von uns, ja dass eigentlich fast alle davon überzeugt sind, dass zwischen Inflation und Devaluation kein wesentlicher Unterschied besteht und dass wir so oder so ein Absinken des Frankens auf dem Wege der Devaluation oder der Inflation als eine Gefahr ansehen. Man kann nicht einmal in einem Lande, das nicht wie England über die Hilfskräfte eines Weltreiches verfügt, sagen, wo das Pfund zum Stillstand kommen soll. England hat sein Pfund gesenkt, weiss aber heute nicht, wo es stabilisiert werden soll. Wenn die Mitteilungen der Finanzpresse richtig sind, brauchte es ja zur Stabilisierung des Pfundes auf den heutigen Wert ungefähr 9 Milliarden Dollars. Das zeigt deutlich genug die Gefahr, die sogar ein Weltreich mit der Deflation läuft. Dass ein kleines Land von 4 Millionen Einwohnern mit sozusagen keinen natürlichen Rohstoffquellen noch eine viel grössere Gefahr laufen würde, erscheint selbstverständlich. Wir verkennen alle diese Gefahren der Inflation nicht. Weil wir dieser Gefahr ausweichen wollen, haben wir uns mit der Kriseninitiative die Frage gestellt: Soll der Franken durch die Deflation aufgewertet oder mit der Kriseninitiative stabilisiert werden? Eigentlicher Sinn der Kriseninitiative ist eine Stabilisierung des Frankens. Sie können das nun in der Volksabstimmung verunmöglichen, dann bleibt aber, falls die Initiative verworfen wird, nicht mehr das Problem Stabilisierung oder Aufwertung, sondern nur noch Aufwertung oder Abwertung durch Devaluation oder Inflation. Ich würde es als ausserordentlich tragisch ansehen, wenn das Schweizervolk vor eine derartige Fragestellung gezwängt würde. Aber wenn man uns vor diese Frage stellen sollte, wenn das notwendig wäre infolge der Verwerfung der Kriseninitiative — ich gebe ja zu, das wäre angesichts einer billigen Demagogie noch möglich — dann aber würde es für uns nur noch heissen: Nicht was ist besser, Deflation oder Stabilisierung, sondern nur noch, was schlimmer ist, Deflation oder Devaluation. Da können Sie sicher sein, Herr Dr. Abt, dass das Volk antworten wird, was jene St. Galler dem Herrn Schirmer geantwortet haben, jene Gewerbler, die, als ihr Präsident sie fragte, was wollt ihr lieber, Lohnabbau oder Abwertung des Frankens, sich mit $\frac{4}{5}$ Mehrheit entschieden haben: Dann lieber Abwertung des Frankens als Lohn- und Preisabbau. Wenn im Volke diese Fragestellung einmal entsteht, wird das Volk sich so entscheiden, wie die St. Galler Gewerbler es getan haben, dann wird die Nationalbank mit allen Interventionen, mit ihrem ganzen Goldvorrat nicht verhindern können, dass der Druck von unten auf den Franken so gross wird, dass er herantreten muss. (Abt: Und das wird zum Schaden des arbeitenden Volkes geschehen.) Vielleicht, die Frage ist nur, welcher Schaden schlimmer ist, derjenige, den Sie dem Volke zuzumuten, oder derjenige, der hier entsteht. Vor diese Problemstellung zwingen Sie das Volk, Herr Dr. Abt, mit Ihrer Abenteurerpolitik.

Man wirft uns weiter vor, die Initiative verkenne die Notwendigkeit des Exportes. Wenn man mir nur den Nachweis liefern könnte, dass durch die

Deflation auch die Exportmöglichkeiten wachsen könnten. Wir haben das Gegenteil vor uns. Wir haben den Gegenbeweis. Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen. Aber ich lese in der „Frankfurter Zeitung“ vom Februar dieses Jahres: „Die zuständigen Stellen bemühen sich seit langem, die Exportmüdigkeit zu bekämpfen. Angefangen von dem immer weiter verfeinerten System des Verlustausgleichs bis zur Begünstigung der Rohstoffversorgung durch Zuteilung von Behördenaufträgen sind schon bisher manche Anstrengungen gemacht worden, die von der Industrie auch korporativ durch Gründung von Ausgleichskassen usw. unterstützt werden.“ Wenn unsere Industrie zu ähnlichen Waffen greifen müsste, so möchte ich sehen, was sie sagte. Die „Frankfurter Zeitung“ fährt fort: „Der Ernst der jetzigen Lage dürfte einen weiteren Ausbau des jetzigen Systems nötig machen, wobei wohl auch schärfere Saiten aufgezogen werden müssten. Verstärkte Exportpflege fordert Opfer und dabei wird es nach den bisherigen Erfahrungen kaum ohne starken Zwang gehen. Einen grossen, vielleicht sogar den grösseren Teil dieser neuen Opfer wird die Exportwirtschaft selber tragen müssen.“ Das sind die Aussichten. Da wird zuerst die Deflation durchgeführt bis zu jenem Punkt, wo ein Arbeiter in der Metallindustrie kaum mehr 25 Fr. in der Woche verdient. Nachdem man diese Ideale in Deutschland verwirklicht hat, bleibt nur noch die Peitsche, um den Industriellen zu zwingen, Export zu betreiben, weil Deutschland heute dasjenige erfährt, was Herr Minister Stucki zu unzähligen Malen erklärt hat, es komme heute zum allerwenigsten auf die Preislage an, sondern auf ganz andere Dinge. Wenn es auf die Preislage ankäme, wie wollen Sie sich dann erklären, dass der italienische Export trotz des ständigen Sinkens der Preise vom Jahre 1929 von 5,8 auf 2,8 Milliarden Lire gesunken ist, um 50%, wie wollen Sie erklären, dass die Filialen unserer Grossbetriebe im Ausland die schlechtesten Resultate bringen? Brown Boveri muss 12,5 Millionen Mark abschreiben auf dem deutschen Betrieb, und die Unternehmungen dieses Hauses in Mailand, in New York bringen Verluste über Verluste, ebenso die Unternehmung in Wien. Um diese Tatsache kommen Sie nicht herum. Das Ausland hat mit seiner Deflationspolitik seinen Export nicht gefördert. Wenn Sie es uns nicht glauben sollten, so bitte lesen Sie die „Neue Zürcher Zeitung“ nach, die in den letzten Wochen darüber eine Auseinandersetzung gebracht hat. Danach haben die Deflationsländer ihre Handelsbilanz in erheblichem Masse verschlechtert. Die Schweiz hat sie zwar etwas verbessert. Die Devaluationsländer aber haben ihre Handelsbilanz in gewaltigem Masse verbessert. Sie müssen uns nicht vorwerfen, wir wollten irgendwie den Export vernachlässigen, das ist nicht wahr, aber wir sehen die Exportmöglichkeiten auf ganz anderem Wege als Sie sie sehen. Wir sehen sie darin, dass an Stelle der Improvisationen, die auf dem Volkswirtschaftsdepartement System sind, rechtzeitig Organisationen geschaffen werden. Ich will nicht alte Diskussionen wachrufen, aber ich erinnere daran, dass wir im Dezember 1931 schon den Kompensationshandel verlangt haben, als man uns lächerlich machte, dass man das endlich, zu spät,

dann machen musste, was rechtzeitig nicht erkannt und nicht durchgeführt wurde.

Ich glaube, Sie sollten die Kriseninitiative auch noch nach einem andern Gesichtspunkt würdigen. Wie ich die gegenwärtige Diskussion verfolgte, da war es mir, als lebten wir noch im Jahre 1928, vielleicht im Jahre 1930, als noch die Abrüstungskonferenz zusammentreten sollte und dann endlich zusammentrat. Ich habe hier nichts davon gehört, dass sich auch um unser Land herum ein aussenpolitisches Gewitter zusammenzieht. Deutschland mobilisiert, Italien mobilisiert, Frankreich und England rüsten auf. Was heute geschieht, ist doch nur Vorstadium eines kommenden grossen Krieges, in dem wir so oder so mitbeteiligt sein werden. Auch wenn wir neutral bleiben werden oder bleiben können, werden wir diesen Krieg doch mit auskosten. Da wollen Sie dem Volke zumuten, es solle seine ganze Kraft einsetzen für die Verteidigung eines Zustandes, den es nicht mehr mag. Ist Ihnen der 24. Februar wirklich keine Mahnung gewesen? 430,000 Neinstimmen, sagt das gar nichts? Bauernstimmen sind zur Hälfte dabei. Sagt Ihnen das gar nichts? In einer kommenden schweren Belastungsprobe werden Volk und Staat nur durchhalten können, wenn das Volk überzeugt ist, dass dieser Staat ihm gehört. Belgien, das den Krieg kennt, geht heute dazu über, seine Wirtschaft innenpolitisch zu organisieren und zu mobilisieren, weil es die aussenpolitische Gefahr erkennt. Dort ist (**Präsident:** Ich möchte Herrn Reinhard darauf aufmerksam machen, dass er 30 Minuten gesprochen hat.) Ich bitte um zwei Minuten! (**Abt:** Drei!) Ich danke, Herr Abt gibt mir sogar drei Minuten, das ist die Aufwertung, die ich mir gefallen lasse!

Dort sitzen Katholiken und Sozialisten zusammen, nicht nur deswegen, weil sie jünger sind, sondern weil in Belgien die Katholiken van Zeeland und bei uns Walter heissen. Dort geht man dazu über, den Plan der Arbeit stellenweise zu realisieren: Sozialisten, Katholiken, Liberale und Bauern. Bei uns wird getan, als lebten wir in einer Zeit, da wir ruhig im Herrgottswinkel auf dem Ofen sitzend unsere Tage verdämmern könnten. Die Kriseninitiative ist es ja, welche in dieser zusammenbrechenden Wirtschaft Tausenden und Tausenden Halt gibt und imstande ist, dem Staat einen neuen Staatsgedanken und Staatsinhalt zu geben. Sie ist in dieser Hinsicht kühn, jawohl, aber was ist in der Geschichte Grosses geschaffen worden ohne jene Kühnheit, die immer notwendig war, die am Anfang unserer Geschichte stand und am Ende unserer Geschichte stehen möge. Herr Dr. Abt, wenn ich Ihnen etwas wünsche, ist es das, dass wenn Sie diese Tage vorbeistreichen liessen, ohne etwas getan zu haben, wenn Sie jene grosse Gefahr mitbestehen müssen, dass Sie dann nicht klagen müssen im Gedenken dessen, was Sie heute gegen dieses grosse Werk der Solidarität getan haben: O wär' ich dreimal kühn gewesen! Sie sind nicht kühn gewesen, meine Herren, treten Sie ab und überlassen Sie das Werk des Aufbaus denen, die die Initiative unternommen haben.

Müller-Grosshöchstetten: Wenn die Sache nicht zu ernst wäre, wäre es für uns sehr possierlich, wie hier über die Kriseninitiative gesprochen wird. Die

einen erblicken in der Kriseninitiative eine Landesgefahr, die andern eine wirtschaftliche Utopie, die dritten stellen einen Gegenvorschlag auf, der für Landwirtschaft und Gewerbe, aber auch für den Arbeiter mehr bringt, als wir mit der Initiative bringen wollen.

Zum Gegenvorschlag möchte ich hier nicht sprechen. Wir wissen, weshalb Sie einen Gegenvorschlag bringen müssen. Wir kennen auch ein bisschen die Geschichte dieses Gegenvorschlages, wir kennen seine Geburtswehen. Für Sie handelt es sich darum, die Initiative zu bodigen. Für Sie handelt es sich darum: geht das leichter mit einem Gegenvorschlag oder geht es schwerer ohne Gegenvorschlag. Das ist die einzige Frage und wir werden dafür sorgen, dass unser Volk vernimmt, wie der Gegenvorschlag zustande gekommen ist, was er bringt und warum man ihn aufgestellt hat.

Man sagt, die Initiative sei ein sozialistisches Machwerk. Mit Bedauern ist gestern gesagt worden, dass wir, etwas jung, nicht gemerkt hätten, wie man uns von marxistischer Seite an der Nase herumführe. Ich habe bis jetzt nie das Odium auf mich laden müssen, dass man mich allzu leicht habe führen können. Es wären Leute da, die von etwas andern sprechen könnten. Doch darüber wollen wir nicht reden, wohl aber darüber, dass Sie ausserordentlich dankbar sind, dass Ihnen die Gewerkschaften am 24. Februar die Wehrvorlage gerettet haben und dass Sie uns heute einen Vorwurf daraus machen, dass wir uns mit diesen Leuten zusammuntun, um die wirtschaftliche Not unseres Landes zu bannen. Um das geht es.

Wenn Sie die Kriseninitiative „sozialistisch-marxistisches Machwerk“ nennen, so habe ich hier einen unverdächtigen Zeugen, keine Jungbauernzeitung, sondern das führende freisinnige Organ der Ostschweiz, die „Thurgauer Zeitung“. Der Artikel war geschrieben, bevor die Botschaft des Bundesrates erschien. Es heisst hier: „Von dieser Seite besehen, erkennt man in der Initiative kaum etwas anderes als die folgerichtige Fortsetzung einer Sozialpolitik, in deren Gängen die freisinnig-demokratische Partei seit langem wandelt. Sie sieht nach Aufbau und Ausbau dessen aus, was gerade der Volkswirtschaftsminister der Kriegszeit und der Nachkriegsjahre zur Festigung einer sozialen Gerechtigkeit stets gefordert und zu erstreiten gesucht hat, nicht immer nach dem bremsenden konservativen Sinn der Volksmehrheit.“

Das war am 2. März. Nachher kam die Botschaft, nachher kam der Beschluss des Zentralvorstandes der freisinnigen Partei, dieses sozialistische Machwerk abzulehnen. Wir können diesen Gedankengängen nicht folgen.

Wir möchten die Leute, die uns heute so rührend aufmerksam machen, wir seien im marxistischen Schlepptau, daran erinnern, in welcher Front sie einmal gekämpft haben, Schulter an Schulter, beim Getreidemonopol und andern Dingen.

Wenn uns gestern Herr Walter gesagt hat, wir Bürgerlichen in der Kriseninitiative-Front seien die Steigbügelhalter des Marxismus, dann möchte ich Herrn Walter aus Solothurn bitten, etwas vorsichtig zu sein. Wenn man schon im Glashause sitzt, sollte man nicht allzusehr mit Steinen um sich werfen. Nicht nur in Belgien, sondern auch im Kanton Solo-

thurn haben sich Katholiken und Sozialdemokraten gefunden, Marxisten, nicht Gewerkschafter, wenn es bei Wahlen um gewisse Sitze ging. Und ich habe nicht gehört, dass Herr Walter — er ist offenbar dafür ein zu guter Geschäftsmann — dass er da als vaterländischer Gralshüter bei seinen Christlich-sozialen Freunden dazwischen gefahren wäre, wie er es gestern hier getan hat.

Wenn man uns sagt, wir seien die Steigbügelhalter des Marxismus, so möchte ich dem gegenüber erwidern, dass die Wahlen von Lausanne, die Wahlen von Basel und andern Schweizerstädten auch etwas lehren dürften. Dort sind nicht Jungbauern die Steigbügelhalter gewesen. Nein, dort ist eine gewisse bürgerliche Politik weitgehend schuld daran und hat dem Marxismus Steigbügelhalterdienste geleistet. Den Marxismus bekämpft man in unserem Lande nicht, indem man das rote Tuch schwenkt. Den Marxismus bekämpft man nur, wenn man auch dem Arbeiter gegenüber gerecht ist. Das wollen wir in der Kriseninitiative. Das ist ein Grund, warum wir mitmachen.

Noch ein paar Worte zur Botschaft selber. Wir lesen auf Seite 15, warum der schweizerische Export zurückgegangen sei. „Die Verarmung ganzer Völker, die Verelendung breiter, früher kaufkräftiger Schichten des Mittelstandes, die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in vielen Ländern auf ein Niveau, das bedeutend unter jenem der Vorkriegszeit steht.“ Als ein wichtiges Moment, weshalb wir nicht mehr exportieren können, werden diese Gründe angeführt. Und in unserem Lande wollen Sie darin den Weg aus der Krise sehen, der hier zur Katastrophe geführt hat! Dieser Weg ist für uns nicht gangbar und das Volk wird ihn mit Ihnen nicht weitergehen.

Man erledigt in der Botschaft die Kaufkrafttheorie ein weiteres Mal. Sie ist schon sehr oft erledigt worden. Man erledigt sie hier ein weiteres Mal vom Bundesrätstisch aus ausgerechnet mit dem Kronzeugen Karl Marx. Auch das ist für uns eine sehr pikante Sache.

Kein Wort findet sich in der 70seitigen Botschaft, kein einziges Wort, von den ungeheuren Schwierigkeiten, die die Kursdifferenzen von 30, 40 und mehr Prozenten mit andern Ländern für den Export und die Fremdenindustrie schaffen! Kein Wort auch von der ungeheuren Schwierigkeit der Schuldaufwertung, ihrer Verzinsung und ihrer Amortisation, nicht ein einziges Wort!

Man sagt uns weiter in der Botschaft, das Volk werde durch die Kriseninitiative seines Mitspracherechtes beraubt. Es tut mir leid, hier sagen zu müssen: Niemand wie derjenige, der diese Botschaft hat schreiben lassen, hat das Volk in den allerwichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen so oft ausgeschaltet. Wir haben in den letzten vier Jahren 50 dringliche Bundesbeschlüsse geschaffen. Dinge, die man dem Volke nicht vorzulegen wagte, wurden in der Form dringlicher Bundesbeschlüsse durchgeführt. 28 dieser dringlichen Bundesbeschlüsse sind allein vom Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes vorgelegt worden. Wenn man uns von dieser Seite nun von der Wirtschaftsdiktatur des Parlamentes spricht, dann nimmt sich das

eigentümlich aus, besonders auch angesichts des Umstandes, dass der Führer dieser Gruppe die ständerätliche Kommission nicht einladen wollte mit der Begründung: „Ich befürchte, dass das Anpassungs- und Abbauprogramm nicht mehr verwirklicht werden könnte, wenn die Initiative angenommen wird. Aus vaterländischen Gründen bin ich aber ein Freund von Anpassung und Abbau und hätte mich trotz der 350,000 Unterschriften der Initiative nicht gescheut, das Anpassungs- und Abbauprogramm im Laufe dieses Jahres durchzuführen und diese Initiative dem Volke erst nachher vorzulegen.“ So achtet man den Volkswillen und wirft uns nachher vor, wir hätten hier eine Wirtschaftsdiktatur des Parlamentes schaffen, wenn wir dem Parlament den Wirtschaftskurs vorschreiben und es nichts anderes zu machen hat, als die vorgeschriebene Richtung zu befolgen.

Eine ernste Frage enthält für uns Abschnitt 2 d, wo es — es ist aber nicht etwa der einzige Abschnitt, ja nicht einmal der wichtigste — in dem es um die bäuerlichen und die gewerblichen Dinge geht. Wir sind gespannt auf den Gegenvorschlag, der den Bauern und Gewerbetreibenden mehr bringen soll als die Kriseninitiative. Wir sind auch gespannt auf die Hinterfront dieses Gegenvorschlages, der den Bauern mehr bringen soll als die Kriseninitiative. Für uns ist eben nicht nur der Abschnitt 2 d massgebend, sondern für uns ist das wichtigste, dass der Preiszerfall nicht nur gestoppt, sondern, wie die Initianten in ihrer Eingabe an den Bundesrat geschrieben haben, „dass die heute zu tief gesunkenen Preise wieder auf ein Niveau zu bringen sind, das ein anständiges Auskommen ermöglicht.“ Das verstehen wir unter Abschnitt 2b, Gewährung eines Lohn- und Preisschutzes zur Sicherung eines genügenden Arbeitseinkommens. Wenn Sie nur gegen Preiszerfall sein wollen, so ist das eben nichts. Der Preiszerfall ist heute schon so weit fortgeschritten, dass diese Preise für den Bauern kein Auskommen mehr ermöglichen. Für uns ist ein anderer Satz in der Botschaft in bezug auf diesen Abschnitt 2 d die Landwirtschaft betreffend ausserordentlich wichtig und interessant und wir sind dem Schreiber dieses Abschnittes ausserordentlich dankbar, dass er in der Botschaft steht. Dieser Satz lautet: „Was die Initianten verlangen, ist also zur Zeit schon erfüllt.“ Da haben wir es. Es ist zur Zeit schon erfüllt. Das ist ein ausserordentlich wichtiger und wertvoller Satz. Im Abstimmungskampf wird er uns ganz ungewöhnlich gute Dienste leisten. Wir sind dankbar, dass er da in dieser Botschaft steht. „Was getan werden konnte“, „was vernünftig möglich war“, „das wurde getan“, das ist die stereotype Antwort, die wir heute hier zu hören bekommen. In der Botschaft heisst es weiter, man müsse der Landwirtschaft, dem Gewerbe helfen, im Rahmen der verfügbaren Mittel. Auf der andern Seite heisst es dann: Die Mittel sind erschöpft. Wir wissen, um was es für uns geht und werden nach diesen Ausführungen in der bünderrätlichen Botschaft alle Versprechungen, die im Abstimmungskampf sicher gemacht werden, richtig einzuschätzen wissen. Weiter steht auf Seite 41 der Satz geschrieben, dass man 30 Millionen Franken eingesetzt habe für die Kredithilfe für die Landwirtschaft. Glauben Sie, dass Sie bei

einer Schuldaufwertung von weit über einer Milliarde — die Botschaft schreibt, dass die Landwirtschaft nur auf ihrem Vieh 300 Millionen Franken verloren habe — glauben Sie wirklich, dass Sie mit 30 Millionen Franken alles getan haben, um das Unrecht, das der Abbau der Landwirtschaft und der Nachkriegsgeneration angetan hat, wieder gut zu machen? Was möglich war im Rahmen der verfügbaren Mittel, das habe man getan! Es wird uns gesagt, wir Jungen seien undankbare Leute, wir anerkannten nicht, was alles getan worden sei. Wir anerkennen das durchaus, aber, meine Herren, die Bürgerschaftsgenossenschaft von Brugg zeigt, dass von 4600 Bauern, die bei der Genossenschaft ihr Geld haben sichern wollen und die alle streng untersucht wurden, nur 460 entsprochen worden ist und von den 300 Bauern, die ihr Geld durch die Genossenschaft gesichert haben, letzten Sommer bereits 87, also beinahe ein Drittel bei der Bauernhilfskasse gelandet sind. So weit langt also die Hilfe, die man uns gewährt hat und dann zeihet man uns der Undankbarkeit, wenn wir daran erinnern.

Ich will nicht darüber sprechen, dass man in der Botschaft vom Steuervogt, von der Oeffnung des Bankgeheimnisses usw. spricht, dass man all diese Dinge da aufmarschieren lässt. Die Oeffnung des Bankgeheimnisses, das ist eine sehr interessante Sache. Ich erinnere mich noch sehr gut, dass von heutigen bäuerlichen Gegnern der Kriseninitiative von derartigen Dingen hier gesprochen worden ist, von Leuten, die heute selbstverständlich scharfe Gegner der Kriseninitiative sind. Selbstverständlich marschiert der kleine Sparer auf. Hätten diejenigen zum kleinen Sparer geschaut, die mit dem Gelde kleiner Sparer draussen im Nachlass des Stinneskonzerns Hotelkäufe finanziert haben. Dort wäre der Augenblick gewesen, zum kleinen Sparer zu sehen. (Zwischenruf **Stampfli**: Das verstehen Sie ja gar nicht.) Ich will nicht bestreiten, dass Sie von den Dingen grosskapitalistischer Spekulationen mehr verstehen und da besser zu Hause sind als ich. (Zwischenruf **Stampfli**: Dann sprechen Sie doch nicht davon.) Ich habe nicht bestritten, dass Sie in kapitalistischen Dingen besser zu Hause sind als wir. Ich weiss aber so viel über diese Dinge, dass diejenigen, die es besser hätten verstehen sollen, es nicht verstanden haben. Dass wir hier mit Hunderten von Millionen die Dummheiten der sogenannten Sachverständigen haben gutmachen müssen. So viel weiss ich.

Wir haben diese Dinge alle im Abstimmungskampf erwartet, aber nicht in einer bundesrätlichen Botschaft.

Herr Walter sagt uns: „Der Staat nimmt alle Sorgen auf sich“, „man kann ruhig schlafen“. „Das zerrüttet das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen Bürgers“. Ich will Ihnen etwas sagen. Ich kenne etwas anderes, was das Verantwortlichkeitsgefühl unserer Bürger zerrüttet: die Tatsache, dass der Bauer, trotz harter Arbeit immer tiefer und tiefer in die Not sinkt. Dort beginnt der junge Bauer zu zweifeln, dort geht Vertrauen in die Brüche, dort kommt Fatalismus und dort kommt die Radikalisierung des Bauernstandes. Und das Zweite vergessen Sie nicht: dass wir in unserm

Land Tausende und Zehntausende von jungen Leuten haben, die ihre Schulen, ihre Kurse, ihre Lehrzeit hinter sich haben, die in den Arbeitsprozess hinein möchten, die Frühjahr für Frühjahr vor geschlossenen Türen stehen. Hier beginnen die Zweifel einer jungen Generation. Wir glauben nicht an die Allmacht des Staates, aber das möchten wir vom Staate, dass er die Voraussetzungen schaffe, unter denen die Selbsthilfe des einzelnen Menschen erst möglich und sinnvoll wird. „Jeder soll für sich selber sorgen, dann ist für alle gesorgt.“ Ein berühmter alter Spruch. So spricht namentlich der, der seine Sache am Schermen und im Trockenen hat, so spricht der Starke, der nicht mit der Not zu kämpfen hat. Es ist seine Sache, wenn er so denkt, wir haben hier nicht zu richten, aber er soll dann nicht für solche Denkart, wie das gestern geschehen ist, seinen christlichen Glauben in Anspruch nehmen. Das hat mit christlichem Glauben nichts zu tun.

Höchstes Ziel der Krisenpolitik und der Politik überhaupt muss die Sorge um den schwachen Bruder sein. Weil die Kriseninitiative ehrlich und gerecht sich einsetzt für die Sache des schwachen Bruders, deshalb haben die Jungbauern mitgemacht bei der Kriseninitiative und deshalb wird keine Drohung, noch Besudelung imstande sein unsere Jungen von der Kriseninitiative zu lösen. Nicht nur der Bauer, sondern das Volk wird uns verstehen.

Schmid-Zürich: Nachdem man die bürgerlichen Anhänger der Kriseninitiative bei der Vorberatung in der Kommission als nicht „stubenrein“ ausgeschlossen hat, wird man uns erlauben, hier im Plenum für unsere Sache zu plädieren. Das war ein Gewaltakt, eine Diktatur, nicht des Parlamentes, sondern einiger führender Herren des Parlamentes.

Bei der Kriseninitiative geht es nach meiner Ueberzeugung um die zukünftige Wirtschaftspolitik unseres Landes. Es handelt sich hier nicht um kleine Details, sondern darum, ob unsere Wirtschaftspolitik in der Forcierung des Abbaues, dem Abbau der Preise und Löhne ihren Ausdruck finden soll, oder ob unsere Wirtschaftspolitik im Aufbau bestehen soll. Die Aarauer Rede des Herrn Bundesrat Schulthess hat das Volk aufgeschreckt, sie war eine Kampfansage an die Kriseninitiative. Aber die Eingabe des Handels- und Industrievereins und des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen hat uns so recht die Augen geöffnet darüber, was geschehen soll und in welcher Richtung unsere zukünftige Wirtschaftspolitik geführt werden soll. Dort wird brutal und ohne Rücksicht erklärt: Der Abbau darf im Anfang 20 % betragen, aber das ist nur der Anfang, das Ende nennt man nicht.

Nun möchte ich ein paar Sätze aus der Streitschrift des Bundesrates hier festhalten. Herr Bundesrat Schulthess wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich diese Sätze etwas beleuchte. Es heisst u. a., das Volk habe nach Annahme des Verfassungsartikels nichts mehr zu sagen. Damit werde verfassungsmässig eine Wirtschaftsdiktatur des Parlamentes über das Volk eingeführt. Von einer Wirtschaftsdiktatur des Parlamentes kann aber nicht

die Rede sein, denn gerade die Kriseninitiative will die verfassungsmässige Grundlage dafür schaffen, dass das Parlament im Laufe der nächsten 5 Jahre wirklich verfassungsmässige Beschlüsse fassen kann. Was wir heute machen, verehrter Herr Bundesrat, das ist eigentlich „etwas“ Diktatur, denn die dringlichen Bundesbeschlüsse, die wir in den letzten Jahren immer wieder gefasst haben, haben wir nicht auf Grund der Verfassung gefasst, sondern wir sind über die Verfassung hinweggeschritten. Es heisst weiter, das Parlament könne Löhne und Preise festsetzen, könne entschulden, wen und wie es wolle, die Ein- und Ausfuhr monopolisieren, den Kapitalmarkt regulieren, was natürlich ohne Aufhebung des Bankgeheimnisses nicht möglich sei. Ich glaube nicht, dass das Parlament bereit wäre, hier Beschlüsse über Löhne und Preise zu fassen, die nicht gerecht wären, denn unser Parlament wird auch nach den Wahlen nicht so aussehen, dass diese Teufelskerle der Kriseninitiative die Mehrheit im Rate besitzen werden. Die meisten Herren des National- und Ständerates sind ja ausserordentlich bedächtige Landesväter, so dass man keine Angst haben muss, dass nun bei den Preisen und Löhnen übermachtet werden könnte. Wenn man nun mit der Aufhebung des Bankgeheimnisses kommt, so scheint es mir, dass dies das bekannte rote Tuch ist, das man immer wieder hervorzieht, wenn man das Volk kopscheu machen will. Dann heisst es im weitem: „Das Parlament wird also die Aufgabe haben, unter völliger Ausschliessung des Volks und der Kantone die schweizerische Volkswirtschaft in sozialistische Bahnen zu leiten.“ Ich möchte doch Herrn Bundesrat Schulthess sagen, dass das Volk das Parlament wählt. Das Volk hat es immer in der Hand, die Männer abzurufen, die ihm nicht passen und diejenigen Männer in das Parlament zu entsenden, die seinem Willen entsprechen. Und dass nun durch die Kriseninitiative unsere schweizerische Volkswirtschaft gewissermassen in sozialistische Bahnen geleitet werde, das ist für mich ganz ausgeschlossen, wenn wir an die Zusammensetzung des National- und Ständerates denken.

Aber was natürlich mit der Kriseninitiative gemacht werden kann und muss, das ist, dass eine grosszügige Arbeitsbeschaffung durchgeführt wird, dass unsere Wirtschaftspolitik nach meiner Ueberzeugung ein etwas anderes Gesicht erhalten wird. Wir sehen gegenwärtig die Anstrengungen anderer grossen Länder, die in der gleichen Richtung gehen, Amerika, England, wo der neue Plan von Lloyd George diskutiert wird, dann Belgien, das schon wiederholt genannt worden ist, aber auch Frankreich. Was in Italien geschieht, das ist eigentlich nach der Botschaft hochgezüchteter Sozialismus. Aber die bürgerlichen Anhänger der Kriseninitiative lassen sich nicht kopscheu machen durch dieses Wort Sozialismus, denn ich weiss, dass man oft Akte vollzieht, die, wenn man sie so unter die Lupe nehmen würde, wie die Kriseninitiative, ohne weiteres auch als Sozialismus abgestempelt werden müssten. Wenn die grossen Männer, die vor Jahrhunderten neue Pläne ausgearbeitet haben, heute leben würden und in diesem Saale anwesend wären und wir ihr Werk betrachteten, würden sie zweifellos von der Botschaft auch als Sozialisten verdammt.

Ich möchte auf Augustinus hinweisen, der den Gottesstaat schaffen wollte; auf den Idealstaat von Plato, ferner auf die Utopia von Thomas Morus, der im 20. Jahrhundert vom Papst selig gesprochen worden ist. Unser verehrter Chef des Volkswirtschaftsdepartementes hat schon Akte vollzogen, die man als röteten Sozialismus anzusehen hat. Ich persönlich stand damals beim Getreidemonopol und bei der Altersversicherung auch bei Herrn Bundesrat Schulthess. Wir wissen, wie man damals gegen dieses Werk von Bundesrat Schulthess gewettert hat und erklärte, das ist Sozialismus; aber ich erinnere Sie auch daran, dass bei der Krisensteuer ebenfalls gesagt wurde, sie halte 90 % der Bürger von der Belastung frei und sei ein sozialistisches Machwerk. Nachher haben wir im Finanzprogramm diese Krisensteuer ungefähr in der gleichen Form verwirklicht. Ich möchte nicht auf weitere Details eintreten, sondern nur noch erwähnen, dass die bürgerlichen Anhänger der Kriseninitiative sich bis jetzt mit dem Plan der Arbeit nicht beschäftigt haben. Ich wünsche daher ausdrücklich, dass man den Plan der Arbeit nicht immer wieder mit der Kriseninitiative in Verbindung bringt. Das ist etwas für sich, etwas, das einmal besprochen werden muss. Ich habe das Gefühl, dass man sogar im Volkswirtschaftsdepartement in der letzten Zeit sehr viel in der Richtung einer gedämpft dirigierten Wirtschaft oder Planwirtschaft arbeitet. Dies ist in der Krisenzeit einfach notwendig und dringend, wenn wir nicht in ein Chaos geraten wollen. Den Anhängern der berufsständischen Ordnung und des Ständestaates möchte ich sagen, wenn der Ständestaat kommt oder eine berufsständische Ordnung durchgeführt werden muss, dann erhalten wir auch eine Planwirtschaft, denn Sie wollen ja Ordnung in das Chaos bringen, das tatsächlich heute in der Wirtschaft besteht.

In der Botschaft hat sich der Bundesrat noch besonders mit der Eingabe der Vereinigung Schweiz. Angestelltenverbände auseinandergesetzt und eine Stelle zitiert, in der gesagt wird: „Notwendig ist vielmehr, eine nationale Exportorganisation zu schaffen, die planmässig alle tauglichen Mittel unserer Wirtschaft und Finanzen für Ausweitung der zusammengeschrunpften Auslandsmärkte einsetzt.“ Dann heisst es: „In einer solchen Exportorganisation, der ein vielseitiges Arbeitsfeld offen stände, gehört auch die Schaffung einer nationalen Exportbank, die, wir scheuen nicht es zu sagen, mit quasi Monopolcharakter für Auslandsanlagen von Schweizerkapital auszustatten wäre.“ Die Botschaft sagt nun: „Bis jetzt haben die sozialdemokratischen Politiker sich jeweils begnügt, Monopole für die Einfuhr von Massenartikeln anzuregen, Lösungen, die, wenn sie auch unseres Erachtens nicht glücklich sind, schliesslich zum Teil noch diskutiert werden können. Aber eine Exportbank und eine Exportorganisation, das ist schon etwas, das sogar über sozialistische Bestrebungen hinausgeht.“ Ich habe mich sehr gefreut, als letzte Woche die Schweizerische Handelskammer in einer Entschliessung erklärt, es werde dringend notwendig, eine Exportbank zu schaffen. Da sehen wir nun plötzlich, dass der Handels- und Industrieverein zu diesen ketzerischen Gedanken steht, den die Vereini-

gung Schweiz. Angestelltenverbände in einer Eingabe niedergelegt hat und der vom Bundesrat als übersozialistisch hingestellt worden ist. Es heisst im weitem in der Botschaft: „Man müsse damit rechnen, dass die Kantone ausgeschaltet werden.“ Der Nationalrat und der Ständerat bürgen doch ohne weiteres dafür, dass nicht die Kantone ausgeschaltet werden bei den Massnahmen, die zu ergreifen sind. Und wenn Herr Saxer sagt, es stehe in der Kriseninitiative bloss, die Kantone und die Wirtschaftsverbände können zur Mitarbeit herbeigezogen werden, so glaube ich, dass sie auch tatsächlich herbeigezogen werden, denn es ist Sache des Parlamentes, hier darüber zu entscheiden.

In der Schlussbemerkung der Botschaft des Bundesrates ist in Fettdruck u. a. gesagt, man wolle im Herzen Europas einen kleinen sozialistischen Zukunftsstaat schaffen. Das ist nun meines Erachtens wiederum ein Argument, das so und so viele Bürger kopfscheu machen soll. Ich glaube aber eher, dass man mit solchen Uebertreibungen die Bürger veranlasst, zu der Initiative zu stehen, weil der Schweizerbürger immerhin so geschult ist und so klar denken kann, dass er solche Ausführungen einfach als gewollte Uebertreibung betrachten muss und wird. Die bürgerlichen Anhänger der Kriseninitiative werden bis zum Schluss zu ihr stehen, und wir sind überzeugt, dass die bürgerlichen Anhänger noch wachsen werden, je intensiver die Propaganda getrieben wird, speziell von den Gegnern der Kriseninitiative. Wir sind schon genau orientiert worden, dass Arbeitgeberverbände mit dem schärfsten Druck auf die Arbeitnehmer einwirken werden. Man hat Adressen des gesamten Personals von ganzen Kantonsgebieten eingesammelt in sechsfacher Ausführung. Man wird den Teufel an die Wand malen, man wird eine richtige Diktatur ausüben auf die wirtschaftlich Abhängigen, aber sie wird nichts nützen, wenn nicht das Parlament und der Bundesrat selber bereit sind, Hand zu bieten für eine zukünftige Wirtschaftspolitik, die nicht Abbau und Pessimismus, sondern Aufbau und Optimismus will.

Ich schliesse, indem ich sage: wir wissen, es geht um einen anständigen Lohn und Preis für das werktätige Volk, es geht um die sozialen Einrichtungen des Staates, kurzum, es geht um die Er rungenschaften der letzten Jahrzehnte. Deshalb stehen wir mit Ueberzeugung zur Kriseninitiative.

Schmid-Schaffhausen: Man hat mir zwar gesagt, es sei nicht üblich, dass ein neugebackener Nationalrat schon in der ersten Ratssession das Wort ergreife. Wenn ich es dennoch tue, so bitte ich Sie, mir dies nicht als Unbescheidenheit anzurechnen. Ich bin mit dem nötigen Respekt, wie es dem Jüngsten gebührt, in diesen Rat eingetreten, aber ich muss schon sagen, dass dieser Respekt beim Votum von Herrn Walter schon erheblich gesunken ist. Ich hätte auch das Wort nicht ergriffen zu irgendeinem andern Traktandum, aber heute handelt es sich ja nicht um irgend ein Geschäft, sondern um die hochbedeutsame wirtschaftspolitische und allgemeinpolitische Frage der Kriseninitiative, um die Fragen, die einen jeden einzelnen von uns vor grundsätzliche Entschei-

dungen stellt, Entscheidungen, die auch die bürgerlichen Ratsvertreter treffen müssen. Ich kann hier bei diesen Verhandlungen durchaus nicht schweigen, weil ja der Versuch gemacht wird, die gesamte Frage der Kriseninitiative als eine Angelegenheit der sozialistischen Linken zu betrachten. Ich kann darauf verzichten, auf Einzelheiten der Vorschläge einzugehen, um so mehr als Herr Bratschi gestern und heute Herr Dr. Müller und Herr Schmid-Ruedin ja bereits Ausführungen gemacht haben, denen ich durchaus beipflichten möchte. Aber ich möchte hier doch einige Gedanken äussern, die mir beim Studium der Botschaft und beim Referat von Herrn Dr. Abt und dem Votum von Herrn Walter aufgestiegen sind. Und da scheint mir das eine merkwürdig zu sein, dass so eine fürchterliche Geschichte gemacht wird mit der Behauptung, es handle sich um ein sozialistisches Machwerk. Man hat gestern beim Referat von Herrn Dr. Abt und noch mehr beim Diskussionsvotum von Herrn Walter so eine Art Vorgeschmack bekommen von der Art, in welcher sich die Kampagne gegen die Kriseninitiative abspielen wird.

Steht irgendwo in der Initiative irgend etwas, dass der Staat jedem Schweizerbürger eine ausreichende Existenz zu garantieren habe, dass der Staat für jeden einzelnen so weit zu sorgen habe, dass er sich überhaupt nicht mehr anzustrengen hätte und dadurch in moralische Schädigungen hineingerate? Nirgends steht in der Initiative auch nur eine Spur dieser Behauptung. Man wird auch nicht glauben wollen, dass das Parlament oder gar der Bundesrat im Falle der Annahme der Initiative ihr selbst diese Auslegung geben werden, und dass dann Massnahmen ergriffen würden, wonach jeder Schweizerbürger gleich bei der Geburt ein Bundesangestellter wäre, wie man es nach den Schilderungen von Herrn Walter meinen könnte.

Und dann die Geschichte mit dem Plan der Arbeit, dem sozialistischen Regierungsprogramm, das im Hintergrund lauere und zu dem die Initiative nur eine Vorstufe sein sollte. Herr Walter hat sich sehr eingehend mit diesem Plan der Arbeit beschäftigt, aber die Kriseninitiative hat doch damit nichts zu tun. Sie ist vollständig unabhängig von diesem Plan entstanden, der ausschliesslich eine Angelegenheit der sozialdemokratischen Partei ist. Wir haben uns hier nicht zu unterhalten über den Plan der Arbeit, sondern zur Diskussion steht die Kriseninitiative. Diese Initiative liegt vor uns, klar formuliert.

Ist einer dieser Vorschläge der Initiative sozialistisch? Ist eine Wirtschaftspolitik, die sich die Sicherung einer ausreichenden Existenz zum Ziele setzt, sozialistisch? Was kann das wirtschaftspolitische Ziel anders sein, als die Grundlagen zu schaffen, durch welche eine ausreichende Existenz für alle ermöglicht wird? Sogar die liberale Partei von Basel-Stadt, die doch sicher nicht im Ruf sozialistischer Neigungen steht, bekannte sich bei den Wahlen wörtlich zu diesen Zielen in einem Wahlauf ruf, wo es heisst: „Die liberale Partei tritt dafür ein, dass nicht nur jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen, sondern auch jedem unverschuldet in Not befindlichen Staatsbürger seine Existenzmöglichkeit gesichert werde.“ Also beinahe der Wortlaut der Kriseninitiative; nur

dass die Liberalen noch etwas weiter gehen als wir selber.

Welche weitem Vorschläge der Initiative haben mit Sozialismus etwas zu tun? Der Lohn- und Preisschutz? Da wäre ja die landwirtschaftliche Preisstützungsaktion sozialistisch! Ist die Arbeitsbeschaffung sozialistisch? Die Entlastung überschuldeter Betriebe, ist das sozialistisch? Die Kontrolle des Kapitalexportes, der Trusts usw., die von massgebenden Nationalökonomien verlangt worden ist? Ist das sozialistisch? Dann wären wir ja bereits mitten drin in der sozialistischen Wirtschaft. Denn was in der Kriseninitiative angeregt wird, ist in Ansätzen ja bereits vorhanden. Der Staat ist ja seit langem gezwungen, zum Schutze der Schwachen in das Wirtschaftsleben ordnend einzugreifen. Wir sehen, dass auf jeder Seite der Botschaft des Bundesrates solche Massnahmen genannt sind, solche Massnahmen, die ergriffen worden sind, um ordnend in die Wirtschaft einzugreifen. Die eine und andere dieser Massnahmen geht ja bereits sehr weit. Und was heute die Kriseninitiative will, das ist nur eine organische Zusammenfassung all dieser Massnahmen, ein Ausbau auf breiterer und vor allem auf verfassungsmässiger Grundlage im Sinne nicht des Abbaues, sondern der Erhaltung der Arbeitseinkommen der Bauern, Handwerker, Angestellten und Arbeiter. Das ist das Ziel und der Zweck der Kriseninitiative. Ich begreife das Bürgertum nicht, dass es mit Teufels Gewalt die Kriseninitiative zu einem sozialistischen Machwerk stemeln will. Es wird eines schönen Tages die Rechnung dafür zu bezahlen haben. Es hat sie da und dort übrigens schon bezahlt. Wer die Stimmung in der Landwirtschaft kennt, der erlebt es jeden Tag mehr, dass das Wort vom Marxismus seinen Schrecken zu verlieren beginnt. Das Volk wird diese Initiative, die aus Wirtschaftsverbänden, auch aus bürgerlichen, herausgewachsen ist, ansehen und für gut finden. 335,000 Bürger haben diese Initiative unterzeichnet. Wir haben die Unterschriften untersucht. Es sind unter diesen 335,000 mindestens 90—100,000 reine Bauernunterschriften. Das sollte doch zu denken geben. Warum haben die Bauern die Initiative unterzeichnet? Herr Dr. Müller hat es vorhin zutreffend und prägnant ausgedrückt: Weil sie seit Jahren unter dem fortgesetzten Preisabbau leiden, weil ihre Vermögens- und Einkommensverhältnisse bedenklich erschüttert sind und ihre Verschuldung Jahr für Jahr beängstigend steigt, besonders die Verschuldung jener Betriebe, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit gekauft werden mussten und deren Schulden infolge des Abbaues aufgewertet worden sind. Nach offiziellen Schätzungen sind heute 20,000 Bauernbetriebe derart überschuldet, dass man ihnen mit kleineren Mitteln und auch mit Preisstützungsaktionen nicht mehr helfen kann. Rechnen wir für den bäuerlichen Familienbetrieb durchschnittlich 5 Personen, müssen wir sagen, dass mindestens 100,000 Menschen in der Landwirtschaft, wenn ihnen nicht geholfen wird, nicht wissen, wo sie morgen oder übermorgen hingehen müssen. Wir anerkennen, das hat Herr Dr. Müller bereits ausgeführt, durchaus, was von Seite des Bundes für die Landwirtschaft

getan wurde, und ich persönlich wäre der Letzte, der die gewaltige Arbeit von Herrn Bundesrat Schulthess und seine Verdienste um die Landwirtschaft nicht mit grösstem Respekt würdigen wollte. Um so schmerzlicher berührt es uns in der Landwirtschaft, dass er in Aarau entgegen eigentlich seiner ganzen bisherigen Wirtschaftspolitik in den Kurs des Handels- und Industrievereins eingeschwenkt ist.

Man wird uns sagen, der Bund werde auch in Zukunft die landwirtschaftlichen Preise stützen. Aber die Botschaft zur Initiative enthält hierüber nur sehr unbestimmte Aeusserungen und vom Abbau der Schulden und der Zinsen ist weder in Aarau noch gestern mit einem Wort die Rede gewesen. Herr Dr. Abt hat gestern tröstlich auf die Bauernhilfskassen verwiesen. Wir wollen ihre wohlthuende Wirkung anerkennen, aber Herr Dr. Abt weiss vielleicht sogar besser als ich, dass die Bauernhilfskassen keine andere Wirkung haben können als in allerdingendsten Fällen vorübergehend zu helfen. Eine dauernde Sanierung wird nicht möglich sein mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln; in zwei bis drei Jahren werden wir dieselben Leute wieder haben und diesen wieder helfen müssen, wenn nicht unterdessen das Entschuldungsproblem auf weiterer Grundlage an die Hand genommen wird. Der Schweizerische Bauernverband hat bekanntlich über dieses Problem fünf Eingaben an den Bundesrat gerichtet, mit weitgehenden Vorschlägen. Der Bundesrat kann und wird die Eingaben prüfen. Aber zu irgendwelchen Aktionen ist er nicht verpflichtet. Es sollte auch hier für die Entschuldung die verfassungsmässige Grundlage geschaffen werden. Die bäuerlichen Befürworter der Kriseninitiative müssen im Vorschlag der Initiative einen Fortschritt erblicken. Diesen bäuerlichen Befürwortern hält man etwa entgegen, wir werden mit der Initiative nur das jetzige Preis- und Lohnniveau stabilisieren, das sei ungerecht, die landwirtschaftlichen Preise seien weit stärker gefallen als die Löhne, die relativ immer noch hoch seien. Diese Löhne müssten hinunter und die landwirtschaftlichen Preise hinauf. Wir geben zu, dass es heute noch Spitzengehälter gibt, auf geradezu unmoralischer Höhe. Aber merkwürdigerweise sind diese meist in jenen Kreisen zu finden, die uns Bescheidenheit und Sparsamkeit besonders anempfehlen. Selbstverständlich hat die Initiative nicht den Sinn, ungerechtfertigte Löhne und Preise hochzuhalten. Sie wendet sich nur gegen die Tendenz, die Krise durch einen allgemeinen Lohn- und Preisabbau zu überwinden. Im übrigen darf man doch nicht übersehen, dass Preise und Löhne in einem gewissen innern Zusammenhang stehen und dass die Landwirtschaft kein Interesse daran haben kann, dass die Löhne der mittleren und der untern Volksschichten, bei denen eben das Problem der Kaufkraft praktisch weitgehend in Erscheinung tritt, noch weiter abgebaut werden; im Gegenteil, so wenig wie die Arbeiterschaft ein Interesse daran haben kann, dass möglichst tiefe landwirtschaftliche Produktpreise herrschen. Es ist erfreulich, festzustellen, dass heute in den Gewerkschaften diese Einsicht sich geltend macht und erkannt wird, dass auch die Politik der bil-

ligen Lebensmittel letzten Endes dem Arbeiter zum Nachteil gereicht, wie sie all denen, die aus ihrer Arbeit leben müssen, zum Nachteil geraten ist. Wir sind auch für ausgleichende Gerechtigkeit, aber wir können sie nicht darin erblicken, dass wir den Bauern sagen: Dir geht es schlecht, dem andern geht es besser, hilf Du uns, dass es dem andern auch schlechter gehe! Wahrscheinlich geht es den Bauern nicht besser, wenn es dem Arbeiter oder Angestellten schon schlechter geht, sondern im Gegenteil. Das ist ein so komischer Ratschlag, wie wenn weise Volkswirtschaftler etwa unsere Bauern so trösten möchten mit dem Hinweis, dass es ihren Berufsgenossen im Ausland noch viel schlimmer als ihnen ergehe. Damit ist unsern Leuten nicht geholfen. Mit dieser Theorie kommen wir nicht aus der Not heraus. Es ist heute eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik nötig im Sinne einer grundsätzlichen Abkehr von diesen Abbaumethoden, die der Exportindustrie, für deren Schutz auch wir eintreten, deren Bedeutung wir durchaus anerkennen, nicht ausschlaggebend helfen können, dafür aber die grosse inländische Wirtschaft, auf die doch drei Viertel der Bevölkerung angewiesen sind, noch mehr ruinieren.

Deshalb ist auch für die Initianten der Kriseninitiative der Gegenvorschlag des Herrn Dr. Saxer, so gut er gemeint sein mag, nicht annehmbar. Er äussert sich über die grundsätzlichen Fragen nicht. Die einzelnen Punkte sind derart formuliert, dass man mit ihnen machen kann, was man will. Man sagt Schutz vor Preiszerfall. Da sind die Abbauer auch dafür, sie erklären, sie wollen auch keinen Preiszerfall, sie wollen bloss Anpassung. In bezug auf das landwirtschaftliche Entschuldungsproblem bildet Art. 2 des Gegenvorschlages eine absolut ungenügende Grundlage. Für einen Gegenvorschlag sind meiner Meinung nach die Aussichten zeitlich und psychologisch verpasst. Aber das ist nicht die Schuld der Initianten, sondern des Bundesrates, der zum vorneherein sich auf eine schroff ablehnende Haltung eingestellt hat. Diese Politik des Biegens und Brechens ist bedenklich und bedauerlich, um so mehr, als dadurch die Kluft zwischen Parlament, Regierung und Volk grösser wird. Ich meine aber, wir hätten allen Anlass, unserer Demokratie Sorge zu tragen und dafür einzutreten, dass sie ihre Grundsätze der politischen Gleichberechtigung auch im Wirtschaftsleben zum Durchbruch bringt und dort für Recht, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich sorgt. Aus dieser Sorge um unsere Demokratie heraus ist die Kriseninitiative entstanden, weil sie ein Versuch ist, das Wirtschaftsleben auf einer neuen Basis zu ordnen. Es ist doch für jeden Freund der Volksgemeinschaft ein erfreuliches Zeichen, dass sich grosse Volksschichten, die bis jetzt sich bekämpft haben, hier zusammenfanden im einigen Willen, auch im Wirtschaftsleben gerechtere Grundsätze durchzuführen. Wem das Wort von Demokratie und Volksgemeinschaft ernst ist, kann sich über diese Erscheinung freuen. Er wird auch nicht so düster in die Zukunft blicken, wie es hier der Fall gewesen ist in der Botschaft des Bundesrates und bei den Referenten von gestern. Ich möchte Ihnen empfehlen der Initiative zuzustimmen.

Gnägi: Je schwieriger die Verhältnisse werden, um so grösser wachsen die Gegensätze im Volke an. Wir sind nichts weniger als ein geschlossenes Volk in dieser Notzeit, sondern wir stehen uns in zwei Lagern gespalten schroff gegenüber.

Die eine Gruppe glaubt, dass auch wir einer gewissen Anpassung an die Lebenshaltung auf die Dauer nicht ausweichen können. Diese Gruppe findet es als ein grosses Unrecht, dass bis heute die Krisenlast einseitig von unserem Volke getragen werden muss. Die Hauptleidtragenden waren bis heute die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter und die Landwirtschaft. Die Produktpreise der Landwirtschaft sind, gemessen an 100 der Vorkriegszeit, zurückgesunken auf 105, während unsere Lebenshaltungskosten auf 129 stehen. Die Tariflöhne, die Besoldungen, welche durch Gesetze festgelegt sind, bewegen sich auf 180 bis 200, wiederum 100 Vorkriegszeit. Diese Zahlen beweisen eine grosse wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Auf der einen Seite ungeheure Belastungen bis zur Unerträglichkeit, auf der anderen Seite dagegen Nutzen aus dieser Not.

Die Anhänger der Kriseninitiative argumentieren sehr stark mit der Kaufkrafttheorie. Gute Löhne und Besoldungen sollen ermöglichen, gute Preise zu bezahlen. Diese Theorie hat sich in der Vergangenheit, wenigstens der schweizerischen Landwirtschaft gegenüber nicht bewährt. Trotz hoher Löhne und Besoldungen sind unsere Preise in den letzten Jahren immer tiefer hinuntergerutscht. Hätte der Bund nicht mit seinen Abwehrmassnahmen die billige Einfuhr aus dem Ausland zurückgehalten, so wären unsere Preise zurückgesunken auf 50 % der Vorkriegspreise, obwohl Löhne und Besoldungen die doppelten der Vorkriegszeit betragen. So ist es in Wahrheit mit dieser viel gepriesenen Kaufkrafttheorie, welche bei den Anhängern der Kriseninitiative eine bedeutende Rolle spielt. Wir verlangen nicht absolut den Abbau, sondern wir verlangen nur einen besseren Ausgleich in bezug auf das Tragen der Krisenlasten. Es darf nicht so weitergehen, dass gewisse Volkskreise bis zur Unerträglichkeit belastet werden, während andere aus dem Elend noch Nutzen ziehen können. Wir glauben auch nicht, dass es gelingen wird, ohne eine gewisse Anpassung der Lebensansprüche an die heutige Zeit, diese Krise zu überstehen. Die Aussichten der heutigen Wirtschaft sind sehr betrüblich. Die Zukunft ist vollständig im Dunkeln. Die grosse Krise in der Landwirtschaft und beim kleinen Handwerkerstand auf dem Lande ist bekannt: Gewaltige Absatzstockungen bei der Exportindustrie, starker bleibender Rückgang derselben. Scharfe Krise in der Hotelindustrie, Krisenerscheinungen in der Inlandindustrie, im Gewerbe, im Zusammenhang mit der Krise von Landwirtschaft und Exportindustrie. Grosse Unsicherheit im Bankwesen, hauptsächlich bei den Grossbanken, die in ihren Anlagen im Ausland vielleicht nicht mehr die richtigen realen Werte besitzen. Es wird hier von den Anhängern der Kriseninitiative in starken Tönen gegen den Kapitalexport losgezogen. Das ist etwas spät heute. Diese Kritik nützt heute nicht mehr sehr viel. Wir haben vor 12 Jahren in zwei Interpellationen über diesen Kapitalexport interpelliert,

haben auf die grosse Gefahr aufmerksam gemacht, haben die Verhältnisse geschildert, wie sie heute eingetreten sind. Man hat uns verlacht. Damals hat kein einziger Mensch geholfen. Heute kommt jeder und will an diesem Kapitalexpert Kritik üben. Das hätte man damals schon sagen sollen und uns unterstützen müssen. Wir hätten heute einige hundert Millionen Schweizerfranken mehr in unserem Lande. Wir haben einen steigenden Verkehrsrückgang bei den Bahnen, und zwar nicht nur bei den Bundesbahnen. Wir haben einen gewaltigen Verkehrs-, Banken- und Verwaltungsapparat, der auf eine blühende Wirtschaft eingestellt ist. Eine kranke Wirtschaft kann diesen Apparat auf die Dauer nicht ertragen.

Zu all diesen grossen Gefahren ist leider noch eine neue im Anzug. Man wird sie nicht bestreiten können, nämlich eine beginnende Krise in der Baubranche mit all ihren schweren Rückwirkungen auf die übrigen Kreise. Die Zahl der Arbeitslosen wird leider stark zunehmen und damit auch eine grosse finanzielle Last für die öffentliche Hand. So liegen heute die Dinge bei nüchterner, sachlicher Betrachtung. Wir müssen den Mut haben, die Wahrheit zu sagen und dementsprechend zu handeln. Die Botschaft des Bundesrates legt diese Verhältnisse offen und klar dem Parlament vor Augen. Diese Darlegungen sind leider nur zu wahr und berechtigt. Das ist die Auffassung der einen Gruppe, die ich hier geschildert habe.

Das andere Lager, die Anhänger, welche sich um die Kriseninitiative herumgruppieren, haben über unsere Wirtschaft eine ganz andere Auffassung und wollen in der Bekämpfung der Krise andere Wege gehen. Sie machen dem Bundesrat den Vorwurf, dass er einen ganz falschen Kurs gegangen ist in der Bekämpfung der Krise. Sie wollen keine Anpassung, sondern durch Hochhalten der Löhne, durch Preisschutz im Inland die Kaufkraft erhalten und damit die Krise bekämpfen. Die Arbeitslosigkeit soll durch grosszügige Notstandsarbeiten bekämpft werden. Jedem Schweizer soll ausreichende Existenz gesichert werden. Das ist also jetzt die Sicherheit von der Wiege bis zum Grabe, die seinerzeit schon hier angetönt worden ist. In der heutigen schweren Zeit muss das eine ungeheure Beruhigung sein für das Volk. Der Staat hat also für einen genügenden Lohn- und Preisschutz aufzukommen. Die Preise für die Landwirtschaft müssen stark erhöht werden, denn der Ausgleich wird nach oben gesucht. Bei den Unternehmern deren Geschäftsgang nicht erlaubt, die verlangten Löhne zu bezahlen, wird eben der Staat den nötigen Zuschuss leisten müssen. Man verspricht auch der Landwirtschaft und dem Gewerbe womöglich die Entschuldung und Erleichterung des Zinsendienstes. Den Arbeitslosen soll eine genügende Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe auch fernerhin, ja sogar noch besser als bis heute gesichert werden. Es ist ein grosszügiges und sicher gut gemeintes Programm. Wir glauben aber, es sei nur zu schön, um durchgeführt werden zu können. Man macht nach allen Seiten grosse Versprechungen, deren Einlösung, je nachdem sich unsere Wirtschaft entwickeln wird, eine ungeheure Aufwendung erfordert! Woher will man diese notwendigen Mittel sich beschaffen? So gross-

zügig und weitgehend das Programm der Kriseninitiative aussieht, um so dürftiger und spärlicher sind die Finanzierungsgrundlagen dazu. Man verlässt sich ordentlich auf den Herrgott und viel Glück. Kein Mensch kann nur annähernd abschätzen, welche Mittel notwendig sind, um dieses Programm zu finanzieren. Es müsste eine furchtbare Enttäuschung sein für alle diejenigen, welche dieser Initiative zustimmen, wenn sie nicht ernst gemeint wäre und praktisch nicht durchgeführt werden könnte. Man will zur Finanzierung der Kriseninitiative den Weg der Prämienobligationen beschreiten. Das ist aber keine sichere Finanzierung. Das ist eine Lotterie, wo keiner gezwungen ist, mitzumachen. Im weitern sind die Anleihen vorgesehen. Eine starke Schuldenwirtschaft ist auch nicht der richtige Weg zu geordneten Staatsverhältnissen. Darin sind wir doch wohl alle einig. Wird die Kriseninitiative angenommen und auch durchgeführt, so wird die Beschaffung von Mitteln durch Anleihen keine leichte Aufgabe werden. Es ist nicht denkbar, dass der Staatskredit unverändert ein guter bleibe unter diesen Verhältnissen. Nach dieser Richtung werden auch noch Ueberraschungen zu gewärtigen sein, die die ganze Frage noch unendlich schwieriger gestalten.

Es besteht vielerorts die Auffassung, dass diese Kriseninitiative, auch wenn sie vom Volk angenommen wird, nicht durchgeführt werde, weil es praktisch nicht möglich sei. Darüber habe ich wirklich eine andere Auffassung. Die Leute, die hinter dieser Kriseninitiative stehen, werden alles einsetzen, um dieses Programm durchzuführen. Sie haben es versprochen, und sie werden alles tun, um es zu verwirklichen. Erhält diese Initiative in der Volksabstimmung die Mehrheit, so wird sicher mit allem Hochdruck dahin gearbeitet, dass im nächsten Herbst bei der Parlamentsbestellung diese Front eine Mehrheit aufweisen wird. Denn sie muss das zu erreichen suchen, damit sie das Programm, das sie aufgestellt hat, durchführen kann. Ein solches Parlament hat dann auch volle Kompetenzen. Wenn es gelingt, bei den nächsten Wahlen immer wieder in der gleichen Zusammensetzung die Leute herzuschicken, kann es 10 Jahre ohne irgendwelche Befragung des Volkes hier arbeiten nach dem Programm der Kriseninitiative. Wir müssen uns deshalb bewusst sein, dass es hier ernst gilt, und dass wir vor einer schweren Entscheidung stehen, die für unser Land die allergrösste Bedeutung hat. Deshalb sind wir für eine klare Entscheidung, falle sie so oder anders aus. Der anhaltende Druck von dieser Seite muss einmal ein Ende nehmen. Es wird dann auch einmal Gelegenheit geben, zu sagen, wer hinter dieser Front steht. Wir sind heute in einer politisch sehr unklaren Situation. Aus dieser Ungewissheit herauszukommen, muss der Wunsch aller Parteien sein. So wie es heute aussieht, kann nicht mehr richtig Politik gemacht werden.

Wir beantragen, auf die Kriseninitiative nicht einzutreten. Sie bedeutet eine Fahrt in eine vollständig unsichere Zukunft, mit einer Führerschaft, die bis heute in unserem Wirtschaftsleben keine überragende Stellung eingenommen hat. Zu der wir auch nicht das Vertrauen haben, dass sie einer solch ungeheuren Aufgabe, das Schweizervolk aus

dieser Krisennot herauszuführen, gewachsen sein werde. Mit übertriebener Kritik, mit Schlagwörtern und grossen Tyraden und weitgehenden Versprechungen ist es noch nicht gemacht. Damit ist noch nicht bewiesen, dass man über die nötige Staatskunst verfügt, besser als die Bisherigen die Not zu bannen. Wir haben kein Vertrauen, dass es auf diese Weise besser herauskommen wird. Das bedeutet eine Fahrt ins Ungewisse. Die Anhänger der Kriseninitiative schätzen unsere Wirtschaft und die Möglichkeit der Entwicklung in der Zukunft viel zu günstig ein. Die kommende Wirtschaft wird einfach nicht gestatten, unsere heutige Lebenshaltung allgemein aufrecht zu erhalten. Man verspricht sich Sachen, deren Ausführung einfach nicht möglich sein wird, ohne dass unser Volkvermögen zur Finanzierung dieser Zuschüsse stark herangezogen werden muss. Geht aber unser Volkvermögen zurück, dann schwinden auch die Steuergrundlagen, währenddem die Ansprüche an die öffentliche Hand ins Unermessliche ansteigen. Eine solche Finanzpolitik muss zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen. Auch aus diesem Grunde lehnen wir die Kriseninitiative mit voller Ueberlegung ab und betrachten deren Annahme als ein grosses Landesunglück.

Nach unserem Dafürhalten ist es falsch und direkt gefährlich, in der Bundesverfassung ein Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise aufzunehmen, gegen eine unbekannte und vollständig unsichere Grösse. Niemand weiss heute mit Bestimmtheit, welche Ausdehnung die Krise in den nächsten Jahren noch nehmen wird. Wir stehen hier auf Seiten des Bundesrates, der mit Recht sagt, er wolle vorerst wissen, welchen Weg diese Entwicklung gehen werde, um dann noch die weitem Abwehrmassnahmen einleiten zu können entsprechend der Grösse der Krise. Man würde ja glauben, wenn man die Reden aus den Kreisen der Kriseninitiative hört, es wäre eigentlich in unserem Lande in bezug auf die Massnahmen zur Bekämpfung der Krise vor dieser Initiative noch gar nichts geschehen. Ich glaube, darin sind wir uns doch alle einig, dass vielleicht kein Land so viel wie die Schweiz getan hat, um die Wirtschaftskrise dem Volke zu erleichtern. Ueberall ist die Wirtschaft gestützt worden. Man hat die Not der Arbeitslosen so wie wahrscheinlich in keinem andern Lande zu beheben versucht. Die Inlandindustrie, das Grossgewerbe hat man durch Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen vor der billigen ausländischen Konkurrenz geschützt, so dass sie ganz ordentlich, ja bis heute teilweise sogar sehr ordentlich, durchgekommen ist. Man hat notleidende Industrien geschützt, so die Stickereiindustrie, die Uhrenindustrie usw. Man leistet die produktive Arbeitslosenhilfe und übernimmt Risikogarantien für ausländische Lieferungen. Man hat den Kompensationsverkehr ausgebaut hauptsächlich zu Gunsten der Industrie. Der notleidenden Hotellerie wird ebenfalls geholfen. Unsere gesamte Wirtschaft einschliesslich die Landwirtschaft, muss heute vom Bunde geschützt werden.

Nun die Lage der Landwirtschaft. Gestatten Sie mir als praktizierenden Bauern — es sprechen ja hier so viele Leute für die Interessen der Landwirtschaft, die sich nicht mit der Landwirtschaft

befassen — auch noch einige Bemerkungen anzubringen.

Die landwirtschaftlichen Preise befinden sich auf einem unerträglichen Tiefstand. Es besteht ein grosses Missverhältnis zwischen Preisen und Selbstkosten in der gesamten Lebenshaltung unseres Landes. Wir klagen die Behörden an, dass sie seinerzeit die Landwirtschaft in der Krise belassen haben, als es dem übrigen Schweizervolk noch sehr gut gegangen ist. Die Landwirtschaft steckt seit 1922 ununterbrochen in der Krise, währenddem unsere Wirtschaft von 1923 bis 1929 eine Hochkonjunktur erlebt hat. In einem Berichte, ich weiss nicht von 1931 oder 1932, ist zu lesen, dass von 1923 bis 1929 im ganzen 73,000 Fabrikarbeiter mehr unter das Fabrikgesetz gestellt werden mussten. Das ist ein Beweis einer grossen Ausdehnung der Industrie, die stattgefunden hat. Und in diesem Zeitpunkt hat man der Landwirtschaft ungenügende Hilfe zuteil werden lassen. Herr Bundesrat Schulthess weiss genau, dass der Sprecher hier unzählige Male nach dieser Richtung um vermehrte Hilfe nachgesucht hat. Wir wollen heute keine Anklagen mehr erheben. Wir können das ja doch nicht mehr ändern. Aber es verhält sich eben doch so, dass die Landwirtschaft ihre Reserven aufgebraucht hat, in dem Moment, da die Krise erst so heftig und richtig in Erscheinung tritt, während das übrige Volk sich noch gut halten konnte bis zum Jahre 1931. Es ist leider wahr, dass wir vorzeitig unsere Reserven aufbrauchen mussten. Heute stehen wir eben vor dem Nichts. Man möge sich dessen bewusst sein. Die bisherigen Massnahmen genügen nicht, um die Landwirtschaft über Wasser zu halten. Wird die Kriseninitiative angenommen oder nicht, sind nur drei Wege möglich, um die Landwirtschaft zu retten und wenn die Landwirtschaft nicht gerettet werden kann, werden wir in einen Abgrund versinken. Da ist einmal die Entschuldungsfrage. Es ist unmöglich, dass wir je einmal wieder Preise erreichen, die es ermöglichen, diese grossen Schulden zu verzinsen. Da ist zweitens die Zinsfussfrage. Ich kenne das auch. Wir haben seinerzeit bei der bernischen Hypothekarkasse $5\frac{1}{2}$ % für I. Hypotheken bezahlt, heute 4 %, die letzten Jahre vor dem Krieg $4\frac{1}{2}$ %. Aber eine kranke Wirtschaft kann eben den Zins nicht bezahlen wie eine gesunde Wirtschaft. Darauf ist Rücksicht zu nehmen, nicht auf die Höhe der Zinssätze, sondern auf die Möglichkeit, diesen Zins herauszubringen. Der dritte Punkt ist die Hebung der Preise, werde die Kriseninitiative angenommen oder nicht. Wenn sie angenommen wird, soll es für uns alle gut kommen. Dann muss die Entschuldung durchgeführt werden, also Geld muss sowieso auf den Laden gelegt werden; wird sie nicht angenommen, soll man freiwillig das tun, was absolut notwendig ist. Das ist dann Aufgabe der Behörden und des Schweizervolkes. Es muss also nach unserer Auffassung im gegenwärtigen Moment vom Bundesrattstisch aus klar gesagt werden, was nach dieser Hinsicht in Zukunft, werde die Kriseninitiative angenommen oder nicht, geschehen soll. Die Anhänger der Kriseninitiative haben sehr geschickt diese Versprechungen in ihr Programm aufgenommen. In der Abstimmung wird dieses Programm unterbreitet werden, wo den

Bauern Hilfe zugesichert wird. Was nachher geht, das wissen die Götter. Trotzdem die Kriseninitiative auch für die Landwirtschaft günstige Punkte enthält, müssen wir dennoch mit aller Entschiedenheit dieselbe bekämpfen, weil deren Durchführung Staat und Volk in ungeheure finanzielle Gefahren bringt. Nicht alle Bauern werden auf Dr. Müller und andere hören, wenn wir mit den Leuten vernünftig und ruhig, vielleicht nicht mit dem gleichen Feuer, mit der gleichen Rhetorik, mit den gleichen Ausdrücken sprechen, so werden sie doch vernünftig und ruhig über die Sache nachdenken. Wir haben die Ueberzeugung, dass ein grosser, überwiegender Teil der Bauern gegen die Kriseninitiative auftreten wird. Das wollen wir ruhig abwarten. Die Unterschriften sind hier nicht massgebend. Ich könnte hier Beispiele erzählen, wie die Unterschriften gewonnen worden sind. Das hat keinen Sinn. Die Leute waren nicht aufgeklärt, als sie die Unterschriften gaben, sie wussten nicht, was da eigentlich in Frage stand. Wir werden sie aufklären und dafür sorgen, dass jeder Bauer weiss, worum es geht, und dann werden wir ruhig die Entscheidung abwarten.

Unsere oberste Landesbehörde, der Bundesrat, ist einstimmig in der Ablehnung, er bezeichnet die Annahme der Initiative als ein Landesunglück und als den Anfang des Staatssozialismus. Wenn eine Behörde, welche die erste Verantwortung trägt für das Schicksal eines Volkes, so spricht, eine Behörde, die die in- und ausländischen Verhältnisse sicher am besten kennt, so muss das einen grossen Eindruck machen im Volk. Die Freunde der Kriseninitiative werfen dem Bundesrat — hauptsächlich in den Versammlungen; hier ist man etwas vorsichtiger — vor, er sei unfähig, sie erlauben sich masslose Kritik an seiner Arbeit. Es braucht ziemlich viel Selbstbewusstsein, dass Leute, welche weder in der Wirtschaft noch in der Politik bis heute eine überragende Rolle gespielt haben, heute alles besser verstehen wollen als unser gesamter Bundesrat. Damit, dass man sich an seinen eigenen Worten berauscht und sich ungeheuer wichtig vorkommt, ist absolut noch keine Ueberlegenheit bewiesen. Wir wollen im eigenen Interesse dieser Leute und derjenigen, die hinter ihnen stehen, nur hoffen, dass sie niemals in die Lage kommen werden, ihr überlegenes Wissen und Können praktisch zu beweisen, alle diese grossen Versprechen einzulösen.

Noch ein Wort über den Gegenvorschlag. Unsere Fraktion ist über die Wünschbarkeit und Nützlichkeit eines Gegenvorschlages nicht einig. Der Sprechende ist für eine klare Lösung, kein Gegenvorschlag. Das Schweizervolk soll die Kriseninitiative zum Entscheid erhalten, Ja oder Nein. Unser Volk wird Vernunft genug aufweisen, um einzusehen, dass die Annahme der Kriseninitiative ein Landesunglück wäre. Dieser ewige Druck der Leute, welche hinter dieser Kriseninitiative stehen, muss so oder anders ein Ende nehmen. Wird die Vorlage abgelehnt, haben wir die bestimmte Erwartung, dass das komme. Die grossen Versammlungen, die heute abgehalten werden, wo die Leute stundenweit herkommen, immer die gleichen Gesichter auftauchen, sind nicht massgebend. Wir sind der gleichen Auffassung wie der Bundesrat in

dieser Frage. Der Bund wird in voller Kenntnis der Tatsachen weiter an die Lösung der Krisenprobleme herantreten. Es ist sehr viel getan worden. In der Vergangenheit sind natürlich auch Fehler und Ungerechtigkeiten passiert. Es ist unrichtig und falsch, wenn behauptet wird, der Bundesrat habe eine bewusste Abbaupolitik getrieben. Dieser Abbau ist nicht Programm, sondern Schicksal aller Völker. Es ist nichts Neues für uns, sondern das, was in der ganzen Welt vorausgegangen ist. Wir werden beim Herrgott kaum besser angeschrieben sein, als andere, so dass wir es verdienen, das nicht auch erleben zu müssen, was andere bereits erlebt haben. Der Bundesrat hat grosse Abwehrmassnahmen gegen die Krise durchgeführt und er wird auch, wenn die Kriseninitiative erledigt ist, weiterhin alles tun, um die Krise zu mildern und denjenigen Volksgruppen, die sich selbst nicht mehr durchhalten können, die Existenz zu sichern suchen. Wird die Kriseninitiative abgelehnt, dann müssen Volk und Behörden alle Kräfte zusammenraffen, um den Kampf gegen die Krise mit vermehrten Mitteln und auf gerechterer Grundlage als heute weiterzuführen. Dabei wird die Entschuldungsaktion für die Landwirtschaft unverzüglich an die Hand genommen werden müssen. Alle Kreise des Volkes und auch die Behörden sind von dieser Notwendigkeit überzeugt. Wenn wir diese Massnahmen in der Landwirtschaft nicht durchführen, werden wir keine Ruhe und Sicherheit mehr erhalten. Ueber die Zinsfrage habe ich mich bereits ausgesprochen. Ich nehme an, man werde auch über diese Frage vom Bundesratstische aus eine Antwort erhalten. Also schaffen wir Klarheit und weisen wir übertriebene, unmögliche und direkt ungerechte Forderungen ab durch Verwerfung der Initiative ohne Gegenvorschlag.

Bundesrat **Schulthess**: Seit mehr als zwei Jahrzehnten haben wir gegen den Zusammenbruch der Wirtschaft und direkt und indirekt für die Schwachen und Bedrohten gekämpft, insbesondere gewisse Stände berücksichtigt und hauptsächlich die Landwirtschaft und die Arbeitslosen nicht vergessen. Ich will mich enthalten, diesen Kampf, der unter den verschiedensten Bedingungen und gegen die verschiedensten Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten seit Kriegsbeginn bis zum heutigen Tag geführt worden ist, Ihnen auch nur zu skizzieren und darzulegen. Allein gegenüber Behauptungen, wie sie heute gemacht worden sind und Anklagen, die auch gegen mich persönlich erhoben wurden, ich sei ein Pessimist, darf ich doch daran erinnern, wie ich schon im Jahre 1917 gerade für die Arbeitslosen die erste Grundlage einer Fürsorge gelegt habe. Und weil heute behauptet wird, ich betrachte die Dinge, die da kommen, zu pessimistisch und ich sei von diesem Standpunkt aus dazu gelangt, die Forderungen der Kriseninitiative abzulehnen, und es sei unsere Wirtschaft in der Lage, zu ertragen, was von ihr gefordert werde, so darf ich mir vielleicht einige kleine Reminiszenzen gestatten.

Als im Jahre 1917 unsere Wirtschaft zum guten Teil wenigstens eine Hochkonjunktur erlebte, als die Schweiz mit industriellen Aufträgen überhäuft wurde, weil die Arbeitskräfte in den kriegführenden Staaten an die Front gerufen waren, als unsere In-

dustrie Gelegenheit hatte, zu verdienen, da habe ich im Bundesrat darauf hingewiesen, dass andere Zeiten kommen werden, für die vorgesorgt werden müsse. Und mit grosser Mühe habe ich damals erkämpft, dass durch einen 20%igen Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer ein Arbeitslosenfürsorgefonds angelegt wurde, der im Laufe der Zeit auf 120 Millionen gestiegen ist. Man hat mir gesagt: was wollen Sie mit diesem Geld anfangen, niemals wird man es brauchen. Arbeitslosigkeit gibt es in diesem Umfange gar nicht. — Im Jahre 1918, als die Mittel zum Teil schon zusammen waren, habe ich in Verbindung mit der Industrie, die damals in einer viel bessern Lage war, weil sie am Ende einer industriellen Hochkonjunktur stand, die erste Grundlage für eine gemeinsame Arbeitslosenfürsorge gelegt und wiederum wurde ich angegriffen und man sagte: Dummes, unnützes Zeug, solche Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Nach dem Kriege wird es aufwärts gehen, genau wie im Jahre 1870. — Ich war also damals schon der Pessimist, aber der Pessimist, der Recht hatte, weil er die Dinge beurteilte wie sie waren und wie sie erwartet werden mussten. Ich muss mir gestatten, an diese Tatsachen zu erinnern. Wir haben dann gerade für die Arbeitslosen mit diesem Gelde, von dem ich gesprochen habe, am Ende der Kriegsjahre, nämlich in den Jahren 1918, 1919 und 1920, ich darf wohl sagen, Grosses geleistet. Unzählige Bauten in unserem ganzen Lande bis in die höchsten Bergtäler hinauf legen dafür noch Zeugnis ab. Eine zweite Krise trat ein im Jahre 1920/21 und dauerte bis zum Jahre 1923. Auch damals haben wir mit Hilfe der Mittel, die wir heute auch noch anwenden, insbesondere der Einfuhrbeschränkungen, für Arbeit gesorgt und verhindert, dass die Landwirtschaft, wie das Gewerbe und die Industrie, unter dem Drucke ausländischer Konkurrenz zusammengebrochen sind. Glücklicherweise war jene Krise relativ kurz. Aber sie zeitigte dieselben Erscheinungen wie es heute der Fall ist.

An diese Jahre der Nachkriegskrise schlossen sich nun ungefähr 7 Jahre an, die man relativ die 7 fetten Jahre nennen kann. Es war zwar eine Hochkonjunktur, die teilweise unserer Produktion zugute kam, aber mehr eine Scheinkonjunktur als eine wirkliche.

Als dann im Jahre 1931 die Weltwirtschaftskrise auch die Schweiz erfasste, waren wir wiederum gezwungen, in rapider Weise zu organisieren und unsere Wirtschaft zu schützen. Unser Ziel war vor allem, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen auf der einen Seite und auf der andern Seite die Landwirtschaft so zu unterstützen, dass sie die Krise ertragen konnte. Allein es steht ja ausser Frage, dass wir zu diesem Zwecke unsere Wirtschaft in Fesseln legen mussten, wie man sich das in früheren Jahren, speziell vor dem Kriege, nie hätte einbilden können. Und heute leben wir in einem Verhältnis, das in weitgehendem Masse die Freiheit der Entwicklung der Produktion aufhebt. Unsere gesamte Wirtschaft steht nicht nur unter dem Drucke der Krise, sondern auch unter dem Drucke der behördlichen Vorschriften und der künftigen Ereignisse, die nichts Gutes bringen dürften. Dass in solchen Zeiten Unzufriedenheit um sich greift, dass sich aber auch jedermann an den Staat wendet und Hilfe verlangt, ihm aber möglichst wenig

geben will, dass ein jeder sich wieder darüber beklagt, was man für den andern tut und überhaupt alles kritisiert, was getan wird, liegt unglücklicherweise in der menschlichen Natur, und ich darf wohl sagen, dass die Schweizer auch in dieser Beziehung nicht besser sind als andere Völker. Aber trotzdem darf ich feststellen, dass sie bis jetzt ein auserlesenes Volk gewesen sind, das durch alle Krisen der Nachkriegszeit und auch der jetzigen Weltwirtschaftskrise unendlich viel besser durchgekommen ist als irgendein anderes. Trotzdem werden unter dem Druck der Verhältnisse die Anforderungen an den Staat immer schwerer, insbesondere aber sind es nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse, die drückend werden, sondern auch die finanziellen. Geben wir uns Rechenschaft: in der bisherigen Diskussion habe ich darüber speziell von den Befürwortern der Initiative kein Wort gehört. Die Finanzen der Gemeinwesen in den Krisengebieten, im Jura, in der Ostschweiz usw. befinden sich in den bedenklichsten Verhältnissen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass diese Gemeinwesen bereits sich um Hilfe an den Bund gewendet haben, von ihm an die Kantone zurückgewiesen worden sind und dass diese heute nicht nur die eigenen Aufgaben zu erfüllen haben, sondern auch die einer grossen Anzahl von Gemeinden, deren Steuereingang gewaltig zurückgegangen ist und deren Ausgaben in ebenso starkem Masse gestiegen sind. Diese Verhältnisse werden sich in der nächsten Zeit in geradezu rapider Weise verschlechtern, und es werden eine ganze Reihe von Kantonen in Not geraten! Ich sehe bereits den Moment kommen, in dem eine ganze Anzahl von Kantonen — es ist ja bereits vereinzelt geschehen — sich an den Bund wenden und ihn um Hilfe anheben, damit er ihnen Darlehen zu einem niedrigen Zinsfuss oder gar unverzinslich gewähre. Darlehen ist natürlich ein Euphemismus. Man gibt das Geld, fordert nicht viel Zins und schreibt es einstweilen als Darlehen in die Bücher, um es dann später mit dem nassen Finger durchwischen zu müssen. So drücken nach und nach auf die Bundesfinanzen nicht nur die Ausgaben des Bundes, nicht nur seine ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben, sondern auch die Ausgaben der Kantone und der Gemeinden. Wenn man sich hierüber Rechenschaft gibt, so wird man doch nachzudenken beginnen und sich fragen, wie soll das enden, wenn nicht in Zukunft grösste Zurückhaltung und Vorsicht geübt wird und wenn das Volk sich nicht ein gewisses Masshalten auferlegen versteht. Unerschöpflich sind keine Reichtümer, und die Kassen der Gemeinwesen sind bereits erschöpft. Gemeinde, Kanton und Bund müssen sich an den öffentlichen Kredit wenden. Viele finden sogar keinen mehr und manche, die ihn heute noch geniessen, werden vielleicht später, wenn eine unvorsichtige Finanzgebarung die Ausgaben in einem fort steigert, den Kredit, den sie heute noch haben, verlieren. Von diesen Dingen allerdings habe ich, wie ich vorhin schon bemerkte, in der heutigen Diskussion noch kein Wort gehört.

Es ist uns im grossen und ganzen gelungen, die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Es ist uns gelungen, uns auch vor sozialen Erschütterungen zu bewahren und grosse Arbeitskonflikte zu verhindern. Alles Aktivposten, für die Opfer gebracht worden sind — mit Recht, und für die auch in Zukunft Opfer ge-

bracht werden müssen. Es ist uns auch bis vor kurzem gelungen, eine gewisse Zusammenarbeit zu sichern und ein leidliches Einvernehmen aufrecht zu erhalten. In diesem Saale haben alle Parteien sehr oft, von links bis rechts, zusammengearbeitet für die Bekämpfung der Krise und die Aufrechterhaltung der Wirtschaft.

Allein, nun lodern auf einmal die Leidenschaften stärker auf als früher. Der Moment ist gekommen, in dem viele sagen und finden, der Bund, der Staat könne nun seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen, das gebe Anlass zu Unzufriedenheit. Und was kann man nicht alles anstellen mit der Unzufriedenheit! Alles, besonders dann, wenn man sie in demagogischer und gewissenloser Weise ausbeutet. Aber selbst dann, wenn man in besten Treuen dem Bund und dem Staate die Aufgaben zuschieben will, die er nicht zu erfüllen in der Lage ist, die über seine Kräfte hinausgehen, sogar dann leistet man dem Staat einen bösen Dienst, und es gelingt nach und nach, das Volk aufzustacheln gegen den Staat, ich möchte fast sagen, gegen sich selbst. Denn das Volk ist doch der Staat, und der Staat ist das Volk. Heute sind wir an diesem Punkte leider angelangt. Zu sehr vergisst man, was im Laufe der Jahre geschehen ist; zu sehr vergisst man, was andere in 20 Jahren erduldet haben; zu sehr vergisst man, welches, relativ genommen wenigstens, erträgliche Leben dem Schweizervolk bis vor kurzem beschieden war. Ich bin der erste, der davon überzeugt ist, dass der Bund auch dieser verschärften Wirtschaftslage entgentreten wird und auch in Zukunft sein Möglichstes tut. Aber wir müssen überall, wie ich schon so oft an dieser Stelle gesagt habe, mit dem Möglichen rechnen.

Nun habe ich ein Zweites in dieser langen Diskussion vermisst: das ist irgendein Hinweis darauf, was unser kleines Staatswesen in Wirklichkeit vermag, was es erträgt und inwieweit unsere Wirtschaft unabhängig, inwieweit sie abhängig ist. Ich habe nur Ausführungen gehört, was geschehen müsse, wenn der und jener Stand nicht zusammenbrechen solle, welche Ungerechtigkeiten vorgenommen seien usw. Zum Teil trifft das Letztgesagte in der Tat zu für die Privatwirtschaft. Aber man hat das vergessen, was tatsächlich geschehen kann und hat immer nur an den Wünschen und nicht an den Möglichkeiten gemessen. Man hat nicht gefragt: Kann der Bund das Gewünschte tun, ist der Kanton in der Lage, in dieser Art und Weise zu helfen. Man erklärt einfach: Nach unserer Ueberzeugung und damit das Volk zufrieden sei, muss geholfen werden, der Kanton nehme das Geld, wo er es finde, darum kümmern wir uns überhaupt nicht. Aber dieses Geld, soweit es die öffentlichen Mittel sind, kann nur aus der Wirtschaft gezogen werden, und weil die Wirtschaft die Last tragen soll, wie es sehr oft der Fall ist, muss man auch bedenken, dass sie den Kontakt mit der Aussenwelt und mit der übrigen Welt nicht aufgeben, dass sie nicht auf die Dauer sich isolieren und eine Preisinsel bilden kann. Alles das, was ich Ihnen hier ausgeführt habe, darf in der Diskussion über diese Richtlinien nicht vergessen werden. Bedenken Sie, was in der letzten Zeit gegen den Bund, gegen den Bundesrat, auch gegen den Chef des Volkswirtschaftsdepartementes alles geschrieben und gesprochen wor-

den ist. Bedenken Sie, welche exorbitanten und weitgehenden Forderungen an uns gestellt worden sind. Bedenken Sie, dass wir vor der Tatsache stehen, dass nach unserer Ueberzeugung zum guten Teil nicht erfüllt werden kann, was stürmisch verlangt wird, und dann werden Sie sich nicht mehr darüber wundern, dass eine Botschaft erschienen ist, die aus dem alten Kanzleistil herausfällt und mit einer gewissen Lebhaftigkeit das Erbe verteidigt, das uns überlassen worden ist. Ich nehme kein Wort zurück, das geschrieben worden ist. Jedes ist wahr und gerechtfertigt. Schliesslich sind wir auch Menschen und haben das Recht und sogar die Pflicht, zu verteidigen, was wir für recht halten und dass wir nicht alle über den Staat herfallen lassen, wie es gelegentlich geschehen ist. Die Kriseninitiative, die uns vorgelegt wird, greift an die Grundlagen unseres Staates. Es geht nach meiner Ueberzeugung um Sein oder Nichtsein, das ist die Frage. Wohl ertönen heute in diesem Saale die Schalmeien, wonach es ja nicht so böse gemeint sei; es sei gar nicht richtig, dass sozialistische und andere extreme Forderungen gestellt würden; man müsse nur recht lesen; das Volksbegehren sei nur ein harmloses Traktätlein, über das sich niemand aufregen sollte. Aber es ist hin und wieder doch gut, wenn man den Dingen etwas nachgeht. Vor einigen Monaten hat mir ein Gewerkschaftsführer, den ich schätze, schmunzelnd erklärt: Wir sind gegen die Totalrevision, wir machen die Totalrevision durch die Partialrevision. In der Tat, wenn diese Partialrevision angenommen würde, so wäre das viel mehr eine Revision an Haupt und Gliedern für unsern Staat, eine Revision der Grundsätze, auf denen er beruht, und der Grundfesten, auf denen er gebaut ist, also viel mehr als eine harmlose Totalrevision der Bundesverfassung! Das Urteil des Gewerkschaftsführers ist vollständig zutreffend.

Woher kommt die Kriseninitiative? Wohl stehen ihr Hunderttausende von Bürgern, die ich durchaus respektiere und deren guten Glauben ich nicht im mindesten bestreite, zu Gevatter. Allein es wurde schon gestern von Herrn Walter darauf hingewiesen, dass da ganz eigentümliche verwandtschaftliche Beziehungen stehen mit andern Dokumenten. Da sei mir nun doch gestattet, daran zu erinnern, dass dieser Geist, den die Kriseninitiative haucht, dieser neue Geist, dieser Geist einer besondern Totalrevision, wenn man es auch nicht gern hört und es mit aller Energie abstreitet, ein sozialistischer, ja sogar ein importierter Geist ist. Ich habe hier vor mir die Rote Revue, die bereits zitiert worden ist. Aber es sei mir gestattet, daraus einige Stellen zu verlesen. Da heisst es im Heft 11 vom Juli 1934 z. B.:

„Was die Kriseninitiative will, das will auch der „Plan der Arbeit“. Aber er will noch einiges mehr. Er will vor allem Klarheit schaffen, wo die ökonomische Lösung der Probleme zu suchen ist, die auch von der Kriseninitiative gestellt werden. Insofern ist der „Plan der Arbeit“ eine Erweiterung der Kriseninitiative, auch wenn beide ganz unabhängig voneinander entstanden sind. Damit ist nicht gemeint eine Erweiterung bloss im Sinne eines längeren Katalogs von Forderungen, als sie die Initiative aufstellt, sondern als Wegweisung der von der Initiative gesteckten Ziele.“ Weiter heisst es:

„Die Forderungen der Initiative finden sich auch im „Plan der Arbeit“. Nur dass sich dieser nicht damit begnügt, die Forderung zu erheben, er gibt gleich auch Auskunft über die Möglichkeiten der Lösung. Die Initiative verhält sich zum Plan wie das Eisenskelett eines Hauses zum vollendeten Gebäude. Was in der Initiative nur Andeutung, ist im Plan Vollendung. So wird die Initiative der eigentliche Auftakt zum Kampf um den Plan.“

Im Zentralblatt der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, Nr. 9/10 vom Juni-Juli 1934, hat ein zwar bürgerlicher Vertreter der Angestellten zum „Plan der Arbeit“ das folgende geschrieben:

„Der Plan hat bis weit in bürgerliche Kreise hinein Aufsehen erregt und Beachtung gefunden, wohl deshalb, weil er in einer wohlüberlegten, sachlich und gut formulierten umfassenden Art, wenigstens auf dem Papier, einen Ausweg aus den Nöten weist, worauf sehnsüchtig so viele Halbverzweifelte warten, die da glauben, durch „Organisation“ könnten alle wirtschaftlichen Gebrechen beseitigt werden.“ Vorher heisst es noch:

„Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) genehmigte in seiner Delegiertenversammlung vom 1. bis 3. Juni in Lausanne den „Plan der Arbeit“, der einen Versuch darstellt, die gesamte schweizerische Wirtschaft nach sozialen Grundsätzen planwirtschaftlich zu gestalten. Der Plan will dem wirtschaftlichen Chaos und der Ratlosigkeit der bisher führenden Wirtschaftskreise eine bestimmte Zielsetzung entgegenstellen.“ Dann heisst es weiter:

„Der Vorstoss des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste ist eine Verbandsangelegenheit und hat mit der Kriseninitiative nichts zu tun. Trotzdem werden wir gut tun, uns damit recht bald zu befassen. Wenn nun der Präsident der sozialdemokratischen Partei, Nationalrat Reinhard, sich dahin geäußert hat, die Kriseninitiative stelle eine erste, der „Plan der Arbeit“ eine zweite Stufe dar und bilde die Ueberleitung zur dritten Stufe, zur Sozialisierung der Wirtschaft und zur Machtübernahme durch die Arbeiterschaft, so kann man das von einem Präsidenten der sozialdemokratischen Partei nicht anders erwarten. Er bleibt seinen Auffassungen treu und sucht alle Vorgänge ihnen dienstbar zu machen. Selbstverständlich verpflichtet uns das zu nichts. Lassen wir Präsident Reinhard bei seiner Stufentheorie, sie hat in keiner Weise bei den Beratungen der Kriseninitiative, bei der nur Wirtschaftsverbände mitwirkten, mitgespielt, sonst wäre die Front der Werktätigen, die sich hinter die Initiative stellte, nicht zustande gekommen.“ Das letztere scheint mir etwas optimistisch zu sein. Wenn ich Ihnen erst aus diesem „Plan der Arbeit“ gewisse Stellen vorlesen würde, so würde Sie das ganz anheimeln, Sie würden glauben, ich lese Ihnen die Kriseninitiative vor. Da ist eine Stelle auf S. 5, sie bezieht sich u. a. auf die Intellektuellen und sagt: „Deren Aufgabe ist es, eine Aenderung der machtpolitischen Verhältnisse im Bunde herbeizuführen. Der „Plan der Arbeit“ ist das Regierungsprogramm der neuen Volksmehrheit.“ Darüber hat sich ja Herr Walter bereits geäußert. Dann heisst es weiter: „Das Ziel dieses Planes ist eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Schweiz mit dem unmittelbaren Zweck, dem gesamten Schweizervolk

eine auskömmliche Existenz zu sichern.“ In der Kriseninitiative heisst es „ausreichende Existenz“ — kein tiefer Unterschied. „Die Durchführung dieses Planes wird bei grundsätzlicher Wahrung der Konsumenteninteressen der schweizerischen Bevölkerung dem Arbeiter und Angestellten gerechte Löhne und fortschrittliche Arbeitsbedingungen sichern, den Arbeitslosen volle und dauernde Beschäftigung bringen.“ So geht es weiter. Wenn Sie weiter hinten die Mittel, die angewendet werden sollen, nachschlagen, dann finden Sie, dass da Anklänge an die Kriseninitiative bestehen, die ganz interessant sind. Interessant ist auch die Art und Weise, wie z. B. dann in diesem „Plan der Arbeit“ die Frage der Förderung der Fremdenindustrie, die Nationalisierung der Hotellerie gelöst wird. Die einen Hotels werden Heimstätten, die andern Asyle, die dritten bleiben weiter im Dienst der Fremdenindustrie. Diese würde offenbar auf diese Art mächtig gefördert!

Wie steht es nun mit diesem Plan der Arbeit? Die sozialdemokratische Partei hat ihm zugestimmt, die treibende Kraft ist aber offenbar der Verband des Personals öffentlicher Dienste, an dessen Spitze, wenn ich nicht irre, Herr Nationalrat Oprecht steht, der gestern ja so entschieden zu uns gesprochen hat. Da habe ich nun noch zwei Nummern der Verbandszeitung: „Der öffentliche Dienst“. Nachdem eingangs ein Wort von Heinrich v. Kleist zitiert ist, wird auch noch gesagt, dass ein ausländischer Plan der Arbeit der Anreger für den schweizerischen Plan der Arbeit geworden ist. Es heisst da: „... der Verfasser des bedeutenden Werkes „Zur Psychologie des Sozialismus“ (1926) und des 1933 erschienenen Buches „Die sozialistische Idee“, der Belgier Hendrik de Man, war wie kaum ein zweiter berufen, den Appell an die Arbeiterschaft aller Länder zu richten: zur Ueberwindung der Müdigkeit und der Resignation, in die sie immer mehr zu verfallen drohte. Sein Plan ist den Lesern des „Öffentlichen Dienstes“ bekannt. Wir wollen über seine Grundsätze, sein Ziel, seine Wirkungsmöglichkeiten deshalb heute nicht sprechen. Man mag ihn kritisieren, man mag ihn in Grund und Boden verdammen, was bei dem Mangel an wirklich konstruktiven Ideen kurzfristig und töricht wäre, eines steht fest: er ist der fruchtbare Anreger für den Schweizer „Plan der Arbeit“ geworden.“

Ich danke Herrn Nationalrat Oprecht für die Ausstellung dieses Ursprungszeugnisses. Ich bin noch nicht fertig. Im Laufe des letzten Herbstes, in den schönen Septembertagen, fand in Frankreich eine Konferenz statt. Da heisst es im „Öffentlichen Dienst“: „Im Herzen von Frankreich, in einem seiner schönsten und fruchtbarsten Departemente, in der Abbaye de Pontigny, dem internationalen Foyer zur Erforschung der Wahrheit, fand über den letzten Sonntag eine internationale Konferenz statt, deren Gegenstand der Beratung bildete das Problem der Planwirtschaft und der damit zusammenhängende soziale, politische und wirtschaftliche Fragenkomplex. Die geistige Führung lag, das ergab sich von selbst und ganz natürlich, bei Hendrik de Man,“ der inzwischen sozialistischer Minister in Belgien geworden ist. Dann wird konstatiert, wie die allgemeine Aussprache sich auf einem hohen Niveau bewegte und zur Klärung einer ganzen Reihe

von Fragen führte. Es werden illustre Namen zitiert von Männern, die gesprochen hätten und dann wird gesagt: „Was uns zum wesentlichen Erlebnis wurde an der Konferenz von Pontigny, ist die unzweifelhafte Tatsache der allgemein beginnenden Neuorientierung der Arbeiterbewegung aller Länder. Ueberall zeigt sich ein deutliches Bestreben im Sinne der Abkehr vom Reformismus und damit der Sammlung auf der Grundlage eines aktivistischen, aber konkreten und konstruktiven Sozialismus. Dabei tritt der rein propagandistische und agitatorische Charakter der Arbeiterbewegung immer stärker zurück zugunsten eines grossen Glaubens und starken Willens: eine neue Ordnung in Politik und Wirtschaft zu schaffen. Die Arbeiterbewegung beginnt damit in aller Herren Länder neue Wege zu gehen. Sie beginnt sich wieder auf jene Zeiten zurückzubedenken, in welchen unsere Väter für ihre Ideen bereit waren, alles zu geben und zu opfern.“ Und nachdem eingangs das schöne Pontigny geschildert worden ist in Worten, aus denen die Lebenslust quillt, heisst es am Schluss entsagungsvoll: „In Pontigny... trat solches klar und deutlich in unser Bewusstsein: das Leben ist nichts, die Idee alles.“ Ich glaube doch, dass auch das Leben in den Augen der betreffenden Herren noch etwas sei und dass die Entsagung, die zum Ausdruck kommt, nicht eine ganz redliche und aufrichtige ist.

Nun, ich glaube, nachgewiesen zu haben, dass die Kriseninitiative ein Kind des schweizerischen Plans der Arbeit ist und dieser ist ein Sohn des Planes der Arbeit, der vom Belgier Hendrik de Man ausgearbeitet worden ist. Dieser letztere Plan ist also gleichsam der Grossvater der Kriseninitiative, und alle Versicherungen, dass diese mit dem Sozialismus nichts zu tun habe, müssen vor diesen aktenmässigen und durch Geständnisse erwirkten Nachweisen dahinfallen. Die Initiative ist eine sozialistische Aktion, eine Vorstufe, wie gesagt wird, dessen, was da kommen soll.

Das hört man vielleicht nicht gerne, aber es ist wahr. Ich sage also, der Geist, von dem die Initiative erfüllt ist, ist ein neuer, ein sozialistischer Geist. Wir verurteilen ihn nicht um seines Namens willen. Ich habe auch schon Forderungen zugestimmt, die von sozialistischer Seite gestellt worden sind und sie sogar verteidigt; aber hier handelt es sich ganz spezifisch um eine sozialistische Lehre,¹ die bestimmt ist, den bürgerlichen Staat und die ganze Ordnung zu zerstören. Das muss ich feststellen. Das Schweizervolk wird sich seine Gedanken darüber machen, dass es gerade ein Verband des Personals der öffentlichen Dienste ist, also ein Verband seiner Diener in Kantonen und Gemeinden, der als eigentlicher Anreger, um den Ausdruck zu brauchen, dieses Planes der Arbeit auftritt, eines Planes, der auf eine Zerstörung des heutigen Staates und eine vollständige Neuordnung hinzielt, und es wird in vielen Kreisen mit Staunen empfunden werden, dass gerade Diener des heutigen Staates sich berufen fühlen, eine Bewegung anzutreiben, die für ihn als direkt feindlich zu bezeichnen ist.

Die Gründe, die gegen die Kriseninitiative vorgebracht werden, sind die verschiedensten. Ich will nicht alle anführen. Sie wissen, welches die

grundsätzlichen Auffassungen sind, die die Freunde der Kriseninitiative und Befürworter des Planes der Arbeit und uns trennen. Wir stellen in erster Linie ab auf die Kraft des Einzelnen, von dem wir im Interesse des Fortschrittes Verantwortungsbewusstsein verlangen müssen, von dem wir fordern, dass er für den Staat Opfer bringe und nicht nur von ihm fordere.

Die Kriseninitiative und der Plan der Arbeit kehren die Dinge um. Während bei uns das Individuum das Primäre ist, ist bei diesen Herren nach den Tendenzen, die hier eröffnet werden, der Staat das Primäre. Er hat zum vornherein zu sorgen für ausreichende Existenz, während wir sagen, zuerst habe das Individuum für sich zu sorgen. Dafür lassen wir ihm aber auch die Freiheit, zu tun, was ihm beliebt innert den Schranken der Gesetzgebung und der öffentlichen Ordnung. Die Kriseninitiative stellt also einen Versuch der kalten Sozialisierung dar. Ich bin überzeugt, dass, so gross auch die Versammlungen sind, in denen Herr Dr. Müller und andere ihre Stimme erschallen lassen, das Schweizervolk sich doch schliesslich auf sich selbst besinnen und diesen Anfängen der versuchten Sozialisierung Halt gebieten wird.

Der zweite Vorwurf, den ich der Kriseninitiative mache, ist der, dass sie auf die internationalen Rückwirkungen keine Rücksicht nimmt, weil sie vergisst, dass die Schweiz nie eine sozialistische Insel inmitten Europas werden kann. Sie verkennt die wirtschaftlichen und die politischen Schwierigkeiten, die sich uns stellen würden und niemand hat bis jetzt von den Befürwortern der Kriseninitiative sich mit diesen Schwierigkeiten irgendwie befasst. Ich glaube, mich bei diesen Dingen nicht länger aufhalten zu sollen und gehe zu einem dritten Vorwurf über. Das sind die finanziellen Fragen und die Deckungsvorschriften. Die Kriseninitiative eröffnet uferlose Möglichkeiten für die Zuschüsse des Staates. Sie will überall geben und überall helfen. Was es dabei braucht, das kann niemand wissen; wir können nur das wissen, dass wenn die Kriseninitiative angenommen würde, dann zweifellos nicht die gemässigten Befürworter und nicht die Extremen die Oberhand erhalten werden. Die letztern würden sagen: Nun ist die Bahn frei; nun muss dem Volke etwas geboten werden. Und so kämen wir in finanzielle Schwierigkeiten hinein, die kaum erträglich wären. Bereits sind unsere Steuern von 268 Millionen Franken vor dem Kriege auf über eine Milliarde Franken gestiegen, und jedes Jahr schwinden die Steuerobjekte, und jedes Jahr muss der Fiskus mehr verlangen, um seine Schulden, die er wiederum gemacht hat, zu verzinsen, um die neuen steigenden, laufenden Ausgaben zu decken. In 20 Jahren hat sich unsere Steuerlast vervierfacht und das Volkseinkommen ist ganz zweifellos, trotz allem, was man behauptet, zurückgegangen.

Die bisherige Politik des Bundesrates ist nicht eine Abbaupolitik, wie bereits von verschiedener Seite gesagt worden ist; im Gegenteil, es ist eine Politik der Stützung, des Aufbaues und der Hilfe. Diese Politik ist sogar so weit gegangen, dass ich gelegentlich gefunden habe, es sei des Guten zuviel, nicht dass ich diese Hilfe den Empfängern nicht gönnen möchte, wohl aber weil ich mich fragte:

Wo sollen die Mittel für diese Hilfe herkommen; wie soll das Bund in die Lage versetzt werden, dauernd und immer mehr aus der Wirtschaft herauszupressen. Die Schweiz wird nicht in der Lage sein, auf die Dauer aus ihrer Wirtschaft heraus diese nötigen Mittel für eine solche weitgehende Intervention aufzubringen, sondern sie wird genötigt sein, sich etwas zu bescheiden, sich nach der Decke zu strecken, wie es überall geschehen muss. Die Kriseninitiative aber schafft nun vollends eine Lage, die weit über das hinausgeht, was der Bund bis heute getan hat und in künftiger Zeit zu tun gedenkt. Die Kriseninitiative vertieft die Intervention, verbreitert sie, breitet sie aus und reisst alle Dämme ein; sie wird dazu Veranlassung bieten, dass alle Stände vom Staate noch viel mehr verlangen werden als bisher. Wohl bietet diese Initiative dem Volke Versprechungen und befasst sich nicht mit der Finanzierung. Wir sind uns durchaus bewusst, dass der Kampf gegen eine solche Initiative in der heutigen Zeit, die allen Ständen, den Bauern, den Arbeitern, den Gewerbetreibenden, überhaupt jedem, dem es nicht gut geht, Hilfe verspricht, ein gefährliches Instrument ist, gegen das nicht leicht anzukämpfen ist. Zumal aber wird dieses Instrument besonders gefährlich, weil, scheinbar wenigstens, gar keine neuen Lasten nötig werden. Es wird nämlich nirgends in der Initiative gesagt, und es wurde das von Befürwortern noch besonders lobend hervorgehoben, dass neue Steuern verlangt werden. In der Tat sieht die Vorlage keine solchen vor, man will das Geld mit den „laufenden Einnahmen“ einbringen — nur schade, dass sie nicht mehr recht laufen wollen —; namentlich verlässt man sich aber auf die Schuldenmacherei, der man das Mäntelchen der Prämienobligationen umhängt, als bedeuteten solche keine Schulden. Der einzige Unterschied besteht darin, dass ein Teil der Zinsen für die Ausrichtung von Prämien verwendet, während der Zinsfuß etwas tiefer angesetzt wird. Ob alles in allem ein solches Prämienanleihen für den Staat günstiger oder ungünstiger zu stehen kommt als ein ordentliches Anleihen, das bemisst sich nach den Bedingungen des Falls. So ist die Kriseninitiative in erster Linie eine Operation, die die Zukunft, die künftigen Generationen belastet, die schon mit riesigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Diese sollen nun auch noch Schulden tragen, die ihnen die heutige Generation als Erbe böser Zeiten hinterlässt. Aber neben der uferlosen Verschuldung braucht es auch noch Steuern, denn nur auf Anleihen kann ein solches generelles Hilfssystem nicht aufgebaut werden. Schulden und Steuern sind also das Resultat.

Man hat mehr über die andern Folgen der Krise gesprochen. Es liegt mir ferne, irgend etwas übertreiben zu wollen. Aber das wird doch kein Befürworter der Initiative im Ernste bestreiten können, dass sie Beunruhigung im ganzen Lande schafft, dass sie die wirtschaftliche und staatliche Finanzgebarung vor eine Reihe von ungelösten Fragen stellt und dass alle diese Vorgänge in der jetzigen Zeit, in der, wie zum Teil richtig hervorgehoben wurde, ohnedies schon grosse finanzielle Schwierigkeiten bestehen, und schwarze Wolken am Himmel sich ballen, sich sehr schädlich auswirken werden.

Nun ist aber auch die Fragestellung der Initianten, die lautet: „Seid ihr für den Abbau oder dagegen“ — und daher für die Initiative — vollständig unrichtig. Ich habe vorhin schon angedeutet, dass der Bundesrat keine Abbaupolitik betrieben hat, sondern dass er Stützungsaktionen durchgeführt hat. Sie ersehen aus den Erklärungen, die die Botschaft gibt, dass der Bundesrat prinzipiell bei der Politik verbleiben will, die er bis jetzt befolgt hat. Es ist also vollständig unrichtig zu sagen: Wer gegen den Abbau ist, muss für die Kriseninitiative stimmen. Der Bundesrat wird seine Politik im grossen und ganzen weiterführen; er wird sich selbstverständlich nach den Verhältnissen richten müssen, vielleicht an manchen Orten zu erweitern haben, wie es ja heute hinsichtlich der Entschuldung gesagt worden ist. Er wird vielleicht da und dort die Aktion einschränken können, wenn ihm die Verhältnisse dies gestatten.

Ich selbst bin nun in der Tat etwas weiter gegangen als der Bundesrat. Ich habe in der Rede in Aarau die Idee entwickelt, dass insbesondere eine andere Atmosphäre geschaffen werden und dass das Schweizervolk beginnen müsse, sich vertraut zu machen mit der Idee, dass es nicht immer so bleiben könne wie es jetzt ist, dass vielmehr in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung eine Aenderung eintreten müsse, da sonst die Wirtschaft und die Staatsfinanzen auf die Dauer die Lasten nicht mehr tragen könnten. Ich habe aber im wesentlichen auf die private Aktion abgestellt und in einem Kommentar, der erschienen ist, der sogar den Stempel eines Beschlusses des Bundesrates trägt, wurde ausdrücklich gesagt, dass der Bundesrat nicht daran denke, Löhne festzusetzen. Und was er unter der Preisfestsetzung versteht, das geht aus der Botschaft über die Preiskontrolle hervor, die den eidgenössischen Räten unterbreitet worden ist. In allererster Linie, sagte ich schon in Aarau und seither wieder im Bundesrat, müsse man sich darüber klar sein, dass grosse Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der heutigen Preis- und Lohngestaltung bestehen. Am Ort des geringsten Widerstandes, dort, wo die ausländische Wirtschaft ihren Einfluss ausübte, da sind die Preise gesunken, dort, wo fremde Waren über die Grenze dringen, aber auch wo, wie z. B. in der Landwirtschaft, schweizerische Waren nicht mehr den Weg über die Grenze ins Ausland finden und infolgedessen eine Ueberproduktion eintritt, erfolgte Preisfall und Preiszerfall. Der Preisrückgang ist, wie ich ausführte, nicht abhängig von unserem Willen, sondern er ist eine Erscheinung, der man sich nicht entziehen kann. Wenn mich gestern Herr Bratschi und nachher Herr Oprecht gefragt haben, was ich unter der höheren Macht verstehe, die in wirtschaftlichen Dingen mitspreche, so sage ich: Es sind die wirtschaftlichen Gesetze, nach denen eben aus gewissen Tatsachen und Umständen heraus gewisse Folgerungen sich notwendigerweise ergeben, die man auf gar keinen Fall, auch mit Hilfe des Staates nicht, ausschliessen kann. Wohl kann man sie vorübergehend etwas zurückbinden, mildern, aber den dauernden Kampf mit der Wirtschaft kann kein Staat aufnehmen, besonders wenn er so klein ist wie die Schweiz und so sehr vom Ausland abhängig ist wie sie, zwei Tatsachen,

von denen sich doch die Befürworter der Kriseninitiative ebenfalls Rechenschaft geben sollten.

Ich habe dann ferner auf gewisse Unausgeglichenheiten hingewiesen und gesagt, diese sollten in erster Linie beseitigt werden, denn das sei auch ein Gebot der Billigkeit und Gerechtigkeit. Da kann ich Ihnen ein kleines Beispiel geben, wie heute die Dinge sind, durch einen Vergleich zwischen der Landwirtschaft und den Verkehrsanstalten. Im Jahre 1914 war der Milchpreis 16½, im Jahre 1935 18 Rappen. Wenn ein Bauer von Bern aus ein Retourbillet III. Klasse nach Olten nehmen wollte, musste er im Jahre 1914 den Preis von 26 Litern Milch ausgeben, im Jahre 1935 ist es der Erlös von 56 Litern Milch, die er den Bundesbahnen hinlegen muss, um III. Klasse nach Olten und zurück fahren zu können. Ich nehme an, auch die Herren von der Kriseninitiative halten nicht darauf, solche Verhältnisse zu kristallisieren und zu verewigen. Aber ich weiss nicht, wie nach ihrem Rezept die Dinge anders werden sollten, denn daran glaubt ja wohl auch kein Bauer, dass man den Milchpreis im Verhältnis von 26 zu 56 erhöhen könne, also um mehr als 100 %. Das ist nur ein kleines Beispiel, das auch wieder zeigt, wie unrichtig es ist, wenn man sagen will, an den jetzigen Verhältnissen solle nichts geändert werden, keine Löhne, keine Preise dürfen zurückgehen, man müsse nur den Versuch machen, sie zu heben. Ich könnte Ihnen weitere ähnliche Beispiele vor Augen führen, allein ich möchte Sie nicht lange aufhalten mit diesen Auseinandersetzungen und Ihnen bloss sagen, dass ich heute noch wie in Aarau davon überzeugt bin, dass ich die Wahrheit sagte. Ich habe mir das Recht herausgenommen, im Moment, in welchem ich von meinem Amt zurücktrete, dem Volk rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. Es ist das das einzige Privileg, das ich beanspruche, es war aber auch meine Pflicht, es zu tun. Heute steinigt man mich deshalb, es werden Scheiter herbeigetragen, um mich zu verbrennen. Die Scheiter sind aber grün, und brennen nicht; oft werden sie auch von jungen Leuten herbeigetragen, die das gleiche Epitheton verdienen. Das wird mich in meiner Ueberzeugung in gar keiner Art und Weise wankend machen. Ich bin überzeugt davon, dass in einer relativ kurzen Zeit, vielleicht in einem Jahr, vielleicht in zwei Jahren, diejenigen, die mich heute steinigen wollten, werden erklären müssen, dass ich recht gehabt habe. Man wird das einsehen. Hinter mir steht die sieghafte Kraft der Wahrheit und die wird sich durchsetzen und alle Bemäntelungen werden da gar nichts helfen. Ich habe deshalb nichts zu bereuen und nichts zurückzunehmen. Ich übernehme aber die Verantwortung nur für das, was ich gesagt habe und wie ich schon im Dezember an dieser gleichen Stelle erklärte, nicht für dasjenige, was man mir unterschiebt. Wenn nun im Jahrbuch der eidgenössischen Räte geschrieben steht, ich hätte eine Rede gehalten, in der ich einen Abbau von 20 % verlangt habe, so möchte ich vor allem aus feststellen, dass kein Bundesbeamter, sondern der Redaktor einer hiesigen Zeitung, der diesen Text zu diesem helvetischen Jahrbuch redigiert hat, an diesem Irrtum schuld ist. Dieser Mann hat offenbar meine Rede in Aarau nicht gelesen, denn

ich habe dort gesagt, dass die Industrie einen Abbau von 20 % für die Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit als notwendig erachte und dass ich diese Notwendigkeit nicht bestreiten wolle, dass aber natürlich solche Entwicklungen sich nicht von heute auf morgen machen können. Aus alledem, was seither gegangen ist, geht ja ganz deutlich hervor, wie die Dinge liegen. Der Unterschied zwischen den loyalen Befürwortern der Kriseninitiative und überhaupt denjenigen, die an die Haltung der Preise glauben und mir, liegt eigentlich darin, dass meine Gegner die Tatsache unterschätzen, dass der Abbau eine Erscheinung ist, die ihren Weg gehen wird, die kommen muss. Sie wollen die Dinge gehen lassen und es riskieren, dass einmal ein Absturz eintritt. Ich habe geglaubt, es sei Pflicht des Bundesrates, das Schweizervolk langsam und möglichst schmerzlos von der Höhe, auf der es sich heute befindet, hinunterzuführen, um zu verhindern, dass es durch einen plötzlichen Absturz um seine Existenz kommen könnte. Man überschätzt die Macht des Staates. Es gibt Leute, die glauben, wenn man nur wollte, wenn nur die Behörden die Hand dazu bieten würden, wäre es sehr leicht, auch für die Zukunft unsere Wirtschaft auf der bisherigen Basis weiterzuführen, ja sogar, wie es gesagt und in der Kriseninitiative verlangt wird, diese Grundlagen noch zu stärken und zu erweitern.

In der Diskussion wurden namentlich noch zwei Tatsachen zugunsten der Kriseninitiative ins Feld geführt und gegen meine Auffassung geltend gemacht. Die eine Behauptung ist die, dass der Bundesrat in seiner Botschaft in gar keiner Weise sich darüber ausgesprochen habe, wie er der Aufwertung der Schulden zu begegnen bestrebt sein werde, die durch die Herabsetzung der Preise eintrete. Man macht geltend, automatisch, ohne weiteres führe die Herabsetzung der Preise zur Aufwertung der Schulden. Dieser Standpunkt ist in dieser Allgemeinheit falsch. Massgebend ist nicht dasjenige, was einer in seinem Betrieb brutto einnimmt, sondern dasjenige, was er schliesslich verdient. Selbstverständlich müsste — das habe ich ausdrücklich gesagt —, nachdem der nötige Ausgleich erfolgt ist, wenn an einen weiteren Abbau herangetreten werden soll, dieser so erfolgen, dass gleichzeitige Senkungen eintreten. So würde die Harmonie hergestellt und erhalten, die durch den Ausgleich, den ich für richtig halte, geschaffen worden ist.

Ich möchte gegenüber der Einwendung der Initianten noch einige Beispiele ins Feld führen. Ich will nicht so grausam sein und fragen, ob durch die Reduktion der Saläre und Löhne des Personals der Bundesbahnen eine Aufwertung der Schulden der schweizerischen Bundesbahnen erfolge. Ich will auch nicht fragen, ob die Preisverhältnisse für Billette und Landwirtschaftsprodukte, von denen ich vorher gesprochen habe, für den armen Bauer ungünstiger würden, wenn die Betriebskosten der Bahnen sich reduzieren sollten. Es ist selbstverständlich, dass durch einen Rückgang der Ansätze in den Regiebetrieben, der Zentralverwaltung des Bundes, der Kantone und Städte grosse Ersparnisse gemacht werden könnten, die ihnen gestatten würden, ihre Schul-

den leichter zu verzinsen, als es heute der Fall ist. Wenn gesagt wird, der Rückgang des Milchpreises führe notwendigerweise zu einer Entwertung der Liegenschaft, so ist dies je nach Umständen, je nach Ausmass nicht schlechthin richtig oder unrichtig. Wenn der Milchpreis sinkt und gleichzeitig die andern Produktionsfaktoren sich günstig entwickeln für den Landwirt, so wird er entweder ganz oder teilweise einen Ausgleich in verkleinerten Produktionskosten finden. Wenn der Arbeiter eine Lohnreduktion hinnehmen muss, so verliert er, falls alles andere gleich bleibt; wenn aber die andern Faktoren auch zurückgehen, so wird er, wie man sich ausdrückt, denselben Reallohn haben, wie vorher. So möchte ich also sagen, dass die Herren, die so argumentieren, wie die Befürworter der Kriseninitiative, gleichsam Brutto und Netto miteinander verwechseln. Sie gehen davon aus, dass eine Senkung der Roheinnahmen auch ohne weiteres eine Senkung der Nettoeinnahmen zur Folge habe, was zweifellos nicht richtig ist. Allein ich habe in der Kommission gesagt und will es gern hier wiederholen, dass sicherlich am Faktor Kapital an den verschiedenen Orten ein Abbau eintreten muss. Wir stossen auf das Kapital z. B. bei den Mieten. Eine durchgreifende allgemeine Herabsetzung der Mietpreise würde vielfach auch eine Herabsetzung der Zinsenlasten zur Voraussetzung haben. Aber man muss sich auch hier klar sein: die Mieten gehen notwendigerweise, ob man wolle oder nicht, zurück, und das Suchen nach einem Ausgleich ist nicht ungerechtfertigt. Ebenso stösst man auf den Faktor Kapital bei der Landwirtschaft und bei allen möglichen andern Betrieben. Es wird das Augenmerk des Staates darauf gerichtet sein müssen, dass die Zinsenlast abnehme. Ich will den Ausführungen meines Kollegen vom Finanzdepartement in dieser Beziehung nicht vorgreifen. Wenn es aber nicht möglich wäre, auf dem Faktor Kapital gewisse Konzessionen zu erhalten, würde der Abbau notwendigerweise auf Schwierigkeiten stossen. So ist also auch vom Standpunkt der Krisenbefürworter aus keine Ungerechtigkeit zu befürchten.

Wenn ich schliesslich noch auf einen wichtigen Punkt aufmerksam machen darf, so ist es folgender. Unsere gesamte heutige Preislage beruht auf unserm gesamten wirtschaftlichen und finanziellen System. Der Bundesrat ist sehr weit gegangen in seinen wirtschaftlichen Massnahmen. Er hat insbesondere nicht unterlassen, immer darauf hinzuweisen, wie seine Massnahmen der Natur der Sache nach nur vorübergehende und keine dauernden sein können. Wenn, wie ich Ihnen bereits entwickelt habe, die Wirtschaft heute derart in Fesseln gelegt ist, dass darunter nicht nur der Produzent und der Wiederverkäufer, sondern sogar der Konsument der Waren vielfach in Mitleidenschaft gezogen wird, so werden Sie anerkennen müssen, dass es schwer hält, auf Jahre hinaus das System der Wirtschaftspolitik aufrechtzuerhalten, das wir einführen mussten. Manche Vorgänge beweisen, dass auf die Dauer solche Einschränkungen von unserem freiheitsliebenden Volk nicht ertragen werden wollen und dass es nicht ausgeschlossen ist, dass eine Lockerung bestehender

Vorschriften aus psychologischen und politischen Gründen notwendig wird.

Gibt man sich aber anderseits Rechenschaft, dass die Durchführung der Vorschriften, die z. B. hinsichtlich der Milchversorgung teilweise beim Bunde, teilweise bei den Verbänden liegt, die Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Preise ist, und bedenkt man, dass auch die Kontingentierung einer grossen Zahl von Waren mit allen ihren Widerständen einzig geeignet ist, bedeutende Zweige der Industrie und des Gewerbes zu schützen, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass in nicht allzu ferner Zeit der Moment kommen dürfte, in dem eine Aenderung sich aufdrängt und in dem infolge des Hinfalls des Zwangssystems die Preise erschüttert werden. Wer wie ich die Schwierigkeiten beobachtet und würdigt, die uns dadurch entstehen, dass gerade die kantonalen Behörden wenig Verständnis und Neigung für die Durchführung solcher Zwangsvorschriften zeigen, muss einen sukzessiven Abbau für ein Gebot der Klugheit halten, damit nicht einmal schliesslich das System vollständig zusammenbricht und alle Dämme reissen. Ueberzeugt davon, dass die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse noch lange dauern, glaube ich, dass man diese Tatsache berücksichtigen muss. Nur Optimisten, die die Lage viel günstiger einschätzen, als es gerechtfertigt ist, die Zeit der Krise kürzer bemessen als wir und die Schwierigkeiten nicht kennen, mit denen heute unsere Preislage gehalten wird, können anders urteilen. Wir halten dafür, dass es geboten sei, die Gegenbewegungen zu berücksichtigen, zu regulieren und zu kanalisieren, damit unsere Wirtschaft auch diese Periode überstehen kann.

Schliesslich wurde in der Diskussion noch die Frage aufgeworfen, ob man einen Gegenvorschlag aufstellen solle oder nicht.

In der Tat zerfällt ja der Inhalt der Kriseninitiative in verschiedene Teile. In Ziff. 1, Abs. 2, und in Ziff. 2, lit. a und b und zum Teil noch c sind diejenigen Bestimmungen des Volksbegehrens enthalten, die man als sozialistische bezeichnen möchte und die, wie ich Ihnen vorhin ausführte, meines Erachtens nicht tragbar sind, weil es dem Staate praktisch nie möglich sein wird, Garantien für die Preise und Löhne zu übernehmen. Die Bestimmungen, die von der planmässigen Arbeitsbeschaffung handeln, kann man ja verschieden auslegen. Gern möchte ich sie möglichst unschuldig interpretieren. Aber mit solchen optimistischen Auslegungen ist nichts getan. Wir müssen uns darüber im klaren sein, was mit dem vorliegenden Texte geschehen kann. Die Anhänger eines Gegenvorschlages möchten diese gefährlichen Bestimmungen herausnehmen und den Ideen der Kriseninitiative, soweit sie eine Hilfsaktion fordern, Rechnung tragen und sie ausbauen.

Der Bundesrat hält dafür, dass die Kriseninitiative, wie wir Ihnen schon ausgeführt haben, ein Ganzes bildet und prinzipiell beurteilt werden muss. Er erblickt im Texte einen Grundsatz, der mit gewissen Ausführungsbestimmungen verbrämt ist. Der Bundesrat hält dafür, dass das Prinzip nicht annehmbar ist und fordert eine saubere, glatte Lösung. Er sagt gegenüber der Kriseninitia-

tive „Nein“, weil er die Grundidee nicht will und dafür hält, dass deren Durchführung ein Unglück für unsern Staat bedeuten würde. Das Volk soll daher in die Lage versetzt werden, über die Initiative, so wie sie vorliegt, zu entscheiden, ohne dass die Abstimmung durch Gegenvorschläge kompliziert wird.

Ich glaube, dass der Bundesrat von dieser Auffassung nicht abgehen wird. Er hält dafür, es dürfte kaum möglich sein, sich über den Wortlaut eines Vorschlages zu einigen, der dem Volk unterbreitet werden könnte. Denn dasjenige, was sie wollen, das wollen wir nicht, und was wir zugeben können, wird vermutlich der andern Seite nicht genügen. Also hat es keinen Sinn, einen Gegenvorschlag zu machen. Heute ist ein solcher vorgelegt worden. Ich will mich über die einzelnen Punkte nicht aussprechen. Manches ist annehmbar, anderes ruft Bedenken. Der Bundesrat gibt sich Rechenschaft darüber, wie schwer politisch und wirtschaftlich die Lage unseres Landes ist. Er weiss auch, dass es einen harten Kampf um diese Initiative absetzen wird. Er glaubt aber, dieser Kampf müsse ausgefochten werden. Nachher müssen sich beide Teile finden, um im Interesse des Landes zusammen zu arbeiten. Denn in der Tat vertragen es unsere Interessen auf die Länge nicht, eine Trennung bestehen zu lassen und dass zwei grosse Volksteile einander befehlen und sich nicht verständigen können. Aber hin und wieder muss in der Politik der Kampf sein. Es ist ein Kampf unter Umständen besser als ein fauler Friede und aus ihm können sich Friede und Verständigung entwickeln. Wenn das Volk gesprochen hat, dann wird sich der unterliegende Teil fügen müssen. Am bedeutungsvollsten für unsere Zukunft ist der Geist, der unser Volk beseelt. Da möchte ich nicht verhehlen, dass ich mit grosser Besorgnis in die Zukunft sehe, wenn ich mir Rechenschaft darüber gebe, wie heute ein grosser Teil des Volkes sich zum Staate einstellt, was von ihm verlangt und an ihm kritisiert wird, wie immer mehr die Tendenz zutage tritt, zu verlangen, wie das Pflichtgefühl zurückgeht und wie auf der andern Seite die Begehrlichkeiten stets wachsen. Man überschätzt die Hilfsquellen unserer Wirtschaft, die Einkünfte und die Hilfsmöglichkeiten unseres Staates und schraubt so die Begehrlichkeit in die Höhe. Was nötig ist, das ist der Verständigungs- und Opferwille. Es ist aber auch nötig die Erkenntnis, dass unser Schweizervolk sich den wirtschaftlichen Ereignissen und dieser gewaltigen Krise nicht vollständig widersetzen können, sondern dass auch es seinen Tribut wird bezahlen müssen. Möge die Demokratie sich fähig erweisen, nachdem sie unser Land in wirtschaftlich guten Zeiten aufwärts geführt hat, auch das Land zu leiten und zu regieren in Zeiten des Rückschlages und sogar des Unglückes. Möge es uns erspart werden, dass das politisch geschulte, auf seine alte Demokratie stolze Schweizervolk seine Lage durch Uneinigkeit und durch Mangel an Opferwillen erschwert. Dann, wenn der Opferwille, wenn die Einsicht des Volkes fehlen, wenn die Leidenschaften die Oberhand gewinnen, dann ist die Zukunft düster. Ich will aber hoffen, dass auch uns aus diesen Differenzen heraus sich eine gemeinsame Arbeit entwickle und dass das

Schweizervolk sich wieder finden, sich daran erinnern, und es auch hinnehmen wird, dass es, wie andere Völker, in einem gewissen Masse unter dieser Krise leiden muss. Soll das geschehen, dann muss nach unserer Ueberzeugung die Kriseninitiative abgelehnt und dann müssen Wege gegangen werden, die wir bis jetzt gegangen sind und die der Bundesrat auch für die Zukunft empfiehlt.

Ast: Als im Sommer 1933 die nach London einberufene Welt-Wirtschaftskonferenz resultatlos zusammengebrochen war, da hatte ich mir nach Kenntnisnahme der Pressemitteilungen einige Tage nachher an einem offiziellen Anlass in Basel die Bemerkung erlaubt, dass, wenn leider auch diese Wirtschaftskonferenz resultatlos verlaufen sei, eine zweite und eventuell eine dritte notwendig sein werde, um diese Weltkrise mit ihren Grundursachen aus der Welt zu schaffen. Ich habe heute noch die Ueberzeugung, dass die leitenden Männer unserer Grosstaaten einsehen müssen, dass die heutige Tendenz der Isolierung, wonach ein Staat sich vom andern abschliesst, ein Fahren auf falschen Geleisen bedeutet. Denn die Weltkrise kann m. E. nur so behoben werden, dass die Einfuhrbestimmungen der einzelnen Länder für den internationalen Warenaustausch wieder zur Geltung gebracht werden, und ich stehe heute noch auf diesem Boden.

Doch wage ich der Ansicht Ausdruck zu geben, dass solange diese Regelung in dieser Form nicht Platz greift, auch die Hoffnungen und Erwartungen unserer Exportindustrie, dass sie durch Senkung der Produktionsbedingungen wesentlich grössere Aufträge erhalte, sich nicht erfüllen. Gewiss gebe ich zu, dass hie und da ein Auftrag mehr hereinzubringen ist, dagegen weiss man, dass im Moment, wo diese Konkurrenz für das Einfuhrland unangenehm fühlbar wird, bei der heutigen Struktur der Handelsverträge, die sozusagen von einem Tag auf den andern gekündigt werden können, man einfach die Schranken erhöht, die Einfuhr dementsprechend erschwert und dann stehen wir wieder beim alten. Dennoch habe ich die Auffassung, dass ein gewisser Abbau in unserer allgemeinen Lebenshaltung eine Notwendigkeit ist, und dass auch ein Abbau bei den Löhnen und liberalen Einkommen stattfinden soll, und muss, die eigentlich heute von der Not der andern einen Nutzen ziehen, wie das in zutreffender Weise vom Kommissionspräsidenten geschildert worden ist. Darin sind wir alle einig, dass der Staat mit Hilfe der von der Krise noch verschont gebliebenen Wirtschaftsgruppen und der vorhandenen Reserven den von der Krise Betroffenen helfen muss. Aber der Staat ist meines Erachtens den gleichen Gesetzen unterworfen wie seine Urzelle, die Einzelfamilie. Wie geht es dort, wenn das Familieneinkommen zurückgeht, und wenn ein rechter Familiensinn noch vorhanden ist? Da bin ich überzeugt, dass die Ausgaben auf das Erträgnis eingeschränkt werden und wenn eventuell Reserven angegriffen werden müssen, diese um so länger ausreichen, je mehr sich die einzelnen Mitglieder in ihren Ansprüchen bescheiden können. Den gleichen Gesetzen wie die Einzel-Familie ist auch der Staat unterworfen. Es wäre m. E. bei den

heutigen Verhältnissen verdienstlicher, wenn die Leute, die so viele Vorträge halten, auf die Zusammenhänge der Verhältnisse aufmerksam machen würden, auf die Verhältnisse und Zusammenhänge mit der Weltwirtschaft, der Weltkrise, und wenn sie hinweisen würden, dass ein Grossteil bei uns nicht zu wissen scheint, wie gut, gemessen an unsern Nachbarstaaten, es uns noch geht. Dass wir von unsern Nachbarstaaten um unserer gesunden Verhältnisse willen beneidet werden. Ich bedaure ausserordentlich, dass die heutige Misstimmung der von der Krise betroffenen Leute derart missbraucht wird, um eine politische Plattform zu suchen. Das eine ist sicher: Wer heute so recht über die Behörden schimpft und über deren Massnahmen kritisiert, findet Anhang und Glauben. Es mag bis zu einem gewissen Grad verständlich erscheinen, dass in den von der Krise betroffenen Kreisen, sei's dass sie arbeitslos geworden oder ihrer gewohnten Beschäftigung nicht nachgehen können, oder trotz allem Fleiss und grosser Einschränkungen ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachzukommen vermögen, wie das in vielen Bauernfamilien der Fall ist, eine Misstimmung Platz gegriffen hat.

Leider wird diese Misstimmung noch durch unverantwortliche Hetzer, die eine politische Plattform suchen, künstlich noch geschürt. Dass man sagt, wenn die Behörden wollten, wäre man längst aus der Krise heraus und hätten bessere Verhältnisse. Dass man über alle Vorkehrungen und Massnahmen der Behörden Kritik übt, über die Behörden schimpft und den guten Glauben abspricht.

Hierin stehen die Freigeldleute an der Spitze und deshalb auch ihr grosser Anhang. Denn vielen, denen es wirtschaftlich gesprochen schlecht geht, nach dem Sprichwort, der Ertrinkende klammert sich um einen Strohalm, laufen diesen Aposteln nach und glauben an deren Heil! Es scheint zwar, dass die Führung ihrer ursprünglichen Theorie etwas wankend geworden, vom Umlaufzwang des Geldes und dessen Schwund die Wirtschaft in Gang zu bringen, hört man nicht mehr viel. Auch Herr Ständerat Sonderegger hat in der Begründung seines Postulates im Ständerat diesen Punkt nur mit einem einzigen Satz berührt und erklärt, auf das Märchen vom Markenaufkleben wolle er nicht eintreten. Dagegen hat er in einer langen Rede die Behauptung aufgestellt, unsere Krise sei eine nationale Erscheinung und könne auch national behoben werden. Ich will nicht untersuchen, wie weit Herr Sonderegger an diesen Satz selbst glaubt. Aber darin bin ich sicher, dass er nicht ein einziges Mitglied der eidg. Räte von seiner Theorie überzeugt hat. Ganz anders ist es aber in weiten Schichten der Bevölkerung, in Volkskreisen, die von der Wirtschaftsnot betroffen sind und daraus ihr Urteilsvermögen vielleicht etwas getrübt ist. Da werden solch leichtfertige Behauptungen als Wahrheit und Heil der Zukunft aufgefasst.

Sie fragen vielleicht, warum ich überhaupt hier das zur Sprache bringe, ob das hierher gehöre. Ich glaube ja, es gehört hierher, ich wollte nur im allgemeinen zeigen, wie Volkshetze gemacht wird. Nun komme ich zur Sache selbst. Mit der Botschaft des Bundesrates gehe ich insofern einig, ohne auf Einzelpunkte eintreten zu wollen, dass die

Verwirklichung der Initiative die Tragfähigkeit eines jeden Staates übersteigt, also auch die Tragfähigkeit unserer Schweiz, und dass mit der Verwirklichung der Initiative die Krise ja nicht behoben ist, wohl aber vielleicht das Abgleiten auf eine schiefe Ebene gefördert wird. Nicht einig gehe ich aber mit der Botschaft des Bundesrates auf Seite 40 und 41, Ziffer 2, lit. c, Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien auf ihren Heimwesen durch Entlastung überschuldeter Betriebe und durch Erleichterung der Zinse. Der Bundesrat sagt, dass die Initiative eigentlich hier nicht mehr verlange als die verfassungsmässige Verankerung. Er verweist dann auf seine Botschaften zu den Bundesbeschlüssen aus den Jahren 1932, 1933 und 1934 und fährt nun folgendermassen auf Seite 41 fort: „dass die Hilfe an die der Unterstützung würdigen Bauern insbesondere in Form von unverzinslichen oder verzinslichen Darlehen, von Zinszuschüssen und andern nicht zurückzuerstattenden Beiträgen gewährt werde. Was die Initianten verlangen, ist also zur Zeit schon erfüllt.“ Ich gehöre auch einer kantonalen Kommission dieser Bauernhilfskasse an, aber noch nie habe ich die Auffassung gehabt, dass die Mittel und das Wesen der Durchführung eine eigentliche Sanierung auf die Dauer ist und die Botschaft weist ja auch darauf hin, dass ein Teil auf die Schulden gegeben wird à fonds perdu, ein Teil unverzinslich und ein Teil zu niedrigerem Zinsfuss, aber im Maximum nur auf 4—5 Jahre, so dass, wenn kein Mehr dieser Hilfe erscheint, einfach nur die Katastrophe für den einzelnen eine zeitliche Verschiebung erfährt. Ich war letzte Woche an einer Konferenz von Vertretern des Schweizerischen Bauernsekretariates mit Vertretern von Hypothekarbanken aus der ganzen Schweiz und die Herren haben gesagt, dass sie im Prinzip für die Notwendigkeit einer Entschuldung für würdige Bauern zu haben sind und es einsehen; über die Frage der Mittel zur Durchführung werde man noch reden müssen. Ich verweise auf die Eingabe des Schweizerischen Bauernverbandes an den Bundesrat. Wie ich bei diesem Punkte nicht einverstanden bin, bin ich auch nicht einverstanden mit den Schlussfolgerungen der bundesrätlichen Botschaft, wo man einfach sagt, es sei dem Volke die Initiative zur Verwerfung zu empfehlen. Ja, ist der Bundesrat und mit ihm die Mehrheit der Kommission so sicher, dass bei der heutigen Misstimmung und der systematischen Verhetzung und Aufwiegelung, mit dem Untergraben des Vertrauens von Volk zu Behörde, auf die einfache Empfehlung hin: Verwerft die Initiative, dies auch geschieht? Diesen Glauben bringe ich nicht auf. Ich gehe mit den Gegnern der Initiative dahin einig, dass die Annahme der Initiative ein Unglück für unser Land bedeuten würde und die Durchführung uns in absehbarer Zeit an den Abgrund bringen müsste.

Es ist also für mich lediglich die Frage: wie kann die Initiative als solche am ehesten zur Ablehnung gebracht werden, und da habe ich die Auffassung, dass das nur mit einem Gegenvorschlag möglich ist, wo man zielklares Vorgehen hineinbringt und auf die Tragfähigkeit des Staates untersucht. Dabei gebe ich ohne weiteres zu, dass diese Ueberprüfung noch eine gewisse Zeit beansprucht, denn es ist nicht

ganz gleich, ob Worte in einem Volksbegehren stehen oder aber Versprechen von Bundesrat und Bundesversammlung sind. Die gleichen Leute, die über die verschiedenen dringlichen Bundesbeschlüsse uns Vorwürfe gemacht haben, sagen wiederum dasselbe, dass man im Parlament Verfassung und Gesetz einfach nicht mehr beachte. Es wird wahrscheinlich, auch wenn die Abstimmung eine gewisse Verzögerung erleidet, das gleiche geschehen, dass man uns vorwirft, es würden die ureigensten Interessen und Rechte der Demokratie missachtet. Aber ich glaube, dass wie wir die Verantwortung für die dringlichen Bundesbeschlüsse zu tragen vermögen und zu tragen wissen, auch nach dieser Richtung die Verantwortung tragen können. Es kann doch nicht in erster Linie darauf ankommen, in welchem Zeitpunkt die Abstimmung über die Kriseninitiative stattfindet, ob nun in wenigen Tagen oder erst nach einigen Wochen, sondern die Hauptsache ist das, was dem Volke und dem Lande frommt.

Ich resümiere deshalb, dass in der heutigen Volksstimmung und Misstimmung, die zum grossen Teil auch noch, wie schon gesagt, künstlich aufgepeitscht worden ist, die Verwerfung der Initiative nur möglich ist mit einem Gegenvorschlag. Als Gegenvorschlag ist das Beste nur gut genug. Es hat nun Herr Dr. Saxer einen solchen Entwurf uns vorgelegt. Ich glaube nicht, dass wir uns heute entschliessen sollten, ob dieser Vorschlag nun das Richtige ist, sondern ich würde eher meinen, dass man, wenn wir mehrheitlich der Meinung sind, dass ein Gegenvorschlag stattfinden soll, den Bundesrat einlädt, er möge, in Ueberprüfung der Tragfähigkeit und nach den Gesichtspunkten, wie sie aus der Diskussion hervorgehen, seinerseits für die nächste Session im Juni einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreiten und stelle in diesem Sinne Antrag.

Gadient: Das Interesse einer Anzahl unserer Kollegen an einem guten Mittagessen scheint etwas grösser zu sein als an der Lage und Not unseres Volkes. Unser Rat scheint die Auffassung zu haben, dass er offenbar noch etwas in zu gutem Ansehen stehe beim Volk und dass es sich schon verträge, noch ein weiteres Stück Vertrauenskapital abzubauen.

Man ist überrascht, dass nicht bloss in den letzten Wochen von den Anhängern des Abbaues, sondern auch in der gestrigen und heutigen Diskussion versucht worden ist, die ganze Situation zu vernebeln. Man versucht, die Sache so darzustellen, als ob bei der Abstimmung über die Kriseninitiative es gar nicht um den grundsätzlichen Entscheid ginge: Soll weiter abgebaut werden oder nicht? Man wird erinnert an die Fabel von jenen ganz schlauen Füchsen, die ab und zu versuchen, mit ihrem eigenen Schwanz die Spur zu verwedeln. Zur Auffrischung des Gedächtnisses möchte ich Ihnen doch einige wenige Tatsachen in Erinnerung rufen, einige wenige Aeusserungen, die gemacht worden sind und zwar von solchen Stellen und Kreisen, die vorläufig noch etwas zu sagen haben im Schweizerland und zur schweizerischen Wirtschaftspolitik. Die Neue Zürcher Zeitung schreibt am 12. Oktober 1934, dass eine Senkung der Gestehungskosten und eine Herabsetzung des Preis- und Lohnniveaus nötig sei, und weiter: „Der Goldfranken hat aber nur Berechtigung,

wenn die Deflation endlich rigoros durchgeführt wird.“ Sie schreibt noch einmal zu der Stützung der landwirtschaftlichen Preise — ich bedaure, dass Herr Gnägi schon abgereist ist —: „Angesichts dieser bedenklichen Tatsachen müssen die Forderungen zum weitem Schutz der Bauern und der Inlandindustrie durch Zollerhöhungen und Importverbote als höchst egoistisch und rücksichtslose Massnahmen beurteilt werden.“ Der Schweizerische Bankverein, der auch noch ein Wörtlein mitspricht in der Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik, schreibt, dass „für die Schweiz das schwere Problem zu lösen bleibt, durch eine systematische Deflation auf eine Anpassung der Lebens- und Produktionskosten an die Weltmarktverhältnisse“ hinzuwirken. Herr Bundesrat Schulthess hat einige Sätze zitiert aus seiner Aarauer Rede, aber nicht die entscheidenden. Er hat in Aarau u. a. gesagt: „Es bleibt als einzige Möglichkeit die tunlichste Anpassung der Produktionsbedingungen unseres Landes an die Weltwirtschaft.“ Ich glaube, das ist deutlich. „Diese Anpassung muss sich auf alle Preisfaktoren ausdehnen.“ Und dann sagt er noch einmal: „Es bleibt der Schweiz nichts übrig, als ihre Wirtschaft sukzessive an die Weltwirtschaft wieder anzupassen.“ Und was haben unsere führenden Finanz- und anderen Blätter nach jener Rede geschrieben? Die Neue Zürcher Zeitung schrieb am 4. Dezember 1934: „Heute, im Anschluss an die Rede von Herrn Bundesrat Schulthess, handelt es sich darum, System in die Preisentwicklung zu bringen. Die bundesrätliche Rede bringt das Volk zur Erkenntnis, dass eine zielbewusste Abbaupolitik etwas grundsätzlich Neues in der Schweiz ist.“ Sie schreibt dann in diesem Zusammenhang noch einen Satz, der von Bedeutung ist, nämlich, dass das Rezept des Chefs des Volkswirtschaftsdepartementes in Aarau „ganz und gar identisch sei mit der von uns immer und immer wieder empfohlenen Krisenpolitik.“

Ich könnte Ihnen Dutzende solcher Zitate vorlesen. Hier ist die Eingabe des Handels- und Industrievereins. Er verlangt nichts mehr und nichts weniger, schwarz auf weiss, als die Anpassung an die Weltwirtschaft, als ersten Schritt einen Abbau der Gestehungskosten, nicht bloss der Löhne also, von 20%.

Wir haben diese Musik schon vor Jahren gehört. Alt Bundesrat Musy hat in seinem Vortrag im Grossratssaale vor drei Jahren erklärt: „Die Lebenskosten der Schweiz müssen herabgesetzt werden, was nur durch eine Anpassung aller Produktionskosten möglich ist, und die Krise der Exportindustrie wird so lange dauern, als es uns nicht gelungen ist, uns an den Weltmarkt anzupassen.“ Ich verstehe daher das eine nicht, ich verstehe nicht, warum die Suche nach einem neuen Bundesrat so grosse Schwierigkeiten bereitet, wenn diese Abbaupolitik das Heil der Welt bedeutet und wenn diese Abbaupolitik die Schweiz zu retten in der Lage wäre. Warum holen Sie nicht den Mann, der hier zuerst diese Abbauparole ausgegeben und am konsequentesten vertreten hat? Warum holen Sie nicht Herrn Musy noch einmal in den Bundesrat zurück?

Es ist etwas vom Bedenklichsten, dass die Herren, die in den letzten Wochen und Monaten den Abbau derart propagiert haben, auf einmal

Angst erhalten vor ihrer eigenen Courage. Etwas mehr Mut, meine Herren, und ein bisschen Ehrlichkeit, um das zu bekennen, was man will, um was es geht! Jawohl, es geht bei der Abstimmung über die Kriseninitiative um die Schicksalsfrage der Schweiz: „Soll die heutige Abbau- und Deflationspolitik gestoppt oder soll sie in verschärfter Weise fortgeführt werden?“ Das ist der Grund — es geschieht nicht aus Rechthaberei —, warum wir einem Gegenvorschlag ganz unmöglich zustimmen können, wenn dieser nicht klipp und klar die Forderung erhebt, dass mit dieser verhängnisvollen Deflationspolitik Schluss gemacht werden muss. Ich will mich im übrigen zum Gegenvorschlag des Herrn Saxer nicht äussern. Es wird sich ja noch Gelegenheit bieten dazu. Ich hätte zwar ausserordentlich gerne gehört, wenn Herr Bundesrat Schulthess sich zum Gegenvorschlag geäußert und er uns gesagt hätte, was er von einer solchen Formulierung hält: „Schutz vor Preiszerfall im Gewerbe, Schutz vor Preiszerfall in der Landwirtschaft, Schutz vor Preiszerfall da und dort“. Ich hätte es gerne gehört, wenn man uns gesagt hätte, was man erstens unter Preiszerfall versteht, wie weit die Preise noch herabfallen dürfen, bis man findet, es liege ein Zerfall der Preise und nicht nur eine Anpassung vor.

Es musste in der bisherigen Diskussion und auch ebenso im langen Votum von Herrn Bundesrat Schulthess auffallen, dass man der eigentlichen Kernfrage, der wichtigsten Frage in der ganzen Auseinandersetzung, einfach aus dem Wege gegangen ist. Welches ist denn die Hauptfrage? Die entscheidende Frage ist doch die, ob die Herren Vertreter des Abbaues glauben, dass sie durch diese Abbaupolitik imstande seien, die Krise zu beheben oder auch nur zu lindern. Kein einziger dieser Vertreter des Abbaues hat es gewagt, hier klar zu sagen, dass nach ihrer Ueberzeugung die Krise durch einen solchen Abbau behoben oder auch nur gemildert werde. Was weiss man uns darüber anzugeben? Herr Bundesrat Schulthess ruft aus: „Ich habe die Wahrheit gesagt, die Wahrheit wird durchbrechen“. Herr Gnägi hat gesagt: „Man muss die Wahrheit sagen“. Wo liegt sie, diese Wahrheit? Herr Gnägi hat es kurz nachher gesagt: Alles liegt im Dunkeln! Herr Bundesrat Schulthess hat erklärt, in ein bis zwei Jahren würden die Verhältnisse ihm dann recht geben. Und welches ist das Rezept der Anhänger des Abbaues? Es ist die Methode Coué mit negativem Vorzeichen: Schweizervolk, es geht dir jeden Tag schlechter und schlechter und noch schlechter! Man hat sogar von der Krise als vom Schicksal der Völker gesprochen, ja sogar den Herrgott angerufen. Ich glaube, wenn man über eine Krisenbekämpfung diskutiert, dann sollte man doch wenigstens in einem einstündigen Referat des Kommissionspräsidenten den Versuch hören, zu sagen, welches die Ursachen der Krise sind. (Zwischenruf **Abt**: Was hätte das für einen Zweck?) Ich finde, es ist nicht möglich, ein Uebel gründlich zu bekämpfen und endgültig zu beheben, wenn man dessen Ursachen nicht kennt. Man ist an diesen Fragen vorübergegangen. Man weicht ihnen aus. Man schliesst die Augen davor, dass eine solche Politik zu einer weiteren Verkrampfung unserer Wirtschaft führt. Herr Bundesrat Schulthess hat in Olten eine etwas andere Rede gehalten als in Aarau. Herr

Gnägi hat letztes Jahr auch anders gesprochen als im heutigen Referat. Beide haben hingewiesen auf den unmöglichen, auf den unhaltbaren Zustand, dass infolge der jetzigen Verhältnisse, zum grossen Teil infolge der heutigen Politik Hunderte von Millionen Schweizerfranken, die hineingehörten in die Wirtschaft, die zirkulieren sollten, eingesperrt, verlockt und gehamstert sind. Herr Bundesrat Schulthess hat in Olten ausgerufen: Heraus mit diesen Millionen, heraus und in die Wirtschaft hinein! Geben sich diese Herren keine Rechenschaft darüber, dass eine Politik, wie sie sie jetzt verkünden, dazu führt, dass noch mehr Millionen hineinkriechen in diese Verstecke?

Man nenne uns — o wie oft haben wir diesen Wunsch wiederholt, man wird ihn vielleicht doch noch erhören und der eine oder andere Anhänger des Abbaues wird uns doch diesen Gefallen tun — man nenne uns ein einziges Land, nur eines, in welchem durch eine systematische Deflation die Krise behoben oder auch nur gelindert wurde. Ein einziges Land, bitte nennen Sie uns eines.

Man ist aber auch an andern Fragen vorbeigegangen. Man wirft uns vor, wir gefährden die Staatsfinanzen, aber man sagt uns mit keinem Wort, wie man bei einer Fortführung der heutigen Politik und bei einer Verschärfung der Abbaupolitik die Staatsfinanzen in Ordnung halten will. Es ist auf das Baugewerbe hingewiesen worden. Die Frage, ob wir in wenigen Monaten die doppelte Zahl arbeitsloser Bauhandwerker haben, hängt vor allem davon ab, ob das Programm von Aarau durchgeführt wird. Sie brauchen nur einen zwanzigprozentigen Mietzinsabbau mit Gewalt durchzusetzen, so wie es vorgesehen war, und wir werden in kurzer Zeit Millionen und Abermillionen hineinwerfen müssen, um die Arbeitslosen im Baugewerbe am Leben zu erhalten. Die Frage, ob wir bei der Landwirtschaft eine, zwei oder drei Milliarden für die Entschuldung brauchen, hängt einzig davon ab, ob es gelingt, der Landwirtschaft wieder bessere Preise zu sichern. Ich bedaure noch einmal, dass Herr Gnägi nicht mehr da ist, ich möchte ihn fragen: Wer soll eigentlich nach seinen Grundsätzen und nach seiner heutigen Rede dem Bauern noch helfen, die Preise zu erhöhen, wenn wir uns dazu hergeben, denen zuerst ihre Preise und ihre Löhne kaputt zu schlagen, die von uns Waren beziehen, wer soll dann noch die teuren landwirtschaftlichen Produkte kaufen, wenn wir zuerst den andern ihre Preise und ihre Löhne abbauen? Das ist die grosse Sorge, die Prof. Laur immer wiederholt hat.

Wir sagen daher, wenn es eine Möglichkeit gibt, die Staatsfinanzen in Ordnung und im Gleichgewicht zu halten, dann besteht sie darin, dass wir mit allen Mitteln trachten, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. (Zuruf: Wie?) Sie werden mir zugeben, dass allein die Rede von Bundesrat Schulthess in Aarau unsere schweizerische Wirtschaft um Millionen und Abermillionen geschädigt hat. Es genügt, von oben her zu verkünden, Preise und Löhne werden noch tiefer sinken, und wir haben die Auswirkung.

Man geht aber auch an andern Fragen vorüber. So ist man heute in der Diskussion an der Frage vorübergegangen, ob der Export nun wirklich durch diesen Abbau auf die frühere Höhe gebracht werden

könne. Vergessen Sie nicht, der Ausgangspunkt der ganzen Abbauaktion war nämlich das Ziel, die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie wieder zu erreichen. Auch die Botschaft hat nicht zu behaupten gewagt, und das war sehr vorsichtig vom Bundesrat, und auch kein Vertreter des Abbaues hat es heute gewagt, zu erklären, wenn der Abbau von 20% durchgeführt wird, dann bringen wir den Export wiederum auf die frühere Höhe.

Man ist aber, und zwar auch in der Rede des Herrn Bundesrates, vorübergegangen an der grossen Frage der Schulden- und Kapitalaufwertung. Man wird das bestreiten, man wird sagen, man sei nicht vorübergegangen, man habe aus dem Bundeshaus eine Mitteilung bekommen vor drei Wochen, lautend, der Bundesrat studiere diese Frage. Auch Herr Dr. Abt wird sagen: „Aber bitte, ich habe diese Frage nicht einfach links liegen gelassen.“ Nein, Herr Dr. Abt hat zum Zinsabbau gesprochen. Hören wir bloss wie: „Wir müssen einen weitem Abbau des Zinsfusses anstreben.“ Ein sehr löbliches Beginnen. Er fährt weiter: „wenn auch die internationalen Zusammenhänge des Geldmarktes diese Aktion erschweren.“ Endlich sagt er: „So hoffe ich, dass das Schweizerkapital eine weitere und gerechte Konzession nicht ablehnen wird.“ Ich beneide Herrn Dr. Abt um diesen Optimismus und guten Glauben. Herr Dr. Abt fährt fort, hören Sie, wie vorsichtig er formuliert: „Da könnte ich mir z. B. vorstellen, dass eine Erhöhung der Couponsteuer nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit läge.“ Herr Bundesrat Schulthess hat hier im letzten Dezember in bezug auf den Zinsabbau, die Zwangsabwertung des Zinses, ähnlich wie Herr Bundesrat Musy, warnend die Hand erhoben und gesagt, man solle doch an den Effekt im Ausland denken und bedenken, dass es dann um den Kredit und die Währung geschehen sei; mit solchen Mitteln könne man nicht helfen. Der Herr Bundesrat hat heute zum Zinsfuss wieder gesprochen. Haben Sie gehört wie? Er hat gesagt, die Behauptung von der Aufwertung der Schulden stimme nicht so, wenn einmal ein Ausgleich im Abbau erfolgt sei, dann müsse der weitere Abbau systematisch erfolgen, so dass gleichzeitig die Preise und Löhne sinken. Von den Zinsen hat er nichts gesagt! (Zuruf **Gattiker**: Zins ist auch ein Preis, volkswirtschaftlich gesprochen.) Dann müssen Sie hören, wie der Vertreter eines gut vaterländisch und christlich gesinnten Blattes, wie Herr Redaktor Büchi, nach einem Zeitungsbericht in Aarau sich geäussert hat zu dieser vorgesehenen Massnahme über Zinsabbau. Herr Dr. Büchi sagt nach diesem Zeitungsbericht: „Es ist nun zu sagen, dass der Versuch, gegen das Kapital zu regieren, gefährlich ist. Das Kapital hat die schnellsten Beine und wird auswandern usw.“ Vielleicht könnte Herr Dr. Abt, der gestern in bezug auf die bürgerliche Gesinnung einzelner Anhänger der Kriseninitiative Zweifel geäussert hat, sich mit mir darüber unterhalten, welche Requisite eigentlich zum Patriotismus gehören und wie sich eine solche Aeusserung mit der Vaterlandsliebe eines Patrioten noch vereinbaren lässt. (**Abt**: Es kommt immerhin auf die Behandlung an.) Vor allem auf die Gesinnung des betreffenden Herrn. (**Abt**: Darüber sind wir uns noch nicht ganz im klaren.) Wir kommen noch einmal zurück auf diesen Patriotismus, wenn Sie mir noch ein paar Minuten

Zeit gewähren. (**Abt**: Eine Stunde.) Ich stelle fest, dass auch nach der langen Rede von Herrn Bundesrat Schulthess uns keine befriedigende Antwort gegeben worden ist auf die wichtige Frage, wie man gedenkt, das Unrecht gutzumachen, das jede Deflation dadurch bringt, dass sie die Schulden aufwertet. Es gibt zwar eine deutliche Antwort, nämlich die Antwort eines auch von Ihnen verehrten Führers, Abraham Lincoln, der einmal sagte: „Ein Staatsmann, der Schulden für sein Volk eingeht und durch Deflation die Kaufkraft dieser Schulden erhöhen lässt, bevor sie abbezahlt sind, ist ein Verbrecher an seinem Volk.“

Man ist diesen Fragen bis jetzt ausgewichen und hat das Ganze hinübergezogen auf das politische Gebiet und zwar nicht bloss durch den Präsidenten unserer Kommission. Wir empfinden es geradezu als eine Tragik, dass ein Mann, wie Herr Bundesrat Schulthess, der so viel leistete, heute vor seinem Abgang auf so kleine Mittel nicht verzichten kann und glaubt, durch Vorlesen aus der Roten Revue eine Bewegung, die immerhin von 330,000 Schweizern gestützt wird, lächerlich und verächtlich machen zu können. Ich gestehe es offen, ich habe das für ihn bedauert.

Man weicht also diesen Fragen aus und zieht alles hinüber auf das politische Gebiet. Herr Gnägi hat offen bekannt, man könnte, wenn die Initiative angenommen würde, auf bestimmte Folgen gefasst sein für die Nationalratswahlen vom nächsten Herbst. Mein verehrter Nachbar zur Rechten und mein Nachbar von noch weiter rechts, die Herren Abt und Walther, haben gestern in echt kollegialer Weise abgesteigert darüber, wieviel Prozent Bürgerlichkeit sie mir noch zugestehen wollen. Ich habe Herrn Abt bereits gesagt, bei welchen Gelegenheiten und bei welchen Fragen wir uns darüber unterhalten wollen und ich möchte Herrn Kollege Walther das eine sagen: Vielleicht hätte er gerade in seinen Kreisen und in den Kantonen, wo seine Partei die Führung hat, nach dem Ergebnis des 24. Februar auch Grund, mit diesen Leuten einmal darüber nachzudenken, was denn zum Patriotismus gehört. Wir brüsteten uns noch nie mit dem Patriotismus, aber wir haben diesen Patriotismus auch noch nie missbraucht, weder um wirtschaftliche noch um politische Geschäfte zu machen. Wir glauben, dass Vaterlandsliebe so wenig wie Religion missbraucht werden sollen oder missbraucht werden dürfen als Buhlerin einer Parteilitik. (Bravorufe.)

Herr Dr. Abt und eine ganze Reihe weiterer Sprecher haben erklärt: Das Volk wusste nicht, was es unterzeichnete. Ja, warum? hat schon Herr Bratschi gefragt: Weshalb sind Sie vorgestern Abend nicht ins Kasino gekommen, um das irregeleitete Volk aufzuklären? (Zwischenruf: Sie mussten den Gegenvorschlag vorbereiten!) Ich sehe, dass meine Zeit bald um ist. Ich darf vielleicht den Herrn Präsidenten bitten, mir zu sagen, wieviel Minuten ich noch habe. (**Präsident**: Noch 4 Minuten.)

Ich danke. Zum Gegenvorschlag möchte ich nur noch eines sagen, was bereits von Herrn Dr. Müller angedeutet worden ist. Es ist ein gefährliches Spiel, das jetzt getrieben wird mit und um einen Gegenvorschlag. Beinahe 2 Jahre hätten

Sie Zeit gehabt, sich gründlich zu überlegen, was Sie zu tun gedenken. Glauben Sie, das Volk merke nicht, was beabsichtigt ist mit dieser Verschleppungstaktik? Ich glaube, es ist ein Vergehen an diesem Volk, es ist ein Vergehen an unserer Wirtschaft, wenn man nicht den Mut hat, endlich eine klare Situation zu schaffen, denn das werden Sie alle, ob Sie im einen oder im andern Lager stehen, zugeben, diese unerträgliche Ungewissheit, diese Mutlosigkeit, diese Ziellosigkeit und diese Zerrissenheit in unserer Wirtschaftspolitik, muss zum Verhängnis und zum Ruin werden für unsere Wirtschaft und unser Volk. Darum möchten wir Sie davor warnen, nur mit taktischen Ueberlegungen an diese Frage heranzukommen.

Man wirft uns vor, die Kriseninitiative biete allen etwas, sie wolle allen helfen. Merken diese Kritiker nicht, welches Zeugnis sie sich durch einen solchen Vorwurf selbst ausstellen? Jawohl, wir möchten allen helfen, wir möchten nicht, wie es in zwei, drei Voten schon geschehen ist, eine Gruppe gegen die andere ausspielen, wir möchten nicht eine Wirtschaftspolitik betreiben, wo man an das Niedrigste im Menschen, an den Neid appelliert, sondern wir glauben an die Schicksalsverbundenheit unserer Volksgenossen und wir glauben, dass es nur möglich sei, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die alle unsere Volksklassen berücksichtigt und darnach trachtet, alle vor dem Niedergang und vor der Not zu schützen. Aus diesem Grunde treten wir ein für die Kriseninitiative.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 28. März 1935. Séance du 28 mars 1935, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. Schüpbach.

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 26 hiervor. — Voir page 26 ci-devant.

Gafner: Das Pro und Contra der Kriseninitiative wurde bereits von den Herren Referenten und bisherigen Votanten sowie von Herrn Bundesrat Schulthess so von allen Seiten beleuchtet und ausserdem wollen noch mehrere Redner zum Worte kommen, dass ich darauf verzichte, mein Votum ganz vom Stapel zu lassen. Ich bin auch nicht ein Freund der Wiederholungen. Ich beschränke mich deshalb auf eine kurze Umschreibung meines ablehnenden Standpunktes und die Wiedergabe einiger für mich wegleitender Gedanken.

Ich lehne die Kriseninitiative ab, obwohl auch viel guter Wille hinter ihr steht und einigen ihrer

Forderungen auch wir zustimmen können, weil sie in ihrem Endziel, für die einen gewollt, für viele ungewollt, zur Sozialisierung der Wirtschaft, zum Staatssozialismus führt. Hier trennen uns von den Befürwortern der Initiative weltanschauliche Gründe. Wir erblicken in der Verstaatlichung der Wirtschaft keine Verbesserung der Welt, sondern das Gegenteil und wir lehnen es insbesondere für die Schweiz ab, dass wir zum Tummelplatz derart gefährlicher Experimente werden, die uns noch die letzte Chance, uns auf dem Weltmarkt zu behaupten, nehmen werden. Die Kriseninitiative, durchgeführt nach dem Wortlaut ihrer Bestimmungen, wäre für unsere Volkswirtschaft auch absolut untragbar. Auch ein Staat gelangt einmal — und manchmal nur zu rasch — an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit, an die Grenze, wo er zusammenbricht. Das Opfer wären dann in erster Linie gerade die Kreise, die man mit der Kriseninitiative schützen will. Ich möchte auch hier bereits Gesagtes nicht wiederholen.

Wir sind unserm Volke heute mehr denn je die volle Wahrheit über unsere Lage und über die Schicksalsverbundenheit nicht nur innerhalb unseres Landes, sondern auch mit der Weltwirtschaft schuldig. Mit diesen Feststellungen verrete ich keineswegs die Auffassung, dass wir die Bahn dem Geschehen um unser Land herum freigegeben und ganze Volkskreise ihrem Schicksal überlassen und in den Abgrund schlitteln lassen dürfen. Der Staat hat vielmehr die Pflicht, Wirtschaftszweigen, die vor dem Zusammenbruch stehen, auch durch das Mittel der Preisstützung beizustehen, besonders in jenen Fällen, wo der Preiszerfall bereits nahezu auf oder sogar unter dem Vorkriegsniveau angelangt ist und die Unkosten und Schulden nicht entsprechend zurückgegangen sind. Aus dieser Erwägung und Erkenntnis heraus ist der Sprechende bisher z. B. für den Preisschutz der Landwirtschaft eingestanden. Es besteht aber ein wesentlicher Unterschied darin, ob man dort hilft, wo man aus Volkssolidarität und im höhern Interesse des ganzen Landes helfen muss, oder ob man „jedermann“, ob er es menschlich verdiene oder nicht und ob es wirtschaftlich gerechtfertigt sei oder nicht, den Lohn- und Preisschutz mit staatlichen Zwangs- und Finanzmitteln gewähren will.

Der Sprechende ist kein Prophet des Lohnabbaues. Im Gegenteil, er hat schon wiederholt in seiner beruflichen Tätigkeit vom Lohnabbau abgeraten in Fällen, wo ihm dies wirtschaftlich nicht notwendig schien. Er vertrat auch immer die Auffassung, dass dort, wo der Lohnabbau unter dem Zwang der Verhältnisse zur Erhaltung weiterer Beschäftigungsmöglichkeit vorgenommen werden muss, man mit seinen Arbeitern und Angestellten sprechen muss. Er gibt ohne weiteres auch zu, dass sehr oft mit dem Lohnabbau, und selbst mit einem weitgehenden, die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland doch nicht hergestellt werden kann, weil die Kaufkraft fehlt oder die Preissenkungsmarge durch Zollerhöhungen, Einfuhrverbote oder weitere ausländische Preissenkungen sofort kompensiert werden. Ich bin mir auch der Richtigkeit mancher Beweisführung der Vertreter der Kaufkrafttheorie bewusst. Die Kaufkrafttheorie ist

Kriseninitiative. Begutachtung.

Initiative de crise. Préavis.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	3223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.03.1935
Date	
Data	
Seite	26-57
Page	
Pagina	
Ref. No	20 031 822

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sie Zeit gehabt, sich gründlich zu überlegen, was Sie zu tun gedenken. Glauben Sie, das Volk merke nicht, was beabsichtigt ist mit dieser Verschleppungstaktik? Ich glaube, es ist ein Vergehen an diesem Volk, es ist ein Vergehen an unserer Wirtschaft, wenn man nicht den Mut hat, endlich eine klare Situation zu schaffen, denn das werden Sie alle, ob Sie im einen oder im andern Lager stehen, zugeben, diese unerträgliche Ungewissheit, diese Mutlosigkeit, diese Ziellosigkeit und diese Zerrissenheit in unserer Wirtschaftspolitik, muss zum Verhängnis und zum Ruin werden für unsere Wirtschaft und unser Volk. Darum möchten wir Sie davor warnen, nur mit taktischen Ueberlegungen an diese Frage heranzukommen.

Man wirft uns vor, die Kriseninitiative biete allen etwas, sie wolle allen helfen. Merken diese Kritiker nicht, welches Zeugnis sie sich durch einen solchen Vorwurf selbst ausstellen? Jawohl, wir möchten allen helfen, wir möchten nicht, wie es in zwei, drei Voten schon geschehen ist, eine Gruppe gegen die andere ausspielen, wir möchten nicht eine Wirtschaftspolitik betreiben, wo man an das Niedrigste im Menschen, an den Neid appelliert, sondern wir glauben an die Schicksalsverbundenheit unserer Volksgenossen und wir glauben, dass es nur möglich sei, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die alle unsere Volksklassen berücksichtigt und darnach trachtet, alle vor dem Niedergang und vor der Not zu schützen. Aus diesem Grunde treten wir ein für die Kriseninitiative.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 28. März 1935. Séance du 28 mars 1935, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. Schüpbach.

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 26 hiervor. — Voir page 26 ci-devant.

Gafner: Das Pro und Contra der Kriseninitiative wurde bereits von den Herren Referenten und bisherigen Votanten sowie von Herrn Bundesrat Schulthess so von allen Seiten beleuchtet und ausserdem wollen noch mehrere Redner zum Worte kommen, dass ich darauf verzichte, mein Votum ganz vom Stapel zu lassen. Ich bin auch nicht ein Freund der Wiederholungen. Ich beschränke mich deshalb auf eine kurze Umschreibung meines ablehnenden Standpunktes und die Wiedergabe einiger für mich wegleitender Gedanken.

Ich lehne die Kriseninitiative ab, obwohl auch viel guter Wille hinter ihr steht und einigen ihrer

Forderungen auch wir zustimmen können, weil sie in ihrem Endziel, für die einen gewollt, für viele ungewollt, zur Sozialisierung der Wirtschaft, zum Staatssozialismus führt. Hier trennen uns von den Befürwortern der Initiative weltanschauliche Gründe. Wir erblicken in der Verstaatlichung der Wirtschaft keine Verbesserung der Welt, sondern das Gegenteil und wir lehnen es insbesondere für die Schweiz ab, dass wir zum Tummelplatz derart gefährlicher Experimente werden, die uns noch die letzte Chance, uns auf dem Weltmarkt zu behaupten, nehmen werden. Die Kriseninitiative, durchgeführt nach dem Wortlaut ihrer Bestimmungen, wäre für unsere Volkswirtschaft auch absolut untragbar. Auch ein Staat gelangt einmal — und manchmal nur zu rasch — an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit, an die Grenze, wo er zusammenbricht. Das Opfer wären dann in erster Linie gerade die Kreise, die man mit der Kriseninitiative schützen will. Ich möchte auch hier bereits Gesagtes nicht wiederholen.

Wir sind unserm Volke heute mehr denn je die volle Wahrheit über unsere Lage und über die Schicksalsverbundenheit nicht nur innerhalb unseres Landes, sondern auch mit der Weltwirtschaft schuldig. Mit diesen Feststellungen verrete ich keineswegs die Auffassung, dass wir die Bahn dem Geschehen um unser Land herum freigegeben und ganze Volkskreise ihrem Schicksal überlassen und in den Abgrund schlitteln lassen dürfen. Der Staat hat vielmehr die Pflicht, Wirtschaftszweigen, die vor dem Zusammenbruch stehen, auch durch das Mittel der Preisstützung beizustehen, besonders in jenen Fällen, wo der Preiszerfall bereits nahezu auf oder sogar unter dem Vorkriegsniveau angelangt ist und die Unkosten und Schulden nicht entsprechend zurückgegangen sind. Aus dieser Erwägung und Erkenntnis heraus ist der Sprechende bisher z. B. für den Preisschutz der Landwirtschaft eingestanden. Es besteht aber ein wesentlicher Unterschied darin, ob man dort hilft, wo man aus Volkssolidarität und im höhern Interesse des ganzen Landes helfen muss, oder ob man „jedermann“, ob er es menschlich verdiene oder nicht und ob es wirtschaftlich gerechtfertigt sei oder nicht, den Lohn- und Preisschutz mit staatlichen Zwangs- und Finanzmitteln gewähren will.

Der Sprechende ist kein Prophet des Lohnabbaues. Im Gegenteil, er hat schon wiederholt in seiner beruflichen Tätigkeit vom Lohnabbau abgeraten in Fällen, wo ihm dies wirtschaftlich nicht notwendig schien. Er vertrat auch immer die Auffassung, dass dort, wo der Lohnabbau unter dem Zwang der Verhältnisse zur Erhaltung weiterer Beschäftigungsmöglichkeit vorgenommen werden muss, man mit seinen Arbeitern und Angestellten sprechen muss. Er gibt ohne weiteres auch zu, dass sehr oft mit dem Lohnabbau, und selbst mit einem weitgehenden, die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland doch nicht hergestellt werden kann, weil die Kaufkraft fehlt oder die Preissenkungsmarge durch Zollerhöhungen, Einfuhrverbote oder weitere ausländische Preissenkungen sofort kompensiert werden. Ich bin mir auch der Richtigkeit mancher Beweisführung der Vertreter der Kaufkrafttheorie bewusst. Die Kaufkrafttheorie ist

aber als Theorie recht und gut, solange man Arbeit hat. Hier liegt der Angelpunkt der ganzen Diskussion. Es ist eine tragische Ironie des Schicksals, dass der Schöpfer und Prophet der Kaufkrafttheorie, Ford, als einer der ersten umdenken lernen und seinem Personal den Lohn abbauen musste. Vor dem wirtschaftlichen Zwang bricht eben jede Theorie zusammen. Das Ziel aller Wirtschaftspolitik muss daher sein: die Erhaltung und Steigerung der Beschäftigungsmöglichkeit. Der Lohnabbau darf daher nicht nur vom Standpunkt der Kaufkrafttheorie aus beurteilt, sondern er muss auch von der Produktionsseite her angepackt werden. Dies ist sogar das Primäre, denn aus dem Absatz erst resultiert das Einkommen. Es gibt noch viele Fälle, wo selbst mit einem bescheidenen Lohn- und Preisabbau die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland wieder erlangt wird. In solchen Fällen wirkt der Lohnabbau nicht krisenverschärfend, sondern krisenmildernd.

Man muss sich ferner bewusst bleiben, dass man die Krise nicht mit neuen Lasten und mit verschärften Fesseln für die Wirtschaft bekämpft. Die Kriseninitiative aber führt mit ihrer Ziffer 6 zur reinen Wirtschaftsdiktatur, was auch die stille Hoffnung vieler ihrer Initianten sein mag. Das Volk hätte nach Annahme des Verfassungsartikels während der nächsten 10 Jahre, die für die Zukunft unseres Landes entscheidend sein werden, überhaupt nichts mehr zur Wirtschaftspolitik des Parlamentes zu sagen. Es ist ein nicht überbrückbarer Widerspruch, dass die gleichen Leute, die sich sonst als die ersten Hüter der demokratischen Rechte unseres Volkes gebärden, hier gewissermassen mit einem Federstrich die Demokratie durch die Wirtschaftsdiktatur ersetzen wollen. Auch aus diesem Grunde lehne ich als überzeugter Demokrat die Kriseninitiative ab.

Dagegen bedaure ich, dass der Bundesrat nicht zu einem Gegenvorschlag kam. Ich habe von Anfang an die Auffassung vertreten, dass der Kampf gegen die Kriseninitiative nicht rein passiv geführt werden sollte. Ich habe deshalb den Vorstoss unserer Kollegen Schirmer und Saxer grundsätzlich begrüsst und die Auffassung vertreten, dass das letzte Wort über die Kriseninitiative solange nicht gesprochen sein sollte, als die Möglichkeit einer bessern, der Wirklichkeit mehr Rechnung tragenden und unserm Volke dienlicheren Lösung besteht. Nachdem nun aber diese Gegenvorschläge keine oder wenig Gegenliebe fanden, muss man sich schon fragen, ob es noch einen Sinn hat, auch den Bundesrat mit einem Gegenvorschlag zu beauftragen.

Schlussendlich geht die wirtschaftliche und politische Entwicklung ausserhalb unseres Landes ihren Weg, mögen wir nun hier im Bundeshaus die eine oder andere Variante zur Krisenbekämpfung diskutieren und möge das Volk so oder anders seinen Entscheid fällen. Diese Entwicklung ausserhalb unserer Landesgrenzen wird auch uns nicht unberührt lassen und wir werden vielleicht recht bald noch ganz andere, ernstere Probleme zu behandeln haben als die akademische Frage, ob es wirtschaftlich und technisch — und nicht nur politisch mit Worten und auf dem Papier — gelingt, aus staatlicher Machtvollkommenheit und mit

unsern beschränkten Mitteln die Preise und Löhne zu halten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich noch immer als stärker erwiesen als Gesetzesparagraphen und selbst als Verfassungsbestimmungen. Für mich steht aus der ganzen Diskussion und in der unsichern Gegenwart und wenig erfreulichen Zukunft nur eines fest, dass wir die kommenden viel grösseren Schwierigkeiten nur dann überwinden werden, wenn alle die, die guten Willens sind, frei von jeder Selbsttäuschung und die harte Wirklichkeit nüchtern beurteilend, sich zu gemeinsamer Abwehr zusammenfinden. Wenn unser Volk aber in dieser ersten Zeit mehr noch als bisher in sich leidenschaftlich bekämpfende Teile auseinanderfällt, dann muss uns um das Geschick unseres Landes bange sein und dann werden die schwärzesten Pessimisten nicht zu schwarz gesehen haben.

Schirmer: Ich darf wohl für mich in Anspruch nehmen, wenn ich heute einem Gegenvorschlag das Wort rede, dass das aus meinem ehrlichen Bestreben heraus geschieht, für die gegenwärtige schwere Zeit eine tragbare und durchführbare Lösung zu finden. Ich muss mir dabei nicht den Vorwurf gefallen lassen, dass ich dabei eine Verschleppungstaktik versuchen würde. Ich habe lange bevor die Kriseninitiative überhaupt an das Tageslicht kam, probiert, in internen Besprechungen in irgend einer Art und Weise die Grundlagen zu finden zu einem Beschlusse, der uns die Grundlagen zu einer genügenden und umfassenden Bekämpfung der Krise gegeben hätte.

Ich anerkenne durchaus die Bestrebungen des Bundesrates, mit dem einen und andern Beschlusse — im Laufe der Jahre haben sich diese Beschlüsse ja zu einer ganz hübschen Anzahl zusammengezählt — der Krise beizukommen. Aber ich kann nicht unterlassen, hier zu sagen, dass diese Beschlüsse noch sehr oft aus der Not des Augenblicks heraus geboren waren, dass sie zum Teil den Stempel der Improvisation getragen haben. Es liess sich auch nicht vermeiden, dass sie die umfassende Linie in der Bekämpfung der Krise vermissen liessen. Aus dem Gewerbe, aus dem ich komme, darf ich aber wohl mit Recht darauf aufmerksam machen, dass der Druck, der von unserer Seite stammte, nicht immer stark genug war, die eine oder andere Massnahme so ins Leben zu rufen, wie sie uns zur Bekämpfung der Krise als notwendig erschien. Dabei sind aus unserer Mitte Vorschläge erfolgt, die die Finanzen des Staates nicht einmal in erster Linie belastet hätten, sondern die mit einer bessern Organisation der Wirtschaft, mit einer bessern Zusammenarbeit und Zusammenfassung der auseinanderstrebenden Kräfte sicherlich da und dort zur Milderung der Wirkungen der Krise beigetragen hätten.

Man darf deshalb den Untergrund für die Entstehung der Krisis nicht verkennen. Wenn wir rechtzeitig und früh genug durch einen Beschluss die Grundlagen zur Krisenbekämpfung geschaffen hätten, so bin ich überzeugt, dass diese Kriseninitiative überhaupt nicht entstanden wäre. Schliesslich musste man dann eben jene Mittel ergreifen, die dem Volke zur Verfügung stehen und das ist in unserer Staatsverfassung nur die Verfassungs-

initiative. Ich gehörte auch zu denen, die sagen, ein derartiger Beschluss gehöre eigentlich nicht in die Verfassung hinein; sondern er sei eine Notmassnahme, die man sicherlich auch ausserhalb der Verfassung hätte regulieren können. Ich muss Ihnen offen gestehen, dass mir alle diese Verfassungsartikel mit beschränkter Dauer eigentlich nicht recht passen; sind es doch vorübergehende Massnahmen, die nicht in das Grundgesetz eines Staates hineingehören. Ich bin auch der Meinung, dass dieses Grundgesetz nicht jetzt revidiert werden kann; ich habe schon an andern Orten gesagt, man kann nicht ein Feuerwehreglement revidieren, wenn das Haus brennt, sondern dann muss man löschen; aber man hätte vielleicht einmal die Feuerwehr in umfassenderer und gründlicherer Weise ansetzen können, als das geschehen ist. Formell hätte die Initiative ganz sicher, nachdem es nun schon so lange gegangen war, eine Lösung bedeutet, denn sie hätte die Lücke ausgefüllt zwischen den Notwendigkeiten der heutigen Zeit in der Bekämpfung der Krise und einer dauernden Verfassungsrevision. Wir werden so oder anders doch nicht darum herkommen, diese Lücke in irgendeiner Weise zu schliessen. Leider ist aber der Wortlaut der Initiative so, dass er in einzelnen Bestimmungen Utopien enthält. Man kann nicht von Staates wegen, das ist wiederholt ausgeführt worden, jedem Bürger ein Einkommen garantieren; aber man hätte leicht, wenn man früh genug an die Arbeit gegangen wäre, eine Lösung finden können, die tragbar gewesen wäre. Man kann auch nicht einen unhaltbaren Lohn- und Preisschutz in eine Verfassungsbestimmung hineinnehmen. Die Formulierung der Kriseninitiative entspricht vielmehr einem Parteiprogramm, einem Parteimanifest; aber sie erfüllt nicht die Bedingungen, die in einen Verfassungsartikel hineingehören; und es würde bei der Annahme der Initiative immer, solange sie besteht, die Lücke klaffen zwischen den Wünschen, und der Möglichkeit der Erfüllung; und es müsste immer wieder zu verschiedenartigen Auseinandersetzungen führen zwischen denen, die glauben, man könne das, was in der Initiative steht, durchführen und den Wirklichkeiten des Lebens.

Der Finanzfrage messe ich nicht diese ausschlaggebende Bedeutung bei, wie das an andern Orten geschieht. Natürlich kostet jede andere Massnahme auch Geld, sogar viel Geld. Aber wir stehen doch bei allen den Krisenmassnahmen vor harten Notwendigkeiten, die wir einfach erfüllen müssen, wenn das wirtschaftliche Leben unseres Landes erhalten werden soll.

Was mich gelegentlich ausserordentlich bemüht hat, ist der Umstand, dass wir am einen Tag in unsern Beschlüssen weitherzig waren und Millionen ausgegeben haben und am andern Tage glaubten, jetzt müsse man sparen. Ich habe einmal den humoristischen Vergleich gezogen, das mütete mich an, wie wenn ein Vater am Sonntag mit seiner Familie im Auto nach Luzern fährt und sich im Schweizerhof einen guten Lunch servieren lässt und dann am Montag mit seiner Frau sich überlegt, ob es noch zu einer Schachtel Zündhölzchen reiche. Das ist nicht einmal sehr stark übertrieben, wenn man diesen Vergleich

mit der Finanzpolitik zieht, wie man sie hier im Saale betrieben hat. Wenn gestern Herr Gadiant gesagt hat, dass in der Initiative eine gewisse Hilfe für einen jeden liege, stimmt es; denn bei der Hilfe, wie sie jetzt ausgeführt worden ist, sind gerade die Gruppen zu kurz gekommen, die nicht mit starkem politischen Druck aufmarschieren konnten.

Ich erinnere hier an die grosse Ungerechtigkeit, die heute noch besteht im Unterschiede in der Behandlung der Landwirtschaft und des Gewerbes. Man hat der Landwirtschaft rechtliche Schutzmassnahmen gegeben, die ich ihr gönne. Man hat die Bauernhilfskassen geschaffen, die ich ihr ebenfalls gönnen mag. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass es eine dringende Notwendigkeit war. Aber ist es recht, wenn man auf der einen Seite der Strasse den Landwirt zweimal — es sind mir Fälle bekannt, wo es auch dreimal geschehen ist — dreimal mit Staatshilfe saniert und den Schmied oder den Wagner auf der andern Seite der Strasse einfach seinem Schicksal überlässt? Das sind doch Zustände, die nicht andauern dürfen. Sie schaffen zweierlei Recht und zweierlei Klassen von Bürgern. Man wird wohl darauf hinweisen, man habe ja versucht, auch dem Gewerbe gerecht zu werden. Ich anerkenne das dankbar. Aber Sie kennen ja jenen tragischen Zufall, bei dem man im gleichen Atemzug der Landwirtschaft Millionen gab, während man sie dem Gewerbe gegenüber verweigerte.

Das sind Ueberlegungen, die mich dazu führen, zu sagen, es muss einmal eine andere Art der Bekämpfung der Krise ins Auge gefasst werden, es muss eine Grundlage geschaffen werden, die es uns möglich macht, dort zu helfen, wo es notwendig ist, und die es nicht gestattet, dass man sich einfach das eine Mal über die Verfassung hinwegsetzt und das andere Mal einfach erklärt: Es tut mir leid, die Verfassung gestattet eine solche Lösung nicht. Entweder — Oder. Ich könnte auch noch auf einem andern Gebiete von derartigen Erscheinungen sprechen, wo man einmal Massnahmen durchgeführt hat, weil sie gerade im Augenblick hineinpassten, und ein anderes Mal unter der gleichen Voraussetzung erklärte: Ja, soweit gehen unsere Kompetenzen nicht!

Und nun der Gegenvorschlag. Ich glaube, es sprechen formelle, taktische und materielle Gründe für den Gegenvorschlag. Einmal wird es in der Bekämpfung der Kriseninitiative ausserordentlich schwer sein, in einer kontradiktorischen Auseinandersetzung einfach mit nichts zu antworten. Wir müssen und sollten den Beweis erbringen, dass wir in der Lage sind, das, was wir in der Kriseninitiative mit Recht bekämpfen, durch einen Gegenvorschlag auf jenes Mass zurückzuführen, das wir als durchführbar erachten. Glauben Sie, wir kämen über die Auseinandersetzungen hinweg, wenn wir die Initiative einfach ablehnen? Auch wenn die Kriseninitiative im Abstimmungskampfe unterliegt, so müssen wir nachher doch an ihrer Stelle etwas anderes für die Krisenbekämpfung schaffen; denn es wird niemand glauben, dass man in der gleichen Art wie bisher in der Krisenbekämpfung durchkomme.

Ich darf wohl auch darauf aufmerksam machen, dass mit einem Gegenvorschlag ein neuer Chef des Volkswirtschaftsdepartementes Gelegenheit bekäme, uns bei der Ausarbeitung dieses Gegenvorschlages sein Programm zu entwickeln, mit dem er die Wirtschaftspolitik unseres Landes führen will. So vernageln wir einem neuen Chef direkt den Weg, auf dem er eventuell seine Pläne verwirklichen könnte. Wir kennen ja heute den neuen Chef des Departementes noch gar nicht und wissen nicht, wie er nun in all die schweren Dinge einzugreifen gedenkt. Die glatte Ablehnung wird auch in unserem Volke keinen grossen Eindruck machen. Sie müssen einmal wissen, wie es draussen im Volke steht, nicht nur bei den Kleinbauern, sondern weit hinauf ins Gewerbe, ja sogar hinauf in Kreise, die sich der Industrie zuzählen.

Nun finden sich zweifellos, das anerkennt auch die bundesrätliche Botschaft, in der Initiative neben unmöglichen Dingen, auch gute Vorschläge. Warum hat man nicht rechtzeitig versucht, das, was gut daran ist, herauszunehmen, mit den Initianten zu reden und zu versuchen, ihnen nach vernünftiger Ueberlegung durchführbare Vorschläge zu unterbreiten? Es ist jetzt etwas zu spät, um dieses Ziel noch zu erreichen; aber ich halte vielleicht, ich sage vielleicht, die Stunde doch noch nicht für absolut verpasst, um diesen Zweck zu erreichen. Es sind auch eine Reihe von Vorschlägen und von Massnahmen vorhanden, die man in einem Gegenvorschlag verwirklichen könnte. Wir könnten die ganzen Fragen der Krisenbekämpfung einmal zusammenfassen. Wir haben auf dem Gebiete zur Förderung des Exportes noch manche Möglichkeit, die uns gestatten würde, dem Exporte zu helfen. Ich erinnere an das Postulat, das jetzt die Schweizerische Handelskammer aufgestellt hat, das nicht umfassend verwirklicht ist. Ich erinnere an den Vorschlag, den Herr Kollega Schmidheiny beim Arbeitsbeschaffungsprogramm gemacht hat, genügende Mittel für die Versuchsanstalten und der Industrie zur Verfügung zu stellen. Auch da ist noch nichts gemacht worden. Wir müssen auch die Bildungsgelegenheiten für die qualifizierten Arbeiter der Industrie für die bei unserer heutigen staatsrechtlichen Zusammensetzung nicht in genügender Weise gesorgt ist, ausbauen.

Wir haben in der Fremdenindustrie Möglichkeiten und Notwendigkeiten besser zu helfen als es bis heute geschehen ist. Von der Arbeitsbeschaffung will ich nicht sprechen. Auch auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses liesse sich manches verbessern durch das Mittel der Gesamtarbeitsverträge.

Man hat mir den Vorwurf gemacht, ich habe in meinem Gegenvorschlag mich nur auf gewerbliche Postulate eingelassen. Alle diejenigen, die mich kennen, wissen ganz genau, dass ich zu allen Zeiten, was ich für mich selbst in Anspruch genommen habe, auch den andern gegönnt habe. Im Rahmen des Tragbaren möchte ich wünschen, dass die Arbeitsbedingungen so festgelegt werden, dass sie den Existenzgrundlagen für den Arbeiter entsprechen. Aber der Arbeitgeber kann auch nicht mehr bezahlen als er einnimmt; denn das

kann man nur beim Bund und zum Teil in den Kantonen.

Es ist vielleicht ein wunder Punkt — von unserer Seite aus betrachtet —, dass in der Initiative die Besoldungsfrage des Eidg. Personals nicht eindeutig zum Ausdruck kommt. Man sagt gar nichts davon, während hier zweifellos früher oder später eine Korrektur trotzdem eintreten muss; nicht in erster Linie um die Wirtschaft zu entlasten, aber um das finanzielle Gleichgewicht des Bundeshaushaltes wieder herzustellen.

Ich hatte vorgestern in einem Referate in Burgdorf an viele anwesende Bundesbeamte die Frage gestellt: „Wollen Sie zugeben, wollen Sie wirklich erklären, dass es recht sei, dass das Schweizervolk, das Schweizervolk, das weniger verdient als die Angestellten des Bundes, mit seinen Steuern dazu beitragen muss, dass ihr Salär auf der heutigen Höhe gehalten werden kann und dass das Schweizervolk in Form der Taxen eine weit erhöhte Leistung auf sich nehmen muss gegenüber dem Ausland, um das Salär des Bundesbahnpersonals in der heutigen Höhe sicher zu stellen?“ Dass man von diesen Dingen in der Initiative gar nichts sagt, halte ich für eine gewisse Unehrllichkeit.

Auf der andern Seite sind in meinem Gegenvorschlag Punkte enthalten, die genau gleich in der Kriseninitiative sind, genau gleich, wie sie auch im Programm des Bundesrates sind. Ein Gegenvorschlag vom Parlament angenommen, wird in der Abstimmung eine ganz andere Wirkung auslösen als Versprechungen, an die man heute nicht mehr gerne glaubt. Im weitern wäre in der Bekämpfung der Krise — das ist vielleicht einer der allerwundesten Punkte der heutigen Lage — auch auf die Möglichkeit der Selbsthilfe in vermehrtem Masse aufmerksam zu machen. Mir scheint es kein Zufall zu sein, dass Frankreich und in der letzten Zeit Holland Gesetzesentwürfe eingebracht haben, die die Selbsthilfe der Wirtschaft ermöglichen, indem sie das Begehren, das wir schon längst gestellt haben — Verbindlichkeitserklärung von Verträgen der Wirtschaft gesetzgeberische Form zu geben — verwirklicht haben; in der absoluten Sicherheit, dass mit diesem Mittel der Wirtschaft die Möglichkeit der Selbsthilfe gegeben wird. Sicherlich werden ein Teil der Massnahmen, die wir vorschlagen, auch erhebliche Geldmittel kosten, aber es geht, das dürfen wir ruhig sagen, um Sein oder Nichtsein der Existenzmöglichkeit der allerweitesten Kreise unseres Volkes. Fragen Sie einmal selbst, dürfen hier die Rücksichten auf Geldmittel eine ausschlaggebende Rolle spielen, wenn es gilt, den letzten Versuch zur Ueberwindung der Krise zu machen?

Wir wollen auch nicht übertreiben. Die Natur und die ganz natürlichen Verhältnisse in der Gesellschaft der Menschen, sind ja viel stärker, als wir in der Theorie uns vorstellen. Glauben Sie, bei Massnahmen, die wir durchführen wollen, so oder anders, werde am andern Tag Sodom und Gomorrha über unser liebes Vaterland hereinbrechen? Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass die Sonne jeden Tag nach uralten Gesetzen wieder aufgeht und dass das Wasser immer bergab laufen wird. Auf diese Tatsache möchte ich aber auch die Freunde der Initiative aufmerksam

machen, denn auch sie werden es nicht fertig bringen, dass das Wasser bergauf läuft; auch sie werden sich der wirtschaftlichen Notwendigkeit und wirtschaftlichen Tatsachen mit allen schönen Worten der Initiative nicht widersetzen können.

Es liesse sich noch manches sagen, vorerst über die Folgen des forcierten Preisabbaues, über die Entwertung der Sachwerte, die mit dem Preisabbau verbunden sind und die auch das Kapital in Anspruch nehmen. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass unser sog. Kapital sicher nicht in den im Kassenschrank aufeinandergelegten Noten, Fünflibern und da und dort noch vereinzelt Goldstücken besteht, denn das Kapital besteht in Sachwerten, in landwirtschaftlichen Gütern, in städtischen Liegenschaften, in den Einrichtungen der Fabriken und der Werkstätten der Handwerker, in Warenvorräten usw. Entwerten Sie fortwährend diese Sachwerte, dann werden Sie auch beim nominellen Kapital finden, dass wenn man auf der Sollseite abwertet, Sie dann die Abwertung auch auf der Habenseite in Form eines Moratoriums, in Form weitgehender Nachlassstundungen usw. erleben werden. Man darf deshalb nicht übersehen, dass die nominellen Kapitalbeträge auch in diesem Falle in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ich weiss wohl, wenn diese letzte Anstrengung in Form der uns noch zur Verfügung stehenden Kredite, die wir so oder anders für die Krisenbekämpfung in Anspruch nehmen können, misslingt, uns neben dem Preisabbau dann nur der andere Ausweg der Kursanpassung übrig bleibt. Ich gestatte mir, das hier zu sagen, trotzdem man sich gar nicht getraut, über diese Frage überhaupt zu sprechen und ihr „Tabu“ aus dem Wege geht. Wir wollen doch der Gefahr, die uns droht, auch einmal ins Auge blicken. Es scheint mir, bei der heutigen Art und Weise, wie man über diese Dinge spricht, genau gleich zu sein, wie bei einem Patienten, dem man beim Operationstisch erklärt, ich muss nun eine Operation an Dir vornehmen, aber Du stirbst sicher daran. Sie können sich dann ungefähr den Mut dieses Patienten vorstellen, wenn er den Operationsstuhl besteigt, trotzdem es durchaus nicht sicher, ja nicht einmal wahrscheinlich ist, dass er an der Operation stirbt. Ich bin mir aber bewusst, dass wir den einen oder andern Weg als eine schwere Prüfung für unser Volk ins Auge fassen müssen, dass es sich nicht darum handelt, auf der einen Seite einen steilen Bergweg zu begehen und auf der andern Seite eine gepflasterte Strasse. Es handelt sich im Gegenteil an beiden Orten um schwere Wege der Besteigung eines unbekannteren Berggipfels. Aber wird ein erfahrener Bergsteiger, wenn er eine Erstbesteigung vornimmt, einfach planlos irgendwo den Berg in Angriff nehmen, wird er nicht vorher alle Seiten des Berges rekognoszieren und sehen, wo ein Aufstieg möglich ist, sei es auf der Nord- oder auf der Südseite. Diesen Weg zu rekognoszieren, ist eine Aufgabe unseres Landes. Das haben wir bis heute nicht in genügender Weise getan, wir haben uns nur ungenügend informiert, wie es in den Staaten mit abgewerteter Währung steht. Glauben Sie, dieser Kampf bleibe uns erspart? Auch wir werden uns einmal mit dieser Frage auseinandersetzen müssen.

Ich sage Ihnen und damit komme ich zum Schluss, dass ich den Mut fast verloren habe, dass es gelingen werde, den schweren Berg zu ersteigen, weder von der einen noch von der andern Seite aus. Wir stehen unten und warten zu, bis der Berg über uns zusammenstürzt. Ob das die klügere Politik ist, weiss ich nicht. Ich gebe die Hoffnung aber nicht auf, dass trotz der m. E. unnötigen Teilung unseres Volkes in zwei Hälften es doch gelingen werde, in gemeinsamer Arbeit die schwere Aufgabe der Erklommung dieses Berggipfels, wenn ich bildlich sprechen will, zu erreichen. Wenn wir ganz nüchtern denken, so werden wir vielleicht nach einem schweren Abstimmungskampf gar nicht so weit auseinander sein, weil wir uns über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht hinwegsetzen können. Ich bedaure, dass durch eine Reihe verpasster Gelegenheiten es nicht möglich geworden ist, den Kampf zu vermeiden. Wenn er kommt, werden wir ihn ausfechten müssen. Wir werden nachher wieder zusammen kommen als geschultes demokratisches Volk. Wir haben uns schon in andern Fragen auseinandergesetzt und sind schliesslich wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammengelassen. Ich würde es aber begrüßen, wenn ein Gegenvorschlag den Versuch gemacht hätte, bevor wir mit einer Initiative, die nicht durchführbar ist, auf der einen Seite, aber mit leeren Händen auf der andern Seite einen Abstimmungskampf in die Wege leiten müssen. Ein vernünftiger Gegenvorschlag, der dem Volke den guten Willen zeigen würde, dass wir das, was im Bereiche der Möglichkeit liegt, wirklich tun, gäbe uns eine ganz andere Plattform für diesen Abstimmungskampf.

Bundesrat Meyer: Sie werden es nicht für unangebracht halten, wenn zu diesem Geschäft, das in erster Linie wirtschaftlichen und politischen Charakter hat, auch der Vorsteher des Finanzdepartementes seine Meinung äussert. Er tut dabei nichts anderes, als was er pflichtgemäss zu tun hat bei jedem Antrag, der von einem Departement auf den Bundesrattisch gelegt wird: er muss prüfen, wieviel die Sache kostet. Ich denke, wir werden auch hier darüber sprechen müssen.

Wenn Sie den Wortlaut der Initiative durchgehen, werden Sie allerdings wenig klare Angaben über diesen Kostenpunkt finden. Sie werden den Eindruck haben, dass weitgreifende Massregeln beabsichtigt sind und dass man Hilfsaktionen nach allen Seiten hin in Aussicht nimmt, allein Sie finden über die finanzielle Tragweite keinerlei ziffermässige, ja auch nicht einmal allgemeine Angaben darin. Ich habe auch aus der Diskussion darüber nicht viel zur Ergänzung entnehmen können. Die Ziffer 5 ist allerdings soweit klar, dass sie sagt, dass der Bund zur Finanzierung dieser besonderen Krisenmassnahmen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Mit andern Worten: Der Bund bezahlt alles. Das ist wenigstens sicher, wenn wir auch über den Umfang in keiner Weise einen Begriff erhalten.

Nun ist ja der Kern der Initiative in den Punkten 2a und b enthalten: Erhaltung der Konsumkraft des Volkes, Bekämpfung des allgemeinen Abbaus

der Löhne, Gewährung eines Lohn- und Preisschutzes zur Sicherung eines genügenden Arbeitsinkommens. Merkwürdigerweise hat auch über die Kosten dieser Massnahmen die Initiative keinerlei Angaben gemacht, obwohl ein angeblicher Entwurf — ich weiss nicht, wie es sich damit in Wirklichkeit verhält; er scheint durch Indiskretion in die Öffentlichkeit gekommen zu sein — einen Betrag von einer halben Milliarde in Aussicht nahm. Das wäre auf 5 Jahre verteilt je ein Betrag von jährlich 100 Millionen. Man könnte aus Analogie zum Gutachten der Herren Grimm und Rothpletz ebenfalls auf diesen Gesamtbetrag kommen. Ich weiss nicht, ob sie von den Urhebern der Kriseninitiative heute noch aufrecht erhalten wird. Wir haben hierzu übrigens noch eine Frage zu stellen: Wenn der Bund hier in bezug auf die Arbeitsbeschaffung eingreifen soll, werden wir auch darüber klar sein müssen, ob gemeint ist, dass der Bund sich auch für die Arbeitsbeschaffung Privater einsetzen müsse. Wenn das gemeint wäre, würden sich natürlich die Kosten noch beträchtlich erhöhen.

Dann ein anderer Punkt: Es ist natürlich auch weiterhin eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge und Krisenhilfe in Aussicht genommen. Hier haben die Kantone und die Gemeinden nach der jetzigen Ordnung beizutragen. Wenn nun aber hier der Ausdruck „ausreichend“ so gedeutet werden sollte, dass vermehrte Ansprüche befriedigt werden müssen, dann fragt es sich, ob die Kantone und Gemeinden weitere Leistungen oder auch nur die heutigen auf sich nehmen können. Ich weiss aus vielen Besprechungen, wie Gemeinde und Kantone vielfach schwer unter diesen Leistungen an die Arbeitslosen- und Krisenhilfe leiden und dass manche an der Grenze dessen gelangt sind, was sie noch vertragen können. Wenn aber hier grössere Ansprüche gestellt werden, wird es unvermeidlich sein, dass diese Körperschaften, Gemeinden und Kantone, mit ihren Leistungen nicht mehr nachkommen können. Dann wird der Bund eingreifen müssen, so dass von dieser Seite her die Leistungen des Bundes sich steigern werden.

Dann kommen die Entschuldungsaktionen, einmal die für die Landwirtschaft. Wir wissen, was für Projekte hier bestehen. Auch hier spricht man ja, beim grösseren wenigstens, von einer Milliarde, verteilt freilich auf einen grösseren Zeitraum. Immerhin wäre die Verzinsung und Amortisation einer Milliarde mit 50 Millionen pro Jahr einzusetzen. Daneben ist auch von der Entschuldung des Gewerbes die Rede, ohne dass nähere Angaben darüber gemacht werden.

Zusammenfassend möchte ich zu diesem Abschnitt sagen: Zur Berechnung der Summe des Kostenbetrages fehlen im Text der Initiative alle Angaben. Aber das wird sicher sein, dass die Mehrkosten für den Bund in die Hunderte von Millionen hineingehen. Gestern hat ein so kühler Beurteiler wie Herr Nationalrat Gnägi gesagt: Es werden ungeheure Aufwendungen erforderlich sein; und wenn er beigefügt hat: „Die Urheber der Initiative vertrauen offenbar auf Gott im Himmel und viel Glück“, so mögen Sie sich eine Idee bilden, worauf man sich gefasst machen muss. Wenn die bundesrätliche Botschaft hier den schlichten Satz ausspricht: „Dem Geist dieser Initiative liegt der Spar-

wille fern“, dann ist das sicher nicht übertrieben, es ist der Leitsatz bei der Beurteilung dessen, was die Kriseninitiative dem Bunde an Mehrkosten aufladen will.

Nun die Deckung der Kosten. Hiezu haben Sie in Ziffer 5 des Initiativtextes gewisse Andeutungen. Der Bund soll das alles bezahlen durch Anleihen mit und ohne Prämien und aus laufenden Einnahmen. Man hat in den letzten Jahren den Ruf nach Finanzprogrammen oft gehört; man hat dem Bund vielfach Vorwürfe gemacht, dass er sein Finanzprogramm nicht früher aufgestellt habe. Die Urheber der Kriseninitiative beschäftigen sich mit einem Finanzprogramm in keiner Weise; für sie ist das eine Arbeit, der sie sich nicht unterzogen haben. Sie sprechen von „laufenden Einnahmen“. Wir haben ja hierüber einen Begriff aus den Zahlen unseres Budgets. Die laufenden Einnahmen sind so, dass der Voranschlag des Jahres 1935 mit einem Defizit von 41,5 Millionen Franken abschliesst. Wir haben in der Botschaft zum Voranschlag mit aller Offenheit gesagt, dass in diesem Betrag eine Reihe von Tilgungen enthalten sind. Insoweit mag man den Eindruck erhalten, dass heute unsere Finanzlage noch nicht als verzweifelt zu gelten habe. Allein wir haben dann die Erfahrung gemacht, dass gerade wegen dieser Offenheit, mit der wir alle diese Zahlen bekannt gaben, uns der Vorwurf gemacht wurde, wir stellten ein zu ungünstiges Budget auf. So hat die „Schweiz. Bauernzeitung“ aus der Budget-Botschaft diese Zahlen entnommen, wonach bei einem Defizit von 41,5 Mill. Fr. rund 42,3 Mill. Fr. auf Tilgungen und Rückstellungen entfallen. Das ist richtig; aber wenn nun gesagt wird, dass in dem Defizit, das wir ausweisen, einzig 9 Millionen wirkliche Ausgaben seien, so ist das etwelche Beschönigung. Nachdem der Voranschlag in dem genannten Blatte in dieser Weise besprochen worden war, wurde durch eine Zeitungsagentur, die insbesondere die sozialdemokratischen Blätter bedient, ein Artikel: „Das falsche Bundesbudget“ verbreitet, worin gesagt wurde, wir stellten die Lage ernster und schwärzer dar als sie in Tat und Wahrheit sei.

Es ist nicht so. Freilich bleibt von den 42,5 Mill. Fr. Rückstellungen und Tilgungen ein grosser Teil vorderhand in der Kasse, er bleibt da bis zu dem Moment, wo die Amortisation einmal zu Rückzahlungen verwendet werden muss. Aber es sind nichtsdestoweniger notwendige Ausgaben des Budgets, und ich frage Sie, ob man einen Moment daran zweifeln darf, ob der Bund, der nun 1,7 Milliarden Fr. Anleihen auf dem Markte hat, die planmässigen Tilgungen vornimmt oder nicht. Ich glaube, daran sollte niemand zweifeln dürfen, und im Interesse unseres Kredites wollen wir auch nicht, dass darüber Zweifel entstehen. Wir stellen daher diese Amortisationssummen pünktlich in das Budget ein.

Wir haben zu den 1,7 Milliarden Fr. noch etwa 300 Millionen Fr. kurzfristige Verbindlichkeiten, die uns zwar nicht drücken. Es sind Guthaben der Post und der Versicherungskasse des eidg. Personals. Aber es sind doch verzinsliche Schulden, und wenn wir auf den Gesamtbetrag von 2 Milliarden Fr. die Amortisationen rechnen, die wir vornehmen, so kommt ein Betrag von $1\frac{1}{2}\%$ heraus, also kein Satz, mit dem wir etwa besonders Staat machen könnten.

In unserem Defizit von 41,5 Millionen Fr. sind allerdings noch 8 Millionen Fr. für die künftige Sanierung der Bundesbahnen eingeschlossen. Aber das Defizit der Bundesbahnen ist bekanntlich um 50 Millionen Fr., und wenn wir mit den 8 Millionen angedeutet haben, dass wir eigentlich das andere Defizit auch noch zu decken die Verpflichtung hätten, so ist das erst ein leiser Anfang für die Besserung unserer Lage. Sie wissen aber auch, dass im Voranschlag, der 41,5 Millionen Fr. Defizit aufweist, nicht alle Posten enthalten sind, die im Laufe dieses Jahres notwendig werden, so z. B. der Posten für die Milchaktion. Dieser und einige andere Posten konnten nicht in den Voranschlag aufgenommen werden, weil die Beschlüsse noch nicht formell erfolgt waren, als der Voranschlag aufgestellt wurde. Aber diese Posten stehen in sicherer Aussicht, dass wir mit einem höheren Defizit als demjenigen, das in dem Voranschlag ausgewiesen ist, rechnen müssen.

Aber Sie wissen auch noch einen andern Grund, warum wir alle Ursache haben, unsere Finanzlage nicht zu beschönigen. Das ist der Umstand, dass sich beim Finanzprogramm von 1933 bekanntlich nicht alle Hoffnungen, die damals gehegt worden sind, erfüllt haben. Sie wurden namentlich deswegen nicht erfüllt, weil einige Einnahmen weniger einbringen als vorausgesehen war. Denken wir an die 10 Millionen Fr., die wir bei der Getränkesteuer weniger erhalten als ursprünglich berechnet wurde. Sie wissen, dass insbesondere unsere Zolleinnahmen seit einigen Jahren eine stetig nach unten gehende Linie einhalten. Das ist eine sehr bedenkliche Erscheinung. Die Zolleinnahmen sind der stärkste Pfeiler unserer Finanzen, und wir sehen, dass infolge des mangelnden internationalen Verkehrs die Erträge immer weiter sinken. So sind wir nun dazu gekommen, in Aussicht zu nehmen, dass eine Ueberbrückungsvorlage, ein Ueberbrückungs-Finanzprogramm vorzulegen sei zum Finanzprogramm, das bis Ende 1937 dauern soll.

Diese Deckungsvorlage könnte so gestaltet werden, dass wir die Sanierung der Bundesbahnen noch zurückstellen und uns hiefür auf den Betrag von etwa 8 Millionen Fr. wie im Voranschlag 1935 beschränken. Trotzdem werden wir Beträge haben, die für das Jahr 1935 mit 50 Millionen Fr., für 1936 mit 65 Millionen Fr. und für 1937 mit 73 Millionen Fr. zu berechnen sind. Das wären die Mindestsummen, für die das Ueberbrückungsprogramm die Deckung herstellen soll.

Dieses Zwischenprogramm wird gewisse Einsparungen enthalten müssen. Diese werden uns durch die Kriseninitiative entweder erschwert oder überhaupt unmöglich gemacht. Bleiben neue Einnahmen. Wer heute in die Wirkungen der Krise Einblick hat, wird nur mit einem schlechten Gewissen daran gehen, neue Erhöhungen vorzuschlagen, die die Volkswirtschaft weiter belasten. Wenn wir Umschau halten, so finden wir, dass uns keine grosse Auswahl an neuen Einnahmen zur Verfügung steht; wir haben einzelne Konsumsteuern. Die Steuern auf Einkommen und Vermögen im Bunde sind ja vorhanden in Form der Krisenabgabe. Wir müssen ausserordentlich zurückhaltend sein, um nicht das Feld zu bebauen, das den Kantonen gehört und ihnen sehr nötig ist. Wir hätten noch eine Reserve in Form einer Umsatzsteuer, wie sie auch von andern

Staaten eingeführt worden ist. Aber diese Reserve sollten wir nach meiner Ansicht zurückstellen, denn keine Steuer wird in derselben Art und Weise auf die Lebenshaltungskosten einwirken wie gerade eine Umsatzsteuer. Auch wenn wir die Schärfe der heutigen Krise nicht verkennen, so scheint mir doch, dass es noch Verhältnisse geben kann, die die Dinge noch verschlimmern können. Denken wir daran, dass ein Krieg losbräche, den wir vielleicht aus aller nächster Nähe zu spüren bekämen. Gewisse Reserven muss jeder Staat, der auch im Notfall seine Existenz aufrecht erhalten will, zurückbehalten. Als eine solche Reserve betrachte ich die Umsatzsteuer, ich möchte von ihr jetzt keinen Gebrauch machen. Wenn man aber davon Umgang nimmt, dann sehen Sie, wie schwer es uns gemacht wird, eine Deckungsvorlage zu bringen, welche diejenigen Summen einbringt, die wir heute schon, die Mehrausgaben der Kriseninitiative ganz abgerechnet, verlangen müssen.

Herr Nationalrat Bratschi hat gestern einen Vorschlag gemacht, der neu ist und der mich interessiert hat. Er sagte, wir bringen jetzt allerdings Mehrausgaben durch die Kriseninitiative, aber wir haben ja eine Krisenabgabe, die für den Bund 50 Millionen Franken einbringt. Die Sache liegt zwar nicht ganz so, denn die 50 Millionen Franken sind für zwei Jahre. Unter der Voraussetzung, dass der Gesamtbetrag für diese ersten zwei Jahre 85 Millionen Franken erreicht, entfallen auf den Bund 50 Millionen Franken oder im Jahr je 25 Millionen Franken. Ob die zweite Serie der Krisenabgabe ebenso viel bringt, wissen wir heute noch nicht. Wenn man, wie Herr Nationalrat Bratschi andeutete, die Krisenabgabe nehmen wollte, um Ausgaben der Kriseninitiative zu decken, so verdiente das allerdings den Namen Deckung nicht, die Wegnahme dieser 20 oder 25 Millionen Franken bedeutet auf der andern Seite ein ebenso grosses Loch. Wir müssten also irgend eine Quelle flüssig machen, um dieses Loch zu stopfen.

Die Kriseninitiative gibt allerdings in ihrer Ziffer 5 eine weitere Wegleitung, indem sie sagt, dass die Mittel beschafft werden können in Form von Anleihen und Prämienanleihen. Man will mit der Kriseninitiative Entschuldungen bei der Landwirtschaft und im Gewerbe vornehmen. Der Staat aber, der die Ausgaben bestreitet, soll sich weiter verschulden. Dieser Staat hat aber heute schon grosse, sogar gewaltige Schulden. Rechnen wir einmal zusammen die 2 Milliarden des Bundes, die 3 Milliarden der Bundesbahnen, die 2 Milliarden der Kantone und die Milliarde der Gemeinden, so kommen wir auf 8 Milliarden Franken. Ich rechne, dass von diesen 8 Milliarden Franken 6—7 Milliarden Franken Anleihen sind, die auf dem Markte lasten. Diese Summe ist für die Leistungsfähigkeit, die Spartätigkeit unseres Landes auch in guten Zeiten, so gross, dass sie für unsern Kapitalmarkt sehr stark in Betracht fällt. Je mehr wir vom Auslande abgeschnitten sind, je mehr der verhängnisvolle Grundsatz der Autarkie, der ja handelspolitisch ja schon so weit Eingang gefunden hat, auch finanzpolitisch angewendet wird, um so schwerer wird es uns werden, mit unseren Schulden fertig zu werden. Die Konversionen folgen sich ja ziemlich rasch. Wir haben letzthin die Lehre bekommen, dass gewisse zufällige Umstände, vom

Auslande her oder Erregung im Inlande dazu führen, eine Konversion in ihrem Erfolge zu schwächen. Wir müssen uns darauf gefasst machen, dass es nicht so leicht sein wird, unsere Schulden zu konvertieren und vor allem nicht sehr leicht für Bund und Kantone neues Geld auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Ich weiss, dass die Herren, die die Kriseninitiative befürworten, den Gedanken haben, man sollte eben für diese ausserordentlichen Ausgaben, ein besonderes Konto einrichten und es dann ähnlich tilgen, wie wir die Mobilisationsausgaben getilgt haben. Darüber kann man ja reden, denn Krisenausgaben sind ja in gewissem Masse ausserordentliche Ausgaben. Freilich, beim Kriege hat man mit etwelcher Zuversicht annehmen können, dass er einmal aufhört. Es gibt Leute, die behaupten, unsere Krise höre überhaupt nie auf. Ich gehöre nicht zu diesen Beurteilern, ich bin etwas optimistischer, ich denke, es werde wieder einmal besser kommen. Aber jedenfalls wissen wir nicht, wie lange diese Krise geht. Wenn wir nicht bereits ein grosses zu tilgendes Konto hätten, so würde ich sagen, man könnte es jetzt einrichten, aber da wir es bereits haben und es sehr stark belastet ist, sollte man von einem weiteren ausserordentlichen Konto absehen. Sie wissen übrigens, dass die Erfahrungen mit der ausserordentlichen Rechnung nicht erfreulich waren. Ich möchte nicht befürworten, dass wir die alte Methode wieder einführen. Wir haben vor etwa 9 Jahren den Grundsatz der Universalität des Budgets aufgestellt. Das ist für einen Staat eine sehr vernünftige Ordnung und ich denke, wir wollen, angesichts dessen, was wir noch an Kriegslasten nachzuschleppen haben in einer Zeit, wo man fortwährend von neuen Kriegen spricht, nicht neuerdings eine zu tilgende Last in ein solches Konto legen. Zudem würde die Einführung eines neuen Sonderkontos Verwirrung in die ganze Staatswirtschaft bringen. Wir haben jetzt einen Deckungsplan für die Kriegsschulden, der sich auf 50 Jahre erstreckt; wir haben daneben noch eine Reihe anderer Tilgungen, z. B. die Vorschrift, dass das Defizit eines Jahres in den Voranschlägen der nächsten 5 Jahre getilgt werden müsse. Dann haben wir noch andere Tilgungen wie die 100 Millionen, die wir im letzten Jahr für das Militärdepartement beschlossen haben und wofür wir einen Zeitraum von 25 Jahren vorgesehen haben. Nebenbei gesagt hat man uns vorgeworfen, wir hätten hier dem Militärdepartement einen zu langen Zeitraum eingeräumt. Ich bemerke, dass wir diese 25 Jahre deswegen angenommen haben, weil wir zu der Quote von 3 Millionen, die jährlich zur Tilgung eingesetzt werden muss, noch die unverbrauchten Budgetreste hinzunehmen können. Diese machen z. B. im Jahre 1934 rund 2,9 Millionen aus; wir haben also auch hier eine ausreichende Tilgung. Endlich haben wir aber noch weitere Tilgungspläne für die Anschaffung von Flugzeugen usw. Das alles bringt eine Unübersichtlichkeit mit sich und wenn wir noch weitere Separatkonti einführt, würde der Ueberblick stark erschwert. Wir können wohl Anleihen erheben; aber tilgen müssen wir sie auf jeden Fall, ob sie nun auf einem Separatkonto stehen oder ins ordentliche Budget hineingenommen werden, ob wir sie nun in Form von Budgetdefiziten decken

oder in anderer Weise. Wir müssen die Tilgungsquote haben, hier aber müssten wir sie erst suchen. Hiefür gibt uns die Kriseninitiative keine Angaben an die Hand. Wir können den kommenden Generationen, auf die wir gewaltige Kriegsschulden wälzen, nicht noch eine neue Krisenschuld aufladen, wenn wir ihnen die Existenz nicht von vornherein erschweren wollen. Dass eine Anleihenhäufung Bedenken erregt, geht daraus hervor, dass die Presse der Urheber der Kriseninitiative eine Beschwichtigung versucht hat, indem sie auf folgende Punkte aufmerksam machte. Es handle sich, wurde gesagt, um die Finanzierung produktiver Arbeit. Ist das richtig? Wäre es mit der Produktivität so weit her, dann könnten sich ja private Unternehmer darum bemühen und die Sache eventuell auch ohne uns machen. Aber davon ist offenbar keine Rede. Im Expertengutachten Grimm/Rothpletz heisst es, es sei sehr schwierig, heute produktive Arbeiten zur Arbeitsbeschaffung aufzutreiben. Man hält weiter entgegen, früher eingegangene Schulden seien schon zu einem ansehnlichen Teil gedeckt worden. Daran ist soviel richtig, dass etwa eine Drittel-Milliarde, rund 350 Millionen, gedeckt wurde; aber gegenüber dem heutigen Bestand an Schulden ist diese Tilgung nicht von so grosser Bedeutung. Und endlich sagt man, wir hätten ja in der Schweiz namhafte Reserven. Ich glaube in der Tat, wir haben noch nicht alles ausgeschöpft; ich glaube, wir haben tatsächlich hier noch einen Vorteil vor den Ländern, die durch Krieg und Inflation hindurchgegangen sind. Allein es ist zu beachten, dass die Reserven nicht in den Banktresors drin verwahrt werden und zu ihrem Nominalwert bilanziert werden können, sondern dass sie in der Wirtschaft drin liegen und dass sie mit der Wirtschaft den Schrumpfungsprozess mitmachen, sich also in dem Masse verringern, als die Krise unsere Volkswirtschaft heimsucht.

Was nun insbesondere noch die Prämienanleihen betrifft, so scheint mir, wenn man diese Sonderart noch einer speziellen Erwähnung würdigt, so ist das schon fast zu viel Ehre für diese Spezies der Geldaufnahme. In früheren Jahrhunderten, noch im 19. Jahrhundert, waren ja Prämienobligationen in manchen Staaten beliebt, man hat sie sehr viel angewendet und damit den Spieltrieb der Bevölkerung ausgebeutet. Aber dann kam eine Zeit, wo man sich in der ganzen Welt darauf besann, dass das nicht das Mittel sei, um regelmässig Geld aufzunehmen. Man hat in Deutschland in den 70er Jahren, auch in Frankreich, Oesterreich usw. die Prämienobligationen gesetzlich verboten. Heute sehen wir, dass sie mehr nur bei privaten Institutionen, etwa zu gemeinnützigen Zwecken noch verwendet werden und dass sie in Russland und in einigen Balkanländern noch Anziehungskraft haben. Aber unsere grossen Vermögensportefeuilles, auf die wir bei unsern Anleihen zählen, wollen solche Werte in der Regel nicht. Prämienanleihen sind aber auch für den Emittenten nicht immer bequem. Wenn wir auch einen etwas niedrigeren Zins als den normalen anbieten können, weil dafür gewisse Gewinne in Aussicht stehen, so hätten wir den einen grossen Vorteil der übrigen Anleihen nicht, nämlich die Konversionsmöglichkeit. Denn die Prämien-Anleihen müssen naturgemäss durch jähr-

liche Verlosung getilgt werden. Die Konversionsmöglichkeit ist etwas, von dem wir sehr gerne Gebrauch machen, wenn die Bewegung des Zinsfußes eine Herabsetzung erlaubt. Ich glaube also, der Hinweis auf die Prämienanleihen würde keine nennenswerte Erleichterung auf dem Wege der Finanzierung bedeuten.

Vom Standpunkt der Bundesfinanzen aus ist die Grösse der Mehrausgaben infolge der Kriseninitiative jedenfalls unübersichtlich; offenbar stände eine starke weitere Belastung unserer Staatsrechnung in Aussicht. Wir kennen die Wege nicht, die da gegangen werden sollen, wir wissen nicht, wie weit sie führen.

Gestern hat einer der Herren, der die Kriseninitiative verteidigte, gesagt: Staatsfinanzen und Wirtschaft stehen miteinander in Zusammenhang. Das unterschreibe ich, das ist sicher so. Wenn die Urheber der Kriseninitiative uns den Beweis leisten können, dass es ihnen gelingt, die Wirtschaft zu heben auf ein höheres Niveau, sie wieder lebendig zu machen, dann würde ich sagen: Dann können wir hoffen, dass auch die Staatskasse infolge dieser Belebung sich wieder erholen werde. Aber tun Sie denn mit Ihrer Kriseninitiative irgend etwas für unsere Exportindustrie, die doch ein so wichtiger Zweig unserer Volkswirtschaft ist? Wenn man hier nichts tun will, nichts tun kann, dann zeigt das, dass man unmöglich mit einiger Sicherheit erklären kann, durch diese Initiative werde unsere Wirtschaft sich bessern. Das ist aber auch der Grund, warum ich sage: Wir können nicht einfach darauf abstellen, dass die kommende Belebung der Wirtschaft unseren Staatsfinanzen grössere Beträge zurückbringe; wir können uns damit nicht vertrösten lassen.

Herr Nationalrat Reinhard hat gesagt: Wir sehen doch an Beispielen anderer Länder, an Deutschland, an Italien, wie wenig es geholfen hat, dass man die Löhne herabgesetzt, die Lebenshaltung reduziert hat, wir sehen, wie diese Länder dastehen! Man kann aus den Beispielen anderer Staaten sicher einiges lernen, aber vielleicht ist der heutige Stand dieser Länder eben auch darauf zurückzuführen, dass sie mit ungeheuren Summen zwar eine Inlandkonjunktur künstlich heraufbeschworen haben; wobei es aber nicht gelungen ist, die Ausfuhr irgendwie zu beleben. Diese Länder gehen vielmehr in ihrer Ausfuhr auffällig zurück, und sie sind in eine Devisennot und damit in eine geminderte Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande gelangt. Sie haben sogar Schwierigkeiten, für ihre Industrie die Rohstoffe aus dem Auslande einzukaufen. Das ist auch eine Lehre, die wir berücksichtigen müssen.

Nun komme ich zu einem Punkte, der in der Diskussion eine erhebliche Rolle gespielt hat, zu dem Opfer des Kapitals. Man hat zur Illustration gesprochen von der „Aufwertung der Schulden“. Man hat dem Bundesrat — diejenigen, die selber kein Finanzprogramm aufgestellt haben — den Vorwurf gemacht, er habe nicht erklärt, wie er denn die Kosten einer Aufwertung der Schulden bestreiten wolle. Man ist so weit gegangen, zu sagen, da liege eine Gefahr für die Staatsfinanzen. Aus diesem Grunde sei es das dringendste, das Opfer des Kapitals nun zu verwirklichen!

Ich gebe zu, dass in der Theorie ein Zusammenhang besteht zwischen der Bewegung der Lebenshaltungskosten und der Bewertung der Schulden. Nehmen wir ein theoretisches Beispiel. Wenn die Lebenshaltung in einer gewissen Zeit, sagen wir einmal um 10 %, sinken würde, dann würde die Kaufkraft des Geldes an sich steigen, die Schulden würden höher gewertet. Dieses theoretische Verhältnis besteht zwischen diesen beiden Faktoren. Allein so einfach ist die Sache nun doch nicht, wie man sie bis jetzt dargestellt hat. Denken Sie sich einmal die Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Wir hatten im Juni 1914, also vor dem Kriegsausbruch, den Index von 100 für die Lebenskosten. Er hat sich dann gewaltig erhöht. 1920 stehen wir mit dem Index der Lebenshaltung auf 224, also $2\frac{1}{4}$ mal so hoch wie 1914. Was zeigt denn das? Wenn die Lebenskosten $2\frac{1}{2}$ mal erhöht werden, dann werden die Schulden um das $2\frac{1}{2}$ fache abgewertet. Nun geht die Entwicklung weiter. Von 1920 hat sich der Index der Lebenshaltung gesenkt. Es ist heruntergegangen auf 200 im Jahre 1921, dann auf 164 usw.; heute stehen wir auf einem Index der Lebenshaltung von 127. Machen Sie sich nun die Wirkungen dieser Bewegung klar. Wir haben vor dem Kriege in unserem Lande etwa 8 Milliarden Franken Hypotheken gehabt. Davon vielleicht 5 Milliarden, die auf die Landwirtschaft entfallen, die andern 3 Milliarden auf Gewerbe usw. Dann hatten wir zu diesen 8 Milliarden Franken Hypotheken noch 3 Milliarden Franken Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden. Im Jahre 1920 ist nun der Nominalbetrag von 8 Milliarden Franken Hypotheken gesunken auf 3,5 Milliarden Franken. Das ist eine scharfe Abwertung. Die öffentlichen Schulden haben sich abgewertet von 3 auf 1,3 Milliarden Franken. Sie sehen also, einen sehr respektablen Wertverlust des Kapitals. Bis zum Jahre 1935, bei einem Index von 127, hat sich die Kaufkraft der Hypotheken wieder aufgewertet von den 3,5 Milliarden Franken auf 6,3 Milliarden Franken. Die öffentlichen Schulden sind wieder hinaufgegangen von 1,3 Milliarden Franken im Jahre 1920 auf 2,4 Milliarden Franken im Jahre 1935. Sie sehen, dass bei der Aufwertung des Kapitals, die seit 1920 bis heute vor sich gegangen ist, das noch nicht vollständig eingeholt worden ist, was vorher im Zeitraum 1914—1920 abgewertet wurde. Es fehlen auf den Hypotheken noch 1,7 Milliarden Franken und bei den öffentlichen Schulden noch 0,6 Milliarden Franken.

Ich wollte Ihnen durch diese Zahlen bloss zeigen, dass die Sache nicht so ungeheuer einfach ist, wie man sie darstellt. Man spricht heute immer nur von der Auswirkung in einer Richtung, nämlich der Aufwertung und übersieht alles, was in dieser wechselvollen Bewegung der Werte im Laufe der Jahrzehnte in anderer Richtung vor sich gegangen ist. Dazu kommt noch etwas anderes, die Bewegung des Ertrages des Kapitals, also des Zinses. Wir hatten im Jahre 1914 einen Hypothekenzinsfuß für I. Hypotheken von $4\frac{1}{2}$ %, im Jahre 1920 betrug er $5\frac{1}{4}$ %, er hat sich also wesentlich erhöht. Im Jahre 1935 haben wir einen Hypothekenzinsfuß für I. Hypotheken — wenn er nicht schon da ist, so stehen wir unmittelbar davor — von 4 %. Was sagen diese Ziffern? Sie bedeuten, dass

der Kapitalbesitzer durch die Zinsfluktuationen, je nachdem sein Kapital in dem oder andern Zeitpunkt verfallen ist, vielleicht eine Milderung seiner Abwertung oder auch eine Verschärfung durchgemacht hat und dass auch die Aufwertung in der einen oder andern Richtung beeinflusst wurde. Diese beiden Bewegungen kreuzen sich, sie gehen durchaus nicht parallel. Das Problem wird dadurch ausserordentlich schwierig. Man müsste die Verhältnisse sorgfältig untersuchen. Man darf deshalb nicht so leichthin aus einer Einwirkung nach einer Seite eine ganze Theorie des Kapitalopfers aufstellen.

Ausserdem gibt es noch einen andern Faktor, der das Kapital in seinem Werte stark berührt hat, ganz abgesehen von den Kaufkraftveränderungen: das sind die gewaltigen Kapitalverluste. Die Botschaft des Bundesrates hat geschätzt, dass am schweizerischen Industrie-Aktienkapital allein etwa 2 Milliarden Franken verloren gegangen seien seit dem Jahre 1929. Und zwar in einer Zeit, in der auch die Erträge eine scharfe Abnahme aufwiesen. Im Jahre 1926 war nach der Statistik, die die eidgenössische Steuerverwaltung führt, das Durchschnittsertragnis des Kapitals für Stempelsteuer 5,7 %, im Jahre 1934 ist der Durchschnitt der Dividendeneinnahmen — es sind natürlich auch die gänzlichen Ausfälle mitgerechnet — 3 %. Wir haben somit eine Verminderung des Ertrages um 45 %. Vom Hypothekenzinsfuss habe ich schon gesprochen. Auch hier war die Reduktion empfindlich. Ich will mit diesen Zahlen nur zeigen, dass der formale Gerechtigkeitsstandpunkt, den man mit dem Ruf nach Abwertung der Schulden und Opfer des Kapitals begründet, noch keine Berechtigung aus den tatsächlichen Angaben ziehen kann.

Ich betone aber, ich will damit nicht den Standpunkt einnehmen, ein Opfer des Kapitals sei nicht angängig. Das ist nicht die Richtlinie für den Bundesrat. Ich will Ihnen auch ganz offen die Lücke zeigen, die meine zählenmässige Beweisführung hat. Man kann ihr gegenüber nämlich mit Recht den Einwand erheben, sie betreffe nur die Schulden, die schon im Jahre 1914 kontrahiert worden sind; aber es gibt auch Schulden, die seither entstanden sind, es gibt Kapitalien, die erst seither auf den Markt gelangten, sie bilden freilich die kleinere Hälfte. Immerhin kann man sagen, ein Teil des Kapitals habe bloss an der Aufwertung, nicht aber an der früheren Abwertung teilgenommen. Ich bin bereit, diesen Einwand anzunehmen. Aber ich mache darauf aufmerksam, dass man nicht auf diese allgemeine und simplizistische Weise die Opfertheorie aufstellen kann, wie es geschehen ist.

Wir wollen also den Grundsatz, dass wir vom Kapital ein weiteres Opfer verlangen können, annehmen. Wir können ein solches Opfer damit begründen, dass die heutige Krise so viele Existenzen ungeheuer schwer trifft und dass unsere Wirtschaft krank darnieder liegt. Wir wollen tun, um das Opfer des Kapitals herzubringen, was in unserer Macht liegt. So haben wir uns bemüht, den Kapitalzins, vor allem den Hypothekenzins, zu reduzieren. Wir haben diese Bestrebungen auf dem Wege der Freiwilligkeit zu fördern gesucht. Denn wir wollen uns doch bewusst sein, dass der niedrige Zinsfuss, den wir heute und seit Jahrzehnten in

unserem Lande haben, mit unseren geordneten Rechtsverhältnissen und Rechtsbegriffen in Zusammenhang steht. Ich könnte, wenn etwa der Einwand käme, wir hätten schärfer und mit Anwendung mehr oder minder scharfen Druckes, ähnlich wie in andern Staaten, vorgehen sollen, nur antworten, was bei der bernischen Wirtschaftskonferenz der Präsident der bernischen Hypothekerkasse gesagt hat, als er über die zwangsweisen Konversionen sprach: „Nur der vertragstreue Schuldner bekommt billigen Kredit.“ Ich glaube, an diesen guten alten Satz werden wir uns halten müssen. Wir haben uns nun bemüht, einmal darauf hinzuwirken, dass der Hypothekenzinsfuss für I. Hypotheken definitiv auf 4 % heruntergeht. Wir haben mit den Banken bereits früher Besprechungen eingeleitet und wir haben demnächst mit den Kantonalbanken neuerdings eine Konferenz; wir hoffen, dass man in Bälde dazu kommt, dass die Kantonalbanken, die ja die kräftigste Gruppe unseres Bankenwesens sind, dazu einwilligen, auf 4 % herunterzugehen. Wir haben allerdings nicht den Vorteil, so demonstrativ zu wirken, wie es durch Zwangsmassregeln in andern Ländern geschehen ist. Wenn wir wie Frankreich einen Hypothekenzinsfuss von 8 % hätten, wie es jetzt noch der Fall ist, dann könnten wir Staat machen mit einer Reduktion von 2 oder 3 %. Bei uns kann davon nicht die Rede sein. Seit 20 Jahren ist unser Hypothekenzinsfuss ja nie auf einer solchen Höhe gestanden, auch nur annähernd nicht, wie ihn andere Länder heute noch haben; und seit einer Reihe von Jahren ist er ständig, langsam aber sicher hinuntergegangen bis auf den heutigen Satz von 4—4¼ %. Wir haben darauf gehalten, auch von der Seite der staatlichen Finanzpolitik auf den Zins einen Druck auszuüben. Wir haben nun den Typus von 3½ % gewählt. Herr Nationalrat Bratschi hat vorgestern gesagt, diese 3½ %, die der Bund bei der Konversion des Bundesbahnanleihe angewendet habe, seien gar nicht so ernst zu nehmen; wir kämen tatsächlich ja doch auf 4¼ %. Das ist richtig. Aber das ist leicht zu erklären. Ich möchte nebenbei sagen: Man kann es nie recht machen. Beim 4 % Anleihen vom September letzten Jahres, das stark überzeichnet wurde, kritisierte man, die Bedingungen seien günstig gewesen. Ich hätte die Verantwortung damals nicht übernehmen wollen, nachdem vorher ein Anleihen der Bundesbahnen nur zur Hälfte gezeichnet wurde und man nicht so genau wusste, ob das Vertrauen in den Kredit des Bundes noch in vollem Masse vorhanden und ob unsere Währung innerlich unerschüttert sei, ein Anleihen aufzulegen, das die Möglichkeit eines Misserfolges geboten hätte. Deshalb haben wir damals, übrigens in Uebereinstimmung mit der damaligen Weltmarktlage, den Zinsfuss auf 4 % festgesetzt und haben den Erfolg gehabt, dass die grosse Zeichnung den Zinsfuss nicht nach oben beeinflusst, sondern etwas hinabgedrückt hat, weil alle Welt sah, dass ein Bundesanleihen wieder diese grosse Beachtung gefunden hatte. Aber sofort, als wir annehmen durften, dass der Kredit des Bundes feststehe und dass auch im Volke noch der Glaube an die Festhaltung der Währung vorhanden sei, sind wir zum Typus von 3½ % übergegangen. Wir haben die

letzte Konversion durch eine neuartige Methode bewerkstelligt. Wir haben nämlich 100 Millionen von den 200, die zu konvertieren waren, in 3½ %ige sechsjährige Kassenscheine umgewandelt und sie den Banken überlassen als eine Anlage für ihre grossen Liquiditäten; sie haben sie zum Kurse von 98 % übernommen. Wir hatten also nur noch 100 Millionen zur öffentlichen Konversion aufzulegen. Den Emissionskurs mussten wir etwas unter dem Kurse der alten 3½ % Bundesbahnobligationen ansetzen, sonst wäre es niemandem eingefallen, zu konvertieren.

Ich will nun kein Lob einheimsen. Man hat von der gleichen Seite, die beim 4 %igen Anleihen uns den Vorwurf machte, wir hätten zu gute Bedingungen gewährt, diese Konversion unter dem Titel gebracht: „Wie man die Bundesfinanzen ruiniert.“ Die 100 Millionen sind aber gezeichnet worden. Die 3½ % als Typus des Anleihe-Zinsfusses für den Bund haben dabei, wie man uns aus Hypothekenbankkreisen erklärt hat, einen günstigen Einfluss ausgeübt, sie haben als Schrittmacher gewirkt für den 3½ %igen Typus der Obligationen überhaupt. Es gibt bereits einige grosse Kantonalbanken, die 3½ %ige Obligationen herausgeben auf diese Weise wird es möglich, den Hypothekarzins auf 4 % zu bringen. Das ist, was wir durch die Finanzpolitik des Bundes für den Zins getan haben: Wir haben dazu beigetragen, den Obligationen- und Hypothekarzinsfuss zu reduzieren.

Das andere ist das, was jetzt im eifrigen Studium begriffen ist: die Frage der Entschuldung der Landwirtschaft. Was hier verzögernd gewirkt hat und das Studium noch nicht hat zum Abschluss bringen lassen, das ist das Problem der rechtlichen Massnahmen, die mit jeder Entschuldung einhergehen müssen, wenn sie einen bleibenden Wert haben soll. Indem wir diese rechtlichen Massnahmen noch prüfen, hoffen wir Ihnen doch in Bälde einen Beschlussentwurf vorlegen zu können, der sich auf die erste Etappe der Entschuldung bezieht. Es handelt sich um die Unterstützung der segensreichen Tätigkeit der Bauernhilfskassen. Ihre Wirksamkeit sollte dadurch unterstützt werden, dass wir nun auch die Amortisation für die Grundpfandkredite des bäuerlichen Sanierungsverfahrens ermöglichen. Die Frage ist kürzlich mit Delegierten des Schweizerischen Bauernverbandes besprochen worden. Wir haben uns anheischig gemacht, diese Angelegenheit in Bälde dem Bundesrate vorzulegen.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Sie mit Zahlen etwas länger aufgehalten habe. Ich möchte abschliessend sagen, dass die Ausgabenrechnung der Kriseninitiative, wenn man sie einmal feststellen kann, die Staatsfinanzen in starkem Masse zu überlasten droht. In einer Lage, wo das Defizit der Staatsrechnung wie das Defizit der Bundesbahnen ihrer Deckung harren, wird die Erreichung einer Gleichgewichtslage sowohl für den Staat wie für die Bundesbahnen durch die Kriseninitiative erschwert und hinausgeschoben. Eine erhebliche Vermehrung der Schuldenlast, wie die Kriseninitiative sie vorsieht, ist geeignet, unsern Staatskredit erheblich zu beeinträchtigen. In der heutigen internationalen Lage und bei der krisenhaften Volkswirtschaft im Inlande werden un-

günstige Wirkungen von dieser Initiative auf dem Kapitalmarkt zu befürchten sein. Die Kampagne an sich, je nachdem sie geführt wird, ist geeignet, auf den Kapitalmarkt und auf die Zinsbewegung störend einzuwirken. Sie wird vielleicht unsere Aktion auf Reduktion des Zinsfusses, die wir begonnen haben, hemmen, sie vielleicht unterbrechen. Nachdem einmal der Kampf unausweichlich geworden ist über diese Initiative, so möchte ich nur den Wunsch aussprechen, der schon in der Botschaft des Bundesrates zum Ausdruck gebracht worden ist, dass wir uns in diesem Kampfe immerhin unserer gemeinsamen Schicksalsverbundenheit erinnern und daran denken, dass wir auch nachher wieder zusammen arbeiten müssen. (Lebhafter Beifall.)

Saxer: Ich stelle im Namen der freisinnig-demokratischen Fraktion des Nationalrates den Antrag, es sei die Vorlage an den Bundesrat zurückzuvweisen zwecks Ausarbeitung eines Gegenvorschlages bis zur Junisession. Die freisinnige Fraktion steht auf dem Standpunkte, dass die Ausarbeitung eines tragbaren Gegenvorschlages eine dringende Notwendigkeit sei. Ich kann mich in der Begründung dieses Ordnungsantrages sehr kurz fassen.

Ich habe die Gründe, die für die Schaffung eines Gegenvorschlages sprechen, bereits gestern einlässlich angeführt. Die freisinnige Fraktion schliesst sich grundsätzlich diesen Auffassungen an. Es hat dies nun zur Konsequenz, dass die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen werden muss. Ich habe Ihnen gestern einen formulierten Entwurf zu einem Gegenvorschlag begründet. Er ist erfreulicherweise von den verschiedensten Gruppen dieses Rates begrüsst und unterstützt worden, vorbehaltlich der Formulierung des Textes. Die Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat schafft nun die praktische Möglichkeit, vorhandene Wünsche und Anregungen zu berücksichtigen. Wir haben in dieser Beziehung die Auffassung, dass selbstverständlich auch mit den Initianten über diese bedeutsame Frage noch weiter gesprochen und unterhandelt werden muss.

Der Rückweisungsantrag soll in keiner Weise die Entscheidung über diese für das Land so wichtige Frage ungebührlich hinauszögern. Wir halten ebenfalls dafür, dass der Entscheid so rasch als möglich herbeigeführt werden soll. Es ist dies möglich, wenn bis zur Junisession der Bundesversammlung eine Verständigungsvorlage des Bundesrates unterbreitet wird.

Gestatten Sie mir noch eine Schlussbemerkung. Der Gang der Diskussion, wie sie sich bisher entwickelt hat, hat mir und wohl auch andern Ratskollegen bewiesen, wie dringend notwendig es ist, dass ein Gegenvorschlag geschaffen wird, der eine Einigung auf einem gangbaren Mittelweg sucht. Die Zustimmung zum Rückweisungsantrag ist somit ein Dienst am Land, der in der heutigen gefahrvollen Zeit eine unerlässliche Notwendigkeit ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag der freisinnig-demokratischen Fraktion die Zustimmung zu geben.

Präsident: Die Diskussion dieses Rückweisungsantrages lässt sich von der materiellen Besprechung nicht leicht trennen. Ich möchte Ihnen deshalb

vorschlagen, die Diskussion über den Rückweisungsvorschlag und über das Eintreten zusammen weitergehen zu lassen, in der Meinung, dass gleichzeitig mit der Erledigung der Eintretensfrage auch über diesen Rückweisungsantrag entschieden wird.

Schmid-Solothurn: In erster Linie möchte ich mich gegen den Ordnungsantrag aussprechen ohne weitere Begründung. Wir müssen in dieser grossen Frage, die heute vor uns liegt, zu einer bestimmten Stellungnahme kommen. Wir können nicht ausweichen und die Sache hinausschieben und weiter Lösungen suchen, sondern es muss endlich in unserem Kurs finanzpolitisch und wirtschaftlich Klarheit geschaffen werden.

Da möchte ich Ihnen vorerst mitteilen, was Herr Direktor Bindschedler von der Schweizerischen Kreditanstalt an der Generalversammlung im Februar 1935 festgestellt hat, entgegen dem, was hier behauptet worden ist von den Gegnern der Kriseninitiative, entgegen dem, was auch in der Botschaft des Bundesrates steht. Direktor Bindschedler hat nach der unverdächtigen „Neuen Zürcher Zeitung“, Handelsteil, gesagt, dass seitens unserer Regierung nicht nur die Parole der Deflation, sondern auch des Zinsabbaues ausgegeben worden sei. Man hat hier immer bestritten, dass zielbewusst in Deflation gemacht werde. Ich glaube, dieser Zeuge ist stark genug, dass wir ihm glauben, dass die Deflationspolitik von oben herab, vom Bundesrat aus oder wenigstens vom Finanzdepartement aus befohlen und angekurbelt worden ist. Es ist behauptet worden, die Initianten hätten die Frage der Finanzierung aus dem Auge gelassen oder nur vage Andeutungen darüber gemacht. Herr Bundesrat Meyer hat heute versucht, uns so eigentlich das Gruseln beizubringen; aber er hat selbst angedeutet, dass seine Rechnung ein Loch hat. Ich möchte darüber einige Ausführungen machen.

Wenn man so rechnet, dass die heutige Verschuldung der Landwirtschaft, des Gewerbes, die Hypothekenschulden all der kleinen Häuserbesitzer usw. schon vor dem Kriege 1914 bestanden hätten, dann würde Herr Bundesrat Meyer recht haben. Aber er hat nicht recht; denn der grösste Teil dieser Milliarden schulden ist in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht worden und zwar in jener Zeit, als der Index hoch stand. Mit der Deflation, wie sie jetzt durchgeführt wird, gehen hauptsächlich jenen Kreisen, die die Schulden haben machen müssen, wo das Geld billiger war, Millionen oder gar Milliarden verloren. Schauen Sie sich im Lande um, nehmen Sie die Amtsblätter der Kantone oder auch das Schweizerische Handelsamtsblatt zur Hand, wie sehr sich die Konkursfälle vermehren in der Landwirtschaft und im Gewerbe, fast überall erdrückt von der Schuldenlast. Sehen wir uns um bei all jenen Kreisen, sagen wir der eidgenössischen Beamten und Angestellten, der Angestellten in den Kantonen und Gemeinden, bei der Lehrerschaft, die während der Zeit der Wohnungsnot in den Jahren 1920 bis 1929 ihre Heimstätten errichten mussten, bei den Wohnbaugenossenschaften usw., die mit den damaligen Preisen gerechnet haben und ihrem damaligen Einkommen: Heute sind diese Kreise zum grössten Teil ruiniert. Es kam die Deflationspolitik, bewusst anbefohlen, mit aller Hart-

näckigkeit durchgeführt, die diesen Leuten das Einkommen geschmälert hat. Die Schulden sind in der gleichen Höhe geblieben und diese Leute konnten nicht mehr amortisieren und auch nicht mehr den Zins bezahlen. Wer aber erntet? Die Grosskapitalisten, die heute in der Lage sind, aus diesen Zusammenbrüchen, die nicht nur theoretisch sind, Sachwerte aufzukaufen und sich daran zu bereichern. Darüber müsste auch gesprochen werden. Wenn diese Deflationspolitik weitergeführt werden soll, so wird der Zusammenbruch immer grösser werden. Diese Seite der Rechnung ist von Herrn Bundesrat Meyer und von den Gegnern der Kriseninitiative nicht in Betracht gezogen worden und auch nicht, dass wenn wir wenigstens einmal den Innenmarkt beleben könnten, wenn wir Arbeit beschaffen könnten, dann die Ausgabenseite unserer heutigen Krisenbelastung eine Entlastung erfahren wird.

Und nun die Barmittel, die zur Verfügung gestellt werden müssen: Man kann den Initianten gewiss nicht den Vorwurf machen, dass sie nicht mit einer Rechnung gekommen sind, wo genau aufgeschrieben steht, wieviel die eine oder andere Massnahme, in Millionen Franken ausgedrückt, kostet, so wenig wie der Bundesrat in seinen Massnahmen, die er getroffen hat, eine solche Rechnung zum voraus hat aufstellen können. Auch der Bundesrat konnte diese Rechnung immer erst nachher machen, er hat auch immer erst nachher die Ausgaben gezählt, weil es vorher nicht möglich war. Man kennt ja die Wirkungen der einzelnen Massnahmen nicht. Wir wissen nicht, wie weit die Arbeitslosenunterstützungen zurückgehen werden, wir wissen nicht, was da und dort durch die Massnahmen, die mit der Kriseninitiative durchgeführt werden, eingespart werden wird. Man wird nicht so unvernünftig haushalten, wie es irgendwo in der Botschaft des Bundesrates heisst. Man wird, wenn die Kriseninitiative angenommen sein wird, nicht mit einem Hochgenuss Orgien feiern im Schatten der Kriseninitiative und mit unvernünftigen Massnahmen das Gut der Nation verschwenden. So ist es nicht. Und wenn an einer Stelle der Botschaft steht, dass dann die erste Massnahme wohl sein werde, dass man die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen erhöht, dann möchte ich Sie darauf verweisen, dass auch wir, die Anhänger der Kriseninitiative, wohl zu rechnen verstehen und dass auch wir genügend Verantwortlichkeitsgefühl haben, um das nicht zu tun, was man uns hier andichtet. Wir werden nicht verantwortungslos den Ruin unserer Wirtschaft herbeiführen wollen.

Herr Bundesrat Meyer hat auf die Wirtschaftskonferenz, die in Bern stattgefunden hat, hingewiesen und auf das, was dort Herr Direktor Scherz von der bernischen Kantonalbank ausgeführt hat. Herr Direktor Scherz sprach auch über die Prämienanleihen, allerdings nicht in dem abschätzenden Sinne wie Herr Bundesrat Meyer. Man kann über die Prämienanleihen denken wie man will, ich möchte sie nicht empfehlen. Hingegen hat Herr Direktor Scherz noch etwas anderes gesagt, wovon uns Herr Bundesrat Meyer nichts erzählte. Er wies nämlich darauf hin, wie viele grosse brachliegende Mittel im Lande vorhanden seien. Darin hat er vollständig recht, dass wir nun diese brachliegenden

Mittel mobilisieren müssen für die Arbeit. Als im Jahre 1914 der Krieg ausbrach, sind Millionen und Milliarden für die Grenzbesetzung beschlossen worden, ohne auch nur ein Wort über die Deckung zu sprechen. Man hat gesagt, Land in Gefahr, die Verteidigung muss eingerichtet werden, koste es, was es wolle. Glauben Sie denn, unser Land sei heute weniger in Gefahr? Glauben Sie denn, bei diesem Zusammenbruch weiter Kreise unserer Volksgenossen, bei dieser Trostlosigkeit, vor der unsere Jugend steht, die nicht weiss, was sie mit ihrem Leben anfangen soll, glauben Sie nicht auch, dass heute das Land in Gefahr ist? Aber die Verteidigung geht heute nach der wirtschaftlichen Seite. Da müssen wir nun genau so, wie 1914, handeln, wir müssen die Mittel da nehmen, wo sie sind, um unsere Wirtschaft in Gang zu bringen, und zwar nicht nur die Binnenwirtschaft, sondern wir müssen auch der Exportindustrie mit Staatsmitteln auf irgendeine Art und Weise helfen und zwar nicht so unzulänglich wie bis anhin. Und das wird möglich sein. Ich möchte hier nur einflechten, dass man vielleicht in diesem wirtschaftlichen Verteidigungskampf doch endlich jene ablehnende Haltung gegenüber Sowjetrussland wird aufgeben müssen. Wir sind davon überzeugt, dass wir schon manche Arbeitsgelegenheit für das grosse Russland verpasst haben, nur wegen der politischen Stellungnahme unserer Behörden diesem Land gegenüber, das heute gut genug ist, mit unsern Nachbarn Verträge zu schliessen, viel weitergehend, als wie jemals ein Mensch vor Jahren gedacht hätte.

Wir müssen unser brachliegendes Kapital mobilisieren. In der Botschaft des Bundesrates ist ein leiser Hinweis darauf gegeben. Es heisst dort an einer Stelle: „Wir haben die Krisenabgabe eingeführt mit einer mässigen Belastung des Kapitals, des Vermögens“. Das ist ein Hinweis. Es wird jedem eidgenössischen Finanzminister möglich sein, nach Annahme der Kriseninitiative durch das Schweizervolk die Mittel zu nehmen, wo sie heute brachliegen, wo sie der Arbeit vorenthalten werden, nur weil heute die Dividende, der Profit nicht so hoch ist, wie die Herren das gewohnt waren in den Jahren des Krieges und zum Teil der Nachkriegszeit.

Es ist in dieser Debatte um die Kriseninitiative von bäuerlicher Seite, von Herrn Gnägi, aufgezählt worden, wer heute Not leide: die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter und die Landwirtschaft. Aber das sind nicht alle, mit diesen ist der Kreis noch nicht geschlossen. Wenn man ein derartiges Problem wie das, vor dem wir heute stehen, so kurzzeitig betrachtet, dann natürlich kommt man zu kurzichtigen Schlüssen. Herr Gnägi will nicht wissen, und mit ihm viele andere, dass in der Privatindustrie, in den Privatunternehmen ein Lohnabbau durchgeführt worden ist, der so weit geht, dass heute Arbeiter, obschon sie Stellen haben, obschon sie arbeiten können, obschon sie ihren Lohn beziehen, von den Armenbehörden unterstützt werden müssen, damit sie ihre Familien durchbringen können. Das sind nicht vereinzelte Fälle, sondern das ist eine zunehmende Zahl. Das ist die Schicht der Industrie, der Werkarbeiter. Die andere Schicht habe ich bereits genannt, die infolge des Gehaltsabbaues ihre Heimstätten preisgeben müssen, wo alle Ersparnisse, die die Leute während Jahren gemacht haben, heute

verloren sind: die Leute müssen ausziehen und das, was sie gebaut haben, wird jetzt eine billige Beute des Kapitals.

Es hat in der Debatte Herr Nationalrat Abt durch einen Zwischenruf bei der Rede von Herrn Bratschi, man kann sagen blitzlichtartig uns gezeigt, wie wenig eigentlich in diesem Kreise das tatsächliche Leben im Volke beobachtet und erkannt wird. Herr Bratschi hat Ihnen gesagt, dass jetzt Eisenbahnarbeiter eingestellt werden, nach Ihrem dringlichen Bundesbeschluss, zu ungenügenden Löhnen, und Herr Abt hat darauf erklärt, sie müssten ja nicht gehen. So ist es nicht, und deshalb ist es auch unrichtig, was Herr Bundesrat Schulthess in seiner Rede gesagt hat: Ueberall müssen wir die Freiheit des Einzelnen hochhalten. Wo ist die Freiheit des Einzelnen, des Arbeiters, wenn man ihn zwingt, zu einem Lohn zu arbeiten, mit dem er nicht mehr existieren kann? Da hat er nicht zu entscheiden. Das ist keine Freiheit: Geht er nicht hin, so wird ihm jede Unterstützung genommen und er muss zugrunde gehen. Er hat keine Macht, sich zu wehren; er muss annehmen, was ihm geboten wird unter freundlichster Mitwirkung der vollziehenden Behörden, der Kantone und Gemeinden.

So sind die Verhältnisse. Glauben Sie aber nicht, dass Sie mit allen Ihren Theorien, die Sie gegen die Krisenabgabe hier aufmarschieren liessen, die Stimmung des Volkes ändern können. Das Volk in Not, das nicht erst in Not gerät, sondern heute schon in der fürchterlichsten Not ist in weiten Landesgegenden, fragt all dem nichts mehr danach; es verlangt Entlastung; es verlangt, dass es ihm wieder einmal etwas besser gehe und greift zu jedem Mittel, das ihm recht scheint. Herr Kollega Dr. Seiler von Liestal könnte uns ja vielleicht etwas erzählen über die Freiland- und Freigeldbewegung im Kanton Baselland, wo kein Wort der Vernunft, wo nichts mehr nützt, wo die Leute einfach nicht mehr hören, sondern in ihrem Elend fanatisiert worden sind und ihren eigenen Weg gehen. Und das ist nicht nur dort so, das gilt auch für andere Orte. Und wenn Sie wollen, dass diese ungesunden Strömungen weiterrollen, dass sie sich vergrössern und zur Gefahr werden, dann müssen Sie nur so handeln, wie Sie jetzt handeln wollen: die Kriseninitiative als ein untaugliches Mittel ablehnen und die Leute ihrem Schicksal überlassen.

Die bundesrätliche Botschaft ist ja in dieser Beziehung eine Streitschrift des Kapitals gegen die Arbeit, wie man sie von den Behörden nicht hätte erwarten sollen. Da wird in erster Linie der Geist der Initiative als ein sozialistischer Geist gebrandmarkt und gegen diesen Geist mit Zitaten aus Karl Marx gefochten. Ich bin ein überzeugter Sozialdemokrat; ich habe daraus nie ein Hehl gemacht und habe diese Kriseninitiative von diesem Standpunkt aus begrüsst und will gar nicht bestreiten, dass darin sozialdemokratischer Geist lebt. Aber ist das ein Verbrechen? Warum soll das Volk nicht sehen, dass mit diesen Ideen, dass mit dem Sozialismus ihm geholfen werden kann, dass eine sozialistische Einspritzung in den kapitalistischen Körper unserer Wirtschaft vonnöten ist? Kämpfen Sie dagegen mit Sprüchen aus Karl Marx, die Leute werden eine ganz andere Meinung von unserem Wollen

und dem Ziel der sozialdemokratischen Bewegung bekommen.

Wenn Sie den bürgerlichen Mitgliedern des Aktionskomitees der Kriseninitiative daraus einen Vorwurf machen wollen, dass die Initiative sozialdemokratischen Geist atmet, dann tun Sie das. Diese bürgerlichen Mitglieder werden das selbst zu verantworten haben und werden sehen, dass diejenigen Kreise, die sie hier vertreten, mit dem roten Tuch nicht mehr zu erschrecken sind, denn sie haben zu viel gelitten unter der kapitalistischen Wirtschaft. Sie verlieren heute zu viel, um nicht genug zu bekommen von einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf Befehl des Bundesrates durch die Deflation, die Aufwertung der Vermögen durch Verarmung weitester Kreise des Volkes durchgeführt wird.

Sie können das nicht bestreiten und können mit allem, was Sie wollen, dem Volk, das in Not geraten ist, eine andere Meinung nicht mehr beibringen. Wir werden diesen Kampf bestehen. Aber wir protestieren dagegen, dass in der Botschaft des Bundesrates uns schlechter Wille usw. unterschoben wird, als wären wir wie Räuber darauf versessen, in die Wirtschaft einzubrechen und ihr den Garaus zu machen, als hätten wir weder Vernunft noch Verstand, noch ein Herz im Leibe. Nein, wir könnten den Spiess umdrehen und Ihnen sagen, dass Sie mit Ihrer rücksichtslosen Finanz- und Wirtschaftspolitik grosse Kreise des Volkes an den Bettelstab gebracht haben. Das wäre nicht nur Theorie, sondern das wäre aus der Praxis des Lebens, aus den Aufzeichnungen unserer Konkurs- und Betreibungsämter, aus der Tätigkeit der gewerblichen Hilfs- und Bürgschaftsgenossenschaften, der Hilfskassen der Bauern und aus der Tätigkeit der Gewerkschaften. Das sind Tatsachen. Weshalb, wenn wir schicksalsverbunden sind, wie es hier immer und immer wieder betont wird, bieten Sie nicht Hand dazu, die Kriseninitiative als einen Weg anzunehmen, auf dem aus diesem Zusammenbruch herauszukommen ist? Es geht ja nicht so, dass man von heute auf morgen die ganze Wirtschaft umstellt, aber es geht so, dass mit der Abbaupolitik Schluss gemacht werden muss, dass man schrittweise eine Belebung der Wirtschaft herbeiführt durch Mobilisierung des heute brachliegenden Kapitals.

Zum Schluss möchte ich die hier immer wiederholte Behauptung, es sei kein Kapital vorhanden, widerlegen. Der Ertrag der Krisenabgabe ist viel reicher ausgefallen, als vorgesehen war. Und kennen Sie auch die kleine Erzählung vom reichen Mann, der im Bette Blut geschwitzt hat, als er träumte, er hätte sein ganzes Vermögen verloren mit Ausnahme desjenigen, das er dem Steueramt angezeigt hat?

Nobs: Es ist kein alltägliches Ereignis, dass zum gleichen Geschäft gleich zwei Bundesräte sprechen. Erlauben Sie mir, zu antworten auf dasjenige, was Herr Bundesrat Meyer über die finanzielle Seite der Kriseninitiative angeführt hat.

Man hat bemängelt die zu grossen Kosten, die aus der Verwirklichung der Kriseninitiative für die Bundesfinanzen entstehen. Sie wissen, dass das Gutachten Grimm-Rothpletz mit einer Summe von 500 Millionen gerechnet hat für Massnahmen zur Bekämpfung der Krise. Ich denke, dass, wenn

die Kriseninitiative, die zum Teil die Erfüllung der gleichen Zwecke in sich schliesst, auf 5 Jahre verteilt, den gleichen Betrag in Anschlag bringt, sie damit nicht zu hoch geht. Dies auch nicht in Anbetracht des schweizerischen Nationalvermögens von 40 bis 50 Milliarden. Ich glaube, dass auch in der jetzigen Krisenzeit die 40 Milliarden Franken, die der Vorkriegsschätzung des Herrn Dr. Fahrländer entsprechen, nicht zu hoch gegriffen sind, und dass, wenn wir mit einem Opfer von 500 Millionen Franken eine weitreichende Wirkung erzielen können, das Opfer nicht in einem Missverhältnis stehe, weder zum Umfang der vorhandenen Krise, noch zum Zwecke.

Wir sollten uns hüten, in dieser Richtung pessimistischer zu urteilen als die Bankiers. Ich darf daran erinnern, wie unlängst ein sehr sachkundiger Zürcher Bankier, Herr Dr. Somary, in einer englischen Finanz-Zeitschrift erklärt hat, dass die schweizerische volkswirtschaftliche Rüstung durchaus stark genug sei, den Aufgaben der Krisenzeit zu genügen und auch den möglichen sehr erheblichen Verlusten in Auslandsanleihen zu widerstehen. Darum würden wir gut tun, uns von keiner Seite bei der Diskussion dieser Frage dazu verleiten zu lassen, in Panik zu machen. (Zwischenruf **Stampfli:** Somary ist ein Ausländer.) Nein, er ist Schweizerbürger. (Zwischenruf **Stampfli:** Aber ausländischer Herkunft.) Er kann aber trotzdem recht haben. Er tut jedenfalls mit einer das Vertrauen in unsere volkswirtschaftliche Rüstung stärkenden Publizistik dieser schweizerischen Volkswirtschaft den besseren Dienst als jene wackeren Eidgenossen, die durch ihre Publikationen in der ausländischen Finanzpresse dazu beitragen, in unsere Währung und in unsere Finanzen Misstrauen zu setzen!

Eine kleine Rechnung zu der finanziellen Seite der Kriseninitiative:

Wenn man uns leichtfertig vorwirft, wir gingen darauf aus, die Bundesfinanzen zu schädigen, so haben Sie schon vergessen, dass es die gleichen Initianten gewesen sind, von denen die Initiative für die Krisensteuer ausgegangen ist. Als wir damals mit einer Einnahme von 50 Millionen Franken aus der Verwirklichung dieser Initiative rechneten, hat man die Initianten hier im Rat ausgelacht. Diese Initiative hat man zunächst als ein bolschewistisches Machwerk zu diskreditieren versucht. Dann hat man sich eines Besseren besonnen und die Krisenabgabe eingeführt, die bei verringerten Ansätzen jetzt einen Ertrag von 42 Millionen Franken einbringt. Das zeigt, dass die seinerzeitigen Berechnungen der Krisensteuerinitianten nicht so schlecht waren, wie man es behauptet hat.

Ich verweise weiter auf die ganz gewaltigen Summen, die wir heute der berühmten Musy'schen monopolfreien Getreideversorgung opfern. Damals hat man von einem kleinen Bundesopfer von 4 bis 5 Millionen Franken gesprochen. Ich war damals Mitglied der Kommission und erinnere mich noch sehr gut an jene Diskussionen. Damals hat ein Bundesfinanzminister die Kampagne geführt, heute werfen wir in dieses Loch jährlich über 40 Millionen Franken! Bei einem weitestgehenden Entgegenkommen auf Bundeskosten wären hier bei einer Monopollösung allermindestens 20 Millionen Fran-

ken hereinzubringen! Warum kommt kein Bundesfinanzminister dazu, hier die Fehler, die Sie begangen haben, zu korrigieren?

Wir hatten die Uebergewinnsteuer vorgesehen schon vor Beginn der Krise, im Sommer 1928, als noch grosse Teile der Volkswirtschaft ertragreiche Jahre der Hochkonjunktur vor sich hatten. Sie wäre auch heute noch gegenüber jenen Betrieben gerechtfertigt, die nach unserer Dividendenstatistik 8, 10, 12, 16 und mehr Prozente Dividenden einbringen, wie bei den Versicherungsgesellschaften, den chemischen Unternehmungen und bei vereinzelten Privatbetrieben. Eine Uebergewinnsteuer, die gewiss gerade für die hohen Einkommen um so weniger als untragbar erscheinen dürfte, als die Botschaft des Bundesrates zum Budget von 1935 selbst darauf hinweist, dass die steuerliche Belastung unseres Volkseinkommens in der Schweiz um mehr als die Hälfte hinter der Belastung in Deutschland, in England und in Frankreich zurücksteht.

Herr Bundesrat Meyer hat nichts davon gesagt, weil er je nach Bedarf die Rechnung auf zweierlei Manier stellen kann — die Finanzminister machen je nach Bedarf einmal eine optimistische und ein andermal eine pessimistische Rechnung — von der forcierten Schuldentilgung. Nach den Ausführungen der Budgetbotschaft von 1935 des gleichen Finanzministers hätten wir eine Schuldentilgung auf den eigentlichen Schulden der Eidgenossenschaft von 17,1 Millionen Franken im Jahre vorzunehmen. Wir haben aber ein Budgetdefizit von 41,6 Millionen Franken. Wir tilgen zugegebenermassen um 25 Millionen Franken mehr als wir nach dem bestehenden Tilgungsplan tilgen müssten. Darüber äussert sich die Budgetbotschaft wörtlich wie folgt: „Auch wenn sich also der im Budget vorgesehene Fehlbetrag von 42 Millionen Franken in seiner angegebenen Höhe tatsächlich einstellen sollte, so wird deswegen der Staatsschuldenüberschuss nicht vermehrt werden.“ Mit andern Worten, diese Mehrtilgung von Schulden, diese forcierte Schuldentilgung stellt uns ein Budget auf, das uns über die eigentliche Höhe des Defizites täuscht. Im Grunde haben wir bei normaler Schuldentilgung ein ausgeglichenes Budget. Deshalb frage ich Sie — ich gehöre nicht zu denen, die meinen, dass nicht Schulden getilgt werden sollen, wenn es möglich ist — leben wir jetzt in einer Zeit, wo der Umfang der sozialen Not unseres Volkes uns die Protzerei erlaubt, selbst im Jahre 1935, einem Jahre einer nie auf diesen Grad gesteigerten Weltwirtschafts- und nationalen Krisis, mehr Schulden zu tilgen, als der Tilgungsplan vorsieht?! Ich sage nein! Die Nöte des Volkes verdienen den Vorzug vor dieser forcierten Amortisation.

Wir haben aber forcierte Amortisationen auch noch auf einem andern bedeutenden Budgetposten, bei den 40 Millionen Fr. Aufwendung für Arbeitsbeschaffung, die in drei Jahren getilgt werden sollen. Diese 40 Millionen sind in drei Jahresquoten ins Budget aufzunehmen und innerhalb von 3 Jahren zu tilgen. Das ist gewiss gut, wenn man es kann. Aber ist diese Krisenzeit der Augenblick, um derartige Lasten zu tragen? Sind wir sozial tragfähig genug, um derartige Tilgungen der Krisengeneration, der Krisenzeit selber zuzumuten? Wir haben ge-

sehen, dass für die Extra-Militärauslagen von 97 Millionen Fr. eine 40jährige Amortisationsfrist vorgesehen ist! Dort geht es, aber bei den Sozialausgaben geht es nicht. Der tiefere Sinn dieser unterschiedlichen Tilgungspolitik ist darin zu suchen, dass die Sozialausgaben künstlich tief gehalten werden sollen, weil man wünscht, gerade auf diesem Gebiete zu sparen, wie das ja in den Kundgebungen der Unternehmerverbände und in der Kundgebung von Aarau zum Ausdruck gekommen ist. Das erinnert mich an jene wunderbare Wirtschaft der letzten Krise der Jahre 1921 bis 1923, wo wir hier und auch in andern Ratssälen erhöhte Kredite für Notstandsarbeiten verlangten für Strassenbau, für Wohnungsbau, für Kanalisationen und anderes und wo man uns erklärt hat: Die Staatsfinanzen sind stark beansprucht, es sind keine Mittel da, wir müssen sparen wir können uns das nicht leisten. Man hat sich daran gehalten, die Konjunktur kam und dann mussten diese Arbeiten auf einmal trotzdem gemacht werden. Es war in einer Zeit, wo wir jahraus, jahrein 50,000 Ausländer in unserem Lande beschäftigt haben, die dann die Arbeiten ausführten, die die schweizerischen Arbeitslosen in der vorausgegangenen Krisenzeit nicht haben machen dürfen, weil unsere wunderbare Voraussicht, unsere herrliche kapitalistische Unordnung sich wieder einmal auf diese Weise ausgezeichnet hat.

Es gäbe aber noch einen andern Weg, um etwas zu sparen. Könnten wir nicht durch eine Konversion der hochverzinslichen Anleihen auf den Zinssatz von $3\frac{1}{2}\%$ durchgängig eine Einsparung in der Höhe von 12 bis 15 Millionen Fr. verwirklichen? Nehmen Sie diese Summen zusammen — Herr Reinhard hat Ihnen das schon im Dezember in einer ähnlichen Rechnung vorgerechnet — so kommen Sie zu der sehr stattlichen Summe von 50 Millionen Fr., die Sie aber, wie es scheint, verschmähen und zu gering schätzen, um die Beträge dort zu holen, wo sie zu holen wären. Dabei habe ich erst noch die Uebergewinnsteuer nicht in Anrechnung gebracht. Gerade wenn man, wie Herr Bundesrat Meyer, davon spricht, dass Gemeinden und Kantone vielerorts an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt seien, müsste man dazu kommen, auch diese Mittel zu beanspruchen, um jenen Gemeinwesen und öffentlichen Körperschaften, die unter der Last der Krise zusammenzubrechen drohen, zu helfen. Gerade das wäre schliesslich auch die Aufgabe der Eidgenossenschaft und entspräche dem Sinn der eidgenössischen Solidarität.

Herr Bundesrat Meyer hat sodann in seinen Ausführungen zur Schuldenaufwertung in keiner Art und Weise zu bestreiten vermocht, was unser Kollege Bratschi zu diesem Thema bereits ausgeführt hatte. Herr Bundesrat Meyer hat in aller Form bestätigt: steigende Lebenskosten bedeuten Abwertung der Schulden und sinkende Lebenskosten bedeuten Aufwertung der Schulden. Die sinkenden Lebenskosten, die die Aufwertung der Schulden mit sich bringen, das ist die Deflationspolitik, die Sie als Ihr Krisenprogramm und als Ihr eigentliches Gegenprojekt der Kriseninitiative gegenüberstellen. Die Aufwertung der Schulden auf den 4 Milliarden Schulden des Bundes und der Bundesbahnen würde bei einem 20 prozentigen Abbau, wie ihn die Unternehmerverbände verlangt haben, eine Aufwertung auf 5 Milliarden

bedeuten. Diese Aufwertung um eine Milliarde mittelst Ihrer Preis- und Lohnsenkungspolitik macht den doppelten Betrag dessen aus, was die Verwirklichung der Postulate der Kriseninitiative an Aufwendungen erfordern würde. Die Initiative aber stellen Sie so hin, als ob sie den Bankrott der Staatsfinanzen bedeuten würden. Niemals hat Demagogie in einer ernsthaften Frage den Sachverhalt schlimmer entstellt als das verlogene Schlagwort von der Bankrottinitiative.

Herr Bundesrat Meyer hat auch von der Bewegung des Zinses gesprochen. Erlauben Sie mir noch dazu eine Bemerkung. Ich war etwas erstaunt, diese Ausführungen, die vielleicht bei Anleihsunterhandlungen von Vertretern der Banken hätten gemacht werden können, aus dem Munde des Mannes zu hören, dem die Obsorge für die Bundesfinanzen anvertraut ist und dessen fiskalische Interessen ihn dazu führen müssten, für einen niedrigen Zinsfuß zu sprechen und nicht einen hohen Zinsfuß zu rechtfertigen. Herr Bundesrat Meyer hat den französischen Crédit Foncier mit seinen 8% erwähnt. Aber warum sind auch unsere Bundesräte immer so einseitig, warum orientieren sie uns nicht etwas allseitiger, warum, wenn Herr Bundesrat Meyer über diese Dinge spricht, warum sagt er uns nicht, welchen Zinsfuß der englische Kapitalist von der treasury erhält? Er erhält für die englischen Schatzanweisungen seit Jahren 2½%! Warum hat er uns nicht berichtet, dass der amerikanische Kapitalist seine Kapitalien heute zu einem Zinsfuß von einem halben Prozent auf den Banken liegen hat? (Zwischenruf **Stampfli**: Wir auch.) Das betrifft einen relativ sehr kleinen Betrag, in den Vereinigten Staaten aber ganz gewaltige Summen. Warum hat Herr Bundesrat Meyer uns nicht an das erinnert, was doch hier in der offiziellen Publikation über den Finanzhaushalt der Schweiz, Seite 71, steht? Es ist doch gar keine schlechte Quelle, die diese Feststellungen macht, sondern die Generaldirektion der Bundesbahnen, die sagt: „Während der letzten 10 Jahre war die Verzinsung des Anlagekapitals der englischen und amerikanischen Eisenbahnen wesentlich geringer als die des in den Bundesbahnen investierten Obligationenkapitals. Ueberträgt man die durchschnittlichen englischen und amerikanischen Kapitalzinse auf die Schweizerischen Bundesbahnen, so ergibt sich die Tatsache, dass die Bundesbahnen in den Jahren 1924—33 im ganzen 220 Millionen weniger Kosten für die Kapitalverzinsung gehabt hätten, d. h. ihre Gewinn- und Verlustrechnung wäre jährlich um durchschnittlich 22 Millionen entlastet worden.“

Wir vermögen es also, beim Stand der Bundesbahnen unsere Kapitalisten ganz bedeutend besser zu stellen als andere Länder, die ebenfalls kapitalistische Staatswesen mit kapitalistischen Regierungen sind. Warum spricht man nicht davon? Warum denkt man nicht daran, wenigstens in diesem Punkte einmal fiskalische Sparmassnahmen des Auslandes nachzuahmen, hier, wo es einmal auch in der Richtung eines sozialen Opfers des Kapitals zugunsten der Notleidenden und zugunsten der Sozialwerke liegt, die wir in der Krisenzeit durchführen sollten? Ich muss darum sagen: Ich habe es am allerwenigsten verstanden, dass gerade der Finanzminister in bezug auf die Höhe des Zinsfußes

eine solche Rede hält, die verständlich und motiviert gewesen wäre aus dem Munde eines jeden Bankdirektors, aber nicht aus dem Munde desjenigen, der, aus fiskalischen Interessen heraus, die Gegenpartei der Banken sein sollte.

Wie es in diesen Dingen steht, hat doch ein so unverdächtiger Zeuge wie Herr Prof. Laur in der Schweiz. Bauernzeitung schon zu Beginn des letzten Winters dargelegt. Er sagte: „Die Kreise, die den Bauern den Preisabbau empfehlen, sind die gleichen, die sich gegen die Ermässigung der Zinssätze und gegen eine durchgreifende Hilfe für die Schuldenbauern wehren.“

Ich weiss, Herr Bundesrat Schulthess macht sich darüber lustig, dass man „Theoretiker“ zitiert. Aber ein so hervorragender Vertreter des Manchester-Liberalismus wie Prof. Cassel, diese Leuchte der Wissenschaft, vertritt seit langem die Auffassung, dass die Notenbanken die Aufgabe und die Möglichkeit hätten, die gewaltigen Preissenkungen zu verhindern. Und ich zitiere nochmals den MacMillan-Bericht der zehn englischen Experten, die den internationalen Notenbanken die Aufgabe stellen, durch Kreditoperationen dahin zu wirken, dass das Preisverhältnis des Jahres 1928 wieder hergestellt werde. Man wird das nicht tun. Aber ich frage: Sollen wir, wo andere Fehler begehen, auch in den gleichen Fehler verfallen?

Gestatten Sie mir zum Schluss meiner Darlegungen noch einen kurzen Hinweis auf das Ergebnis der belgischen Deflationspolitik. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb vor drei Tagen über das nun zurückgetretene Ministerium Theunis und seine Schulthess'sche Wirtschaftspolitik folgende Worte: „In der belgischen Politik dominiert wie in der Schweiz die Frage nach der Ueberwindung der Krise... Entweder man senkt die Selbstkosten oder man erhöht die Verkaufspreise. Die erste Methode bezeichnet man mit dem schlecht gewählten Ausdruck Deflation, während man für das andere Verfahren die Bezeichnung Inflation oder Devaluation ausgesucht hat. Theunis wählte die erste Methode und verwendete sie mit beispielloser Energie und Sachverständnis und politischem Feingefühl.“

Dieses erfolgversprechende Programm, das mit einer beispiellosen Energie durchgeführt worden ist, führte zum Sturze der Regierung Theunis und zu einer Verschärfung der Krise und wiederholten schweren Gefährdungen der Belga, zu deren Stützung angeblich gerade die Deflationspolitik dienen sollte.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt dazu: „Aber die Widerstände, die sich beim Gehalt- und Lohnabbau zeigten, sowie die weitere Drosselung des Weltmarktes durch die Pfundpolitik des Sterlingblockes und der französischen Autarkie-Politik machten den Erfolg immer fragwürdiger. Andererseits steigt die Arbeitslosigkeit, die Not nimmt zu, und die Verzweiflung der Massen hat in gewissen Gebieten, speziell im Bezirk Borinage, schon bedrohliche Formen angenommen. Theunis hat die Goldwährung bis zur letzten Minute vor seiner Demission verteidigt und sein bezügliches Versprechen dem Parlament gegenüber auch gehalten. Trotzdem bildete sich eine Misstrauenswelle gegen den belgischen Franken.“

Das ist das Ergebnis der beispiellosen Energie in der Durchführung der Deflation.

Ich darf vielleicht Herrn Walter-Olten sagen, dass in der gleichen Stunde, da er hier Hohn und Spott über unsere Bemühungen der Krisenbekämpfung und unser Bestreben, eine wirtschaftliche Planmässigkeit zu schaffen, ausgegossen hat, sein katholisch-konservativer Parteikollege, Herr van Zeeland als neuer belgischer Ministerpräsident den Urheber des Planes der Arbeit, unsern Parteigenossen de Man und weitere sozialdemokratische Mitglieder in sein Ministerium hat aufnehmen müssen. Es scheint mir doch, dass Ihre Schulthess-Politik in Belgien ihr Ende erreicht und eine schlimmes Fiasko gemacht hat. Man musste sich umsehen, dem Regime ein besseres Fundament in den grossen Volksmassen zu geben. Daher der Sturz der Abbauregierung und die Ausdehnung der Koalition.

Ich sehe auch darin nur eine Bestätigung dessen — ich wiederhole es — was Herr Professor Laur über das Ende dieser Politik Ihnen schon vor Monaten vorausgesagt hat, als er schrieb: „Die Antworten auf die angekündigte neue Wirtschaftspolitik zeigen, dass sowohl der Bauer als der Arbeiter, der Angestellte und der Gewerbetreibende, der Handwerker und der Handel nichts von dieser Politik wissen wollen. Mit wem soll schliesslich der Bundesrat seine Politik weiterführen? Mit den Banken, den Grossindustriellen und einigen Grosshändlern allein kann man in der Schweiz nicht regieren. Die neue Richtung würde den Bundesrat in grossen Gegensatz zur Mehrheit des Schweizervolkes bringen.“

Was Prof. Laur vorausgesehen hat, erweist sich im weiteren Gang der Entwicklung immer mehr als Wahrheit und Tatsache. Wenn Sie das heute nicht glauben, werden Sie es doch in einer nahen Zukunft erkaufen müssen.

Wick: Die bisherige Debatte hat gezeigt, dass die Diskussion bereits einen sehr stark wahlagitorischen Einschlag erhalten hat. Ich möchte in dieser Beziehung keinen weiteren Beitrag leisten, sondern nur einige ganz kurze Fragen aufwerfen, von denen ich glaube, dass sie bisher in der Diskussion noch zu wenig hervorgehoben worden sind.

Dabei habe ich nicht die Auffassung des neuen Vertreters aus dem Kanton Schaffhausen, des Herrn Schmid-Ammann, der sagte, dass das Votum meines Fraktionskollegen Walter dem Ansehen des Parlamentes schädlich gewesen sei. Ich habe eher die Auffassung, dass die rührende Bescheidenheit des Herrn Schmid-Ammann, der gestern in den Rat eingetreten ist, die moralische Kraft des Parlamentes auch nicht gehoben hat.

Was nun die Frage der Kriseninitiative angeht, habe ich die persönliche Auffassung, dass man das Problem wirklich mit Ernst behandeln muss und dass man die Initiative nicht einfach pauschal ablehnen kann. Ich habe persönlich Verständnis für die Entwicklung, die diese Kriseninitiative kennzeichnet, und wenn ich auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ein absoluter, entschiedener Gegner dieser Kriseninitiative bin, so glaube ich doch, dass wir uns ernstlich Rechenschaft darüber geben müssen, wieweit eben Notwendigkeiten für unsere etatistische Wirtschaftspolitik vorhanden sind. Gerade die Kriseninitiative zeigt, dass wir heute leider nicht die wirtschaftsrechtlichen Voraus-

setzungen haben, um wirksam einem fortschreitenden Etatismus begegnen zu können. Die Frage lautet nicht: Etatismus oder nicht Etatismus, sondern: Wo sind die Grenzen eines durch die Verhältnisse notwendig gewordenen Etatismus?

Wir haben ja über dieses Problem in der letzten Dezembersession einlässlich gesprochen bei der Behandlung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Da ist sehr eindrücklich uns allen zum Bewusstsein gekommen, wie eng die Grenzen einer solchen staatssozialistischen Politik gezogen sind.

Wenn nun heute die Kriseninitiative kommt, die diese Grenzen sozusagen ins Unendliche verschiebt, dann zeigt das, dass der Weg, den die Initianten eingeschlagen haben, eben unmöglich ist und dass er nicht zum Ziele führt, den die Initianten wollen, nämlich zu einer Milderung oder gar einer Aufhebung der Krise. Ich weiss wohl: staatliche Hilfe in weitestgehendem Masse kann notwendig sein; aber einmal muss sich dabei doch ein geordnetes stufenweises Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft herausstellen, und gerade dieses Verhältnis, diese Ordnung, ich möchte sagen diese Hierarchie von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, fehlt vollkommen in der Kriseninitiative. Gerade das ist nach meinem Dafürhalten aus der ganz speziellen sozialdemokratischen Auffassung herausgekommen, die eine Verwischung der Grenzen von Staat und Gesellschaft in ihrem Programm selber hat, wobei man allerdings nie genau weiss, will man den Staat oder die Gesellschaft, will man einen grundsätzlichen Staats- oder einen grundsätzlichen Gesellschaftssozialismus. So wie die Kriseninitiative aufgezo-gen ist, bedeutet sie eine ungeheure Gefahr für den Staat, der damit nur zum blossen Wächter für Gruppeninteressen herabgewürdigt wird. Wir konnten das bereits hier sehen. So oft der Staat derartige Massnahmen treffen muss, ja vielleicht notwendigerweise treffen muss, wird unser Parlament eigentlich zu einer grossen wirtschaftspolitischen Börse, in welcher dann über alle diese Fragen gehandelt wird, beinahe wie an einer Börse. Hier entscheidet dann nicht eigentlich das soziale Moment, sondern immer nur der stärkere politische Wille. Das würde noch in einem ganz andern Masse der Fall sein, wenn wir diese Kriseninitiative durchführen müssten. Das Parlament würde ja nach dieser Kriseninitiative beauftragt sein, endgültig alle diese Massnahmen zu treffen zur Behebung der Krise. Was wäre die Folge? Zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, die noch kommen wird, würde noch eine Verschärfung der Staatskrise treten, und das würde eine neue schwere Beunruhigung unseres Landes bedeuten. Ich sage wohl auch mit den Herren von der Sozialdemokratie, dass die Notwendigkeit einer grundsätzlichen neuen Wirtschafts- und Sozialordnung besteht, nur wollen wir diese Grundlage nicht so schaffen, wie es die Herren Initianten wollen. Wir haben in dieser Beziehung eine andere, ich will nicht sagen, eine bürgerlichere, ich will sagen, eine christliche Auffassung von Staat und Gesellschaft. Und wenn im Laufe der Debatte einige Herren von der Sozialdemokratie erklärt haben, auch ihre Auffassung sei eine christliche, darin liege ja das soziale Wesen des Christentums begründet, den Armen zu helfen, den Notleidenden zu helfen, so sage ich, ja, wohl, da werden wir mit Ihnen zusammenarbeiten,

aber wir betrachten die Grundlage, auf der Sie diese Arbeit durchführen wollen, als falsch, und letzten Endes wird diese Politik, die Sie in guten Treuen zugunsten der Armen durchführen wollen, zum Schaden gerade der Armen ausschlagen. Hier wollen wir offen miteinander sprechen und jedem den guten Glauben lassen. Jeder hat eben eine grundsätzliche Auffassung in dieser Beziehung. Wir lassen Ihnen Ihre Auffassung und bitten Sie, uns unsere Auffassung verteidigen zu lassen. Ich meine auch, es ist notwendig, ein neues Wirtschaftsrecht zu schaffen. In dieser Beziehung gehen wir mit den Herren Sozialdemokraten einig. Wir halten eine neue Wirtschaftsverfassung notwendig, die eine Ueberwindung des heutigen individualistisch aufgebauten bürgerlichen Staates ist, aber wir sehen diese Ueberwindung nicht im Sozialismus und nicht in einer sozialistischen Kriseninitiative. Und dass es sich um eine sozialistische Kriseninitiative handelt, darüber dürfen wir klar sein. Sie schütteln den Kopf, Herr Ilg. Doch Herr Ilg, Sie sind so intelligent, ich weiss es. (Heiterkeit.) Ich meine, die heutigen Wirtschaftskämpfe müssen gewiss aus der Privatsphäre herausgehoben werden. Wenn Tausende und Zehntausende in diesen Wirtschaftskämpfen engagiert sind, dann hören solche Kämpfe auf, der blossen privaten Sphäre anzugehören. Aber es kann das nicht dadurch geschehen, dass man dem Sozialismus Zugeständnisse macht. Ich bin in keiner Weise bereit, dem Sozialismus irgendwie ein grundsätzliches Zugeständnis zu machen. Ich meine, in dieser Beziehung wollen wir Klarheit haben, und aus diesem Grunde lehnen wir die Kriseninitiative grundsätzlich ab, auch wenn wir anerkennen, dass einzelne Postulate darin sind, über die man sprechen kann. Aber hier handelt es sich nicht um die Frage, soll der Staat Krisenmassnahmen treffen, sondern wieweit kann er solche Krisenmassnahmen treffen. Da ist doch auch wieder einmal zu sagen, und es ist im Rate schon oft gesagt worden, soweit der Staat die finanziellen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten dazu hatte, hat er alles getan, was zur Linderung der Not notwendig war. Wir können die Krise nicht beheben. Wie kann die Schweiz, die ein kleines Land ist und 900mal kleiner als das britische Imperium, das auch unter einer sehr scharfen Wirtschaftskrisis leidet, die Krise beheben? Wir können das nicht mit unsern Mitteln und wenn wir noch so reich wären. Aus diesen Gründen lehnen wir also wirtschaftlich und sozial betrachtet die Kriseninitiative ab.

Wir haben aber noch im speziellen Gründe, die uns veranlassen, die Kriseninitiative abzulehnen, nämlich verfassungsrechtliche Gründe. Und da muss ich auch in diesem Zusammenhang, ich darf da im Namen der katholisch-konservativen Fraktion sprechen, grundsätzlich auch den Gegenvorschlag zur Kriseninitiative ablehnen. Was verlangt eigentlich die Kriseninitiative verfassungsrechtlich? Nicht nur die Einfügung eines neuen Artikels in die Bundesverfassung, sondern sie verlangt ihrer ganzen Tendenz nach eine grundlegende Aenderung unserer Verfassung, eine Totalrevision, die viel weiter geht als sämtliche bürgerlichen Revisionsbestrebungen, die wir kennen. Ihre Kriseninitiative verlangt eine umstürzende Aenderung der Struktur unseres Staates. Sie sagen ja auch, die Wirtschaftskrise sei eine

Strukturkrise. Ich gebe das zu. Diese Strukturkrise müsste aber auch in der strukturellen Aenderung der Verfassung zum Ausdruck kommen. Wir wollen nicht, dass derartige Krisenmassnahmen in der Verfassung statuiert werden. Krisenmassnahmen sind wirtschaftspolitische Massnahmen einer Regierung, eines Parlamentes, sie können aber nicht in der Verfassung verankert werden. Wir wollen nicht mit der Aufnahme eines derartigen Artikels sozusagen verfassungsmässig deklarieren, dass wir ein Krisenstaat sind und dass wir eine Krisenverfassung schaffen wollen. Es widerspricht der Grundidee einer Verfassung überhaupt, eine Krisenmassnahme in ihr zu verankern, auch wenn man mit einzelnen dieser Massnahmen einverstanden ist. Ich sage noch einmal: Etatistische Massnahmen können eine praktische Notwendigkeit sein, dürfen aber niemals als Verfassungsrecht statuiert werden. Aus diesem Grunde lehnt unsere Fraktion auch einen Gegenvorschlag ab, der auch diese Krisenmassnahme in der Verfassung verankern will. Hier haben wir, glaube ich, die gleiche Auffassung wie die Herren Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion. Wir wollen beide in der Volksabstimmung eine durchaus klare Situation haben. Deswegen lehnen auch Sie einen Gegenvorschlag ab, um nicht Ihre Ideen eigentlich in Wirrwarr zu bringen. Die Versuchung war bei uns auch gross, zu sagen, wir wollen einen Gegenvorschlag, um mit diesem Verwirrung in der Abstimmung zu schaffen. Aber wir haben uns grundsätzlich auf den Gedanken geeinigt: nein, unser Schweizervolk soll ganz klar wissen, vor welche Situation es gestellt ist. In dieser Beziehung darf ich vielleicht sagen, ohne etwa unsere Fraktion besser als andere Fraktionen hinstellen zu wollen, Sie von der Sozialdemokratie und wir von der katholisch-konservativen Fraktion sind uns, glaube ich, allein vollkommen klar über die grundsätzliche Seite dieser ganzen Abstimmung, und ich bedaure, dass diese Klarheit bei den übrigen bürgerlichen Fraktionen nicht in gleichem Masse vorhanden ist.

Die Herren Kollegen Schirmer und Dr. Saxer wollten mit ihrem Gegenvorschlag, den sie in besten Treuen aufgestellt haben, etwas Sicheres in Händen haben und zur Kriseninitiative eine Brücke schlagen. Aber ich glaube, es sei eine vergebliche Liebesmühe der Herren Dr. Saxer und Schirmer, zu glauben, sie könnten sich mit den Initianten auf einen Gegenvorschlag einigen. Dieses Schauspiel werden uns die Herren Dr. Saxer und Schirmer niemals bieten können, und infolgedessen wird man jene schöne Szene aus Schillers Bürgschaft auch nicht hier erleben: „Und in den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und Freude“. Darum hat es gar keinen praktischen Wert, einem derartigen Gegenvorschlag überhaupt zuzustimmen.

Wir stehen mit dem Bundesrat auf dem Boden der Verwerfung auch des Gegenvorschlages. Ein Gegenvorschlag würde im Volke nur Verwirrung hervorrufen. Wollen die Vertreter des Gegenvorschlages der Initiative loyale oder illoyale Konkurrenz machen? Wollen Sie ein politisches oder wirtschaftliches Ueberangebot machen oder eine Unterbietung antragen? Das sind alles Fragen, die sich aufdrängen. Wir wollen eine klare Situation, Sie wahrscheinlich auch. Nun haben wir die Auffassung, dass Sie mit Ihrem Gegenvorschlag keine

Klarheit herbeizuführen in der Lage sind. Man ist kürzlich an uns herangetreten mit dem Zückerchen, man wolle in einen Gegenvorschlag auch die Idee der berufsständischen Ordnung hineinbringen. Wir konnten dieser Versuchung nicht nachgeben. Die berufsständische Ordnung ist für uns nicht irgendeine blosse Zwischenmassnahme, sondern sie ist für uns ein ganz bestimmtes Gesellschaftsprinzip, das unabhängig von der Krise statuiert werden soll, wobei allerdings, das ist zuzugeben, die Krise der Anerkennung dieses Prinzips förderlich sein kann. Wir stehen grundsätzlich auf dieser Idee der berufsständischen Ordnung und haben die Auffassung, dass gerade weil uns die berufsständische Ordnung heute fehlt, man dazu gekommen ist, direkt an den Staat zu gelangen und immer mehr staatssozialistische Experimente zu machen. Wir lehnen das ab, obgleich wir uns sagen müssen, dass zwangsmässig sich eine gewisse etatistische Entwicklung ergeben hat. Und weil wir grundsätzlich gegen den Etatismus sind, sind wir grundsätzlich für die berufsständische Ordnung.

Also noch einmal: Sie von der sozialdemokratischen Fraktion und wir von der katholischen sind uns über die Situation klar. Und diese Abklärung werden wir auch im Abstimmungskampfe herbeiführen, Sie vom Sozialismus aus. Ich hoffe, dass Sie auch im Abstimmungskampfe Ihr Bekenntnis zum Sozialismus abgeben, wie Herr Schmid-Solothurn es eben getan hat, der offen erklärt, dass die Initiative sozialistischen Geist zeige. Wir werden das auch in der Volksabstimmung sagen und in dieser Beziehung den Sozialismus ablehnen und hier mehr Klarheit zeigen, als die bürgerlichen Vertreter der Kriseninitiative.

Deshalb, aus diesen grundsätzlichen Erwägungen, kommt unsere Fraktion dazu, einhellig und geschlossen sowohl die Kriseninitiative als auch jeden Gegenvorschlag abzulehnen.

Präsident: Sie haben 20 Redner sprechen hören; die Voraussetzungen des Artikels 69 des Reglementes, des „Guillotine“-Artikels, sind erfüllt. Ich bin deshalb verpflichtet, Ihnen die Frage vorzulegen, ob Sie auf Schluss der Diskussion erkennen wollen, was nur mit Zweidrittelmehrheit möglich ist. Dabei betrachte ich es als selbstverständlich, dass in diesem Falle den drei Referenten der Kommission und dem Vertreter des Bundesrates das Recht von Schlussbemerkungen eingeräumt wird. Wenn Sie die Rednerliste nicht vorzeitig schliessen wollen, dann würden wir das Vergnügen haben, noch 23 Redner anzuhören.

Abstimmung. — *Vote.*

Für Schluss der Diskussion	89 Stimmen
Dagegen	37 Stimmen

Abt, Berichterstatter: Ich möchte zuerst noch eine Bemerkung zum Gegenvorschlag machen.

Ich habe gestern die Kommission versammelt und zwar vor den Fraktionssitzungen. Die Kommission hat beschlossen, zur Idee der Rückweisung und des Gegenvorschlages keine Stellung zu nehmen. Sie hatte seinerzeit einen Gegenvorschlag abgelehnt und wollte es jetzt den Fraktionen überlassen, Stellung

zur neuen Situation zu beziehen. Das ist der Standpunkt der Kommission.

Ich möchte aber zu dieser Frage doch noch meine persönliche Meinung mitteilen. Ich bezeichne sie ausdrücklich als persönlich und habe ja auch als Mitglied des Rates das Recht, sie zu sagen. Ich habe von Anfang an den Standpunkt eingenommen, dass man entweder einen Gegenvorschlag zur Initiative ausarbeiten oder, was mir noch sympathischer gewesen wäre, dass der Bundesrat ein umfassendes Finanz- und Wirtschaftsprogramm aufstellen sollte, in dem er alles, was er für die Krisenwirtschaft zu tun gedenkt, zusammenfassen würde, um es dann denen, die diese Kriseninitiative vertreten, vorzulegen. Meine Idee ist auf keine Gegenliebe gestossen.

Die Gründe, die mich zu dieser Stellungnahme veranlasst haben, sind folgende: In erster Linie ist zu sagen, dass ich die Kriseninitiative grundsätzlich ablehne. Ich lehne sie deswegen ab, weil sie eben jenen bekannten sozialistischen Grundzug enthält, von dem nun auch Herr Dr. Wick gesprochen hat. Daneben enthält sie aber auch einzelne Ideen, die wir sicherlich akzeptieren könnten; und was in dieser Initiative vernünftig ist, das hätte man nach meiner Meinung entweder zusammenfassen können in einen Gegenvorschlag, oder dann wäre eine programmatische Aeusserung des Bundesrates, die verbindlichen Charakter gehabt hätte, mindestens als Antrag, am Platze gewesen.

Der andere Punkt ist folgender: Ich habe die Ueberzeugung, dass es in der kurzen Zeit, die uns von der parlamentarischen Beratung an bis zum 2. Juni bleibt, unmöglich ist, das Volk über die Vorlage richtig aufzuklären. Sie werden die Bauern und überhaupt das abstimmungs- und versammlungsmüde Volk in dieser kurzen Zeit nicht in die politischen Versammlungen bringen; Sie werden nicht an das Volk herankommen und es nicht richtig aufklären können. Wenn das Volk über eine Lebens- und Schicksalsfrage entscheiden muss, ist die Demokratie verpflichtet, ihm Gelegenheit zu einer richtigen Aufklärung zu geben. Das ist hier nicht der Fall. Das Volk steht aber vor einer grossen Frage, vor der Frage: Wollen wir die Krise durch die Einführung des Staatssozialismus bekämpfen oder nicht? Wenn es diese Frage bejahen will, muss es wenigstens wissen, was es bejaht. Dazu braucht es Aufklärung. Ich wiederhole: sie ist gerade bei den Bauern in der Zeit der Anpflanzung, in der Zeit der Vorbereitungen auf die Heuernte nicht möglich. Und schliesslich sage ich Ihnen ganz ehrlich: Es hat mich auch etwas geärgert, dass der Bundesrat einfach die Abstimmung auf den 2. Juni angesetzt hat, ohne jede Rücksicht auf das Parlament. Schon nach der Kommissionsbestellung hat er eine Politik des *fait accompli* betrieben und die Abstimmung festgesetzt. Damit hat er den Gang der parlamentarischen Verhandlungen in einer Weise präjudiziert, die ich als Parlamentarier nicht akzeptieren kann.

Nun werden Sie gestatten, dass ich mich zu einzelnen Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen wurden, äussere und mich verteidige, nachdem man à peu près 3 Tage lang auf meinem breiten Rücken herumgedengelt hat mit allen möglichen und unmöglichen Behauptungen. (Heiterkeit.)

Erlauben Sie, dass ich mich zunächst mit Herrn Nobs etwas unterhalte. Es ist natürlich nicht möglich, dass ich auf alle Dinge eintrete, die an meinem Votum kritisiert worden sind; ich will nur einzelne herausgreifen. Herr Nobs hat unter Berufung auf „unsere wunderbare Voraussicht“ — das bezieht sich auf seine Partei, aber Herr Nobs ist eingeschlossen — von dem Zinsabbau gesprochen. Ich habe mich auch über den Zinsabbau geäußert. Ich habe mich sogar dahin ausgesprochen, dass ich die Hoffnung hege, dass durch eine Erhöhung der Couponsteuer der landwirtschaftliche Zinsabbau gefördert werden könnte. Ich bin deswegen von Herrn Dr. Gadiant lächerlich gemacht worden, weil ich mich so vorsichtig und diplomatisch ausgedrückt hätte. Ich will Ihnen diese Vorsicht erklären. Sie kam davon her, dass ich nicht die Gelegenheit gehabt habe, mich über die Durchführbarkeit dieser Idee bei Sachverständigen zu erkundigen. Ich gehöre eben nicht zu dem Korps der Allwissenden, das sich auf der Linken unseres Rates organisiert hat. Ich weiss eben Verschiedenes nicht und muss zuweilen fragen. Weil ich nicht Gelegenheit hatte, mich zu orientieren, habe ich mich so vorsichtig ausgedrückt, nicht etwa, weil ich mich drücken wollte, Herr Dr. Gadiant!

Nun aber möchte ich Herrn Nobs in seiner wunderbaren Voraussicht doch fragen — er wird ja vielleicht in den nächsten Tagen zürcherischer Finanzdirektor —, wie er sich die Sache vorstellte, wenn es sich darum handelte, ein Bundesanleihen zu 3% oder, wie er es für wünschbar hält, zu 2½% herauszugeben. Ich habe hier wieder einmal das Kursblatt, Herr Reinhard — ach, dort ist er ja — (Heiterkeit). Darnach notiert die Börse von gestern für 4%ige SBB aus den Jahren 1912—14 einen Kurs von 97.75—97.3 und für 4%ige SBB von 1934 einen Kurs von 96.75—96.0. Wie würde sich Herr Nobs die Sache im Kanton Genf, dem Reiche des Herrn Nicole (Heiterkeit) vorstellen, wo die 4%igen Anleihen des Kantons Genf aus dem Jahre 1931 einen Kurs von 81% registrieren? Ich erwarte die Antwort.

Herr Nobs hat sich dann — das kommt sonst selten vor — für seine agrarpolitischen Theorien auf Herrn Prof. Laur berufen. Ich muss hier leider, bei ausdrücklicher Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die schweizerische Landwirtschaft, von Prof. Laur insofern Distanz nehmen, als ich seine preispolitischen Ideen und Theorien nicht teile. Was aber die Kriseninitiative anlangt, kann ich Ihnen erklären, dass Herr Prof. Laur ihr Gegner ist und sie bekämpfen wird und zwar mit dem ihm eigenen Temperament und Elan (Heiterkeit).

Im übrigen hat mir Herr Nobs gestern persönlich gesagt, dass er mich fürchterlich in Verlegenheit bringen werde, weil er mir beweisen werde, dass in dem sozialdemokratischen Programm schon seit 1905 der Kampf für die Abschaffung des Privateigentums eingestellt worden sei und dass man insbesondere dokumentiert habe, dass man das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden bestehen lassen wolle.

Das war die einzige Bombe, vor der ich mich gefürchtet habe. Daraufhin habe ich mich vorbereitet und mir Material geben lassen (Heiterkeit).

Leider ist die Bombe aber nicht losgegangen. Ich habe all das Zeug vergeblich gesammelt (Heiterkeit); es scheint mir nicht unbescheiden zu sein, dass ich es Ihnen wenigstens zeige (Heiterkeit). Da ist nämlich und zwar mit entsprechender Klarheit dokumentiert, dass die Idee von der Abschaffung des Eigentums noch in den besten Köpfen der schweizerischen Sozialdemokratie spukt. Ich habe einen Artikel der „Tagwacht“ vom 29. Juni 1934 hier vor mir, den kein Geringerer geschrieben hat als Herr Dr. Arthur Schmid. Darin schafft er das Privateigentum einmal mehr ab, lässt aber wenigstens noch das private Eigentum an den persönlichen Gebrauchsgegenständen bestehen, als da sind: der Rasierapparat, die Zahnbürste, vielleicht das Parfümfläschchen, das ja auch für gewisse Proletarierinnen nicht entbehrlich ist (Heiterkeit).

Herr Bratschi und Herr Reinhard haben mich sodann gehöhnt, weil das Volk die Vorlage betreffend die Arbeitszeitverlängerung, die auf meine Motion hin ausgearbeitet wurde, abgelehnt hat. Du lieber Gott, das waren eben andere Zeiten, andere wirtschaftliche Verhältnisse. Sie haben sich in der Folge umgestaltet. Im Moment, in dem die Vorlage ausgearbeitet und dem Volke vorgelegt wurde, war sie durchaus gerechtfertigt. Aber tempora mutantur. Heute haben wir wieder andere Verhältnisse und heute wäre ich wahrscheinlich zu haben für eine Motion auf Arbeitszeitverkürzung. Aber ich will mich, Herr Dr. Gadiant, wieder vorsichtig, diplomatisch ausdrücken, weil ich die Frage noch etwas näher studieren muss, bevor ich mich so bestimmt äussern kann, wie das beispielsweise Herr Reinhard in seiner Allwissenheit ohne weiteres tun könnte. Das ist ja das Schöne bei der Opposition, die grundsätzlich alles negiert. Von Zeit zu Zeit bekommt sie darum recht, weil die, welche in der Mehrheit sind und regieren, auch nicht unfehlbar sind, wie wir alle nicht unfehlbar sind und deshalb Fehler machen. Die grundsätzlich Negierenden bekommen infolgedessen hie und da recht, und zwar ohne dass sie allzu hochstehende Ueberlegungen machen. Wenn man aber dann von Zeit zu Zeit doch einer Regierungsmassnahme zustimmt, dann kann man hereinfallen. Das ist auch Herrn Bratschi passiert. Er wirft dem Bundesrat in seiner Rede neuerdings vor, dass er Abbaupolitik, ständig Abbaupolitik betrieben habe. Ich bestreite das. Aber wenn der Bundesrat Abbaupolitik betrieben hätte, dann wäre Herr Bratschi ein Abbaupolitiker, denn er hat den bisherigen Massnahmen des Bundesrates zugestimmt. Dabei gab es eigentlich nur einen einzigen bescheidenen Abbau bei der Besoldungsreduktion von 4½% bei den Beamten. Also Herr Nationalrat Bratschi als Abbaupolitiker, ecce homo! Was sagen Sie dazu? Faktisch liegt ja die Sache ganz anders.

Aber ich muss doch zum Votum des Herrn Bratschi noch etwas weiteres sagen. Es ist vorhin wieder eine kleine Partie daraus von Herrn Schmid-Solothurn aufgenommen worden, wo er sagte: Meine korrupte Mentalität (korrupt hat er zwar nicht gesagt, aber gedacht) sei blitzartig in Erscheinung getreten dadurch, dass ich einen Zwischenruf gemacht hätte, als Herr Bratschi von den armen 20- und 21-jährigen Jünglingen sprach, die bei der Bundesbahn zu Fr. 6.50 im Tag arbeiten müssen.

Ich habe den Mut, diese Sache hier aufzunehmen. Wir wollen darüber miteinander diskutieren. Ist das so ein Hundelohn Fr. 6.50? Ich bin im Jahre 1906 als aargauischer Landwirtschaftslehrer angestellt worden mit einem Jahresgehalt von 2400 Fr. Rechnen Sie aus, wieviel das war im Tag. Ich bin im Jahr 1911 erster Gerichtsschreiber von Baden geworden mit einer Besoldung von 3000 Fr. Ich habe mich deswegen nicht als Proletarier gefühlt. Sie können auch nicht sagen, dass die Lebenskosten damals wesentlich tiefer gestanden hätten als heute, sonst bringen Sie Indices her. Man hat eben früher doch sich bescheiden können, man hat seine Ansprüche an das Leben reduziert. Wir alle, vom Grössten angefangen bis zum Niedrigsten, wir werden uns in dieser Beziehung anpassen müssen, indem wir in der heutigen Krise uns daran gewöhnen müssen, unsere Ansprüche an das Leben und die Lebenshaltung zu reduzieren. Ich darf Ihnen sagen, in den obern Kreisen, für die Sie nur Hass und Verachtung haben, da ist die Reduktion schon in einem ganz andern Masse eingetreten, als Sie etwa glauben und als man unten sich sagen lässt. Ich wollte das, so sehr ich weiss, dass es neue Angriffsflächen bietet, einmal feststellen.

Und nun komme ich zu Herrn Reinhard, der ja meinen Ausführungen ein besonderes Interesse entgegengebracht hat und der sich vor allem geweidet hat am Unglück der Banken. Ich habe keinen Grund und habe auch kein Mandat, die Banken zu verteidigen. Ich habe mich immerhin über das Problem schon in meinem Eintretensreferat geäussert, und ich wiederhole, dass der Kapitalexport der Banken die schweizerische Wirtschaft jahrzehntelang befruchtet hat und zwar in einer Weise, dass wir alle froh darüber waren. Heute, nachdem die Banken am finanziellen Unglück der uns umgebenden Staaten und anderer Staaten, mit denen sie verkehrten, sich beteiligen mussten, mittragen müssen und Geld verloren haben, heute hat man für sie kein Verständnis, sondern nur Spott und Hohn. Man bezeichnet sie als Spekulanten, wie man überhaupt jeden, der ein Geschäft hat und jeden der etwas wagt, als Spekulanten abtut. Das ist ja das billige und beliebte Wort, das Sie gleich bereit haben. Wenn Sie von einem reden, der auch nur im Geruche steht, etwas zu besitzen, es braucht deswegen noch lange nicht wahr zu sein, dann ist er ein Spekulant. Und doch, wem verdankt die Schweiz ihr Volksvermögen? Dem Wagemut ihrer Volksgenossen, die hinausgezogen sind in alle Welt und gearbeitet und gewagt haben, und auch dem Wagemut derer, die im Inland treu und redlich ihre Pflicht taten. Aber welch ein Unglück, dass so ein Mann wie Herr Reinhard nicht als Bankier geboren oder wenigstens als Bankier auferzogen und herangebildet worden ist. Dann hätten wir doch all das Elend nicht, das durch diesen Kapitalexport entstanden ist. Da kann man wirklich zitieren: „Wenn solche Köpfe feiern, Welch' Verlust für unsern Staat!“ Aber, Herr Reinhard, was haben die Banken gemacht? Die grösste Dummheit war ihr grosses Vertrauen in das Nachbarland Deutschland. Haben Sie nicht auch schon etwas viel Vertrauen in Deutschland gehabt, Sie und Ihre Partei? Haben Sie nicht Ihr Vertrauen in die deutschen Genossen gesetzt? Haben Sie nicht früher viel geistige Nah-

rung, damals als Sie es noch nötig hatten (Heiterkeit) entlehnt; viele geistige Anleihen gemacht draussen und sind Sie nicht da auch enttäuscht worden und haben Ihre Hefte revidieren müssen? Haben Sie sich nicht auch sonst schon, trotz Ihrer Allwissenheit, getäuscht? Darf ich Sie in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass Sie jahrelang die Diktatur des Proletariates erstrebt und gepredigt haben, und dass Sie heute froh sind, die Demokratie anbeten zu können, dass Sie uns sonst in diesem Saale tagelang mit antimilitaristischen Sprüchen hingehalten haben, die jedes Jahr den Staat eine grosse Summe kosteten, und dass Sie heute den Säbel um die Lenden gürten und für das Vaterland eintreten. Ich weiss ja nicht, ob Sie das persönlich tun; es sind bekanntlich nur einige Gruppen bei Ihnen — pour besoin de la cause! Ein Anblick für Götter übrigens! In diesem Falle sollte man aber nicht so urteilen und verurteilen.

Wenn Sie uns mit der Abwertung drohen, so drohen Sie uns damit nur ruhig, das regt uns nicht auf. Sie tragen ja die Verantwortung für alles, was Sie tun. Das eine sage ich Ihnen: Fahren Sie fort mit dieser Politik, die Sie heute betreiben, die durch die Kriseninitiative eingeleitet worden ist, und Sie sind auf dem direktesten Wege zur Frankenabwertung. (Zwischenruf **Reinhard**: Mit Ihnen.) Wir haben bis jetzt, der Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes und wer von unserer Seite etwas zu sagen hat, mit aller Kraft das Gegenteil getan, und wenn Sie etwas anderes behaupten, sagen Sie die Unwahrheit. Die Resultate haben Sie vor sich. (Zwischenruf **Reinhard**: Ja gewiss.) Wir sind ja nicht unfehlbar; wenn Sie aber an unserer Stelle wären, dann wären natürlich die Resultate ganz anders. Dann würden Sie den Franken mit der Kriseninitiative stabilisiert haben — ich will Ihnen sagen, wie: auf 20%. Das wird das Resultat sein, wenn Sie wirklich diese Kriseninitiative durchführen. Kennen Sie denn auch den Spruch: Wenn man einem will zu Ader lassen, muss man ihn auch verbinden können? Aber das Verbinden haben Sie sicher noch nicht gelernt bei dem Aderlass, den Sie der schweizerischen Volkswirtschaft zufügen wollen.

Was haben Sie über die Anleihen gesagt? Ich habe mir erlaubt, anzutönen, dass der Obligationenkurs zurückgegangen sei und dass er noch weiter zurückgehen werde, wenn die Kriseninitiative im Ausland diskutiert und Ihre Propaganda dafür ausgebeutet wird. Das ist, wie Sie sagen, ein aufgelegter Schwindel. Sie hätten nur ein Kursblatt lesen müssen! Man hat allerdings den Eindruck, dass Sie das Kursblatt nur einmal gelesen haben. Die Obligationen der Serien A—K sind zurückgegangen auf 90,75 und 90,80 und noch vor kurzem waren sie auf 94 und 96. Wo ist da der aufgelegte Schwindel? Was Sie sagten, das war Bluff, so ist es. Aber Sie verstehen ja alles. Und Herr Dr. Müller hat mit Recht gesagt, er verstehe — das hat mich sehr interessiert — wenigstens so viel, dass die, welche die Sache hätten verstehen sollen, nichts verstanden haben; und das wird auch für Sie zutreffen. Es trifft natürlich auch zu für uns. Das sieht aber heute ein jedes Kind, wenn man die Auswirkungen einer Tat sieht, dann kann man gut darüber urteilen, das ist keine Kunst mehr. Und dass man mehr Sinn und Augen für die Konsta-

tierung der Dummheit anderer hat als für die eigene Dummheit, das ist eine Weisheit, die schon in den Zeiten, da die Bibel geschrieben wurde, geläufig war, in der der Satz steht vom Splitter im Auge des Nächsten und vom Balken im eigenen Auge.

Herr Reinhard hat noch einen andern grossen Spruch getan, mit dem ich mich ebenfalls nur kurz auseinander setzen muss. Er hat die Behauptung aufgestellt, dass in unserer Exportindustrie die Preise die geringste Rolle spielen, und dass kein Geringerer als Herr Minister Stucki das behauptet hätte. Das ist eine glatte Umstellung der Tatsachen. Herr Stucki hat vielleicht (Zwischenruf Bundesrat **Schulthess**: Das betraf den Käse.) gesagt, dass man gewisse Waren im Auslande überhaupt nicht wolle, weil man keinen Bedarf dafür habe oder weil keine Devisen dafür zur Verfügung stehen. Aber was hat eine solche Behauptung überhaupt für eine Beweiskraft? Was beweist das gegen die Kriseninitiative (**Reinhard**: Ja, was beweist das gegen die Kriseninitiative?). Was beweist das für die Kriseninitiative? Entschuldigen Sie den lapsus linguae; ich weiss, dass dergleichen bei Ihnen nicht vorkommt (grosse Heiterkeit).

Noch eine Bemerkung zum Votum von Herrn Reinhard. Er hat wiederum die Bankenhilfe hervorgezogen, die uns auch jetzt wieder zu Lasten geschrieben wird. Ja, die Bankenhilfe! Warum haben wir die Diskontbank und die Volksbank gestützt? Vielleicht wegen der Aktionäre, wegen der Verwaltungsräte, der grossen Herren, die dort ihr Vermögen verloren? Nein, wegen der 100,000 und mehr armen Teufel, die ihre Ersparnisse dort angelegt hatten. Sie haben allen Grund gehabt, mitzustimmen, es betraf auch Ihre Leute. Im übrigen machen wir ja noch immer keinen Unterschied zwischen den Eidgenossen links und rechts. Aber trotzdem machen Sie uns bei jeder Gelegenheit die grössten und ungerechtesten Vorwürfe.

Nun möchte ich mich noch mit ein paar allgemeinen Vorhalten befassen, die von mehreren Rednern erhoben worden sind. Mehrere Votanten haben sich damit gebrüstet, dass Hunderttausende und mehr bürgerliche Unterschriften unter dem Initiativbegehren stehen. Sie haben immer wieder erklärt, diese Leute wollten den Lohn- und Preisabbau verhindern. Zugegeben. Aber wenn Sie ihnen die Frage gestellt hätten, ob sie den Staatssozialismus wollten oder nicht, dann hätten diese Leute zu einem schönen Teil gesagt: Nein! Wir wollen dann sehen, ob sich das nicht bei der Volksabstimmung, sei das Resultat wie es wolle, doch noch zeigt. Sie können das dann ja an Hand einzelner Gemeinderesultate leicht feststellen. Ich möchte bei diesem Anlass neuerdings dagegen protestieren, dass man die Frage falsch stellt. Es handelt sich nicht darum: Abbau oder nicht? sondern: Staatssozialismus oder nicht? Darüber müssen wir das Volk aufklären, darüber muss es im klaren sein, dass es zu entscheiden hat, ob es eine Krisenhilfe auf Grund des Staatssozialismus will oder nicht.

Damit komme ich auf die unerhörte falsche Ausmünzung der Aarauer Rede von Herrn Bundesrat Schulthess, der man immer nachsagt, dass sie einen 20%igen Abbau auf der ganzen Linie verlangt hätte und nichts anderes gewesen sei, als eine Abbaurede grossen Stils gegen das arbeitende

Volk. Ich verweise in erster Linie auf die Kommentare, die Herr Bundesrat Schulthess in der Presse und nachher in diesem Saale gegeben hat. Man kann in einer 1½—2stündigen Rede bekanntlich auch missverstanden werden, man kann auch nicht alle Details vorbringen und in alle Winkel hineinleuchten. Die Kommentare, die Herr Bundesrat Schulthess gegeben hat, waren in dieser Beziehung unzweideutig und Sie sind ebenfalls verpflichtet, sich daran zu halten. Wenn Sie aber das Gegenteil ins Volk hinausposaunen, fälschen Sie die Akten, die öffentliche Meinung. Es geht nicht an, dass Sie diese Rede auf diese unerhörte Art immer wieder missbrauchen. Gerade was die Landwirtschaft anbelangt, hat Herr Bundesrat Schulthess schon in Aarau gesagt, dass die Preise nicht mehr reduziert werden sollen und dass die bisherigen Massnahmen für die Preisstützung weitergeführt werden müssen. Im übrigen: seien wir doch vernünftig und menschlich und fragen wir einmal, aus welcher psychologischen Situation heraus die Rede entstanden ist. Ich habe Herrn Bundesrat Schulthess trotz meinen guten Beziehungen zu ihm nie gefragt, ich habe mir meinen Vers selber gemacht und jeder von Ihnen kann das auch, sofern er sich etwas mit wirtschaftlichen Dingen befasst. Bis zum Beginn des Jahres 1934 waren ja doch die meisten von uns Wirtschaftsoptimisten. Wir glaubten, die Krise gehe vorüber. Als einzelne Rohstoffpreise und Kurse zu steigen begannen, haben wir gemeint, jetzt sind wir aus den tiefsten Tälern des Elendes heraus, es geht zwar in der Schweiz noch etwas lange, bis die Krise vorbei ist, aber der Tiefpunkt ist überwunden!

Das war die Idee, das war die Grundlage der ganzen Stützungsaktion und Stützungspolitik des Bundesrates. Und dann kam das Gegenteil. Dann hat sich herausgestellt, dass Herr Grimm recht hatte, der in dem bekannten Gutachten Grimm-Rothpletz sagte: „Die Krise ist zu einem Dauerzustand geworden“. Ja sie ist vorläufig dazu geworden. Es kann Aenderungen geben, es kann besser werden; heute müssen wir aber doch mit dem Dauerzustand rechnen.

Nachdem Herr Bundesrat Schulthess das erkannt hatte, musste er, wenn er die Finanzlage der Schweiz mit den bisherigen Stützungsmaßnahmen verglich, sich sagen: Das kann à la longue nicht so weitergehen. Es ist nicht möglich, dass wir die Stützungsmaßnahmen im ganzen Ausmass aufrechterhalten. Deshalb hat Herr Bundesrat Schulthess vor seinem Rücktritt noch ein Pronunciamento an die Schweiz gerichtet und gesagt: „Passt auf, es kann nicht so bleiben! Ihr müsst euch anpassen, ihr müsst euch beschränken! Alles ohne zu grosse Härten. Vor allem geht es um die Beseitigung und Herabsetzung der überhöhten Preise, die in unserer Wirtschaft noch vorhanden sind!“

Das ist ein durchaus ehrenwerter Standpunkt. Die Rede war eine mutige und vaterländische Tat. So muss sie Jeder achten, der objektiv ist.

Sie haben uns bei der Verteidigung der Kriseninitiative immer und immer wieder hohnlächelnd gesagt: Die Initiative wird angenommen! — Also gut, warum haben Sie sich dann so furchtbar aufgeregt, warum sind Sie denn so grob geworden,

Herr Reinhard, so massiv, wenn Sie doch Ihrer Sache so sicher sind? Sie hätten doch in der überlegenen Geste des Siegers mit uns sprechen können. Aber es scheint mir, dass Sie Ihres Erfolges doch nicht so sicher sind, obschon Sie gute Helfer aus dem bürgerlichen Lager haben. Da will ich vor allem auf das eine hinweisen: Ihre bürgerlichen und bäuerlichen Helfershelfer haben sich alle Mühe gegeben, um den sozialistischen Charakter der Kriseninitiative zu verdecken. Es war ja ein erhebendes Schauspiel, dass am Schlusse allerdings erst der Haupteffekt erfolgte, als Herr Schmid-Olten — alle Hochachtung vor ihm — den Mut hatte, zu erklären: Jawohl, die Kriseninitiative ist ein sozialdemokratisches Werk, sie ist ein sozialdemokratischer Versuch! — Dass es so ist, meine Herren, das beweist auch das Zitat aus den Reden des Herrn Reinhard, der ja sagte, dass die Initiative eine Vorstufe sei zum Plan der Arbeit und der Plan der Arbeit eine Vorstufe zur Eroberung der politischen Macht. Wir können also sagen: „Ich hab's aus des Obersts eigenem Mund!“

Wenn Sie die Kriseninitiative gemacht haben und sie auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten haben, mit andern Worten, wenn sie aus Ihrem Modell herauskommt, so geht es doch nicht an, dass Sie die Vaterschaft ableugnen! Wenn ein Sozialdemokrat in den Spiegel sieht, kann doch kein Bürgerlicher heraus schauen (Heiterkeit). Der Beweis, dass die Kriseninitiative ein sozialdemokratisches Machwerk ist, ist uns ja urkundlich auf der ganzen Linie gelungen und zwar obschon der parlamentarische Embryo von Schaffhausen noch versucht hat, die gegenteilige These zu stützen. Ich hätte einen guten Satz für ihn bereit; aber ich hasse auch die parlamentarischen Kindsmorde. (Heiterkeit.) Ziehen Sie der Kriseninitiative den roten Rock aus, dann bleibt noch allerhand. Das hat Herr Wick ja vorhin sehr gut gesagt. Herr Wick geht von grundsätzlichen Erwägungen aus. Ich bin nicht so grundsätzlich. Ich würde die guten Gedanken bekanntlich aufnehmen bei der Frage des Gegenvorschlages. Aber Tatsache ist, dass unser Volk in Not ist, dass wir einen Weg hinaussuchen müssen aus dieser Not. Die Kriseninitiative bezeichnet diesen Weg nicht. Sie führt uns weiter hinein ins Unglück. Der Bundesrat hat bisher vieles getan; er hat versprochen noch mehr zu tun. Sie verlangen weitere Massnahmen zur Krisenbekämpfung. Einverstanden. Wir sind bereit, sie suchen zu helfen, weil wir die Not des Vaterlandes erkannt haben. Aber wir können sie nicht allein finden, so wenig Sie inmunde sind, diesen Ausweg allein zu finden.

Diese Auswege liegen im Ausbau einer vernünftigen Mittelstandspolitik, für die ich längst auf eigene Rechnung eingetreten bin. Sie liegen in Konzessionen auf der rechten und auf der linken Seite. Wir können uns in der Mitte finden und unsern Streit und unsere Befehdung aufstecken. Die Wege aus der Krise führen nicht über den Sozialismus. Zeigen Sie uns ein Beispiel, das uns beweist, dass der Sozialismus die Rettung ist. Das einzige Land, in dem Sie sich praktisch haben betätigen können, ist ja Russland (Zwischenruf des Herrn Nationalrat Kägi: Schweden).

Ja Schweden! In Russland hat der Sozialismus, d. h. seine feinere Form, der Kommunismus, sich ein Jahrzehnt lang betätigt. Die Resultate kennen Sie und die Methoden auch.

Sie haben uns in der Diskussion immer und immer wieder befragt, ob wir dafür garantieren können, dass unsere Methoden richtig seien, dass sie zum Erfolg führen. Wir können nur antworten, dass diese Methoden wenigstens bis jetzt das Schweizervolk vor dem Aergsten bewahrt haben, dass sie sich in gewissem Sinne mit bewährter Praxis und Wissenschaft decken. Dabei handelt es sich ja nicht um einen Abbau in unvernünftigen Grenzen. Im allgemeinen ist fast kein Abbau vorgenommen worden. Es handelt sich nur um den Abbau überhöhter Preise, um eine Rücksichtnahme gerade auf die kleinen Existenzen. Das habe ich Ihnen bereits gesagt.

Zweitens sagen Sie uns doch, wie wir den Export erhalten sollen, wenn wir nicht einen gewissen Abbau der Produktionskosten vornehmen. Und sagen Sie uns, wie sollen wir den Wohlstand im Lande erhalten, wenn wir die Exportindustrie zu Grunde gehen lassen? In einem rohstoffarmen Lande kann der Wohlstand nicht zunehmen, wenn das Geld nicht von aussen kommt, so lange Sie nicht das Goldmachen erfunden haben. Dann ist es natürlich etwas anders. Vielleicht, Herr Reinhard, das wäre eine schöne Aufgabe für grosse Geister (Heiterkeit). Sonst kann ich mir aber nicht vorstellen, wie der Wohlstand eines Staates wieder geschaffen oder erhöht werden soll, wenn er nicht von äusseren Quellen hereinfliesst. Gegenfrage: Wie soll uns die Kriseninitiative heraus helfen? Es gibt da allerhand Ueberlegungen. Wenn in einer Familie, wenn in einem Geschäft mehr ausgegeben wird, als man einnimmt, dann kommt unverweigerlich der Zusammenbruch. Das trifft auch hier für den Staat zu. Wenn die ungeheuren Ausgaben über die Finanzen des Staates hinausgehen, wenn Sie etwas verbrauchen, das Sie nicht ersetzen können, dann werden Sie das Volksvermögen verbrauchen und dann werden Sie zwangsläufig das Geld dort holen, wo es zu holen ist, bei den privaten Vermögen, entweder indem sie sie wegsteuern oder sich gewaltsam aneignen. Ich habe Ihnen das schon gesagt und Sie auch auf die Kapitalflucht aufmerksam gemacht. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Kollege Gadiant mit seinem zierlichen Finger auf mich hingedeutet und gesagt: Herr Dr. Abt, was sind das für Patrioten, die so etwas machen! Herr Dr. Gadiant, ich möchte Sie nur fragen, ob Ihre christliche Nächstenliebe soweit geht, dass wenn Sie auf der rechten Wange den Klaps haben, Sie auch die linke hinhalten. Glauben Sie, dass der schweizerische Kapitalist, wenn man ihm das Vermögen wegzusteuern beginnt im Sinne einer Expropriation, verpflichtet sei, dazubleiben, bis man ihm das Hemd noch ausgezogen hat? Das glaube ich nicht.

Im übrigen eine Nebenfrage; sie gilt nicht für Herrn Dr. Gadiant, er ist ein ehrenwerter Mann, sie gilt überhaupt nicht für die Anwesenden, denn es ist eine alte gesellschaftliche Regel, dass die Anwesenden immer ausgenommen sind: „Wie steht es mit dem Patriotismus jener Demagogen,

die jeden Sonntag ins Volk hinausgehen und es aufhetzen gegen den Staat, die sagen, dass der ganze Ertrag der schweizerischen Volkswirtschaft nur dem Kapital zugute komme und dass das arbeitende Volk um den Arbeitsertrag geprellt werde? Die immer und immer wieder sogar in die einzelnen Bauernhäuser hineingehen und die Bauernfrauen fragen: Habt ihr viele Schulden, wieviel Zins müsst ihr bezahlen, das ist doch nicht tragbar, seht ihr denn nicht, dass ihr ausgebeutet werdet, usw.? Was sagen Sie zum Patriotismus dieser Demagogen, die auf diese Weise nicht nur die Staatsautorität untergraben, sondern die dem Volk den Glauben an den Staat, den Glauben an irgendetwas Gutes und Rechtes nehmen, indem sie bei ihm den Anschein erwecken, als ob es von den Regierungen ausgebeutet würde? Herr Reinhard, da könnte man vielleicht das Zitat anfügen, das Sie gestern als Zwischenruf genannt haben: „Ihr lasst den Armen schuldig werden, dann überlasst ihr ihn der Pein!“ Das gilt für diese Herren und ihre Tätigkeit.

Wenn wir gemeinsam den Weg aus der Krise suchen wollen, müssen in erster Linie diese falschen Propheten ihre Tätigkeit einstellen. Sie, Herr Reinhard, und Ihre Genossen müssen massvolle, erfüllbare Forderungen stellen, dann kann man mit uns reden, aber sie dürfen nicht aus der Krise ein politisches Geschäft zu machen suchen, indem Sie auf diesem ungewöhnlichen Wege der Kriseninitiative den Sozialismus in die schweizerische Politik und in die schweizerische Wirtschaft hineinschmuggeln wollen. Dafür sind wir nicht zu haben; da halte ich es mit Herrn Wick.

Ueberhaupt, wie stellen Sie uns eigentlich dar? Glauben Sie nicht, dass wir ehrlich und redlich das Beste des Volkes wollen, Bundesrat, Kommission und so und so viele andere Eidgenossen? Glauben Sie, dass wir wirklich, wie es in der „Nation“ steht, die zu lesen ich mir heute das Vergnügen gemacht habe, Protzen seien, Volksverächter, dass wir uns als höhere Wesen vornehmen, während wir unserer Fehler uns sehr bewusst sind. Es gibt nur noch eine gemeinsame Aufgabe in unserem Land; die Erhaltung seiner Existenz. Die steht auf dem Spiel, es geht um das ganze, wir gehen Zeiten entgegen, die denen von 1798 sehr verwandt sind, Herr Reinhard. Wir können diesen Bruderkampf nicht weiterführen, wenn wir uns nicht dem finis Helvetiae nähern wollen. Aber Sie haben ja gesagt, die Kühnheit der Kriseninitiative, die uns einen neuen Staatsgedanken bringe, mache es aus. Ich glaube das nicht. Es gibt einen Mut des Löwen, es gibt aber auch einen Mut des Maultieres, das die Gefahr nicht kennt. Entschuldigen Sie den Vergleich, er ist rein unpersönlich, vollständig unpersönlich. (Heiterkeit.) (Reinhard: Das möchte ich Ihnen auch geraten haben.) Ich bin nicht so ängstlich, ich kann am Ende auch noch das Leben riskieren. Bei der Kriseninitiative scheint mir der Fall des Maultieres vorzuliegen, wo man die Gefahr nicht kennt und die finanziellen Konsequenzen nicht abschätzen kann. Herr Reinhard, Ihre persönliche Kühnheit lasse ich gelten auf der ganzen Linie. Ich habe einmal ein Bild gesehen, ich glaube es war im Stadthaus von Lugano:

Charles le Téméraire, Karl der Kühne nach der Schlacht bei Murten. Ein wunderbares Bild. Ich möchte Ihnen wünschen — Sie haben mir auch einen Wunsch mit auf den Weg gegeben — dass Sie nie in die Situation kommen, dass man unter ein solches Bild „Ernest le Téméraire“ schreibt. Aber Sie sind ja so kühn, dass Sie uns bereits zum zweitenmal in diesem Saal Abtreten befohlen haben. Warten Sie ab, bis Sie die Mehrheit haben und dann Herr Reinhard, dann sagen Sie uns zum drittenmal: Abtreten, und dann werden wir die Haxen zusammenschlagen und rechtsumkehrt machen und sagen: Zu Befehl, Herr Reinhard! (Beifall.)

M. Berthoud, rapporteur de la majorité: Je n'ai que peu de choses à ajouter à l'exposé si concluant que vous venez d'entendre. La députation romande a du reste observé, dans ce débat, une attitude si discrète que je pourrais presque me dispenser de reprendre la parole. Je le ferais certainement si la tâche du rapporteur de langue française devait consister uniquement à réfuter les arguments apportés par ceux qui s'expriment dans le même langage que lui. Peut-être bien, du reste, que le silence de mes collègues romands représente, en somme, la voix de la sagesse, car je n'ai pas le sentiment que ce soit avec d'abondantes paroles que l'on puisse résoudre le problème qui nous occupe.

Je constate que la surabondance oratoire apportée dans ce débat par nos Confédérés allemands n'a pas ajouté beaucoup à ce que nous connaissons déjà; par contre, les arguments de la majorité de la commission demeurent intacts.

Nous avons conclu au rejet de l'initiative de crise en raison du caractère socialiste qu'elle revêt, en raison de ses conséquences financières désastreuses et en raison de l'atteinte très grave qu'elle porte à l'exercice des droits populaires.

Rien n'a été opposé de solide à ces conclusions. Il apparaît clairement, et la confirmation en a été donnée par plusieurs de ceux qui ont pris la parole, que l'initiative est en rapport très étroit avec le plan de travail et qu'elle ne constitue, suivant l'expression de M. Reinhard, qu'une première étape vers la réalisation de ce plan, ce plan lui-même représentant une seconde étape qui doit nous amener à l'état socialiste proprement dit.

Au point de vue des conséquences financières, on paraît ne point s'occuper du tout, dans les rangs des partisans de l'initiative, de la situation actuelle des finances de la Confédération; on paraît négliger ce déficit de 40 millions des comptes d'administration auquel il faut ajouter, pour l'année 1934, 50 millions de déficit des Chemins de fer fédéraux. A juger par les résultats des premiers mois de cette année, ce déficit atteindra même 60 millions pour l'exercice en cours. C'est donc déjà à une insuffisance budgétaire de l'ordre de 100 millions que nous avons à faire face et on nous propose de nous lancer encore dans de vastes entreprises d'actions de secours et de soutien, qui coûteraient une ou plusieurs centaines de millions, ce qui aurait pour effet de doubler, peut-être tripler le déficit actuel.

Et l'on parle des possibilités de couverture financière... C'est pure dérision et ceux-là mêmes qui

soutiennent que l'économie suisse offre encore des possibilités fiscales permettant de faire face à des dépenses semblables, savent bien que cela n'est pas, ils savent qu'une telle politique ne peut que conduire à la ruine. A cette politique, le Conseil fédéral nous convie à opposer ce qui a été fait jusqu'à présent. En tant que les mesures prises doivent avoir un caractère provisoire comme l'envisage le Conseil fédéral, nous y souscrivons. Mais je me permets d'insister encore pour que le Conseil fédéral veuille bien entreprendre au plus tôt l'étude de nouvelles possibilités d'intervention contre la crise, fondées sur des moyens autres que les subsides, les subventions et les distributions de secours. Il y a là un problème de la plus haute importance et d'une extrême urgence. Si nous voulons échapper au désastre auquel peut nous conduire l'initiative, nous devons faire en sorte aussi d'éviter la ruine lente, mais certaine, à laquelle nous serions exposés en persistant dans la voie que nous avons suivie jusqu'à présent. On a prétendu que l'initiative ne pouvait avoir pour effet d'instituer la dictature économique. Ici encore, aucun argument sérieux n'a été apporté et il ressort nettement de ce qui a été dit que toutes les mesures, même quelconques, à prendre en exécution de l'article constitutionnel devraient l'être par le moyen de décisions définitives du Parlement. Si ce n'est pas là une forme de la dictature, alors je me demande ce que c'est!

Au reste, on a beaucoup plus fait ici le procès du régime capitaliste, et plus particulièrement celui de notre organisation bancaire, que cherché à trouver une justification de l'initiative.

Que des abus aient été commis sous le régime capitaliste, ce n'est malheureusement que trop vrai; mais je voudrais que l'on me cite un seul régime qui soit à l'abri de tout reproche de ce genre! Dans les pays où a été instauré un régime communiste ou collectiviste, je ne sache pas qu'il ne se commette aucun abus, aucune erreur. Ce que je sais, c'est que, dans ces pays-là, on n'est pas encore parvenu à créer un état social et économique meilleur que le nôtre.

Ce qui est singulier, c'est de constater que les partisans de l'initiative dénoncent avec une vigueur particulière les pratiques mauvaises auxquelles on recourt dans le régime capitaliste; mais que, s'agissant de l'intervention des pouvoirs publics et des moyens de couvrir les charges énormes qui nous sont imposées, ils procèdent exactement de la même manière et s'inspirent des mêmes méthodes.

Quel est, de l'avis de nombreux économistes, l'un des principaux facteurs du déséquilibre économique existant aujourd'hui? C'est l'abus du crédit. On a trop longtemps soutenu et développé nos entreprises économiques industrielles, commerciales, financières, agricoles, la construction, au moyen de capitaux empruntés plutôt qu'au moyen de fonds propres; et c'est en raison de cette tendance toujours plus accentuée de travailler avec de l'argent dû qu'on s'est trouvé en face d'une situation aussi grave lorsqu'est venu le moment de faire front contre une crise de l'ampleur de celle qui sévit aujourd'hui. La force de résistance, qui devrait consister en larges réserves de fonds propres, s'est

trouvée insuffisante et le désarroi a commencé. Mais que proposent les partisans de cette initiative? Ils proposent précisément de commettre la même erreur dans les corporations publiques, et de la pousser jusqu'à l'exagération. Toutes les dépenses, on veut les couvrir et, à défaut de ressources courantes suffisantes, par l'emprunt. M. le conseiller fédéral Meyer a nettement précisé la situation dans laquelle nous sommes aujourd'hui. Il y a surendettement non seulement dans l'économie privée, et plus particulièrement chez le paysan et l'artisan, mais aussi et surtout dans les administrations publiques, lesquelles ne vivent plus que sur un crédit qui, jour après jour, devient plus hypothétique. Il est pour le moins singulier, que, pour affranchir l'économie privée des dettes qui l'étouffent, on ne trouve rien de mieux que de surendetter l'Etat, recourant ainsi à des méthodes qui sont à la base du désarroi amené par la crise.

L'initiative de crise, on s'en rend compte de plus en plus, n'est pas autre chose qu'une machine de guerre au moyen de laquelle on entend détruire le régime actuel pour le remplacer par le socialisme d'Etat tout d'abord, par le socialisme intégral ensuite. Pour cette raison, ajoutée à celles déjà données, elle doit être repoussée.

Bratschi, Berichterstatter der Minderheit: Die beiden Herren Vertreter des Bundesrates haben bis jetzt 3 Stunden gegen die Initiative gesprochen und die Herren Kommissionsreferenten zusammen auch etwa 3 Stunden. Wir haben überdies eine 70seitige Botschaft gegen die Initiative. Angesichts dieses Aufwandes sehe ich mich veranlasst, doch noch einige Ausführungen anzubringen, so gerne ich auf das Wort verzichtet hätte. Ich muss zunächst feststellen, dass nach meiner Auffassung die Gegenvorschläge, die unterbreitet worden sind, sei es in der Kommission, sei es hier im Rate, nicht geeignet sind, eine Verständigung herbeizuführen. Ich glaube nicht, dass auf dieser Grundlage irgendeine Möglichkeit bestünde, dass die verschiedenen Auffassungen zusammengeführt werden könnten. Ich bin auch der Ansicht, dass die Versuche, eine Verständigung herbeizuführen, viel zu spät kommen. Wenn man eine Verständigung gewollt hätte, wäre es Sache des Bundesrates gewesen, sie rechtzeitig zu suchen. Der Bundesrat hat diesen Weg nicht betreten wollen, aus Gründen, die er in der Botschaft auseinandergesetzt hat: weil es ihm passte, die Initiative zu einer sozialistischen zu stempeln und er glaubte, auf dieser Plattform den Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können.

Herr Schirmer hat heute morgen Ausführungen in bezug auf den Lohnabbau gemacht. Ich bedaure, dass dieser Standpunkt nicht am letzten Montagabend in der Volksversammlung im Berner Casino vertreten worden ist. Dort waren zahlreiche Mitglieder der Verbände, denen Herr Schirmer nahesteht, anwesend. Er hätte ihnen dort mitteilen können, welche Wirtschaftspolitik er als Führer des Gewerbeverbandes vertritt. Er hätte wahrscheinlich Antworten erhalten, die ihm wenig gefallen hätten. Sie wären wahrscheinlich äusserst enttäuscht gewesen, wenn sie gehört hätten, dass weiterer Lohnabbau bei den Beamten und Ange-

stellten des Bundes gefordert wird, damit es dem Gewerbe und Handwerk noch schlimmer geht.

Die Ausführungen von Herrn Bundesrat Meyer haben mich ausserordentlich interessiert und auch gefreut. Herr Bundesrat Meyer hat ernstlich versucht, der Initiative entgegenzutreten und klarzulegen, dass sie nicht möglich sei, ohne dass sich Schwierigkeiten bieten. Ich muss aber erklären, dass ich auch durch diese Ausführungen nicht überzeugt worden bin. Ich glaube auch, es bestehen gewisse Missverständnisse. Herr Bundesrat Meyer hat erklärt, dass sich die Initianten keine Mühe gegeben hätten, eine Deckung für die Kosten der Initiative zu finden. Ich kann das nicht anerkennen. Wir haben uns mit der Frage der Deckung beschäftigt, bevor die Initiative lanciert worden ist. Ich habe schon in meinem ersten Votum darauf hingewiesen und muss heute darauf zurückkommen und etwas ausführlicher zeigen, wie wir uns die Deckung vorgestellt haben. Wir haben als erste Initiative die Krisensteuerinitiative lanciert, weil wir uns von Anfang an sagten, dass zu einer wirkungsvollen Politik der Krisenbekämpfung der Staat Geld haben muss, und dass wir helfen müssen, ihm die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir haben in unserem Volksbegehren zur Krisensteuerinitiative in Ziffer 1 folgende Bestimmung aufgenommen: „Der Bund erhebt eine ausserordentliche Steuer zur Deckung der Ausgaben, die notwendig sind zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, vor allem für die Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung, sowie für die Hilfe an die Landwirtschaft und andere notleidende Wirtschaftszweige.“ Und in Ziffer 2: „Die Steuer wird in vierjährigen Perioden so oft erhoben, bis der dem Bund zukommende Betrag die vom 1. Januar 1933 an entstehenden Krisenausgaben des Bundes deckt.“ Man kann uns also nicht vorwerfen, dass wir keine seriöse Finanzpolitik hätten betreiben wollen, deshalb, weil der Bund bis heute unseren Vorschlägen nicht gefolgt ist und die Mehrheit des Rates nicht hat folgen wollen. Mit der Annahme der Krisensteuer wären die Kosten der Krisenbekämpfung gedeckt. Ich habe vorgestern gezeigt, was man aus der Krisensteuerinitiative gemacht hat. Man hat sie zuerst in unflätigster Weise bekämpft und verdächtigt, wie jetzt wieder die Kriseninitiative, und nachher die Gedanken der Krisensteuerinitiative übernommen als Bestandteil des Finanzprogramms, und braucht jetzt die Gelder, die wir für die Krisenbekämpfung reservieren wollten, zur Erfüllung der allgemeinen Staatsausgaben. Wenn ich vorgestern von 50 Millionen gesprochen habe, meinte ich nicht die Erträge der Krisenabgabe. Wir haben den Ertrag der Krisensteuer, wie wir sie Ihnen vorgeschlagen haben, auf 50 Millionen berechnet. Der Bundesrat hat in sein Finanzprogramm eine Krisenabgabe aufgenommen, die weniger weit geht als die Krisensteuerinitiative. Diese weniger weit gehende Besteuerung bringt 42,5 Millionen pro Jahr. Ich glaube also mit Recht behaupten zu können, dass unsere Erwartung, dass die von uns vorgeschlagene Krisensteuer 50 Millionen einbringen werde, mit den Tatsachen übereinstimmt und dass wir gut gerechnet haben. Wenn jetzt eine Schwierigkeit besteht, die Krisenkosten zu finanzieren, so liegt es also nicht daran, dass wir keine Vorschläge gemacht haben,

sondern daran, dass der Bundesrat und die Mehrheit dieses Rates unsere Vorschläge nicht angenommen hat und nicht ausführen will.

Wenn man erklärt, dass Tilgungen und Amortisationen gemacht werden sollen, bin ich damit durchaus einverstanden. Die Frage ist nur, ob es möglich sei, unsere Staatsschuld ausgerechnet in der Zeit der schweren Krise zu verkleinern, ob wir dazu die Kraft besitzen. Wenn wir glauben, dass wir die Möglichkeit haben, die Staatsschuld auch in der Zeit der Krise zu amortisieren, dann müssten wir auch die Kraft aufbringen zu derjenigen positiven und konstruktiven Krisenbekämpfungspolitik, die in der Kriseninitiative gefordert wird. Niemand hat in der Kriegszeit daran gedacht, es müssten an den bestehenden Schulden Abschreibungen gemacht werden. Man wusste, dass das in besserer Zeit gemacht werden müsse. Wir befinden uns heute in einer ähnlichen Situation. Statt dass wir uns militärisch wehren müssen, müssen wir uns andern Mitteln für unsere Unabhängigkeit und Selbständigkeit und die Wohlfahrt des Volkes zur Wehr setzen. Ich stimme Herrn Bundesrat Meyer auch durchaus zu, wenn er sagt, das Finanzprogramm von 1933 habe nicht alle Hoffnungen erfüllt. Aber welche Hoffnungen hat es nicht erfüllt? Sind es nicht diejenigen, die heute die Kriseninitiative befürworten, die versucht haben und weiter versuchen, um die ihnen zugedachten Leistungen heranzukommen? Es sind die Kreise, die an die Opferwilligkeit der Bevölkerung appellieren, denen aber am Profit mehr liegt als an den Interessen des Staates. Ich bin auch für die Universalität des Budgets, aber ausserordentliche Zeiten werden immer ausserordentliche Massnahmen erfordern. Wir leben gegenwärtig in ausserordentlichen Zeiten. Ich bin deshalb der Meinung, dass die Vorschläge der beiden Initiativen geeignet sind, über diese ausserordentlichen Zeiten hinwegzukommen mit denjenigen ausserordentlichen Massnahmen, die den Verhältnissen angemessen sind.

Es ist schön, zu sagen, dass wir für die Zukunft zu sorgen und an die zukünftige Generation zu denken haben; aber mir scheint, dass wir für die künftige Generation am besten sorgen dadurch, dass wir die gegenwärtige Generation an Geist und Körper gesund erhalten. Das ist die erste Voraussetzung für das Glück der künftigen Generation. Wir überschätzen die Bedeutung der Prämienobligationen sicher auch nicht. Wir wollten nur auf diese Möglichkeit hinweisen. Aber ich glaube, es ist nicht so, dass nur Balkan- und Halb negerstaaten sich dieses Mittels bedienen. Blicken Sie einmal nach Westen, dann sehen Sie, dass dieses Mittel in unserem grossen Nachbarland regelmässig angewendet wird, und zwar mit sehr grossem Erfolg. Der sicherlich sehr seriös verwaltete Kanton Freiburg bedient sich ebenfalls dieses Mittels, durchaus mit Erfolg. Wir wollten nur die Möglichkeit bieten, dem Bund so billiges Geld als möglich zur Verfügung zu stellen. Wir machen die Beobachtung, dass auf dem Weg der Prämienobligationen sehr viel Geld ins Ausland geht und dass das Ausland auch auf diesem Wege unseren Kredit benützt. Sollen wir so stolz sein, uns dieses Mittels auch in der Zeit der Not nicht zu bedienen!

Mit Genugtuung habe ich von den Ausführungen des Herrn Bundesrates Meyer über die Frage der

Aufwertung der Schulden Kenntnis genommen. Er hat als erster und einziger unter den Gegnern der Kriseninitiative dieses Problem ernsthaft erörtert. Er hat zugegeben, dass die Abwertung der Schulden nur Bedeutung habe für diejenigen Schulden, die in der Vorkriegszeit schon bestanden haben. Wir wissen alle, wie es damals bestellt war um die Bundesschulden. Viel besser als gegenwärtig. Der Bund hatte in der Vorkriegszeit eigentlich keine Schulden und die Bundesbahnen hatten sehr viel weniger als heute. Ich glaube, sie betrogen bei den Bundesbahnen etwa 1,5 Milliarden Fr., gegenwärtig etwa 3,2 Milliarden Fr. Beim Bund waren keine Schulden vorhanden. Heute sind es 2 Milliarden. Also die ganze Darstellung des Herrn Bundesrat Meyer anerkenne ich theoretisch und für die Schulden der Vorkriegszeit; aber sie gelten nicht in bezug auf die Verhältnisse, wie sie jetzt bei uns bestehen, weil der grösste Teil der Schulden entstanden ist in der Zeit, wo die Abwertung des Geldes schon vorhanden war. Seither aber ist die grosse Aufwertung gekommen.

Die Frage der Kapitalerträge. Ich halte es nicht für zulässig, dass man nur mit den prozentualen Zahlen operiert, gerade wegen der Frage der Auf- und Abwertung des Geldes. Der grösste Teil des Kapitals, der heute zinstragend ist, ist gerade Kapital, das investiert wurde in der Zeit, wo das Geld abgewertet war und die Warenpreise hoch standen. Wenn seither der Ertrag prozentual zurückgegangen ist von $6\frac{1}{2}$ oder 7 auf 3 und $3\frac{1}{2}$, so ist zu sagen, dass auf der andern Seite eine starke Aufwertung des Geldes eingetreten ist. Diese Aufwertung gleicht den prozentualen Rückgang des Ertrages weitgehend aus.

Mein Hinweis auf die Tatsache, dass das letzte Bundesbahnanleihen, das zu $3\frac{1}{2}$ % aufgelegt worden ist, 4,25 kostete, hatte nicht den Sinn einer Kritik an der Finanzpolitik des Bundes, sondern ich wollte damit lediglich feststellen, dass es nicht wahr ist, dass die Opfer des Kapitals sich etwa im Verhältnis von $4\frac{1}{2}$ zu $3\frac{1}{2}$ bewegen, sondern dass sie viel geringer sind, wenn überhaupt von einem Opfer gesprochen werden soll.

Herr Kollega Wick hat schon in der Kommission darauf hingewiesen, dass man unsere Forderungen nicht in der Verfassung verankern sollte. Ich habe bereits geantwortet, wir haben keinen andern Weg. Wenn es eine Gesetzesinitiative gäbe, würden wir wohl diesen Weg betreten haben, weil wir diese Lösung lieber gesehen hätten. Aber wir haben dazu die Möglichkeit nicht. Wir können hier Motionen stellen und wissen zum vornherein, dass sie von Ihnen abgelehnt werden. Wenn wir das Volk befragen wollen, haben wir keine andere Möglichkeit als den Weg der Verfassungsinitiative. Uebrigens ist das kein Unglück. Unsere Verfassung ist kein juristisches Kunstwerk, wie die Verfassung gewisser anderer Staaten. Unsere Verfassung ist ein Mosaik und muss es sein, ihrem ganzen Wesen nach. Das Initiativrecht führt zwangsläufig dazu, dass die Verfassung fortgesetzten Änderungen unterworfen ist und dass auch Fragen auf dem Wege gelöst werden, die formell besser Gegenstand von Gesetzen wären. Die Verfassung braucht kein Kunstwerk zu sein, sie soll der Ausdruck des Volkswillens sein.

Herr Abt sagt, das Volk habe im Jahre 1924 die Verlängerung der Arbeitszeit abgelehnt. Er

wird aber daraus nicht etwa schliessen wollen, dass die Meinung des Volkes über diese oder ähnliche Fragen seither geändert hätte. Er hätte übrigens nicht so weit zurückgehen müssen, um die Meinung des Volkes festzustellen über Fragen der Wirtschaftspolitik. Es genügt ja, auf 2 Jahre zurückzugehen, auf den 28. Mai 1933 hinzuweisen, um festzustellen, dass das Volk grundsätzlich den Kurs, den es 1924 durch seine Abstimmung gegen die Verlängerung der Arbeitszeit festlegte, beibehalten will. Es hat den Lohnabbau im Jahre 1933 ungefähr mit der gleich grossen Mehrheit von 100,000 Stimmen abgelehnt, wie es die Verlängerung der Arbeitszeit verwarf. Im Ständerat hat letzten Herbst ein Herr erklärt, der politisch nicht so weit weg ist von Herrn Abt, dass man wisse, dass die Mehrheit des Volkes die Politik der Arbeitszeitverlängerung und des Lohnabbaues nicht wolle. Die Mehrheit hat im Jahr 1920 das Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahnen angenommen, sie hat im Jahr 1924 die Verlängerung der Arbeitszeit abgelehnt, sie hat 1933 den Lohnabbau abgelehnt, und die gleiche Mehrheit wird den gleichen wirtschaftlichen Kurs weitergehen, wenn man den Mut hat, das Volk darüber zu befragen.

Man hat wieder vom Märchen der Verstaatlichung der Landwirtschaft gesprochen. Ich möchte doch feststellen, dass die sozialdemokratische Partei, wenn sie auf einem Gebiete die Verstaatlichung verlangt hat, sie das nicht auf dem Gebiete der Landwirtschaft getan hat. Ich habe vor mir das Parteiprogramm von 1904, das sich gegen die Verstaatlichung wendet. Ich habe vor mir auch das neueste Programm vom Jahre 1934. Da heisst es: „Der Boden ist bäuerliches Arbeitsmittel; das Arbeitseigentum des Bauern darf nicht angetastet werden.“ (Zwischenruf des Herrn Abt: In der Tagwacht steht xmal das Gegenteil.) Ich denke, Herr Abt wird auch nicht so ganz zu allem stehen, was die „Freie Presse“ im Kanton Aargau schreibt. Vielleicht sind auch dort schon Gedanken vertreten worden, die für Herrn Dr. Abt und seine Sache nicht verbindlich gewesen sind. Massgebend sind die Programme, und die sprechen gegen das, was Herr Dr. Abt vorhin neuerdings behauptet hat. (Abt: Herr Dr. Arthur Schmid hat das Gegenteil gesagt.) Wenn Herr Dr. Abt vorhin erklärte, dass ich für den Abbau sei, so war das allzu advokatisch und auch allzu demagogisch, als dass damit Eindruck gemacht werden könnte. Wenn man die Stellung unserer Organisationen und meine persönliche Einstellung in der Abbaufrage der Preise und Löhne kennt, so ist es sicher nicht zu viel gesagt, wenn man von demagogischen Ausführungen spricht, die mich zu einem Abbaupolitiker machen wollen, darum, weil ich in der Zwangslage vor zwei Jahren dem kleineren Uebel habe zustimmen müssen. Ich will Ihnen nur eines nahelegen, insbesondere dem Bundesrat: Solche Verdrungen erleichtern uns die Verständigung mit dem Bundesrat in Zukunft nicht.

Herr Dr. Abt hat uns davon Mitteilung gemacht, wieviel Besoldung er in der Vorkriegszeit bezogen hat, von den 2400 und 3000 Fr. Es ist nur schade, dass Herr Dr. Abt heute nicht ein solches Gehalt bezieht und damit nur ein halbes Jahr lang leben muss. Vielleicht würde er nachher

andere Auffassungen vertreten helfen. Es ist gewiss so, dass er diese Besoldungen bezogen hat, aber er war nicht darauf angewiesen. Es war für Zigarren und Taschengeld. Ich habe auch eine kleine Besoldung bezogen in der Vorkriegszeit. Ich erhielt nach Absolvierung von Fachschulen und nach einer 4jährigen Lehrzeit als Beamter der SBB eine Besoldung von 1440 Fr. Das war im Jahre 1912, und im Jahre 1918 als Beamter der Generaldirektion in Bern auf dem teuersten Pflaster der Schweiz in der Zeit der höchsten Teuerung 2300 Fr. im Jahr. Davon habe ich leben müssen, und ich wünsche niemandem, dass er unter gleichen Verhältnissen leben soll. Deshalb wehren wir uns dagegen, dass das Bundespersonal je einmal wieder in solche Verhältnisse zurückgeworfen wird; die Rückkehr in solche Zustände wird niemals mit unserer Zustimmung kommen.

Wenn Herr Dr. Abt wieder von Diktatur und Demokratie spricht, so weiss er doch ganz genau, dass gerade die Organisationen, die hinter der Kriseninitiative stehen, jederzeit auf dem Boden der Demokratie gestanden haben; das ist vorbehaltlos erklärt worden. Darum ist es nicht ganz fair, wenn solche Fragen hineingeworfen werden, die mit dem Gegenstand unserer Diskussion absolut nichts zu tun haben. Aber man zieht es vor, über solche Fragen zu sprechen, weil man wirkliche Gründe gegen die Sache nicht ins Feld führen kann. Die Sozialdemokraten hätten geistige Anleihen in Deutschland gemacht. Ja, dann hätten wir aus Deutschland wenigstens etwas hereingebracht; Sie haben das Gegenteil gemacht, Herr Dr. Abt, Sie haben das gute schweizerische Geld nach Deutschland ausgeführt. Sorgen Sie nun dafür, dass es wieder zurückkommt, wenn das Ihnen gelingt, können Sie der schweizerischen Währung, dem schweizerischen Franken, einen viel grösseren Dienst erweisen als dadurch, dass Sie die Kriseninitiative so fanatisch bekämpfen, wie Sie es tun.

Wir sollten das Volk befragen, ob es den Staatssozialismus wolle! Diese Frage steht nicht zur Diskussion, wir überlassen solche Fragen den Demagogen, wir wollen das Volk nur vor die Frage stellen, ob es den Abbau wolle oder nicht. Wir wünschen das Volk zu fragen, ob es die Wirtschaftspolitik, die bis jetzt betrieben worden ist, weitergeführt sehen will, oder ob es einen anderen Kurs vorzieht. Diese Frage wird durch die Kriseninitiative gestellt und keine andere.

Und nun hat sich Herr Abt auch noch zum Anwalt von Herrn Bundesrat Schulthess gemacht. Ich dachte zwar, Herr Bundesrat Schulthess hätte es nicht notwendig, er könnte sich selber verteidigen. (Dr. Abt: sehr richtig.) Herr Dr. Abt ist ein doch etwas verdächtiger Anwalt in dieser Frage. Wir wollten Herrn Bundesrat Schulthess nie etwas unterschieben, ich habe mich immer nur an den Text seiner eigenen Rede gehalten, wie sie in den Zeitungen publiziert worden ist, die ihm nahestehen, in der freisinnigen Presse zum Beispiel. Darin erklärte Herr Bundesrat Schulthess, dass er mit der 20prozentigen Preis- und Lohnreduktion einiggehe und sie als notwendig erachte. Er sagte dann allerdings am Schluss eines Absatzes: „Allein man muss sich Rechenschaft geben, dass eine so

grosse Preissenkung nicht von heute auf morgen erzielbar ist.“ Das ist die Einwendung, die er macht. Aber er spricht von den 20 % und diese 20 % sind somit nicht von uns böswillig erfunden worden.

Um Ihnen darzutun, wie die Rede verstanden wird, will ich wieder nicht auf uns selber abstellen, sondern z. B. auf die Gewerbetreibenden. In der Schreinermeister-Zeitung vom 22. März 1935 ist unter anderem folgender Satz zu lesen: „Wohl nie seit Bestehen der Eidgenossenschaft hat eine Rede dem Gewerbestand so viel geschadet wie die Aarauer Rede von Herrn Bundesrat Schulthess.“ So ist also die Rede von Herrn Bundesrat Schulthess aufgefasst worden, dass ein allgemeiner Abbau durchgeführt werden müsse. Solange der Abbau nur von gewissen Organisationen und Interessenten gefordert worden ist, war die Sache nicht so ernst; aber als der Volkswirtschaftsminister aufstand und sich mit ihnen scheinbar solidarisierte und die Forderung dieser Organisationen zu den seinigen machte, wurde es anders.

Ich will auf die Frage, ob die Kriseninitiative sozialistisch sei oder nicht, nicht weiter eintreten. Aber auch, wenn Herr Kollega Schmid-Solothurn gesagt haben sollte — ich habe es zwar nicht gehört — sie sei sozialistisch, so würde dadurch an unsern frühern Feststellungen nichts geändert.

Das Volk will, dass neue Wege beschritten werden. Aber die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Wirtschaftsführer, die uns bis jetzt geführt haben, nicht geeignet seien, uns aus den Schwierigkeiten herauszuführen, in die sie uns hineingebracht haben. Der Profit als einziges Ziel der Wirtschaft ist überlebt, die gegenseitige Hilfe und die Solidarität aller, wie die Initiative sie fordert, muss an Stelle der bisherigen Politik treten. Das Profitstreben hat uns in das Chaos hineingeführt, es wird uns nicht mehr herausführen. Ich gebe Herrn Abt zu, wenn die gleichen Leute weiter für die Wirtschaftspolitik ausschlaggebend sind wie bisher, dann haben wir die Ewigkeitskrise, dann werden wir aus der Not nie herauskommen. Es muss eine andere Politik, es müssen andere Leute kommen, zu denen das Volk mehr Vertrauen hat als zu den Bankherren, die es in die Krise hineingeführt haben.

Herr Dr. Abt versteht es sehr gut, seine Gegner mit Hohn und Spott zu behandeln, er verfügt über zahlreiche Register, auf denen er spielen kann; er ist uns in diesen Dingen weit überlegen. Er hat auch den Mut, von Demagogen zu reden; er hat uns vorgeworfen, wir trieben Demagogie und hat dem Rate damit Eindruck zu machen versucht. Aber der Eindruck auf den Rat und was der Rat beschliesst, ist uns nicht entscheidend. Ich möchte Herrn Abt bitten, so wie er vorher vor den Rat getreten ist, nun vor das Volk zu treten und genau so mit Hohn und Spott über die Initiative zu sprechen und sie mit den gleichen Argumenten zu bekämpfen wie eben; ich wünsche, dass alle Gegner der Initiative diesem Beispiel folgen, dann ist der Erfolg der Initiative sicher. Die Zeiten sind zu ernst, als dass das Volk über die Existenzfragen des kleinen Mannes, des Bauern, des Arbeiters, des Angestellten und Gewerbetreibenden mit Hohn und Spott reden liesse und das ertrüge. Ich habe

darum keinen andern Wunsch, als dass Sie vor das Volk treten und die Initiative mit diesen Mitteln bekämpfen, dann ist unser Erfolg sicher.

Reinhard: Es ist mir im Rahmen einer eng begrenzten persönlichen Erklärung nicht möglich, Herrn Abt zu antworten, wie ich gern möchte. Man lässt mich nicht von der Kette. Ich kann also jene merkwürdige Mischung von Primadonna und Zyniker, von Bierbankfroher Niederlagenstrategie und Angriffsgeist gegenüber der Arbeiterschaft, kurz jene politische Promenadenmischung Dr. Abts nicht so nach Herzenslust beuteln, wie ich es gerne möchte. Aber das ist nur aufgeschoben, Herr Dr. Abt.

Dagegen stelle ich fest: Herr Dr. Roman Abt hat sich die Entgleisung geleistet, ein Zitat, das ich aus einer Äusserung von Herrn Minister Stucki gebracht habe, als Umstellung zu erklären. Herr Abt ist in allen parlamentarischen Wendungen und Künsten gewandt; wahrscheinlich sollte das also heissen: eine Entstellung der Tatsachen. Ich stelle fest, dass Herr Dr. Abt die Tatsachen selber entstellt. Ich berufe mich auf eine Aussprache in der Geschäftsprüfungskommission über alle Fragen des Volkswirtschaftsdepartementes. Wir haben dort die Probleme erörtert, die sich um die Kontingentierung drehen, und über Zollmassnahmen, Einfuhrbeschränkungen usw. gesprochen, kurz alle jene Manipulationen des Handels, die dem Volkswirtschaftsdepartement heute die Hauptarbeit verursachen. In diesem Zusammenhang hat uns Herr Minister Stucki erklärt, dass diese Manipulationen heute sogar wichtiger seien als die Preisfrage. (Zwischenruf **Abt:** Sie haben es aber anders gesagt.) Ich habe gesagt: „keine so grosse Rolle spiele“. Das soll eine Entstellung der Tatsachen sein. Man möge, wenn man will, Herrn Stucki rufen. Man hat uns dort ganz deutlich erklärt, dass die Preisfrage keine so grosse Rolle spiele. Ich lasse mich gern humoristisch behandeln, ich lasse mich aber nicht verleumden. Ich kann auch nicht zugeben, dass Herr Abt meiner Partei hier Dinge unterschiebt, die nicht wahr sind. Im Februar 1934 hat unsere Partei ausdrücklich erklärt, dass der bäuerliche Grund und Boden von der Sozialisierung frei sei, und in dem von ihm zitierten Artikel von Dr. Schmid steht auch kein Wort von dem, was er gesagt hat. Man spricht dort von den Produktionsgütern und versteht darunter, wie jeder mann, diejenigen der Industrie und der Hochfinanz. Es macht sich merkwürdig, wenn man mir Entstellung der Tatsachen vorwirft und den Balken im eigenen Auge nicht sieht.

Bundesrat **Schulthess:** Der Berichterstatter der Minderheit hat Vorwürfe gegenüber dem Bundesrat und der Mehrheit dieses Rates erhoben, die ich nicht unbeantwortet lassen kann.

Wohin haben wir das Volk geführt? Ich stelle fest, dass niemand in diesem Saale, auch Herr Bratschi und seine Freunde nicht, zu bestreiten wagen werden, dass trotz allen Schwierigkeiten die Schweiz durch all die Fährnisse der letzten 20 Jahre besser hindurchgekommen ist als irgendein anderes Land und Volk. Und da wagt der Vertreter der

Bundesbeamten, dessen Schutzbefohlene mit ganzen 4,6% Lohnabbau weggekommen sind, zu behaupten, dass wir das Land und das arbeitende Volk in eine fürchterliche Lage hineingeführt hätten. Ich glaube, das Schweizervolk wird sich über eine solche Anklage ein Urteil bilden und finden, dass gerade die Beamten beim jetzigen System die Gewinner waren und nicht schlecht behandelt worden sind. Ich will nur hoffen, dass es auch in Zukunft nicht schlechter komme und dass die Leute, deren Vertrauensmann Herr Bratschi ist, auch in Zukunft goldene Franken bekommen, im heutigen Ausmass oder auch wenn es etwas weniger wäre, und dass sie sich nach allfälliger Annahme der Kriseninitiative dank der Politik ihres Chefs nicht mit einer Handvoll vergoldeter Batzen begnügen müssen. Denn so könnte es kommen.

Man hat behauptet, es handle sich einfach um Abbau oder Nichtabbau der Preise und Löhne. Die Fragestellung ist unrichtig. Das habe ich gestern schon dargetan, als ich Ihnen zeigte, dass tatsächlich der Bundesrat keine Abbaupolitik in die Wege geleitet hat, sondern im Gegenteil Stützungsaktionen in weitestgehendem Masse organisiert und das auch in Zukunft tun wird. Herr Bratschi und seine Freunde berufen sich auf das Volk. Gewiss wird dieses Volk in letzter Linie entscheiden. Aber wenn man sich auf die Meinung des Volkes beruft, dann muss man eben auch dazu beitragen, dass es der Wahrheit gemäss aufgeklärt wird. Man darf dem Volke nicht sagen — ich sage nicht, dass Herr Bratschi so weit geht, aber gewisse andere Leute —, dass eigentlich die ganzen heutigen Verhältnisse nicht Schicksal und nicht Weltwirtschaftskrise, sondern Verschulden der heute regierenden Richtung seien. Wenn man vor dem Volk erklärt: „Alle Not ist die Folge der Fehler der heutigen Regierung; wir sorgen dafür, dass eine weitere Reduktion der Löhne und Preise nicht eintritt, sondern dass diese sogar wieder aufgewertet werden“, so ist der Bürger geneigt, einer solchen Frohbotschaft Glauben zu schenken; sein kritischer Geist reicht nicht so weit, um zu beurteilen, ob auch wirklich solche Versprechungen erfüllt werden können. Eines gebe ich zu: hinsichtlich der Löhne, insbesondere des öffentlichen Personals, kann das Versprechen für deren Aufrechterhaltung so lange erfüllt werden, wie der Staat, Bund, Kantone und Gemeinden, die Mittel dazu haben und die Währung hält. Darin besteht in der Tat die Sicherheit, dass das Versprechen gehalten werden kann, wenn das Volk es beschliesst, und die Regierenden es wollen. Aber die allgemeine Abbaubewegung, wie sie eben in der Natur der Dinge liegt, wie sie von einer höheren Macht, von der ich gesprochen habe, womit ich die wirtschaftlichen Gesetze in ihrer Auswirkung auf die Schweiz verstehe, gefordert wird, werden wir nicht aufhalten können. Deshalb werden wir es erleben, dass gewisse Löhne und Saläre, deren Fixierung eine Machtfrage ist — das gilt vor allem für die öffentlichen, in weitem Masse aber auch für private Unternehmungen — gehalten werden, dass aber die Einkommensverhältnisse derjenigen Erwerbsklassen, die dem Sturm der Krise ausgesetzt sind, trotz allem nicht auf der Höhe gehalten werden können, wie wir das für die Landwirtschaft und viele industrielle und gewerbliche Produkte erlebt haben und in Zu-

kunft noch erleben werden. Sage man also dem Volke, was eigentlich der Grund und der Urquell der heutigen Verhältnisse ist: die Weltkrise, dann wird es sich ein richtiges Urteil bilden können, auch für die Volksabstimmung. Wenn also bei der Abstimmung Abbau und Nichtabbau nicht in Frage steht, sondern die Frage ganz anders gestellt werden muss, nämlich so, ob man noch weit über die heutigen Verhältnisse hinaus Versprechungen und papierene Zusicherungen in der Verfassung geben könne, so stehe ich gar nicht an, zu alledem zu stehen, was ich gesagt und geschrieben habe. Ich habe in der Rede in Aarau wörtlich gesagt: „Industrielle Kreise haben berechnet, dass, um die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz etwelchermassen herzustellen, eine Senkung der Produktionskosten von 20% notwendig wäre.“ Sie hören: um konkurrenzfähig bleiben zu können, müssten nach Ansicht der Industrie die Produktionskosten 20% tiefer stehen. „Wie möchten diese Schätzung nicht bestreiten. Wahrnehmungen, die wir bei der Erledigung von Gesuchen um Exportunterstützung unter dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge machten, zeigen die grosse Differenz, die vorläufig zwischen dem erzielten Preis und den Selbstkosten besteht. Allein man muss sich Rechenschaft geben, dass auch eine so grosse Preissenkung nicht von heute auf morgen erzielbar ist.“

Wenn zu mir ein Industrieller kommt und sagt: Ich muss 20% billiger produzieren können, damit ich konkurrenzfähig bin! und ich antworte: Ja, ich verstehe Sie, ich selber habe in Einzelfällen die Wahrnehmung gemacht, dass die Preisfrage eine grosse Rolle spielt und dass Preisdifferenzen zwischen der Schweiz und andern Ländern bestehen, dass aber diese Differenzen nicht von heute auf morgen beseitigt werden können, so habe ich doch nicht 20% Lohn- und Preisabbau verlangt. Allein ich will gleich beifügen, dass ich bei der Erledigung der Gesuche um produktive Arbeitslosenfürsorge auf die Tatsache stosse, dass der schweizerische Bewerber um auswärtige Aufträge, z. B. in der Maschinenbranche, 20, 25, 30 und noch mehr % teurer ist als der ausländische. Wenn das nicht wäre, dann hätte doch der Bund keinen Grund, durch das Mittel der sog. produktiven Arbeitslosenfürsorge denjenigen, die nach auswärts liefern, Preiszuschüsse zu gewähren, die sich bis auf 15% des Fakturbetrages belaufen, sich aber insbesondere nach den ausbezahlten Löhnen richten.

Es kann also nicht bestritten werden: 1. dass eine Preisdifferenz besteht, und 2. dass sie eine Rolle spielt und zwar in ausschlaggebendem Masse, und dass wir auch bemüht sind, sie auszugleichen. Der Bundesbeschluss, der die Ausrichtung solcher Unterstützungen erlaubt, ist von mir erkämpft worden und die Herren von der Linken haben ihm zugestimmt. Damit haben sie anerkannt, dass auch die Preisfrage von Bedeutung ist.

Hier sei ein kurzes Wort gestattet über die Kontroverse zwischen den Herren Abt und Reinhard. Selbstverständlich liegt es auf der Hand, dass heute der Preis nicht der einzige Grund ist, der den Export erschwert. Ich gehe noch weiter, so weit, Herrn Reinhard zuzugeben: Es ist nicht einmal der wichtigste Grund; dieser liegt vielmehr in den allge-

meinen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Rückgang der Nachfrage, u. a. in der Tatsache, dass keine oder wenige Produktionsstätten errichtet werden und infolgedessen der Bedarf an Maschinen gesunken ist, und dass keine Stickereien, keine Seidenbänder, kurz, viel weniger Konsumgüter gekauft werden. Aber trotzdem spielt der Preis für die reduzierten Auftragsbestände auf dem Weltmarkt eine Rolle. Ich erinnere mich daran, dass Herr Stucki in einer Sitzung der Zollkommission, der ich beiwohnte, erklärt hat, ganz speziell beim Käse würde eine Herabsetzung des Preises für die Ausfuhr nach einem bestimmten Lande keine Erleichterung bringen, sondern eher eine Erschwerung, weil das betreffende andere Land nicht wünsche, dass durch billige Käsepreise seine Landwirtschaft unterboten werde. Dieses Urteil ist richtig. Aber in Amerika liegen die Dinge selbst für Käse anders. Da kommt plötzlich eine Mitteilung: Schlagen Sie um 20% ab, sonst besteht keine Möglichkeit mehr, Schweizerkäse zu verkaufen! — Es ist also zuzugeben, dass die Preisfrage nicht das allein Entscheidende ist; aber es muss gerade für die letzte Zeit betont werden, dass nach einem gewissen Wiederaufleben der Aufträge speziell für die Maschinenindustrie die Preise doch eine ganz erhebliche Rolle spielen. Ich zweifle nicht daran, dass Herr Reinhard seine Aeusserung in guten Treuen gemacht hat. Veranlassung hat meines Erachtens das gegeben, was Herr Stucki gesagt hat und was irrtümlich generalisiert worden ist.

Man hat mich wegen meiner Rede angegriffen. Warum habe ich sie gehalten? Weil ich es für meine Pflicht erachtete, dem Volke die Wahrheit zu sagen. Wenn ich Sie alle durchleuchten könnte und so in Ihnen die Wahrheit über die Wahrheit feststellen könnte, dann würde ich in vielen Herzen Zustimmung finden, die heute — ich nehme es Ihnen nicht übel — sich gar nicht oder nur in sehr reservierter Form äussert. Einst wird kommen der Tag, wie Homer sagt, an dem diese Wahrheit allgemein anerkannt und unbestreitbar geworden ist und in der dann mancher entdeckt, dass sein Herz bereits am 28. März 1935 für diese Idee warm geschlagen habe (Heiterkeit). Es liegt ja nicht allein an uns, die Dinge zu meistern; es sind internationale Einflüsse, denen wir nicht entgegentreten können und wenn wir zehnmal organisieren, durchorganisieren und dringliche Bundesbeschlüsse beigen, so wird doch alles seinen Weg gehen. Es ist das Schicksal, das wir auf uns nehmen müssen und das wir nicht meistern können, und deshalb habe ich nichts zurückzunehmen. Ich darf für mich beanspruchen, dass ich dem Schweizervolk, obwohl ich genau wusste, dass dieses in seiner Mehrheit heute anders denkt als ich, die Wahrheit gesagt habe. Dieses Privileg beanspruche ich für mich, aber ich beanspruche auch, dass ich dadurch meine Pflicht erfüllt habe. Man wird einstmals vielleicht bereuen, dass man meine Warnungen nicht befolgte. Man hielt mir entgegen: Sehen Sie, in andern Ländern, in Belgien z. B., sind solche Ansichten wie die Ihrige gescheitert. Es kommt mir aber nicht darauf an, was das Volk heute darüber denkt, wenn es um die objektive Wahrheit geht. Es kommt mir nicht darauf an, was andere Staaten und Regierungen tun und ob sie gestürzt werden, sondern es kommt

mir darauf an, was der Lauf der Dinge sein wird, es kommt mir darauf an, ob ich nach meiner Ueberzeugung und richtig geurteilt habe. Das habe ich getan und ich bin überzeugt davon, dass ich auch darin, wie in andern Dingen, leider recht bekommen werde.

Herr Nobs hat vorhin eingeworfen, Herr Theunis habe sich nicht halten können, er habe Deflationspolitik getrieben und dann habe man in Belgien einen katholisch-konservativen Politiker holen müssen, der heute von den Sozialisten fast heilig gesprochen worden ist, nur darum, weil er Sozialisten in sein Kabinett aufnahm. Der Mann hat vielleicht recht gehabt, ich kritisiere die Handlungen einer fremden Regierung nie. Ich beanspruche für mich gegenüber der fremden Regierung, dasselbe, was ich der fremden Regierung zubillige, dass sie von ihrem Standpunkte aus recht habe. Aber was geschah mit dem belgischen Franken und dem Belga? Wie man mir mitteilt, ist der Belga im Ausland seither um 17 % gesunken. Man traut also dem Lied über den belgischen Franken und der sozialistischen Stützung doch nicht. Einstweilen kommen die Sturmvögel am Finanzhimmel der internationalen Börsen, bevor die Abwertung offiziell erfolgt und werten tiefer ein. Die internationalen Börsen schätzen also den Einfluss der belgischen Regierung und den von ihr angeblich vertretenen Widerstand nicht so hoch wie Herr Nobs und besonders die Möglichkeit der Verteidigung der Währung. Ich habe nur den innigen Wunsch — ich gehe mit Herrn Bratschi und all seinen Freunden darin einig — dass es uns erspart bleiben möge, dass einstmals unser Franken auch bevor er abgewertet wird, an allen möglichen auswärtigen Börsen eine provisorische Abwertung erleide und dass er überhaupt abgewertet werden muss. Es spielen darin zwei Elemente eine Rolle, vor allem aus in weitgehendem Masse das Vertrauen, ob der Franken aufrecht erhalten werden kann. Aber das Vertrauen ist ein Segen nur dann, wenn es gerechtfertigt ist. Es kann z. B. bei einer Bank zu einem Fluch werden, wenn das Vertrauen ungerechtfertigt ist. Also müssen wir dafür sorgen, dass das Vertrauen auch eine materielle Grundlage hat. Zu dem Zweck müssen wir unsere Wirtschaft so führen, wie die Gesetze der Wirtschaft es von uns verlangen und es uns aufdrängen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir nicht in eine Schuldenwirtschaft hineinkommen, die kein Ende mehr hat und an deren Ende nichts anderes stehen könnte, als der Zerfall der Währung. Mit dem Währungszerfall käme sofort auch der Zerfall der Löhne und der Preise und alles miteinander. Dann adieu Kriseninitiative, dann hät sie überhaupt nichts mehr zu sagen. Die Kriseninitiative wird, vielleicht übertrieben, so ausgelegt, dass sie den Auftakt für eine übermässige Beanspruchung der Staatsfinanzen bilde und dazu führe, dass uferlos immer wieder und immer wieder — genug ist nicht genug — vom Staat verlangt werde. Wenn diese Politik befolgt wird, dann werden bedenkliche Umstände eintreten. Aber auch wirtschaftlich wird es nicht besser sein, wenn man das Nessusgewand der Kriseninitiative über unsere Wirtschaft stülpt. Und wollten wir uns des Gewandes entledigen, dann würden wir, wie Herakles, uns das Fleisch

vom Leibe reissen. So würde unsere Wirtschaft auf das Schwerste getroffen. Auch sie könnte dann wie Herakles auf den Scheiterhaufen steigen und sich verbrennen lassen.

Ich warne das Schweizervolk, sich wirtschaftlichen Illusionen hinzugeben und in finanziellen Dingen von den soliden Grundsätzen abzuweichen; ich warne Sie, Dinge zu versuchen, die man nicht erfüllen kann. Ich selbst habe ja zu Gunsten der Landwirtschaft und des Gewerbes notgedrungen eine weitgehende Politik der staatlichen Intervention eingeleitet, und ich stehe dazu. Ich habe auch in Aarau gesagt, diese Politik dürfe nicht schlechthin aufgegeben werden, weil das zu einem Zusammenbruch in der Wirtschaft, zu einem Sturz der Löhne und der Preise führen müsste und der Exportindustrie indirekt viel mehr schaden würde, als Sie ihr durch einen eventuellen Rückgang der Preise nützen können. Deshalb, sage ich, muss man im Rahmen der heutigen Wirtschaft den Ausgleich versuchen. Aber zu diesem Ausgleich sollte man die Hand bieten, diesen Ausgleich sollte man gütlich vollziehen können. Ich weiss, dass die Botschaft zur Preiskontrolle als etwas zu kurz betrachtet wird. Ich will Ihnen verraten, dass man im Bundesrat immer einig war über den Wortlaut des Beschlusses, der genau meinen Vorschlägen entspricht, dass aber gewisse weitere Ausführungen in der Botschaft vielleicht ganz gut am Platze gewesen wären, die dann gezeigt hätten, welches unsere Absichten sind, dass sie gerecht sind und sich hören lassen.

Noch ein Wort über das Kapital. Das Kapital müsse ein Opfer bringen, sagt man. Ich bin auch der Ansicht, nur möchte ich Ihnen sagen, dass bis jetzt das Kapital bereits erhebliche Opfer gebracht hat und insbesondere auch mit den Steuern ganz ordentlich zum Handkuss kommt. Ich habe vor mir eine Aufstellung über die Steuerbelastung des fundierten Einkommens, des Einkommens aus Kapitalzinsen. Ein Einkommen von 15,000 Fr., also nichts Uebermässiges, wird in Zürich mit 25,8 %, in Bern zu 26,4 %, in Altdorf zu 30,6 %, in Schwyz zu 31,8 %, in Solothurn zu 36,6 %, also noch mehr als einem Drittel, in Herisau zu 41,3 %, in Appenzell zu 44 %, also beinahe die Hälfte, und Neuenburg zu 33,9 % besteuert. Nur Genf begnügt sich mit 22 %, offenbar weil seine Finanzlage eine relativ günstige ist. (Heiterkeit.)

Aber das Kapital hat auch andere Opfer gebracht und bringen müssen. Die Zinse sind zurückgegangen. Sie haben gehört, wie Herr Nobs eine Publikation des Bauernsekretariates zitierte und dabei erklärte, diese Ansätze beruhten auf unverdächtigen Erhebungen. Diese Quelle ist von jener Seite nicht immer so eingeschätzt worden; vor wenigen Jahren war man viel eher mit Kritik bei der Hand gegenüber dem, was in der Bauernzeitung publiziert worden ist. Die Angaben von Professor Laur sind an sich nicht unrichtig; in dessen wurde vergessen, verschiedenes beizufügen, was auch nicht ganz uninteressant ist. Und da wäre einmal zu sagen, dass wenn in einer gewissen Periode die Zinserträge gestiegen sind, dies wohl zum Teil auf die Vermehrung angelegter Gelder zurückzuführen ist. Unter ihnen befanden sich aber auch ausländische Fonds; das hängt

übrigens auch zusammen mit den Vermögensverlusten, die gegenüber einem früheren Gesamtaktienkapital von 4,3 Milliarden sich auf 2,3 Milliarden belaufen. Ich habe einmal gesagt, dass das Jahr 1935 ein Jahr der Manifestation von Verlusten sein werde. Jetzt ist es März 1935; es ist schon verschiedenes herausgekommen und vieles wird noch nachkommen. Gewisse Kreise werden also die Genugtuung haben, dass noch mehr Kapital zugrunde gehen wird; nur werden sie Schwierigkeiten haben, das Kapital, das zum Teufel gegangen ist, noch zu besteuern. Beides zusammen: Zerstörung des Kapitals und dessen Besteuerung geht nicht miteinander. Richtig ist, dass man mit Anleihen im Ausland zu viel des Guten getan hat, und dass diese Operationen im Ergebnis nicht glücklich herausgekommen sind. Aber die Risikoverteilung war ja immer ein Grundsatz des Kapitals und ebenso an andern Orten; früher hat man ja auch bei der Sozialdemokratie das politische Risiko etwas verteilt und sich international organisiert und wird es auch in Zukunft tun. Man hat es hinsichtlich Kapital auch im Auslande getan, und wer jetzt beispielsweise in einem Lande wohnt, dessen Währung zerfallen ist und dadurch den Hauptteil seines Vermögens verloren hat, wird sich glücklich schätzen, wenn er noch einen Rest in schweizerischen Obligationen hat, die gut geblieben sind. Für unser Land mit der festen Währung liegt die Sache umgekehrt und es ist verfehlt, aber nicht zu verwundern, wenn man die Plazierung im Ausland post festum als prinzipiell falsch hinstellt, da alle andern Währungen zusammengebrochen sind und mit Ausnahme der holländischen nur unsere eigene noch fest geblieben ist. Zweifellos sind auf diesem Gebiete Fehler begangen worden und Uebertreibungen unterlaufen; das Fazit ist aber jedenfalls, dass das Kapital auch in dieser Beziehung Verluste erlitten hat.

Wenn Herr Kollega Meyer heute morgen anerkannt hat, dass eine gewisse Aufwertung des Kapitals in der Reduktion des Preises liege, hat er zwar recht; ich muss aber doch daran erinnern, dass das nur theoretisch richtig ist, absolut aber nicht. Ich muss in dieser Beziehung wiederholen, was ich in meinem ersten Votum gesagt habe: Es kommt darauf an, was am Ende der Rechnung schliesslich herauskommt, nach Verrechnung von Einnahmen und Ausgaben. Man darf eben weder in der Politik noch in einem Geschäft die politischen und die finanziellen Möglichkeiten auf die Länge immer brutto für netto einschätzen, sondern muss immer auf den Endeffekt zurückgehen und darnach fragen, was schliesslich übrig bleibt. Darum kann man nicht mit vollem Recht behaupten, dass jeder Preisrückgang ohne weiteres eine Aufwertung des Kapitals bedeute. Im übrigen hat ja Herr Meyer nachgewiesen, wie das Kapital zu allen Zeiten geschwankt hat, wie die Preise gefallen sind, und dass jedenfalls eine absolute Seisachtheia, eine Schuldenabschüttelung, wie sie heute verlangt wird, ihre Schwierigkeiten hat. Es wird sich fragen, in welcher Form das Kapital sein Opfer bringen muss. Und da will ich nun den Herren Bratschi und seinen Freunden eine Konzession machen. Ich habe es schon getan. Ich glaube auch, dass ein durchgreifender Abbau der Preise immer am Faktor

Kapital anstossen wird; und solange diese Frage nicht gelöst ist, wird auch der Rückgang auf den Preisen und indirekt bei den Löhnen nicht so sein, wie ihn viele herbeiwünschen. Nebenbei gesagt ist auch die Tatsache — ich möchte mich an ein ganz bestimmtes Beispiel halten — dass selbst für Hypotheken vom Juli 1931 an der Kapitalertrag von $5\frac{3}{4}$ auf $4\frac{1}{4}$ % gesunken ist, also um 22 % des Zinses, zu würdigen, vor allem, wenn man noch dazu rechnet, dass die Steuern gleichzeitig gestiegen sind und dass die leise Hoffnung besteht, dass sie sich in dieser Höhe aufrecht erhalten, am Ende vielleicht sogar noch ein klein wenig erhöht werden, etwas, was nicht zu übersehen werden braucht! Wenn jemand statt 5 % nur 4 % bekommt und von diesen noch 40 % als Steuer auf den Tisch des Gemeindeammannes von Herisau oder Appenzell legen muss, dann ist offenbar dafür gesorgt, dass die Bäume des Kapitalisten nicht in den Himmel wachsen.

Ich bin der Ueberzeugung, in dieser Frage meine Pflicht getan und das Land zur rechten Zeit gewarnt zu haben. Ich bin überzeugt, dass die Entwicklung mir recht geben wird. Aber darauf kommt es heute nicht einmal an. Geben Sie mir unrecht; steinigen Sie mich, wenn Sie wollen; Sie werden wieder aufhören und sehen, dass die Politik des Bundesrates bisher keine Abbaupolitik war und auch in Zukunft — ich gehe ja — keine solche sein wird, so dass das Kriegsgeschrei: Hie Kriseninitiative — hie Abbaupolitik, vollständig falsch ist. Bleiben wir bei der Wahrheit. Auch in Zukunft wird der Staat sein Möglichstes tun, um die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Aber das ist von jeher meine Argumentation gewesen: Damit er es möglichst lange tun, damit er durchhalten kann, bis eine andere Perspektive sich öffnet, muss er vorsichtig sein. Und wenn man alles, was wir heute noch haben, jetzt in die Wagschale wirft, bleibt für morgen und übermorgen nichts mehr. Darum wird man anerkennen müssen, dass der Bundesrat an den heutigen Verhältnissen nicht schuld ist, die Weltereignisse sind es. Mir scheint, man müsse vorsichtig sein und an die Zukunft denken. Das ist meine persönliche Ueberzeugung. Ich nehme an, Sie werden sie achten. (Beifall.)

Bratschi, Berichterstatter der Minderheit: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Herr Bundesrat Schulthess hat eine Andeutung auf meinen Beruf gemacht. Er wollte damit offenbar zum Ausdruck bringen, dass die Eisenbahner zu hohe Löhne hätten oder dass der Lohnabbau, der bei ihnen eingetreten sei, zu klein sei und dass es deshalb nicht am Platze sei, dass ihr Sekretär sich zu dieser Angelegenheit äussere. Ich stelle fest, dass das Volk den Lohnabbau beim öffentlichen Personal, bei den Eisenbahnen und dem Bundespersonal abgelehnt hat. Ich stelle fest, dass ich nicht als Sekretär der Eisenbahner gesprochen habe, sondern als Mitglied dieses Rates und dass ich für das, was ich hier gesagt habe, irgend welche Vorwürfe nicht entgegennehme, auch nicht vom Bundesratstische aus.

Bundesrat Schulthess: Ich verwahre mich gegenüber dieser Erklärung. Ich habe Herrn Bratschi keinen persönlichen Vorwurf gemacht.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Ordnungsantrag Saxer	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.
Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles.

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.**Titel und Ingress.***Antrag der Kommission.**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

*Titre et préambule.***Proposition de la commission.**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adoptés.**Art. 1.***Antrag der Kommission.**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adopté.**Art. 2.***Antrag der Kommission.**

Mehrheit:

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Minderheit:

Dem Volke und den Ständen wird Annahme der Initiative empfohlen.

Majorité:

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Minorité:

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons l'adoption de la demande d'initiative.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	103 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	52 Stimmen

*Art. 3.***Antrag der Kommission.**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Präsident: Mit Rücksicht auf die Ablehnung seines Rückkommensantrages hält Herr Saxer seinen zu Art. 3 angekündigten Antrag nicht mehr aufrecht.

Angenommen. — *Adopté.*Nationalrat. — *Conseil National.* 1935.Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlusentwurfes	108 Stimmen
Dagegen	54 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Nachmittagssitzung vom 1. April 1935. Séance du 1^{er} avril 1935, après-midi.

Vorsitz — *Présidence:* Hr. Schüpbach.

3224. Alpenstrassen-Initiative. Begutachtung.

Routes alpêtres. Préavis sur l'initiative.

Bericht des Bundesrats vom 26. Februar 1935 (Bundesblatt I, 246). — Rapport du Conseil fédéral, du 26 février 1935 (Feuille fédérale I, 243).

Beschluss des Ständerats vom 26. März 1935.
Décision du Conseil des Etats, du 26 mars 1935.

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Hardegger, Berichterstatter: In der Junisession wurde die von 147,830 Schweizerbürgern unterzeichnete Initiative betreffend den Ausbau der Alpenstrassen und der Zufahrtsstrassen dem Bundesrat zur materiellen Berichtgabe überwiesen. Die Botschaft ist in Ihrem Besitz. Gestatten Sie mir in Ergänzung derselben einige wenige Ausführungen.

Mit dem Grundgedanken der Initiative, das ist mit dem Ausbau unseres Strassennetzes im Alpengebiet, kann man sich ohne weiteres einverstanden erklären. Der Ausbau ist wünschbar und notwendig, einmal schon im Hinblick auf unsern Fremdenverkehr. Aus der Botschaft können Sie entnehmen, dass wir eine ständige Zunahme der Grenzübertritte ausländischer Motorfahrzeuge konstatieren können. Im Jahre 1934 waren es deren 267,000. Wenn wir in der Ausgestaltung unserer Alpenstrassen nicht mit den uns umgebenden Staaten, die auf diesem Gebiet grosse Anstrengungen machen, Schritt halten, dann laufen wir Gefahr, dass dieser Zustrom abnimmt. Was das für unsere Hotellerie und alle am Fremdenverkehr interessierten Kreise bedeuten würde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Die Botschaft gibt hierüber erschöpfend Auskunft. Für einzelne Orte würde sich ein Rückgang der Automobilreisenden besonders schwer auswirken. Das wird einem erst recht klar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass beispielsweise in zwei Andermatt Hotels 97 bzw. 88% der abgestiegenen Gäste Automobilreisende waren. In Brunnen entfallen 25% sämtlicher Logiernächte auf Automobilisten

Kriseninitiative. Begutachtung.

Initiative de crise. Préavis.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	3223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.03.1935
Date	
Data	
Seite	57-89
Page	
Pagina	
Ref. No	20 031 823

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis sur l'initiative.

Siehe Seite 1 hiervor. — Voir page 1 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 4. April 1935.
Décision du Conseil des Etats, du 4 avril 1935.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Präsident: Herr Schmid-Oberentfelden hat den Antrag gestellt, die Abstimmung unter Namensaufruf vorzunehmen. Ich frage an, ob der Antrag von der reglementarischen Anzahl von Mitgliedern unterstützt wird. — Es ist der Fall.

Mit Ja, d. h. für Annahme des Beschlussesentwurfes, stimmen die Herren:

Votent oui, c'est-à-dire approuvent le projet d'arrêté, MM.:

Aeby, Altherr, Ast, Balmer, Baumann, Béguin, Benninger, Berthoud, Bertschinger, Boschung, Bossi-Chur, Bossi-Lugano, Bujard, Bürki, Carnat, Chassot, Dähler, Delatena, Dollfus, Duft, Favrod, Fischer, Foppa, Gabriel, Gafner, Gattiker, Gelpke, Germanier, Gnägi, Gorgerat, Gottret, Grand, Grünenfelder, Häberlin, Hadorn, Helbling, Held, Heller, Hoppeler, Isenschmid, Jäggi, Jenny-Worblaufen, Joss, Keller, Kern, Krügel, Kuntschen, Maggini, Mayor, Meili, Mermod, Metry, Meyer-Zug, Meyer-Pratteln, Muheim, Müller-Schmerikon, Niellispach, Odermatt, Oehninger, Oeri, Petrig, Pfister-St. Gallen, Pitton, Polar, Rais, Reichen, Reichling, Rochaix, Rochat, Rohr, Rossi, Rusca, Scherrer-St. Gallen, Schirmer, Schmutz, Seiler, Stähli-

Siebnen, Stähli-Bern, Stampfli, Steinmetz, von Streng, Studer, Stutz, Troillet, Tschudy, Tschumi, Ueltschi, Ullmann, Vonmoos, Weber-Grasswil, von Weber, Wetter, Wick, Widmer, Wunderli, Zimmerli, Zingg, Zschokke (98).

Mit Nein, d. h. für Verwerfung des Beschlussesentwurfes, stimmen die Herren:

Votent non, c'est-à-dire rejettent le projet d'arrêté, MM.:

Bratschi, Briner, Bringolf, Canova, Dicker, Eymann, Farbstein, Fenk, Flisch, Flück, Frank, Furrer, Gadiant, Gasser, Gloor, Graf, Grimm, Hardegger, Hardmeier, Hauser, Höppli, Huggler, Hunziker, Ilg, Junod, Kägi, Kamber, Killer, Moser-Thalwil, Müller-Biel, Müller-Grosshöchstetten, Müller-Zürich, Müri, Nicole, Nobs, Oprecht, Perret, Perrin, Pfister-Winterthur, Reinhard, Rossiaud, Roth, Schmid-Oberentfelden, Schmid-Solothurn, Schmid-Schaffhausen, Schmid-Zürich, Schmidlin, Schneider, Surbeck, Weber-Kempton, Welti (51).

Der Stimme enthalten sich die Herren:

S'abstiennent MM.:

Flückiger, Saxer (2).

Herr Präsident Schüpbach stimmt nicht.

M. Schüpbach, président, ne prend pas part au vote.

Abwesend sind die Herren:

Sont absents MM.:

Abt, ab Yberg, Billieux, Bodenmann, Borella, Burri, Cailler, Ceppi, Crittin, Fazan, Golay, Graber, Gropierre, Huber, Jenny-Ennenda, Lachenal, Mäder, Meuli, Meyer-Luzern, Moser-Hitzkirch, Pfister-Frauenfeld, Rosselet, Roulet, Scherer-Basel, Schneller, Sigenthaler, Stadler, Strässle, Vallotton, Walter-Olten, Walther-Luzern, Weibel, Z'graggen (33).

Schluss des stenographischen Bulletins der Frühjahrssession 1935.

Fin du Bulletin sténographique de la session de printemps 1935.





Kriseninitiative. Begutachtung.

Initiative de crise. Préavis sur l'initiative.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	3223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.04.1935
Date	
Data	
Seite	159-160
Page	
Pagina	
Ref. No	20 031 839

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Damit sind wir an den Schluss der Differenzenberatung gekommen.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 6. März 1935 (Bundesblatt I, 277). — Message et projet d'arrêté du 6 mars 1935 (Feuille fédérale I, 273).

Beschluss des Nationalrats vom 28. März 1935.
Décision du Conseil national, du 28 mars 1935.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Minderheit

(Klöti, Sonderegger):

Dem Volk und den Ständen wird die Annahme der Initiative beantragt.

Proposition de la commission.

Majorité:

Adhérer à la décision du Conseil national.

Minorité

(Klöti, Sonderegger):

Recommander au peuple et aux cantons l'adoption de l'initiative.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Schöpfer, Berichterstatter der Mehrheit: Drei Tage lang kämpften unsere Kollegen im Nationalrat um die Kriseninitiative. Freunde und Gegner trugen ihre Gründe vor, bald mild und sanft, bald aber in leidenschaftlichen und heftigen Akkorden und gelegentlich auch mit etwas Bissigkeit und Gift, bald mit Humor und Sarkasmus. Wir werden im Ständerate die Frage etwas ruhiger und kälter behandeln, so ernst sie auch ist. Auch in der Kommission wurde vorurteilsfrei an diese Frage herangetreten. Niemand hat sich daran gestossen, dass die Initiative in der Hauptsache von der sozialdemokratischen Partei lanciert wurde und eine Anzahl von bürgerlichen Mitunterzeichnern angezogen hat. Die Kommission, und zwar alle Mitglieder, war der Meinung, man wolle das Gute nehmen wo es sei, gleichgültig, woher es komme; und wenn die Initiative dem Lande Gutes gebracht hätte, hätte man sie auch gutgeheissen, unbekümmert darum, woher sie kommt.

Beide Auffassungen, welche in der Kommission vertreten wurden, die Anhänger der Initiative und die Gegner, nehmen für sich das Recht in Anspruch, mit ihrer Auffassung dem Lande und Volke das Beste zu bieten. Die Kommission beantragt Ihnen aber mit allen gegen 2 Stimmen, diejenigen der Herren Klöti und Sonderegger, die Initiative mit dem Antrag auf Ablehnung dem Volke vorzulegen. Die Gegner der Initiative lehnen dabei auch den

Vorwurf ab, dass sie mit ihrem Entscheid zu Feinden des arbeitenden Volkes geworden seien. Wir, die wir die Initiative ablehnen, sind vielmehr der Auffassung, dass durch die Ablehnung der Initiative dem Schweizervolke und besonders dem Arbeitnehmer viel besser gedient werde, weil bei dem allgemeinen Schrumpfungsprozess unseres Wirtschaftslebens und bei der Weltkrise sich die Frage eben so stellt: Was ist denn nun zweckmässiger für das Volk, entweder eine vorsichtige und langsame Anpassung unseres Lebensaufwandes an den Wirtschaftsertrag oder eine nicht mehr aufzuhaltende Anpassung in einer Zeit, wo das Verhältnis zwischen Wirtschaftsertrag und Lebensaufwand noch grösser sein wird, so dass die Anpassung dann noch viel grössere Opfer erfordern wird.

Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass eine vorsichtige und langsame Anpassung und ein vorsichtiger und langsamer, langandauernder Ausgleich besser sei und weniger Opfer erfordere. Die Frage sollte also nicht so gestellt werden, wie man es heute zu tun pflegt: Entweder Kriseninitiative auf der einen Seite oder Abbau auf der andern Seite! So muss man das Postulat nicht auffassen und Grundsätze nicht gegeneinander aufstellen. Unserer Meinung nach heisst es vielmehr auf der einen Seite vorsichtige und langsame Anpassung und Abbau einerseits und verheerender Absturz auf der andern Seite. So verhält sich der Gegensatz. Je länger wir warten, desto grösser wird die Differenz zwischen Wirtschaftsertrag des ganzen Landes und unserer Lebenshaltung, desto tiefer wird dann auch der Absturz, den wir dann nicht vermeiden können.

Was will nun die Initiative? Die Ziff. 1 gibt das Ziel an, das erreicht werden soll. Sie kennen es alle: Sicherung einer ausreichenden Existenz für alle Schweizerbürger. In Ziff. 2 unter verschiedenen litterae werden die Mittel angegeben, mit welchen dieses Ziel erreicht werden soll. In Ziff. 3 wird die Stellung der Kantone und der Wirtschaftsverbände behandelt. Ziff. 4 befasst sich mit der Frage der Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, und in Ziff. 5 wird von der Beschaffung der finanziellen Mittel gesprochen, und endlich in Ziff. 6 kommt die Generalvollmacht der Bundesversammlung unter Ausschaltung des Schweizervolkes für 5, eventuell für 10 Jahre.

Wer diese Ziffern liest, der weiss sofort, dass der wirtschaftspolitische Kurs unseres Landes und die staatspolitische Auffassung der Mehrheit des Schweizervolkes, das Verhältnis und die Stellung des einzelnen Bürgers zum Staate und des Staates zum einzelnen Menschen durch diese Initiative von Grund aus verändert wird. Alle bürgerlichen Parteien unseres Landes erblicken ihren Zweck darin, auf dem Wege der Entwicklung die menschlichen Lebensbedingungen zu verbessern, den kulturellen Stand zu heben und allen Volksgenossen einen vermehrten Anteil an den Gütern der Kultur zu gewähren. Wir Bürgerlichen betrachten auch die Privatwirtschaft als unentbehrliche Grundlage für die fruchtbare Entfaltung der wirtschaftlichen und der kulturellen Kräfte unseres Landes; wir betrachten auch die Privatwirtschaft als feste Grundlage für die Arbeitsbeschaffung, und daher sind wir der Auffassung, dass die Freiheit der wirt-

schaftlichen Betätigung nur insoweit eingeschränkt werden dürfe, als die Rücksichten auf wichtige Interessen der Gesamtheit erfordern, aber nicht weiter. Wenn daher die Landwirtschaft, das Gewerbe, die Industrie und die Arbeiterschaft eine staatliche Unterstützung, eine Stützung der Gemeinschaft nötig haben, wohl an, so soll das geschehen. Aber jederzeit unter Wahrung des Sinnes für die Selbsthilfe des Einzelnen. Der alte Schweizer Spruch: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott! ist immer noch in unserem Lande lebendig. Unternehmungslust des Einzelnen, Wagemut, die Risikofreude, der Trieb, sich vorwärts zu bringen, diese Eigenschaften sind unserer Meinung nach immer noch die besten Triebfedern der Wirtschaft und Arbeit, und die sollen nicht unterdrückt, sondern sie sollen gefördert werden. Das ist die Auffassung der bürgerlichen Parteien unseres Landes.

Ganz anders der Sozialismus. Er glaubt an die Allmacht des Staates. Er will die Privatwirtschaft in Fesseln legen und zwar grundsätzlich und nicht etwa nur aus einer Notlage heraus, vorübergehend, solange diese Notlage besteht, wie wir dies bei den Kontingentierungs- und andern Massnahmen, den Einfuhrbeschränkungen usw. tun.

Während man im Bürgertum glücklicherweise noch immer die Meinung hat, dass wir alle miteinander den Staat zu erhalten haben, besteht nach der sozialistischen Theorie die Auffassung, dass der Staat für alle Bürger zu sorgen und sie zu erhalten habe. Zwei Weltanschauungen stehen sich gegenüber, zwei scharf voneinander getrennte Gedankenwelten, zwei scharf voneinander getrennte Theorien und je nachdem der eine oder andere sich mehr auf diese oder jene Seite neigt, wird seine Einstellung zur Kriseninitiative eine verschiedene sein.

Gewiss besteht eine grosse Zahl von Unterschriften auf den Initiativbogen auch von Stimmberechtigten, die das sozialistische Credo ablehnen, gewiss haben wir vielleicht 100 000 solcher bürgerlicher Stimmen, allein wer im politischen Leben steht, pflegt gewöhnlich auch zu wissen, wie es mit dem Sammeln solcher Unterschriften auf dem Initiativbogen geht. Man weiss, dass von allen Parteien, ich mache keine Ausnahme, diese Unterschriften sehr leicht und ohne Kenntnis der Sachlage gegeben werden. Aus diesen bürgerlichen Unterschriften also kann man keine besondern Schlüsse ziehen.

Der Kernpunkt der einzelnen Forderungen der Initiative ist Ziffer 1 und Ziffer 2, a und b. Das Ziel, das durch die Initiative erreicht werden soll, ist die Sicherung einer ausreichenden Existenz für alle Schweizerbürger, die Erhaltung und Gewährung eines Lohn- und Preisschutzes und die Bekämpfung des allgemeinen Abbaues von Löhnen und Produktpreisen der Landwirtschaft und des Gewerbes. Der Staat soll also anstelle des Einzelnen treten, der Staat soll die Sicherung einer ausreichenden Existenz jedes Bürgers besorgen, der Staat und nicht der Einzelne allein soll für die Existenz des Einzelnen verantwortlich sein, der Staat soll die ganze Wirtschaft gestalten. Dieser Geist der Initiative wird erst verständlich, wenn man ihn mit dem Plan der Arbeit, der vom Verband des Personals eidgenössischer Dienste aufgestellt wurde, in Verbindung bringt. Die Grundsätze der Initiative bilden die Grundlage, auf der der Plan

der Arbeit durchgeführt werden soll. Der Plan der Arbeit verlangt wörtlich „eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Schweiz, die Ueberführung der Unternehmen mit monopolistischem Charakter in die Hand des Staates“, er fordert „planmässige Industriepolitik, die Nationalisierung der Grossbanken und der Versicherungsgesellschaften und die Organisation des Kreditwesens als einen öffentlichen Dienst“. Hervorragende Führer der Sozialdemokratie und gleichzeitig Befürworter der Initiative brachten den Plan der Arbeit mit der Initiative in Verbindung und erklärten, dass gestützt auf den Verfassungsartikel dieser Plan der Arbeit durchgeführt werden müsse. Man hat im Nationalrat bestritten, dass die Initiative und der Plan der Arbeit miteinander in Zusammenhang ständen. Allein diese Bestreitung kann im Ernst nicht vorgenommen werden, wo es zeh-, zwanzig- und hundertfach bewiesen ist, dass die Paternität der Initiative und diejenige des Plans der Arbeit in unserem Lande eine gemeinsame ist. Es handelt sich also zweifellos um die Verwirklichung eines Teiles des sozialistischen Parteiprogrammes, um einen Umsturz unserer bisherigen wirtschaftlichen und staatspolitischen Auffassung, um die Einführung sozialdemokratischer Wirtschaftsgestaltung. Ich sage dies nicht etwa, um damit das rote Tuch zu schwenken und das Bürgertum vor der Initiative abzuschrecken. Diesen Zweck hat meine Feststellung in keiner Weise. Ich bringe es einzig und allein nur im Interesse der Wahrheit vor, zur Feststellung der Tatsachen, welche sich aus der Kriseninitiative und aus ihrer Verbindung mit dem Plan der Arbeit ergeben, damit jeder, der diese Frage beurteilen muss, klipp und klar weiss, woran er ist und wohin diese Postulate führen.

Ich möchte feststellen, dass nach der Auffassung der Mehrheit Ihrer Kommission die Erreichung dieses Zieles unmöglich ist. Nicht mit Unrecht ist von einem Redner im Nationalrat gesagt worden, man könnte eigentlich ebensogut ein Initiativbegehren stellen mit den Worten: Die Krise wird abgeschafft, die Arbeitslosigkeit wird aufgehoben, jedermann wird Arbeit und Verdienst garantiert, und die Kosten zahlt der Staat. Allein so wenig diese im Nationalrat ausgesprochenen Gedanken durchgeführt werden könnten, ebenso wenig kann jedem Bürger eine ausreichende Existenz von Staats wegen verschafft werden und ebenso wenig kann auf der ganzen Linie ein Preis- und Lohnschutz gewährt werden. Selbst dann, wenn die Initiative angenommen wird, glaube ich, dass diese Bestimmungen letrés mortes bleiben müssen; man kann sie mit dem besten Willen einfach nicht durchführen.

Die Voraussetzungen der Initianten über die Funktionen, die Tätigkeit und die Arbeit des Staates im Wirtschaftsleben, sind eben irrtümlich. Nicht der Staat regelt das Wirtschaftsleben, es wird durch die Wirtschaft selbst geregelt, und zwar nicht einmal durch die Wirtschaft unseres Landes allein, sondern durch die Wirtschaft der ganzen Welt. Die Produktionsmenge, Angebot, Nachfrage, die Erschliessung der Weltwirtschaft für den Export, die Möglichkeit der Ausnützung des innern Wirtschaftsraumes unseres Landes, die Geldversorgung unseres Landes, die Kapitalverleihung in das Aus-

land, die Fortschritte der Technik und der Landwirtschaft, die Ausnützung der Wasserkräfte, alles das sind Elemente, zu denen noch viele andere hinzukommen, und die zusammen das Wirtschaftsleben unseres Landes regieren. Gewiss kann der Staat da und dort, wo es nötig ist, helfend und stützend eingreifen in dieses Wirtschaftsleben, aber niemals wird er das Wirtschaftsleben selber regulieren und ordnen können. Und eine ganze Anzahl von andern Fragen tauchen auf beim Studium dieses Standpunktes der Initiative. Was ist zu verstehen unter einer „ausreichenden Existenz?“ Gibt es einen Massstab, um diesen Begriff zu messen? Meiner Meinung nach gibt es ihn nicht; und man kann gar nicht umschreiben, was das heisst: „es reicht für die Existenz des Einzelnen aus“ oder „es reicht nicht aus“. Das Ziel ist also unklar, und es würde dann Sache der Interpretation sein, was unter diesem Begriffe „ausreichende Existenz“ zu verstehen sei. Aber wenn die Initiative einmal angenommen ist, dann gibt es nur noch eine Interpretation, und das wird die weitestgehende sein, die man sich überhaupt denken kann.

Es handelt sich nur um ein „Ziel“, wird behauptet, nicht um eine Garantie und nicht um ein Axiom. Aber meiner Meinung nach stellt man doch Ziele auf, um sie zu erreichen, und nicht, um sie nicht zu erreichen. Ein Ziel ist etwas, das erreicht werden muss; deshalb erblicke ich auch in diesem Ziele der „ausreichenden Existenz“ eine Garantie dafür, dass jeder Schweizerbürger eine „ausreichende Existenz“ haben soll, die der Staat einfach nicht geben kann. Und wie steht es dann mit der „ausreichenden Existenz“ der selbständig erwerbenden Leute, der Kleinmeister, der Bauern? Auch diesen wird ja eine ausreichende Existenz zugesichert. Allein die gewerblichen und die landwirtschaftlichen Produkte und deren Preise richten sich nach Angebot und Nachfrage. Wir wissen ja aus Dutzenden von Beispielen, dass die Ansetzung von Höchstpreisen in Zeiten, wo Warenmangel herrscht, ebenso wenig eingehalten wird wie die Festsetzung von Mindestpreisen in Zeiten, wo Warenüberfluss herrscht: wenn viele Kartoffeln und viele Aepfel auf den Markt kommen, dann kann das landwirtschaftliche Komitee lang Mindestpreise festsetzen und sagen: Unter diesem Preise darf ein Doppelzentner Aepfel oder Kartoffeln nicht abgegeben werden; da schert sich kein Mensch darum; die Ware muss eben verkauft werden, wenn sie nicht verfaulen soll. Es ist also die Nachfrage, die massgebend ist, und nicht der Ansatz von Mindest- und Höchstpreisen.

Zur Sicherung einer ausreichenden Existenz müsste also in solchen Fällen der Staat alle Augenblicke die Preise bestimmen oder die Produktion einschränken. Man kann sich aber eine klare Vorstellung von diesem Garantieversprechen gar nicht machen.

Nicht anders ist es aber mit den Preis- und Lohnansätzen. Soll nach der Verfassungsbestimmung der Staat auch die Löhne der Privatwirtschaft festsetzen? Das ist eine Frage, die sofort auftaucht. Soll er Lohnämter mit Entscheidungsbefugnis schaffen, wie sie früher andere Staaten hatten und womit man die allerschlechtesten Erfahrungen gemacht hat? Und dann frage ich: Wie soll dann

der Arbeitgeber diese staatlich festgesetzten und zugesicherten Löhne wieder aufbringen? Die Löhne müssen schliesslich bezahlt werden, und wenn sie der Arbeitgeber bezahlen muss, dann will er wohl vorher zuerst das Geld dafür eingenommen haben. Im Inlandmarkt, wenn die Produkte nur für das Inland geschaffen werden, kann man letzten Endes die Löhne noch auf die Waren und damit auf den Käufer überwälzen; aber wie ist es, wenn man die Ware für das Ausland produziert und wenn sie vom Ausland nicht abgenommen wird, weil sie zu teuer ist? In allen diesen Fällen wird die Bestimmung eines solchen Lohnschutzes ein Ding der Unmöglichkeit. Man kann ihn beim besten Willen nicht durchführen. Was ist dann die Folge dieser Festsetzung der Löhne? Sie liegt auf der Hand: Reduktion der Beschäftigung, Konkurrenzunfähigkeit, Arbeitseinstellung und Arbeitslosigkeit. Das sind die zwangsläufigen Folgen, die sich zeigen werden. Und der Arbeiter und Lohnbezüger, der Angestellte, der hinter dieser Initiative mit Feuer und Flamme steht, wird nachträglich erfahren, dass das Instrument, mit dem er sich schützen will, diese Initiative letzten Endes zu seinem eigenen Nachteil ausschlägt, dass er selbst letzten Endes der Leidtragende ist, und dass die Folgen auf ihn zurückfallen werden, der der Initiative im Volke zum Durchbruch verholfen hat.

Wenn ich diese Ausführungen mache, will ich damit nicht etwa sagen und meine Worte in dem Sinne entstellen lassen, dass die ganze Wirtschaft und das ganze Wirtschaftsleben nun im gleichen Tempo und nach den gleichen Auffassungen weitergehen könne wie die Vorkriegswirtschaft. Gewiss ist die Wirtschaft heute in starkem Umfang zu einer gesellschaftlichen und geradezu zu einer sozialen Funktion geworden. Ich will also zum Ausdruck bringen, dass meiner Auffassung nach eine neue Orientierung in der Wirtschaft Platz greifen muss, dass man das gemeinsame Wohl aller Volksgenossen im wirtschaftlichen Leben berücksichtigt und dass, wo das nicht möglich ist, der Staat seine ausgleichende und regulierende Wirkung dafür geltend machen muss. Aber niemals kann der Staat die Wirtschaft aufrecht erhalten durch unerträglich hohe Preise und durch die Schaffung von unproduktiven Arbeitsgelegenheiten, durch starre Theorien und unbewegliche Grundsätze für eine Wirtschaft, die ständig im Flusse ist, und die sich von einer Woche zur andern, manchmal von einem Tag zum andern, verändert. Ueber die Mittel und die Opfer für den Bund, darüber will ich in einem späteren Zeitpunkt sprechen.

Noch ein Wort über den Export und über die sogenannte Kaufkrafttheorie. Die Initianten sagen, dass hohe Löhne und hohe Lebenshaltung die Nachfrage nach den Produkten fördere. Das kann offenbar nicht bestritten werden. Das ist richtig. Allein die Frage stellt sich ja ganz anders, nämlich so, ob die Kaufkraft durch staatliche Massnahmen erhalten werden kann oder nicht. Die Kaufkraft des Schweizervolkes ist zum Teil auf die Fremdenindustrie und zum Teil auf den Export angewiesen. Die Uhrenindustrie exportiert beispielsweise 90% ihrer ganzen Fabrikation, die Chemische Industrie 70%, die Maschinenindustrie 65—70%, die Textil-

industrie 30—80, ja sogar bis 85%, je nach der Fabrikation. Stockt der Export, dann kann das Inland die Exportware nicht aufnehmen. Im Inland sind wir durch die Inlandsindustrie genügend versorgt. Die Kaufkrafttheorie versagt also da und für ein Land, das auf den Export oder hauptsächlich auf den Export angewiesen ist, wie unser Land. Es nützt daher gar nichts, die Kaufkraft im Inland zu heben, wenn unser Export nicht ins Ausland gehen kann, denn die Kaufkraft eines jeden Landes ist eben abhängig von dem Wirtschaftsertrag und nicht nur von den Lohnbezügen. Sie ist auch ganz abhängig vom Reichtum des Landes, vom Anteil am Reichtum der Welt. Also kann ich die Richtigkeit der Kaufkrafttheorie für unser Land nicht akzeptieren. Es gäbe ein Mittel, die Kaufkraft zu stärken, nämlich die vermehrte Geldversorgung unseres Landes, die Inflation. Wir müssen nur die Banknotenpresse benützen. Aber der Herrgott möge uns von der Anwendung dieses Mittels bewahren, es würde ein grosses Landesunglück werden!

Ich möchte also als Tatsache feststellen, dass die Konsumstörungen nicht aus unserem eigenen Lande kommen, sondern aus dem Auslande, das unsere Ware nicht abnimmt. Wenn man diese Uebelstände beseitigen will, so müssen wir die Preise und Produktionskosten der Exportware eben dem Auslande etwas anpassen. Dann kann mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge und mit Hilfe des Bundesbeschlusses über die Risikoprämie unsere Exportindustrie auf den Auslandsmärkte wieder bis zu einem gewissen Grade wenigstens konkurrieren.

Es wird nun aber behauptet, der Exportrückgang in der Schweiz sei noch kleiner als in den Ländern, die ihre Löhne bereits herabgesetzt haben, und in den Ländern, in welchen die Währung zerfallen sei. Die Darstellung ist meiner Meinung nach irreführend. Sie verkennt zwei Tatsachen: Einerseits die Tatsache, dass unser Land viel mehr auf den Export angewiesen ist als jedes andere Land der Welt, so dass ein gleich starker prozentualer Rückgang des Exportes unser Land viel stärker trifft als jenes andere Land. Andererseits verkennt man, dass man nicht einfach die Exportwerte in Gold umrechnen und dann miteinander vergleichen darf. Man muss die betreffende Landeswährung zur Vergleichung bringen. Wenn man das tut, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild. Dann ist der Exportrückgang der Schweiz 56 % und der Exportrückgang im Durchschnitt gegenüber den 12 Vergleichsländern 49 %, also unser Exportrückgang bei unserer hohen Lebenshaltung und unseren hohen Produktionskosten ist viel stärker als derjenige in Ländern mit niedrigen Produktionskosten und zerfallener Währung.

Ich will nun aber zugeben, dass die Einschränkung der Produktionskosten durchaus nicht das einzige Mittel zur Hebung des Exportes ist. Es gibt eine Anzahl von andern Mitteln. Denken Sie beispielsweise nur an die Vermehrung der Handelsagenturen im Auslande, an eine geschickte Reklame im Auslande, an freundschaftliche Beziehungen unserer Kaufleute und Industriellen mit ausländischen Firmen usw. Alles das wird mithelfen zur Steigerung des Exportes.

Dann scheint es mir aber auch, dass diese Vergleiche über die Rückgänge des Exportes in den einzelnen Ländern, und die Schlussfolgerungen, die man daraus zieht, überhaupt nicht sicher und zuverlässig sind. Wir haben ja auch noch Einfuhrbeschränkungen und Zölle, welche immer noch eine Rolle spielen. Vor einigen Tagen las ich hier in Bern in einer Zeitung, dass beispielsweise die Tschechoslowakei, welche auch unter den 12 Ländern figuriert, eine Milliarde tschechischer Kronen aufwendet zur Hebung und Förderung des Exportes von tschechischen Fabrikaten nach dem Auslande. Auch das spielt eine Rolle. Daher sage ich, dass weder diejenigen Tabellen, die in der Botschaft sind, noch diejenigen, welche uns Herr Kollege Klöti in der Kommission produziert hat und wahrscheinlich auch heute hier wieder produzieren wird, ein zuverlässiges Anhaltsmittel sind und auch keine zuverlässigen Schlussfolgerungen zulassen, dass in den Ländern mit reduzierten Löhnen und in den Ländern mit reduzierter Währung der Export noch mehr zurückgegangen sei als in unserem Lande mit den hohen Löhnen und den grossen Produktionskosten. Also auf diese Tabellen stelle ich nicht ab. Es fehlt ihnen daran, dass Gleiches nur mit Gleichem verglichen werden kann. Das ist immer die erste Voraussetzung. Man kann nicht Kartoffeln mit Unterhosen multiplizieren; sonst kommt man eben zu unrichtigen Schlüssen. Das ist auch bei diesen Tabellen hier der Fall.

Nun die planmässige Beschaffung von Arbeit, die in lit. d von Ziffer 2 verlangt wird.

Das klingt recht harmlos, aber man muss sich klar machen, was damit verlangt werden kann. Ich will ja nicht behaupten, dass es verlangt wird, aber man muss sich immer fragen, wohin es letzten Endes führen kann, wenn die Promotoren der Initiative an der Herrschaft sind. Es kann darnach verlangt werden, dass der Bund Arbeitsgelegenheiten schafft, unbekümmert darum, ob diese Arbeitsgelegenheiten finanziell tragbar sind oder nicht, es kann verlangt werden, dass die planmässige Beschaffung der Arbeit in der Privatindustrie an die Hand genommen wird. Keine einzige Bestimmung steht bei diesem Begehren nach planmässiger Arbeit dagegen, dass diese planmässige Arbeit nicht in der Privatindustrie verlangt werden könnte, heisst es doch wörtlich: „Die planmässige Beschaffung von Arbeit und zweckmässige Ordnung des Arbeitsnachweises.“ Also kann allgemein die Arbeit und muss die Arbeit planmässig beschafft werden, unbekümmert darum, ob es sich um öffentliche oder private Arbeiten handelt, ob sie finanziell tragbar seien oder nicht. Das alles spielt nach dieser Richtung keine Rolle. Gestützt auf diese Bestimmung wäre also der Staat berechtigt, sich in die Anstellung von Arbeitern und Angestellten der privaten Industrie hineinzu-mischen. Aber noch mehr, er könnte auch die Arbeitsaufträge eines Fabrikationsgeschäftes von Fabrik zu Fabrik und von Landesgegend zu Landesgegend teilen. Wenn eine Maschinenfabrik, wenn die Woll- oder Baumwollspinnereien in der Westschweiz kolossal Aufträge hätten, während in der Ostschweiz nichts da wäre, könnte der Staat eingreifen und die Aufträge aus der westschweize-

rischen Industrie in die Ostschweiz oder in die Südschweiz hinüberleiten. Der Staat könnte machen, was er will, er könnte diese Arbeitsteilung im Sinne der planmässigen Beschaffung von Arbeit vornehmen, wie es ihm beliebt. Er könnte aber noch mehr; er könnte auch die Arbeitszeit verkürzen, wenn er es für nötig erachtete, damit mehr Arbeiter eingestellt werden. Wenn man das alles durchdenkt, wird man mit Recht an ein Volksbegehren erinnert, das im Jahre 1894 zur Abstimmung gekommen ist und mit fast 200 000 Stimmen vom Schweizervolk verworfen wurde, an das Begehren auf Einführung eines Individualrechtes auf Arbeit in unserer Bundesverfassung. Vergleicht man dieses Postulat planmässiger Arbeit noch mit dem Plan der Arbeit, dann wird alles klar, was man damit tun kann.

Lassen Sie mich noch zu einem weiteren Punkte übergehen, zum Begehren zugunsten der Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien und zum Schutze bäuerlicher Entschuldung! Dieses Begehren rennt offene Türen ein. Kein Mensch ist dagegen, überall wird davon gesprochen. Ich verstehe deshalb nicht, warum auch dieser Punkt in das Begehren aufgenommen wurde, oder höchstens aus dem Gesichtspunkt, dass man damit eine anziehende Wirkung, eine propagandistische Wirkung verfolgt. Ich muss bei dieser Gelegenheit wiederum ein Bild brauchen, das ich auch schon gebraucht habe. Die Initiative hat es glänzend verstanden, das Mädchen aus der Fremde zu spielen, das mit dem Füllhorn durch das Land schreitet und überall, bei allen Produktionsständen, grossartig etwas ausschüttet, schenkt und gibt, um ja alle zu dieser Initiative herbeizuziehen, damit ja jedem Staatsbürger der Appetit geweckt werde auf Zustimmung zu diesem Volksbegehren. Aus diesem Grunde verlangt man offenbar auch unter dieser lit. *d* die Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien. Aber es scheint mir doch ungeschickt, dass dies da steht. Ich frage mich, ob man aus dieser Bestimmung nicht unrichtige Schlüsse ziehen könnte, wenn es sich einmal darum handelt, irgend jemand anders, irgendeinem anderen Produktionsstand unseres Landes zu Hilfe zu kommen. Dann wird man sagen können, in diesem Artikel stehe nur von den Bauern- und Pächterfamilien und in dem folgenden Artikel nur etwas vom Gewerbe, also alle anderen wären darnach von der Stützungsaktion ausgeschlossen, weil man es ja sonst ausdrücklich gesagt hätte. Diese Schlussfolgerung könnte man ziehen. Ich weiss nicht, ob die Initianten daran gedacht haben, aber auf jeden Fall bei einer logischen und grammatikalischen Interpretation dieser Bestimmung kann man zu dieser Schlussfolgerung kommen.

Nicht viel anders verhält es sich mit den folgenden Bestimmungen: Die Entlastung unverschuldet in Not geratener Betriebe im Gewerbe. Man hat schon Verschiedenes für das Gewerbe getan. Diese Bestimmung liesse die Meinung aufkommen, als ob die Räte achtlos an der Not des Gewerbes vorübergegangen wären. Erinnern wir uns doch an das, was in dieser Beziehung beschlossen worden ist, wonach wir Beiträge an die Bürgschaftsgenossenschaften des Gewerbes gewähren, wonach wir noch viel weiter gehen und

sogar einem Gewerbler, der eine Bürgschaftsschuld hat und unverschuldet hineingeritten worden ist, helfen, die Bürgschaftsschuld zu tragen und zu bezahlen. Das sind Massnahmen, welche zur Stunde schon ergriffen worden sind und welche sich unter dasjenige rubrizieren lassen, was unter Litt. *e* steht. Man kann im Grunde nichts gegen die Bestimmung einwenden, aber der Ausbau und die Unterstützung des Gewerbes wurde vorgenommen auch bisher, ohne dass man eine solche Verfassungsbestimmung hatte. Man kann diesen gewerblichen Schutz ohne jede weitere Verfassungsbestimmung ausbauen.

In der folgenden Ziffer kommt wieder so ein sogenannter „Giftzahn“ der Initiative. Dieser Ausdruck stammt nicht von mir, er wurde zuerst von Herrn Kollega Klöti gebraucht, als er sagte, man hätte ja der Initiative diesen oder jenen Giftzahn herausbrechen können. Ich folge also der Ausdrucksweise von Herrn Dr. Klöti, wenn ich von einem Giftzahn der Initiative rede. Wir haben also in dieser lit. *f* wieder einen solchen Giftzahn, wo das Begehren einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe gestellt wird. Das kann doch nur so verstanden werden, dass es sich dabei um die Erhöhung der Unterstützung und um eine Verlängerung der Bezugsdauer handelt. Anders lässt es sich nicht verstehen. Es sind verschiedene unter uns, welche kantonalen Regierungen angehören. Ich war auch 21 Jahre einer dieser Unglücklichen, welche diese Bürde haben schleppen müssen. Aber alle, die kantonalen Regierungen angehören, können, mögen sie Industriekantonen oder landwirtschaftlichen Kantonen angehören, bestätigen, dass seit der Krise die sozialdemokratischen Arbeitersekretäre die Regierungen mit Eingaben überschüttet haben auf Erhöhung der Bezüge der Arbeitslosenunterstützungen und auf Verlängerung der Dauer der Unterstützungszeit. Und als seitdem unter dem Druck der Krise die Unterstützungszeit verkürzt wurde, als die Arbeitslosenbezüge ebenfalls beschränkt wurden, seitdem an die Stelle der Arbeitslosenunterstützung bis zu einem gewissen Grade die Krisenunterstützung getreten ist — nicht jeder Arbeiter bezieht ja Krisenunterstützung, sondern nur der bedürftige; das ist der Unterschied zwischen der Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung, dass die erste jeder Arbeitslose bekommt, die Krisenunterstützung aber nur der bedürftige — werden Sie mir bestätigen müssen, dass der Druck der Arbeitersekretariate auf die Regierungen der Kantone ein ganz gewaltiger geworden ist in der Richtung auf Erhöhung der Bezüge und Verlängerung der Bezugszeiten.

Ich begreife das wohl. Man muss es ja zugeben, dass die Arbeitslosenunterstützungen mager sind, dass sie ausserordentlich dürftig sind, dass es viele Familien gibt, die Mühe haben, mit diesen Unterstützungen auszukommen. Sie dürfen sich wohl vergegenwärtigen, dass die Mehrzahl der Arbeitslosen ungefähr 50—55, vielleicht auch 60 % des normalen Taglohnes als Unterstützung bezieht. Wenn also ein Arbeiter 5000 Fr. verdient hatte oder gar 6000 Fr., also eine schöne Verdienstquelle besass, wird er mit der Arbeitslosenunterstützung nur noch 2500—3000 Fr. bekommen. Wenn er dann noch an Mietzins 1000 Fr. auslegen muss,

bleiben ihm für das Durchbringen seiner vielleicht grossen Familie noch 2000 Fr. oder 1500 Fr. übrig. Ich habe darum durchaus Verständnis für diese Bestrebungen. Ich wollte Ihnen damit aber auch zeigen, dass dieses Begehren um Gewährung einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung sich nur auf die Erhöhung der Unterstützung und auf die Ausdehnung der Unterstützungszeit beziehen kann.

Allein, was nun unter „ausreichender“ Arbeitslosenunterstützung zu verstehen ist, wissen wir nebenbei so wenig wie das, was unter ausreichender Existenz zu verstehen ist. Das ist eine Sache der Interpretation; und auch da habe ich, wenn die Promotoren der Initiative einmal Meister in unserem Lande sind, die Auffassung, dass dann nur noch die eine, nämlich die allerweitestgehende Interpretation übrig bleibt, und dass unter «ausreichend» etwas ganz anderes verstanden wird, als was wir Bürger darunter verstehen. Dann geht das aber tief ins Guttuch hinein. Vergessen Sie nicht, was jetzt schon vom Bund bezahlt wird: im Jahre 1932 haben wir 76 Millionen ausgegeben, 1933 nahezu 82 Millionen und im Jahre 1934, wo die Krisenunterstützung Platz gegriffen hat, noch nahezu 74 Millionen. Wenn da nun aus vollen Händen gegeben und geschöpft werden soll, werden die Opfer für die Arbeitslosenunterstützung in den nächsten Jahren um Hunderte von Millionen zunehmen.

Die beiden andern literae g und h verlangen Ausnützung der Kauf- und Kapitalkraft des Landes zur Förderung des Exports und Fremdenverkehrs und die Regulierung des Kapitalmarktes und die Kontrolle des Kapitalexportes.

Man könnte auch da annehmen, es sei eigentlich nach dieser Richtung zur Förderung des Exportes durch Ausnützung der Kaufkraft und Kapitalkraft unseres Landes noch gar nichts geschehen. Allein, wir müssen doch auch da an das denken, was ich heute schon bei den Einfuhrbeschränkungen vorgetragen habe: Wir müssen daran denken, dass der Handelsverkehr mit den Völkern, mit denen wir seinerzeit welchen unterhielten, sich gründlich verändert hat. Von der Meistbegünstigungsklausel weiss man nichts mehr; man schliesst bilaterale Verträge ab; man stellt die Kaufkraft unseres Landes durch Kontingentierung und Einfuhrbeschränkungen in den Dienst unseres Exportes. Alles das wird heute schon gemacht. Und für den Fremdenverkehr: Denken Sie daran, was im deutsch-schweizerischen Abkommen formuliert wurde, wo man die Kohlenkäufe in Deutschland zugunsten der Fremden, die in unser Land kommen, ausgewertet hat, wo man in Deutschland dem Kohlenarbeiter gesagt hat: wenn sie in der Schweiz für 1000 Mark Kohlen kaufen, dann hast du für diesen Betrag mehr Arbeit. Es ist also in weitestgehendem Masse getan worden, was möglich schien.

Soll man wirtschaftliche Bedingungen an Anleihengeschäfte mit dem Auslande knüpfen? Das ist eine nicht ganz leichte Sache. Vielfach werden die Anleihen scheitern, sobald wir wirtschaftliche Bedingungen daran knüpfen wollen. Dann ist daran zu erinnern, dass wir im Bankengesetz, das jetzt in Kraft ist eine Bestimmung aufgenommen haben, wonach Anleihen über 10 Millionen Franken hinaus von der Nationalbank bewilligt

werden müssen, und dass die Nationalbank vorher verschiedene Departemente, das Finanzdepartement, das Volkswirtschaftsdepartement, das Politische Departement deswegen begrüsst. Es ist also jetzt schon möglich, dass der Bundesrat durch seine Departementschefs solche wirtschaftliche Bedingungen an allfällige Anleihen des Auslandes bei uns knüpfen könnte. Allein, die Initianten wollen viel weiter gehen als das, was bis jetzt gemacht worden ist. Es soll eine nationale Exportorganisation geschaffen werden, die für die Einfuhr und Ausfuhr von allen Produkten das Nötige besorgt. Alle Maschinen, Uhren, technischen Produkte, alle Fabrikate unseres Landes würden einer nationalen Exportorganisation zugewiesen werden. Die Initiative hat nun die Auffassung, dass diese nationale Exportorganisation ihre Sache viel besser machen würde als bisher der Kaufmann, der ein persönliches Interesse hatte, der seine ganze Tüchtigkeit, seinen Wagemut, seine Risikolust, seine ganze Kraft hineingelegt hat in den Export. Die Initianten glauben, das alles könne durch eine nationale Exportorganisation noch viel viel besser gemacht werden. Ich habe diesen Glauben einfach nicht. Die Kommission kann gar nicht daran glauben, dass, wenn diese plumpe Klaue des Staates hineingreift in die Exportorganisation der privaten Kaufleute, dann mehr heraus schauen würde, als wenn der private Kaufmann, der es mit seinen freundschaftlichen Beziehungen zu ausländischen Käufern viel weiter gebracht hat, das besorgen würde.

Es soll aber nicht nur eine Exportorganisation gegründet werden, sondern auch noch eine Exportbank, an der sich der Staat natürlich beteiligen müsste und wobei der Staat auch das Risiko für die Exportinteressen auf sich nehmen müsste.

Von solchen Projekten und extremen Lösungen bis zur Sozialisierung der Banken und der gesamten Geldwirtschaft unseres Landes ist dann nur noch ein kleiner Schritt, und noch viel kleiner wäre der Schritt bis zum Untergang unseres ganzen Wirtschaftslebens überhaupt. Vielleicht würde er nicht schon in den ersten Jahren erfolgen, aber es kann geschehen, und schon der Umstand, dass die Möglichkeit dazu vorhanden ist, muss zur Ablehnung dieser Initiative führen. Mit diesem System wäre es also möglich, dass die letzte Bank und die letzte ländliche Sparkasse dem Staate dienstbar gemacht würde. Denn der Staat muss ja den ganzen Kapitalverkehr, der auch ein arbeitender Faktor ist, wie alles andere, im Wirtschaftsleben planmässig regulieren. Daher müssten alle Banken und Sparkassen ganz zweifellos einer genauen staatlichen Kontrolle unterzogen werden. Von einer Wahrung des Bankgeheimnisses wäre natürlich gar keine Rede mehr. Alles das müsste dann die Bundesversammlung beschliessen. Das Schweizervolk hätte gar nichts dazu zu sagen. Während zehn Jahren wäre die Bundesversammlung allmächtig.

Die überwältigende Mehrheit der Kommission konnte sich mit solchen abenteuerlichen Ideen in Gottesnamen nicht befreunden. Wir warnen auch Sie davor, solchen Gedanken zuzustimmen.

Dann steht in der letzten Litera, es werde die Kontrolle der Kartelle und der Trusts verlangt.

Dagegen kann man im Grunde genommen nichts einwenden. Die Botschaft behauptet zwar, wir hätten in unserem Lande gar keinen Trust. Allein, der Staat kontrolliert ja heute schon, und wer die Tabellen angesehen hat bei den Einfuhrbeschränkungen und die etwa 30 oder 40 Seiten Erörterungen über die staatliche Preiskontrolle, wird fast etwas erstaunt sein, dass man die Kontrolle der Kartelle und der Trusts verlangt. Sie können sich an Hand der Botschaft über die Einfuhrbeschränkungen und der Tabellen überzeugen, wie das Volkswirtschaftsdepartement und seine verschiedenen Unterabteilungen diese Preise bis in alle Details hinein kontrollieren.

Nun Ziff. 3. Da steht, dass der Bund zur Erfüllung der Ausgaben die Kantone und die Wirtschaftsverbände heranziehen könne. Er kann sie also heranziehen, er muss aber nicht. Das hat zur Folge, dass in allen denjenigen Fällen, wo man von den Kantonen und den Wirtschaftsverbänden Unterstützung und Sukkurs erwartet für die dem Parlament oder der Regierung vorschwebenden Postulate, man die Kantone und Verbände zur Mitarbeit heranzieht, und dass in allen denjenigen Fällen, wo man fürchtet, dass die Kantone Hemmschuh sein könnten, man die Kantone einfach weglässt. Wenn ich einmal an der Arbeit wäre und irgend etwas einführen müsste und eine Bestimmung vor mir hätte, ich könne die Kantone und Wirtschaftsverbände herbeiziehen oder ich brauche sie nicht herbeizuziehen, dann würde ich meine Schlussnahme auch davon abhängig machen, ob die Kantone und die Wirtschaftsverbände mit mir einverstanden seien oder nicht. Sind sie einverstanden, wohlan, dann brauche ich sie als Vorspann für meine Ideen; sind sie aber nicht einverstanden, so lässt man sie ruhig links liegen.

Ich habe also das Gefühl, dass mit der Eigenart unserer Kantone und der Souveränität unserer Kantone, in den nächsten 10 Jahren es in unserem Lande schief und übel bestellt wäre. Wer da denkt, dass die Kantone noch etwas zu sagen hätten, der würde sich schwer täuschen.

Ziff. 4 verlangt eine Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit. Da haben wir alle miteinander ein schlechtes Gewissen. Man hat in diesem Saale und im Nationalrat davon gesprochen, die Handels- und Gewerbefreiheit sei eben doch schon wiederholt „geritzt“ worden, wie dieses schöne Wort heisst. Ja, es ist so. Allein, man tat es aus Not. Besser wäre es gewesen, wenn man einen Vollmachtsartikel gehabt hätte, wonach in Notfällen die Verletzung von verfassungsmässigen Grundsätzen gestattet gewesen wären. Allein, wenn nun auf die Dauer von 5 oder von 10 Jahren die Handels- und Gewerbefreiheit einfach ganz oder teilweise aufgehoben werden kann, wenn man das akzeptiert, dann wird es ausserordentlich schwierig sein, diesen Grundsatz nach 5 oder 10 Jahren wieder einzuführen. Das kann man dann nicht mehr. Dann haben sich die Verhältnisse so stabilisiert, und die zwangsmässige Ausgestaltung unseres Wirtschaftslebens ist dann nach 10 Jahren so zur Gewohnheit geworden, dass man die Einführung der Handels- und Gewerbefreiheit einfach nicht mehr fertig bringt. Dann haben wir diesen schönen Grundsatz der Freiheit, den wir seit 100 Jahren

in unserer Verfassung haben, einfach zwangsläufig preisgegeben.

Ich will zudem noch darauf aufmerksam machen, dass beim Bundesrat schon verschiedene Eingaben liegen, von einer ganzen Anzahl von Wirtschaftsverbänden, von Konsumgenossenschaften, von verschiedenen andern grossen Verbänden, welche verlangen, dass sie für sich vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit voll und ganz Gebrauch machen wollen, welche erklären, sie könnten sich niemals damit einverstanden erklären, dass die Handels- und Gewerbefreiheit auch nur teilweise eingeschränkt werde. Sie wissen ja, welche Bewegung die Beengung der Handels- und Gewerbefreiheit bei den Konsumgenossenschaften des Schweizerlandes ausgelöst hat. Mein Gegenüber, Herr Ständerat Rudin, hat uns seinerzeit ein sehr bewegtes Lied im Ständerat gesungen und gesagt, wie die grossen Konsumentenmassen sich dazu stellen, wenn man die Handels- und Gewerbefreiheit einschränkt. — So gut an sich der ursprüngliche Gedanke dieser Bestimmung ist, und so sehr er den Verfassungsverletzungen, deren wir uns alle schuldig gemacht haben, Rechnung trägt, so gefährliche Folgen hat er in sich, weil man, wenn dieser Grundsatz preisgegeben ist, nach zehn Jahren ihn nicht wieder lebendig machen könnte. Das ist mein Bedenken dagegen.

Ueber die Finanzfrage will ich mich kurz fassen. Es sitzt einer da am Bundesrattisch, der das alles viel besser weiss als wir alle miteinander. Er legt schon jetzt sein Gesicht in so ernste Sorgenfalten, dass ich keinen Zweifel habe, er werde uns den nötigen Aufschluss erteilen über die finanzielle Tragweite der Initiative. Ueber diesen Punkt sagt uns die Initiative nämlich nichts. Sehr geschickt, weil man, wenn man vom Volk eine Initiative angenommen haben will, offenbar nicht damit kommen kann, dass man sagt, dann müssen wir die und die Steuer erhöhen, wir müssen eine Umsatzsteuer haben und dieses und jenes, wir müssen steuern bis zum Weissbluten. So etwas sagt man selbstverständlich nicht, sondern stellt nur die wunderschönen Ziele dem Referendumsbürger vor Augen. Was das kostet, darüber schweigt man sich aus. Ich muss den Initianten das Kompliment machen, sie haben es famos gemacht, aber nur für sich und nicht für das gesamte Schweizervolk. In der Initiative heisst es nur, der Bund müsse bezahlen. Wie hoch der Betrag sich stellt, weiss man aber nicht. Muss der Bund, so frage ich, auch für die Arbeitsbeschaffung in der Privatindustrie sorgen? Dadurch würden nämlich die Kosten erheblich erhöht. Was ist eine „ausreichende“ Arbeitslosenunterstützung? Was ist eine „ausreichende“ Krisenhilfe? Je nach der Auslegung so oder so sind Hunderte von Millionen mehr oder weniger notwendig. Wie stellt man sich die Entschuldung der Bauern vor? Die Entschuldung soll eine Milliarde Franken kosten. Allerdings ist die Aktion auf eine sehr lange Zeitdauer vorgesehen und man muss nicht gerade mit der Rückzahlung der tausend Millionen rechnen, aber doch mit der Verzinsung und der Amortisation, d. h. mit einem jährlichen Betrag von mindestens 50—60 Millionen Franken. Alles das macht jährlich sicherlich mehrere hundert Millionen Franken

aus. Es wird gesagt, das bezahle man aus den laufenden Einnahmen. Aber diese laufenden Einnahmen laufen eben nicht, sie sind längst aufgefressen und verzehrt zur Deckung der Verwaltungsdefizite. Wir wissen ja, dass das Verwaltungsbudget mit einem Defizit von 41 Millionen Franken abschliesst. Die Zolleinnahmen gehen auch zurück, auch sie laufen nicht mehr. Nur etwas läuft, die Schulden, aber sie laufen nicht davon, sie laufen nur in die Höhe. Rechnen Sie, man muss das immer wieder den Leuten in Erinnerung bringen, wieviel Schulden wir eigentlich haben im Lande; wir haben 2 Milliarden Bundessschulden, 3 Milliarden Bundesbahnschulden, 2 Milliarden Schulden der Kantone und 1 Milliarde Schulden der Gemeinden; so ist es wenigstens im Nationalrat ausgeführt worden und ich glaube, auch Herr Bundesrat Dr. Meyer habe in grossen Umrissen diese Ziffern angegeben — dann kommen wir auf eine Zahl von 8 Milliarden Franken Schulden. Es wird nun noch die Wegleitung gegeben, wenn die laufenden Einnahmen eben nicht laufen, dass die Mittel auf dem Wege von Anleihen, mit Prämien oder ohne Prämien, beschaffen werden könnten. Mit Prämienanleihen ist uns nicht geholfen, Prämienanleihen sind auch Anleihen, es sind auch Schulden, nur Schulden zu einem etwas geringeren Zinsfuss. Die Prämienanleihen nehmen Rücksicht auf die Spielsucht der Käufer solcher Obligationen. Man macht das gewöhnlich in Staaten des Ostens, in Staaten, die am Ende sind mit der Ausgabe von gewöhnlichen Anleihen, in Staaten; wo man das Vertrauen in die staatliche Wirtschaft und in die staatliche Finanzkraft verloren hat, so dass man auf die Spielsucht und den Spielteufel im Menschen abstellen muss. Aber schliesslich sind es doch Schulden, nur mit einem niedrigen Zinsfuss, die aber den Nachteil haben, dass man sie nicht in einem günstigen Zeitpunkt konvertieren kann. Also haben diese Prämienobligationen den Vorteil eines geringeren Zinsfusses, aber den Nachteil, dass die Konversionsmöglichkeit in einem günstigen Zeitpunkt ausgeschlossen ist. Mit diesen Prämienanleihen ist uns somit nicht geholfen.

Jetzt bleibt den Initianten der letzte Rettungsanker übrig, sie sagen, wir müssen die ganze Welt entschulden, wir müssen die Bauern entschulden, wir müssen das Gewerbe entschulden, wir müssen ein ausreichendes Leben gestalten, aber wir müssen dafür den Staat verschulden. Mit der einen Hand gibt man und entschuldet, und mit der andern Hand belastet und verschuldet man den Staat in einer schier unerträglichen Weise. Das also ist das Rezept, das uns die Initiative gibt. Ob diese Anleihen dann überhaupt gemacht werden können, ist noch eine zweite Frage. Die Schaffung neuer Einnahmequellen ist nicht so ganz leicht. Auf dem Steuerwege wird es kaum mehr gehen. Vergessen Sie nicht, dass wir vor dem Krieg etwa 268 Millionen Steuern im Lande eingezogen haben und heute brauchen wir eine Milliarde Steuern; die Steuerlast hat sich also auf das Vierfache vermehrt.

Nun wird immer noch behauptet, es sei ja noch viel Geld vorhanden, man sehe doch einmal, wie bei den Sparkassen, bei den Banken, die Geldbeträge immer noch ansteigen! Man kann die

Tatsache nicht bestreiten; aber woher kommt das? Wenn die ganze Wirtschaft lahm liegt, die ganzen Industrien nicht mehr arbeiten können, dann werden eben die Geldmittel, die vorher in der Wirtschaft gebunden waren und dort mitgearbeitet haben, frei und fliessen in die Banken. Und dann schliesst man aus dieser Tatsache, das Sparkassenguthaben unseres Landes hätte zugenommen; man hätte Geld in Hülle und Fülle. So hat einmal einer, ein Parlamentarier sogar soll es gewesen sein, ausgerufen! Sobald sich aber die Wirtschaft wieder ankurbeln lässt, sobald das Wirtschaftsleben wieder pulsiert, auch nur halb normal, geschweige erst dann wenn es normal wird, und diese Gelder wieder dorthin fliessen, wo sie früher waren, in die Wirtschaft zurück, und dort zur Produktion verwendet werden als wirtschaftliches Arbeitskapital, dann kann man sich fragen: Wie steht es jetzt mit den Sparkassenguthaben, verglichen mit derjenigen Zeit die wir früher hatten? Dann kann man erst vergleichen, und nur der Vergleich ist schlüssig; dann wird man aber auch die Erfahrung machen, dass unsere Sparkassenguthaben unter der gegenwärtigen Krise um drei Viertel, mindestens um die Hälfte zurückgegangen sind. Also höre man mit diesem Märchen auf, es sei noch genug Geld vorhanden.

Das ist das Resultat der Beratungen in der Kommission. Wenn die überwiegende Mehrheit der Kommission dazu gekommen ist, dem Ablehnungsantrag des Bundesrates zuzustimmen, so geschah es auch deshalb, weil wir die Meinung hatten, der Bundesrat hätte für die Beseitigung der Krise alles zu tun versucht und getan, was überhaupt getan werden konnte. Auf jeden Fall hat er keine Abbaupolitik versucht mit Ausnahme der Reduktion der Gehälter des Bundespersonals, womit das Personal und alle im Saale und drüben einverstanden waren. Mit Ausnahme dieses Abbaus von $4\frac{1}{2}$ bis 5% durchschnittlich hat es keinen Abbau gegeben. Im Gegenteil. Alle Produktionsstände sind gestützt und gehalten worden und gehen auch zur Stunde noch immer auf den Krücken des Staates und werden durch die Subventionen des Bundes gehalten. Also soll man nicht sagen, man hätte jetzt schon abgebaut. Nach der Auffassung Ihrer Kommission ist das auch das einzig richtige Mittel, diese bedrohten Existenzen und Industrien während dieser Krisenzeit zu retten in eine bessere wirtschaftliche Zeit hinüber. Das ist auch das, was der Bundesrat angewendet hat, was er bis zur Stunde mit Erfolg angewendet und was auch inskünftig angewendet werden muss.

Damit bin ich am Schlusse meiner Ausführungen. Ein schwerer und harter Kampf wird uns in den nächsten Wochen und Monaten und auch am Abstimmungstage, falle dieser nun auf den 2. Juni oder auf den 7. Juli, von dem auch gesprochen wird, bevorstehen. Der Kampf wird das ganze Schweizervolk auseinanderreißen. Wenn ich einem Wunsch und einer Bitte zum Schlusse meiner Ausführungen Ausdruck geben darf, geht es dahin, dass wir während der ganzen schweren Zeit des Kampfes doch letzten Endes nicht vergessen sollen, dass wir schliesslich alle miteinander Söhne eines Landes sind und dass wir, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, alle nur das Beste für Land und

Volk anstreben und dass wir während des Kampfes nicht alle Brücken zueinander abbrechen, sondern stets daran denken müssen, dass wir auch nach dem Abstimmungstag wieder miteinander sprechen und arbeiten müssen.

Ich empfehle Ihnen den Antrag des Bundesrates zur Annahme.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 3. April 1935. Séance du 3 avril 1935, après-midi.

Vorsitz — Présidence: M. Béguin.

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 135 hiervor. — Voir page 135 ci-devant.

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

Zust: Es kann nicht verwundern, wenn die Entwicklung unserer Wirtschaftslage im Lande herum eine Welle zunehmender Beunruhigung auslöst. Statt der erwarteten Besserung der Verhältnisse sieht sich ein immer grösserer Teil unseres Volkes einer Verschärfung der Krisenerscheinungen gegenüber. Es ist daher psychologisch leicht erklärlich, dass eine Aktion, die ins Volk getragen wird mit dem Lockruf, dem Uebel von Grund aus und grosszügig steuern zu wollen, weitherum Wiederhall findet und folglich die Bogen der Kriseninitiative mit Hunderttausenden von Unterschriften sich bedeckt haben. Wie wenig die Leute bei Hinzusetzung ihres Namens zugunsten eines Gedankens, der Erleichterung und Hilfe bringen soll, eine kritische Sonde ansetzen und über Grundidee, Einzelheiten und Konsequenzen eines Vorschlages ihr Nachdenken walten lassen, ist bekannt und liegt auch durchaus in der Natur der Sache. Die Tatsache der 335,000 Unterschriften darf daher nicht blenden, schon der Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen. Diese Tatsache spricht wohl für das Beunruhigende unserer Lage, für die wachsende Not und die daraus fliessende Stimmung, meinetwegen auch für das weitere Umsichgreifen des Misstrauens gegen staatliche Leitung und behördliche Massnahmen, die das Wunder rascher Beseitigung der Uebelstände nicht zustande gebracht haben. Allein schlüssig für die Güte und die Tauglichkeit der vorgeschlagenen Heilmittel ist die zahlenmässig gewiss ansehnliche Unterstützung des Volksbegehrens in keiner Weise. Es ist eine wohlüberlegte Einrichtung unseres Bundesstaatsrechtes, dass auch formulierte Volksanregungen auf Partialrevision unserer Verfassung zuerst dem Bundesrate und den eidgenössischen Be-

hörden zur Vorprüfung und Begutachtung überwiesen werden müssen. Diese Vorschrift gilt auch für solche Begehren, die sogar die Mehrheit der stimmfähigen Bürger auf sich vereinigen. Bei der Prüfung durch die Bundesversammlung spielt also nicht die Zahl der Unterschriften eine Rolle, sondern einzig der Inhalt der Vorlage.

Dass der Inhalt der Initiative den rechten Weg, unsere Schwierigkeiten zu überwinden, nicht gefunden hat und mit den vorgeschlagenen Mitteln nicht nur über das Ziel hinausschiesst, sondern auch grundsätzlich verfehlt ist und zwar in einem Masse, dass statt einer Gesundung, eine Verheerung unserer Wirtschaft bis zur Gefährdung unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Existenz eintreten müsste, auch die so ausschlaggebende finanzielle Seite der Vorlage nicht in einer derart wahrhaft saloppen Weise gelöst werden kann, wie die Initiative es tun will, scheint mir durch die treffliche Botschaft des Bundesrates und durch das eindrucksvolle Referat unseres Herrn Kommissionspräsidenten von heute vormittag nachgewiesen zu sein. Gestatten Sie mir daher nur in ein paar kurzen Ueberlegungen den einen oder andern Gesichtspunkt zu unterstreichen oder zu präzisieren.

Ein Hauptirrtum der Initiative besteht wohl darin, dass ihr die Auffassung zugrunde liegt, unser Land könne von sich aus, auf nationaler Basis, die verfahrenere Wirtschaft wieder ins richtige Geleise bringen. Wer einer solchen Meinung direkt oder indirekt Vorschub leistet, der täuscht sich und täuscht die andern.

Selbstverständlich muss es unser Bestreben sein, alle Mittel, die uns tatsächlich zur Verfügung stehen, zu Hilfe zu nehmen, um den immer bedrohlicher werdenden Erscheinungen und dem fortschreitenden wirtschaftlichen Drucke einen Damm entgegenzusetzen. Allein bei der intensiven und von uns ja gar nicht lösbaren Verflechtung der schweizerischen Interessen mit denjenigen anderer Länder ist es ganz undenkbar, dass unsere Inlandkonjunktur sich heben könnte, dass unsere Lage gesunden könnte, wenn die Wirtschaft der ganzen Welt weiter krankt. Da aber mit einem Heilungsprozess von gar nicht absehbarer Dauer zu rechnen ist, dürfen wir unsere nach und nach zusammenschmelzenden Hilfsmittel nicht durch allzu kühne Experimente aufs Spiel setzen, sondern auch wir müssen uns notgedrungen darauf einrichten, auf lange Sicht standzuhalten, auch unter dem zwar harten aber unausweichlichen Opfer einer gewissen allmählich und schonungsvoll durchgeführten Anpassung an die Verhältnisse der übrigen Welt auf allen den Gebieten, wo es noch nicht geschehen ist. Diese Notwendigkeit noch länger verkennen zu wollen würde für die Zukunft unseres Landes ebenso verhängnisvoll werden wie der Versuch, die Verteidiger einer für das Landeswohl unentbehrlichen Massnahme als rücksichtslose Lohn- und Preisdrücker verdächtigen zu wollen, demagogisch ist. Für die Fraktion, der ich angehöre, sind als Richtlinien für die Lohnbemessung nach wie vor massgebend die Grundsätze, die im Wirtschafts- und Sozialprogramm der schweizerischen konservativen Volkspartei niedergelegt sind. Darnach soll der Lohn einen angemessenen, menschen-

Kriseninitiative. Begutachtung.

Initiative de crise. Préavis.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	3223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.04.1935
Date	
Data	
Seite	135-143
Page	
Pagina	
Ref. No	20 031 858

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Volk anstreben und dass wir während des Kampfes nicht alle Brücken zueinander abbrechen, sondern stets daran denken müssen, dass wir auch nach dem Abstimmungstag wieder miteinander sprechen und arbeiten müssen.

Ich empfehle Ihnen den Antrag des Bundesrates zur Annahme.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 3. April 1935. Séance du 3 avril 1935, après-midi.

Vorsitz — Présidence: M. Béguin.

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 135 hiervor. — Voir page 135 ci-devant.

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

Zust: Es kann nicht verwundern, wenn die Entwicklung unserer Wirtschaftslage im Lande herum eine Welle zunehmender Beunruhigung auslöst. Statt der erwarteten Besserung der Verhältnisse sieht sich ein immer grösserer Teil unseres Volkes einer Verschärfung der Krisenerscheinungen gegenüber. Es ist daher psychologisch leicht erklärlich, dass eine Aktion, die ins Volk getragen wird mit dem Lockruf, dem Uebel von Grund aus und grosszügig steuern zu wollen, weitherum Wiederhall findet und folglich die Bogen der Kriseninitiative mit Hunderttausenden von Unterschriften sich bedeckt haben. Wie wenig die Leute bei Hinzusetzung ihres Namens zugunsten eines Gedankens, der Erleichterung und Hilfe bringen soll, eine kritische Sonde ansetzen und über Grundidee, Einzelheiten und Konsequenzen eines Vorschlages ihr Nachdenken walten lassen, ist bekannt und liegt auch durchaus in der Natur der Sache. Die Tatsache der 335,000 Unterschriften darf daher nicht blenden, schon der Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen. Diese Tatsache spricht wohl für das Beunruhigende unserer Lage, für die wachsende Not und die daraus fliessende Stimmung, meinetwegen auch für das weitere Umsichgreifen des Misstrauens gegen staatliche Leitung und behördliche Massnahmen, die das Wunder rascher Beseitigung der Uebelstände nicht zustande gebracht haben. Allein schlüssig für die Güte und die Tauglichkeit der vorgeschlagenen Heilmittel ist die zahlenmässig gewiss ansehnliche Unterstützung des Volksbegehrens in keiner Weise. Es ist eine wohlüberlegte Einrichtung unseres Bundesstaatsrechtes, dass auch formulierte Volksanregungen auf Partialrevision unserer Verfassung zuerst dem Bundesrate und den eidgenössischen Be-

hörden zur Vorprüfung und Begutachtung überwiesen werden müssen. Diese Vorschrift gilt auch für solche Begehren, die sogar die Mehrheit der stimmbfähigen Bürger auf sich vereinigen. Bei der Prüfung durch die Bundesversammlung spielt also nicht die Zahl der Unterschriften eine Rolle, sondern einzig der Inhalt der Vorlage.

Dass der Inhalt der Initiative den rechten Weg, unsere Schwierigkeiten zu überwinden, nicht gefunden hat und mit den vorgeschlagenen Mitteln nicht nur über das Ziel hinausschiesst, sondern auch grundsätzlich verfehlt ist und zwar in einem Masse, dass statt einer Gesundung, eine Verheerung unserer Wirtschaft bis zur Gefährdung unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Existenz eintreten müsste, auch die so ausschlaggebende finanzielle Seite der Vorlage nicht in einer derart wahrhaft saloppen Weise gelöst werden kann, wie die Initiative es tun will, scheint mir durch die treffliche Botschaft des Bundesrates und durch das eindrucksvolle Referat unseres Herrn Kommissionspräsidenten von heute vormittag nachgewiesen zu sein. Gestatten Sie mir daher nur in ein paar kurzen Ueberlegungen den einen oder andern Gesichtspunkt zu unterstreichen oder zu präzisieren.

Ein Hauptirrtum der Initiative besteht wohl darin, dass ihr die Auffassung zugrunde liegt, unser Land könne von sich aus, auf nationaler Basis, die verfahrenere Wirtschaft wieder ins richtige Geleise bringen. Wer einer solchen Meinung direkt oder indirekt Vorschub leistet, der täuscht sich und täuscht die andern.

Selbstverständlich muss es unser Bestreben sein, alle Mittel, die uns tatsächlich zur Verfügung stehen, zu Hilfe zu nehmen, um den immer bedrohlicher werdenden Erscheinungen und dem fortschreitenden wirtschaftlichen Drucke einen Damm entgegenzusetzen. Allein bei der intensiven und von uns ja gar nicht lösbaren Verflechtung der schweizerischen Interessen mit denjenigen anderer Länder ist es ganz undenkbar, dass unsere Inlandkonjunktur sich heben könnte, dass unsere Lage gesunden könnte, wenn die Wirtschaft der ganzen Welt weiter krankt. Da aber mit einem Heilungsprozess von gar nicht absehbarer Dauer zu rechnen ist, dürfen wir unsere nach und nach zusammenschmelzenden Hilfsmittel nicht durch allzu kühne Experimente aufs Spiel setzen, sondern auch wir müssen uns notgedrungen darauf einrichten, auf lange Sicht standzuhalten, auch unter dem zwar harten aber unausweichlichen Opfer einer gewissen allmählich und schonungsvoll durchgeführten Anpassung an die Verhältnisse der übrigen Welt auf allen den Gebieten, wo es noch nicht geschehen ist. Diese Notwendigkeit noch länger verkennen zu wollen würde für die Zukunft unseres Landes ebenso verhängnisvoll werden wie der Versuch, die Verteidiger einer für das Landeswohl unentbehrlichen Massnahme als rücksichtslose Lohn- und Preisdrücker verdächtigen zu wollen, demagogisch ist. Für die Fraktion, der ich angehöre, sind als Richtlinien für die Lohnbemessung nach wie vor massgebend die Grundsätze, die im Wirtschafts- und Sozialprogramm der schweizerischen konservativen Volkspartei niedergelegt sind. Darnach soll der Lohn einen angemessenen, menschen-

würdigen Unterhalt und die Deckung des gesamten Lebensbedarfes für den Arbeitnehmer und seine Familie ermöglichen. Massnahmen, die gegen die hier umschriebenen Normen verstossen würden, könnten von unserer Seite nicht unterstützt werden. Dass aber solche Normen heute vernünftig, d. h. unter Beachtung der einmal gegebenen allgemeinen Verhältnisse und in billiger Rücksichtnahme auch auf andere Stände angewendet werden müssen, das scheint mir natürlich zu sein.

Ein anderer Gesichtspunkt: Unternehmungsgeist und Vertrauen auf die eigene Kraft sind gut schweizerische Art und gesunde Tradition. Zugegeben, dass diese Eigenschaften in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr ausreichen, um überall eine geordnete Wirtschaft aufrecht zu erhalten, um jeden Einzelnen und jeden Stand vor ökonomischem Ruin, vor Not zu bewahren. Deshalb hat es in den letzten Jahren durch bürgerliche Intervention zu staatlichen Eingriffen und zu Stützungsaktionen aller Art kommen müssen, an die selbst der phantasiereichste Volkswirtschaftler von ehemals kaum wird gedacht haben. Man mag über solche Massnahmen prinzipiell denken wie man will, jedenfalls ist aber damit zu rechnen, dass unter den heute gegebenen Verumständlungen der Kampf gegen die Krisenfolgen auch auf diesem Wege vorläufig weitergeführt werden muss und auch vermehrte Opfer hierfür gebracht werden müssen von den Kreisen, die heute dazu noch imstande sind. Allein wenn die Initiative an ihre Spitze das Ziel setzt, dass es verfassungsmässige Aufgabe des Staates sei, jedem einzelnen Schweizerbürger eine ausreichende Existenz zu verschaffen, so ist das, ganz abgesehen von der glatten Unmöglichkeit der Lösung einer solchen Aufgabe, ein unschweizerischer Geist, der darin zum Ausdruck kommt, zugleich aber auch ein Gefahrenmoment ernstester Art. Es müsste zu einer bedenklichen Lähmung des Arbeitseifers, des Unternehmungsgeistes, der Widerstandskraft, ja zu einer eigentlichen Zermürbung auch der innerlich noch gesunden Volkskräfte führen, wenn dem Bürger der verbrieftete Anspruch in die Hand gegeben würde, dass sich in erster Linie der Staat um sein Auskommen zu kümmern habe. Wie sollte, wenn ein solcher Geist gepflanzt wird in unserem Volke, gerade in einer Zeit, wo es der höchsten geschäftlichen Anstrengungen bedarf, um auch nur bescheidene Erfolge zu erzielen, unser Land im erbitterten wirtschaftlichen Konkurrenzkampf auf dem für uns nach wie vor lebenswichtigen Weltmarkt nur einigermaßen bestehen können? Einsichtige Führer verschiedener Stände suchen ihre Berufsgenossen zu erhöhter zielbewusster Selbsthilfe und zu vermehrter Qualitätsleistung anzuspornen. Will man diesem gesunden Bestreben in den Rücken fallen dadurch, dass man für jeden einzelnen Staatsbürger Krücken bereitstellt und zum vornherein eine allgemeine Staatsfürsorge auch für solche Elemente in Aussicht stellt, denen es am ehrlichen Willen fehlt, sich auf die eigene Kraft zu stützen? Keine wie immer geartete Wirtschaftspolitik kann darauf verzichten, vor allem auf die privatwirtschaftliche Initiative abzustellen sie zu fördern, und auch in der Sozialpolitik des Staates darf bei aller Unterstützung der schwachen

Individuen und Stände der Ansporn zum selbsttätigen Wirken nicht fehlen.

Was aber die Initiative anstrebt: dem Einzelnen die Sorge für seine Existenz abzunehmen und sie auf den Staat zu übertragen, das wäre der Todesstoss für jede individuelle Tatkraft. Es wäre aber auch der beste Weg, um das Gefühl der sittlichen Verantwortlichkeit in unserem Volke zu schwächen und zu untergraben.

Ein solches Spitzenpostulat charakterisiert die Initiative als unverhüllten Versuch, eine sozialistische Wirtschafts- und Staatsordnung einzuführen und verunmöglicht uns so jede Unterstützung, auch wenn im übrigen unter den einzelnen Ziffern des Begehrens der eine oder andere Punkt zu treffen ist, der unsere Sympathie verdienen würde, der übrigens nicht erst durch die Initiative neu angeregt wird. Sowieso werden wir uns z. B., ohne das vom Schicksal der Initiative abhängig zu machen, weiter mit dem für unsern Bauernstand lebenswichtigen Probleme der Entlastung überschuldeter landwirtschaftlicher Betriebe befassen müssen, oder mit der Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, deren gegenwärtige Regelung auf die Dauer ja nicht mehr haltbar ist. Allein auf dem grundsätzlichen Gebiete können keine Berührungspunkte zwischen den Verfechtern der sozialistischen Weltanschauung und unserer Auffassung der Dinge bestehen. Hier scheiden sich die Geister scharf. Deshalb haben wir auch davon absehen müssen, unseren Standpunkt der entschiedenen Ablehnung dadurch zu schwächen, dass wir zur Aufstellung eines Gegenvorschlages unsere Zustimmung gegeben hätten. Gerne werden wir freilich Hand bieten, um im Wege einer so wünschenswerten gegenseitigen Verständigung eine gemeinsame Basis für eine nachhaltige Bekämpfung der Krisenfolgen zu schaffen. Solche Massnahmen sollen als vorübergehender Notbehelf nicht zum Bestandteil unseres staatlichen Grundgesetzes, nicht zum Bestandteil der Verfassung erhoben werden, auch deshalb nicht, weil niemand den Gang der Ereignisse auch nur für eine nähere Zukunft mit irgend einer Sicherheit zu überblicken vermöchte, und unsere Schweiz weniger als ein anderes Land unabhängig ist von der wirtschaftlichen Entwicklung in andern Staaten. Zuzugeben ist, dass eine Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft, dass die Einführung eines neuen Wirtschaftsrechtes im Besondern, sich immer mehr aufdrängt. Allein ein so tief in alle unsere Verhältnisse eingreifendes legislatorisches Werk kann nicht gleichsam aus dem Handgelenk, in überstürzter Weise als eine Art Gegenvorstoss gegen eine verfehlte Aktion verwirklicht werden. Aber abgesehen von diesen Erwägungen, handelt es sich bei der Initiative um eine grundsätzliche Einstellung zu Staat und Wirtschaft und da kann es bei der ganzen Tendenz des vorgelegten Entwurfes nur eine entschiedene Frontstellung geben durch ein klares Nein. Uebrigens könnten wir nicht ohne weiteres auch dazu Hand bieten, dass man über das historische Verhältnis zwischen Bund und Kantonen gleichsam souverän hinwegschreitet und in schrankenloser Weise die Kompetenz beim Bunde zentralisieren will.

Wir stehen also grundsätzlich auf dem Standpunkt den der Bundesrat zur Initiative wie zur Frage eines Gegenvorschlages eingenommen hat. Wir stimmen dem Bundesrat auch darin bei, dass, wenn von einem Gegenvorschlag Umgang genommen wird, die staatlichen Bemühungen zu einer wirksamen Sicherung der Verhältnisse gleichwohl mit ganzer Kraft fortgesetzt und erweitert werden müssen, aber nicht in einer Art und Weise, die unerreichbare Ziele vortäuscht, verhängnisvolle sozialistische Ideen zum Staats- und Wirtschaftssystem erheben will und so eine Katastrophpolitik einleiten würde, sondern in einer Weise, die vereinbar ist mit einer verantwortungsbewussten Staatsleitung und mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Landes. Damit stehen wir aber auch auf dem Boden Ihrer Kommission und empfehlen Ihnen deshalb ihren Antrag zur Annahme.

Klötli, Bei Art. 2 werde ich den Antrag stellen, die Initiative dem Volk und den Ständen zur Annahme zu empfehlen. Ich gestatte mir, schon in der Einretensdebatte die Gründe darzulegen, die mich zu diesem Antrage bewegen.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, dass der Bundesrat die Sachlichkeit, die einige Kapitel seiner Botschaft auszeichnet, in weiteren Kapiteln fallen liess und einen polemischen Ton anschlug, der seiner Botschaft den Charakter einer Parteischrift gibt. Diese Entgleisung wird zweifellos zur Folge haben, dass das Vertrauen grosser Volksmassen in unsere Landesregierung, das ohnehin nicht mehr besonders gross war, eine weitere Verminderung erfahren wird.

Als unsachliche Polemik betrachte ich die Behauptungen des Bundesrates,

die Initiative führe zu einer sozialistischen Gestaltung der Wirtschaft,

sie setze den Staat grundsätzlich an die Stelle des individuellen Strebens und schwäche das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen,

sie wolle eine Wirtschaftsdiktatur des Parlamentes über das Volk einführen und ähnliche Behauptungen mehr.

Dass die Initiative nicht sozialistisch ist, ergibt sich klar aus ihrem Inhalte.

Als Wesen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ist die Ueberführung derjenigen Produktionsmittel, die zur Ausbeutung der unteren Volksschichten missbraucht werden können, in gesellschaftlichen Besitz und die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaft durch die Gemeinwirtschaft anzusehen.

Keine einzige der durch die Initiative begehrten Massnahmen bringt auch nur das geringste Teilstück von Sozialismus. Die kapitalistische Wirtschaft wird in keinem Punkte angetastet. Die Initiative bemüht sich lediglich, die Wirtschaftskrise und ihre Folgen möglichst zu bekämpfen. Das wollen alle, denn auch der überzeugteste Anhänger der kapitalistischen Wirtschaft betrachtet die Krise als unerwünscht und sogar für den Bestand des kapitalistischen Systems gefährlich.

Und wenn die Initiative in bescheidenem Masse etwas Plan in die Krisenwirtschaft bringen will, so

ist es ja Planwirtschaft innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, also eine Verbesserung der kapitalistischen Wirtschaft, ohne die der Kapitalismus auf die Dauer überhaupt nicht bestehen kann. Es handelt sich bei der Initiative um nichts anderes als um temporäre Notmassnahmen auf dem Boden der geltenden Wirtschaftsordnung, zu dem Zwecke,

in der Krisenzeit jedem Volksgenossen eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Wer die Initiative als sozialistisch bezeichnet, weiss entweder nicht, was Sozialismus ist oder er gebraucht diese irreführende Bezeichnung in der Hoffnung, die Initiative dadurch in den Augen vieler Mitbürger herabzusetzen, die bürgerlichen Freunde der Initiative als bewusste oder unbewusste Verräter an der bürgerlichen Sache hinzustellen und so eine geschlossene bürgerliche Front gegen die Initiative zustande zu bringen.

Der Bundesrat widerspricht sich übrigens selbst, denn er betont ja in seiner Botschaft immer und immer wieder, er habe alles das, was die Initianten an angeblichem Sozialismus begehren, bisher schon getan; ja er verspricht, auch in Zukunft im wesentlichen auf dieser Bahn weiterzuschreiten.

Nicht minder entstellend wie die Bezeichnung der Initiative als sozialistisch ist die Behauptung, die Initiative garantiere jedem Bürger eine auskömmliche Existenz, der einzelne Bürger brauche sich nicht mehr anzustrengen, der Staat sei ja dazu da, ihn zu ernähren. Eine solche Garantie findet sich in der Initiative nicht. Sie sagt lediglich, dass die Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen zum Ziele haben sollen, allen Schweizerbürgern eine auskömmliche Existenz zu sichern. Mit diesem Ziele werden wohl alle Parteien einverstanden sein; wenigstens erklären sie es gerade jetzt in Zürich in ihren Wahlproklamationen. Dass dieses Ziel je ganz erreicht werde, ist leider nicht zu erwarten. Die blosser Durchsicht der unter Ziffer 2 der Initiative aufgezählten Massnahmen lässt ja die Schwierigkeiten erkennen, die auf dem Wege in der Richtung des gesetzten Zieles zu überwinden sind.

Gar zu dick trägt sodann der Bundesrat auf, wenn er mit Entsetzen feststellt, die Initiative bringe eine verfassungswidrige „Diktatur des Parlamentes“. Die Initianten beantragen einen Verfassungsartikel, der von Volk und Ständen angenommen werden muss. Der Verfassungsartikel schreibt vorübergehende Krisenmassnahmen vor, die das Parlament in eigener Kompetenz beschliessen soll, weil sie dringlich sind. Man will diesen Verfassungsartikel als verfassungswidrig bezeichnen, was an sich schon eine Unmöglichkeit ist. Und das in einer Zeit, da die Bundesversammlung von sich aus in einem Finanzprogramm den Bundesrat zu tiefeinschneidenden, sogar mit der Verfassung im Widerspruch stehenden Massnahmen ermächtigte, in einer Zeit, da er bei zahlreichen Gelegenheiten Bundesbeschlüsse nicht deshalb als dringlich erklärte, weil sie nicht einen Aufschub um einige Monate ertragen hätten, sondern, wie offen zugestanden wurde, nur deshalb, weil man dem Volksentscheid nicht traute und daher das Referendum ausschalten wollte.

Ich will hierüber keine weiteren Worte verlieren. Die Herren Kollegen sind ja orientiert, und der eine und andere wird mir in diesem Punkte im stillen

recht geben. Taktische Gründe verbieten Ihnen ja, es offen zuzugeben. Vielleicht begreifen Sie angesichts solcher Argumente, dass wir von der Botschaft nicht begeistert sind und gewünscht hätten, dass der Bundesrat die Auseinandersetzung mit einem Volksbegehren von 335,000 Schweizerbürgern auf einem etwas höheren Niveau durchgeführt hätte. Die Schlagworte, die ja im Abstimmungskampfe unvermeidlich sind, hätten die bürgerlichen Abstimmungsstrategen gewiss auch noch gefunden, wenn sie ihnen nicht gerade in der Botschaft des Bundesrates serviert worden wären.

Trotzdem die Krise im allgemeinen überall auf die gleichen Hauptursachen zurückzuführen ist, kann man in besten Treuen darüber verschiedener Meinung sein, welche Lehren aus den Erfahrungen anderer Länder, die früher von der Krise erfasst wurden, zu ziehen seien. Denn die Verhältnisse differieren doch wieder von Land zu Land und die Länder, die schon jahrelange Erfahrungen hinter sich haben, sind gerade diejenigen, deren volkswirtschaftliche Struktur wesentlich von der schweizerischen abweicht und die gerade deswegen früher in die Krise gekommen sind. Dies alles zugegeben, gibt es doch am Beispiel anderer Staaten Verschiedenes zu lernen, und es ist daher nicht angebracht, jeden Hinweis auf andere Länder und auf nicht-schweizerische Sachverständige mit wegwerfenden Bemerkungen abzutun, wie dies in der Debatte im Nationalrat mehrfach geschehen ist.

Ich will es unterlassen, hier meine unmassgebliche Meinung hinsichtlich Ursachen und Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise darzulegen, sondern mich nur zu der Kardinalfrage äussern, ob im jetzigen Momente ein Abbau der Löhne und Preise, wie er von Herrn Bundesrat Schulthess in seiner Aarau-Rede empfohlen und vom Handels- und Industrieverein in seiner Eingabe vom 28. Januar dieses Jahres gefordert worden ist, oder eine möglichste Erhaltung der Kaufkraft im Sinne der Initiative der Volkswirtschaft besser diene.

Die Argumentation des Bundesrates erscheint auf den ersten Blick einleuchtend. Sie geht dahin, wegen hoher Löhne und Preise sei die Schweiz auf dem Weltmarkt nicht mehr genügend konkurrenzfähig. Der Export sei aber für unser Land lebenswichtig und daher müsse man rasch und kräftig abbauen, um ihm aufzuhelfen.

Diese einfache Logik wird aber den komplexen Verhältnissen, wie sie zur Zeit auf dem Weltmarkt und in unserer nationalen Wirtschaft bestehen, nicht gerecht. Gewiss ist es wünschenswert, dass der Export gefördert wird. Allein man geht fehl, wenn man sich vorstellt, seine Förderung sei heute ausschliesslich oder auch nur in erster Linie eine Preisfrage. Die andern Staaten sind eben in gleicher Weise bestrebt, ihren Export zu steigern und den Import von Erzeugnissen der ausländischen Industrie und Landwirtschaft im Interesse der inländischen Produktion möglichst zu drosseln.

Diese freiwillige oder durch die Verhältnisse aufgezwungene Autarkie ist heute so weit gediehen, dass die Preisreduktion auf den schweizerischen Ausfuhrartikeln sofort von andern Staaten mit neuen Beschränkungen (Zollerhöhungen, Kontingentierungen usw.) beantwortet wird, um die grössere Konkurrenzfähigkeit illusorisch zu machen. Jeder

Exporteur könnte hierfür mit Beispielen aufwarten. Gestern konnten wir auch allen Zeitungen entnehmen, dass England und Holland sofort Massnahmen getroffen haben, um die durch Abwertung der Belga bewirkte Steigerung der Konkurrenzfähigkeit Belgiens völlig illusorisch zu machen. Selbst in den Ländern, die keine eigene Industrie zu schützen haben, ist die Reduktion der Preise für die schweizerische Exportindustrie nur von sehr bedingtem Werte. Weil dies auf den ersten Blick wenig einleuchtet, will ich ein Beispiel anführen. Eine schweizerische Firma beteiligte sich kürzlich an einer Konkurrenz um die Lieferung elektrischer Maschinen in Finnland. Sie kam mit der Firma Siemens in Berlin in engsten Wettbewerb. Um den Auftrag im Interesse der Beschäftigung ihrer Arbeiter zu erhalten, reduzierte sie ihr Angebot (teils dank Zuschüssen der öffentlichen Gemeinwesen aus den Krediten für produktive Arbeitslosenfürsorge, teils unter Uebernahme eigentlicher Verluste) immer mehr. Schliesslich siegte Siemens. Aus der Tatsache, dass die vergebenden Instanzen keinen Preis nennen wollten, bis zu welchem die schweizerische Firma gehen müsse, um den Auftrag zu erhalten, musste diese zu dem bestimmten Schlusse gelangen, dass ihre Konkurrentin überhaupt keinen fixen Preis gefordert, sondern offeriert hatte, die Arbeit zu einem Preise zu übernehmen, der gewisse Prozente, z. B. 10%, unter dem günstigsten Angebot der schweizerischen Firma stehe. Dass die deutsche Firma den ihr wahrscheinlich erwachsenden Verlust vom Staate gedeckt erhalten wird, dürfte ausser Zweifel stehen für jeden, der die Wirtschaftspolitik des betreffenden Landes kennt.

Unter solchen Verhältnissen ist von einer Reduktion der Preise um 5—10%, wie sie bei einer Herabsetzung der Löhne um 20 und mehr Prozent möglich wäre, keineswegs der Aufschwung unseres Exportes zu erwarten, an den viele glauben, die in dem Irrtum befangen sind, es herrsche zur Zeit im Weltmarkt freie Konkurrenz und es sei der Preis auch heute von ausschlaggebender Bedeutung. Gewiss kommt im Export dem Preis auch heute noch eine gewisse Bedeutung zu und gewiss ist zuzugeben, dass der schweizerische Export um so eher da und dort Erfolg haben kann, je niedriger seine Preise sind. Aber wir können die Ansicht des Bundesrates, dass ein starker Lohnabbau den Export wesentlich beleben würde, nicht teilen; wir glauben im Gegenteil, dass der Erfolg sehr bescheiden wäre.

Zugunsten unserer Auffassung können wir einige recht interessante Erfahrungen anderer Länder anrufen, die z. T. schon im Nationalrat erwähnt wurden und auch heute vom Kommissionsreferenten, die es aber verdienen, auch hier mitgeteilt zu werden. Der schweizerische Export ist von 1929 bis 1934 um 64,8% zurückgegangen. In Italien, Deutschland und Oesterreich mit starkem Abbau der Löhne und Preise betrug der Rückgang aber 66,7—69,4%. In Frankreich und Holland, wo man mit der Deflationspolitik zögernd war, war der Rückgang fast genau gleich wie in der Schweiz (64,5% und 64,3%). Wenn der Herr Kommissionsreferent heute erklärt hat, diese Zahlen seien nicht schlüssig, weil in der schweizerischen Volkswirtschaft der Export relativ eine grössere Rolle spiele als in anderen Staaten, kann ich dieses Argument nicht gelten lassen. Die andern

Staaten bestreben sich mindestens so sehr wie die Schweiz, ihren Export zu fördern.

Den Vorteilen, die der Lohn- und Preisabbau im Export bringen kann, stehen nun aber unbestritten Nachteile auf dem Binnenmarkt und soziale Schäden gegenüber. Ich kann diese Nachteile nicht im einzelnen schildern, sondern muss mich damit begnügen, sie in aller Kürze Revue passieren zu lassen. Da der Lohnabbau nicht nur die Arbeiter in der Exportindustrie treffen würde, sondern auch diejenigen der Inlandindustrie, so würde durch einen Lohnabbau von 20% die Kaufkraft der ganzen arbeitenden Bevölkerung um gewaltige Summen geschmälert. Der Rückgang des Einkommens beliefe sich auf Hunderte von Millionen Franken. Die Kaufkraft der Massen — und auf diese allein kommt es im Binnenmarkt an — würde stark zurückgehen. Dies um so mehr, als in den Städten der Mietzins allein vielfach ein volles Drittel des Einkommens absorbiert. Bleibt der Mietzins fast unverändert, so konzentriert sich der Abbau auf das verbleibende Einkommen und macht auf diesem einen wesentlich höheren Prozentsatz aus. Ein Beispiel: Ein Arbeiter in Zürich hat ein Einkommen von Fr. 3600, für die Wohnung muss er Fr. 1200 Miete bezahlen, zur Bestreitung aller übrigen Lebensbedürfnisse — Nahrung, Kleidung, Versicherung, Gesundheitspflege, Erholung usw. — verbleiben der Familie noch Fr. 2400. Wird das Einkommen um 20%, also auf Fr. 2880 gesenkt, so bleiben nach Abzug der Fr. 1200 Mietzins zur Bestreitung aller andern Lebenshaltungskosten nur noch Fr. 1680, das sind nur noch 70% der frühern Fr. 2400. Abgesehen vom Mietzins entspräche also eine Lohnreduktion um 20% einer Senkung des Lebensunterhaltes um volle 30%.

Ich höre schon den Einwand des Herrn Bundesrates Schulthess, die Mietzinse müssten selbstverständlich auch gesenkt werden. Aber wenn der Bundesrat dem Volksbegehren zum Vorwurf macht, es sei zu unbestimmt, so dürfen wir wohl erwarten, dass seine Vertröstung auf die Herabsetzung der Mietzinse nicht den gleichen Vorwurf verdiene. Wir möchten ihn anfragen, wie er sich diesen Abbau denkt und welches Ausmass er nach seiner Auffassung haben werde. Drei Viertel des Mietzinses werden durch die Verzinsung des Kapitals absorbiert. Wird aber der Kapitalzins zurückgehen? Oder wird man ihn zwangsweise herabsetzen? Dann doch wohl nicht bloss für die Hypotheken, ansonst keine Baukredite mehr erhältlich wären und die ganze Bautätigkeit lahmgelegt würde oder aus öffentlichen Mitteln am Leben erhalten werden müsste. Der Trost mit dem Rückgang der Reparaturkosten allein wäre sehr dürftig. Nehmen wir an, diese betragen ein Sechstel des Mietzinses, so macht ihre Senkung um 20% $\frac{1}{30}$ des Mietzinses aus, so dass ein Mietzins von Fr. 1200 auf Fr. 1160 fallen könnte.

Wenn die Preise der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nicht gleichzeitig ungefähr im gleichen Masse zurückgehen würden wie die Löhne, könnten sich die Familien in den Städten kaum über Wasser halten. Eine Familie mit zwei oder drei Kindern wäre gezwungen, an die Armenpflege zu gelangen. Die Arbeitslosenunterstützung und die Krisenhilfe würden, sofern sie den bisherigen Prozentsatz des nominellen Lohnes ausmachen würden, so niedrig,

dass sie zur Fristung des kärglichsten Lebens nicht hinreichen würden, zumal die Arbeitslosen dieselben Mietzinse bezahlen müssen wie die in Arbeitstehenden. Die Armenausgaben der Gemeinden und Kantone würden stark anwachsen, andererseits aber sollen Kantone und Gemeinden nach dem Begehren des Handels- und Industrievereins die direkten und indirekten Steuern kräftig abbauen. Wie sie dieses Kunststück fertig bringen sollen, sagt der Handels- und Industrieverein nicht.

Es steht für uns ausser Zweifel, dass sich der Abbau für den Kleinhandel und das Gewerbe bedenklich auswirken würde, nicht weniger aber auch für die Landwirtschaft, denn entweder würde der Absatz stark schwinden oder es müssten die Preise um 30% gesenkt werden, oder es müsste eine Kombination von beiden Alternativen mit gleicher Schlusswirkung eintreten.

Dazu kommen nun aber noch die sozialen Wirkungen eines starken Abbaues, denen die Botschaft des Bundesrates erstaunlich geringe Aufmerksamkeit schenkt. Durch den Preissturz würden die Vermögen der einen und die Schulden der andern aufgewertet. Der Bauer müsste 20% mehr Arbeitstage aufwenden, um die Hypothekarzins abzuverdienen, die Forderung der Gläubiger hätte einen entsprechend höheren Realwert.

Welche wirtschaftliche und soziale Bedeutung dieser Verschiebung zukäme, zeigt eine Berechnung des Bauernsekretariates über die von 1928 bis 1933 bereits eingetretene Deflation. Danach ist der Ertrag der öffentlichen Obligationen, der Bankguthaben und der Aktien in der Schweiz von 1928 bis 1933 von 1239 Mill. Fr. auf 982 Mill. Fr. gesunken. Diese 982 Mill. Fr. haben aber eine Kaufkraft, wie sie 1207 Mill. Fr. im Jahre 1928 gehabt haben. Dies nach Berechnung von Herrn Dr. Laur. Nach einer Berechnung des Initiativkomitees würde ein 20-prozentiger Abbau

die Bundesschuld aufwerten	um 545 Mill. Fr.
die S. B. B.-Schuld	„ 758 „ „
die Kantons- u. Gemeindeschulden	„ 743 „ „
die landwirtschaftl. Schulden um ca.	1200 „ „
die Schulden des Gewerbes um ca.	250 „ „

Herr Bundesrat Meyer hat die Bedeutung einer solchen Schuldenaufwertung als Folge des Abbaues durch den Hinweis darauf etwas abzuschwächen gesucht, dass umgekehrt von 1914 bis 1920 eine Abwertung der Schulden als Folge der damaligen Preisverteuerung eingetreten sei und dass die jetzt zu befürchtende Aufwertung nicht einmal bis zur Höhe von 1914 gehen werde. Gewiss, aber er hat zugeben müssen, dass seit 1914 Milliarden von Vermögen und Schulden neu entstanden sind. Dazu kommt, dass die Abwertung in der Zeit vor 1920 mit gleichzeitigen grossen Vermögensvermehrungen verbunden war. Er wird uns zugestehen, dass bei der heutigen Notlage des arbeitenden Volkes und der öffentlichen Korporationen eine Aufwertung der Schulden sozial unerwünscht ist.

Von den sozialen Nachteilen, die ein Lohnabbau nach den Wünschen des Handels- und Industrievereins heute mit sich brächte, erscheint mir die Verschärfung der Arbeitslosigkeit als der allerschlimmste. Das Initiativkomitee nimmt an, dass die Zahl der Arbeitslosen bei einem Abbau von 20% um 20,000 bis 50,000 zunehmen würde. Ich bin in dieser

Hinsicht pessimistischer. Wenn einmal die Kaufkraft der Massen um Hunderte von Millionen Franken zurückgeht, dann schwillt die Arbeitslosigkeit lawinenartig an. Am krassesten hat sich das vor wenigen Jahren in den U.S.A. gezeigt, weil dort die Arbeitslosen ganz dem Elend preisgegeben waren und ihre Kaufkraft auf Null sank. Bei uns haben die Arbeitslosen noch etwa eine halbe Kaufkraft, sehen wir aber vom Mietzins als mehr oder weniger fester Grösse ab, dann ist sie nur noch etwa ein Viertel. Dieser Rückgang der Kaufkraft grösserer Bruchteile der Bevölkerung führt progressiv zu immer neuem Rückgang des Absatzes und immer neuen Entlassungen.

In vielen andern Staaten bildet die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit ihren finanziellen, kulturellen, sozialen und politischen Gefahren weitaus das Zentralproblem der Krisenzeit. Die schweizerischen Behörden waren bisher in der glücklichen Lage, sie mehr als Problem zweiten Ranges behandeln zu dürfen, weil die Arbeitslosigkeit noch nicht so weit gediehen war. Bei einem beschleunigten und kräftigen Lohnabbau würde sich die Lage rasch ändern und es würde dann notwendig werden, dem Problem der staatlichen Arbeitsbeschaffung, gern oder ungern, eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, denn wenn man es mit vielen Menschen zu tun hat, die ins Elend abgleiten, wird die Situation ernst, und es müssen dann die überzeugendsten Berechnungen über volkswirtschaftliche Vor- und Nachteile in den Hintergrund treten.

Sorgen wir daher in allererster Linie dafür, dass die Zahl der Arbeitslosen nicht um 100,000 oder noch mehr anschwillt und das geschieht weit besser durch Pflege der Binnenproduktion, die $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung ernährt, als durch deren Schwächung zum Zwecke der Erlangung einer sehr fraglichen Mehrbeschäftigung in der dreimal geringeren Exportindustrie.

Ich möchte dringend empfehlen, diesem Problem beizeiten die grösste Aufmerksamkeit zu schenken, denn das Beispiel der U.S.A. zeigt uns, wie schwer es ist, es zu bewältigen, wenn man die Dinge zu weit sich hat entwickeln lassen.

Wäge ich zum Abschluss dieser Ueberlegungen die Vorteile eines 20prozentigen Lohnabbaues mit seinen Nachteilen ab, so komme ich zu dem Schlusse, dass unter den heutigen Umständen die Nachteile stark überwiegen würden und dass deshalb die Kriseninitiative, die den Bundesbehörden die möglichste Erhaltung der Kaufkraft zur bindenden Richtschnur macht, vor dieser Politik den Vorzug verdient.

Dabei möchte ich nochmals betonen, dass der Sprechende mit den Initianten die Bedeutung der Exportindustrie für unser Land nicht unterschätzt. Die Exportindustrie muss nach Kräften gestützt und gefördert werden. Aber es müssen Mittel zur Anwendung kommen, die in der Binnenwirtschaft nicht mehr Schaden anrichten, als sie dem Export Nutzen bringen. Diese Mittel sind bekannt, sie werden ja heute schon angewandt. Sie können durch Ausbau der schweizerischen Exportorganisationen noch wirksamer gestaltet werden. Unerlässlich ist dabei ein enges Zusammenarbeiten des Staates mit der Exportindustrie, nicht nur weil sich dann die Kapitalkraft des Landes mit grösserem

Erfolg in die Wagschale werfen lässt, sondern weil es sich nunmehr in erster Linie um Wahrnehmung von Landesinteressen und erst in zweiter Linie um Interessen einzelner Firmen handelt.

Gestatten Sie mir nun noch einige Bemerkungen zur Finanzierungsfrage. Dabei gehe ich davon aus, dass die Initiative eine jährliche Ausgabe von 100 Mill. Franken, also in den fünf Jahren, da der Verfassungsartikel Gültigkeit hat, insgesamt 500 Mill. Fr. erfordert. Mit einer längeren Dauer will ich hier nicht rechnen. Denn eine Verlängerung um längstens weitere fünf Jahre kommt ja nur in Frage, wenn Nationalrat und Ständerat, die in überwiegender Mehrheit der Initiative feindlich gegenüber stehen, sie beschliessen.

Man bezeichnet diese Last als untragbar, wirft den Initianten vor, sie hätten keinen Sparwillen und dergleichen mehr.

Meines Erachtens begeht man dabei den grossen und für den Bundesrat nicht entschuldbaren Fehler, diese 500 Mill. Fr. als eine Ausgabe hinzustellen, die man sich ersparen könne, wenn man die Initiative ablehne. Es wäre Aufgabe des Bundesrates gewesen, in seiner Botschaft diesen Ausgaben die Kosten der Massnahmen gegenüberzustellen, die er in seinem Arbeitsprogramm vorsieht. Es hätte sich dann gezeigt, dass die Differenz zwischen den beiden Gesamtsummen nur einen bescheidenen Bruchteil der jährlichen Ausgabe von 100 Mill. Fr. ausmacht.

Ja, ich halte es für möglich, dass die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sogar höher ausfallen können, wenn die Initiative verworfen wird. Die Ausgaben der Kantone und der Gemeinden sind bei einem solchen Vergleiche mit zu berücksichtigen, um so mehr als zum Beispiel die in der Initiative vorgesehene planmässige Arbeitsbeschaffung zum Teil lediglich eine Abnahme von untragbar gewordenen Lasten von Gemeinden durch den Bund bedeutet.

Zu meiner Ansicht, dass die öffentlichen Ausgaben bei Verwerfung der Initiative grösser sein können, als bei ihrer Annahme, führen mich folgende Ueberlegungen:

Die unzweifelhaft grössere Arbeitslosigkeit führt zu einer Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosenversicherung, Krisenhilfe, Armenunterstützungen, Subventionen von Notstandsarbeiten usw., die ich nicht zahlenmässig schätzen kann, aber — pessimistischer als die Initianten — für sehr hoch erachte.

Die Stützungsaktionen für die Landwirtschaft und das Gewerbe müssen stark gesteigert werden, um auch nur einigermaßen den Effekt der heutigen Stützungsaktionen erreichen zu können. Und die Förderung des Exportes wird aus den dargelegten Gründen nicht geringere Opfer an Zuschüssen aus den Krediten für produktive Arbeitslosenfürsorge erfordern als bisher.

Damit entfällt eigentlich auch die Notwendigkeit, darüber Ausführungen zu machen, ob die Opfer, die die Kriseninitiative erfordert, tragbar seien. Sie sind meines Erachtens ebenso tragbar, oder ebenso untragbar, wie die Opfer, die die Abbaupolitik erforderlich macht.

Eine einlässliche Erörterung des Finanzproblems ist auch deshalb unmöglich, weil der Bundesrat seine zuerst auf den Monat November, dann auf den Monat Januar für die Behandlung in dieser

Session in Aussicht gestellte Vorlage über ein neues Finanzprogramm noch nicht fertiggestellt hat und Herr Bundesrat Meyer im Nationalrat über die Absichten des Bundesrates bezüglich der Lösung dieser schwierigen Aufgabe, soviel ich gelesen habe, nichts mitteilte.

Ich begnüge mich daher mit folgenden Bemerkungen:

Wie bei der militärischen müssen auch bei der wirtschaftlichen Landesverteidigung die notwendigen Massnahmen ergriffen werden, ob die Kostendeckung momentan gesichert ist oder nicht. Die Initianten haben angenommen, es werde nicht möglich sein, die Ausgaben für die Verteidigungsmassnahmen sofort und in vollem Masse aus laufenden Einnahmen zu decken, weshalb sie die Aufnahme eines Prämienanleihe vorschlugen. Herr Bundesrat Meyer bekannte sich demgegenüber als Anhänger der Universalität des Budgets. Das ist sehr lobenswert. Wenn es ihm möglich ist, in den nächsten Jahren alle Einnahmen und Ausgaben wirklich im Gleichgewicht zu halten, ohne dabei die dem Bunde obliegenden Aufgaben zu vernachlässigen, so wollen wir ihm gerne von Herzen gratulieren, denn wir sind auch Anhänger einer soliden Finanzwirtschaft. Aber es besteht doch die Gefahr, dass wir — mit oder ohne Initiative — die Lasten der Krise nicht ganz während der Krise decken können, und für diesen Fall erscheint mir die Ausgabe eines Prämienanleihe gar keine schlechte Lösung. Im übrigen heisst es in der Initiative: „Er (der Bund) beschafft diese Mittel durch Ausgabe von Prämienobligationen, Aufnahme von Anleihen und aus laufenden Einnahmen“. Den Behörden ist also da grosser Spielraum gelassen, gelingt es ihnen, die Kosten in der Hauptsache aus den laufenden Einnahmen zu decken, so können sie ja ein sehr geringes oder wohl auch gar kein Prämienanleihen erheben.

Es hat keinen Sinn, hier einlässlich über eidg. Finanzpolitik zu philosophieren, zumal der Bundesrat den Schleier über sein Finanzprogramm nicht gelüftet hat. Ich möchte gegenüber dem Vorwurf, die Initianten hätten sich nicht um die Finanzen gekümmert, nur darauf hinweisen, dass bei den Bundesbehörden immer noch die Krisensteuer-Initiative anhängig ist, die zwar im letzten Finanzprogramm im wesentlichen Aufnahme gefunden hat, aber nur für kurze Geltungszeit, während die Initiative die Erhebung der Steuer für so lange vorsieht, als Krisenausgaben zu decken sind.

Vor allem möchte ich dem Jammer, als ob die Schweiz nicht in der Lage wäre, die Lasten der Krise zu tragen und als ob sie am Ende ihrer Kräfte wäre, entschieden entgegenzutreten. Solche Lamentationen nehmen sich angesichts der verhältnismässig günstigen Lage unseres während mehr als 100 Jahren von Krieg verschonten und sehr reichen Landes geradezu lächerlich aus. Wenn man sagt, die Steuerlast habe ihr Höchstmass erreicht, so bitte ich Sie denn doch, die Steuerbelastung des Volkseinkommens in andern Staaten und in der Schweiz, wie sie in der Budgetbotschaft angegeben ist, anzusehen. Die Belastung ist in der Schweiz kaum halb so gross wie in England, Frankreich und in den U.S.A., von Italien und Deutschland ganz zu schweigen. Die Franzosen und Engländer zahlen die Steuern zweifellos auch nicht gern und ihre Be-

hörden haben diese Lasten auch nicht gern beschlossen, aber sie taten es unter dem Zwange bitterer Notwendigkeit. Auch bei uns kann die Notwendigkeit zu weiterer Erhöhung eintreten und wir werden uns ihr fügen müssen, wie die andern Länder. Wenn Herr Bundesrat Meyer die Umsatzsteuer als einzige Steuerreserve bezeichnet, die noch zur Verfügung stehe, so verweise ich auf die Krisensteuer und vor allem auch auf die Möglichkeit der Besteuerung der Erbschaften durch den Bund. Mit Steuersätzen, die gegenüber denjenigen in Frankreich und England (bis 25% bzw. 42% bei direkten Nachkommen) wahrhaft idyllisch wären, könnte eine Einnahme von 40 Mill. Fr. erzielt werden, so dass dem Bunde nach Abgabe der Hälfte an die Kantone, die ungefähr ihrer heutigen Besteuerung entspricht, immer noch jährlich 20 Mill. Fr. verblieben. Wie gesagt, wir sind nicht auf Steuererhöhungen erpicht und begrüssen es, wenn der Staat trotz Erfüllung der ihm zukommenden Pflichten mit der Erhebung bescheidener Steuern sich begnügen kann. Aber, wenn Not an Mann kommt, sind denn doch noch genügend Reserven da, auf die man greifen kann. Man denke nur, welche Steigerung der Steuereinnahmen in den Kantonen und Gemeinden ohne Erhöhung der Steuerfüsse möglich wären, wenn man dem Steuerbetrug kräftig zuleibe rücken würde.

Es gibt in der Schweiz unverkennbar einflussreiche Kreise, die in ihrer Feindschaft gegen jede Aenderung der überlieferten Wirtschaftsorganisation im allgemeinen und gegen den Sozialismus im besondern, geflissentlich jede, auch nur vorübergehende Massnahme, die die Gesamtinteressen ihren Sonderinteressen voranstellt, als „Sozialismus“ brandmarken und nach dem Grundsatz „Wehret den Anfängen“ rücksichtslos bekämpfen. Ob das, von Ihrem Standpunkt gesehen, die richtige Methode zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft ist, wollen wir nicht untersuchen. Es ist das Ihre Sache.

Was wir aber bedauern, das ist, dass der Bundesrat diesen Kreisen, die sich stets als die einzigen Wahrer anderer Volkswirtschaft ausgeben, zuviel Gehör schenkt. Wir schreiben es dem Einflusse dieser Kreise zu, dass der Bundesrat die Konsequenzen der Initiative, deren Forderungen im Vergleich zu dem, was in andern kapitalistischen Ländern geschieht, sich überaus bescheiden ausnehmen, so masslos übertreibt und damit dazu beiträgt, in unser Volk eine Unruhe und eine Panikstimmung zu bringen, die für das ganze Land nachteilig werden könnte. Wenn man die Initiative als Abenteurer bezeichnet, so möchte ich der Ansicht Ausdruck geben, dass die schroffe Kampfweise, die von vornherein jede Diskussion und Verständigung ausschloss, eine solche Bezeichnung viel eher verdient.

Der Bundesrat ist nicht so weit gegangen, die Annahme der Initiative als eine Gefahr für den Schweizer Franken zu bezeichnen. Aber da er behauptet, die Initiative brächte die schwerste wirtschaftliche Erschütterung und müsse im Interesse der Erhaltung unseres Staatswesens verworfen werden, braucht man sich nicht zu wundern, wenn Herr Walter-Olten im Nationalrat noch einen Schritt weiter ging und als Folge der Annahme der Initiative den Staatsbankrott und „den Sturz des Schweizer-

frankens ins Uferlose“ — den schönen Ausdruck zitiere ich — prophezeite.

Es besteht die Gefahr, dass sich auch im bevorstehenden Abstimmungskampfe hemmungslose Gegner der Initiative dazu hinreissen lassen, das Volk durch das Gespenst der Abwertung des Frankens oder der Inflation in eine Angstpsychose zu versetzen. Wir hätten eine Erörterung dieser Frage der Inflation nicht zu scheuen, denn wenn wir uns in eine solch abenteuerliche Politik einlassen wollten, so könnten wir unter Hinweis auf andere Staaten mit mindestens ebenso guten Gründen behaupten, die vom Handels- und Industrieverein propagierte Deflationspolitik werde zu einer Abwertung des Frankens führen. Wir könnten darauf hinweisen, dass der Sturz der Belga unter dem Kabinett Theunis, das eine deflationistische Politik betrieben hat, sich vorbereitete und dass das neue Kabinett Van Zeeland eigentlich nur noch die fertige Tatsache formell beschliessen musste. Dafür könnten wir den „Temps“ und die „Times“ und die „Information“ als für Sie gewiss unverdächtige Zeugen zitieren. Interessant ist übrigens die Feststellung des „Temps“ von vorgestern — ich möchte das doch in diesem Zusammenhang doch erwähnen — dass die Regierung Theunis zu wählen hatte zwischen der Rettung der belgischen Grossbanken, welche „singulièrement imprudentes“ gewesen seien und der Rettung des Frankens. Sie habe sich für die Rettung der Banken entschieden und dafür den Franken geopfert. „L'origine de la chute du franc belge doit être cherchée essentiellement dans la situation critique des banques.“ Der Temps spricht den belgischen Grossbanken gegenüber sogar den schweren Verdacht aus, dass die Abwertungs-Kampagne der letzten Wochen vielleicht gerade durch die am meisten gefährdeten Finanzinstitute inspiriert worden sei. Ich möchte auch noch — es ist doch für Sie interessant — aus dem gestrigen „Temps“ einen Passus vorlesen, der Ihnen zeigt, in welcher Weise Inflationen in einem Lande, ich möchte sagen, erzwungen werden. Es heisst da: „Les dévaluateurs, les banquiers en difficultés, les commerçants ayant des stocks à écouler, les spéculateurs escomptant des gains faciles, tous ceux qui depuis des semaines et des mois s'efforçaient d'ébranler la confiance, d'user la résistance des défenseurs du franc, de créer une atmosphère de panique l'ont emporté sur la volonté de la majorité de la nation et du Parlement de maintenir la monnaie saine“.

Und ein weiterer Satz wird Sie noch interessieren: „L'intérêt général qui exigeait pour les épargnants et les travailleurs, c'est-à-dire l'immense majorité de la nation, la sauvegarde de la monnaie, a été sacrifié à l'intérêt particulier des établissements financiers qu'une politique imprudente avait acculés à une crise dangereuse“. Doch das nur nebenbei.

Ich sagte, die Freunde der Initiative hätten eine Diskussion über die Wirkung der einen oder der andern der beiden in Frage stehenden Arten von Wirtschaftspolitik nicht zu scheuen.

Aber die Sache hat ihre ernste Seite und es stehen allgemeine Landesinteressen auf dem Spiele, die uns veranlassen, von solch abenteuerlicher

Kampfmethode abzusehen, aber auch die Gegner der Initiative unter Hinweis auf die Verantwortlichkeit zu warnen, sich solcher Kampfmittel, d. h. des Spiels mit einer Abwertung, zu bedienen.

Die schweizerische Wirtschaft ist trotz aller Krisenwirkungen immer noch so kräftig, dass kein Anlass zu Mutlosigkeit und Kopfhängerei vorliegt. Es besteht unseres Erachtens gar kein Zweifel, dass wir ohne Zuflucht zu diesem trügerischen Auskunftsmittel die Krise überwinden können, wenn wir mutig und entschlossen an die Ueberwindung der Schwierigkeiten herantreten.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass gewissenlose Spekulanten und Interessenten das Volk grundlos in eine Angst und Kopfllosigkeit hineintreiben, die schliesslich dem Franken doch gefährlich werden könnten.

Behörden und Volk müssen solchen Schädlingen streng auf die Finger sehen und ihnen rechtzeitig und entschieden entgegenreten.

In Zustimmung zu der von meinem Parteifreund Robert Grimm in der gestrigen „Tagwacht“ vertretenen Auffassung, muss ich freilich bemerken, dass die Abwehr der Angriffe auf den Schweizerfranken um so wirkungsvoller und erfolgreicher ist, je mehr Vertrauen die grossen Volksmassen zu den obersten Landesbehörden haben. Ich kann daher mein Bedauern darüber nicht unterdrücken, dass der Bundesrat durch die Art der Bekämpfung der Kriseninitiative dieses Vertrauensverhältnis nicht verbessert hat und dass die Bundesversammlung es morgen nicht verbessern wird, wenn sie unter offensichtlicher Missachtung der Landesinteressen zum xten Male der grössten Partei die Mitwirkung in der Landesregierung verweigern wird.

Diese Kritik bitte ich nicht etwa als Abschwächung meiner entschiedenen Gegnerschaft gegen jede Abwertung des Frankens aufzufassen.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen. Wir von der Minderheit geben uns natürlich gar keinen Illusionen hin über die Haltung des Ständerates in dieser Frage. Auch die Initianten haben sich ja keinen Illusionen hingegeben; sonst hätten sie überhaupt nicht den Weg der Verfassungsinitiative beschritten. Aber ich gebe der Hoffnung Ausdruck und habe das Vertrauen in das Volk, es werde kein Verständnis haben für die kniffligen Bemängelungen aller Einzelheiten dieser Kriseninitiative, sondern mit einem sichern Instinkt erkennen, dass es sich darum handelt, eine Richtlinie festzusetzen für die in der Krisenzeit der nächsten paar Jahre zu befolgenden Wirtschaftspolitik. Ich hoffe, dass das Volk die Kriseninitiative annehmen werde.

Sonderegger: Der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit beantragen die Verwerfung des Volksbegehrens mit der Begründung, es bringe die grundsätzliche Uebernahme des Staatssozialismus in unsere Politik. Sie lehnen einen Gegenvorschlag ab, da es um ein „Entweder-Oder“ gehe. „Der Kampf muss ausgefochten werden“, sagt die Botenschaft.

Am staatssozialistischen Charakter einzelner Forderungen ist nicht zu zweifeln. Ich habe dies schon früher mit aller Schärfe festgestellt. Sofern

unter „Staatssozialismus“ die Einmischung des Staates in die Wirtschaft oder gar seine Leitung verstanden wird, ist das Volksbegehren weitgehend staatssozialistisch.

Trotzdem ist die Zuspitzung auf eine grundsätzliche Entscheidung „Entweder Staatssozialismus oder nicht“ in keiner Weise gerechtfertigt. Soweit das Volksbegehren staatssozialistisch ist, ist es dies aus Verlegenheit, genau so, wie die bisherige Bundespolitik ebenfalls aus Verlegenheit staatssozialistisch war.

Zwischen der Initiative und den übrigen Vorschlägen, die zur Bekämpfung der Krise gemacht werden, besteht kein grundsätzlicher Unterschied. Im Gegenteil: die bisherige Bundespolitik, die 12 Punkte des Bundesrates, der Gegenvorschlag Schirmer und der Gegenvorschlag Saxer stimmen im wesentlichen und in den einzelnen Forderungen mit der Kriseninitiative überein und weisen nur unbedeutende Unterschiede auf. Man könnte das durch synoptische Darstellung aller Forderungen gut nachweisen. Ich will aber nur ein paar Beispiele herausgreifen:

Kriseninitiative: der Bund trifft umfassende Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen.

Bundesrat: auch wir haben ein Programm für unsern wirtschafts- und sozialpolitischen Kampf gegen die Krise.

Gegenvorschlag: die Massnahmen haben zum Ziel, die notleidenden Volksschichten und Wirtschaftsgruppen vor den Folgen der Krise zu schützen.

Kriseninitiative: Gewährung eines Lohn- und Preisschutzes zur Sicherung eines genügenden Arbeitseinkommens.

Bundesrat: Stützungsaktionen für den Preis von Milch und Vieh.

Gegenvorschlag: Schutz vor Preiszerfall.

Kriseninitiative: Schutz der Landwirtschaft gegen Ueberschuldung.

Bundesrat: Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft.

Gegenvorschlag: Förderung der Landwirtschaft, Schutz vor Ueberschuldung, Schutz vor Preiszerfall.

Kriseninitiative: Förderung von Export und Fremdenverkehr.

Bundesrat: Exportförderung durch produktive Arbeitslosenfürsorge und Risikogarantie. Neue Industrien.

Gegenvorschlag: Förderung der Exportwirtschaft. Förderung neuer Industrien.

Man könnte alle einzelnen Forderungen durchführen: nirgends würde sich ein grundsätzlicher Unterschied zeigen.

Auch bei der Wahl der Mittel, die angewendet werden sollen, zeigt sich kein Unterschied. Es sind immer dieselben, sowohl beim Bundesrat, wie bei der Kriseninitiative und beim Gegenvorschlag: Staatshilfe durch Geld, Staatshilfe durch rechtliche Schutzmassnahmen, Staatshilfe durch Beschränkung der Konkurrenz, Staatshilfe durch Einschränkung des Angebotes.

Von einer grundsätzlichen Entscheidung könnte nur dann gesprochen werden, wenn die heutige Bundespolitik nicht staatssozialistisch wäre und

wenn durch die Kriseninitiative ein durchaus neues wirtschaftspolitisches Element eingeführt würde. Aber beides ist nicht der Fall: denn die gesamte „Krisenpolitik“ des Bundes ist schon heute durchaus staatssozialistisch und bei der Bauernpolitik z. B. kann der Staatssozialismus mit seiner Aufhebung jeglicher Freiheit und der Einführung einer absoluten Zwangswirtschaft überhaupt nicht mehr gesteigert werden.

Die Kriseninitiative bringt nichts anderes als eine Fortsetzung der bisherigen Politik, mit dem einzigen rechtlichen Unterschied, dass für diese Politik eine verfassungsmässige Grundlage für bestimmte Zeit geschaffen wird.

Auch in bezug auf das Mass für die Ausführung der einzelnen Forderungen besteht kein Unterschied: die Kriseninitiative setzt kein Mass fest, aber der Bundesrat auch nicht.

Als Mass gilt für beide die Grenze des Möglichen, also das, was sowohl wirtschaftlich als auch staatsfinanziell möglich ist.

Ergebnis: Die Kriseninitiative bringt nichts anderes als eine Fortsetzung und teilweise Erweiterung der bisherigen Bundespolitik. Etwas grundsätzlich Neues, Anderes enthält sie nicht. Die Zuspitzung auf ein Entweder-Oder für oder gegen Staatssozialismus ist daher nicht berechtigt.

Bundesrat und bürgerliche Mehrheit lehnen die Kriseninitiative ab, weil sie in einem grundsätzlichen Gegensatz zu ihren wirtschaftlichen Anschauungen stehe. Sie wollen nicht Staatssozialismus, sondern freie Wirtschaft; einen Rechtsanspruch des Bürgers, vom Staate wirtschaftlich geschützt oder versorgt zu werden, lehnen sie ab.

Wir Freiwirtschaftler stehen ganz auf dem Boden der freien Wirtschaft. Deshalb haben wir die „Politik Schulthess“ immer bekämpft.

Aber die Gegner der Kriseninitiative haben das Recht verloren, ihre wirtschaftliche „Weltanschauung“ heute geltend zu machen; denn gerade sie selber haben diese staatssozialistische Politik immer unterstützt und sie verlangt.

Sie sind auch heute keineswegs bereit, auf den Schutz des Staates, auf seine Unterstützung und seine Einmischung zu verzichten.

Wer dem Volke Angst vor dem Staatssozialismus der Kriseninitiative macht, der ist auch verpflichtet, vom Volke den Verzicht auf alle bisherigen staatssozialistischen Schutzmassnahmen zu verlangen. Heute kann sich nur derjenige auf seine freiheitliche Weltanschauung berufen, der sie nicht preisgegeben hat. Tatsächlich haben sie Bundesrat und bürgerliche Mehrheit schon längst preisgegeben.

Der Sozialismus braucht bei uns das Experiment der Planwirtschaft nicht mehr zu machen. Der bürgerliche Bundesrat hat es z. B. mit seiner Bauernpolitik gemacht, wobei allerdings, wie Herr Schöpfer richtig festgestellt hat, der Erfolg ausgeblieben ist. Daher ist auch die Berufung auf weltanschauliche Gegensätze unberechtigt.

Bundesrat und bürgerliche Mehrheit lehnen die Kriseninitiative ab, weil sie ein verkappter Versuch sei, den Staatssozialismus einzuführen und der sozialdemokratischen Partei Vorspann zu leisten.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt geradezu: die „Front der Arbeit“ zeigt, um was es geht: für oder wider die marxistische Ideologie des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariates.

Hier liegt eine unbegreifliche Verkennung der politischen Lage vor. Die Kriseninitiative ist nicht in sozialistischen, sondern in bürgerlich-demokratischen Kreisen entstanden; das Ziel der Kriseninitiative und der mit ihr verbundenen „Front der Arbeit“ war nicht eine Stärkung des politischen Sozialismus, sondern umgekehrt eine Sammlung der bürgerlich-demokratischen, sozial denkenden Kreise, die aus der Erstarrung der Parteipolitik und der parteipolitischen Verhetzung herauskommen wollen. Sie richtete sich von Anfang an gegen den parteimässigen Sozialismus, dessen Führer die Gefahr sofort erkannten. Diese Führer haben nicht mitgemacht, sondern im Gegenteil die Kriseninitiative wie die „Front der Arbeit“ und die „Nation“ abgelehnt, weil sie mit Recht eine Gefährdung ihrer Parteiinteressen darin erblickten. Sie sind erst auf den Zug gesprungen, als sie sahen, dass er fuhr.

In jeder Partei zeigt sich eine starke Auflockerung und Zersetzung: Junge gegen Alte usw.

Auf bürgerlicher Seite verschärfte sich das Empfinden für die moralische Pflicht, für das wirtschaftliche Wohl aller Volksgenossen zu sorgen; auf sozialistischer Seite fand eine starke Abkehr von internationalen Gedanken und eine Rückkehr zu bodenständigem, heimatverbundenem Denken statt.

Die Front der Arbeit, als Urheberin der Kriseninitiative, ist ein Versuch, alle diese politisch lebendigen Kräfte zu sammeln und für das Land dienstbar zu machen.

Es ist grundfalsch, von einer „Linksentwicklung“ zu sprechen. In den Gewerkschaften z. B. bestand schon seit langem eine starke Strömung, die den reinen internationalen Marxismus ablehnte, die Erstarrung in der Partei verwarf, die Landesverteidigung ohne Hintergedanken guthies und Anschluss an verwandte Kräfte im Bürgertum suchte.

Umgekehrt zeigt sich in den bürgerlichen Parteien eine ähnliche Entwicklung. Die Grenzen der Parteien lockern sich; man sieht ein, dass der Kampf gegen links sinnlos und unfruchtbar ist. Daher versucht man, aus der sterilen Gegnerschaft herauszukommen und sich auf einer gemeinsamen Grundlage zu finden, um gemeinsam für das Wohl Aller zu arbeiten.

Die gemeinsame Grundlage war gegeben: Erhaltung, Verteidigung und Ausbau der Demokratie einerseits, wirtschaftliche Gerechtigkeit andererseits. Wenn in bezug auf die Wirtschaftsfragen sozialistische Elemente unterliefen, so kann daraus schon deshalb kein Vorwurf gemacht werden, weil ja die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Regierung selber rein sozialistische Elemente in ihre Politik aufnahmen, ganz abgesehen davon, dass das Bürgertum bis heute nicht einmal den Versuch gemacht hat, den Marxismus durch eine bessere positive Wirtschaftslehre zu überwinden.

Diese politisch lebendigen Kreise sind es, die z. B. das Schicksal der Wehrvorlage entschieden haben. Die konservativen Bauern, z. B. haben vollständig versagt; aber die Gewerkschaften, die gemässigten Sozialisten unter der Führung von

Klöti, Bratschi u. a. traten für die Vorlage ein und retteten sie, trotz des grossen Widerstandes des parteimässigen Sozialismus. Es ist fast unbegreiflich, dass das herrschende Bürgertum die politische Bedeutung dieser Abstimmung nicht verstanden hat.

Aber es verstand diese Sammlung der neuen politischen Kräfte, die jetzt hinter der Kriseninitiative stehen, überhaupt nicht. Es begreift nicht, dass etwas Neues im Werden ist, das den Rahmen der bisherigen Parteien sprengt. Es ist nicht imstande, die positiven Kräfte zu erkennen, die in allen diesen Strömungen — Gewerkschaften, Jungbauern, Freiwirtschaftler, Jungliberale, Jungkatholiken — tätig sind. Es sieht nur den Gegensatz zum bisherigen Parteibetrieb und ärgert sich daran. In seinen Augen sind die Führer nichts anderes als hemmungslose Demagogen, gegenüber denen jedes Mittel der Verunglimpfung zulässig ist. Und darum erblicken Bundesrat und herrschendes Bürgertum auch in der Kriseninitiative nur das Werk von Demagogen, die gut- oder bösgläubig verkappte Marxisten sind, während es sich in Tat und Wahrheit um etwas ganz anderes handelt:

Die Kriseninitiative ist — wie sogar Grimm richtig erkannt und mit einer Grosszügigkeit, die weit über den Rahmen seiner Partei ausgeht, dargestellt hat — der Notschrei des Volkes, das nicht nur aus den wirtschaftlichen, sondern auch aus den politischen Nöten unserer Zeit herauskommen will. Darum ist der Streit um ihre angeblich sozialistischen Forderungen sinnlos. Er berührt den Kern der Sache nicht. Die Kriseninitiative will als Ganzes, als einheitlicher Ausdruck eines suchenden politischen und wirtschaftlichen Willens verstanden sein, und wer diesen tiefsten Sinn nicht versteht, der versteht überhaupt nicht, was heute im Volke vorgeht.

Was aber die Demagogen der Kriseninitiative betrifft: wir weisen diesen Vorwurf mit gutem Gewissen zurück. Wenn wir wirklich Demagogen wären, so wären schon längst allerhand Dinge vorgekommen. Wir hetzen das Volk nicht auf, sondern klären es auf, sammeln es und halten es. Wenn 3000 Rheintaler ohne Demagogen an die Rheinbrücken ziehen, wäre es uns ein leichtes, ihrer 10 000 zu sammeln. Vor einem Jahr hat man mir 15 000 Mann — Taglohn, Fahrgeld und Verpflegung bezahlt — zur Verfügung stellen wollen, um nach Bern zu ziehen. Es war mir ein leichtes, dieser wahrhaft demagogischen Versuchung zu widerstehen, obwohl ich mich auf das Vorbild des Herrn Minger hätte berufen können. Ich bin in vielen Versammlungen aufgefordert worden, endlich zu „Taten“ überzugehen, ich habe es abgelehnt. Andere „Demagogen“ haben ähnliche Erfahrungen gemacht.

Ich sage dies nur, um zu zeigen, dass man mit dem Vorwurf der Demagogie vorsichtig sein muss. Es könnte leicht der Fall eintreten, dass man um uns Demagogen noch froh wäre; denn das ist ganz bestimmt, dass es nicht ohne schwere Erschütterungen abgeht, wenn sich die Lage nicht ändert.

Aber der Bundesrat und das herrschende Bürgertum haben offenbar kein Verständnis für die politische Lage, aus der die Kriseninitiative entstanden ist. Sie sehen nur den angeblich drohenden Marxismus. Sie übersehen, dass gerade der Mar-

xismus die grösste Angst vor einer Abspaltung hatte. Die Verbindung mit dem ebenfalls aufgelockerten Bürgertum musste zwangsläufig zu einer Schwächung des rein parteimässigen Sozialismus führen. Seine Führer hatten allen Grund, die drohende Entwicklung mit grösster Sorge zu verfolgen; denn was geschah mit der Partei, wenn sich Bauern, Gewerkschaften und Mittelstand über den Rahmen einer Partei hinaus fanden und an die Stelle der bisherigen Parteiführer ganz andere Namen traten?

Bundesrat und bürgerliche Mehrheit haben den Marxismus von dieser Sorge befreit. Statt die Kriseninitiative als ersten Versuch einer neuen „Front der Arbeit“ zu verstehen, die weiteste Kreise des Volkes aus der marxistischen Umklammerung befreien wollte, statt der neuen Strömung die Hand zu reichen und sie sofort positiv zur Mitarbeit heranzuziehen oder ihr wenigstens die gebührende politische Achtung zu erweisen, statt die neuen Kräfte als Träger neuer Möglichkeiten zu begrüssen, stiessen sie sie zurück. In völliger Verkenning der wahren Sachlage machen sie aus der Kriseninitiative ein „marxistisches“ Machwerk und geben dem Kampfe eine Zuspitzung, die er gerade nicht haben sollte: das Entweder-Oder um den Marxismus. Das Volksbegehren, als erste entscheidende Abkehr vom Marxismus, als Kernpunkt einer neuen durchaus schweizerischen Sammlung gedacht und als solcher von den sozialistischen Führern auch richtig erkannt, wird dadurch in seinem Wesen und in seiner Absicht verfälscht. Jetzt erst wird es zu einem staatssozialistischen Werke gemacht, bei dem die sozialistischen Führer, die vorher nicht einmal Gevatter sein wollten, freudig die Vaterschaft übernehmen. Durch das Verhalten des Bundesrates und der bürgerlichen Mehrheit wird die „Front der Arbeit“, die ihr Kind nicht im Stiche lässt, nach links abgedrängt, während sie gerade von links loskommen wollte. Jetzt hat Herr Reinhard den Kampf dort, wo er ihn haben wollte; freudestrahlend fährt er als dicke Bertha des schweizerischen Marxismus in Position, um den parteipolitischen Sieg auszuschlachten, den ihm der Bundesrat schon vor Beginn der Schlacht zugeschanzt hat. Jetzt kann man in aller Offenheit Propaganda für die „Front der Arbeit“ machen und dabei erklären, dass diese Front aus Sozialisten und Kommunisten bestehe, wie dies bereits in Basel gesagt wurde.

Aber diese völlige Verkenning der politischen Hintergründe der Kriseninitiative ist kein Zufall. Man braucht nur die führenden Blätter des Bürgertums zu lesen, um alles zu verstehen. Die jetzige Bundesratswahl liegt in derselben Linie: man wechselt die schweizerische Eidgenossenschaft mit einer Aktiengesellschaft und glaubt, ein erfolgreicher Verwaltungsrat sei imstande, die bedrohte Firma wieder aufzurichten und eine parteipolitische Dividende herauszuwirtschaften. Dabei vergisst man, dass gerade die hervorragendsten Schweizer am wenigsten darauf versessen waren, für ihre persönliche Bereicherung zu sorgen, nicht weil sie zu dumm waren, sondern weil ihnen dies zu unwürdig und vielleicht auch zu schmutzig war.

Ich rechne es meinem verehrten Gegner, Herrn Nationalrat Saxer und seinen politischen Freunden aus der Ostschweiz und Basel hoch an, dass wenig-

stens sie diese politische Lage richtig verstanden haben. Sie machten den Versuch, einen Gegenvorschlag einzubringen. Sie taten es nicht, um den angeblichen Staatssozialismus abzuschwächen. Sie taten es, weil sie erkannten, dass die Kriseninitiative gar keinen Anlass zum bundesrätlichen Entweder-Oder bot und weil sie nicht mit einer blossen Negation vor das Volk treten wollten.

Hauptsächlich aber taten sie es deshalb, weil sie die neu erwachten politischen Kräfte nicht nach links abdrängen, sondern positiv für einen neuen gemeinsamen Aufbau gewinnen wollten. Das war politisch richtig gedacht. Aber der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit verstanden das nicht und so muss der Kampf denn eben ausgefochten werden.

Noch aus einem andern Grunde hätte man erkennen müssen, dass Kriseninitiative keine Förderung, sondern im Gegenteil eine Schwächung der marxistischen Ideologie bildet. Wäre man nicht in der Engherzigkeit des historischen Parteikampfes befangen, so hätte man erkannt, dass die sozialdemokratische Partei ihren Tageskampf schon längst nicht mehr mit marxistischen Argumenten führt. Von Sozialisierung ist keine Rede mehr. Die Führer scheinen zu wissen, dass heute Tausende von Bauern, Handwerkern und Unternehmern ihren Gewerbetrieb mit Freuden gegen blossen Uebernahme aller Schulden dem Staate abtreten würden. Vermutlich gibt es sogar Banken, die sich heute mit Haut und Haar, Aktiven und Passiven einer Sozialisierung fügen würden. Doch redet man nicht mehr davon.

Dafür aber redet man von Abbau, Deflation und Wechselkurs. Ist es wirklich möglich, dass man diese vollständige Preisgabe der marxistischen Ideologie übersehen konnte? Die Kriseninitiative setzt an die Spitze den Kampf gegen die Deflation; das tun auch die Sozialisten, aber keineswegs sie allein. Die Basler Radikalen z. B. haben diesen Kampfruf als zügigste Wahlparole verwendet. Aber da muss ich doch mit allem Nachdruck darauf hinweisen, dass gerade diese volkswirtschaftlichen Streitfragen freiwirtschaftliches Gedankengut sind und von uns stammen. Wir haben das Problem der Deflation auf die Tagesordnung gesetzt; wir reden von Wechselkurs und Währung, Preiszerfall und Schuldenerhöhung. Wir haben in diesen Dingen Terminologie und Erkenntnis geliefert. Ich muss immer wieder darauf hinweisen, dass sowohl die Sozialdemokratie als auch Dr. Laur noch 1921 Preisabbau verlangt haben. Diese Feststellung ist notwendig, um jede Entstellung und Verschiebung unmöglich zu machen.

Die Sozialdemokratie hatte, soweit sie als Vertreterin des Marxismus zu betrachten ist, überhaupt nichts mehr, um einen erfolgreichen Kampf gegen die Krise zu führen. Aber wie Herr Schulthess bei der Sozialdemokratie, so hat diese bei uns ihre geistigen Anleihen gemacht. Wir haben sie gerne und zinslos gegeben, denn uns geht es um die Sache. Aber ist es nun nicht geradezu grotesk, dass Sie durch Ihre Stellung zur Kriseninitiative neuerdings den Marxismus stärken, der von seinen eigenen Leuten ganz in den Hintergrund gestellt worden war?

Ich bedaure diese ganze Entwicklung. Ich bedaure, dass die politischen Hintergründe der Krisen-

initiative in derart unbegreiflicher Weise verkannt worden sind. Es geht nicht um den Staatssozialismus, an den uns Herr Schulthess schon längst gewöhnt hat, es geht um die Auflockerung der marxistischen Front, um eine neue Sammlung politisch lebendiger und wertvoller Kräfte, um eine neue Verbindung, ein neues Vertrauen zwischen Volk und Regierung. Das alles haben Sie durch die Ablehnung und Brandmarkung der Kriseninitiative als marxistisches Machwerk unmöglich gemacht. Sie stossen die Kräfte zurück, die sich Ihnen angeboten haben und Sie verstärken im Volke den Eindruck, dass die jetzige Regierung parteipolitisch zu stark gebunden ist, um noch irgendwelche Hoffnungen zu rechtfertigen.

Durch diese unnötige Zuspitzung bringen Sie die Landesregierung und die Politik überhaupt in eine fast unlösbare Schwierigkeit.

Was geschieht bei Verwerfung der Kriseninitiative? Ist damit irgend ein Problem gelöst? Nein, denn:

1. Die jetzigen Spannungen bleiben bestehen.
2. Wird die Verwerfung durch einseitige Verwendung der staatlichen Mittel — Radio, Bundesräte — erreicht, so bleibt eine bedenkliche Verbitterung zurück.
3. Wird die Verwerfung als Zutrauensvotum für den Bundesrat betrachtet, so verschärfen sich die Spannungen.
4. Dabei bleiben alle bisherigen Probleme bestehen und eine Lösung muss doch gesucht werden.

Wird die Kriseninitiative angenommen, was dann?

Der Bundesrat betrachtet sie einstimmig als unannehmbar, weil sie staatssozialistisch und mit seiner Weltanschauung in Widerspruch ist. Daher ergibt sich als notwendige Folgerung der Rücktritt der ganzen Regierung.

Es ist ja allerdings fraglich, ob alle Bundesräte zurücktreten würden. Es scheint solche zu geben, die trotz ihrer freisinnigen Weltanschauung ein staatssozialistisches Programm ausführen würden, um im Amte zu bleiben.

Was aber geschieht bei einer solchen Demission? Eine rein sozialistische Regierung? Das kommt nicht in Frage. Innenpolitisch nicht, weil das Parlament aus verschiedenen Parteien besteht. Aussenpolitisch auch nicht, weil gegenwärtig eine rein sozialistische Regierung eine Belastung wäre.

Dazu kommt: Es hat keinen Sinn, eine rein parteipolitisch gebildete Regierung der einen Seite durch eine solche der andern Seite zu ersetzen.

Aber die Front der Arbeit allein könnte die Regierungsbildung auch nicht übernehmen. Also bleibt nur eine Koalition. Das wäre die einzige Lösung; aber sie setzt den unmöglichen Fall voraus, dass einzelne Parteien und Bundesräte freiwillig auf ihre Position verzichten würden.

Die Zuspitzung „Staatssozialismus oder nicht“ ist schon deswegen unrichtig, weil das zentrale Problem bestehen bleibt, das nicht die Krisen-

initiative, sondern die Wirtschaft selber aufgeworfen hat: das Problem der Deflation. Die Kriseninitiative hat dieses Problem mit Recht an den Anfang gestellt: Bekämpfung des allgemeinen Abbaues der Löhne und Preise.

Aber es beruht auf Missverständnis oder Unkenntnis, darin ein Verbot zu erblicken, Preise oder Löhne herabzusetzen. Denn Preise und Löhne werden durch die Wirtschaft, durch Angebot und Nachfrage diktiert. Darum ist eine einzelne Herabsetzung keine „Deflationspolitik“. Sie ist höchstens ein erzwungenes Nachgeben gegenüber einem Druck, dem jedes Unternehmen und jedes Gemeinwesen untersteht.

Schutz von Preis und Lohn ist in allen Vorschlägen enthalten. Aber es ist unmöglich, Preise und Löhne auf die Dauer durch staatliche Eingriffe zu schützen. Deflation ist, genau wie Inflation, eine Frage der Währungsverwaltung, der allgemeinen Preisbildung. Darin liegt wohl der tiefste Grund für die leidenschaftliche Ablehnung der Kriseninitiative. Sie stellt dieses Problem, das Problem der Preisbildung überhaupt, in den Vordergrund und nähert sich damit den Ursachen der Krise, im Gegensatz zu den andern Vorschlägen die sich nur um die Folgen der Krise kümmern.

Aber können wir überhaupt die Folgen auf die Dauer bekämpfen, ohne uns mit den Ursachen zu befassen? Hier liegt die *pièce de résistance*: Man weiss, dass die Krise untrennbar mit dem Währungsproblem verbunden ist; aber man will darüber nicht reden, weil man entweder nicht reden kann oder nicht darüber reden darf. Ich halte nun allerdings keinen Vortrag über Währung und Preisbildung. Ich begnüge mich mit der Behauptung: Hier liegt der Kern des Problems. Und wenn mir Herr Schöpfer vorwirft, ich hätte bloss Kritik und keine positiven Vorschläge, so antworte ich: Es ist schliesslich nicht meine Aufgabe, unsere positiven Vorschläge bei jeder Gelegenheit wieder vorzubringen. Zudem sollte ein Politiker mit den Gesetzen der Preisbildung vertraut sein, bevor er wirtschaftliche Fragen entscheidet und praktische Wirtschaftspolitik treibt und nicht erst nachher. Immerhin kann ich hier eine gewisse Unvertrautheit verstehen: Wer so stark beschäftigt ist mit der Frage der Regierungsbildung, der hat natürlich keine Zeit, auch die Frage der Preisbildung zu studieren.

Abgesehen von den politischen Gründen ist es dieser eine Gedanke — die Bekämpfung der Deflation — der uns Freiwirtschaftler veranlasst, trotz unseren Bedenken gegen staatssozialistische Einzelheiten für die Kriseninitiative einzutreten. Denn hier allein liegt der Keim zu einer neuen Wirtschaftspolitik. Hier allein liegt auch der Keim, um jede Bedrohung des Frankens abzuwehren. Aber auch darüber will ich nicht reden, weil Sie ja vom Währungsproblem nichts wissen wollen; „non leguntur“; es wird nicht gelesen, nicht darüber gesprochen. Daher kann auch ich warten, bis die Sprache der Tatsachen, die Sprache der Wirtschaft selbst vom Währungsproblem reden wird.

Seit 15 Jahren raten und warnen wir ohne Unterbruch. Es hat nichts genützt. Wir haben

1915 vor der Inflation und ihren Folgen gewarnt; es hat nichts genützt. Wir haben vor dem Silber der lateinischen Münzunion gewarnt; es hat nichts genützt. Wir haben 1921 vor der Deflation gewarnt; es hat nichts genützt. Wir haben 1929 vor der Wiedereinführung der Goldwährung gewarnt; es hat nichts genützt. Wir haben die Krise schon 1929 mit allen ihren Einzelheiten vorausgesagt; es hat nichts genützt. Seit Beginn der Krise verlangen wir eine zielbewusste Versorgung der Wirtschaft mit Geld, weil hier die Ursache des ganzen Zusammenbruches liegt; es hat nichts genützt.

In England bezeichnete Churchill die Rückkehr zur Goldwährung als Ursache der ganzen Krise; die schweizerischen Politiker überhörten die Mahnung. England verliess die Goldwährung; das sagte Ihnen nichts. Die Nordstaaten, weitere 60 Staaten taten dasselbe; das sagte Ihnen nichts. Am 11. März 1933 erklärte Herr Bachmann, die Goldwährung ruhe auf der unerschütterlichen Säule des Dollars und des französischen Frankens. Wir lachten ihm ins Gesicht; am 12. März hob USA die Goldwährung auf; das sagte Ihnen nichts. Japan schlägt die ganze Welt durch seinen Wechselkurs; das sagt Ihnen nichts. Daladier, der freisinnige Franzose und Ministerpräsident, wird Freiwirtschaftler; das sagt Ihnen nichts. Flandin schickt den bisherigen Gouverneur der Notenbank weg und versucht eine Kreditausweitung, um der Wirtschaft zu helfen; das sagt Ihnen nichts. Belgien büsst seine währungspolitische Handlungsfreiheit vollständig ein und muss den Goldstand aufgeben; das sagt Ihnen nichts. In der Neuen Zürcher Zeitung vom 28. März 1935 steht wörtlich: „Die Krisenverschärfung in Frankreich ist um so logischer, als man hier das Mittel der Währungsabwertung — vorläufig wenigstens — ablehnt und dem Goldstandard treu bleibt. Das bedeutet, dass das Verbleiben beim Goldstandard die Krise verschärft und dass Frankreich nur noch vorläufig beim Goldstandard bleibt“; das sagt Ihnen nichts, obwohl es in der Neuen Zürcher Zeitung steht.

Da demnach alle diese Dinge, deren welthistorische Bedeutung bald klar genug sein wird, Sie nicht zu näherer Prüfung des Währungsproblems und damit der Frage der Deflation, der Preisertrümmerung, veranlasst, so habe ich wahrhaftig keinen Grund, Sie mit solcher Dingen zu langweilen.

Die Kriseninitiative enthält allerdings die kategorische Forderung, alle Mittel und Möglichkeiten des Staates für das Wohl des Volkes einzusetzen und der Preisertrümmerung ein Ende zu bereiten; aber da Sie gerade dieses Problem nicht aufgreifen wollen, kann auch ich darauf verzichten, obwohl es das Zentralproblem der Initiative, der Krise und der Wirtschaft überhaupt ist.

1. Darum beschränke ich mich auf die Rolle der Cassandra: ich warne vor kommendem Unheil.

Die grossen Grundgedanken der Kriseninitiative sind auch für einen Bürgerlichen annehmbar:

- a. Bekämpfung der Krise mit allen Mitteln.
- b. Kampf der Deflation.
- c. Beiziehung des werktätigen Volkes aller Schichten zur Mitarbeit in dieser schweren Zeit.

Neben diesen grossen Grundgedanken und im Hinblick auf die bisherige Politik verlieren die wirklich staatssozialistischen Forderungen ihre Bedeutung.

2. Auf die Formulierung kommt es nicht an. Eine Verständigung, etwa wie sie Herr Dr. Saxer angestrebt hat, wäre durchaus möglich gewesen. Die Zuspitzung der ganzen Fragestellung ist grundlos.

3. Aber man will den Kampf, die angebliche grundsätzliche Entscheidung. Sie kommt in keinem Fall: Das Problem bleibt bestehen und verschärft sich. Aber ich sehe keine Möglichkeit, dass dieses Problem rechtzeitig und ohne Erschütterung gelöst werde. Zu den Sorgen des Alltags kommt nun noch der Kampf mit seiner ganzen Verhetzung.

4. Dabei stehen wir in Europa einer politischen Lage gegenüber, in der das Schlimmste möglich erscheint: Unsere wirtschaftliche Kriegsbereitschaft ist durch die Krise vernichtet, unsere finanzielle ebenfalls. Die Krise erdrückt das Volk und die politischen Gegensätze sind schärfer als je. In einer solchen Verfassung stehen wir mitten in einem Kontingent, dessen Friede nicht einmal auf einen Monat gesichert ist.

5. Hingegen will ich mit aller Deutlichkeit die Verantwortlichkeit feststellen: Die Verantwortung an der heutigen politischen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz trifft ausschliesslich den Bundesrat, seine Berater und seine bürgerliche Mehrheit. Die Berufung auf die Folgen einer angeblichen Weltwirtschaftskrise hält nicht stand. Die Berufung darauf, man habe alle Möglichkeiten objektiv geprüft, entspricht nicht den Tatsachen. Wir können den Nachweis erbringen, dass wir seit 20 Jahren unaufhörlich auf die entscheidende Bedeutung der Währung für das Wirtschaftsleben des Landes hingewiesen haben. Wir haben nicht nur kritisiert und auf Fehler und Gefahren aufmerksam gemacht. Wir haben positive, gangbare Wege gezeigt, die dadurch nicht schlechter werden, dass man sie lächerlich machte.

Jetzt haben uns die Tatsachen Recht gegeben, auch in bezug auf die wirtschaftliche und politische Lage des Landes. Es will etwas heissen, wenn ein Mann wie Robert Grimm, der Kämpfer des Marxismus, sich über die Schranken seiner Partei erhebt und sogar seine Gegner zur Sammlung ruft. Wir haben das schon lange getan; gerade die Kriseninitiative sollte das Werk einer solchen Sammlung, einer grossen gemeinsamen Anstrengung sein. Wir übersehen ihre Schwächen keineswegs. Aber war es notwendig, aus diesem Versuch ein widerwärtiges Gezänk um angebliche Grundsätze zu machen, die schon längst begraben sind?

Man hat eine politisch bedeutsame Stunde verpasst, und ich fürchte sehr, dass die Folgen nicht ausbleiben werden. Das Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Führung ist vollständig erschüttert. Durch schöne Worte und Halbheiten wird es nicht wieder gewonnen. Diejenigen, die ein von 330,000 Bürgern unterzeichnetes Volksbegehren zum Gegenstand eines erbitterten Kampfes statt zum Kernpunkt einer gemeinsamen Anstrengung machen, übernehmen eine Verantwortung, die ich nicht tragen möchte.

M. Evéquoz: J'ai le sentiment que les deux discours que nous venons d'entendre n'étaient pas destinés à nous convaincre, mais plutôt à rassurer la majorité du peuple suisse sur les effets et les conséquences de l'initiative que nous discutons.

M. Klöti nous a dit: Ce sont là des mesures provisoires, qui dureront 5 ans, 10 ans au maximum, et qui pourront ensuite être transformées ou abrogées. Il nous a dit même que cette initiative n'était pas du tout une initiative socialiste. Et enfin, il nous a affirmé que pour la Confédération, la dépense — si l'initiative était acceptée — s'élèverait à environ 100 millions de francs par an, soit à 500 millions en tout, et que le peuple dans l'ensemble de la Confédération pouvait bien tout de même supporter ce nouvel effort.

M. Sonderegger, de son côté, nous a dit: Mais l'initiative ne contient rien de nouveau au point de vue principes; ce n'est que la suite de ce que nous avons adopté, réalisé déjà, et la suite de la politique pratiquée jusqu'à présent.

Messieurs, je voudrais répondre que les paroles des parlementaires s'envolent, mais que les textes constitutionnels restent. C'est donc le texte même de l'initiative que nous devons examiner pour apprécier les conséquences que cela peut entraîner.

Je n'ai pas l'intention de reprendre toutes les questions qui se rattachent à cette initiative de crise. Mais je voudrais en extraire, en souligner quelques-unes, pour mieux démontrer combien les effets de cette initiative sont dangereux et en face de quelles réalités elle nous placera.

Messieurs, première question. Quel est le caractère de cette initiative? Est-ce en réalité, comme M. Klöti le prétend, une mesure passagère, temporaire, qui n'a pour but que de combattre les effets de la crise et qui doit disparaître si jamais la crise elle-même venait à disparaître également? Ou bien est-ce plus que cela? N'est-ce pas, au contraire, un système nouveau, une politique nouvelle que l'on veut introduire sous la forme d'une révision constitutionnelle?

Sans doute, d'après le texte même, les patrons de l'initiative ont été assez avisés pour feindre de donner à l'initiative un caractère provisoire et temporaire. L'application de l'initiative sera valable pendant 5 ans, disent-ils, période qui pourrait toutefois être prolongée d'un nouveau lustre par l'Assemblée fédérale.

Mais en réalité, et à l'examen de l'ensemble de l'initiative, on constate bien qu'il s'agit d'une modification si profonde dans le régime politique de la Suisse qu'on ne prévoit guère la possibilité d'abandonner au bout des cinq premières années d'application toutes les dispositions qui auront découlé de l'adoption pratique de l'initiative que nous discutons.

Aussi, ai-je sur ce point également le sentiment que cette limitation dans la forme à cinq ou dix années de durée n'a qu'un seul but: tranquilliser le peuple en soutenant devant lui que tout cela ne revêt aucun caractère de gravité extraordinaire, que tout cela est si anodin qu'au bout de 5 ou 10 ans on pourra aisément revenir à une politique différente, si ce retour est inspiré ou indiqué par les circonstances.

Je crois, encore une fois, qu'il n'y a pas d'illusion à se faire et que si le régime nouveau que comporte l'initiative est accepté par la majorité du peuple suisse, nous le subirons, ce régime nouveau, et nous le subirons pendant beaucoup plus longtemps que 5 années comme le pensent, ou comme le disent du moins, les patrons de l'initiative. Ce régime, que l'initiative nous propose et que je considère comme un régime nouveau, quel est-il, Messieurs? C'est le texte même de l'initiative qui nous le dit. Là encore, les initiants, au moins d'après les interprétations que nous venons d'entendre, ne me paraissent pas agir avec une très grande franchise. Car le texte est le suivant:

«La Confédération prend les mesures nécessaires pour combattre la crise. Ces mesures ont pour but d'assurer des conditions d'existence suffisantes à tous les citoyens suisses.» Cela, Messieurs, veut dire (et cela ne peut pas vouloir dire autre chose), que la Confédération assure à chaque citoyen suisse des conditions d'existence suffisantes. Lorsqu'on soumet au peuple une disposition de principe aussi claire que celle-là, si le peuple, dans sa majorité la vote, on a l'obligation de s'y tenir et d'en assurer la réalisation. Par conséquent, comme le Conseil fédéral, du reste, l'a parfaitement dit, c'est en réalité la socialisation de notre vie économique que l'on propose au peuple suisse. Toutes les dispositions qui suivent ne constituent que des normes que les initiants ont cru pouvoir préconiser pour atteindre le but visé: assurer à chacun des citoyens une existence suffisante; mais ce ne sont là que des moyens qui font mieux ressortir l'importance du principe lui-même.

La politique économique et sociale pratiquée jusqu'à ce jour dans notre pays est inspirée du principe que chacun doit subvenir à lui-même, faire face à ses charges individuelles, charges sociales et de famille qui lui incombent, et que l'Etat ne doit intervenir qu'à titre subsidiaire pour soutenir l'effort individuel là où il est établi que l'individu est trop faible et se trouve en présence de difficultés insurmontables. Pendant la guerre, après la guerre, on a fait une application très large de cette doctrine de l'intervention de l'Etat, une application trop large peut-être, car il est possible que là précisément réside une des raisons qui ont pu faire croire aux initiants que le peuple était mûr pour adopter définitivement la réalisation de l'Etat nourricier, de l'Etat-providence se substituant à l'individu et assumant les charges qui incombent à celui-ci. Le texte que je viens de vous rappeler dit d'une façon précise que l'Etat doit se substituer à l'individu, le remplacer dans les tâches naturelles, humanitaires, qui sont l'apanage et la gloire de l'activité humaine, de la liberté de l'homme et des responsabilités qui en découlent. La situation est donc bien claire: ce sont les pouvoirs publics se substituant à l'individu, l'effort collectif remplaçant l'effort individuel qui doit assurer la situation économique de chaque citoyen suisse.

Mais, Messieurs, quelles sont les conséquences morales d'un pareil principe, quel sera le résultat de la mise en pratique d'une pareille doctrine? L'homme, avec ses faiblesses naturelles, a besoin d'un stimulant. Il faut qu'il sente la nécessité d'agir, il faut qu'il sente sa responsabilité; il faut que son

énergie soit soutenue par un but à atteindre. L'homme lui-même, et par conséquent la collectivité, ne peuvent se développer que par l'effort individuel et le sentiment de la responsabilité. Enlevez l'un et l'autre et vous paralysez cette ascension bien-faisante du peuple vers toujours plus de bien-être et de prospérité. Dites donc au jeune homme qui doit préparer lui-même son avenir, que dorénavant et en vertu de la doctrine nouvelle, il n'a plus à se préoccuper de ce qu'il fera, que l'Etat y pourvoira . . . ; dites à un père de famille que les efforts qu'il a accomplis pour remplir ses devoirs sociaux ne sont plus nécessaires, que l'Etat y suppléera, vous briserez ainsi le ressort qui tend les énergies et qui fait les volontés agissantes.

On ne saurait trop mettre en évidence ce côté moral de la question, car, à mes yeux, c'est de la répercussion de cet argument moral devant les masses populaires que dépend le résultat de l'initiative. Ce n'est pas en allant discuter devant le peuple de tel ou tel article de l'initiative, des effets qu'ils peuvent avoir, mais c'est en évoquant le côté moral, c'est en insistant sur les conséquences et les effets funestes de l'initiative que, je l'espère, on provoquera une réaction de la part du peuple suisse et que l'on recueillera les effets de cet appel à la moralité.

Pour moi, ces considérations sont essentielles, parce qu'elles définissent le caractère et la tendance de l'initiative et que, d'autre part, elles en fixent les effets.

Il y a évidemment bien d'autres raisons pour combattre l'initiative. Au point de vue fédéralisme d'abord, remarquez que, dans cette initiative, tout est organisé, tout est dirigé, tout est réglementé par la Confédération, tout comme si les cantons avaient disparu et ne représentaient plus qu'un vague souvenir historique. Les initiants ne se souviennent des cantons que pour dire que la Confédération «peut» faire appel aux cantons et aux organisations économiques pour l'accomplissement de ces tâches. On met donc sur le même pied les organisations économiques et les cantons, oubliant que ces derniers sont des Etats souverains ou, tout au moins, des Etats qui, dans le texte aussi bien que dans l'esprit de la Constitution, comme dans la tradition historique, se partagent la souveraineté avec la Confédération.

Et puis on dit : La Confédération peut faire appel aux cantons ; ce qui laisse la porte ouverte, à l'exclusion complète des cantons de toute participation à la vie économique nouvelle. Les fédéralistes qui ont le sentiment de la nécessité du maintien de notre Etat fédératif et qui sont convaincus que l'existence même de la Suisse en dépend, ne peuvent pas rester indifférents à des dispositions de cette nature. Ils ne peuvent pas admettre que l'on fasse des cantons de simples organes administratifs.

Ensuite, l'initiative contient l'attaque la plus violente, que l'on n'ait jamais vue contre la démocratie ; elle substitue aux droits et aux prérogatives du peuple la dictature du parlement. Je ne parle pas de toutes les mesures administratives qu'il faudra prendre souverainement et directement sans consultation populaire. Mais, à ce point de vue, je voudrais surtout attirer votre attention sur le côté financier. Pour exécuter ce plan économique, il faut

certainement de l'argent, beaucoup d'argent. M. Klöti, je le disais tout à l'heure, a réduit au chiffre de 100 millions l'importance des ressources financières qui seraient nécessaires pour l'exécution de ce plan. Je veux me dispenser de rechercher si notre collègue n'a pas intentionnellement beaucoup trop réduit la somme qui serait effectivement requise, afin précisément de pouvoir apporter la preuve que l'on peut aligner les millions dont on a besoin. Mais, quoi qu'il en soit, et l'initiative le dit, il faudra des ressources nouvelles. Les initiants les entrevoient sous la forme d'emprunts ou sous celle de ressources ou recettes courantes.

Mais les emprunts, qu'ils soient faits sous la forme d'obligations à prime ou d'obligations ordinaires, sont toujours des emprunts dont il faut servir et l'intérêt et l'amortissement. D'autre part, pour ce qui concerne les recettes courantes, comment peut-on sérieusement parler de recettes courantes destinées à des buts nouveaux, alors que l'on sait pertinemment que les recettes courantes, outre qu'elles ne suffisent pas à couvrir les dépenses ordinaires, conduisent à un déficit de plus de 50 millions. Il faudrait donc que la Confédération se procurât des recettes nouvelles, et elles ne peuvent se trouver que par l'impôt. Les initiants n'ont rien imaginé de neuf. Pour se procurer de l'argent, un Etat doit recourir, soit aux emprunts, soit aux impôts nouveaux. Pas moyen de sortir de là.

Sans doute, dans l'esprit des initiants, — tout au moins, je le suppose — ces recettes nouvelles pourront être assurées à la Confédération par l'impôt direct sur la fortune acquise. Comme ils sont des adversaires traditionnels des impôts indirects, ils s'imaginent que c'est l'impôt direct, l'impôt sur la fortune, qui va suffire à tous les besoins, alors qu'ils savent — et les statistiques sont là pour le prouver — que les impôts tels qu'ils existent aujourd'hui sont déjà très lourds pour la propriété acquise et que, étant donné la dépréciation de la fortune, les charges deviennent de plus en plus lourdes.

Mais tout cela serait encore secondaire si on envisageait l'intervention du peuple pour sanctionner tous ces impôts. Mais non ! les initiants tracent d'un coup de crayon tous les droits populaires consacrés par la Constitution au point de vue financier et ils disent que, pendant 5 ans, pendant 10 ans, les Chambres fédérales décréteront les mesures qui seront nécessaires pour l'exécution de l'initiative. C'est donc sans consulter le peuple, sans lui demander son avis, que les Chambres fédérales vont, souverainement et en vertu d'un texte constitutionnel, décréter que tel impôt sera institué, qu'on créera un impôt spécial pour faire face aux besoins de l'initiative — qui aurait été acceptée par le peuple — que l'on créera tel impôt direct ou indirect, etc. Tout cela sera fait par une simple décision des Chambres, et on peut dire sans crainte d'être démenti, que cela équivaut à la substitution des Chambres fédérales au peuple suisse dans tous les droits qui lui étaient accordés, au point de vue financier, par la Constitution.

A ces différents points de vue — et comme je vous l'ai dit, je ne veux pas entrer dans les détails — je considère que l'initiative constitue la menace la plus grave qui ait jamais plané sur l'état politique, économique et social de la Suisse. Elle signifie la

socialisation de la Suisse. Toutes les affirmations contraires ne parviendront pas à détruire cette conviction.

C'est pourquoi, comme nous n'avons confiance ni dans le socialisme, ni dans la socialisation, nous prétendons qu'adopter l'initiative équivaut à aller au devant de la ruine de la Suisse.

On a beaucoup parlé d'un contre-projet. Tout à l'heure encore, M. Sonderegger y a fait allusion. Il importe donc d'examiner, en quelques mots, si vraiment il eût été opportun d'opposer un contre-projet à l'initiative proposée.

Ce contre-projet pourrait avoir deux buts. Le premier, ce serait de faire une avance, une concession aux partisans de l'initiative, en adoptant certaines dispositions qu'elle contient. Le second but serait de retarder le vote populaire.

Pour ce qui concerne le premier point, l'initiative se pose incontestablement sur un terrain de principe: substituer l'action de l'Etat à l'effort privé. Or, comment peut-on, si on combat le principe lui-même, présenter un contre-projet? On est pour ou contre la socialisation; on ne peut prendre une attitude intermédiaire. Il eût été possible de présenter un contre-projet si l'initiative n'avait pas contenu le principe proclamé aux deux premiers alinéas et si l'on s'était borné à examiner quelles sont les mesures qu'on pourrait prendre pour faire face à la crise. Il est évident qu'on aurait pu imaginer toute espèce de solutions ou de suggestions propres à combattre la crise. Mais, sur le principe même, il n'y a pas de transaction possible et un contre-projet ne pourrait qu'affaiblir l'attitude des opposants.

D'autre part, je me demande quel serait l'effet produit sur l'ensemble du peuple suisse si dans ces conditions, on lui présentait un contre-projet. Il aurait immédiatement le sentiment que, sur le principe même, les Chambres n'ont pas une opinion bien arrêtée et qu'il y a flottement, puisqu'on oppose un contre-projet au projet initial. C'est ainsi que, pour ce qui me concerne, je n'aurais jamais pu me rallier à l'idée d'un contre-projet. Le Conseil fédéral, du reste, dans son message, a expliqué d'une façon très précise et complète l'impossibilité qu'il y a à ce point de vue de présenter, dans les circonstances données, un contre-projet.

Le second but qu'on aurait pu chercher à atteindre, eût été celui de retarder la votation populaire. Le contre-projet aurait pu être discuté dans les deux Chambres, il est probable qu'il aurait été discuté dans le courant de l'année et que la votation ne serait pas intervenue avant l'année 1936.

On aurait pu donc escompter un renvoi d'une année. Mais je pense que ce serait une erreur de tactique de provoquer ce retard, parce que le temps ne travaille pas pour nous et qu'il est possible, voire vraisemblable, que si on devait voter dans une année seulement, la situation serait non seulement aussi mauvaise qu'aujourd'hui, mais encore pire.

D'autre part, ici aussi c'est le Conseil fédéral qui nous le dit avec beaucoup de clarté, cette initiative a une importance telle qu'aussi longtemps qu'elle n'est pas liquidée, on ne peut rien entreprendre de définitif. Notre situation finan-

cière dépend des résultats de cette initiative et pendant ce temps-là, l'incertitude règne. Même à l'étranger, il y a une certaine hésitation, il se manifeste un doute, parce qu'on sent parfaitement la portée financière que peut avoir l'initiative sur les finances de notre pays. Cette incertitude n'est favorable ni au cours de nos valeurs, ni à notre bon crédit, ni à l'argent ou aux valeurs déposées par l'étranger dans notre pays.

Donc, Messieurs, gagner du temps, à mon avis, aurait été une erreur, et je constate avec plaisir qu'à présent, il n'a plus été question d'un contre-projet dans notre Conseil.

La menace de l'initiative est grosse de conséquences. Ce ne sera pas de trop de tout l'effort des partis bourgeois pour la combattre. Car, à côté des graves conséquences dont je viens de signaler quelques-unes, il y a certainement, dans l'initiative des dispositions qui peuvent attirer l'électeur, surtout celui qui souffre et qui, particulièrement, se dira: «La situation étant telle qu'il faut essayer quelque chose d'autre, car mieux vaut tenter quelque chose de nouveau que de continuer dans la misère où nous sommes.»

Je pense bien tout de même que le peuple suisse, dans sa majorité, ne tiendra pas ce langage, si nous savons suffisamment l'orienter et le renseigner.

Cette lutte, à mes yeux, — le l'ai déjà dit —, doit se faire sur le terrain des principes et, à ce propos, Messieurs, je me permets, en forme de petite digression, de dire combien je trouve regrettable que, à la veille d'une votation aussi grave et aussi importante que celle-là, le Conseil fédéral ait cru pouvoir distraire l'attention du peuple suisse par le projet de répartition du trafic soumis au vote populaire le 5 mai prochain.

Etait-ce vraiment le moment de soumettre au peuple, un ou deux mois avant l'initiative de crise, cette question de partage du trafic qui, nécessairement, — que vous le vouliez ou ne le vouliez pas —, divisera les partis bourgeois? Etait-ce le moment de les diviser alors qu'il faut, au contraire, tâcher de réunir, de concentrer ces partis bourgeois en vue de l'effort à faire pour repousser l'initiative? Ce temps précieux, qui est très court, et dont nous aurions pu disposer, il faudra l'utiliser en partie pour défendre cette loi sur le partage du trafic!

Messieurs, je ne me rends pas très bien compte, comment le Conseil fédéral a pu être inspiré dans ce sens pour fixer au 5 mai prochain la votation populaire sur le partage du trafic.

Je n'envie pas du tout, Messieurs, le sort de ceux d'entre nous qui auront pour mission de défendre devant le peuple cette loi du partage du trafic et qui, devant le peuple également viendront combattre l'initiative, en invoquant la défense du fédéralisme, la lutte contre l'étatisation alors qu'un mois ou deux auparavant, ils auront défendu des dispositions qui portent incontestablement atteinte au fédéralisme, des dispositions qui sont dans le sens de l'étatisation et de la main mise de l'Etat sur une partie de l'activité économique.

Espérons, Messieurs, — car j'ai encore une confiance absolue dans le bon sens du peuple suisse — espérons qu'il comprendra; mais ce

n'est pas facile! Le peuple est simpliste; il aime la logique, il n'admet pas facilement qu'on vienne un mois après défendre ce qu'on a combattu un mois auparavant. Voilà pourquoi je dis que tout cela est regrettable.

Mais je termine en évoquant le bon sens du peuple. Malgré tout, Messieurs, les conséquences funestes qui découleraient de l'acceptation de l'initiative le feront sérieusement réfléchir et j'espère bien que, conformément à l'avis du Conseil fédéral, le peuple suisse, dans sa majorité, suivra les propositions qui lui seront faites par les Chambres fédérales.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 4. April 1935. Séance du 4 avril 1935, matin.

Vorsitz — Présidence: M. Béguin.

3222. Milchproduzenten. Bundeshilfe. Producteurs de lait. Aide.

Siehe Seite 21 hiervor. — Voir page 21 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 3. April 1935.
Décision du Conseil national, du 3 avril 1935.

Differenzen — *Divergences.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Fricker, Berichterstatter: Bei Art. 3 hatten wir die Streichung des Absatzes 2 beantragt, um für die Neuregelung die grundlegenden Bestimmungen im Frühjahr 1936 nichts zu präjudizieren. Der Nationalrat will diese Bestimmungen, die aus früheren Bundesbeschlüssen herübergenommen wurden, beibehalten. Er tut das in der Weise, dass er das Alinea 2 des Art. 3 als letztes Alinea dem Art. 2 angliedert. Das Volkswirtschaftsdepartement schliesst sich dieser Auffassung an, da es dieser Bestimmung etwelchen erzieherischen Wert beilegt. Wenn die Zweckbestimmung allfällig nicht verbrauchter Kredite gesichert bleibe, werde mit der Verwertung der bewilligten Subvention besser gehaushaltet werden. Ihre Kommission beantragt Ihnen, dem Nationalrat zuzustimmen, um kleine neue Differenz zu schaffen. Sie glaubt, das schon deshalb tun zu können, weil vorauszusehen ist, dass im nächsten Frühjahr neuerdings Hilfsmassnahmen zugunsten der Milchproduzenten und zur

Linderung der landwirtschaftlichen Not getroffen werden müssen.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Fricker, Berichterstatter: Hier hat der Nationalrat an dem von uns beschlossenen zweiten Alinea nur eine redaktionelle Aenderung vorgenommen, indem er das Wort einfügt „weitere“. Das hat seine Bedeutung, weil wir schon in früheren Bundesbeschlüssen ähnliche Bestimmungen aufgestellt haben, wie Sie sie in Art. 3 vorfinden. So ist es angezeigt, das Wort „weitere“ beizufügen. Wir beantragen Zustimmung zum Nationalrat.

Angenommen. — *Adopté.*

Motion des Nationalrats.

Motion du Conseil national.

Antrag der Kommission.

Ablehnung.

Proposition de la commission.

Rejet.

Fricker, Berichterstatter: Der Nationalrat hat eine Motion angenommen, lautend:

„Der Bundesrat wird eingeladen, wenn möglich auf die Junisession Bericht, Antrag und allfällige Kreditbegehren zu stellen, um die Viehpreise zu heben. Zu diesem Zweck sind unter anderm anzustreben: 1. die schweizerische Landwirtschaft wieder auf die betriebseigene Futterbasis zu stellen; 2. den übersetzten Kuhbestand wirksam herabzusetzen; 3. die Schweineproduktion einzuschränken.“

Die Kommission beantragt Ihnen Ablehnung der Motion. Es soll dem Nationalrat anheimgestellt sein, sie in ein Postulat umzuwandeln. Die Gründe, die uns zu diesem Antrag veranlassen, sind folgende: Nachdem der Bundesrat in Art. 3, Absatz 2, in imperativer Form verhalten wird, weitere Vorschriften über die Qualitätserzeugung und über die Einschränkung der milch- und viehwirtschaftlichen Produktion aufzustellen, halten wir die Motion für überflüssig. Im weiteren soll noch einmal erwähnt werden, dass im Jahre 1934 12,000 Kühe mehr geschlachtet worden sind als 1933. Aus dem Fleisch wurden Konserven und Fleischextrakt hergestellt, für die man jetzt schon nicht mehr genügend Absatz findet. Die ausserordentliche Schlachtung einer grossen Zahl Kühe würde daher unbedingt auf die Fleischpreise drücken. Sie hat zudem nur einen Zweck, wenn gleichzeitig die Aufzucht im Sinne einer Einschränkung geregelt wird. Das führt aber zu nur schwer durchführbaren Kontrollmassnahmen. Endlich ist zu sagen, dass für den Bund die Schlachtung von einigen tausend Kühen eine recht kostspielige Sache würde, da einerseits den Landwirten doch angemessene Preise bezahlt werden müssten und für das Fleisch nicht genügend Absatz vorhanden wäre.

Kriseninitiative. Begutachtung.

Initiative de crise. Préavis.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	3223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.04.1935
Date	
Data	
Seite	143-159
Page	
Pagina	
Ref. No	20 031 859

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Die Bewilligung neuer grosser Kredite würde nötig. Ihre Kommission vertritt aber die Auffassung, dass bei der gespannten Finanzlage über die bewilligten 40 Millionen unmöglich hinausgegangen werden könne. Sie konnte daher der auf Seite 48 der Botschaft vertretenen Ansicht des Bundesrates, die den Milchverbänden weitere Hilfe in Aussicht stellt, für den Fall, dass der Ausfall grösser werden sollte als berechnet, nicht beipflichten. Um so weniger könnte sie die Bewilligung weiterer Millionen zur Durchführung einer ausserordentlichen Schlachtung empfehlen.

Aus diesen Gründen beantragen wir Ihnen, der Motion nicht zuzustimmen.

Angenommen. — *Adopté.*

Schlussabstimmung. — *Vote final.*
Für Annahme des Beschlussentwurfes 17 Stimmen
(Einstimmigkeit.)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

3224. Alpenstrassen-Initiative.

Begutachtung.

Routes alpestres. Préavis sur l'initiative.

Siehe Seite 127 hiervor. — Voir page 127 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 4. April 1935.
Décision du Conseil national du 4 avril 1935.

Differenzen. — *Divergences.*

Entwurf II, Art. 8.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Projet II, Art. 8.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Malche, rapporteur: Une seule divergence subsiste. Elle a trait à l'art. 8 dont nous avons discuté hier. Le Conseil des Etats, contrairement à la proposition de sa commission, a maintenu, par sa décision d'hier, la durée de 10 ans pour le subventionnement des routes alpestres. Le Conseil national vient, à son tour, de persister dans l'idée, déjà exprimée par lui, d'attribuer à cet arrêté 12 ans de validité.

Une raison milite en faveur de cette augmentation de deux ans sur la durée prévue: c'est la difficulté d'exécuter en deux lustres tous les travaux envisagés. En outre, cette prolongation permet d'augmenter le subside de deux fois 7 millions; c'est donc 14 millions de plus qui seront destinés à l'amélioration et au développement du réseau alpestre.

Votre commission, réunie tout à l'heure, est unanime à vous proposer de souscrire à la décision

du Conseil national. Nous vous recommandons ainsi, à l'art. 8, de vous rallier à ce chiffre de 12 années.

Rudin: Nachdem Herr Bundesrat Etter dem Sprechenden erklärt hat, dass sich der Bundesrat einverstanden erklären könne, wenn die Dauer des Beschlusses auf 12 Jahre erstreckt wird, namentlich deswegen, weil er hofft, mit der Zustimmung zu dieser Erstreckung den Rückgang der Initiative eher erwirken zu können, kann ich mich dem Antrage der Kommission anschliessen und auf die Wiederaufnahme meines gestrigen Antrages, es beim früheren Beschluss des Ständerates und des Bundesrates bewenden zu lassen, verzichten. Ich möchte also meinerseits dem Antrag der Kommission keine Opposition mehr machen, nachdem ich nicht päpstlicher zu sein brauche als der Papst und das ist in diesem Falle der Bundesrat.

Angenommen. — *Adopté.*

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes I 27 Stimmen
Dagegen 1 Stimme

Für Annahme des Beschlussentwurfes II 28 Stimmen
Dagegen 1 Stimme

An den Nationalrat und den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

3223. Kriseninitiative. Begutachtung. Initiative de crise. Préavis.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 143 hiervor. — Voir page 143 ci-devant.

M. Bosset: Après les débats si laborieux qui se sont déroulés au Conseil national, après les discours excellents qu'on a déjà entendus ici, il peut paraître quelque peu superflu de prendre encore la parole, et quelque peu osé de vouloir reprendre l'important problème dont la presse de tous les partis s'est déjà très abondamment occupée.

Cependant, j'estime de mon devoir de venir brièvement exposer les motifs pour lesquels la grande majorité de la Suisse romande — je parle plus particulièrement du canton que j'ai l'honneur de représenter ici — est nettement opposée à l'initiative de crise, dont nos collègues MM. Klöti et Sonderegger se sont faits les protagonistes au cours de la séance d'hier. Nous avons entendu notre collègue zurichois, appuyé par notre collègue appenzellois, prétendre que nous nous trouvions en présence d'un problème non pas politique, mais nettement économique.

Messieurs, nous soutenons exactement le contraire et nous osons affirmer ici que c'est sur le terrain politique que le problème doit être posé et résolu. Au surplus, nous affirmons aussi que l'une

des erreurs les plus graves que l'on commet chaque jour consiste à prétendre que la politique est dominée par les questions économiques. Il n'en est rien, c'est l'inverse qui est vrai. L'économie n'est que la trame sur laquelle la politique dessine ses figures. C'est ainsi que l'histoire de notre politique économique et sociale, au cours des cinquante dernières années, ne fait que refléter les étapes progressives d'une mentalité dont aujourd'hui nous recueillons les fruits amers.

Cette opinion, d'ailleurs, est partagée par de nombreux organes de la presse étrangère. Dans un article que j'ai sous les yeux, publié par le « Bulletin quotidien » français, édité à Paris par la Société d'études et d'informations économiques, je lis la phrase suivante qui résume assez bien cette opinion: « Il est donc inutile de critiquer à notre tour l'initiative de crise, ce serait d'ailleurs tout le socialisme qu'il faudrait critiquer. Néanmoins, on peut relever dans son texte quelques contradictions. Un pays qui pratique à l'extrême la protection est un pays de la vie chère, comment alors développer les exportations? Comment faire que les prix d'achat soient bas et les prix de vente élevés? Enfin, pourquoi ce titre d'initiative de crise? Le mot crise évoque quelque chose de passager, alors qu'une initiative ne peut qu'aboutir à un état de fait durable. A partir du moment où l'on a créé un équilibre économique artificiel, l'intervention ne peut que s'étendre et l'on arrive à un état si différent de l'équilibre naturel qu'il est impossible de revenir en arrière. »

C'est dire que l'avis que je viens d'exprimer ici n'est pas une opinion isolée, mais qu'il est partagé également par des personnes qui sont très au courant de toutes ces questions d'économie politique.

Au surplus, qu'il me soit permis de rappeler que l'initiative que nous avons à examiner aujourd'hui n'a, en réalité, pas du tout le caractère d'une innovation. Elle est le résultat, le prolongement d'un étatisme dont nous avons eu maints témoignages et qui a déterminé la formation des circonstances dans lesquelles nous vivons aujourd'hui. L'idée même qu'elle représente a déjà fait l'objet d'une initiative socialiste et d'une votation fédérale. Le 3 juin 1894, le peuple suisse rejetait par 308.000 voix contre 75.000 l'initiative dite « du droit au travail » qui ressemble à l'actuelle comme un frère. La même revendication reparait donc à 41 ans d'intervalle, ce qui montre bien qu'elle répond à un postulat permanent du socialisme suisse, à un but constant qu'il n'a cessé de poursuivre.

La seule différence essentielle que l'on puisse constater entre les deux projets, c'est que le premier était préconisé directement par les socialistes et représentait une conception révolutionnaire, tandis que déjà l'actuel n'est plus préconisé directement par l'extrême-gauche, mais par un soi-disant « front de travail ». Et qu'est-ce que ce front d'un nouveau genre, sinon le consortium de tous ceux à qui la politique des subventions et des réalisations sociales a profité? Qui trouvons-nous, en effet, dans ce fameux front de travail? Les fonctionnaires et les ouvriers des administrations publiques, du commerce et de l'industrie, qui, depuis 30 ans, ont obtenu toute une série d'avantages sociaux: le repos hebdomadaire, l'assurance contre les maladies et l'accident, la journée de 8 heures et

des salaires considérablement augmentés. A ce front de travail, nous trouvons également ralliés une catégorie de citoyens qui étaient opposés, il y a 41 ans, à l'initiative du droit au travail, ainsi les jeunes paysans à qui les millions distribués depuis 50 ans aux agriculteurs ne semblent pas encore suffisants!

Lors de la votation populaire de 1894, l'initiative du droit au travail lancée par les socialistes avait recueilli 75.000 voix sur 668.000 électeurs inscrits, c'est-à-dire $\frac{1}{9}$ environ de l'ensemble du corps électoral. En 1934, l'initiative groupe 335.000 voix sur un peu plus d'un million de citoyens, c'est-à-dire fort exactement $\frac{1}{3}$ du corps électoral.

Ce chiffre indique que le problème s'est considérablement aggravé depuis le moment où l'initiative du droit au travail a été posée devant les citoyens.

Car, Messieurs, les conditions économiques, leurs répercussions et le mécontentement qui en est résulté exerceront un rôle très important sur le résultat de la votation.

Somme toute, l'initiative de crise vise à maintenir le niveau actuel de l'existence, le train de vie du peuple suisse tels qu'ils résultent d'une période assez longue et ininterrompue de prospérité, à un moment où cette prospérité n'existe plus et où, d'une façon durable, les exportations dont nous vivons essentiellement sont tombées à un tiers de leur montant ancien, sans que l'importation ait diminué dans une proportion très sensible. L'initiative vise, en effet:

à insérer dans la Constitution fédérale le principe que la Confédération maintient le pouvoir de consommation du peuple en combattant la baisse générale des salaires et des prix de la production agricole et artisanale;

à protéger les salaires et les prix de manière à assurer un revenu du travail suffisant;

à procurer du travail par un effort méthodique et à réglementer le placement d'une manière rationnelle;

à dégrever les entreprises agricoles surendettées et à alléger le service des intérêts pour permettre aux familles de paysans et de fermiers capables de conserver leurs domaines;

à dégrever les entreprises artisanales tombées dans la gêne sans leur faute;

à garantir une assurance-chômage et une aide de crise suffisante, etc., etc., ce qui revient à dire que la Confédération a pour but de maintenir les dépenses publiques et privées à un niveau supérieur encore à l'actuel sans s'inquiéter des recettes et quoi qu'il doive arriver.

Or, comme il n'est au pouvoir de personne d'assurer à la longue une dépense exagérée avec des ressources fortement diminuées, il résulte de ce texte même et quels que soient d'ailleurs les détails du financement que, pour la première fois depuis la crise, le peuple, dans son ensemble, sera appelé à se prononcer non seulement sur la question de savoir si l'on maintiendra les salaires et les prix actuels — en augmentant encore les dépenses de chômage et les subventions à l'agriculture et à d'autres catégories sociales — mais aussi, et surtout, si nous voulons maintenir la valeur actuelle du franc suisse, qui serait nécessairement et inévitablement la victime d'une telle politique. En

d'autres termes et pour employer des mots actuellement très populaires, le corps électoral devra se prononcer sur le problème crucial de notre politique économique, de notre politique tout court, et qui consiste à dire si nous allons recourir à l'inflation ou à la déflation.

D'ailleurs, si nous demandions à un économiste averti, à un financier capable — qui serait compétent pour répondre soit en vertu de ses connaissances théoriques soit par une longue pratique — ce qui est préférable — de la déflation ou de l'inflation, il ne pourrait guère que nous répondre: «Cela dépend, l'une et l'autre ont leurs inconvénients certains, l'une et l'autre sont d'application difficile; l'une et l'autre sont sources d'injustice et de dureté.»

La question ne peut donc être résolue d'une manière abstraite; il faut voir les circonstances particulières, le terrain — si l'on préfère — où l'expérience doit se dérouler.

C'est dire, Messieurs, que la campagne contre l'initiative sera extrêmement difficile à mener, parce qu'en réalité la discussion sera purement académique et théorique. On se lancera à la tête les exemples les plus opposés. On nous citera l'Angleterre et ses satellites, la Tchécoslovaquie et les États-Unis, le Japon même. Et dans ce fouillis technique, l'homme de la rue risque bien de ne plus rien comprendre et de voter selon son seul sentiment, plutôt pessimiste à l'heure actuelle.

On ne peut dire d'une manière générale si l'inflation est préférable à la déflation ou vice versa, puisqu'en vérité lorsque la question se pose, c'est que déjà l'économie est gravement ébranlée et les sentiments d'honnêteté, de patriotisme, d'honneur profondément troublés. Ce qui est vrai, c'est que l'inflation est une escroquerie sur une grande échelle. Mais pour qu'on puisse parler de déflation, il faut donc, comme c'est malheureusement le cas, que les dépenses publiques se soient boursoufflées, que la libre concurrence ait cessé de jouer son rôle compensateur et régulateur par l'intervention à l'ombre d'un étatsisme néfaste de trusts, de rings, de cartels injustifiés, qu'en un mot une enflure existe réellement dans les prix des marchandises, des services publics, des impôts, des taxes et des droits. On ne concevrait pas même qu'il pût en être autrement: L'inflation, comme la nécessité de déflation, sont les indices d'un état maladif de l'économie et de troubles fonctionnels qui ne pourraient se manifester dans une économie ouverte et saine. Le malade (je poursuis cette comparaison) est-il assez fort pour qu'on puisse essayer d'une transfusion du sang? A-t-il quelque ami qui veuille s'y prêter de bonne grâce, malgré le risque certain de contagion? Ou peut-il contraindre le voisin à se prêter à cette opération? Si oui, on peut essayer de l'inflation, qui consiste essentiellement à faire supporter à l'entourage les frais de sa propre guérison avec 99 chances sur 100 de propager le mal sans profit pour personne. Ou bien, au contraire, le patient est-il faible, isolé, sans ami ni serviteur? Alors, le cas est clair. Il faut se tirer d'affaire tout seul, en concentrant ses forces personnelles et en se soumettant à une diète forcée. En termes économiques, cela s'appelle la déflation.

Il suffit de comparer deux pays, comme l'Angleterre et le nôtre, par exemple, pour comprendre que l'un ou l'autre souffrent à peu près du même mal. Si le premier a recouru au médicament de l'inflation, cela ne signifie absolument pas que le second puisse en faire autant. Au contraire, à la réflexion, il est aisé de comprendre que si la Grande Bretagne peut s'offrir impunément le luxe d'imposer sa solution au reste du monde, la petite Suisse serait immédiatement l'objet d'un régime d'isolement si elle avait la prétention de l'imiter.

Je voudrais jeter un très rapide coup d'œil sur un phénomène qui vient de se passer dans un pays voisin, où l'on connaît actuellement la situation que nous risquerions d'avoir chez nous, si, contre toute attente, l'initiative devait être acceptée: la dévaluation de la monnaie.

Voici ce qu'un économiste a écrit au sujet de la dévaluation du franc belge: «La débâcle du franc belge est un événement infiniment regrettable, mais elle ne saurait en aucune façon influencer sur le sort du franc français. La devise belge est, en somme, la victime de la gestion imprudente des grandes banques. Au reste, le cortège impressionnant des mesures étatiques, de réglementations et contrôles de toutes sortes, dont s'accompagne en Belgique la dévaluation, fera réfléchir ceux qui préconisent en France une opération analogue.

La faillite monétaire n'est pas un remède ordinaire qui pouvait être employé à fond pour combattre la dépression économique. C'est un acte grave, s'accomplissant au milieu d'un trouble profond et dont les conséquences ne peuvent être calculées d'avance.»

Ainsi donc, ici aussi, nous rencontrons une opinion absolument analogue à celle que nous émettions, c'est-à-dire que le problème de la dévaluation, comme celui de la déflation, ne peut résulter que de circonstances particulièrement difficiles.

Je voudrais, en terminant, me permettre de rappeler que je ne crois pas avoir entendu ni lu l'argument essentiel, l'argument de base contre l'initiative, qui est celui-ci. Au moment où tout est incertitude, où nous ne savons au devant de quels temps nous allons, ni au point de vue politique, ni au point de vue économique, on prétend lier l'Assemblée fédérale et le Conseil fédéral, par voie constitutionnelle, à une certaine politique déterminée et à l'exclusion de toute autre; on ordonne de faire telles choses précises et impératives, quelle que puisse être la situation de demain et, notamment, l'évolution, soit des circonstances internationales, soit de la situation économique dans d'autres pays!

Nous nous trouvons de la sorte devant une impossibilité juridique et politique. Ce qui me paraît extrêmement dangereux, c'est précisément de vouloir, au moment où il est nécessaire de manœuvrer suivant les conditions et les circonstances qui changent tous les jours, c'est précisément, dis-je, de ne plus disposer de cette souplesse et d'être au contraire lié par des impératifs et des directives qui ne permettent plus de faire face aux circonstances suivant les conditions du moment.

Telles sont les raisons pour lesquelles, en résumé, — sans reprendre l'ensemble du problème, car il est inutile de répéter ce qui a été dit excellemment ici

et dans l'autre Chambre, — contrairement à l'opinion de MM. Klöti et Sonderegger, j'ai le ferme espoir que le peuple suisse, dûment éclairé, dûment mis en présence de cette inconnue dans laquelle on voudrait l'engager, de ces liens qu'on tente de lui imposer au lieu de lui laisser toute liberté d'agir au gré des circonstances et des événements, que ce peuple suisse rejettera cette initiative comme, il y a quarante et un ans, il rejeta l'autre initiative, absolument identique et analogue, dite «du droit au travail».

Hauser: In Ziffer 1 der Kriseninitiative wird dem Bund die Pflicht auferlegt, umfassende Massnahmen zu treffen zum Zwecke der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Sicherung einer ausreichenden Existenz für alle Schweizerbürger. Diese Verpflichtung des Bundes ist mit den Worten „Der Bund trifft umfassende Massnahmen“ in einer so scharfen imperativen Form ausgedrückt, wie sie in der ganzen Bundesverfassung sonst nirgends zu finden ist. In der gleichen imperativen Verfassung ist Ziffer 2 der Initiative gehalten, welche sagt: „Der Bund sorgt zu diesem Zwecke für die Ausführung der in lit. a-i „erwähnten Massnahmen“. Angesichts des klaren und unzweideutigen Wortlautes der Initiative erscheint mir jeder Versuch, den gefährlichen Inhalt der Initiative zu verleugnen oder abzuschwächen, als ein wertvolles Geständnis dafür, dass die Initiative nicht durchführbar ist. Ein solches Geständnis ist in dem vom Aktionskomitee für die Kriseninitiative an den Bundesrat am 25. Februar gerichteten Brief und im gestrigen Votum des Herrn Ständerat Klöti enthalten.

Die Kriseninitiative mutet der Eidgenossenschaft in der Tat Staatsaufgaben zu, die unser Bundesstaat nicht erfüllen kann und die bis jetzt kein Land der Erde zu erfüllen imstande war. Herr Ständerat Sonderegger hat sich uns gestern als Mann des Friedens vorgestellt und sich darüber beklagt, dass der von Herrn Saxer im Nationalrat eingebrachte Gegenvorschlag von den Gegnern der Initiative nicht unterstützt worden war. Weiss Herr Dr. Sonderegger nicht, dass die Herren Bratschi, Gadiant und Müller-Grosshöchstetten im Nationalrat erklärt haben, der Gegenvorschlag sei für sie nicht annahmbar? Die Urheber der Initiative tragen die Schuld daran, dass jeder Versuch zu einer Verständigung auch von den grössten Optimisten als nutzlos angesehen werden muss. Bei diesem Anlass betone ich übrigens, dass auch der Vorschlag Saxer noch wesentliche Aenderungen hätte erfahren müssen, um annehmbar zu werden. Wenn die eidgenössischen Räte einen Verfassungsartikel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise mit erreichbaren Zielen und durchführbaren Massnahmen aufgestellt hätten, würden sie von den Urhebern der Kriseninitiative nicht nur keinen Dank, sondern Spott und Hohn geerntet haben. Die Aufstellung eines Verfassungsartikels mit unerfüllbaren Versprechungen wäre für die eidgenössischen Räte deshalb nicht in Frage gekommen, weil sie dem Pflichtbewusstsein jedes gewissenhaften Volksvertreters widersprochen hätte. Eine Menge von Unterschriften für die Kriseninitiative rühren von Personen her,

die deren Tragweite gar nicht kennen und ihren Wortlaut noch nie gelesen haben. Wenn die schweizerischen Staatsmänner das Volk über den Inhalt und über die verhängnisvollen Folgen der Kriseninitiative gründlich aufklären, dürfen wir dem Entscheid des Volkes und der Stände ohne Besorgnis entgegensehen.

Als entschiedener Gegner der Kriseninitiative erlaube ich mir, meinen Standpunkt mit einigen Ausführungen zu begründen.

Wie im Gutachten Grimm-Rothpletz richtig ausgeführt ist, muss die jetzige Krise als ein Dauerzustand angesprochen werden. Die Konkurrenz des Auslandes, die starke Industrialisierung der exotischen Völker und eine Reihe anderer Ursachen bewirken, dass die für die Schweiz lebenswichtige Exportindustrie nie mehr jenen Stand erreichen wird, den sie in ihrer Blütezeit eingenommen hat. Auch bei der Fremdenindustrie werden noch viele Jahre vergehen, bis sie wieder befriedigende Resultate zeitigt. Nur die unvergleichliche Schönheit unseres Landes berechtigt zur Annahme, dass diese Industrie wieder bessere Zeiten erleben wird. Der Bund ist trotz der Vorschrift in Ziffer 2, lit. c, der Initiative nicht imstande, den Arbeitslosen aus den erwähnten Industrien Arbeit in ihrem Berufe zu verschaffen. Die Eidgenossenschaft kann weder Stickereien noch Seidenwaren, weder Uhren noch Maschinen fabrizieren und mit Erfolg absetzen. Sie kann auch keine leer stehenden Hotels übernehmen, um arbeitsloses Hotelpersonal zu beschäftigen. Für den Bund kommen als direkte Mittel zur Beschaffung von Arbeit fast ausschliesslich die Notstandsarbeiten in Betracht. Diese haben aber ihre natürlichen Grenzen, weil die Mittel des Staates nicht unerschöpflich sind und weil sich die Notstandsarbeiten mit der Zeit selbst erschöpfen. Wir zählen in der Schweiz mindestens 50,000 Jahresarbeitslose, worunter etwa 40,000 Männer. Nach dem Gutachten Grimm-Rothpletz kosten die Notstandsarbeiten den Bund für jeden beschäftigten Arbeiter mindestens 7000 Fr. im Jahr. Da die Kriseninitiative eine finanzielle Belastung der Kantone ausschliesst, hätte der Bund eine jährliche Summe von ungefähr 250 Millionen Franken zu leisten, um 40 000 arbeitslose Männer während 250 Tagen bei Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Dazu kämen Summen von unbestimmbarer Grösse für die Stützung von Löhnen und Preisen, sowie für Entschuldung von landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben usw. Nicht bloss 500 Millionen, wie die Urheber der Initiative behaupten, sondern mindestens 1500 Millionen wären nötig, wenn versucht werden sollte, die Aufgaben des verhängnisvollen Volksbegehrens während der kurzen Zeit von 5 Jahren zu erfüllen. Nun stelle ich die entscheidende Frage: Wie wollen die Initianten die ungeheuren Mittel beschaffen, die zur Durchführung ihrer Begehren notwendig wären? Nach Ziff. 5 des Verfassungsartikels soll die Finanzierung der Krisenmassnahmen durch laufende Einnahmen, die nicht vorhanden sind, und durch Anleihen geschehen. In seinem Schreiben an den Bundesrat vom 25. Februar sagt das Aktionskomitee für die Initiative über die Tilgung dieser neuen Schulden wörtlich:

„Genau wie die Mobilisationskosten nicht während des Krieges gedeckt, sondern im nachfolgenden Jahrzehnt abgetragen wurden, so soll auch das, was die wirtschaftliche Landesverteidigung in den Krisenjahren erfordert, in einem grösseren Zeitraum abgetragen werden“. Bei der heutigen Finanzlage der Eidgenossenschaft ist ein solches Verfahren undenkbar. Bei Beginn des Weltkrieges betrug die Schuldenlast der Schweiz nur 150 Millionen, der Kredit des Landes war glänzend. Heute betragen die Schulden, mit Einrechnung der Entwertung der Bundesbahnen, 3000 Millionen. Dazu kommt noch ein Fehlbetrag von einigen hundert Millionen in der Pensionskasse des Bundespersonals. Die Schuldenlast der Eidgenossenschaft ist heute an jener Grenzlinie angelangt, deren Ueberschreitung den Landeskredit schwer schädigen würde. Heute schon besteht ein Misstrauen gegen das Finanzgebaren der Eidgenossenschaft. Das vor einigen Wochen zur Konversion und Zeichnung aufgelegte Anleihen der Bundesbahnen hatte keinen Erfolg. Die schweizerischen Staatspapiere haben in den letzten Tagen unheimliche Kursstürze erlitten. Schon jetzt wirft die Kriseninitiative ihre dunklen Schatten voraus. Am 14. März betrug der Kurs der 4%igen Bundesbahnleihe von 1931 100, am 30. März sank er auf 89. Und wie steht es mit den 4% Obligationen der Stadt Zürich, deren Oberhaupt Herr Ständerat Klöti ist? Sie sanken vorgestern bis auf 89. Millionen von schweizerischen Wertpapieren sind in der letzten Zeit auf den Markt geworfen worden. Es handelt sich um sogenannte Angstverkäufe. Die Annahme des unüberlegten Volksbegehrens hätte eine weitere Senkung aller schweizerischen Obligationen zur Folge. Ich stelle auch die positive Behauptung auf, dass jeder Versuch, zur Durchführung der Kriseninitiative Geld auf dem Anleihswege zu erhalten, für den Bund zu einem vollen Misserfolg führen müsste. Die Geldgeber würden sich sagen, dass eine Ueberschuldung unseres kleinen Staatswesens die Amortisation und die Verzinsung der schweizerischen Staatsschulden nicht nur gefährden, sondern verunmöglichen würde. Das Sinken des Wertes der Obligationen verhindert auch einen Erfolg der Bestrebungen für die Senkung des Zinsfusses. Das Niveau des Zinsfusses wird durch eine Senkung des Wertes unserer Staatspapiere in die Höhe gedrückt. Nachdem gestern Herr Dr. Sonderegger in seinem Votum Nationalrat Grimm zitiert hat, will ich Herrn Grimm ebenfalls erwähnen, aber in einem andern Sinn. Im November des verflossenen Jahres hat Herr Grimm in der Versammlung einer Gewerkschaft den Vorschlag gemacht, die schweizerischen Staatsfinanzen durch Zwangskonversion aller öffentlichen Anleihen und der Anleihen von Banken in 3%ige Titel zu sanieren. Durch dieses Mittel würde das schweizerische Volksvermögen mit einem Schlag um Milliarden vermindert. Gleichzeitig würden auch die in schweizerischen Wertpapieren angelegten sauer verdienten Ersparnisse von Hunderttausenden von Arbeitern, Dienstboten, Bauern, Handwerkern und Angestellten, sowie die Fonds gemeinnütziger Institutionen, wie Krankenkassen, Pensionskassen usw. empfindlich entwertet.

Es sind erst 18 Monate verflossen, seit der Ständerat das Finanzprogramm behandelte. Alle

Voten waren damals auf den Ton gestimmt, die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts im schweizerischen Staatshaushalt sei eine Schicksalsfrage für das Schweizervolk, weil eine Schuldenwirtschaft den Kredit des Landes untergraben und zur finanziellen Katastrophe führen müsse. Wir dürfen unserer Haltung vom Oktober 1933 ohne zwingende Gründe nicht untreu werden.

Ich verzichte darauf, die zahlreichen Massnahmen des Bundes aufzuzählen, die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ergriffen worden sind. Zwei wichtige Beschlüsse will ich indessen hervorheben: den Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1934 über Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung und den neuesten Beschluss über den Neubau und Umbau der Alpenstrassen. Wenn Bund und Kantone gestützt auf diese Beschlüsse einträchtig zusammenwirken, wird es möglich sein, während der Frühlings- und Sommermonate jährlich 25 000 Arbeitslose zu beschäftigen. Ich stelle diese Tatsache gegenüber jenen Kritikern fest, die der bisherigen Tätigkeit der Bundesbehörden jede Anerkennung versagen. Ich will meine Ausführungen nicht schliessen, ohne ausdrücklich festzustellen, dass ich auch bei Ablehnung der Kriseninitiative durch die Stände und das Schweizervolk der Ansicht huldige, dass in der Schweiz keine Behörde das Recht hat, einen allgemeinen Lohnabbau zu diktieren. Es ist auch niemand berechtigt, alle Gegner der Initiative als Anhänger eines allgemeinen Lohnabbaues zu bezeichnen. Umgekehrt sind auch die Gegner der Kriseninitiative nicht berechtigt, allen Anhängern der Initiative den guten Glauben abzusprechen. Ich unterstütze den Antrag der Kommissionsmehrheit auf Ablehnung der Kriseninitiative, weil ich der festen Ueberzeugung bin, dass jeder Versuch, die Initiative durchzuführen, das Landesunglück der Krise durch eine Landeskatastrophe ersetzen würde, in die das ganze Volk ohne Unterschied der sozialen Stellung hineingerissen würde.

Wettstein: Es ist über die Kriseninitiative schon so viel geschrieben und geredet worden, dass ich es als meine Pflicht erachte, mich möglichst kurz zu halten. Ich habe aber ebensowohl die Pflicht, zu einem Punkt zu reden, der bis jetzt stark vernachlässigt worden ist, offenbar unter dem Eindruck des Abstimmungsergebnisses im Nationalrat. Das ist die Idee eines Gegenvorschlages. In diesem Augenblick interessiert mich vor allen Dingen diese Frage, denn für mich besteht kein Zweifel, dass der schwerste Fehler in der Behandlung der Gegeninitiative der gewesen ist, dass man im Bundesrat nicht den Mut gefunden hat, einen Gegenvorschlag aufzustellen. Dieser Fehler hat sich nun in der ganzen Debatte immer wieder schwer gerächt. Zur Begründung der Notwendigkeit eines Gegenvorschlages gestatten Sie mir einige Worte.

Der Bundesrat und die Gegner der Initiative haben die psychologische Grundlage der Initiative nicht tief genug erfasst, sonst wären sie zu einem Gegenvorschlag gekommen. Die Initiative entspringt einer Stimmung, einer Angst, einer schweren Besorgnis des Schweizervolkes um seine Zukunft. Man hat die Initiative einen Notschrei genannt. Nicht mit Unrecht. Die Initiative ist von 335,000

Stimmberechtigten unterschrieben worden. Ich zweifle nicht daran, dass von diesen 335,000 Stimmberechtigten nur ein sehr kleiner Teil sich völlig Rechenschaft gegeben hat über die Tragweite. Was sie unterschreiben liess, war einfach die Angst vor der Zukunft. War diese Angst unbegründet? Nicht nur in der Krise selbst war sie begründet, sondern ebensowohl im bisherigen Verhalten des Bundesrates. Die Initianten haben gesehen, wie die Exportindustrie mit Vehemenz und Zähigkeit immer wieder verlangte, die Preise und Löhne müssten abgebaut werden, und im Publikum hat sich selbstverständlich das Gefühl verbreitet, dass dieser Abbau mit Hilfe des Staates zu geschehen habe. Es zweifelt niemand daran, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz von selbst eine gewisse Anpassung bringen werden. Aber hier liegt der Kern der Sache nicht, sondern in der Angst davor, dass der Staat, dass der Bund durch seine eigene Politik dieses Verlangen der Exportindustrie unterstützen werde. Das ist die psychologische Grundlage der Initiative.

Nun muss man sagen, dass die Initianten vielleicht keinen genügenden Ueberblick über die Massnahmen des Bundesrates haben. Der Bundesrat hat Massnahmen ergriffen, er hat Bot-schaften erlassen etc. Wir können aber nicht von jedem Stimmberechtigten verlangen, dass er das Bundesblatt liest. Der Bundesrat hat jedoch nie ein eigentliches Programm aufgestellt. Ich meine nicht, dass der Bundesrat verpflichtet werden könnte auf eine sogenannte „grosse Linie“ einer Krisenbekämpfung. Was heisst „eine grosse Linie“ für ein kleines Land, das so vom Ausland abhängig ist, dass es jeden Augenblick bereit sein muss, Massnahmen des Auslandes durch eigene Massnahmen zu paralysieren? Wir können also nicht die grosse Linie verlangen, aber eine Direktive und ein klares Bekenntnis zu der Frage: Wollen wir die Abbaupolitik unterstützen oder wollen wir ihr entgegenwirken? Das ist die Frage, und hier hat der Bundesrat den Fehler gemacht, dass er sich nie klar zu einer solchen Direktive bekannt hat. Das Resultat sehen wir nun. Die Angst vor der Verelendung und die Angst vor einer förmlichen Abbaupolitik des Bundes hat die Initiative zustande gebracht. Einer solchen Stimmung gegenüber wollen Sie nun rein negativ sein? Wollen Sie einfach ablehnen? Verwundern Sie sich nicht, wenn die Initianten, wenn nicht nur die 335,000 Stimmberechtigten, die unterzeichnet haben, sondern noch einige Zehntausende dazu daraus den Schluss ziehen, man wolle nichts Positives tun, man wolle nicht bekennen, ob man eine förmliche Abbaupolitik zu treiben gedanke. Dadurch verlieren auch die bisherigen Massnahmen einen grossen Teil ihres Wertes. Und Sie leisten den Initianten und denen, die mit dieser Initiative ein gewisses politisches Geschäft besorgen wollen, Vorschub, ohne dass Sie sich dessen genau bewusst wären. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage: Mehr als die Hälfte der Initianten hofften auf Gegenvorschläge, sie hofften, der Bundesrat werde ihnen entgegenkommen. Alle diese Unterschreibenden werden schwer enttäuscht sein; und nicht nur diejenigen, die unterschrieben haben, sondern auch andere,

viele Tausende werden förmlich in das Lager der Initianten getrieben. Auch die vernünftigen Initianten wären übrigens zu Verhandlungen über einen Gegenvorschlag bereit gewesen. Ich habe soeben die schweizerische Bauernzeitung erhalten, worin Prof. Laur ganz offen bekennt, weshalb er bis jetzt nicht gegen die Initiative aufgetreten sei. Er ist Gegner der Initiative, aber er gehört zu denen, die der Ansicht sind, es liesse sich ein Gegenvorschlag vorlegen, der den grössten Teil der Initianten auf sich vereinigen würde. Was Prof. Laur sagt, ist auch die Ansicht eines grossen Teils der Bauernschaft, der Angestellten und des Gewerbes. Alle diese Leute hofften auf einen Gegenvorschlag und sind heute schwer enttäuscht, dass der Bundesrat und die Bundesversammlung davon nichts wissen wollen.

Wenn wir die Initiative selber betrachten, sind wir uns sehr bald klar, dass da verschiedene Motive dahinterstecken. Ich glaube nicht, dass man die Initiative als sozialistisch bezeichnen kann, jedenfalls nicht als marxistisch. Für mich ist der Umstand, dass die Marxisten die Initiative unterstützen, kein Grund zu meiner Stellungnahme. Die Gedankengänge der Marxisten waren natürlich viel einfacher, als Herr Sonderegger es darstellte. Es ist klar: die Initiative verspricht ja so viel; sie macht die Leute glauben, der Staat könne unendlich viel leisten, so dass die Enttäuschung nachher folgen muss; und dann haben die Marxisten wieder Oberwasser. Sie können dann sagen: Da habt Ihr es; der bürgerliche Staat kann das gar nicht durchführen. Das ist die Ueberlegung der roten Orthodoxen. Bei ihnen handelt es sich nicht um die Freude am Gedanken, dass damit etwa die soziale Frage gelöst werden könne. Sie erwarten vielmehr, nachher auftrumpfen und sagen zu können: Der bürgerliche Staat taugt nichts.

Nun möchte ich Sie namentlich davor warnen, den Initianten zu glauben, die gewisse Geschäfte damit verbinden, wenn sie sagen: Ja, so ist es ja auch nicht gemeint; es hat nicht den Sinn, dass der Bund jedem einen auskömmlichen Verdienst schaffen solle, und dass der Bund alles wörtlich erfüllen müsse, was in der Initiative steht. Ich erinnere mich an ein tragikomisches Geschichtchen, das sich zutrug, als der Verfassungsartikel über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung angenommen worden war. Es erschien am folgenden Tage bei einem Gemeindepräsidenten ein altes „Fraueli“ und fragte ihn: „Erhalte ich heute schon meine Altersrente?“ Ich glaube ja nicht, dass alle Initianten meinen, mit der Annahme der Initiative würden sie sofort ein genügendes Einkommen erhalten. Aber es wird Hunderttausende geben, die dieses Versprechen nicht nur als Ziel auffassen, sondern die darin ein wirkliches Versprechen erblicken, ebenso in der Verhinderung des Preis- und Lohnabbaues und allen andern Versprechen, die in der Initiative stecken. Man wird verlangen, dass diese Versprechungen weitgehend erfüllt werden. Diejenigen, die heute mit der Initiative Demagogie treiben — es wird tatsächlich eine infame Demagogie damit getrieben — werden nachher wieder

kommen und sagen: Ihr müsst halten, was Ihr versprochen habt; es steht ausdrücklich in der Verfassung. Es heisst da: „Der Bund sorgt dafür...“; also sorgt gefälligst dafür, dass das und das erfüllt wird.“ Und dann wird das Misstrauen, das heute schon leider in grossem Masse besteht und von den Demagogen Tag für Tag geschürt wird, noch mehr wachsen. Das ist die Atmosphäre, in der die marxistischen und kommunistischen Demagogen ihre Nahrung finden. Das ist es, was von der Initiative zu befürchten ist.

Und dann noch etwas. Ich möchte nicht auf zu viele Details eingehen, aber ich möchte die Initianten einmal fragen: Wie stellen Sie sich die Zukunft vor? Wenn man alles das in Angriff nehmen will, was in der Initiative versprochen wird, dann braucht es eine gewaltige Organisation, grosse kostspielige Einrichtungen; es braucht, ich möchte fast sagen, eine neue wirtschaftliche Rechtsordnung — und das für 5 Jahre. Herr Dr. Klöti hat gestern gesagt: „Wir wollen nicht mehr als 5 Jahre, wir hoffen, mit 5 Jahren auszukommen.“ Ich will sogar mit 10 Jahren rechnen. Wenn nun nach 10 Jahren all das eingerichtet ist, was notwendig ist, um die Versprechungen zu erfüllen, dann müssten wir nach diesen 10 Jahren all das, all dieses neue Recht einfach wieder beseitigen. Stellen Sie sich das einmal vor! Stellen Sie sich den Uebergang von der neu geschaffenen Rechtsordnung zum bisherigen Recht praktisch vor — nach 10 oder sogar nach 5 Jahren, wie Herr Klöti sagt. Das Programm, das in der Kriseninitiative enthalten ist, kann in 5 Jahren natürlich nicht durchgeführt werden.

Auch in bezug auf die Finanzen muss man sagen, dass ich kaum je einen Vorschlag gefunden habe, der so leichtherzig über die Finanzierung hinweggeht. Ich wundere mich, dass ein so sorgfältiger Verwalter wie Herr Dr. Klöti sich die Finanzierung so leicht vorstellt. Prämienobligationen! Ich gestehe Ihnen offen: eine Prämienobligation ist für mich nicht viel besser als die Lotterie. Ich war meiner Lebtag ein Gegner aller dieser Mittel, Geld zu bekommen um jeden Preis. Erinnern Sie sich bitte der holländischen Prämienobligationen, erinnern Sie sich des Kampfes, den wir vor Jahrzehnten schon führen mussten gegen die Prämienanleihen, bei denen man so ziemlich sicher war, dass die meisten derer, die solche Obligationen erwarben, zu Verlust kommen werden. Es ist ein unsolides Mittel der Finanzierung. Dann wollen Sie, wenn es nicht anders geht, gewöhnliche Anleihen aufnehmen. Sie können solche Anleihen aufnehmen; aber Sie wissen auch, dass der Staat nicht einfach verfügen kann über die Anleihen und dass diese gezeichnet werden müssen. Sie werden nicht mehr gezeichnet werden, wenn wir Jahr für Jahr hundert Millionen aufwenden müssen. Also vor dieser Anleihe- und Schuldenwirtschaft möchte ich doch dringend warnen. Dann geben Sie der Bundesversammlung pleins pouvoirs, für neue Einnahmen zu sorgen, d. h. die Kompetenz, Steuern zu dekretieren. Wenn ich auf der einen Seite sehe, wie man gleichschalten will in den Versprechungen, fast ein wenig nach deutschem Muster und auf der andern Seite der Bundesversammlung die diktatorische Gewalt gibt, so kommt mir die Ini-

tiative fast wie eine Kombination von Fascismus und Kommunismus vor.

Wir können die Initiative betrachten, wie wir wollen, sie ist undurchführbar. Darin sehe ich die innerliche Unwahrheit dieser Initiative. Sie verspricht, was sie nicht halten kann. Darin liegt ein Stück Demagogie. Es liegt in der Initiative auch eine grenzenlose Ueberschätzung der Staatsmacht und eine Unterschätzung der persönlichen Tätigkeit. Es wäre in unserem Land noch viel zu machen, wenn wir energisch daran erinnern würden, dass schliesslich alles vom Einzelwillen abhängt, was Remedur bringen kann. Ich will nur zwei Beispiele nennen, wo ich feststellen muss, wie wenig unsere Leute eigentlich volkswirtschaftlich denken. Das eine ist die übermässige Verwendung ausländischer Betriebsmittel im Transportverkehr, die Abkehr von den Eisenbahnen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten mit grossen Kosten unsere Eisenbahnen elektrifiziert, zum guten Teil, um uns unabhängig zu machen vom Auslande. Wir haben damit den Kohlenimport ganz bedeutend reduziert und unsere Wasserkräfte nutzbar gemacht. Das sollte eigentlich jedem Schweizer in Fleisch und Blut übergegangen sein und er sollte an diesem Werke mithelfen. Was sehen wir? Unsere Industriellen, unsere Kaufleute usw. kaufen fremde Betriebsstoffe, sie schiessen unserer Volkswirtschaft in den Rücken. Das ist das Traurige, dass diese Leute nicht daran denken, was sie an der Volkswirtschaft der Schweiz freveln, indem sie den gesunden Prozess, unsere eigenen Kräfte für uns wirksam zu machen, verhindern nur wegen einiger Franken Ersparnisse, und dem Ausland wieder grosse Teile des Volkseinkommens der Schweiz zuschieben. Das Zweite, worüber wir in den letzten Tagen immer wieder sprechen mussten, ist die Disziplinlosigkeit der Bauern. Wir tun das möglichste, um die Preise für die Produkte und für das Vieh zu heben. Und was sehen wir? Trotz aller Warnungen und aller Mahnungen wird hier eine Ueberproduktion gefördert, die für das Land verhängnisvoll ist. Da haben Sie wieder den Beweis: Der Einzelne will nichts tun, er will keine Opfer mehr bringen. Da wollen Sie nun gar alles auf den Staat abladen, damit das bisschen, was wir noch haben an eigener Initiative, auch noch zum Teufel geht. Wir haben keinen Grund, durch eine derartige Politik den Mangel an eigener Initiative, an eigener Tatkraft noch zu erhöhen.

Man hat Entwürfe für einen Gegenvorschlag gemacht; sie haben mich auch nicht alle befriedigt; aber ich wundere mich, dass der Bundesrat nicht von sich aus erklärt hat, er betrachte diesen Vorschlag Saxer als Material, er wolle nun selber ein gewisses Programm aufstellen. In der Botschaft zählt der Bundesrat seine eigenen Vorschläge und Massnahmen auf, die er durchführen will, eine Botschaft ist aber kein Gesetz und kein Verfassungsartikel. Wenn der Bundesrat doch selber 12 Programmpunkte aufstellt, warum kann er nicht, wenn er noch das andere Material heranzieht, einen Gegenvorschlag machen und damit den Initianten zeigen, dass es ihm auf das Positive ankommt und nicht nur auf das Negative? Das hätte der Bundesrat tun können und tun sollen. Es

ist bedauerlich, dass auch der Nationalrat sich so weit von der Erkenntnis der volkpsychologischen Grundlage dieser Initiative entfernt hat, dass er für den Gegenvorschlag keine Mehrheit aufbrachte. Ich habe die Ueberzeugung, wenn die Bundesversammlung darauf beharrt, und einfach der Initiative das kalte Nein entgegengesetzt, dass sie damit Tausende und Tausende in das Lager der Initianten treibt. Dann haben Sie gerade das erreicht, was Sie nicht erreichen wollen. Ich empfehle Ihnen Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat, mit dem Auftrag, uns einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, bin aber einverstanden, dass das nicht als Ordnungsantrag behandelt, sondern dass nachher bei der materiellen Abstimmung auch darüber entschieden werde.

Löpfe: Lassen Sie mich zum Referate des Herrn Dr. Klöti einige grundsätzliche Bemerkungen machen, die ich ganz besonders auf die praktische Erfahrung im geschäftlichen und im politischen Leben stütze.

Die Initiative setzt sich in Art. 1 die Sicherung einer ausreichenden Existenz für alle Schweizerbürger zum Ziel. In seinem Referat hat Herr Dr. Klöti nach meinem Dafürhalten die Bedeutung der Exportindustrie für das gesamte Wirtschaftsleben etwas zu gering eingeschätzt. Die Exportindustrie beschäftigt nicht nur die Leute, die sie direkt besoldet, sondern sie greift mit ihren Aufträgen weit in die einheimische Industrie und in das Gewerbe hinein. Ich erinnere z. B. an die graphische Industrie, die etwa 1000 Arbeitslose hat, obwohl bisher die Zeitungen in gewohnter Weise erscheinen, ja sogar viel mehr Zeitungen erscheinen. Die grosse Arbeitslosigkeit in der graphischen Industrie ist eine Folge der Lahmlegung der Exportindustrie. Wie wenig der Staat imstande ist, die Löhne und Preise zu sichern, das mag schon der Hinweis darauf dartun, dass der Versuch des Staates, die Stichtlohnpreise in der Stickerei mit grossen Subventionen zu sichern, vollständig misslungen ist, obwohl der Staat den Stickerkassen 1,9 Millionen Fr. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat, also besonders um das Unterbieten zu verhindern. Aber es hat nichts genützt. Diese 2 Millionen Fr. haben ihren Zweck nicht erfüllt und sind zur Arbeitslosenunterstützung geworden. Viel stärker als die staatliche Allmacht, das möchte ich Herrn Klöti zu bedenken geben, ist die Kraft der Einzelnen, die alle Bindungen mit Kurzsichtigkeit, mangelnder Solidarität und Egoismus sprengen.

Diese Beispiele liessen sich nach Belieben vermehren. Die Existenzsicherung für alle ist eine Illusion. Sie bedeutet, wenn die Absichten der Initianten noch so ehrlich sind, eine gewaltige Täuschung des Volkes, das seine Erwartungen in die Initiative nicht erfüllt sehen wird.

Man spricht auch vom Lohnschutz. Will man wirklich z. B. die Löhne des Bundespersonals und der Bundesbahnen unter allen Umständen halten, obwohl die Bundesbahnen mit ihren Defiziten den Bund in eine ganz furchtbare Lage bringen? Wenn man mit einzelnen Eisenbahnern spricht, auch mit denjenigen, die Freunde der Initiative sind, so hört man immer das gleiche: Wir sind bereit, noch einmal ein Opfer zu bringen, wir müssen ein Opfer

bringen, wir möchten nur nicht, dass man einfach generell die kleinen Löhne gleich abbaut wie die grossen.

Noch ein Beispiel von der Konsumkraft, von der Herr Klöti gesagt hat, dass sie gehalten werden soll. Ich will auch ein Beispiel aus der Praxis erzählen. Herr Klöti hat gestern beklagt, dass die Gegner der Initiative mit viel Schlagworten und Gehässigkeiten operieren. Ich lasse es dahingestellt, auf welcher Seite die grösseren Schlagworte wachsen, aber ich möchte einmal bezüglich Erhaltung der Konsumkraft eine Frage stellen und Sie bitten, diese zu beantworten. Ein ostschweizerischer Industrieller, der früher etwa 3000 Mann beschäftigte und jetzt noch 1000 Mann beschäftigt, erklärte, er könne etwa 800—1000 Leute neu für 6 Monate beschäftigen, wenn er die Löhne noch einmal reduziere. Er habe sie aber schon zweimal reduziert und es widerstrebe ihm, diese Löhne noch einmal abzubauen, weil er geradezu verfehmt werde als Lohnräuber und Ausbeuter und wie diese Worte alle heissen. Nun die Frage mit der Konsumkraft. Glauben Sie, dass wenn die Firma 2000 Mann zu reduzierten Löhnen beschäftigt, die Konsumkraft nicht grösser sei mit diesen 2000 beschäftigten Männern, als die Konsumkraft von 1000 Mann mit Arbeit und 1000 Mann mit Arbeitslosen-Unterstützung? Auf diese Frage hätte ich gerne eine Antwort.

Die Ursachen der Not liegen für die Exportindustrie ja im Ausland. Darüber sind wir uns alle klar, dass wir diese ausländischen Ursachen nicht heben können. Nicht Lohnabbau à tout prix! Ich bin nicht der Meinung, dass man Löhne abbaut, wo die Unternehmungen die Löhne zahlen können. Das wäre ein Unrecht, das ich auf keinen Fall billigen möchte. Aber wo eine Reduktion der Löhne uns Arbeit bringt, da glaube ich, müssen wir uns anpassen. Wenn wir uns nicht anpassen, wird die Folge sein, dass wir mehr Arbeitslose bekommen und weil wir mehr Arbeitslose bekommen, werden wir in irgendeiner Form durch direkte oder indirekte Steuern diese Arbeitslosen unterhalten müssen. Da möchte ich nun, weil mit diesen 335,000 Unterschriften sehr viel Reklame gemacht wird, sagen, dass das Volk von Genf, das Volk von St. Gallen und Lausanne usw. alle Mehrbelastungen des Steuerzahlers in Volksabstimmungen abgelehnt hat. Ich möchte auch mit allem Nachdruck dagegen sprechen, dass wir beispielsweise in unserm Kanton noch irgendwie grössere neue Kapitalsteuern erhalten. Ich habe in der Kriseninitiativekommission an Hand einiger exakten Zahlen, die sich auf das Statistische Jahrbuch stützen, aufgeführt, dass man bei uns einem Vermögensertrag von 4000 Fr. von 100,000 Fr. über einen Drittel wegnimmt und in diesem Drittel ist die Krisen- und Couponsteuer nicht einmal inbegriffen. Wie wollen Sie da noch mehr wegnehmen in einem Kanton, der das Kapital in diesem ausserordentlichen Masse besteuert? Das wird man nicht können. Aber man wird mit einer neuen Krisensteuer diese Vermögen nicht schonen können, auch wenn die Absicht bestünde, sie zu schonen. Ich glaube, man hat mit dieser Initiative den Glauben an die Allmacht des Staates geweckt und man meint, in diesen acht oder neun Forderungen eine Zauberformel gefunden zu haben, die alle Not bekämpft.

Ich mache der Initiative zum Vorwurf, dass sie in bezug auf die praktischen Forderungen offene Türen einrennt. Wenn man davon spricht, die landwirtschaftlichen Produktenpreise zu stützen, so muss gesagt werden, dass diese Stützung geschah von dem Momente an, wo die landwirtschaftlichen Preise allerdings schon auf ein sehr tiefes Niveau gesunken waren. Was wir dafür ausgaben und ausgeben, haben wir dieser Tage wieder gesehen. Ich erinnere daran, dass wir die Obstpreise gehalten haben. Wenn man von der Entschuldung spricht, ist darauf hinzuweisen, dass wir für die Entschuldungsaktion der Bauern jedes Jahr sehr hohe Summen ausgegeben. Damit will ich nicht sagen, dass nun die Aktion beendet sein soll, aber immerhin muss festgestellt werden, dass wir an diesem Programmpunkt der Initianten nicht achtlos vorübergegangen sind. Offene Türen rennt die Initiative auch ein, wenn sie die Arbeitslosenunterstützung fordert. Wir haben in den drei letzten Jahren nicht weniger als 163 Millionen Franken für die Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. Daraus ersehen sicherlich auch die Initianten, welch grossen, helfenden Sinn der heutige Staat verwirklicht und praktiziert. Offene Türen rennt die Initiative auch ein — man wird mir erlauben, dieses Wort zu wiederholen, nachdem Herr Sonderegger gestern immer wiederholt hat: „Es hat nichts genützt“ — bezüglich Schutz der inländischen Industrie. Gehen Sie auf die Handelsabteilung, gehen Sie auf die Einfuhrsektion, wo mehr als 300 Mann sich nur damit beschäftigen, dafür zu sorgen, dass man in der Schweiz kauft und die Arbeit in der Schweiz geschützt wird. Und dann haben wir das grosse Kontingentierungs- und Kompensationswesen mit dem gleichen Zwecke. Das ist doch alles das, was die Initiative fordert, das aber in ausgedehntester Masse und oft drückend und fesselnd empfundenen Masse, auf der Wirtschaft lastet und ihre Freiheit beschränkt. Und offene Türen rennt die Initiative auch ein mit den Forderungen zugunsten der Exportindustrie, denn die produktive Arbeitslosenfürsorge, die Risikogarantie, die Zuschüsse zu den Fabrikationen bestehen schon seit Jahren. Der Mann aus dem Volke aber meint, wenn er die Initiative liest oder davon hört, es geschehe jetzt nichts. Darin liegt ein Unrecht, dass man die Dinge immer völlig verschweigt. Ich habe diese Erfahrungen gemacht an einer grossen Versammlung, wo man erstaunt war, dass der Bundesrat schon so enorm viel leistet. Darum ist es auch nicht richtig, was Herr Sonderegger von einem Politiker sagte, dass der Bundesrat immer erst dann in den Zug einsteige, wenn er schon abgefahren sei. Seit Jahren fährt dieser Zug der Hilfe durch das ganze Land. Also die praktischen Forderungen der Initiative sind erfüllt. Soweit sie nicht erfüllbar sind, können wir sie nicht stützen.

Wir wenden uns vor allem gegen die politischen Forderungen der Initiative. Diese müssen wir mit allem Nachdruck ablehnen. Wir müssen es ablehnen, dass die Allmacht des Parlamentes eingeführt und die Ausschaltung des Volkes zur Tatsache wird. Ich wohne an der Grenze und habe den Aufstieg des Nationalsozialismus miterlebt. Diese Initiative gleicht in auffallender Weise

nationalsozialistischen Forderungen aus seiner Aufstiegszeit. Dort hat man dem Arbeiter, dem Gewerbler, dem Kaufmann, dem Landwirt, dem Exportindustriellen usw. das Blaue vom Himmel versprochen, bis das Volk geglaubt hat, das alles sei dem Staate möglich. Freilich, es steht mir fern, Herrn Dr. Klöti und den Initianten zu unterschieben, sie hätten in Deutschland geistige Anleihen gemacht. Aber ich habe doch das Gefühl, dass der Funke hinübergesprungen sei und gezündet habe, als man sah, auf welchem Wege man am besten und am schnellsten zur politischen Macht kommen könnte. Wir wollen doch die Demokratie nicht vertauschen an eine Parlamentsdiktatur. Wir lehnen den Einbruch in die Volksrechte ab. Wir wundern uns, dass die Sozialdemokratie, die sich doch sonst immer als die Verteidigerin der Volksrechte gebärdet, sich jetzt kaltlächelnd über diese hinwegsetzt (Zwischenruf Klöti: Und das Finanzprogramm!) Damit ist noch lange nicht bewiesen, dass man dann noch weiter gehen muss als wir beim Finanzprogramm als Notmassnahme gehen mussten und dass dessen Fortsetzung in die Parlaments-Despotie münden müsse. (Zwischenruf Klöti: Wir wollen dann in der Junisession sehen!) Was mich persönlich an der Initiative stört, ist der Umstand, dass die Verfassung in wenigen Jahren wieder geändert werden soll, und dann vielleicht nach weiteren 5 Jahren noch einmal. Es erinnert einem da willkürlich an einen Abreisskalender, in den die Bundesversammlung verwandelt wird, in dem nach gewissen Zeitperioden einfache Grundsätze aufgehoben werden.

Herr Dr. Sonderegger möchte ich dafür danken, dass er darauf verzichtet hat, an der Spitze einer Division von 15,000 Freigeldlern (Zwischenruf Sonderegger: Nein, nein, es waren keine Freigeldler), ich habe Freigeldler verstanden. (Zwischenruf Sonderegger: „Aebe nüd!) Es ist merkwürdig, dass man Herrn Sonderegger nie recht versteht. Ob es da am Lehrer oder an den Schülern fehlt? Ich freue mich also, dass Herr Dr. Sonderegger darauf verzichtet hat, an der Spitze dieser 15,000 Mann, vielleicht hoch zu Ross, nach Bern zu ziehen, obschon das nach den Erfolgen anderer Demonstrationen vielleicht sehr verlockend gewesen wäre. Aber dieser Zug nach Bern hätte sicherlich der Sache nicht genützt. Ich freue mich also, dass sich Herr Sonderegger zu diesem Verzicht durchgerungen hat, obschon ein solcher Zug nach Bern, vom Verkehrsstandpunkt der Stadt Bern aus gesehen, vielleicht sehr zu begrüßen gewesen wäre.

Herr Dr. Sonderegger hat sich damit gebrüstet, dass die Freiwirtschaftler gegen den Staatssozialismus seien und noch nie einen Kompromiss eingegangen wären. Er hat dann im Gegensatz zu Herrn Klöti erklärt, die Initiative sei Staatssozialismus reinsten Wassers. Und kaum hatte er diese Worte gesprochen, war er schon zur Initiative, die er soeben als einer ein sozialistische bezeichnet hatte, hinübergeschwenkt! Die Politik scheint doch die Grundsätzlichkeit etwas zu verderben!

Um die Prophetie beneide ich Herrn Dr. Sonderegger. Er glaubt, in etwa 10 Fällen habe er richtig prophezeit. Wir andere Menschenkinder sehen nicht so gut in die Zukunft wie er. Ich hoffe, dass sich der neue Chef des Volkswirtschafts-

departementes diese Gabe von Herrn Dr. Sonderegger zu nutze machen wird.

An der Initiative gefällt mir, um wieder zu dieser zurückzukehren, vor allem eines nicht, nämlich, dass sie sich Front der Arbeit nennt, als ob diejenigen, die ausserhalb der Initiativebewegung stehen, nicht auch arbeiten würden, im öffentlichen Leben, in der Industrie, im Gewerbe usw., wie wenn sie sich nicht auch eine Ehre, eine Lebensaufgabe daraus machen würden, für diejenigen zu sorgen, deren Schicksal ihnen anvertraut ist. Ich nehme deshalb auch für die Gegner der Initiative in Anspruch, dass auch sie in eine Front der Arbeit gehören.

Herr Bundesrat Schulthess ist heftig getadelt worden wegen des Tones der Botschaft. Mir hat der Ton gefallen. Ich freue mich, dass der Bundesrat aus seinem zahmen, so ängstlich behüteten Botschaftenton herauskommt und in dieser ersten Zeit entschiedene Töne anschlägt. Ich kann gar nicht begreifen, dass Herr Dr. Klöti in diesem Falle so empfindsam gewesen ist. Ich möchte Herrn Bundesrat Dr. Schulthess, im Gegensatz zu Herrn Dr. Klöti, sagen, dass mich der Ton gefreut hat.

Herr Dr. Klöti hat eigentlich zur Initiative selber nicht sehr viel gesagt, sondern er hat sich mehr gegen die Eingabe des Vorortes gewendet und gegen die Rede von Herrn Bundesrat Dr. Schulthess in Aarau. Ich möchte aber feststellen, dass weder die Rede von Herrn Bundesrat Dr. Schulthess zur Diskussion steht, noch die Eingabe des Vorortes, und dass weder das eine noch das andere einen Niederschlag gefunden hat in der Gesetzgebung oder in einer Verordnung. Wir haben hier gar nichts gespürt von dieser Aarauer Rede. Sie ist in bezug auf die Stellung des Bundesrates gänzlich wirkungslos geblieben. Deshalb halte ich den Kampf gegen die Aarauer Rede und die Eingabe des Vorortes für überflüssig. Der Bundesrat hat noch gar nichts unternommen, um die Löhne zu senken, und die Preise hat er ja gestützt; da aber, wo er die Löhne gesenkt hat, hat er sie sicher kaum mehr gesenkt als sie beispielsweise Herr Dr. Klöti in Zürich oder die Regierung des Kantons Genf angepasst und gesenkt hat. Was aber im reichen Zürich nicht zu vermeiden war, das scheint mir auch beim Bunde nicht zu vermeiden zu sein.

Dann möchte ich noch einen andern Passus aus der Rede des Herrn Dr. Klöti aufgreifen. Er hat nämlich die Kaufkraft des Geldes aus dem Kapital behandelt und erklärt, dass das Kapital jetzt durch die grössere Kaufkraft einen grösseren Wert habe. Wenn das stimmt — und das möchte ich keineswegs bestreiten — dann müsste man daraus auch ableiten, dass das Geld aus dem Einkommen auch einen grösseren Wert hat. Wenn man aber das zugesteht, so müsste auch das Einkommen aus der Arbeit sich eine Reduktion gefallen lassen. Wenn also das, was Herr Klöti angeführt hat, zutrifft, dann spricht das auch für eine Lohnanpassung an den Index.

Die private Arbeiterschaft, die so grosse Hoffnungen auf die Kriseninitiative setzt, kann mit dieser Initiative eine Stützung der Löhne nicht erwarten, höchstens das Staatspersonal kann es erhoffen. Die privaten Unternehmer könnte man

doch nicht verhindern, die Löhne zu reduzieren. Woher wollte man das Geld nehmen, um alle Differenzen auszugleichen?

Die Initiative wird im Volke als ein Heilmittel betrachtet, das geeignet ist, alles Uebel aus der Schweiz zu schaffen und die Initianten haben es dazu gebracht, dass sie eine gewaltige Ueberschätzung des Staates und der Initiative-Wirkung im Volke erreicht haben. Aber sie wird uns keine Aufträge bringen für die Export-Industrie, deren Lage die Ursache des Uebels ist.

Auch die Währungspolitik schafft keine Arbeit, Herr Sonderegger. Wenn der Franken billiger wird, dann werden die anderen Staaten schon Barrieren aufzurichten wissen, um diesem Billigerwerden des Schweizer Frankens zu begegnen.

Ich hätte gern noch etwas über die Finanzierung gesprochen. Diese Frage ist aber durch den Herrn Kommissionspräsidenten und durch Herrn Landammann Hauser in einlässlicher Weise behandelt worden.

Ich bin der Kommission mit dem Antrag unterlegen, in dem ich den Bundesrat eingeladen habe, ein Krisengesetz zu schaffen, in welchem die Leistungen des Bundes festgestellt werden und das, was sich neu als notwendig zeigt, dazu genommen worden wäre; im übrigen hätten die zahlreichen Versprechen in der Botschaft des Bundesrates in das Gesetz aufgenommen werden können. Ich bin mit diesem Antrag allein geblieben, obwohl man ihn anfangs sympathisch aufgenommen hatte. Heute wird im Nationalrat, nachdem der Gegenvorschlag abgelehnt worden ist, eine Motion Walter, unterzeichnet von Mitgliedern der konservativen Volkspartei, eingegeben, in der es heisst: „Der Bundesrat wird beauftragt, die bisher getroffenen Krisenmassnahmen in ihrer Auswirkung zu überprüfen und sie in Verbindung mit weiter zu ergreifenden Massnahmen in einen einheitlichen Gesamtplan zur Krisenabwehr einzuordnen. Der Leitgedanke dieses Gesamtplanes soll sein die tatkräftige Hilfeleistung für die wirklich Bedürftigen im Rahmen der verfügbaren Mittel und die wirksame Zusammenfassung der in den beruflichen und berufsständischen Organisationen ruhenden Kräfte.“ Das ist das, was ich schon vor Jahren forderte.

Sie wollen die Initiative ablehnen und keinen Gegenvorschlag akzeptieren. Sie wollen das Volk, das vorgestern durch die Interpellation Thalmann und ihre Beantwortung eigentlich eine nationale Stunde erlebt hat, in einem gigantischen Kampf gegeneinander loslassen? Sie finden sich aber bereit — nach der Verwerfung der Kriseninitiative — mit der rechnet doch die Motion Walter — das zu machen, was ich wollte und was Herr Wettstein will, den gewaltigen Kampf im Volke zu vermeiden. Ich bitte Sie inständig: überlegen Sie doch, ob Sie nicht jetzt zu einem derartigen Gesetz greifen und damit versuchen wollen, einen grossen Kampf zu vermeiden. Noch ist die Brücke der Verständigung nicht abgebrochen. Herr Nationalratspräsident Schüpbach hat heute morgen als besonderes Verdienst des Herrn Bundesrates Dr. Schulthess festgestellt, dass es ihm gelungen sei, viele leidenschaftsdurchglühte Kämpfe zu verhindern. Ich bitte Sie das, was man Herrn Bundesrat

Schulthess als Lob angerechnet hat, im Ständerate durchzuführen. Nehmen Sie den Rückweisungsantrag des Herrn Ständerates Dr. Wettstein an. Er hat keine imperative Form, er verlangt nicht einen Gegenvorschlag Saxer oder Schirmer, sondern er wünscht lediglich eine Kundgebung des Bundesrates in Form eines Bundesbeschlusses, in welchem der starke Helfer-Wille des Bundes lebendig und stark zum Ausdruck kommt. Ich bitte Sie, diesem Gedanken dadurch beizustimmen, dass Sie dem Rückweisungsantrag des Herrn Dr. Wettstein beipflichten. Wir haben politische Kämpfe wahrhaft genug in diesem Jahr, und es ist eine wahre Tragik des Schweizervolkes, dass in dem Moment, wo alle Länder sich zusammenschliessen, Koalitionsregierungen bilden, wir uns in derartigen Volksabstimmungen zerfleischen. Ich möchte bitten, den Rückweisungsantrag, der in ganz freier Form, nicht imperativ, gestellt ist, anzunehmen; denn wir alle wollen ja helfen.

Schmid: Ich hatte ursprünglich die Absicht, mich etwas ausführlicher zu beschäftigen mit den knappen anderthalb Seiten in der Botschaft, die sich mit der formalen Vorfrage beschäftigen. Ich hätte auch zeigen wollen, welche Wandlungen die Interpretation des Art. 121 der Bundesverfassung im Laufe der Jahre sich gefallen lassen musste. Es ist der Artikel der Bundesverfassung, der vorschreibt, dass wenn auf dem Wege der Volksanregung verschiedene Materien angeregt werden wollen, jede den Gegenstand eines besondern Initiativbegehrens zu bilden habe. Ich will auf ausführlichere Darlegung verzichten und mich in dieser Richtung auf einige Fragen beschränken. Im Jahre 1920, als die Ausländer-Initiative in Frage stand, hat die Botschaft des Bundesrates Prof. von Waldkirch zitiert. Dieser hat als Sanktion für den Fall, dass eine Initiative der Vorschrift des Art. 121 nicht entspricht, hingestellt: wenn es möglich sei, eine Initiative, die mehrere Materien enthalte, für die Volksabstimmung in diese Materien zu trennen, ohne dass dadurch dem Sinn der Initiative Zwang angetan werde, dann solle die Trennung durch die Bundesversammlung vorgenommen werden. Wenn es nicht möglich sei, die verschiedenen Materien der Initiative zu trennen, dann habe die Bundesversammlung das Initiativbegehren als nichtig zu erklären und ihm keine weitere Folge zu geben. Man hat dann im Jahre 1920 getrennt abgestimmt. Im Jahre 1921, bei der Vermögensabgabe, ist man von dieser wohlwollenden Interpretation, Trennung bei der Abstimmung, nicht des Begehrens, abgewichen und hat erklärt: Wenn eine Trennung der Initiative für die Volksabstimmung nicht möglich ist, dann ist die Einheit der Materie gegeben; sobald also eine Trennung nicht möglich ist, ist die Initiative als dem Art. 121 der Bundesverfassung entsprechend zu erklären. Was hat diese Interpretation für Folgen? Sie bildet den Anreiz zu dem, was Herr Kollege Dr. Klöti der Alpenstrassen-Initiative vorgeworfen, nämlich dazu, die Bestimmungen so zu verschachteln, so geschickt ineinander zu weben, dass eine Trennung nicht möglich ist. Dann sind die Initianten sicher, dass die Geschichte klappert.

Nun wird man mir entgegenhalten, dass die verschiedenen Initiativpunkte in der Kriseninitiative so schön unter einer Dachgesellschaft vereinigt seien, dass die Einheit gegeben sei. Wir wollen uns darüber nicht streiten, aber Herr Kollege Dr. Klöti hat erklärt: Keine Tausend von den 148,000 Unterzeichnern der Alpenstrassen-Initiative hätten eigentlich gemerkt, was man mit dem finanziellen Teil derselben wolle. Ich möchte fragen: Nicht wieviele Tausende, sondern wieviele Hunderte der 335,000 Unterzeichner der Kriseninitiative haben gemerkt, was in den Ziffern 6 und 9 der Initiative enthalten ist: die zeitweise Aufhebung des Art. 89, Absatz 2, der Bundesverfassung, nämlich die Ausschaltung des Referendumsrechtes für 30,000 Bürger oder für 8 Kantone, für 5 oder 10 Jahre? Derweil wir wissen, dass auch Stalin seinen Fünfjahresplan nicht einhalten konnte, werden es ja 10 Jahre sein, die die Initiative vorsorglich vorsieht. Ich halte es mit Kollege Dr. Wettstein: es wird aus den 10 Jahren dann noch mehr geben. Man hat uns ja getröstet, die Bundesversammlung werde nicht so zusammengesetzt sein in 5 Jahren, dass sie diese Verlängerung leichten Herzens proklamiere. Aber wenn wir einmal in diesem Wasser sind, dann gibt es nichts mehr anderes als fortzufahren.

Wenn Herr Dr. Klöti bei der Alpenstrassen-Initiative die Frage gestellt hat, ob man nicht hätte verlangen sollen, dass deren finanzieller Teil abgetrennt werde, könnte man sich fragen, warum man hier nicht abtrenne, warum man das Volk nicht separat frage, ob es für die Dauer von 10, eventuell 5 Jahren gegenüber Massnahmen zur Durchführung der Initiative Art. 89, Absatz 2, der Bundesverfassung ausser Kraft setzen wolle. Das liesse sich durchführen, ohne dass man der ganzen Geschichte Zwang antut. Ich wundere mich, dass Herr Nationalrat Reinhard zu diesem Diktaturartikel, der die Ausschaltung des Volksrechtes des Referendums für 5 oder 10 Jahre bringt, sagen konnte, die Initiative berge allerbestes demokratisch-freiheitliches Gedankengut.

Ich will diese Fragen nur aufwerfen, eine nächste bundesrätliche Botschaft über einen ähnlichen Gegenstand nicht wieder konstatiert, die Bundesversammlung habe sich stillschweigend der Interpretation des Bundesrates angeschlossen.

Nun der Gegenvorschlag. Man kann über die Opportunität eines Gegenvorschlages verschiedener Auffassung sein. Wir wissen, dass Herr Dr. Laur die Initiative ursprünglich nicht ablehnte, in der Hoffnung, dass es dem Beobachter, den der Bauernverband in das Initiativkomitee delegierte, möglich wäre, den Rückzug der Initiative gegenüber einem tragbaren Gegenvorschlag zustande zu bringen. Dr. Laur hat einige Rosinen in dem Kuchen entdeckt, alte Postulate des Bauernverbandes, und hätte gern diese Rosinen in einen etwas wohl-schmeckenderen Kuchen hinüberbacken lassen. Das ist ihm nicht gelungen. Ich bin der Meinung, es wäre nicht möglich gewesen, einen Gegenvorschlag aufzustellen, der die Initianten befriedigt oder auf der andern Seite nicht grosse Teile des übrigen Volkes abgestossen hätte. Deswegen neige ich zur Auffassung, wir sollten auf grundsätzlichem Boden bleiben und über die Initiative entscheiden

lassen, denn hier handelt es sich um Grundsätze und nicht darum, in der Krisenhilfe etwas mehr oder weniger weit zu gehen. Ich möchte mich gegen eines wenden. Man hat letzte Woche von Freunden des Gegenvorschlages lesen können, man sollte einen Gegenvorschlag machen, damit man nicht mit leeren Händen vor das Volk trete. Dieser Argumentation muss ich mit aller Bestimmtheit entgegentreten. Blättern Sie die Botschaft durch und sehen Sie, was bis jetzt Bund und Parlament getan haben. Ich will nur kurz einige Hauptpunkte hervorheben. Bund, Kantone und Gemeinden haben im Jahre 1933 — der Herr Berichtserstatter hat darauf hingewiesen — 65 Millionen Franken für die Arbeitslosenversicherungskassen ausgegeben und es diesen ermöglicht, 81,5 Millionen Franken Auszahlungen zu machen. Wir haben daneben die Krisenhilfe für ausgesteuerte Arbeitslose und dafür 13,6 Millionen Franken ausgegeben. Wir haben für die Arbeitsbeschaffung im letzten Dezember 4 Millionen bewilligt und in diesen Tagen 14 Millionen dazu gegeben, obschon eine Deckung, wie der Herr Berichtserstatter ausgeführt hat, noch nicht gefunden werden konnte. Wir haben ferner die produktive Arbeitslosenfürsorge vom Dezember 1934 mit 5 Millionen. Wir haben die Spezialvorlagen zur Hilfe für die Uhrenindustrie, die Stickereiindustrie und die Hotellerie. Ich glaube, diese wenigen Punkte beweisen, dass man bis jetzt dem Volke nicht mit leeren Händen entgegentreten ist. Dazu kommt noch, was Kantone und Gemeinden für die Arbeitsbeschaffung und für die Krisenmilderung getan haben. Wir haben ein fast vollständiges Einreiseverbot für ausländische Arbeitskräfte und dadurch einen weitgehenden Lohnschutz für unsere einheimische Privatarbeiterschaft. Wir geben in den Jahren 1933—1936 von Bundes wegen für die landwirtschaftliche Entschuldung 30 Millionen aus. Die Kantone und Dritte müssen gleich viel beisteuern, so dass 60 Millionen für diesen Zweck mobilisiert worden sind. Die Preisstützungsmassnahmen für landwirtschaftliche Produkte mögen an 50 oder über 50 Millionen im Jahr aus der Bundeskasse beanspruchen. Wir haben ein Bankengesetz mit der Kontrolle der Banken. Wir haben die Einfuhr in den Dienst der Ausfuhr, der Arbeitsbeschaffung gestellt. Wir haben den grösseren Besitz und die grösseren Einkommen mit der Krisenabgabe bedacht, die 85 Millionen einbringt. Wir machen uns ja darauf gefasst, dass diese Krisenabgabe nicht bei ihrer Terminierung bleiben wird, sondern wahrscheinlich so lange dauert, als grosse Krisenmassnahmen notwendig sind. Nun hat Kollege Klöti darauf hingewiesen, man könnte die Bundeserbschaftssteuer einführen und hälftig mit den Kantonen teilen. Wir wenigstens im Kanton Thurgau brauchen eine verschärfte Erbschaftssteuer für den Kanton. Wir vermögen es nicht, auf diesem Gebiete der Gesetzgebung mit dem Bund zu teilen. Ich will Sie daran erinnern, dass in Gemeinden mit niedrigstem Steuerfuss im Thurgau heute eine Million Vermögen, ob es etwas einträgt, oder nicht, die Krisenabgabe eingeschlossen, 16,000 Franken und einige hundert Franken an Steuern abliefern, in Gemeinden mit höherem Steuerfuss sind es 20,000 und darüber. Ich glaube,

Sie werden daraus erkennen, dass man bei einer derartigen Schröpfung des grossen Besitzes unmöglich weitergehen kann und dass wir die verschärfte Erbschaftsgesetzgebung, um nur diese zu nennen, für uns brauchen. Wir müssen sie verschärfen, sonst können wir unsere Finanzen nicht in Einklang bringen mit den Ausgaben.

Ich glaube, die Feststellung ist am Platze, dass man sehr weit gegangen ist mit den Krisenmassnahmen. Man ist so weit gegangen, dass ein Führer der Initianten bekannt hat, man habe zwar viel getan, aber nicht alles. Darin liegt die Ueberschätzung der Staatsgewalt. Der Herrgott kann bekanntlich alles, und der Staat soll selbstverständlich auch alles können. Wir nehmen, wenn wir vor das Volk gehen, zu diesen vorhandenen Leistungen das Bekenntnis mit, dass Bundesrat und Parlament an Hand der 12 Proprammpunkte des Bundesrates auch weiterhin bis an die Grenze der Möglichkeiten in der Krisenbekämpfung und in der Bekämpfung der Krisenfolgen gehen wollen. Ich glaube, das sind keine leeren Hände. Ich möchte empfehlen, dem Antrag der Kommission zuzustimmen und den Rückweisungsantrag von Kollege Wettstein abzulehnen. Wenn bis zur Abstimmung oder nachher ein Gesetz, wie es Kollege Löpfe vorschlägt, oder etwas anderes formuliert werden will, meinethwegen, aber unabhängig von einem klaren Entscheid über die Kriseninitiative.

Bundesrat Schulthess: Es ist mir natürlich nicht möglich, alle Punkte zu berühren, die von Interesse wären oder auch nur alles das aufzugreifen, was in der bisherigen Diskussion ausgeführt worden ist. Ich muss mich begnügen, einige Hauptpunkte zu erwähnen und darauf zu antworten.

Zunächst hat Herr Ständerat Schmid die formelle Frage berührt. Ich glaube, ich kann kurz darüber hinweggehen. Es wäre meines Erachtens weder taktisch klug noch verfassungsmässig gewesen, wenn wir eine Trennung der Initiative in mehrere Teile vorgeschlagen und damit eine mehrfache Abstimmung gefordert hätten. Es wäre auch nicht loyal gewesen gegenüber den zahlreichen Unterzeichnern der Kriseninitiative. Diese haben nach meiner Ansicht das Recht, dass die Initiative telle quelle, wie sie sie unterschrieben haben, dem Volke unterbreitet wird.

Damit komme ich zur Sache selbst. Das Dioskurenpaar an der „Sonderecke“ dort oben, die Herren Klöti und Sonderegger, haben sich nur im gemeinsamen Schluss gefunden. In den Motiven gehen sie weit auseinander. Herr Klöti hat mit einem Eifer, der mich fast etwas verwunderte, den Ton der Botschaft kritisiert. Ich habe dabei feststellen können, dass auch Stadtpräsidenten sehr eifrig werden können und sogar ins Unrecht verfallen. Ich glaube nicht, dass der Bundesrat dafür einen Vorwurf verdient, dass er seinen Standpunkt in der Botschaft etwas lebhaft begründet hat. Wenn es nicht überall der Kuriastil ist, den wir angewendet haben und auch nicht jener Stil, wie er in der österreichisch-ungarischen Monarchie offiziell seinerzeit verwendet wurde, so müssen Sie bedenken, dass noch nie ein so wichtiges Begehren von so vielen Bürgern eingereicht worden ist und dass der Bundesrat sich bewusst ist, dass es sich

um eine Lebensfrage unseres Landes und unseres Volkes handelt. Es stehen vor allem prinzipielle Auffassungen in Frage. Ich kann auch nicht anerkennen, dass einzelne Gründe, die wir ins Feld geführt haben, fadenscheinig seien. In den Ansichten kann man auseinandergehen; aus der Botschaft aber ein Verzeichnis angeblich ganz unzulänglicher Einwände herauszukonstruieren, scheint mir etwas zu weit gegangen zu sein.

Ich hätte Sie, nachdem ich schon im Nationalrat darüber gesprochen habe, nicht mit einem Exposé darüber behelligt, dass die Kriseninitiative ein sozialistisches Werk ist, wenn nicht Herr Klöti deren sozialistischen Charakter feierlich in Abrede gestellt hätte. Deshalb muss ich meinen Beweis antreten. Ich tue das mit ausschliesslich sozialistischer Literatur, infolgedessen mit Mitteln, die ja gar nicht versagen können; denn was in den sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften steht, das ist doch ohne weiteres richtig: „Roma locuta, causa finita!“

Beginnen wir mit der „Roten Revue“; sie ist gewiss auch dem Herrn Stadtpräsidenten von Zürich ganz unverdächtig. Ich lese dort:

„Wer glaubt, die in der Initiative formulierten Forderungen ohne einen eigentlichen Umbau der Wirtschaftsordnung verwirklichen zu können, der hängt einer trügerischen Illusion nach — einer reformistischen Illusion, insofern als die Tragweite jener Forderungen über Reformen hinausreicht, die im gegenwärtigen kapitalistischen System durchführbar sind. Die Gewährung eines Lohnschutzes bei sinkendem Profit muss letzten Endes das heutige Wirtschaftssystem in Frage stellen oder aber eine papierene Garantie bleiben. Wer das eine will, muss auch das andere wollen. Da gibt es kein Entrinnen. In der heutigen Situation kann man nicht einfach für die Arbeiter und Angestellten einen grösseren Anteil am Sozialprodukt beanspruchen und im übrigen alles beim alten lassen.“

Aus dieser Ueberlegung heraus ist der „Plan der Arbeit“ entstanden, der vom Verband des Personals öffentlicher Dienste an seinem Verbandstag in Lausanne Anfang Juni beschlossen worden ist und nun der schweizerischen Arbeiterbewegung unterbreitet wird. Partei und Gewerkschaftsbund werden dazu in allernächster Zeit definitiv Stellung beziehen müssen. Was die Kriseninitiative will, das will auch der „Plan der Arbeit“. Aber er will noch einiges mehr, er will vor allem Klarheit schaffen, wo die ökonomische Lösung der Probleme zu suchen ist, die auch von der Kriseninitiative gestellt werden. Insofern ist der „Plan der Arbeit“ eine Erweiterung der Kriseninitiative, auch wenn beide ganz unabhängig voneinander entstanden sind. Damit ist nicht gemeint eine Erweiterung bloss im Sinne eines längeren Kataloges von Forderungen, als sie die Initiative aufstellt, sondern als Wegweisung der von der Initiative gesteckten Ziele“.

Und: „Die Forderungen der Initiative finden sich auch im „Plan der Arbeit“. Nur dass sich dieser nicht damit begnügt, die Forderung zu erheben, er gibt gleich auch Auskunft über die Möglichkeiten der Lösung. Die Initiative verhält sich zum Plan wie das Eisenskelett eines Hauses zum vollendeten Gebäude. Was in der Initiative nur

Andeutung, ist im Plan Vollendung. So wird die Initiative der eigentliche Auftakt zum Kampf um den Plan“.

Ferner: „Die Kriseninitiative liegt auf dem Wege zum „Plan der Arbeit“. Wer für sie eintritt, muss auch den Plan wollen. Und wer sich für den Plan einsetzt, kann die Initiative nicht ablehnen.“ Also geschrieben in der „Roten Revue“.

Im „Mitteilungsblatt der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände“ schreibt ein ziemlich linksstehender Angestellter-Politiker folgendes:

„Dieser Arbeitsplan hat bis weit in bürgerliche Kreise hinein Aufsehen erregt und Beachtung gefunden, wohl deshalb, weil er in einer wohlüberlegten, sachlich und gut formulierten, umfassenden Art, wenigstens auf dem Papier, einen Ausweg aus den Nöten weist, worauf sehnsüchtig so viele Halbverzweifelte warten, die da glauben, durch „Organisation“ könnten alle wirtschaftlichen Gebrechen beseitigt werden.“

Und: „Der Vorstoss des VPOD ist eine Verbandsangelegenheit und hat mit der Kriseninitiative nichts zu tun. Trotzdem werden wir gut tun, uns damit recht bald zu befassen. Wenn nun der Präsident der Sozialdemokratischen Partei, Nationalrat Reinhard, sich dahin geäussert hat, die Kriseninitiative stelle eine erste, der Plan der Arbeit eine zweite Stufe dar und beide die Ueberleitung zur dritten Stufe, zur Sozialisierung der Wirtschaft und zur Machtübernahme durch die Arbeiterschaft, so kann man das von einem SP-Präsidenten nicht anders erwarten. Er bleibt seinen Auffassungen treu und sucht alle Vorgänge ihnen dienstbar zu machen“.

Also ein weiterer Beweis.

Hier habe ich den schweizerischen „Plan der Arbeit“. Dem wollen wir nun auch gleich das Ursprungszeugnis ausstellen. Er ist nicht nur von schweizerischen Ideen getragen, sondern er entstand im letzten Herbst, wie es hier im „Öffentlichen Dienst“ heisst „im Herzen von Frankreich, in einem seiner schönsten und fruchtbarsten Departemente, in der Abbatte Pontigny, dem internationalen Foyer zur Erforschung der Wahrheit“, wo eine internationale Konferenz stattfand. „Gegenstand der Beratung bildete das Problem der Planwirtschaft und der damit zusammenhängende soziale, politische und wirtschaftliche Fragenkomplex. Die geistige Führung der Konferenz lag, das ergab sich von selbst und ganz natürlich, bei Hendrik de Man.“

Und da wird gesagt, wie da die Aussprache ein hohes Niveau gezeigt habe und am Ende wird feierlich erklärt: „Das Leben ist nichts, die Idee alles.“

Der lebensbejahende Eingang dieses Artikels stimmt also nicht ganz zusammen mit dem entscheidungsvollen Schluss, wo es heisst: „Das Leben ist nichts, die Idee alles“.

Nun, man darf ja nicht alles so ernst nehmen. Ich hoffe, dass das Leben auch den Herren von Pontigny doch noch etwas sei.

Und dann wird in einer andern Nummer des „Öffentlichen Dienstes“ gesagt, dass diese konstruktiven Ideen, die da entwickelt worden seien, der fruchtbare Anreger für den schweizerischen Plan der Arbeit waren.

Ich will Sie nicht länger hinhalten und möchte Ihnen nur einige Stellen aus dem „Plan der Arbeit“ in Erinnerung bringen, die wörtlich sozusagen mit dem Texte der Initiative übereinstimmen.

Wo stehen wir? Wir haben die Kriseninitiative vor uns. Sie ist — nach sozialistischem Zeugnis — eine Vorstufe des „Plans der Arbeit“. Und dieser ist eine Vorstufe zur Sozialisierung und der Ergreifung der Macht durch die Arbeiterschaft.

Und da erklärt man uns in diesem Saale, die Initiative sei nicht sozialistisch. Ich hätte Ihnen diese Auseinandersetzung erspart, wenn ich nicht dazu provoziert worden wäre. Ich glaube, mein Beweis ist schlüssig und gelungen. Allein noch ein weiteres Zeugnis.

Ein Gewerkschaftsführer hat mir vor einigen Monaten gesagt: „Wir sind nicht für die Totalrevision der Verfassung. Wir machen eine Totalrevision durch Partialrevisionen“ und unter der Partialrevision meinte er natürlich diejenige, über die heute hier diskutiert wird, die Kriseninitiative. Er sprach damit vollständig richtig aus, dass, wenn diese Kriseninitiative angenommen werde, ein vollständiger Umbau unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens eintreten werde, vor dem an Bedeutung die Gesamtrevision unserer Bundesverfassung zurücktrete. Es handelt sich, wie in den Zitaten gesagt ist, um eine erste Stufe zur Sozialisierung, der die Machtergreifung folgen soll. Die Herren gehen sukzessive vor, behutsam, aber systematisch. Ich will niemandem daraus einen persönlichen Vorwurf machen, jeder hat seine Ueberzeugung, der beschrittene Weg ist ein legaler, das ist zuzugestehen. Aber wir Bourgeois, die ja hie und da schlafen und nicht immer Augen und Ohren offen haben, haben einmal das Recht, zu hören und uns zu besinnen, bevor es zu spät ist.

Wenn die eidg. Räte die Kriseninitiative ohne Gegenvorschlag ablehnen, dann ist wohl gerade die Entstehung, die ich geschildert habe, ein hauptsächlichlicher Grund. Man fragt: „Woher kommt das Projekt, was bezweckt es?“ und sagt mit Recht, man wolle nichts davon wissen.

Ich will nun eine Menge von Fragen beiseite lassen und Herrn Klöti nur auf einen Punkt antworten. Er sagt: Die Kardinalfrage ist die: Kriseninitiative oder Abbaupolitik. Sie können getröstet sein; Sie haben nicht zu wählen zwischen Kriseninitiative und Abbaupolitik. Der Bundesrat hat seit Jahr und Tag zuerst in absolut gerechtfertigter Weise eine Politik der Stützung und der Preishaltung betrieben, er ist in letzter Zeit darin sogar etwas weit gegangen. Ich verhehle nicht, nach meinem Geschmack gelegentlich zu weit. Er hat sich an Probleme herangewagt, die er wohl nicht wird lösen können. Sie haben ja erst gestern bei der Basler Mustermesse durch die Rede des Herrn Bundespräsidenten vernommen, dass gerade er nicht daran denkt, eine Abbaupolitik zu betreiben, sondern das Heil von Land und Volk in der Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte erblickt. Wenn diese erreicht werden muss, so wird mir jedermann zugeben, dass es schwer sein wird, mit andern Preisen und sogar mit den Löhnen abzubauen. Wenn auch der Herr Bundespräsident nur persönlich gesprochen hat, so glaube ich doch, dass seine Ansicht gehört werden muss,

umso mehr als er ja nicht wie ich moriturus ist, sondern im Gegenteil sich in voller Amtsausübung befindet. Der Bundesrat wird also nicht abbauen. Vielleicht wird er sich später auf etwas besinnen, was ich immer unbestritten gesagt habe, dass unsere Massregeln nicht ewig dauern können und einmal abgebaut werden müssen. Aber: festina lente, es wird nicht rasch gehen, sondern langsam. In dieser Beziehung können diejenigen, die die Abbauer als die verruchtesten Menschen der Schweiz betrachten, ganz ruhig schlafen und sie brauchen deshalb die Kriseninitiative nicht auszuspielen. In der Diskussion ist auch auf die Rede Bezug genommen worden, die ich in Aarau gehalten habe. Es ist vollständig richtig, dass ich auf meine Rechnung gesprochen habe, aber ich habe dem Bundesrat vorher mitgeteilt, ich werde in Aarau sprechen und dabei die Wahrheit sagen. Alle wussten, was ich darunter verstand. Ich habe also persönlich, aber nicht ohne Wissen des Bundesrates gesprochen.

Was habe ich in Aarau gesagt? Ich habe erklärt, es falle mir gar nicht ein, die bisherige Politik des Bundesrates zu verlassen, sondern was ich anstrebe, sei eine gewisse Reduktion der Preise im Rahmen der bisherigen Wirtschaftspolitik. Ich habe erklärt, es wäre mir ein Leichtes, Preise und Löhne zu senken. Mit einem Federstrich, mit einem Bundesratsbeschluss, der nichts anderes sagen würde als das, bestimmte Einfuhrbeschränkungen und Zoll erhöhungen seien abgeschafft, käme der elementare Sturz der Preise, aber auch der Zusammenbruch der Wirtschaft. Ich sagte, das wolle ich nicht, sondern es solle innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftspolitik langsam abgebaut und insbesondere einmal die Unausgeglichenheit beseitigt werden. Es solle soziale Gerechtigkeit geschaffen werden für die, die bis jetzt gelitten hätten. Denn bislang sind die Preise am Orte des geringsten Widerstandes und des stärksten Druckes gesunken. Diejenigen, die das Glück hatten, rein innerwirtschaftlich orientiert zu sein, wurden oft nur wenig berührt, manche profitierten von der Entwicklung. Ein kleines Beispiel habe ich schon im Nationalrat gegeben; es ist aber so interessant, dass ich es hier wiederholen will: Im Jahre 1914 musste ein Bauer 26 Liter Milch verkaufen zu 16½ Rappen, um sich ein Retourbillet III. Klasse von Bern nach Olten kaufen zu können. Im Jahre 1935 muss der gute Mann 56 Liter Milch zu 18 Rappen verkaufen, um sich ein Retourbillet Bern-Olten III. Klasse erstehen zu können.

Sie sehen daraus die Unausgeglichenheit und sozial genommen die Ungerechtigkeit der heutigen Preisgestaltung, wenn auch nun die Kreise sich immer weiter ziehen. Ich habe in Aarau ganz speziell hervorgehoben, man sollte auszugleichen versuchen, damit nicht der arme Teufel von Exportarbeiter, der 15% Lohnabbau oder vielleicht noch mehr über sich ergehen lassen musste und dazu nur 32 oder 36 Stunden arbeiten kann, immer die gleichen Preise bezahlen muss, wie wenn er noch zum alten Lohn seine 48, oft gar 52 Stunden in der Woche arbeiten könnte. Das war das erste, ein gewisser Ausgleich, und nach dem Ausgleich wird es sich darum handeln, zu prüfen, ob man allgemein etwas tun kann. Aber man müsste dann die Senkung gleichmässig, massvoll und überlegt vor-

nehmen, so dass nicht neue Ungerechtigkeiten entstehen. Sie muss so erfolgen, dass nicht wieder der eine die Suppe ausisst und der andere profitiert. Sind diese Ansichten ketzerisch, sind es unsoziale, unrichtige Anschauungen? Man hat mir unterschoben, ich hätte gesagt, es müssen sofort Preise und Löhne um 20 % gesenkt werden. Ich habe gesagt, die Industrie erkläre, sie sollte 20 % billiger produzieren können, um wieder etwas konkurrenzfähiger zu werden. Ich fügte bei, ich wolle das nicht bestreiten. Dann kam noch eine weitere Auseinandersetzung, und endlich sagte ich, das könne man nicht von heute auf morgen machen. Gibt es einen Menschen, der das bestreiten kann? Sind denn etwa die Verhältnisse und die Preise wirklich so, dass sie keine Rolle spielen? Ich habe heute in meiner Geschäftsmappe ganz zufällig ein interessantes Aktenstück gefunden. Sie wissen, dass der Bund Beiträge bezahlt unter dem Titel der sog. produktiven Arbeitslosenfürsorge an Lieferungen ins Ausland. Im vorliegenden Fall betrug der Lieferpreis 465,000 Fr., die Selbstkosten 659,000 Fr., die Lohn- und Gehaltssumme 258,600 Fr. Die Beschäftigungsdauer war ein halbes Jahr für 163 Arbeiter und Angestellte. Die Löhne sind wesentlich reduziert worden, während der letzten drei Jahre um 15—17 %. Wir geben einen Betrag von 33,750 Fr. oder 7,3 % des Verkaufspreises, 13,1 % der Löhne und Saläre, damit der Auftrag übernommen werden kann. Da sage mir jemand, die Preise spielten keine Rolle für den Export! Wenn sie keine Rolle spielten, dann dürften wir doch keine Beiträge leisten. Durch die einzige Tatsache, dass dies mit Erfolg geschehen muss, wird die Behauptung widerlegt, dass die Preise nicht von grosser Bedeutung seien. Wenn die Industrie geltend macht, sie sollte 20 % billiger arbeiten, um konkurrenzfähig zu werden — natürlich in diesem Fall ohne weitere Staatsbeiträge —, so kann man das nicht leugnen, denn es ist richtig. Damit habe ich nicht gesagt, dass es von heute auf morgen oder in nächster Zeit möglich wäre, effektiv die Produktionskosten um 20 % zu reduzieren. Das habe ich auseinandergesetzt. Ich will damit nur klarstellen, dass man meine Ausführungen vollständig falsch auslegt.

Noch etwas weiteres. Wir stehen nun im dritten Zwangsregime auf wirtschaftlichem Gebiet, das ich in meiner Bundesratszeit erlebt habe. Es ist weitaus das schwierigste und ein Ende ist nicht abzusehen. Wie halten wir unsere Preise, wie halten wir zum Teil auch die Löhne? Mit einem ganzen wirtschaftlichen System, das so ausgebaut ist, wie manche von Ihnen es sich nicht ausmalen können? Im Gebiete der Landwirtschaft z. B. kennen Sie ja den Bundesbeschluss über die Milchpreisstützung. Die hier vorgesehenen Massregeln treffen nicht nur den Bauer, den Milchhändler, den Käser und den Käsehändler, sondern auch das Publikum. In Zug weiss man es. Es gab fast einen kleinen Krieg, bis die Leute sich daran gewöhnt hatten, dass sie die Milch von einem andern Vermittler beziehen müssen, der gerade so gut liefert. Weiter konstatiere ich, dass wir den Kantonen oft schreiben müssen, dass bestimmte Vorschriften bestehen, dass der Bund Befehle und die Kantone ihn zu unterstützen haben.

Gestern war im Nationalrat auch von der Käseunion die Rede. Sie kann in einigen Jahren ihr 25-

jähriges Jubiläum feiern. Sie wurde 1914 gegründet. Sie kann dann auch bald ihre silberne Hochzeit mit dem Verband schweizerischer Milchproduzenten feiern. Die Ehe war nicht immer ganz sturmfrei. Man hat sich hie und da etwas gestritten und wusste nicht immer, wer befiehlt und wer gehorche, aber schliesslich hat man sich immer wieder gefunden, weil man sich sagen musste, man müsse zusammengehen, um die Preise besser halten zu können. Wer kann Mitglied der Käseunion sein? Die Käsehändler, die schon von altersher den Käsehandel betreiben, wer so klug war, sich einen Käsehändler zum Vater auszuwählen oder die Tochter eines solchen heimzuführen und so in ein bestehendes Geschäft einzutreten. Wer sich nicht in dieser Lage befindet, kann nur unter erschwerten Bestimmungen oder überhaupt nicht in die Käseunion aufgenommen werden, eine Art numerus clausus. Nehmen Sie an, die Käseunion bestehe noch eine Anzahl Jahre weiter, so wird man immer mehr finden, sie verhindere alle möglichen Leute, die sich diesem Berufe zuwenden wollen, ein Geschäft zu gründen und sich damit eine Existenz zu sichern.

Aehnlich stehen die Dinge hinsichtlich der Einfuhrkontingente. Diese werden in erster Linie auf Grund der Einfuhr des Jahres 1931 gewährt. Wer damals den Einfuhrhandel nicht betrieb, ist, gewisse Ausnahmen vorbehalten, ausgeschlossen und bekommt kein Einfuhrkontingent. So hart dieses System scheinen mag, so ist es doch sehr schwierig, etwas anderes an dessen Stelle zu setzen, ohne dass man zu einem System der Willkür käme. Auch im Gebiete des Handels wird also die freie Entwicklung gehemmt und gerade junge Leute sind nicht in der Lage, sich frei zu betätigen und sich ihren Weg zu bahnen.

Dieses System ist heute notwendig. Ich habe es selbst vorgeschlagen und stehe dazu. Aber ich habe auch immer wieder betont, dass es nicht ewig dauern könne, sondern einmal gelockert werden müsse, sonst wird einmal die öffentliche Meinung, die nicht in der Lage ist, die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens angesichts der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse richtig zu beurteilen, sich dagegen wenden. Dann würde auf einmal alles über Bord geworfen, und mit der Freiheit, die dann gefordert würde, käme der Zusammenbruch. Gerade weil aber solche Konsequenzen vermieden werden sollen, muss ein sukzessiver Abbau angestrebt werden, und ich bin heute noch davon überzeugt, das Richtige getroffen zu haben, als ich dem Schweizervolk riet, langsam vom Kirchturm seiner Preise herunterzusteigen und so auch einen sukzessiven Abbau der bestehenden Vorschriften zu erleichtern. Man kann nicht einfach beiseite setzen, was in der übrigen Welt geht, die Schweiz muss sich nach und nach anpassen. Ist dies vom internationalen Standpunkt aus gegeben, so sprechen, wie ich soeben gezeigt habe, auch Gründe der internen Wirtschaftspolitik für ein solches Vorgehen. Wenn man einem Ausländer verständlich zu machen sucht, die Schweizer seien entschlossen, mit ihrer ganzen Energie die gegenwärtigen Preise zu halten, so begegnet man ungläubigem Lachen. Das können Sie, lautet die Antwort, eine Zeitlang tun, dann aber hört es selbstverständlich auf. Wie wollt Ihr, sagen die Ausländer, Eure Wirtschaftslage künstlich regeln und von der

übrigen Welt abschliessen? Wo nehmt Ihr die Kraft und die Möglichkeit her, es zu tun?

Herr Stadtpräsident Klöti hat weiter gesagt, es se trete mit dem Sinken der Preise automatisch eine Aufwertung der Schulden ein. In dieser Allgemeinheit ist dieser Satz meines Erachtens nicht richtig und er muss mit Vorsicht aufgenommen werden. Fassen wir einige Beispiele ins Auge, wie das Sinken der Preise und damit der Löhne sich auswirkt. Dem Betrieb unserer Regieanstalten, besonders den Bundesbahnen würde es zum Vorteil und zur Entlastung dienen, wenn die Betriebskosten zufolge eines Rückganges der Löhne, aber auch der Preise, sinken würden. Die Ergebnisse würden sich verbessern, die Schulden würden erträglicher, und dieser Zustand wäre für die Bundesbahnen jedenfalls viel günstiger, als wenn Preise und Löhne gehalten werden oder gar noch weiter steigen würden. Die Bundesbahnen weisen heute ein Defizit von 40—50 Millionen auf. Wie es in der Zukunft kommen wird, wissen wir noch nicht. Ein anderer Weg als der der Reduktion der Betriebskosten durch Senken der Löhne und Preise ist gar nicht denkbar.

Anderes Beispiel. Es kommt nicht darauf an, welche Preise ein Bauer oder ein Gewerbetreibender oder Händler brutto erzielt. Für die Ueberlegung, ob die Schulden erträglicher gestaltet und verzinst werden können, stellt sich vielmehr die Frage: Wie stellt sich das Nettoergebnis? Was bleibt von den Einnahmen nach Abzug der Ausgaben? Gehen die letztern, also Preise und Löhne, zurück, so wird ein Produzent oder Händler damit auch wieder die Reduktion seiner eigenen Preise ausgleichen können. Ich muss also gestehen, dass ich nicht recht verstehe, wie die Befürworter der Initiative dem Schweizervolk gleichsam raten wollen, brutto für netto zu rechnen und ausschliesslich auf die Höhe der erzielten Preise abzustellen.

Wir können also nicht zugeben, dass der Preisabschlag schlechthin eine Aufwertung der Schulden bedeute. Das Kapital, das so absprechend beurteilt wird, hat in der heutigen Zeit übrigens allerlei Schicksale erlitten. Seit dem Jahre 1914 ist seine Kaufkraft gefallen und wieder etwas gestiegen; seine Erträgnisse stiegen und sind seither wieder gefallen. Es hat aber namentlich auch in der letzten Zeit gewaltige Verluste erlitten. Mögen manche selbstverschuldet sein, so trifft es für andere nicht zu, und endlich haben sich die Verluste, die zufolge der internen Wirtschaftsverhältnisse in letzter Zeit eintraten, noch gar nicht vollständig ausgewirkt. Wir stehen also hier vor schmerzlichen Ueberraschungen, denn das Kapital ist nicht ein Ding, das unabhängig ist von der Wirtschaft, sondern es ist, ich möchte sagen ein Extrakt derselben und teilt deren Schicksal. Wenn die Preise sinken und die Betriebe nicht mehr rentieren, können die Zinsen nicht mehr bezahlt werden, und es treten automatisch Kapitalverluste ein. Namentlich darf man nicht vergessen, dass das Kapital durch die Entwicklung der Besteuerung stark belastet worden ist.

Ein Mitglied der Kommission hat uns darüber ganz interessante Beispiele gegeben. Ein vormundschafftliches Vermögen im Kanton St. Gallen von 100 000 Franken, das ungefähr 4000 Fr. abwirft, hat mehr als 1300 Franken an Steuern zu entrich-

ten, sodass die Nettoerndite dieses Kapitals also nur noch wenig mehr als 2000 Franken beträgt. Im Nationalrat habe ich an Hand von Zusammenstellungen nachgewiesen, dass in gewissen Kantonen und Gemeinden, so z. B. in Herisau und Appenzell ein fundiertes, also aus Zinsen flissendes Einkommen von 15 000 Franken gegen die 40% Steuern zu entrichten hat. Von diesen 15 000 Franken bleiben also noch ca. 9000 Franken und es fällt das Einkommen des Inhabers des erwähnten Vermögens bereits in eine Besoldungsklasse der eidgenössischen Beamten, um deren Inhaber man sich auch vom sozialen Standpunkt aus zu interessieren beginnt. Selbst diese grossen Opfer schliessen nicht aus, dass das Kapital noch weitere Opfer wird bringen müssen.

Ich gebe auch Herrn Klöti zu, dass beim Abbau von Preisen und Löhnen man auf den Faktor Kapital stösst. Müssen z. B. die Löhne erheblich reduziert werden, so sollten die Mietzinse zurückgehen. Dies setzt aber, wenn es allgemein eintreten und unter staatlicher Mitwirkung erreicht werden sollte, eine Reduktion der Kapitalzinsen voraus. Aehnlich liegen die Dinge in der Landwirtschaft, wo eine gewisse Entschuldungsaktion kaum zu umgehen sein wird.

So ist also dafür gesorgt, dass die Bäume der Abbautendenzen nicht in den Himmel wachsen, d. h. dass nur eine parallele Aktion denkbar ist. Ich möchte auch noch erwähnen, dass der Bundesrat erklärt hat, er gedenke, in die Lohngestaltung der Privatwirtschaft nicht einzugreifen und wolle diese der freien Uebereinkunft der Beteiligten überlassen. Auch ich persönlich habe nie daran gedacht, dem Bundesrat vorzuschlagen, Kompetenzen zur Fixierung der Löhne zu verlangen. Was unsere Absichten hinsichtlich der Preise sind, zeigt die Botschaft über die Preiskontrolle. Ich habe gesehen, dass heute Herr Dr. Laur gegen diese unschuldige Vorlage Sturm läuft. Er ist auf dem Holzwege und wird diese Entwicklung nicht aufhalten können. Ich bin überzeugt davon, dass Sie mit mir einig gehen, dass diese einseitige Politik nicht durchführbar ist, und dass es eine Illusion wäre, zu glauben, man könne mit staatlichen Massregeln die jetzige Situation vermeiden. Diese Erwägung führt in das Gebiet einer andern Illusion, wonach das Geld für die staatlichen Aktionen auf der Strasse liege und der Bundesrat nur zu kurzfristig sei, es zu sehen. Man könne, hat man uns schon gesagt, ein Milliardenanleihen aufnehmen, das Geld in die Wirtschaft fliessen lassen; dann wären die Schwierigkeiten überwunden, und es würde nach und nach, in nicht allzu ferner Zeit, die alte Prosperität wieder zurückkehren.

So liegen die Dinge nicht. Im übrigen möchte ich mir noch vorbehalten, zu den andern finanziellen Fragen, speziell zum Problem der Aufwertung, auf die Ausführungen, die der Chef des Finanzdepartementes im Nationalrat gemacht hat, zu verweisen und ich hoffe, dass er auch noch in diese Debatte eingreifen wird.

Schliesslich sei mir noch ein Wort über den Finanzbedarf gestattet:

Die Kriseninitiative stellt ganz allgemeine Forderungen auf. Man kann wohl versuchen, eine Berechnung zu machen, welches die erforderlichen

Mittel sein werden. Diese werden selbst von Befürwortern der Kriseninitiative auf ca. 100 Millionen im Jahre berechnet. Herr Klöti hat aber gestern einen Irrtum begangen, als er davon ausging, dass es sich im ganzen mit Inbegriff der gegenwärtigen Auslagen zur Bekämpfung der Krise um 100 Millionen handle. Diese Summe ist vielmehr als der Mehrbetrag anzusehen, der selbst nach Ansicht der Befürworter der Initiative notwendig wäre. Wir müssen also wiederum mit einer Mehrausgabe von netto 100 Millionen und nicht mit 100 Millionen Bruttokosten der Krisenbekämpfung rechnen. Ueberhaupt ist den Ausgaben, wenn die Kriseninitiative angenommen werden sollte, gar kein Damm und keine Grenze mehr gesetzt, dann ginge es ins Uferlose weiter. Einmal angenommen, würde die Kriseninitiative — so fürchte ich — nicht mehr von den überlegten Männern wie Herr Klöti, die durch ihr Amt gewöhnt sind, solid zu rechnen, interpretiert, sondern dann würden extreme Elemente, die meinen, die Mittel eines Staates seien unerschöpflich und aus dem Kapital könne man herauspressen so viel man wolle, die Oberhand bekommen und versuchen, die Zitrone auszupressen bis zum letzten Tropfen. So käme es und viele, die heute mit der Initiative marschieren, würden nachher über die Geister klagen, die sie riefen, und die sie im kritischen Moment nicht los werden. « L'appétit vient an mangeant. » So ginge es auch mit dem Durst, der käme auch mit dem Trinken.

Und nun: Woher die Mittel und die Kraft?

Die Initiative bestimmt, die Ausgaben sollen gedeckt werden aus laufenden Einnahmen, aus Anleihen und Prämienobligationen. Die laufenden Einnahmen haben einen Fehler: Sie laufen nicht mehr recht, sondern sie fangen an zu versiegen. Die Zölle gehen jeden Monat zurück, die Coupons- und Stempelsteuern und andern Abgaben ebenfalls. Das Volkseinkommen sinkt, wir werden mit einem Rückgang der Steuern jeder Art rechnen müssen, die laufenden Einnahmen werden also nicht mehr ergeben, was man gerne hätte.

Anleihen und Prämienobligationen. Die Prämienobligationen gehören auch unter die Anleihen. Sie bilden nur eine Abart. Die Ausgabe von Prämienobligationen ist kein Finanzierungsmittel, sondern nur eine Art des Schuldenmachens. Sollen wir nun die künftigen Generationen zu unserer hohen Lebenshaltung, zu den Prätentionen, an die wir gewöhnt sind, allerdings auch noch zu allen schönen Errungenschaften das böse Erbe schlimmer Zeiten in Form von Milliarden schulden vermachen? Können Sie das verantworten, können Sie das wollen? Würde es versucht, so werden die Verhältnisse Einhalt gebieten. Der Kredit des Staates wird sinken. Heute schon hapert es bei vielen Gemeinden, die keine Mittel mehr haben, ihre Coupons nicht mehr bezahlen können, nicht nur in Genf, auch anderorts. Diese Not übersetzt sich auf die Kantone, aber auch diese werden in ihrem Kredit erschüttert werden. Einzelne sind es vielleicht bereits, andere werden ihre Erfahrungen noch machen und selbst so reiche Städte wie Zürich, wo Herr Stadtpräsident Klöti mit Hilfe der grossen Vermögen und Einkommen der Industrie, des Handels und der Banken bis heute alles in Ordnung halten konnte,

werden einen Rückgang der Steuern sehen und in die Notwendigkeit versetzt werden, Schulden zu machen und damit ihren Kredit gefährden. Wie standen die zürcherischen Anleihen vor etwas mehr als einem Jahrzehnt? Sind wir nicht vorsichtig, so kommt von innen heraus, von den Gemeinden nach den Kantonen, von diesen zum Bund das Unheil. Bereits haben wir Vorläufer, bereits haben wir Kantone und Gemeinden abweisen müssen, indem wir ihnen sagten, sie sollen für sich selbst sorgen, wir hätten genug für den Bund zu tun.

Käme der Bund in eine bedenkliche Finanzlage, dann ist der ganze öffentliche Kredit, auch der der Gemeinden und der Kantone verloren. Ein kleines Sturmvögelein ist bereits über das Bundeshaus geflogen, als wir 200 Millionen Bundesbahnobligationen konvertieren wollten. Wir sahen nur 100 Millionen zur eigentlichen Konversion vor, für die andern 100 Millionen akzeptierten wir das Rezept der Kreditausweitung, wie es der von Herrn Flandin neuernannte Gouverneur der Bank von Frankreich angewendet hat: Die Ausnützung des kurzfristigen Kredites durch Reskriptionen. Dieser Kredit ist billig. Für das eigentliche Anleihen verlangte man von uns, wir sollten auf den Typus von $3\frac{1}{2}$ % zurückgehen. Wir haben es getan. Das Anleihen wurde zum Kurse von 94 aufgelegt, und von 200 Millionen sind im ganzen 91 zu einem Kurse konvertiert worden, der nicht $3\frac{1}{2}$ sondern 4 % Rendite ergibt. Solche Vorkommnisse mahnen zur Vorsicht.

Seither haben sich aber noch andere Dinge ereignet. Der Belga ist um rund $\frac{1}{4}$ entwertet worden, obwohl er seinerzeit schon um $\frac{6}{7}$ seines Goldwertes heruntergesetzt worden ist. In Parenthese gesagt, hat man mir im Nationalrat bei Behandlung der Kriseninitiative eingewendet, in Belgien werde anders, besser regiert, da habe ein konservativ-katholischer Staatsmann Sozialisten in die Regierung berufen, sie werden den Belga halten, da gebe es keine Devaluation. Ich habe schon damals dem nationalrätlichen Redner geantwortet: Seit gestern ist der Belga um 17 % gesunken, heute sind es schon 20 %. Sie sehen, dass gegen solche Ereignisse kein Kraut gewachsen ist und dass keine Partei die Macht hat, sich am staatlichen Kredit zu vergreifen, ohne dass gewisse Folgen eintreten. Diese Vorgänge hat auch unser Land zu spüren bekommen, so dass beispielsweise $4\frac{1}{2}$ % ige Bundesobligationen auf ungefähr pari zurückgingen. Müssten wir heute eine Anleihe aufnehmen, so wäre selbst ein Satz von 4 % kaum praktikabel. Würde nun noch gar die Kriseninitiative angenommen und dadurch der Bundesversammlung eine Blankovollmacht erteilt, zu handeln und auszugeben, gleichsam nach Belieben, wie soll dann unser Kredit sich halten? Wie sollen unsere Finanzen ins Gleichgewicht kommen?

Noch ein Wort über die Prämienobligationen. Sie werden dadurch charakterisiert, dass man einen Teil des Zinses nicht als solchen ausbezahlt, sondern auf einzelne Obligationen kumuliert und als Prämien vergütet. Billiger als andere Anleihen sind die Prämienobligationen für den Schuldner nicht, sie bringen nur eine Verschiebung der Zinsberechnungen. Wer das Glück hat, zieht einen Treffer, der andere begnügt sich mit beispielsweise $2\frac{1}{2}$ % Zins, in der Hoffnung, dass ihm später einmal das Glück lächeln werde. Prämienanleihen sind also

keine Finanzquelle, sondern sie begründen ganz einfach eine Schuld und vor dem Schuldenmachen muss man sich hüten. Da kommt mir eine Episode in den Sinn. In der nationalrätlichen Kommission hatte ein Mitglied, das für die Kriseninitiative eintrat, aus einem Buch verschiedene Sachen vorgelesen, die es zu deren Gunsten deutete. Ich schlug das Buch auf und fiel sofort auf den Satz: «Les emprunts d'Etat, c'est un trou». Ein Loch, von dem man nicht weiss, ob jemals etwas, was man hineinwirft, wieder herauskommt. Sorgen wir dafür, dass dieses Wort nicht einstmals auf unsere Anleihen angewendet werden kann. Es war eigentümlich, dass der gleiche Schriftsteller, der offenbar auch andere Dinge gesagt hat, die man zu Gunsten der Kriseninitiative auslegen konnte, den Staatskredit so abschätzig beurteilt. Man muss sich Rechenschaft geben, dass in der Tat, wenn man den öffentlichen Kredit überspannt, das Geld einfach in ein Loch geworfen wird und dass man nicht weiss, ob jemals etwas zurückerstattet wird. Die Bestimmung über die finanzielle Deckung ist die schwächste der vielen schwachen Seiten der Kriseninitiative, ja man darf sagen, es ist eine Deckung ernstlich gar nicht vorgesehen. Wenn die Befürworter der Initiative wirklich ernst hätten vorgehen wollen, hätten sie an die Spitze ihres Volksbegehrens setzen müssen, was das Schweizervolk an Steuern und Abgaben zu bezahlen hat, damit alle die vielgerühmten Massnahmen durchgeführt werden können. Davor hat man sich gehütet und wollte den Vogel nicht scheu machen. Man verlegte sich darauf, aus dem angeblich unerschöpflichen Born der eidgenössischen, leider leeren Staatskasse zu schöpfen und begnügte sich, am Ende der Initiative ein Sätzlein hinzuschreiben, das von laufenden Einnahmen, von Prämienobligationen und von Anleihen spricht. Wenn die Eidgenossenschaft eine solche Politik befolgen würde, dann wäre es in Bälde um sie geschehen. Ich bin überzeugt, dass auch ernste Führer wie z. B. Herr Klöti sich gesagt haben, es müssen natürlich weitere Finanzquellen erschlossen werden. Man hat in der Diskussion drüben und hier von der Initiative für eine direkte Bundessteuer gesprochen. Die Initiative besteht, aber bevor sie zur Abstimmung kam, hat man sich gezwungen gesehen, einstweilen eine Krisensteuer auf eine beschränkte Anzahl Jahre einzuführen. Die Idee ist verwirklicht, vielleicht nicht so weitgehend, wie die Initianten seinerzeit wollten, aber sie ist realisiert auf Zeit und nach Möglichkeit. Sie wissen ja, der Staat pflegt dem Steuerpflichtigen seine Medizin löffelfeise einzugeben, damit sie eher geschluckt wird. Aus dieser zeitlichen Steuer wird wohl leider eine Verlängerung herauswachsen und vielleicht sogar eine dauernde Steuer werden. So ist, wie auch Herr Schmid erwähnte, nicht einzusehen, wie heute aus Kapital und Einkommen, die schwinden, noch etwas Wesentliches, Neues, herausgedrückt werden könnte, ohne dass schliesslich das Kapital sich verzieht und das Einkommen unter dem Drucke der Verhältnisse immer noch mehr schwindet und weitere Enttäuschungen verursacht.

Man hat uns weiter vorgeworfen, die Politik, die wir vertreten, führe zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Wenn aber die Kriseninitiative angenommen werde, dann beginne ein Eldorado oder

es werden die Verhältnisse doch viel besser werden. Welch grosser Irrtum! Bereits hat ein Herr von einem Fall erzählt, den ich kenne und der die Lage grell beleuchtet. Eine Fabrik stellt Rohstoffe her, die von einer schweizerischen Exportindustrie benötigt werden. Sie ist aber zu teuer und das Ausland macht ihr harte Konkurrenz. Es läge nahe, eine verschärfte Kontingentierung einzuführen und die betreffende Exportindustrie auf den schweizerischen Rohstoff zu verweisen. Geschieht dies, so wird aber unter Umständen die verarbeitende Industrie am internationalen Markt konkurrenzunfähig. Sie kann also weder schweizerische Rohstoffe kaufen noch solche verarbeiten und die Arbeitslosigkeit tritt an beiden Orten ein. Dieses Beispiel beweist, dass nur durch eine sukzessive Anpassung die Grundlage für unsere industrielle Konkurrenzfähigkeit gelegt werden kann.

Noch einige kurze Ausführungen über die Idee eines Gegenvorschlages. In der Kriseninitiative sind einzelne Postulate enthalten, die wir ohne weiteres aufnehmen könnten und die zum guten Teil schon verwirklicht werden. Allein wir müssen bedenken, dass durch die Initiative eben alles in eine ganz andere Atmosphäre rückt und die angestrebten Zwecke auf einer viel ausgedehnteren und breiteren Basis verfolgt werden. Weil auf der Welt alles eine Sache des Masses ist, kann man so das an sich Richtige ad absurdum führen. Dazu kommt, dass die Mittel, die das Volksbegehren vorsieht, gefährlich und unannehmbar sind. Hätte man dieser Initiative einen Vorschlag gegenüberstellen sollen? Ich kann durchaus nachfühlen, was einzelne der Herren in der Kommission, im Nationalrat und auch heute hier ausgeführt haben, nämlich, dass es wünschenswert gewesen wäre, sich zu finden. Allein das hätte vorausgesetzt, dass die Kriseninitiative an Haupt und Gliedern reformiert worden wäre und dass man ihr namentlich die sozialistischen Zähne ausgebrochen hätte. Aber damit hätten sich die Initianten nicht einverstanden erklärt. Auf bürgerlicher Seite wäre die Begeisterung für einen solchen Gegenvorschlag auch nicht gross gewesen. Es hätte einen Sinn gehabt, wenn beide Teile sich hätten finden können, aber als bloss taktische Kampfmassregel ist ein Gegenvorschlag aussichtslos. In der heutigen so ernsten Zeit kann man nur zusammenarbeiten auf solider, erprobter Grundlage, also auf der Grundlage des bürgerlichen Staates. Weniger als je darf man auf schwankender Leiter in die Wolken steigen, um dort ein Schloss zu bauen. Auf solidem bekanntem Boden hätte man sich finden müssen. Ich gebe ja zu, dass man vor Ausarbeitung der Botschaft auch noch mit den Wirtschaftsverbänden hätte reden können. Allein es konnte nicht mehr geschehen, weil die uns gesetzte Zeit zu kurz bemessen war. Ich habe ursprünglich gehofft, dass der Kelch an mir vorbeigehe und ich meinem Nachfolger die Behandlung der Kriseninitiative als Angebinde hinterlassen dürfe. Allein als ich meine Demission erklärte, ersuchte man mich dringend, die Botschaft noch zu verfassen, wenn auch keine Verhandlungen mehr zuvor möglich seien.

Nun hat man in der Kommission von neuem von Gegenvorschlägen gesprochen, aber ich habe das Gefühl, es hätte zu nichts geführt, selbst der

weitgehende Vorschlag Schirmer wurde in der nationalrätlichen Kommission ohne weiteres abgelehnt. Unter den Gegnern findet man wie beim Vorschlag Saxer, auch die sozialistischen Befürworter der Kriseninitiative. Sie wollten nichts davon wissen, obwohl Herr Saxer sich nicht auf ein bestimmtes Programm festlegen, sondern die Sache bloss an den Bundesrat zurückweisen wollte, damit er prüfe, ob ein Gegenvorschlag ausgearbeitet werden solle oder nicht.

Nach diesen Vorgängen glaube ich, dass ein Gegenvorschlag auch an den Befürwortern der Kriseninitiative gescheitert wäre. Soll man heute noch darauf zurückkommen? Wahr ist so viel, dass man sich offenbar im Volke, obwohl man jeden Tag die Vorteile geniessen, keine Rechenschaft gibt, was der Bund schon getan und welche Opfer er gebracht hat für die wirtschaftlich Schwachen und für ganze Berufsstände. Man wünscht vielfach, dass auch das, was geschehen ist, in einem Bundesbeschluss zusammengefasst werde, statt dass es nur in den bekannten 12 Punkten, die sich am Ende der Botschaft befinden, resümiert werde. Allein der Bundesrat fand, das genüge, und der Nationalrat hat unserer Auffassung seine Approbation erteilt. In manchen Kreisen bestehen heute noch Bedenken. Wenn man eine Beruhigung schaffen könnte, wäre es meines Erachtens wünschenswert. Ich glaube aber, für einen Gegenvorschlag sei es heute zu spät und ich möchte Ihnen empfehlen, aus den erwähnten grundsätzlichen Erwägungen heraus ihn abzulehnen.

Ich hätte von einer Idee, die ich habe, im Rate nicht gesprochen, wenn nicht eine Motion Walter-Olten aus dem Nationalrat uns heute auf den Tisch geflogen wäre. Sie lautet:

„Der Bundesrat wird beauftragt, die bisherigen Krisenmassnahmen in ihrer Auswirkung zu prüfen und sie in Verbindung mit weiter zu ergreifenden Massnahmen in einen einheitlichen Gesamtplan zur Krisenabwehr zu ordnen.

Leitgedanke dieses Gesamtplanes soll sein die tatkräftige Hilfeleistung für die wirklich Bedürftigen im Rahmen der verfügbaren Mittel durch die wirksame Zusammenfassung der in den beruflichen und berufsständischen Selbsthilfeorganisationen ruhenden Kräfte“.

Bevor ich die Motion Walter las, habe ich eine ähnliche Idee gehabt, die ich Ihnen persönlich auf meine eigene Verantwortlichkeit mitteile. Ich habe sie auch dem Bundesrat unterbreitet; er hat gefunden, es sei zu spät, um etwas in dieser Richtung zu tun; er wolle abwarten. Dieser Ausweg bestünde im Erlass eines Bundesbeschlusses, der z. B. betitelt werden könnte: „Bundesbeschluss über den Schutz der Wirtschaft“. Darin wären nach einer allgemeinen Einleitung, die dem Bundesrat ziemlich weitgehende Kompetenzen gäbe, insbesondere noch in einem Artikel 2 die Aktionen aufzuführen, die der Bundesrat zum Teil heute schon durchführt und die in verschiedener Richtung zu ergänzen wären. Diesen Bundesbeschluss würde man im Juni zur Annahme bringen und die Abstimmung über die Initiative auf den Juli verschieben. Dann wären die Gegner der Kriseninitiative nicht „mit leeren Händen“ vor das Volk getreten, wie man jetzt oft sagt. Ich weiss bestimmt, dass

dieser Vorschlag grundsätzlich, ja schon in seiner Formulierung, z. B. in gewerblichen Kreisen lebhaft begrüsst würde. Ich möchte den Herren Wettstein und Löpfe zu bedenken geben, ob sie nicht ihre Vorschläge in die Richtung verschieben könnten, die ich vorgezeichnet habe. Es handelt sich aber nicht um einen Gegenvorschlag, sondern um einen dringlichen Bundesbeschluss, in dem eine Art Programm niedergelegt würde, das Auskunft darüber gibt, was geschieht und was geschehen soll. Ginge man diesen Weg, so würde, glaube ich, auch in landwirtschaftlichen, gewerblichen und Arbeiterkreisen die Ueberzeugung durchdringen, dass wir nicht rücksichtslos, z. B. nach einem angeblichen Rezept des Handels- und Industrievereins einfach abbauen und unsere Hilfsaktionen einstellen wollen. Man könnte dann im Gegenteil konstatieren, dass eine grosse Aktion tatsächlich im Gange ist. Ich betone ausdrücklich: Das ist meine persönliche Idee. Sie ist noch nicht ganz durchgearbeitet; ich habe auch nicht die Präention, mich weiter damit zu beschäftigen. Ich habe sie entwickelt und dem Bundesrate vorgelegt und werde sie auch meinem Nachfolger überreichen; er soll dann untersuchen, ob er den Gedanken weiter verfolgen will. Vielleicht könnte man sich auf diese Art und Weise mit den Anhängern eines Gegenvorschlages finden. Sie wissen ja, dass Herr Walter-Olten und ich nicht jeden Tag gleicher Meinung sind. Umso bezeichnender ist es, dass wir einen ähnlichen Gedanken zum Ausdruck bringen. Ich habe meine Idee redigiert, bevor ich von der Motion des Herrn Walter-Olten Kenntnis erhalten hatte. Mit dem Nationalrat werden Sie zweifellos sagen müssen: Einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, können wir uns nicht entschliessen. Ein solcher müsste, soll er irgendwelche Aussichten haben, eine Verständigung mit den Initianten zu ermöglichen, den Hauptgedanken des Volksbegehrens Rechnung tragen. Das wollen wir aber nicht. Deshalb gehen wir eigene Wege und sagen dem Volke, was wir als durchführbar betrachten.

Ich würde es von Herzen begrüssen, wenn es möglich wäre, auf diese Art eine Entspannung zu schaffen, und den Teil der Initiativefreunde zu befriedigen, die sich nicht prinzipiell, à tout prix, auf den Boden der Kriseninitiative stellen, die heute schwankend sind und glauben, es sei wünschenswert, vor dem Volk gegenüber dem grossen Menu, das die Kriseninitiative scheinbar fast kostenfrei bietet, ein realisierbares Projekt zu entwickeln.

Ich beantrage Ihnen, die Kriseninitiative dem Volke zur Ablehnung zu empfehlen. Ganz persönlich bitte ich Sie, sich zu überlegen, ob meine Anregung nicht jetzt und nicht als Gegenvorschlag durch einen Bundesbeschluss realisiert werden könnte. Ich bin überzeugt davon, dass die Ablehnung der Kriseninitiative eine staatspolitische und wirtschaftliche Notwendigkeit ist und dass sie, obwohl sie dem Volke fast nur zu bieten scheint, vom Schweizervolk, das schliesslich doch den richtigen Weg findet, deutlich und klar abgelehnt wird.

Abstimmung. — Vote.

Für den Ordnungsantrag Wettstein 11 Stimmen
Dagegen 24 Stimmen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.
(Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles.)

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*

Art. 1.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Für den Antrag der Mehrheit 32 Stimmen.
Für den Antrag der Minderheit 2 Stimmen.

Art. 3.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 34 Stimmen
Dagegen 2 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Nachmittagssitzung vom 4. April 1935.
Séance du 4 avril 1935, après-midi.

Vorsitz — Présidence: M. Béguin.

3219. Gläubigergemeinschaft. Ausdehnung der Bestimmungen.

Communauté des créanciers. Extension des prescriptions.

Siehe Seite 74 hiervor. — Voir page 74 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 3. April 1935.
Décision du Conseil national, du 3 avril 1935.

Für Annahme des Beschlussesentwurfes Einstimmigkeit

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

3228. Hotelgewerbe. Fortsetzung und Erweiterung der Hilfsmassnahmen.
Entreprises hôtelières. Prolongation et développement de l'aide.

Siehe Seite 39 hiervor. — Voir page 39 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 3. April 1935.
Décision du Conseil national, du 3 avril 1935.

Für Annahme des Beschlussesentwurfes Einstimmigkeit

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

Vormittagssitzung vom 5. April 1935.
Séance du 5 avril 1935, matin.

Vorsitz — Présidence: M. Béguin.

3229. Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung. Abänderung des Bundesbeschlusses.

Lutte contre la crise et création de possibilités de travail. Modification de l'arrêté fédéral.

Siehe Seite 125 hiervor. — Voir page 125 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 4. April 1935.
Décision du Conseil national, du 4 avril 1935.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 25 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

3223. Kriseninitiative. Begutachtung.
Initiative de crise. Préavis.

Siehe Seite 135 hiervor. — Voir page 135 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 5. April 1935.
Décision du Conseil national, du 5 avril 1935.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 30 Stimmen
Dagegen 1 Stimme

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

Schluss des stenographischen Bulletins der Frühjahrsession 1935.

Fin du Bulletin sténographique de la session de printemps 1935.

Kriseninitiative. Begutachtung.

Initiative de crise. Préavis.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	3223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.04.1935
Date	
Data	
Seite	160-179
Page	
Pagina	
Ref. No	20 031 862

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.
(Le Conseil passe sans opposition à la discussion
des articles.)

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*

Art. 1.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Für den Antrag der Mehrheit 32 Stimmen.
Für den Antrag der Minderheit 2 Stimmen.

Art. 3.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 34 Stimmen
Dagegen 2 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Nachmittagssitzung vom 4. April 1935.
Séance du 4 avril 1935, après-midi.

Vorsitz — Présidence: M. Béguin.

**3219. Gläubigergemeinschaft. Ausdehnung
der Bestimmungen.**

**Communauté des créanciers. Extension des
prescriptions.**

Siehe Seite 74 hiervor. — Voir page 74 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 3. April 1935.
Décision du Conseil national, du 3 avril 1935.

Für Annahme des Beschluss-
entwurfes Einstimmigkeit

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

**3228. Hotelgewerbe. Fortsetzung und
Erweiterung der Hilfsmassnahmen.**
**Entreprises hôtelières. Prolongation et déve-
loppement de l'aide.**

Siehe Seite 39 hiervor. — Voir page 39 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 3. April 1935.
Décision du Conseil national, du 3 avril 1935.

Für Annahme des Beschluss-
entwurfes Einstimmigkeit

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

Vormittagssitzung vom 5. April 1935.
Séance du 5 avril 1935, matin.

Vorsitz — Présidence: M. Béguin.

**3229. Krisenbekämpfung und Arbeits-
beschaffung. Abänderung des Bundes-
beschlusses.**

**Lutte contre la crise et création de possi-
bilités de travail. Modification de l'arrêté
fédéral.**

Siehe Seite 125 hiervor. — Voir page 125 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 4. April 1935.
Décision du Conseil national, du 4 avril 1935.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 25 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

3223. Kriseninitiative. Begutachtung.
Initiative de crise. Préavis.

Siehe Seite 135 hiervor. — Voir page 135 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 5. April 1935.
Décision du Conseil national, du 5 avril 1935.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 30 Stimmen
Dagegen 1 Stimme

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

Schluss des stenographischen Bulletins der Frühjahrssession 1935.

Fin du Bulletin sténographique de la session de printemps 1935.



Kriseninitiative. Begutachtung.

Initiative de crise. Préavis.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	3223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.04.1935
Date	
Data	
Seite	179-180
Page	
Pagina	
Ref. No	20 031 866

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.